

# Stadtarchiv Mainz

Bestand : Nachlass Oppenheim  
 Akte-N° : 00020-2



NL\_Oppenheim\_00020-2

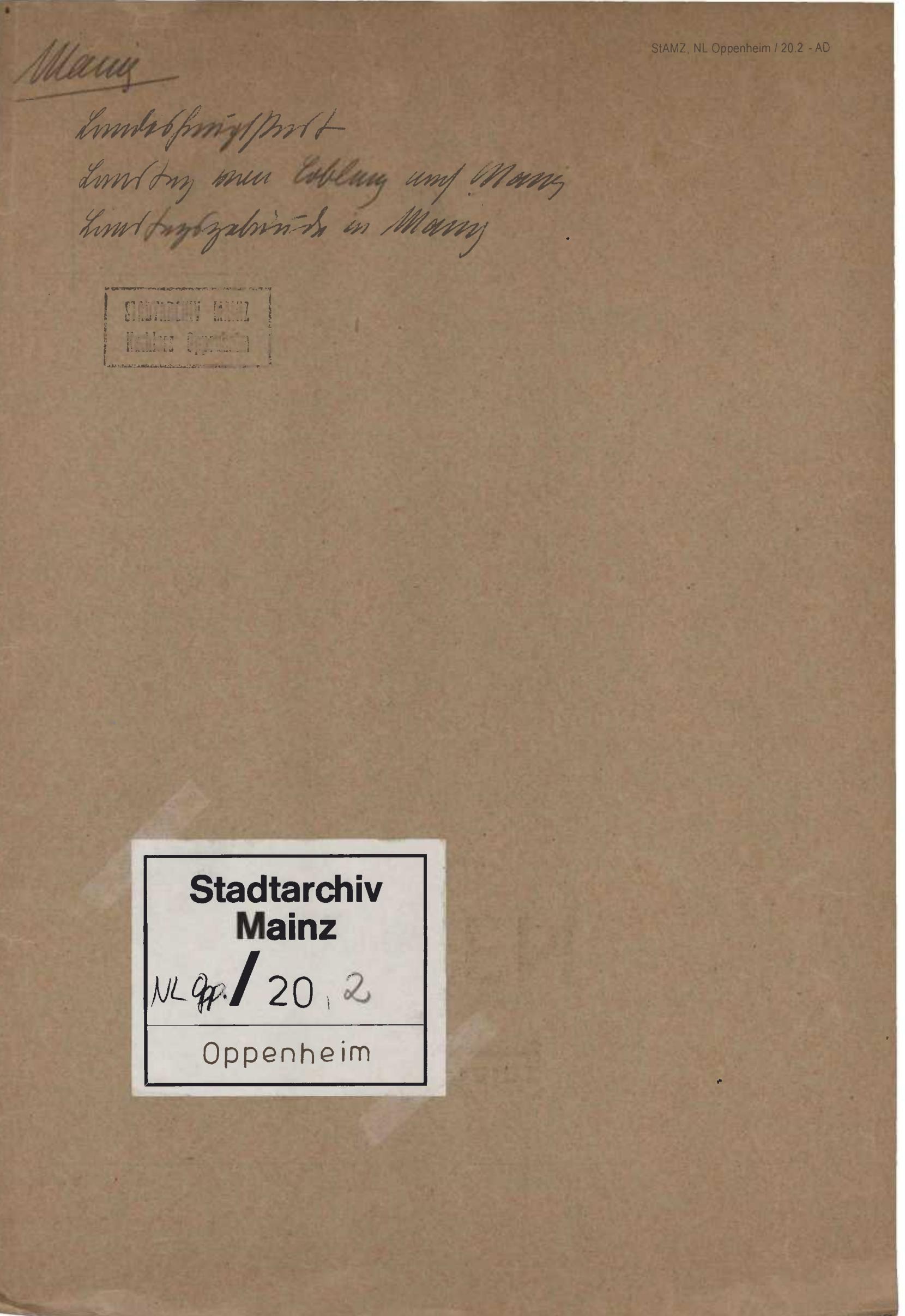


# Stadtarchiv Mainz

Bestand : Nachlass Oppenheim  
Akte-N° : 00020-2



NL\_Oppenheim\_00020-2



19

AKTEN  
Stadt Mainz

Akten:

# Die Zeitung der Anzeiger

3. Juli 1949

Preis 15 Pfg.

## AZ 13.7.49. Im Blickpunkt

\*\*\* Soll es tatsächlich zu einem Tauziehen zwischen Koblenz und Mainz kommen? Die gestern veröffentlichte Erklärung des Innenminister Steffan ließ es befürchten. Deshalb beauftragte die „Allgemeine Zeitung“ ihren Koblenzer Vertreter, nochmals den Innenminister sowie den Chef der Staatskanzlei, der für den Umzug zuständig ist, zu befragen, ob nicht doch ein Mißverständnis vorliege. Das Ergebnis ist verblüffend. Nachdem Jahre hindurch die erforderlichen Vorbereitungen in Mainz getroffen worden sind und das Kabinett am Donnerstag die künftigen Diensträume besichtigt hat, erklärt man in Koblenz plötzlich, die Situation habe sich gegenüber dem 30. August 1946 verändert — also müsse eine Entscheidung des Landtages herbeigeführt werden. Wenn man wirklich findet, die Situation habe sich seit 1946 verändert, so hat sie das bestimmt nicht gerade in dem Augenblick getan, da die ersten Möbelwagen in Koblenz gepackt werden sollten. Es wird zu dieser verdächtigen Ausflucht noch einiges zu sagen sein. Zunächst nimmt heute die „Allgemeine Zeitung“ in der Glosse „Betrug an Mainz“ zu dem beabsichtigten Tauziehen Stellung.

Als große Überraschung vor den Wahlen will der angesehene Geistliche Rat Goebel nun doch die Lizenzierung einer Partei der Vertriebenen beantragen, die außerdem Fliegergeschädigte und Kriegsgeschädigte umfassen soll. Wenn diese „Tatgemeinschaft parteifreier Deutscher“ den politischen Parteien Abbruch tun sollte, so würde sich damit die Unentschlossenheit rächen, mit der Parlamente und Regierungen praktische Versuche zur Lösung des Flüchtlingsproblems immer wieder auf die lange Bank geschoben.

## Koblenz-Mainz

Steffan und vom Chef der Staatskanzlei

... einen Umzug dächte. ... es als unverständlich langen Diskussionszeitpunkt diese Frage ... neue aufgeworfen

... Dinge anders als Frankfurt war nicht. ... Fall ist, als Lan- ... Frankfurter hat ... getan hat, jahre- ... getroffen, um ... undeshauptstadt zu

### Wiesbaden

II. (Eigener Draht-  
sche Oberkommissar  
tag in Wiesbaden  
Mitgliedern des bes-  
der Landesmilitär-

regierung. Vor Pressevertretern erklärte McCloy, er habe über den Anschluß der französischen Zone an das Vereinigte Wirtschaftsgebiet, für den er zwar noch kein Datum nennen könne, bei seinem Besuch in der französischen Zone am Montag Befragungen geführt. Ferner sagte er, Ost- und Westdeutschland könnten aus einem gegenseitigen Warenaustausch nur Vorteile ziehen.

### Überleitung der Eisenbahnen

PMW. Baden-Baden, 12. Juli. (Eigener Drahtbericht.) Um die Überleitung der südwestdeutschen Eisenbahnen (französische Zone) in die Organisation der künftigen Bundesbahnen vorzubereiten, war die Bildung eines achtköpfigen Überleitungsausschusses vorgeschlagen worden. Dieser Ausschuß soll am 19. Juli in Baden-Baden zu seiner ersten Sitzung zusammenkommen.

## Wirtschaft parteifreier Deutscher gründet politische Vereinigung der Vertriebenen

I. Der Geistliche Rat mit einer Reihe führer der Ostvertriebenen, Vorsitzende des Landes Nordrhein-Westfalen eine „Tatgemeinschaft“ gegenüber dem Heimatvertriebenen ihrer Bedeutung am des deutschen Volkes gangbaren Weg d. Flüchtlinge darin, Heimatvertriebenen, Freunde eine zu schaffen, durch bewußte, von jeder

tes, freies Deutschland als gleichberechtigtes Mitglied der europäischen Völkerfamilie, Einsatz für eine neue soziale Ordnung nach den Grundsätzen des natürlichen und göttlichen Rechtes, sowie Bekennnis zur christlich-abendländischen Kulturauffassung.“

In dem Aufruf wird darum ersucht, bis spätestens zum 12. Juli an Goebel in Lippstadt die Leiter der Aktionsausschüsse und die vorgesehenen Kandidaten mitzuteilen. Goebel erklärt, seine zahllosen Versuche, im Einvernehmen mit den bestehenden Parteien die Ziele der Ostvertriebenen bei den bevorstehenden Wahlen zu erreichen, seien gescheitert. „Diese Ziele, die prozentuale Vertretung im Bundesparlament durch Männer und Frauen unseres Vertrauens können nur auf dem Wege über die Tatgemeinschaft erreicht werden.“

# Allgemeine Zeitung

## Neuer Mainzer Anzeiger

CHEFREDAKTEUR: ERICH DOMBROWSKI  
Verlag: Mainz, Große Bleiche 35-37, Fernspr. Sammel-Nr. 4371  
Redaktion u. Druckerei: Mainz, Große Bleiche 46-48, Fernspr. Sammel-Nr. 4371 / Postverlagsort für alle Besatzungszonen Mainz  
ERSCHEINT BEI SCHMIDWÜCHENTLICH

Geschäftsstellen: Worms, Martinsgasse 1, Tel. 4410 u. 4412 / Bad Kreuznach, Mannheimer Str. 148, Tel. 2937 / Bingen, Salzstr. 21, Tel. 238 / Ingelheim, Bahnhofstr. 3, Tel. 286 / Alzey, Fischmarkt 4, Tel. 147 / Idar-Oberstein, Austr. 3, Tel. 2378 / Simmern, Schloßstr. 14, Tel. 672 / Wiesbaden: AZ-Kiosk, Mauritiusplatz, Tel. 26684

Nummer 159

Mittwoch, 13. Juli 1949

Preis 15 Pfg.

### Betrug an Mainz?

Von Bernhard Gnezel

Seitdem es einen Staat Rheinland-Pfalz gibt, ist mehr als einmal versichert worden, Mainz solle seine Hauptstadt werden. Koblenz ist während dieser ganzen Zeit stets nur als provisorischer Regierungssitz genannt worden. Mainz hat sich um seinen neuen Rang nicht beworben und gerissen; es schien vielmehr durch manche Vorzüge dazu berufen zu sein. Man braucht dabei nicht einmal an seine Geschichte zu denken, an jene Zeit also, da es bereits einmal politisches, kulturelles und religiöses Zentrum eines großen Landes war. In der Gegenwart empfiehlt es sich noch mehr durch seine zentrale Lage. Eine Hauptstadt an der Peripherie eines Landes bedeutet immer einen erhöhten Kostenaufwand für die Regierung und für alle Menschen, die mit der Regierung Verkehr pflegen müssen. Spielt Geld in einem verarmten, unter den Steuerlasten ohnehin fast zusammenbrechendem Land keine Rolle mehr? Für die Staatsbürger ja, für die Regierungen anscheinend nicht, denn sonst könnte es keine Frage „Bonn oder Frankfurt?“ geben. Was sich im Falle des Bundessturzes an Unverständlichkeit ereignet, will sich augenscheinlich im Falle der Landeshauptstadt Rheinland-Pfalz wiederholen. Ressentiments wiegen mehr als nüchterne Einsichten.

Das Versprechen an Mainz ist noch älter als die Ordinance der französischen Militärregierung vom 30. August 1946, die ausdrücklich und vermeintlich eins für alle Mainz zur künftigen Landeshauptstadt erhoben hat. Nun soll das Grundgesetz eine „neue Lage“ geschaffen haben, das heißt, die Volksvertretung soll den endgültigen Regierungssitz bestimmen. Wir haben ganz gewiß nichts dagegen, daß in deutschen Fragen Deutsche entscheiden sollen; aber es wittert auch der Blinde, was die Entdecker der „neuen Lage“ wollen: nicht nach Mainz umziehen. Gegen das unverkennbar gewordene Sträuben, das Versprechen an Mainz einzulösen, bleibt einiges zu sagen. Es ist dabei völlig unwesentlich, ob der eine oder andere Minister oder Ministerialbeamte sich so oder so geäußert haben; die gegen den Umzug nach Mainz gerichteten Tendenzen sind vorhanden und nicht erst seit gestern zu beobachten und es denkt uns, als sei in diesen Tendenzen nicht nur das übliche Beharrungsvermögen der Bürokratie zu spüren.

Wir haben schon gesagt, daß Mainz sich nicht um seinen neuen Rang beworben und gerissen hat. Mainz hätte seine Wiedererstehung und Existenz als große, lebensfähige Stadt sehr wohl auch auf andere Art sichern können. Es hat jedoch in vier langen Nachkriegsjahren alle anderen Chancen versäumt, weil es seine ganzen Möglichkeiten und Kräfte in den Vorbereitungen für die Aufnahme von Regierungen verzehren mußte.

In diesen vier Jahren ist in Mainz so gut wie nichts geschehen, um seine Industrie, sein Gewerbe, seinen Handel, seine Verkehrsinfrastrukturen im notwendigsten Umfang wiederzurichten und zu fördern. Was an Provisorischen, an Flick- und Stückwerk geschafft worden ist, mußte fast immer nahezu heimlich, unter unsäglichen Mühen und Kosten und unterständiger Gefahr getan werden. Wer unter solchen Zuständen noch Initiative zeigte, stand immer unter der Drohung, mit Gefängnis bestraft und zum Verbrennen gestempelt zu werden.

Wir wollen nicht sagen, in Mainz sei nicht gebaut worden. Immer noch begründen wir dankbar die Wiedererrichtung der Universität, die dem Namen der Stadt neuen Glanz und neuen geistigen Besitz gegeben hat, und von der sich eines Tages noch erweisen wird, daß sie eine der Quellen neuen Wohlstandes für die gesamte Bürgerschaft sein kann. Auch darüber hinaus ist viel gebaut und getan worden.

Die zerstörten Industrien wurden wieder aufgebaut und neue Industrien herangetragen, es entstand wieder das alte, bedeutende Geschäftszentrum und es wurden mit allen vorhandenen Kräften Wohnungen gebaut. Nicht wahr? Nein, alles dies ist nicht geschehen. Die alten Industrien und Geschäfte kämpfen um den notwendigsten Raum, die neuen Industrien sind an Mainz vorübergezogen, ja, es besteht noch eine Gefahr, die das Leben der Stadt entzünden wird, daß nämlich alteingesessene Industrien an Plätze abwandern wollen, wo ihnen mehr Entgegenkommen winkt. Und das Wohnungselend ist in keiner anderen Stadt des Westens größer als in Mainz.

Gebaut worden ist für die Behörden. Für Regierungen, die nach Mainz kommen... sollten. Was an Arbeitskräften und an Material mobilisiert werden konnte, ist in diese Bauten und in die LA-Wohnungen gesteckt worden. Wer privat bauen wollte, rannte sich den Kopf an dem Granitblock der Verbote und anderen bürokratischen Hemmungen ein. Hunderte und mehr Geschäftsleute und Hausbesitzer sind bestraft worden, viele hundert Menschen, die sich der oft sinnlos ausgesprochenen Dienstverpflichtung entzogen wollten, flogen ins Gefängnis.

Behördenbauten und LA-Wohnungen sind errichtet worden und stehen — seit

### Das „Tauziehen“ Koblenz-Mainz

Neue Erklärungen von Innenminister Steffan und vom Chef der Staatskanzlei

b. Koblenz, 12. Juli. (Eigener Drahtbericht)

Innenminister Steffan hat seine am Montag in der Pressekonferenz Rheinland-Pfalz gemachten Angaben zur Frage des Umzugs der Landesregierung nach Mainz gegenüber dem Vertreter der „Allgemeinen Zeitung“ in folgender Weise erweitert:

Wenn nach der Erklärung des Sprechers der Regierung vor dem Landtag Rheinland-Pfalz am 31. Mai 1949 gesagt worden sei, daß der Landtag in der Frage des Umzuges auf dem laufenden gehalten werde, so könnte dies nicht bedeuten, daß der Landtag nur eine Erklärung entgegennehmen habe, sondern daß ihm selbst die Entscheidung in dieser Frage zukomme. Die Situation gegenüber dem 30. August 1946 sei in der Weise verschieden, daß heute nicht mehr eine vorläufige Regierung und ein vorläufiger Landtag bestehe, sondern eine Verfassung, ein gewählter Landtag und eine gewählte Regierung.

Befragt, ob Minister Steffan eine eigene Stellungnahme zur Frage des Umzuges der Öffentlichkeit übergeben wolle, bedauerte der Minister, dies nicht tun zu können, ehe nicht das Kabinett in der Angelegenheit schlüssig geworden sei. Er halte es aber in jedem Falle für zweckmäßig, daß das Umzugsproblem in aller Öffentlichkeit diskutiert werde, damit keine Mißverständnisse auftreten oder zurückbleiben.

Der Chef der Staatskanzlei, Minister a. D. Dr. Haberer, wies ebenfalls auf die veränderte Situation gegenüber der Ordinance vom 30. August 1946 hin, betonte aber, daß eine Reihe von Momenten für einen Umzug nach Mainz spräche.

Es sei nicht zu übersehen, daß die Pfalz durch das zentral gelegene Mainz enger an das Land Rheinland-Pfalz gebunden werde und es könne zweifellos der Zeitpunkt eintreten, an dem eine zu einem späteren Zeitpunkt erfolgende Entscheidung für Mainz als „zu spät“ angesehen werden müßte. Für Mainz würden auch wirtschaftliche Momente sprechen.

Die Besichtigung am Donnerstag habe allerdings ergeben, daß auch ein auf vierhundert Büroräume begrenzter Anspruch der Landesregierung zur Zeit nur zur Hälfte erfüllt werden könne. Nur, wenn die notwendigen Arbeitsräume zur Verfügung stünden, sei das Kabinett in der Lage, eine Entscheidung zu treffen und in jedem Falle könne eine Erörterung vor dem Landtag nur dann stattfinden, wenn die Regierung in der Lage sei, konkrete Vorschläge zu unterbreiten.

Dr. Haberer wiederholte seine am 31. Mai vor dem Landtag gemachte Erklärung, daß nur an eine Verlegung der Ministerien selbst, nicht der oberen Landesbehörden und mittleren Behörden gedacht sei.

Auf „Sit-Streit“ in Hessen?

M. Wiesbaden, 12. Juli. (Eigener Drahtbericht)

Die jüngsten Entwicklungen in der Bundesstadtfrage haben in den letzten Tagen die Diskussion um einen möglichen Umzug der hessischen Landesregierung von Wiesbaden nach Frankfurt wieder neu aufleben lassen.

Ministerpräsident Stock erklärte, hier nach gefragt, er hoffe nach wie vor auf den Sieg der Vernunft und halte die Frage der Verlegung des hessischen Regierungssitzes so lange nicht für akut, als der Sitz der Bundesorgane noch nicht endgültig festgelegt sei.

Wiesbadens Oberbürgermeister Redhammer erklärte der „Allgemeinen Zeitung“, er halte die Meldungen über einen Umzug der Staatsregierung für einen „Versuchsballon“ aus Kreisen, die für vielleicht fortziehende Behörden Ersatz finden wollten. Die Regierungsstellen hätten sich längst in Wiesbaden eingelebt, und erst kürzlich hätten ihm maßgebliche Kreise des Landes Hessen versichert, daß die Regierung angesichts der in Wiesbaden vorgenommenen großen Geldinvesti-

Jahren leer. (Die Freiheit, die man den Privaten nach der Währungsreform gab, kam zu spät und hat bis heute nur kümmerliches, häßliches und unzureichendes Stückwerk vollbringen können.) Paläste, riesige Steinbaukästen und viele hunderte Wohnungen stehen seit Jahren angesichts einer drückenden Raumnot leer und belasten dazu vielfach noch diejenigen, die solche Bauten mit ihrem eigenen Geld errichten mußten, mit den Zinsverlusten.

All diese Opfer sind von Mainz und seinen Bürgern getragen worden, weil man sich des Versprechens sicher wähnte, Stadt und Bürger sollten ihre Entschädigung finden, wenn Mainz einmal Landeshauptstadt sei. Und nun will man sich der Einlösung mit so fadenscheinigen Gründen entziehen, als es da die Behauptungen sind, Koblenz liege zum künftigen Bundesstaat Bonn besser und die in Mainz errichteten Bauten seien unzureichend. Ja, wenn die vielen hundert in Mainz geschaffenen Amtsäume und Wohnungen nicht genügen, wie riesig soll dann der Behördenapparat werden, den man dem ausgebütlten Land aufzwingen will? Im alten Reich wäre der „Staat“ Rheinland-Pfalz eine der kleinsten Provinzen gewesen, und wie umfangreich war früher eine

tionen gar nicht an einen Umzug dachte. Redhammer bezeichnete es als unverständlich, daß nach den wochenlangen Diskussionen um die Bundeshauptstadt diese Frage im kleinen Rahmen aufs neue aufgeworfen wurde.

In Hessen liegen die Dinge anders als in Rheinland-Pfalz. Frankfurt war nicht, so wie es bei Mainz der Fall ist, als Landeshauptstadt vorgesehen. Frankfurt hat auch nicht, wie Mainz es getan hat, jahrelang alle Vorkehrungen getroffen, um seine Aufgabe als Landeshauptstadt zu erfüllen.

#### McCloy in Wiesbaden

M. Wiesbaden, 12. Juli. (Eigener Drahtbericht)

Der amerikanische Oberkommissar

McCloy hatte am Dienstag in Wiesbaden Besprechungen mit Mitgliedern des hessischen Kabinetts und der Landesmilitär-

regierung. Vor Pressevertretern erklärte McCloy, er habe über den Anschluß der französischen Zone an das Vereinigte Wirtschaftsgebiet, für den er zwar noch kein Datum nennen könne, bei seinem Besuch in der französischen Zone am Montag Befragungen geführt. Ferner sagte er, Ost- und Westdeutschland könnten aus einem gegenseitigen Warenaustausch nur Vorteile ziehen.

#### Überleitung der Eisenbahnen

PMW. Baden-Baden, 12. Juli. (Eigener Drahtbericht)

Um die Überleitung der südwestdeutschen Eisenbahnen (französische Zone) in die Organisation der künftigen Bundesbahnen vorzubereiten, war die Bildung eines achtköpfigen Überleitungsausschusses vorgeschlagen worden. Dieser Ausschuß soll am 19. Juli in Baden-Baden zu seiner ersten Sitzung zusammenkommen.

### Tatgemeinschaft parteifreier Deutscher

Geistlicher Rat Goebel gründet politische Vereinigung der Vertriebenen

Fö. Düsseldorf, 12. Juli. Der Geistliche Rat Goebel hat zusammen mit einer Reihe führender Persönlichkeiten der Ostvertriebenen, unter denen auch der Vorsitzende des Landesflüchtlingsbeirates von Nordrhein-Westfalen Oskar Salat ist, in Lippstadt eine „Tatgemeinschaft parteifreier Deutscher“ gegründet, die noch nicht lizenziert ist. Goebel erklärte zur Gründung der Gemeinschaft: „Aus innerer Verpflichtung gegenüber dem Schicksal von Millionen Heimatvertriebenen und Flüchtlingen und ihrer Bedeutung am Aufstieg oder Untergang des deutschen Volkes sehe ich den einzigen gangbaren Weg für die Vertriebenen und Flüchtlinge darin, mit Hilfe unserer Heimatvertriebenen, Flüchtlinge und westdeutschen Freunde eine neue politische Vertretung zu schaffen, durch die wir verantwortungsbewußte, von jeder Parteidiktatur freie Männer und Frauen in die maßgebenden Körperschaften senden können.“

In einem vom 8. Juli datierten Aufruf an „alle Freunde, die der gleichen Auffassung sind“, bittet Goebel darum, daß sich die Empfänger des Aufrufs in ihren Wahlkreisen mit Gleichgesinnten Fliegergeschädigten, Kriegsbeschädigten und anderen westdeutschen Freunden zusammen setzen, Aktionsausschüsse bilden und sich auf die geeigneten Persönlichkeiten einigen, die als Kandidaten für den betreffenden Wahlkreis aufgestellt werden sollen. „Die Grundzüge, zu denen sich unsere Kandidaten bekennen müssen, sind: Einsatz für ein geein-

tes, freies Deutschland als gleichberechtigtes Mitglied der europäischen Völkerfamilie, Einsatz für eine neue soziale Ordnung nach den Grundsätzen des natürlichen und göttlichen Rechtes, sowie Bekennnis zur christlich-abendländischen Kulturauffassung.“

In dem Aufruf wird darum ersucht, bis spätestens zum 12. Juli an Goebel in Lippstadt die Leiter der Aktionsausschüsse und die vorgesehenen Kandidaten mitzuteilen. Goebel erklärt, seine zahllosen Versuche, im Einvernehmen mit den bestehenden Parteien die Ziele der Ostvertriebenen bei den bevorstehenden Wahlen zu erreichen, seien gescheitert. „Diese Ziele, die prozentuale Vertretung im Bundesparlament durch Männer und Frauen unseres Vertrauens können nur auf dem Wege über die Tatgemeinschaft erreicht werden.“

Aus Kreisen, die dem Erzbischöflichen Sekretariat in Köln nahe stehen, verlautet, daß Goebel bereits Ende Juni angefragt habe, ob Einwände dagegen bestünden, daß er selbst bei den Bundestagswahlen kandidiere. Kardinal Frings soll ihm darauf geantwortet haben, daß für ihn das Konkordat ebenso gelte, wie für jeden anderen Geistlichen. Goebel, der, als er 1947 aus Schlesien in Lippstadt eintrat, durch den Bischof von Paderborn zunächst als Wanderselsorger für Ostvertriebene eingesetzt wurde, ist zu Gunsten seiner Arbeit als Führer der Ostvertriebenen seit längerer Zeit von seinem geistlichen Amt suspendiert.

Kotikow weiß von nichts

Beratung der vier Kommandanten über die Verkehrsbehinderung

Berlin, 12. Juli. (NWDR/AP) Auf der ersten Sitzung der vier Berliner Stadt-Kommandanten nach der Aufstellung der Blockade haben die westlichen Kommandanten am Dienstagmittag Verwahrung gegen die neuen Schwierigkeiten eingelegt, die dem Lastkraftwagenverkehr von Westdeutschland nach Berlin von den sowjetischen Grenzposten bei Helmstedt bereitet werden.

Der französische Stadt-Kommandant General Garneau, der auf der vierstündigen Sitzung den Vorsitz führte, hat erklärt, es sei eine unerfreuliche Aufgabe, über Berliner Angelegenheiten zu diskutieren, so lange die sowjetischen Maßnahmen andauerten.

Ein Abkommen zwischen den Berliner Stadt-Kommandanten setze voraus, daß das New Yorker Abkommen von allen Beteiligten erfüllt werde. Die Kommandanten der Westmächte hätten sich zur Teilnahme an

der Sitzung nur entschlossen, weil diese in den Beschlüssen der Pariser Außenministerkonferenz vorgesehen seien.

Der sowjetische Stadt-Kommandant General Kotikow erklärte, er sei über die Verkehrsbehinderung nicht unterrichtet. Soweit ihm bekannt, sei die Lage in Helmstedt normal. General Kotikow versprach, die Angelegenheit seinen Vorgesetzten vorzulegen, wenn er auch unzuverlässigen Zeitungsnachrichten keinen Glauben schenke.

Die Ansicht, daß der Verkehr in Helmstedt und an anderen Zonenübergängen normal verlaufe, habe auch der Leiter der sozialen Transportabteilung, General Kwaschnin, in seiner Antwort an die drei westlichen Militärregierungen vertreten. Kwaschnin gab zu, daß die Zonenübergänge nach Berlin mit Ausnahme von Helmstedt geschlossen worden seien. Er glaubt aber, daß diese Anordnung mit den Viermächtebeschlüssen übereinstimme, in denen bestimmt wurde, daß alle deutschen Straßentransporte nach Berlin die Autobahn Helmstedt-Berlin zu benutzen hätten.

Dazu erklärte ein Sprecher der britischen Militärregierung, es gebe kein Viermächteabkommen, das so ausgelegt werden könne, wie General Kwaschnin es getan habe. Der britische Stadt-Kommandant von Berlin, General Browne, kündigte in einer Pressekonferenz an, daß die westlichen Militärregierungen wegen der Verkehrsbehinderung bei der sowjetischen Militärverwaltung protestieren werden.

Am Haltepunkt und am Zonenübergang bei Helmstedt halten die russischen Soldaten an ihrer Abfertigungsstelle, die für vier Wagen eine Stunde Kontrolle benötigt, fest. Die Sowjets wenden bei der jetzigen „kleinen Blockade“ eine Taktik an, die der genau entgegengesetzt ist, die im Mai kurz nach Beendigung der offiziellen Blockade von ihnen angewandt wurde. Damals wurden alle in Helmstedt eintreffenden Wagen auf zweitürige Straßen umgeleitet, während jetzt alle Lastzüge ausschließlich die Autobahn benutzen müssen.

Am Haltepunkt und am Zonenübergang bei Helmstedt halten die russischen Soldaten an ihrer Abfertigungsstelle, die für vier Wagen eine Stunde Kontrolle benötigt, fest. Die Sowjets wenden bei der jetzigen „kleinen Blockade“ eine Taktik an, die der genau entgegengesetzt ist, die im Mai kurz nach Beendigung der offiziellen Blockade von ihnen angewandt wurde. Damals wurden alle in Helmstedt eintreffenden Wagen auf zweitürige Straßen umgeleitet, während jetzt alle Lastzüge ausschließlich die Autobahn benutzen müssen.

### Im Blickpunkt

\*\*\* Soll es tatsächlich zu einem Tauziehen zwischen Koblenz und Mainz kommen? Die gestern veröffentlichte Erklärung des Innenministers Steffan ließ es befürchten. Deshalb beauftragte die „Allgemeine Zeitung“ ihren Koblenzer Vertreter, nochmals den Innenminister sowie den Chef der Staatskanzlei, der für den Umzug zuständig ist, zu befragen, ob nicht doch ein Mißverständnis vorliege. Das Ergebnis ist verblüffend. Nachdem Jahre hindurch die erforderlichen Vorbereitungen in Mainz getroffen worden sind und das Kabinett am Donnerstag die künftigen Dienstreime besichtigt hat, erklärt man in Koblenz plötzlich, die Situation habe sich gegenüber dem 30. August 1946 verändert — also müsse eine Entscheidung des Landtages herbeigeführt werden. Wenn man wirklich findet, die Situation habe sich seit 1946 verändert, so hat sie das bestimmt nicht gerade in dem Augenblick getan, da die ersten Möbelwagen in Koblenz gepackt werden sollten. Es wird zu dieser verdächtigen Ausflucht noch einiges zu sagen sein. Zunächst nimmt heute die „Allgemeine Zeitung“ zu dem beabsichtigten Tauziehen Stellung.

Als große Überraschung vor den Wählern will die angesehene Geistliche Rat Goebel nun doch die Lizenzierung einer Partei der Vertriebenen beantragen, die außerdem Fliegergeschädigte und Kriegsgeschädigte umfassen soll. Wenn diese „Tatgemeinschaft parteifreier Deutscher“ den politischen Parteien Abbruch tun sollte, so würde sich damit die Unentschlossenheit rächen, mit der Parlamente und Regierungen praktische Versuche zur Lösung des Flüchtlingsproblems immer wieder auf die lange Bank geschenkt haben.

### Als ob

er von diesem behördlichen Schildbürgerschreit Kenntnis genommen hat, dann hat er die Frankfurter Philosophie des Als ob nicht begriffen. Ganz gleich, wie die Wirklichkeit aussieht, es muß doch so getan werden, als ob ein Mangel vorhanden sei, der einer Bewirtschaftung bedarf. Wohin käme man denn, wenn man den Dingen nachgehe? Was sollten die Beamten der betreffenden Behörden machen, wenn man ihnen sogar noch die hohe Aufgabe wegnähme, mit Bezugsabschnitten ge-

füllte Tüten in Empfang zu nehmen und sie der Altpapierverwertung zuzuführen? Außerdem sind doch bestimmte, nicht unerhebliche Steuersummen für den Druck neuer Lebensmittelkarten bewilligt. Was sollte aus diesem Gedanke nur werden, wenn man nicht weiterhin so täte, als erfüllte man eine sittliche Pflicht, indem man den Normalverbraucher durch überholten Zwang sich einer Bezugsmarke zu bedienen, vor dem Hungertode errette?

## Mainzer Pilgerzug nach Lourdes

Mainz, 12. Juli. (Eigener Bericht.) Am Nordhang der Pyrenäen liegt das französische Städtchen Lourdes, berühmt durch die Felsengrotte, in der 1858 der Müllerstochter Bernadette Soubirous die Jungfrau Maria erschien. Seitdem ist Lourdes das Ziel unzähliger Wallfahrer, besonders Gebrüderlicher, die Heilung suchen.

Der Höhepunkt der Feierlichkeiten ist der seit dem Kriege alljährlich stattfindende Weltkongress der Pax-Christi-Bewegung, die auf französische Initiative hin während der deutschen Besatzungszeit als Laienbewegung entstand. Zunächst betrachtete sie es als erster Aufgabe, für die Versöhnung Deutschlands und Frankreichs zu beten. Nach dem Kriege verbreitete sich die Bewegung weit über den Bereich dieser beiden Völker hinaus und zählt heute rund 300 000 Mitglieder. Ihre jetzige Aufgabe wird gekennzeichnet durch die Worte des Bischofs von Lourdes, der der geistliche Direktor der Bewegung ist: Dem organisierten Welthaß wird das organisierte Weltgebet entgegengesetzt!

Der diesjährige Weltkongress ist zugleich mit einer internationalen Wallfahrt verbunden. Aus 45 Ländern treffen die Pilger mit 35 Sonderzügen in Lourdes ein. Für

Deutschland sind 4 Züge vorgesehen, die in Köln, München, Hannover und Mainz eingesetzt werden. Die Organisation der Fahrt mit dem Mainzer Zug ist im Einvernehmen mit dem französischen Zweig der Pax-Christi-Bewegung von der hiesigen Pax-Christi-Bistumsstelle in die Hand genommen worden. Am Dienstag, dem 19. Juli treffen bereits die ersten 100 Pilger aus allen Richtungen, allein 50 mit dem Flugzeug aus Berlin, in Mainz ein. Weitere 350 kommen am Mittwoch an, so daß schon vormittags der Zug mit 450 Teilnehmern aus 10 Diözessen nach Lourdes abfahren kann.

Vorher wird der Mainzer Bischof, der selbst wegen dringlicher Ablieferungen nicht an der Fahrt teilnehmen kann, im Anschluß an einen Abschlußgottesdienst den Pilgersegen erteilen. Der D-Zug wird in 24 Stunden über Metz, Paris, Orléans, Tours, Bordeaux durchs Garonneal nach Lourdes gelangen. In den 175 DM Fahrkosten sind Übernachtung und Verpflegung für 5 Tage eingeschlossen. 3 Tage sind für den Aufenthalt in Lourdes, vor allem für die Teilnahme am Weltkongress vorgesehen. Unter den Pilgern des Kölner Zuges werden u.a. Kardinal Frings und der Weihbischof von Aachen sein.

## Der Bauerntag in Nastätten

g. Nastätten, 12. Juli. (Eigener Bericht.) Als am Montag der große Bauerntag des Bauernverbandes Rheinland-Hessen-Nassau ausklang, konnte Nastätten voller Genugtuung auf drei festliche Tage zurückblicken, die diese abgelegene Taunusstadt für kurze Zeit in den Blickpunkt der Öffentlichkeit gerückt haben. Über 20 000 Besucher nahmen an den festlichen Veranstaltungen teil, in denen Mittelpunkt die Großkundgebung am Sonntagnachmittag stand. Diese Kundgebung war deswegen von besonderem Gewicht, weil nicht nur die Köpfe der rheinischen Bauernschaft zugängen waren, sondern auch Minister Stübinger und der Präsident des Deutschen Bauerverbandes, Reichsminister a. D. Dr. h. c. Andreas Hermes.

### Die Zwangswirtschaft hat ausgespielt

Minister Stübinger nahm in einer kurzen Ansprache zu dem Tagesproblem Stellung. Die Geldknappheit, diese seit über zehn Jahren unbekannte Erscheinung, zwingt zu verschärfter Kalkulation und dem Einsatz der vorhandenen Mittel an der wesentlichesten Stelle. Wenn ein kleiner Bauernbetrieb sich durch die Anschaffung eines Schleppers in den vergangenen Monaten finanziell festgezogen hat, so ist dies eben einem Mangel an wirtschaftlichem Denken zuzuschreiben. Hier sind zweifellos Fehler gemacht worden, aber wie bei einem Zinsatz von 7 Prozent wesentliche Anschaffungen mit Krediten bewältigt werden sollen, ist sehr fraglich. Der Minister betonte die Wichtigkeit des bürgerlichen Zusammenschlusses in Bauernverbänden und berufsständischen Organisationen, um den berechtigten Wünschen der Bauernschaft Nachdruck zu geben. Die Zwangswirtschaft hat ausgespielt. Der beste Weg zu ihrer völligen Abschaffung aber liegt in der Mehrleistung.

### Erhöhte Leistung notwendig

Präsident Hermes wurde stürmisch begrüßt, als er die Rednertribüne betrat. „Wir müssen uns bewußt sein, daß wir ein schweres Erbe übernommen haben. Auch die Zwangswirtschaft ist nur eine Folge dieser Belastungen, die nur durch erhöhte Leistung beseitigt werden kann. Aber nicht

allein der wirtschaftliche, auch der soziale Druck auf uns allen ist ungeheuerlich. Millionen von Ostvertriebenen wollen in den Produktionsprozeß eingegliedert sein, so lange sie nicht in ihre Heimat zurückkehren können. Die innerdeutsche wirtschaftliche und soziale Leistung aber ist auch maßgebend für die Hilfen, die uns von außen gegeben werden.

Der Minister betonte die Wichtigkeit, die einer Importausgleichsschulden zukommen würde, da nur ein solcher Regulator die Hilfe von außen zum Segen der innerdeutschen Wirtschaft steuern kann. Maßgebende Beteiligung der Landwirtschaft bei einer Abstimmung der inneren Agrarpolitik mit denen des Weltmarktes ist zu fordern, um Höchstleistungen zu ermöglichen. Dr. Hermes drückte dann sein Befremden darüber aus, daß der Marshallplan-Kredit der Landwirtschaft nur zu einem untragbar hohen Zinszettel zur Verfügung gestellt werden sollten, den diese bei ihrem geringen Umsatz nicht aufbringen könne. Damit verpufft ihre Wirkung. Von besonderer Wichtigkeit sei in der Zukunft die fachliche und agrarpolitische Schulung des Bauernstandes. Eine gründliche Neugestaltung des ganzen Schul- und Beratungswesens in der Landwirtschaft sei notwendig. Zu den Bundestagswahlen müßten Männer gewählt werden, die ein inneres Verhältnis zum Bauerntum haben.

Die großen Schwierigkeiten für unser Bauerntum stünden uns noch bevor. Wir dürfen uns aber in unserer ruhigen, klaren Arbeit nicht irre machen. Wir übernehmen die Lasten der Vergangenheit, aber wir wollen auch einen Weg in die Zukunft sehen.

### Anbau und Absatz von Gemüse

bb. Koblenz, 12. Juli. (Eigener Drahtbericht.) Das Landwirtschaftsministerium weist darauf hin, daß nach dem Forfall der Bewirtschaftung für inländisches Obst und Gemüse die zuständigen Wirtschaftskreise, darauf hinzuwirken müssen, volkswirtschaftlich gesunde Anbau- und Absatzverhältnisse zu schaffen und den Verbrauchbedarf zu decken. Das Ministerium empfiehlt einen Zusammenschluß der Gartenbau-Fachverbände zu Arbeitsgemeinschaften.

desamt für Wiedergutmachung in Koblenz, verlieren alle an Opfer des Faschismus erlittenen Schwerbeschädigtenausweise mit dem 30. Juni ihre Gültigkeit und sind nach Entfernung des Lichtbildes an die Betreuungsstelle Mainz, Schillerstraße 44, oder in den Sprechstunden Bingen, Alzey und Worms abzugeben oder einzuschicken. Neuariige auf Ausstellung eines Schwerbeschädigtenausweises können nur von anerkannten Opfern des Faschismus gestellt werden, die nach amtlicherlichem Gutachten mindestens 20 Prozent und mehr erwerbsgemindert sind.

Nährer Auskunft durch die Betreuungsstelle bei dem Regierungspräsidenten für Rheinhessen in Mainz, Schillerstraße 44, Zimmer 13, Barackenbau.

### Mit Musik und Tanz in die Pfalz

Mainz, 12. Juli. (Eigener Bericht.) Am Sonntag, dem 17. Juli, führt der mit Lautsprecheranlage zur Musikübertragung und mit Tanzwagen ausgestattete Sonderzug der Eisenbahndirektion Mainz, den der Volksmund inzwischen als Samba-Express kennzeichnet hat, zur Eröffnung der Süddeutschen Gartenbau-Ausstellung in Landau von Mainz Hbf. über Worms, Ludwigshafen nach Landau und weiter nach Bergzabern. Bei 50 prozentiger Fahrpreiserhöhung beträgt der Fahrpreis ab Mainz Hbf. nach Landau 7,- D-Mark, nach Bergzabern 9,30 D-Mark, ab Worms 4,20 D-Mark (bzw. 5,80 D-Mark). Für die Unterwegsbahnhöfe Fahrpreis zwischenliegend. Abfahrt Mainz Hbf. 7.30 Uhr, Rückfahrt 22.08 Uhr.

### Verkehr am 31. Juli frei

Mainz, 12. Juli. (Eigener Bericht.) Auf Verkehr der in Rheinhessen zugelassenen Omnibusse, Pkw. und Kraftwagen wird zum Besuch der Gewerbeschau am 31. Juli 1949 in Ingelheim freigegeben.

sd. Die Firma Matratzen-Burk in Ludwigshafen hat als erster pfälzischer Betrieb die Fabrikation von Matratzen mit elektrischer Heizung aufgenommen, die namentlich von Krankenhäusern stark gefragt sind. Innerhalb von 20 Minuten kann ein Bett auf 35 bis 38 Grad (Körperwärme) erwärmt werden.

### Matratzen elektrisch geholt

sd. Die Firma Matratzen-Burk in Ludwigshafen hat als amtierender Betrieb der Pfälzischen Uhrmacher-Innungen statt. Dr. Witthöft, der Syndikus des Zentralverbandes der Bizeone in Frankfurt, unterrichtet vor allem, daß die Uhrenindustrie die Fachgeschäftstreue wahren müsse. Schärfsten Kampf sage er den „arbeitsamen“ Betrieben an, die Schmuck und Uhren führen, sowie den Schwarzerbatern, die das Fachgeschäft schwer schädigen. In einer großzügigen Gemeinschaftswerbung soll beim Verbraucher das Vertrauen zum Uhrenfachgeschäft wieder errungen werden.

### Billigheimer Ferkelmarkt

sd. Die südpfälzische Gemeinde Billigheim erhielt die Genehmigung zur Wiederholung des traditionellen Ferkelmarktes, des einzigen öffentlichen Ferkelmarktes der Pfalz, der jeden zweiten und vierten Montag im Monat stattfindet.

## Die ländlichen Volksbüchereien

Ein besonderer Notstand in Rheinhessen

r. Mainz, 12. Juli. (Eigener Bericht.) Das Lesebedarf ist allgemein größer, als zum Teil angenommen wird. Auch die Landbevölkerung will lesen, und es trifft nicht zu, daß bei einer Befragung von einem Landbürgermeister festgestellt wurde, daß die Bewohner seiner ländlichen Gemeinde ihrer Arbeit nachgingen und deshalb keine pädagogische Notwendigkeit. Das Verbot aber allein hilft nicht! Im Gegenteil, der Reiz des Verboten lockt. Aber es muß möglich sein, Gutes, Wertvolles und nicht zuletzt interessantes anzubieten. Es muß sich allmählich durchsetzen gegen das Seichte, Wertlose und Schlechte. Der Weg zum guten Geschmack ist lang und schwer, aber er muß gegangen werden.

Der Stand des ländlichen Büchereiwesens ist katastrophal. Lesevillige oder gar lesehungrige Menschen aber vom Lesen auszuschließen, weil keine oder nicht genügend Bücher zur Verfügung stehen, ist trotz aller vorhandener Schwierigkeiten kultureller Tiefland und unverhältnismäßige Nachlässigkeit.

Es ist eine große Aufgabe, gerade heute, nach Jahren der systematischen Lahmlegung selbständiger geistiger Interessen alle Kanäle geistigen Lebens zu öffnen und jede Bildungsmöglichkeit wahrzunehmen und zu fördern.

Das Ergebnis einer systematischen Erhebung auf dem Gebiet des ländlichen Büchereiwesens ergibt nachdrücklich den Elendsstand, der heute auf diesem Gebiete herrscht. Es zeigt, daß nur ein kleiner Teil der rheinhessischen Gemeinden Büchereien irgendwelcher Art hat.

Der größte Teil hat weder eine Pfarrbibliothek noch eine Schülerbücherei oder eine gewerbliche Leihbücherei. Eine eigene Gemeindebücherei ist in Rheinhessen insgesamt nur in fünf Fällen vorhanden. 108 rheinhessische Gemeinden haben überhaupt keinen Ansatz zu einer öffentlichen Bücherei irgendwelcher Art.

Im Kreis Alzey betrifft das 41 Gemeinden. Gemeindebüchereien gibt es überhaupt keine, Pfarrbibliotheken 7 (kath. 6, ev. 1), Schulbüchereien 7, gewerbliche Leihbüchereien 3.

Im Kreis Bingen sind 22 Gemeinden ohne Bücherei. Gemeindeeigene Büchereien gibt es eine, Pfarrbibliotheken 11 (kath.), Schulbüchereien 5, gewerbliche Leihbüchereien 4 und eine Werksbücherei.

Im Kreis Mainz haben bei 39 Gemeinden 14 keine Bücherei, gemeindeeigene Büchereien 4, von denen aber nur eine benutzt wird. Dazu kommen Pfarrbibliotheken 17 (kath. 15, ev. 2), Schulbüchereien 6, gewerbliche Büchereien 5 und eine Bücherei des Vereins Christlicher Jungen Männer.

Der Kreis Worms hat bei 44 Gemeinden in 31 Gemeinden keine Bücherei. Es bestehen 5 Pfarrbüchereien (kath. 4, ev. 1), Schulbüchereien 8, gewerbliche Leihbüchereien 3.

Nun darf man nicht übersehen, daß fast alle bestehenden Bibliotheken völlig überaltert, zerlesen und nicht wieder neu ergänzt sind seit vielen Jahren. Das dürfte besonders für die genannten Schulbüchereien zutreffen. Die meisten dieser Büchereien verdienen diese Bezeichnung überhaupt nicht. Nach Krieg und Entrazifizierung und verhinderter Ersatzbeschaffung ist in vielen Fällen nichts mehr von Wert vorhanden, und nur ein kleiner Teil der als solche geführten Büchereien sind überhaupt erfährt. Die meisten entliehen nicht mehr und werden nur noch im Bestand registriert.

Sonst darf es natürlich nicht bleiben. In einer Zeit, die an geistiger Dürre leidet, in der geistige Bedürfnisse mehr und mehr verkümmern, darf das Verlangen nach Lesestoff, das unzweifelhaft vorhanden ist, darf das Lesebedarf nicht den üppig wuchern den Sumpfblüten der Schmökerreihen über-

lassen werden. Das Recht auf Kitsch kann man niemand nehmen, aber es gibt eine Pflicht, denjenigen, die bereit sind, Bessereres zu lesen und ihre Zeit wertvoller zu verwenden, dazu Gelegenheit und einen direkten Anreiz zu geben. Natürlich ist die Bekämpfung von Schund und Kitsch eine pädagogische Notwendigkeit. Das Verbot aber allein hilft nicht! Im Gegenteil, der Reiz des Verboten lockt. Aber es muß möglich sein, Gutes, Wertvolles und nicht zuletzt interessantes anzubieten. Es muß sich allmählich durchsetzen gegen das Seichte, Wertlose und Schlechte. Der Weg zum guten Geschmack ist lang und schwer, aber er muß gegangen werden.

Was seit dem 1. Februar 1947 gültige Kriegsbeschädigtenleistungsgesetz ist aber auf einer solch unzureichenden Grundlage aufgebaut, daß die hierin enthaltenen Rentenätze unter denen der Fürsorgehilfeline liegen. Die Auswirkung dieser Gesetze ist daher so katastrophal, daß eine Soforthilfe bereits nach Wirksamwerden dieses umstrittenen und unzulänglichen Gesetzes erforderlich gewesen wäre.

Was wurde aber in diesen 2½ Jahren in Wirklichkeit getan, um den Kriegsopfern ihr schweres Schicksal zu erleichtern? Man überließ diese Menschen ihrem eigenen Schicksal und niemand fragte danach, ob die Gesetze wenigstens das Lebensminimum sichern oder nicht. Die Folgen dieser Maßnahmen blieben nicht aus und das Elend dieser Menschen war täglich in allen Variationen zu sehen. Von der moralischen Pflicht einer ausreichenden Versorgung der Kriegsopfer konnte keine Rede sein.

Die Kriegsbeschädigten-Verbände und Organisationen haben in dieser schweren Zeit sich mit allen Mitteln zur Verbesserung der Lage unserer Kriegsopfer eingezetet. Das nun am 15. Februar 1949 vom Süddeutschen Landrat verabschiedete und am 2. Juni 1949 von Omgang Berlin genehmigte Gesetz zur Änderung des Gesetzes über Leistungen an Körperbeschädigte ist wiederum in seinen Grundlagen derart unzulänglich, daß selbst beim besten Willen für derartige Maßnahmen kein Verständnis mehr aufgebracht werden kann. Die Kriegsopfer, Beschädigte und Hinterbliebenen waren in ihren Forderungen wirklich mehr als bescheiden gewesen. Sie erhoben Anspruch auf Arbeit unter Berücksichtigung ihrer Behinderung oder einer Rente, die ein bescheidenes Dasein garantiert.

Ferner herrscht in den Kreisen der Kriegsopfer eine große Misströmung über die verschiedenen Vorsorgung. Während in Rheinland-Pfalz die Versorgungsgesetzgebung in vielen Dingen um 100 Prozent besser ist als in Hessen, kämpft man dort durch die Kriegsbeschädigten-Verbände, politischen Parteien usw. um eine weitere Besserung. Die politischen Parteien in Hessen aber schwiegen über das Problem. Man darf zu der Annahme neigen, daß die Opfer des Krieges dieser so beschämenden Leidtragung zu gegebener Zeit zu begegnen wissen.

Hoffentlich wird dieser Notrat die Stellen erreichen, die an der Gesetzgebung dieses Notgesetzes entscheidend mitgewirkt und heute noch hierfür die Verantwortung tragen.

### Not der Kriegsopfer

Von einem Kriegsbeschädigten wird uns geschrieben:

Über 4 Jahre sind seit der Kapitulation verflossen. Noch aber führen unsere Kriegsopfer ein Dasein, das beschämend für die ganze Nation ist. — Nachdem durch Kontrollratsgesetz die Kriegsopferversorgung im Jahre 1945 völlig eingestellt wurde, lebte im Jahre 1947 durch Inkraftsetzung des Körperschädigtenleistungsgesetzes erneut der Rechtsanspruch auf Versorgung auf. In der Zwischenzeit überließ man diesen Personenkreis der allgemeinen Fürsorge.

Das seit dem 1. Februar 1947 gültige Kriegsbeschädigtenleistungsgesetz ist aber auf einer solch unzureichenden Grundlage aufgebaut, daß die hierin enthaltenen Rentenätze unter denen der Fürsorgehilfeline liegen. Die Auswirkung dieser Gesetze ist daher so katastrophal, daß eine Soforthilfe bereits nach Wirksamwerden dieses umstrittenen und unzulänglichen Gesetzes erforderlich gewesen wäre.

Was wurde aber in diesen 2½ Jahren in Wirklichkeit getan, um den Kriegsopfern ihr schweres Schicksal zu erleichtern? Man überließ diese Menschen ihrem eigenen Schicksal und niemand fragte danach, ob die Gesetze wenigstens das Lebensminimum sichern oder nicht. Die Folgen dieser Maßnahmen blieben nicht aus und das Elend dieser Menschen war täglich in allen Variationen zu sehen. Von der moralischen Pflicht einer ausreichenden Versorgung der Kriegsopfer konnte keine Rede sein.

Die Kriegsbeschädigten-Verbände und Organisationen haben in dieser schweren Zeit sich mit allen Mitteln zur Verbesserung der Lage unserer Kriegsopfer eingezetet.

Das nun am 15. Februar 1949 vom Süddeutschen Landrat verabschiedete und am 2. Juni 1949 von Omgang Berlin genehmigte Gesetz zur Änderung des Gesetzes über Leistungen an Körperbeschädigte ist wiederum in seinen Grundlagen derart unzulänglich, daß selbst beim besten Willen für derartige Maßnahmen kein Verständnis mehr aufgebracht werden kann. Die Kriegsopfer, Beschädigte und Hinterbliebenen waren in ihren Forderungen wirklich mehr als bescheiden gewesen. Sie erhoben Anspruch auf Arbeit unter Berücksichtigung ihrer Behinderung oder einer Rente, die ein bescheidenes Dasein garantiert.

Ferner herrscht in den Kreisen der Kriegsopfer eine große Misströmung über die verschiedenen Vorsorgung. Während in Rheinland-Pfalz die Versorgungsgesetzgebung in vielen Dingen um 100 Prozent besser ist als in Hessen, kämpft man dort durch die Kriegsbeschädigten-Verbände, politischen Parteien usw. um eine weitere Besserung. Die politischen Parteien in Hessen aber schwiegen über das Problem. Man darf zu der Annahme neigen, daß die Opfer des Krieges dieser so beschämenden Leidtragung zu gegebener Zeit zu begegnen wissen.

Hoffentlich wird dieser Notrat die Stellen erreichen, die an der Gesetzgebung dieses Notgesetzes entscheidend mitgewirkt und heute noch hierfür die Verantwortung tragen.

### Unversteuerte Tabakwaren

bb. Koblenz, 12. Juli. (Eigener Drahtbericht.) Das Finanzministerium weist darauf hin, daß der Verkauf von unversteuerten Tabakwaren strafbar ist. Zu den nicht mit ordnungsmäßigen Steuerzeichen versehenen Tabakwaren gehören auch die

Freitag, 3. August 1951

## Allgemeine Zeitung

Seite 7

Ausbrand des Innern und die Hohlräumigkeit hinter den Fassadenschalen ermöglichten jedoch insoweit freie Gestaltung, als der neuen Zweckbestimmung als Landtagsgebäude weitgehend Rechnung getragen werden konnte. Die notwendige Größe des Plenarsaals (durch zwei Geschosse hindurch) führte zu einer Lösung, die beide Fensterseiten (Rhein- und Platzseite) in die Raumgestaltung mit einbezog.

Es mußten jedoch zwei weitere Fensterachsen auf jeder Seite hinzugenommen werden. Die hier auftretende verschiedenartige Achsenbreite und der Wechsel der Fensterausbildung wurden durch die aus der Kapelle übernommene Stück-Ornamentik überbrückt.

Bei dem neuen Entwurf wurde das Haupttreppenhaus aus der Hauptachse herausgenommen, um die Anordnung des Vestibüls und großen Plenarsaals überhaupt zu ermöglichen. Da das neue Raumprogramm im übrigen eine Mehrzahl großer, weitgespannter Räume erforderte und der Rauminhalt des Haupthauses nicht zur Deckung des Raumbedarfs genügte, wurde der Restaurationsbetrieb mit den Neben- und Kellerräumen in einem neu errichteten Anbau gelegt, der sich an den schon bestehenden Terrassenbau am nördlichen Kopfteil des „Deutschhauses“ anlehnt, die Fassadengestaltung aufgreift und sinngemäß weiterführt.

Durch den Windfang tritt man in das geräumige Vestibül mit Ausblick auf die Rheinstraße. Zur Linken schließen sich das Haupttreppenhaus mit Aufzug für Gehbehinderte, großer Garderobe, Toiletten und Durchgang zur Landtagsgaststätte an. Rechts des Vestibüls folgen Fraktionssitzungsräume. Die Haupttreppe und der durch drei Stockwerke gehende Aufzug münden im ersten Obergeschoss auf einen Querflur, der von der Wandelhalle den Verkehr zum zweiten Obergeschoss über eine Nebentreppen aufnimmt. Die Wandelhalle vor dem Plenarraum hat mehrstufigen Ausgang auf die Terrasse über dem neuen Restaurationsanbau.

Drei zweiflügelige Türen (in der Geöffnetheit des Landtages als „Hammelsprung“ bezeichnet für die dreifache Abstimmung „ja“ — „nein“ — „Stimmenthaltung“) führen in den zweigeschossigen Plenaraum von rund 17 mal 19 Meter großer Grundfläche mit Plätzen für rund 100 Abgeordnete. An den Kopfseiten des Saales befinden sich die Sitze für die Regierung, ihnen gegenüber die Empore für Publikum und Presse. Der übrige Teil des ersten Obergeschosses enthält einen Raum für die Regierung und Zimmer für den Landtagspräsidenten, Landtagsdirektor usw. Im zweiten Obergeschoss wurden weitere Fraktionsräume und Arbeitszimmer für den Landtag eingerichtet. Im Dachgeschoss (Mansardenstock) ist die gesamte Verwaltung des Landtages untergebracht.

Die später noch auszubauenden Pavillons sollen die umfangreiche Bibliothek, Leseräume, weitere Fraktionsräume und Wohnungen aufnehmen.

Die behagliche Gaststätte mit Freiterrassen im Erdgeschoss und

ersten Obergeschoss ist der Allgemeinheit zu jedem Zeitpunkt zugänglich. Sie nennt sich in Anlehnung an die Baugeschichte „Deutschhaus“. Ihre gastronomische Leitung liegt in den bewährten Händen von Eduard Dörr, des früheren Stadthallen-Restaurateurs und Pächters des „Kaisertors“. Die wundervolle Aussicht von der oberen Terrasse über den Rheinstrom und der Blick auf die räumlichen Zusammenhänge „beider Schlösser am Rhein“ sind eine wertvolle Beigabe.

Die Außenfassade wurde nicht verändert. Die durch den Brand entstandenen Beschädigungen konnten durch Gebrauch neuerzeitlicher Mittel behoben werden. Sie werden bei Abschluß der gesamten Bauarbeiten dem „Patina“ der alten Steinmetzarbeiten angeglichen.

Das neue Landtagsgebäude enthält die erforderlichen elektro-akustischen und

klimatischen Einrichtungen nach neuzeitlichen, zweckdienlichen Gesichtspunkten. Besonders die Lautsprecher- und sonstigen Übertragungsanlagen erforderten eine besondere sorgfältige Planung und Durchführung; das gleiche gilt von der Entlüftungsanlage.

Eine besondere Würdigung verdienen noch die Beleuchtungskörper, die barocke Note tragen und von einem namhaften Mainzer Spezialgeschäft geliefert und montiert wurden. Vor allem fallen die vier prächtigen vierzigflammigen Kronleuchter im Plenarsaal ins Auge. Sie haben den respektablen Durchmesser von je 1,80 Meter und verbreiten dank spezieller Lichteffekte einen ungemein feierlichen, festlichen Glanz. Auch sonst tragen die Beleuchtungskörper im Haus außerordentlich zu der eindrucksvollen Wirkung des Baues bei.

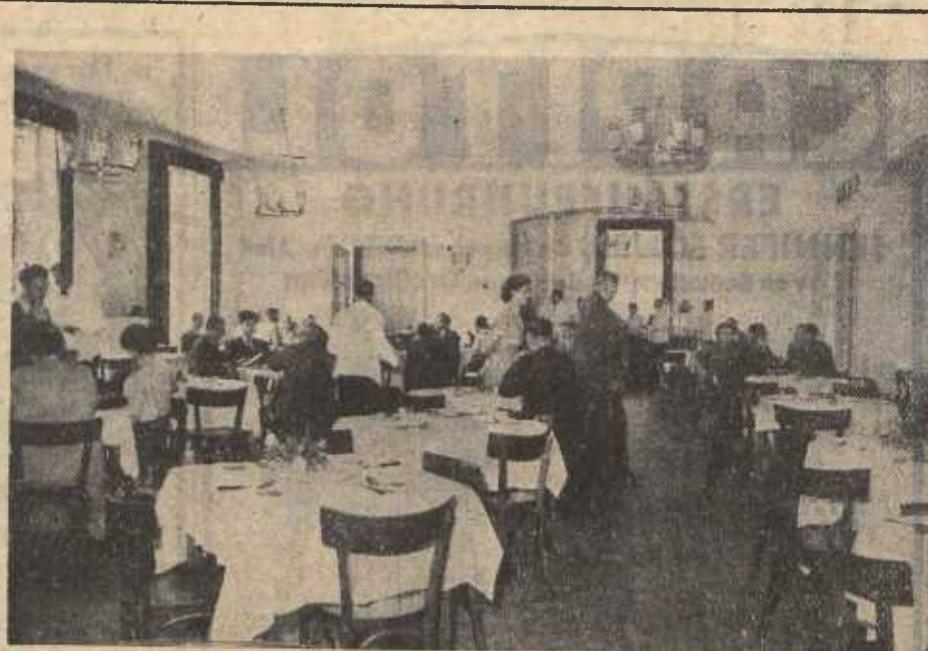
## Einige bautechnische Einzelheiten

Rein technisch ist die Gründung von besonderem Interesse. Da der Hauptbau in seiner Gesamtheit unterwölbt ist, die Gewölbe wiederum sich auf schwere, tiefgründige Pfeiler absetzen, mußten bei der statischen Durchbildung sämtliche Lasten auf diese Pfeiler und die Außenmauern abgesetzt werden, um dem Gewölbe keine zusätzlichen Nutzlasten aufzubürden.

Neueingezogene Längs- und Querunterzüge aus Stahlbeton unter den Innenwänden und entsprechende Versstärkungen der Mauerpfiler durch Eisenbetonstützen tragen dieser statischen Forderung Rechnung und geben dem Bau seine statische Ruhe. Die weitgespannten, freitragenden Decken von teilweise über 12 Meter Breite (bei Stärken bis 70 Zentimeter) wurden als Stahlbetonrippendecken mit Leichtbau-

füllkörpern aus Zementholzwolle ausgebildet. Die den großen Sitzungssaal überspannende Massivdecke mit ausladenden Gesimsen, hinter denen die Entlüftungsanlagen liegen, ist an dem Stahlgerüst des Dachverbandes aufgehängt. Die Fußböden in den Verkehrsräumen und Gängen sind mit Solnhofener Kalkplatten ausgelegt, die Arbeits- und Sitzungsräume mit Linoleum auf schallhemmenden und wärmeisolierenden Unterböden ausgestattet.

Von den wichtigsten Baustoffen wurden für den Haupt- und Gaststättentbau gebraucht: 350 000 Backsteine, Hohlblocksteine und Schwemmsteine, 1850 cbm Kies und Sand, 8500 Sack Zement, 3700 Sack Kalk, 720 Sack Gips, 100 cbm Bau-



holz, 170 Tonnen Eisen und 45 Doppel-Schleifbänke.

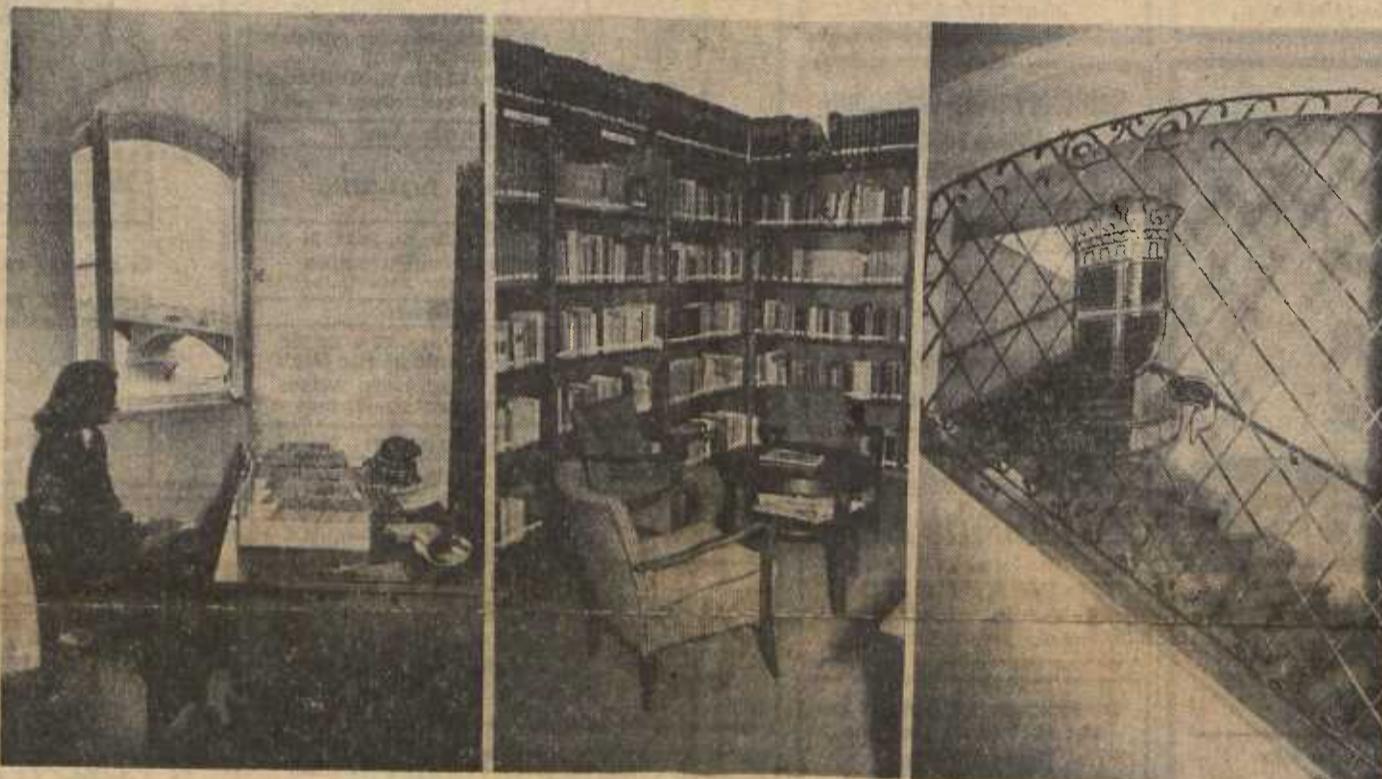
Der Arbeitsaufwand auf der Baustelle und in den Werkstätten erforderte: 290 000 Lohnstunden, das heißt rund 36 250 Tagewerke. Im Durchschnitt waren 320 Arbeitskräfte in den Werkstätten und am Bau beschäftigt.

Mit der eigentlichen Arbeit wurde nach Beendigung der Entrümmerung am 7. November 1950 begonnen. Sie wurde in rund 153 Arbeitstage durchgeführt, so daß der Landtag am 18. Mai 1951 seine erste Sitzung in seinem neuen Gebäude abhalten konnte.

Die Gesamtbaukosten betragen für Haupt- und Restaurationsbau aus-

schließlich der Ausstattung 1 300 000 DM. Umgerechnet auf die Raumseinheit sind 52 DM für den cbm umbauten Raumes aufgewandt worden.

Die künstlerische Behandlung der Innenräume ist mit sparsamen, aber wirksamen Mitteln durchgeführt worden. Jeder übertriebene oder unangebrachte Aufwand wurde vermieden. Dafür wurde der handwerklichen Leistung und materialgerechten Verarbeitung breiter Raum zugestanden. In einer Zeit, da das industrielle und normierte Bauen eine Folge der brennendsten Not ist, bedeutet die Wiedererweckung historischer Bauten zu neuem, produktivem Leben eine beglückende Offenbarung des Gestaltungswillens verflossener Generationen und die Notwendigkeit der Bewahrung handwerklichen Könnens und Wollens in ihren vielfältigen Formen.



Sowohl die aufschlußreichen fachlichen und bautechnischen Erläuterungen von Oberbaurat Delp. Er wie seine Mitarbeiter haben sich mit der Vollendung dieses Projekts ein achtunggebietendes Denkmal gesetzt. An der Schönheit und Harmonie dieses Baues, in dem sich eine glanzvolle Vergangenheit und unsere tatkräftige Gegenwart die Hände reichen, werden sichhoffentlich recht viele Generationen in ungetrübtem Glück erfreuen können. Das aus Schutt und Asche wiedererstandene Großherzogliche Schloß möge den Volksvertretern, die von hier aus die Geschicke des Landes Rheinland-Pfalz mitbestimmen helfen, allzeit ein verpflichtendes Symbol sein.

Möge immer nur an friedlichen Werken in diesem statlichen, stolzen Hause gearbeitet werden! Dann haben die Mühen und der Fleiß, die Kunst der Architekten und das Können der Handwerker ihren letzten, tiefsten Sinn erfüllt. Dann ist auch der Arbeitskamerad, der durch einen Unglücksfall bei den Bauarbeiten leider ums Leben kam, für eine gute und edle Sache gestorben.

**GAG**  
75  
JAHRE  
**Gabriel A. Gerster**  
Mainz und Wiesb.-Schierstein  
Holzbauen jeder Art  
Bauschreinerei + Fenster- und Rolladenfabrik

**LUDWIG FEY**  
Metallbearbeitung  
Stahltür und Zargen  
Treppengeländer  
Mainz, Kaiser-Wilhelm-Ring 59 Tel. 4989

**ECKERT**  
Fußboden-Spezialgeschäft  
Mainz-Bretzenheim  
Mühlweg 15, Tel. 5024

**Elektrische Anlagen**  
**Sanitäre Anlagen**  
**Bausenglerei**  
**Elektro-Reparaturwerk**

Am Wiederaufbau  
des  
Großherzoglichen  
Schlosses wirkten  
leistungsfähige  
Mainzer Firmen mit.  
Sie bewiesen, daß  
Handwerksarbeit  
Qualitätsarbeit ist.

**TAPETEN**  
**VORHANGSTOFFE**  
**TEPPICHE**  
**LINOLEUM**

**EHRHARDT**  
MAINZ, GROSSE BLEICHE 28 · TEL. 4428  
LIEFERANT FÜR BEHÖRDEN,  
INDUSTRIE UND HANDWERK

Seit 80 Jahren  
**TE TALIN**  
PPICHE PETEN OLEUM  
Mainz  
**Becker**  
das allbewährte Mainzer Fachgeschäft  
jetzt Gutenbergplatz 2 Tel. 5552

**DORNHÖFER**  
Mainz · Boppstraße 24/26 · Telefon 3441

**Kunstgewerbliche Arbeiten**  
Treppengeländer usw.  
Führte aus  
**Heinrich Schwab** Kunstgewerbe - Metallbau - Eisenkonstruktionen  
Mainz, Monbijoustraße 45 1/2, Tel. 4217

**Jean Sauer**  
BILDHAUER  
Mainz, Untere Zahlbacher Str. 80-82, Tel. 5056



**Josef Hecht**  
GERÜSTEBAU  
Mainz, Schulstraße 11 1/2 · Telefon 4926  
Ausführung sämtlicher Gerüstarbeiten,  
auch in Stahlrohr

# Ein markantes Bauwerk am Rheinufer wieder aufgebaut

\* Die ehemalige Commende des Deutschordens heute Sitz des Landtages von Rheinland-Pfalz \*

F. J. Daß Mainz seine beiden repräsentativsten Bauwerke am Rhein, nämlich das Kurfürstliche und das Großherzogliche Schloß, nach dem Zusammenbruch wieder-aufbaute, ist zunächst nicht von allen Bürgern verstanden und gebilligt worden. Zumal in jenen Fällen nicht, da sich die Hoffnungen der Mainzer Evakuierten auf Rückkehr in ihre Vaterstadt noch immer nicht erfüllten. Inzwischen aber ist die Erkenntnis wohl allenthalben durchgedrungen, daß diese Schlosser ja nicht „im Monde liegen“, sondern ihre bedeutsamen Aufgaben auch wieder in der Gegenwart erfüllen, so wie sie es in vergangenen Jahrhunderten taten.

Wie stark, ja, wie entscheidend das Kurfürstliche Schloß seit seiner Wiederinbetriebnahme kulturell und wirtschaftlich unserer Stadt vorangeholt hat, darüber ist schon bei anderen Gelegenheiten gebührend berichtet worden, und die eben verkündeten Mainzer Sägerfestwoche hat das ja abermals sinnfällig demonstriert. In jenen Tagen wandte sich auch das Interesse der Öffentlichkeit mehr als zuvor dem Großherzoglichen Schloß zu. Im Plenarsaal dieses neuen Landtagsgebäudes —

wegen seiner prächtigen Akustik übrigens allgemein bewundert — erklangen Chöre zum Ruhm und Preis des deutschen Liedes, und in dem freundlichen Restaurant brannten zum erstenmal Nächte hindurch die strahlenden Lichter für fröhliche Gäste.

Schulter an Schulter, in voller Eintracht und Schönheit, stehn diese beiden markanten Zeugen der Mainzer Baugeschichte am Rheinufer, den Blick offen und heiter dem romantischen Strom zugekehrt. Ebenso ziehen sie aber auch die Blicke aller derer auf sich, die aljährlich vom Frühjahr bis in den Herbst hinein auf den weißen Schiffen vorbeifahren oder über den sanft geschwungenen Bogen der Straßenbrücke ihren Weg nehmen. Wer wollte es den Mainzern verdenken, daß sie sehr stolz auf „ihre“ Schlosser sind...!

Tief verankert wie die Entwicklung des Kurfürstlichen ist auch die Baugeschichte des Großherzoglichen Schlosses in jenem Kulturbereich, dessen glanzvolle Ausstrahlung Mainz den ehrenvollen Beinamen der „goldenen“ Stadt eintrug. Die rot und warm leuchtende, stattliche Front des Großherzoglichen Schlosses grüßt den Fremden als erste, wenn

er von „drüben“ her Mainzer Boden betritt. „Was ist das für ein Gebäude...?“ — wie oft am Tage wird diese Frage gestellt! Allzu viel wird der Besucher allerdings darüber nicht erfahren. Aber daß man es das „Deutschhaus“ nennt, wegen der Verbindung seines Erbauers, des Kurfürsten Franz Ludwig, mit dem Deutschen Ritterorden, und daß es in den Jahren 1730–38 als Commende dieses Deutschordens von dem Hochmeister-Kurfürsten Franz Ludwig errichtet worden ist — diese kleinen lokalgeschichtlichen „Weisheiten“ wird man wohl meist zu hören bekommen.

Viel mehr ist im Grunde genommen auch gar nicht nötig. Als Ergänzung vielleicht lediglich noch ein Hinweis auf die Rolle des Deutschhauses am Rhein in der dann folgenden Zeit. Erzherzog Karl, der Befehlshaber der Rheinarmee, bezog es 1793 nach der Eroberung von Mainz. In der Napoleonischen Zeit nimmt das Schloß den Rang einer Kaiserlichen Residenz ein. Es sollte sogar zu einem Kaiser-Palast umgebaut werden. Nach 1814 wird Mainz hessische Stadt und Bundesfestung mit preußischer und österreichischer Besatzung. Das Schloß ist nunmehr Groß-

herzogliches Palais. Es dient als Gästehaus für viele gekrönte Häupter und sieht deutsche und französische Heerführer in seinen Mauern — es darf sich wahrrichtig ein Hotel „Deutsches Haus“ nennen!

Hier hat nun der Landtag von Rheinland-Pfalz sein Standquartier aufgeschlagen, bald, nachdem Mainz zur Landeshauptstadt erkürt wurde. Seine Bewährungsprobe legte das Schloß bereits ab: eine Reihe von Sitzungen ist schon vorüber, und überall in den Büros hat sich im Haus emsiges Leben entfaltet. Im großen und ganzen „steht“ das Großherzogliche Schloß also. Hier und da sind nur noch einige Feinheiten herauszuholen. So erhält z. B. der Plenarsaal in den kommenden Parlamentsferien seinen endgültigen Anstrich (auch in dieser Hinsicht will der Landtag demnach „Farbe“ bekennen...). Die Wand der schönen, hohen Eingangshalle wird künstlerisch ausgemalt, und anderes mehr.

Wer sich der trostlosen Starre ausgelöschten Lebens erinnert, die vor noch nicht allzu ferner Zeit über den Ruinen lag, wer an dieses Trümmerfeld denkt, an dem Tag um Tag Tausende gleichgültig

vorüberzogen, und heute den Wandel sieht, der sich dort mit aller Gründlichkeit und Konsequenz vollzog, der wird freudig und dankbar das stolze Werk des Wiederaufbaus begrüßen, dessen Gesamtleitung in Händen von Oberregierung- und Oberbaudirektor Delp lag. Oberbaudirektor Delp und seine Mitarbeiter in der Bauführung, Handwerker, Facharbeiter, Firmen aller Art, bis zum letzten Handianger — sie alle haben gemeinschaftlich das geschaffen, was der geschichtlichen Verpflichtung getreu, nunmehr dem Land Rheinland-Pfalz und der Stadt Mainz zur Ziende gereicht. Es ist ein Werk, formschön und voll edelster Harmonie!

Lassen wir am besten den Schöpfer des neuen Landtagsgebäudes selbst, nämlich den Oberbaudirektor Delp, seine Gedanken beim Wiederaufbau kurz entwickeln:

Als der Auftrag an die Staatliche Hochbauverwaltung erteilt wurde, war ein Kompromiß zwischen baukultureller Tradition und neuer Zweckbestimmung zu schließen. Er wurde schon dadurch erforderlich, weil der äußere Bestand der Umfassungswände in ihrer klassischen Achsenbildung zwangsläufig zur Bindung in der Innengestaltung



Unsere Bilder vermitteln einen lebendigen Eindruck von der Harmonie der Raumgestaltung, die sowohl auf das kulturelle Erbe Rücksicht nimmt als auch die Forderungen unserer Zeit berücksichtigt. Auf dem mittleren Foto dieser Seite: Der große Plenarsaal bei der gegenwärtigen Landtagssitzung. Links: Blick aus einem Zimmer auf die Terrasse im ersten Stock. Rechts: Das Eingangsportal. — Die Fotos auf der nächsten Seite zeigen einmal die neue Gaststätte „Deutschhaus“ im Landtagsgebäude. Ferner (von links nach rechts): den gegenwärtigen Bibliotheksraum, eine Lese-Ecke und ein kunstvolles Gitter am Treppenhaus.



Tapezierer- und  
Sattler-Genossenschaft  
Mainz e. G. m. b. H.

Das Fachgeschäft für

Tapeten · Möbelstoffe  
Matratzendrelle  
Markisendrelle  
Dekorationsstoffe  
Gardinen · Linoleum

Mainz, Gymnasiumstraße 4 3/4  
Fernruf 5114

Verkauf auch an Nichtmitglieder

**Jacob Haspel**

Frauenlobstraße 6 MAINZ Tel. 1893, Tel. 7217

Bauglaserei - Fensterrahmen - Schiebefenster  
Doppelfenster aller Systeme

Verputz- u. Malerarbeiten

führen aus:

Hans Gräter Fuchs & Stenner

BAUDEKORATION BAUDEKORATION

MAINZ Petersstraße 2 · Ruf 7293

**Jakob Drehwald**

Mainz

Neutorstraße 22 · Fernsprecher 7-026

Unternehmen  
für elektrische Installation von  
Licht-, Kraft- und Signalanlagen  
für Industrie, Gewerbe  
und Haushalt.

**Heinrich Wenner**

BAUUNTERNEHMUNG  
MAINZ

**Lieferung**  
der  
**HANS LERCH**  
JAHRE JNG.  
**BUSCH LERCH**  
MAINZ Am Stadttheater FUSTR. 15  
stilechten



Messing- und Bronzearbeit

**PH. HÄUSER**  
BRONZEGIESSEREI

Mainz-Gonsenheim - Telefon 7239

**Alwin Geitel**

Glas- und Gebäudereiniger · Meister

ihr Fachmann für  
Gebäudereinigung

reinigt Fenster, Fußböden aller Art usw.

Mainz-Gonsenheim Mainz, Schulstraße 16/17  
Mainzer Straße 43, Tel. 7329 Lager und Büro

**Die gesamte Kühlung**

in den Restaurationsräumen

**Linde**  
KÜHLUNG bekannt bewährt  
in aller Welt

Ges. f. Linde's Eismaschinen A.G., Abt. Kleinkälte

Ing.- und Montagebüro

Mainz-Mombach, Arndtstraße 1-3 - Telefon 5319

Besichtigen Sie bitte unsere Ausstellung: Mainz, Bahnhofstraße 9 - Telefon 4470

**Zimmerarbeiten**

führt aus

**Josef Strieder**  
SÄGEWERK · HOLZBAU

MAINZ

# Ein markantes Bauwerk am

## \* Die ehemalige Commende des Deutschordens

F. J. Daß Mainz seine beiden repräsentativsten Bauwerke am Rhein, nämlich das Kurfürstliche und das Großherzogliche Schloß, nach dem Zusammenbruch wieder-aufbaute, ist zunächst nicht von allen Bürgern verstanden und gebilligt worden. Zumal in jenen Fällen nicht, da sich die Hoffnungen der Mainzer Evakuierten auf Rückkehr in ihre Vaterstadt noch immer nicht erfüllten. Inzwischen aber ist die Erkenntnis wohl allenthalben durchgedrungen, daß diese Schlösser ja nicht „im Monde liegen“, sondern ihre bedeutsamen Aufgaben auch wieder in der Gegenwart erfüllen, so wie sie es in vergangenen Jahrhunderten taten.

Wie stark, ja, wie entscheidend das Kurfürstliche Schloß seit seiner Wiederinbetriebnahme kulturell und wirtschaftlich unserer Stadt vorangeholfen hat, darüber ist schon bei anderen Gelegenheiten gebührend berichtet worden, und die eben verklungene Mainzer Sängerfestwoche hat das ja abermals sinnfällig demonstriert. In jenen Tagen wandte sich auch das Interesse der Öffentlichkeit mehr als zuvor dem Großherzoglichen Schloß zu. Im Plenarsaal dieses neuen Landtagsgebäudes —

wegen seiner prächtigen Akustik übrigens allgemein bewundert — erklangen Chöre zum Ruhm und Preis des deutschen Liedes, und in dem freundlichen Restaurant brannten zum erstenmal Nächte hindurch die strahlenden Lichter für fröhliche Gäste.

Schulter an Schulter, in voller Eintracht und Schönheit, stehen diese beiden markanten Zeugen der Mainzer Baugeschichte am Rheinufer, den Blick offen und heiter dem romantischen Strom zugekehrt. Ebenso ziehen sie aber auch die Blicke aller derer auf sich, die alljährlich vom Frühjahr bis in den Herbst hinein auf den weißen Schiffen vorbeifahren oder über den sanft geschwungenen Bogen der Straßenbrücke ihren Weg nehmen. Wer wollte es den Mainzern verdenken, daß sie sehr stolz auf „ihre“ Schlösser sind . . . !

Tief verankert wie die Entwicklung des Kurfürstlichen ist auch die Baugeschichte des Großherzoglichen Schlosses in jenem Kulturabschnitt, dessen glanzvolle Ausstrahlung Mainz den ehrenvollen Beinamen der „goldenen“ Stadt eintrug. Die rot und warm leuchtende, stattliche Front des Großherzoglichen Schlosses grüßt den Fremden als erste, wenn

er von „drüben“ hereintritt. „Was ist das? — wie oft am Tage stellt! Allzu viel wird darüber nicht man es das.“ Deutlich wegen der Verbindung des Kurfürsten Franz Deutschen Ritterordens 1730—38 am Deutschordens von Kurfürsten Franz Linden ist — diese kleinen „Weisheiten“ zu hören bekommen.

Viel mehr ist im auch gar nicht nötig leicht lediglich noch Rolle des Deutschordens dann folgenden Zeit Befehlshaber der Hessen 1793 nach der Eroberung der Napoleonischen Kriege den Rang einer Kaiser. Es sollte sogar zu einer umgebaut werden, hessische Stadt unter preußischer und österreichischer

# A.Z. Heute Einzug in den neuen Landtag 18.5.57

Das neue zweckmäßige Landtagsgebäude hat seinen historischen Charakter behalten

StAMZ NL Oppenheim 1202

sind die allerletzten Arbeiten nicht abgeschlossen. Die Farben sind noch nicht aufgetragen, die den hellen Charakter des Baues beibehalten werden, das Holzwerk muß noch die letzten Deck- und Lack-Anstriche bekommen. Aber wenn der Landtag zu seiner zweiten Sitzung zusammentritt, wird auch das fertig sein.

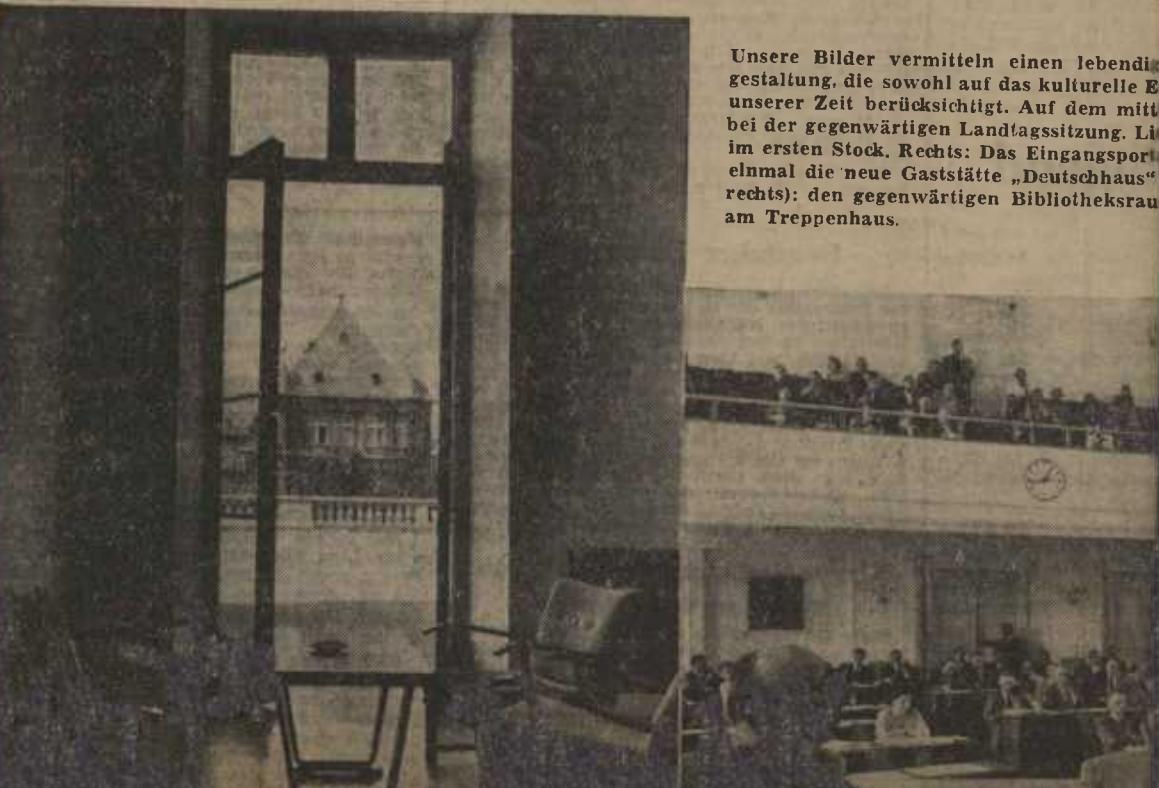
Der Plenarsaal selbst nimmt das Herzstück des ganzen Baues ein und gibt nach beiden Seiten den Blick frei, einmal auf den Rhein, dann auf den Deutschhaus-Platz. Oberbaurat Delp hat auch hier den historischen Charakter des Hauses, das im Jahre 1730 als Deutschordens-Commende errichtet wurde, dadurch betont, daß er die aus dem gleichen Jahre stammenden frühbarocken Stuckornamente aus einem der beiden Kavaliersbauten in die Fensterfüllungen übertrug.

Schon einige Tage vorher hatten die Fraktionen im neuen Landtagsgebäude ihre Arbeit aufgenommen. Ihnen stehen geräumige Sitzungszimmer ebenso zur Verfügung wie der Landtagsverwaltung, der Regierung, der Presse usw. Das Restaurant allerdings, das am nördlichen Flügel angebaut wird, und nicht nur

den Landtagsmitgliedern zur Verfügung stehen soll, wird erst Mitte oder Ende Juli beendet sein.

Obwohl die Kosten, die der Landtag seinerzeit für sein neues Heim in Mainz bewilligte, nicht überschritten worden sind — einschließlich des Restaurants betragen sie 1,3 Millionen DM — ist der Zweck aufs schönste erreicht worden.

Als vor einigen Tagen eine Gruppe französischer Architekten den Neubau besichtigte, gaben sie ihrer Zufriedenheit über die architektonische Leistung lebhaften Ausdruck. Und wenn sich nun in den nächsten Tagen die Arbeit in den neuen Räumen eingespielt hat, so werden auch die Abgeordneten zweifellos mit der Anerkennung nicht zurückhalten.



Unsere Bilder vermitteln einen lebendigen Eindruck der Gestaltung, die sowohl auf das kulturelle Erbe als auch auf die Bedürfnisse unserer Zeit berücksichtigt. Auf dem mittleren Bild ist der Plenarsaal während der gegenwärtigen Landtagssitzung zu sehen. Links im Bild: Der Eingangsbereich im ersten Stock. Rechts: Das Eingangsportal des neuen Landtagsgebäudes. Rechts daneben: Der gegenwärtige Bibliotheksraum im Treppenhaus.

# Neuer Mainzer Anzeiger

Freitag, 18. Mai 1951

## e Note an Persien

ster Ebene" zur Beilegung des Konflikts gefordert

britische Regierung hat ihrem Bot-

Verlagerung nicht hinnehmen. Die Folge würde ein Konflikt sein.

Der südafrikanische Ministerpräsident, Malan, erklärte am Mittwoch vor dem Parlament, Südafrika werde seine Pflicht tun, falls es zum Konflikt kommen sollte.

Der neue Leiter der politischen Abteilung des persischen Außenministeriums, Bagher Varesteh, sagte in Neuyork, er habe große Hoffnung auf eine baldige Beilegung des Gelstreits.



## Der Landtag im Großherzoglichen Schloß

infus  
18.5.51

Ein Blick in die neu aufgebauten Räume

StAMZ, NL Oppenheim / 20,2 - 6

Im „Cour d'honneur“, dem Ehrenhof der Deutsch-Ordensritter, parken heute Morgen die Automobile der Gäste und offiziellen Vertreter, die zur feierlichen Einweihung des neuen Landtagsgebäudes im ehemaligen Großherzoglichen Schloß gekommen sind. Durch die beiden noch nicht ausgebauten Pavillons, die später die Bibliothek aufnehmen sollen, erhält der „Ehreninnenhof“ seine Tiefenwirkung. Man tritt durch einen Portal, dessen Wölbung von zwei Atlanten getragen wird, deren Rücken sich unter der Wucht des Bauwerkes beugen. Dies ist eine bauliche Seltenheit in Mainz. Der Boden des Vestibüls ist mit Solhofener Kalkplatten belegt, nicht etwa mit Marmor. Große Fenster geben den Blick auf das Rheinufer frei und lassen die einfache Ausgestaltung des Vestibüls erkennen.

Links führt das Haupttreppenhaus, das man aus der Hauptachse herausgenommen hat, um Raum für den Plenarsaal zu schaffen, in die oberen Stockwerke. Im Parterre sind die weiträumigen Garderoben untergebracht, die Sitzungszimmer der einzelnen Fraktionen und in einem Anbau die Landtagsgaststätte. Sie ist für den Publikumsverkehr geöffnet. Und von ihrer Terrasse wird man einen eindrucksvollen Blick in das Mainzer „Vergnügungs-“ (Kurfürstliches Schloß) und Regierungsviertel genießen. Abgeordneten und Besuchern steht zum Gang in den Plenarsaal ein Aufzug zur Verfügung, während die wenigermüden Volksvertreter an den schmiedeeisernen Deutschauswappen vorbei den Weg über die Treppe nehmen können.

Der Plenarsaal füllt zwei Stockwerke aus. Drei zweiflügelige Türen, scherhaft nach Art der Abstimmungsmethode „Hammelsprung“ genannt, führen in den Saal, wo 100 Volksvertreter und 110 zuhörende Leute aus dem Volk Platz finden können. Der Plenarsaal bedeckt eine Fläche von 17 mal 19 Metern und die freitragende Decke von über 12 Meter Breite und 70 cm Dicke ist aus Stahlbetonrippen (mit einer Zementholzwollfüllung) schalldicht hergestellt. Umfangreiche Stuckaturen wurden neu angefertigt oder konnten von der erhaltenen Kapelle aus übertragen werden. So hüten am Kopfende des Plenarsaals über den Regierungsbänken sechs nackte Putten das Wappen von Rheinland-Pfalz. An der Rhein- und Hofseite halten jeweils viermal zwei Engelchen die erzbischöflichen und fürstlichen Insignien Tiara, Krummstab, Krone und Schwert und spenden ihnen Weihrauch.

Um den Raum seiner modernen Zweckbestimmung dienstbar zu machen, mußten weitläufige Klimaanlagen, akustische Telefon- und Schaltvorrichtungen angebracht werden. Die Abgeord-

strom, die historischen Baudenkmäler und die Straßen von Mainz.

Über eine halbe Million Steine verbrauchte der Um- oder besser Neuaufbau des Großherzoglichen Schlosses. 320 Arbeitskräfte haben in rund 300 000 Lohnstunden sich am Wiederaufbau beteiligt. Nach der Enttrümmerung hatte man am 7. November 1950 mit dem eigentlichen Aufbau begonnen, und das Gebäude ist heute nach 133 Arbeitstagen soweit wieder hergestellt, daß die feierliche Eröffnungssitzung heute morgen stattfinden kann. In den kommenden vier Wochen der Pause bis zur nächsten Sitzung werden noch einige kleinere Innenarchitektur- und Ausgestaltungsarbeiten nachgeholt werden.

Eine Million Dreihunderttausend DM hat das Landtagsgebäude gekostet. In unserer Notzeit ist das eine große Summe, die den Abgeordneten eine Ehrenpflicht in der Sorge um das Wohlergehen der Rheinland-Pfälzer auferlegt.

Die gesamten Aufbaurbeiten am Großherzoglichen Schloß wurden von Oberbaurat Delp geleitet.

# *Von Napoleon und Goethe bis Wilhelm II.*

**Das „Deutsche Haus“ - oder Großherzogliche Schloß - im Spiegel der Geschichte**  
StAMZ, NL Oppenheim / 20.2. - 7

StAMZ, NL Oppenheim / 20.2 - 7

Bürgerhäuser in Schutt und Asche.  
Auch damals schon mußten Befreiungen teuer erkauft werden.

chloß war König Wilhelm von Preußen, der spätere Kaiser Wilhelm I. mit einem Hauptquartier untergebracht. Unaufhörlich kamen und gingen Kurienfiziere und Ordinanznen und über die Karte gebeugt verfolgten der König und der Generalstabchef von Moltke die ersten Ereignisse auf dem Kriegsschauplatz. Fürst Bismarck ging in das Schloß ein und aus. Er selbst wohnte im Hause Kupferberg auf der Mathildesterrasse. Die Fama sagt ihm nach, er sei ein großer Sektfreund gewesen. Von dem ersten Weltkrieg ist nichts mehr zu hören.

Vor dem ersten Weltkrieg hatte das Schloß im August eines jeden Jahres einen großen Tag, wenn der Kaiser und der Großherzog von Hessen sich mit zahlreichem Gefolge nach der Parade auf dem Großen Sand zu kurzem Aufenthalt in das Deutsche Haus beabten.

## Das Ende von Kurmainz

Durch den Frieden von Campo Fornio wurde 1797 das linke Rheinufer an Frankreich abgetreten, die Herrlichkeit von Kurmainz fand damit ihr unwiderrufliches Ende. Der letzte Kurfürst räumte das Deutsche Haus und machte dem französischen Oberkommandierenden, dem General Hatry, Platz. Bis zum Jahre 1814 wohnten im Schloß zahlreiche berühmte französische Generale und Staatsmänner, darunter wiederhol Napoleon I. Auch Josephine Beauharnais, dessen erste Frau, sowie die österreichische Kaisertochter Marie Luise, seine zweite Frau, hielten sich dort auf.

Der Wiener Kongreß sprach 1816 Rheinhessen mit der Hauptstadt Mainz dem Großherzog von Hessen zu, der auch kurz darauf das Schloß übernahm, das von da an bis zum heutigen Tag im Volksmund als das Großherzogliche Schloß bekannt ist. Nach diesen schweren Schicksalsschlägen, welche die einst prächtige und blühende Stadt in ein Trümmer- und Leichenfeld verwandelt hatten, trat eine ruhige Epoche von fast einem Jahrhundert ein, wenigstens für Mainz, nicht für Europa.

## Erste deutsche Industrieausstellung

Ein friedliches Ereignis von ganz besonderer Bedeutung war die erste deutsche Industrieausstellung im Jahre 1842 in den Räumen des Großherzoglichen Schlosses, die von 75 000 Menschen besucht wurde, eine für die damalige Zeit unglaubliche Zahl. 1845 beherbergte das Schloß die Königin Viktoria von England mit dem Prinzengemahl, die zu kurzem Besuch in Mainz weilten.

Die Ereignisse der Jahre 1848 und 1866 gingen an Mainz fast spurlos vorüber, aber vom 2. bis 7. August 1870 stand unsere Stadt wieder im Mittelpunkt geschichtlicher Ereignisse: Im

von **märchen** **Lauten** als leicht entzündbar betrachtet wird, zeigte keine wesentlichen Unterschiede in ihren Brenneigenschaften.

Amerikanisches ..

**Miamis** Badeort Miami (Florida) soll ein findiger Geschäftsmann auf die Idee gekommen sein, für reiche Touristinnen eine Auktion zu veranstalten, auf der sie meistbietend einen Ehemann ersteigern können.

Der Reporter des „Miami Herald“ wandte sich an die in der Anzeige angegebene Adresse und fand dort einen Mann namens Stan Farber vor. Dieser habe ihm erklärt: „Ich bin Spezialist für einzigartige Geschäfte. Dies jetzt bildet den Höhepunkt meiner bisherigen Laufbahn. Ich vertrete eine Organisation, die ganz offen eine Gruppe gut aussehender und unverheirateter junger Männer zum Verkauf als Ehegatten an reiche Frauen sammelt.“

Farber habe weiter gesagt, der Verkäufer würde sich so abspielen, daß die Besucherinnen bei einer Auktion

Diplomat im Pariser Elysée einen französischen Kollegen, wer nach seiner Meinung im Augenblick für Paris die bekannteste und populärste Persönlichkeit sei. Vielleicht rechnete er mit Präsident Auriol, mit dem Boxer Sugar Robinson oder mit Tino Rossi. Statt dessen kam die Antwort: "Yvonne Dессertинne, unsere Königin für einen Tag".

Hätte man den französischen Diplomaten 24 Stunden früher gefragt, so wäre er nicht auf Yvonne verfallen. Ganz einfach deswegen, weil sie eine ganz unbekannte Angestellte im Café de la Paix war, die das Telefon in der Zentrale bediente. Am Vorabend hatte sie ein Billett für die Veranstaltung von Radio Luxembourg gekauft, um an der öffentlichen Wahl der "Königin für einen Tag" teilzunehmen. Als man von ihr am Eingang verlangte, sie solle einen möglichst wichtigen Wunsch auf einer Zeile schreiben, wußte sie nicht

sucher (50 Prozent Männer) abrollte prüfte eine Jury alle Wunschzettel um suchte die 21 Bitten heraus, die am meisten zu Herzen sprachen, denn dann auf kommt es bei der Wahl der "Königin für einen Tag". an. Nach der Pause ein Tusch des Orchesters, und die 21 Frauen bestiegen die Bühne. Hier erwartete sie ein Rundfunkssprecher, der sich mit jeder der Aspirantinnen ein paar Minuten unterhielt, um auch den unten im Saal sitzenden Wählern Näheres über den Herzenswunsch der Kandidatinnen zu vermitteln. Auch Yvonne war darunter. Sie berichtete dem Mann mit dem Mikrophon, warum sie ihren Wunsch geäußert hatte. Sie bate die zwei Kinder ihrer verstorbeneen Schwester angenommen, weil sie nicht ins Waisenhaus sollten. Daniel (11 Jahre) und Lorette (7 Jahre) mussten mit einem Monatsgehalt von 127,- DM nach deutscher Währung durch Leben gebracht werden. So lag der Wunsch auf der Hand, ein einziger

folgenden, gewahnt sei. Was bedeutet das? Zunächst wird der Wunsch, den Yvonne äußerte, umgekehrt erfüllt. Dann bekommt sie von ein paar Dutzend Firmen Geschenke, die nach deutscher Wahrung einen Wert von 7.000,- DM haben. Eine Wäschefirma stiftet eine komplett Garnitur, eine Radiofirma schenkt einen tollen Superkreisler, eine Schuhfirma hat ein Paar Schuhe zur beliebigen Auswahl bereit, eine Kücheninrichtungsfirma gibt der Königin für einen Tag eine Abwaschvorrichtung, endlich stellt die Autofirma Packard den neuesten und besten Wagen für einen Tag mit Chauffeur und Benzin zur Verfügung. Natürlich haben die besten Luxusrestaurants die Entagskönigin zum Mittag und zum Abend eingeladen. Ein Revue-Theater schließt sich an. Punkt 24:00 Uhr des folgenden Tages ist der Traum zu Ende. Yvonne ist keine Königin mehr, sondern Telefonistin, doch in der Wohnung einer kleinen Firma, die ihr

# Königin für einen Tag

Radio Luxemburg erfüllt Wünsche und bringt Glück für 24 Stunden

## Hulen

Pfund Sterling hat die englische Regierung für den Ausbau des Schulsystems im schwarzesten Afrika eingesetzt.

Großstadt, von Nai-  
ne Tränkstelle der  
teute vom wimmeln-  
ler modernsten Sied-  
füllt ist. Hier in den  
Eingeborenendörfern  
ach den Sitten und  
nwohner, die sich im  
anisvollen Geschichte  
Die Massais waren  
eine Kriegerkaste und  
seit Gebiete des rie-  
dem, dem die briti-  
Afrika heute gegen-  
en schwarzen Erdteil  
arren in Lethargie  
herauszureißen. Dazu  
erster Linie Schulen  
s bedeutet Erziehung  
heit, mit der Erschlie-  
ßen weite Strecken

eine Wasserstelle Mensch und Vieh  
drängt, um den schlimmsten Durst zu  
löschen. Die Männer, einst zu großen  
und beherrschenden Aufgaben berufen,  
verkommen in der ihnen auferlegten  
Untätigkeit. Man hat neuerdings mit  
Erfolg versucht, Sportplätze zu bauen  
und hier die Massaikrieger in fried-  
lichen Wettkämpfen antreten zu lassen.  
Die Techniker der Kolonialbehörden  
sind am Werk, um das kostbare Nass  
durch Grabung neuer Brunnen zu er-  
schließen und mit Bewässerungswer-  
ken, an deren Bau sich die Eingebore-  
nen beteiligen, neue Felder anzulegen  
und zu erhalten.

Aber alle diese Maßnahmen verlau-  
fen im wahrsten Sinne des Wortes im  
Sande, denn es fehlt an dem Wichtig-  
sten zu diesen ganzen weitreichenden  
Plänen - an den Schulen, denn nur  
durch sie kann erzieherische Arbeit ge-

schreiten.

### Kaspar mit

Oslo (dpa). Die K  
jetzt eine jugendliche  
genommen, die seit  
lichen Stadtteile vo  
machte. Autodiebstahl  
ihrer Spezialität. D  
aus 35 Jungen, die  
ten Familien in den  
städten Oslos stamm  
war ein siebzehnjähriger  
unter dem Decknamen  
Bei ihrer Festnahme  
einer Pistole und  
Ausrüstung von Ein  
die sie in ihren lang  
versteckt hatte. Ihr  
gleichaltriger junger  
Sohn eines angesehene

StAMZ, NL Oppenheim / 20,2 - 8

# Allgemeine Zeitung

Neuer Mainzer Anzeiger

HEUTE  
Der Tag

## Schrott - Altpapier - Rohprodukte

Wichtige Faktoren für die deutsche Wirtschaft!

Wer sich in den letzten beiden Jah-  
ren gelegentlich einmal die Mühe leitet, an ein solches Wunder zu glau-  
ben. Die Zuwendungen waren nur  
darauf bemessen, uns aus den schlimm-  
sten Schwierigkeiten der Nachkriegs-  
verarmung herauszuholen, nicht aber,  
um uns zu hundertprozentigen Ver-  
schwendern zu machen. Doch wir  
wird wissen, mit welcher Selbstverständlichkeit plötzlich Dinge auf den letzten Weg der Vernichtung  
geschickt wurden, deren Sammlung  
zwecks Wiederverwertung noch kurz  
zuvor zur nationalen Pflicht gehörte. Ob  
es alte metallene Gebrauchsgegen-  
stände, unbrauchbare Textilreste, Pappe,  
Papier oder Knochen waren, man hielt  
es nicht mehr der Mühe wert, sie zu  
sammeln und für „ein paar lumpige  
Groschen“ irgendeinem Händler nachzu-  
tragen. Kein Blockwart, Fähnleinfüh-  
rer oder städtischer Dienst kam mehr,  
um für Entrümplings-, Sammlungs-  
und Groschengrabaktionen zu werben  
und abzuholen. Also konnte man jetzt  
wieder einmal aus dem Vollen

lebte, hier und da einen Blick in die  
Häusern auf Abholung wartenden übervollen Mülltonnen zu wer-  
fen, der wird wissen, mit welcher Selbstverständlichkeit plötzlich Dinge auf den letzten Weg der Vernichtung  
geschickt wurden, deren Sammlung  
zwecks Wiederverwertung noch kurz  
zuvor zur nationalen Pflicht gehörte. Ob  
es alte metallene Gebrauchsgegen-  
stände, unbrauchbare Textilreste, Pappe,  
Papier oder Knochen waren, man hielt  
es nicht mehr der Mühe wert, sie zu  
sammeln und für „ein paar lumpige  
Groschen“ irgendeinem Händler nachzu-  
tragen. Kein Blockwart, Fähnleinfüh-  
rer oder städtischer Dienst kam mehr,  
um für Entrümplings-, Sammlungs-  
und Groschengrabaktionen zu werben  
und abzuholen. Also konnte man jetzt  
wieder einmal aus dem Vollen

lebte, hier und da einen Blick in die  
Häusern auf Abholung wartenden übervollen Mülltonnen zu wer-  
fen, der wird wissen, mit welcher Selbstverständlichkeit plötzlich Dinge auf den letzten Weg der Vernichtung  
geschickt wurden, deren Sammlung  
zwecks Wiederverwertung noch kurz  
zuvor zur nationalen Pflicht gehörte. Ob  
es alte metallene Gebrauchsgegen-  
stände, unbrauchbare Textilreste, Pappe,  
Papier oder Knochen waren, man hielt  
es nicht mehr der Mühe wert, sie zu  
sammeln und für „ein paar lumpige  
Groschen“ irgendeinem Händler nachzu-  
tragen. Kein Blockwart, Fähnleinfüh-  
rer oder städtischer Dienst kam mehr,  
um für Entrümplings-, Sammlungs-  
und Groschengrabaktionen zu werben  
und abzuholen. Also konnte man jetzt  
wieder einmal aus dem Vollen

sah, die Ausfuhr unter Kontrolle zu  
nehmen, um die Versorgung der deut-  
schen Hüttenwerke sicherzustellen. Der  
deutsche Schrotthandel hat sich in an-  
erkennenswerter Weise bereit erklärt,  
der Inlandversorgung den Vorrang zu  
geben. Wie wichtig das ist, wird klar,  
wenn man sich vergegenwärtigt, daß der  
Export von einer Tonne verarbeiteten  
Stahls z. B. in Form von Stecknadeln  
den über zweihundertfachen Erlös an  
Devisen bringt wie eine Tonne Schrott,  
obwohl dessen Preis gegenüber Februar  
1950 von 31 auf rund 52 Dollar in USA  
gestiegen ist. Ja, Schrott ist heute durch  
die westliche Wiederaufrüstung und die  
damit verbundene Hochkonjunktur  
nahezu zu einem Edelmetall geworden.  
Die ständig zunehmenden Schrottdieb-  
stähle in aller Welt beweisen es.

Aber auch alle sonstigen Altmetalle  
und Rohprodukte gewinnen ständig an  
Bedeutung für die weitere Versorgung  
und Preisgestaltung. Wenn heute Schul-  
hefte und Verpackungsmaterial wieder  
knapp sind und die Zeitungen dünne  
und vielfach teurer werden, dann ha-  
daran in nicht geringem Maße der  
schlechte Rücklauf an Altpapier seinen  
Anteil. Es wurden in Deutschland vom  
produzierten Papier usw. knapp 20 Pro-  
zent, im reichen Amerika aber über  
30 Prozent der Verwertung wieder zu-  
geführt. Ähnlich sieht es bei Lumpen,  
Knochen usw. aus. Darum sollen wir  
uns nicht wundern, wenn uns jetzt die  
Rechnung in Form höherer Preise und  
neuer Steuern vorgelegt wird, die das  
Ziel der Verbrauchsbeschränkung haben,  
um Devisen für die wichtigsten Roh-  
stoffe einzusparen. Wir haben eine

Ein Schülerchor der Mainzer Goethe-  
Schule unter Leitung von Lehrer Weu-  
then „Freiheit, die ich meine“ leitete die  
Feierstunde ein, an der die gesamte Lan-  
desregierung unter Führung von Mini-  
sterpräsident Peter Altmeier, der Landes-  
kommissar Gouverneur Brozen-Favereau,  
der englische und der amerikanische Be-  
obachter im Landeskommariat, der  
Bischof von Mainz, der Oberbürgermeister  
von Koblenz, Vertreter zahlreicher Be-

hördens des Landes und vor allem die  
Mehrzahl der neuen Abgeordneten teil-  
nahmen.

### Die Ansprache des Ministerpräsidenten

Der Ministerpräsident Peter Alt-  
meier gedachte zunächst jener Deut-  
schen jenseits des Eisernen Vorhangs, die  
sich nicht der gleichen Freiheit erfreuen  
können, die in der Verfassung von  
Rheinland-Pfalz vor nunmehr vier Jahren  
verankert wurde. Den Freiheitsrechten  
stünden natürlich Bürgerpflichten  
gegenüber. Nur jene dürften sich auf die  
Freiheit berufen, die auch diese Pflichten  
anerkannt und treu erfüllten. „Wer die  
Demokratie missbraucht, die Freiheit

(Fortsetzung auf Seite 2)

## Kurssturz in New York

New York, 18. Mai. (AP.) Eine Verkaufs-  
welle größten Ausmaßes traf die Neuyorker  
Effektenbörsen in der letzten Stunde der  
Freitagsitzung und führte zu einem allge-  
meinen Kurseinbruch bis zu fünf Dollar pro  
Aktie.

## Frachter beschlagnahmt

London, 18. Mai. (AP.) Das britische  
Transportministerium hat am Freitag den  
britischen Frachter „Nancy Moller“ be-  
schlagnahmt, der sich mit einer Ladung  
Gummi für Rotchina auf hoher See befindet.  
Inoffizielle Berichte in London besagen,  
daß der Zerstörer „Cossack“ aus Hongkong

## Morrison in

Der erste Besuch eines britischen A

Bonn, 18. Mai. (dpa) Der britische  
Außenminister Herbert Morrison traf am  
Freitagabend auf dem Flugplatz Wahner-  
heide bei Köln ein. Zu seinem Empfang  
hatten sich Bundeskanzler Dr. Adenauer,  
der britische Oberkommissar Sir Ivone  
Kirkpatrick, Vizekanzler Franz Blücher,  
Ministerialdirektor Herbert Blankenhorn  
und als Vertreter des Bundespräsidenten



Während des Festaktes zur Eröffnung des Landesparlamentes von links nach rechts: Landeskommis-  
sar Brozen-Favereau, Ministerpräsident Wolters, Bischof Dr. Stohr und

Nummer 114

Samstag, 19. Mai 1951

# Der Richtkranz auf dem Landtagsgebäude

A.Z. 16.2.57.

Es soll ein Haus des Volkes sein und der Demokratie in Deutschland dienen

Allgemeine Zeitung

Samstag, 19. Mai 1951

## Die Eröffnung des neuen Landtages

A.Z. 9.5.57  
(Fortsetzung von Seite 1)

Der Ministerpräsident gab in seiner Rede bei der Feierstunde am Vormittag dem Wunsche Ausdruck, daß, wie in den vergangenen Jahren, auch zukünftig der Landtag in allen Fragen, die in ihrer Bedeutung und Reichweite über das Land hinaus das ganze deutsche Vaterland beeindrucken, in diesem Hause jene Einmütigkeit herrsche, die unsere Bevölkerung um Wesen und Wollen beseele.

### Ein altes Bauwerk in neuem Glanz

Das neue Landtagsgebäude, das heute, am Verfassungstage, die Pforten für die neu gewählten Abgeordneten öffnen kann, habe bis in die letzten Stunden im Zeichen fieberhafter Arbeit gestanden. Die Landesregierung müsse allen, die daran mitgewirkt haben, ihren Dank abstatte. Auch dem französischen Landeskommisariat und vor allem dem Gouverneur Hettier de Boislambert müsse für die Mitwirkung gedankt werden, wodurch dieses frühere Großherzogliche Schloß im Rahmen des damaligen Mainzer Wiederaufbauprogramms wieder erstellt werden konnte, ohne daß dafür durch das Land erneute Mittel in den Haushalt für das Jahr 1950 eingestellt zu werden bräuchten. Den Oberbauräten Mansfeld und Delp, die dieses herrliche alte Bauwerk in neuem Glanz ersten ließen, müsse ebenso wie allen Arbeitern, sei es nun der Hand oder des Geistes, Dank gezollt werden. Der Ministerpräsident überreichte dann dem Präsidenten des Landtags die Schlüssel des neuen Hauses.

### Die Ansprache des Landeskommisars

Sodann sprach Gouverneur Brozen-Faverneau, der Landeskommisar für Rheinland-Pfalz, zu der Festversammlung. Er stellte fest, daß die unermüdliche Arbeit aller Stellen und auch die vertrauensvolle Arbeit zwischen Besatzung und Regierungsstellen den Weg aus dem Chaos mit Erfolg hätten beschreiten lassen. Das Gesetzgebungswerk, das der Landtag in seiner ersten Legislaturperiode geschaffen habe, könne in sozialer Hinsicht als mustergültig bezeichnet werden.

Der Gouverneur äußerte sich dann kurz zu den letzten Wahlen in Rheinland-Pfalz. Hier habe sich im Gegensatz zu anderen Bundesländern die rheinisch-pfälzische Bevölkerung in erfreulicher Weise zur Demokratie bekannt, indem sie den drei großen demokratischen Parteien die Treue hielt und den Splitterparteien sowie den totalitären Gruppen von rechts und links eine endgültige Abfuhr erteilte. Dies sei um so beachtlicher, da die Bevölkerung mancherlei Schwierigkeiten zu ertragen habe, die durch die neuen militärischen Aufgaben erwachsen seien. Er wolle seinerseits der Landesregierung heute versprechen, daß er ihr bei allen derartigen Sorgen tatkräftig zur Seite stehen wolle.

### Dre Dank des Landtages

Landtagspräsident Wolters dankte ebenfalls dem Ministerpräsidenten und der Landesregierung für die Übertragung dieses schönen Gebäudes an den Landtag. Er dankte allen Arbeitern und

allen an seinem Bau Beteiligten, er gedachte des bei den Arbeiten tödlich verunglückten Arbeiters und ging dann kurz auf die denkwürdige Geschichte dieses Hauses ein, das im Jahre 1730 errichtet wurde. Auch der Stadt Koblenz, die der Landtag nunmehr endgültig verfüsse, müsse Dank geschenkt werden für die gastfreundliche Aufnahme.

Die Abgeordneten, die nunmehr ihre Wahl angenommen hätten, trügen eine große Verantwortung für die Stütze der Demokratie.

Vor dem Landtagsgebäude, auf dessen

hohem Dach riesige Flaggen in den Bundesfarben und mit dem Wappen des Landes Rheinland-Pfalz flatterten, hatten sich zahlreiche Mainzer Bürger eingefunden, die der Anfahrt der Ehrengäste und dem Einzug der Abgeordneten zuschauten. Uebrigens dankte Landtagspräsident Wolters in seiner Rede auch für die Willkommensgrüße, die die Presse dem Landtag ausgesprochen habe. Oberbürgermeister Stein war durch Bürgermeister Dr. Schwahn vertreten, da er zur Zeit an einer Studienreise nach Paris teilnimmt. Den musikalischen Rahmen zu der Feier boten Musikvorträge des Kammerorchesters des Staatlichen Instituts für Musik unter Leitung von Professor Laaff.

## Die erste Landtagsitzung

Der neue Landtag von Rheinland-Pfalz trat um 15 Uhr im neuen Landtagsgebäude zu seiner ersten Sitzung zusammen, die in der Hauptsache geschäftsordnungsmäßigen Charakter hatte. Alterspräsident Mieden (Moselürsch) eröffnete die Sitzung und würdigte die Arbeit des früheren Landtags und der Landesregierung. Er wies auf die Verpflichtung der Abgeordneten hin, die begonnene Aufbauarbeit zu einem guten Ende zu führen.

Der Landtag beschloß dann, die Geschäftsordnung des alten Landtags zur vorläufigen Arbeitsgrundlage zu machen und durch den neu gebildeten Geschäftsausschuß überarbeiten zu lassen.

geordneten Hülser und Drahten, von der Sozialdemokratischen Partei Frau Seppi und den Abgeordneten Gänger und von der Freien Demokratischen Partei den Abgeordneten Lotz.

Das Wahlprüfungsgericht wurde zusammengesetzt aus den drei Abgeordneten Lichtenberger (Christlich-Demokratische Union), Dr. Hoffmann (Sozialdemokratische Partei) und Lahr (Freie Demokratische Partei).

Die Zahl der Ausschüsse wurde auf neun erweitert, indem der bisher mit einem anderen Ausschuß verkoppelte Petitionsausschuß wieder selbständig gemacht wurde.

### Vertriebene statt Flüchtlinge

Der Abgeordnete Teschner (Christlich-Demokratische Union) beantragte als Vertreter der Heimatvertriebenen, den „Ausschuß für Sozialpolitik und Flüchtlingsfragen“ umzuändern in „Ausschuß für Sozialpolitik und Fragen der Vertriebenen“. Er begründete diese Änderung damit, daß die Heimatvertriebenen das Recht auf ihre Heimat nicht aufgeben wollten und deshalb die Bezeichnung Flüchtlinge ablehnten.

Schließlich wurde noch der Ältestenrat gewählt. Er besteht aus den Abgeordneten Zimmer, Dr. Fink und Mathes von der Christlich-Demokratischen Union, Bögler, Otto Schmidt und Hertel von der Sozialdemokratischen Partei und Dr. Nowack von der Freien Demokratischen Partei.

### Nächste Sitzung 13. Juni

Der Ältestenausschuß des Landtages bestimmte am Freitagnachmittag als vorauflichtlichen Termin der nächsten Landtagssitzung den 13. Juni.

Es ist jedoch anzunehmen, daß, falls die Verhandlungen zwischen den Fraktionen über eine kommende Koalition vorher zu einem Ergebnis führen, der Landtag noch zu einem früheren Termin einberufen wird.

## Steuerprogramm

### Mineralölsteuer / Keine Spesenfreiheit

desregierung sind am Freitag von der Bundes-Union/Christlich Sozialen Union abgelehnt. Höhungen oder neue Steuern werden von der Regierung einen umfassenden Finanzplan vorlegt.

erbringen. Zur Deckung weiterer Bundesausgaben ist unter anderem eine Erhöhung der Mineralölsteuer um zehn

Präsident Wolters betonte in einer kurzen Ansprache, daß er für eine sachliche Amtsführung des Parlaments sorgen werde, daß politische Auseinandersetzungen niemals ins Persönliche ausarten dürften. Er stellte fest, daß das Volk von Rheinland-Pfalz am 29. April seine politische Reife bewiesen habe, indem es den radikalen Gruppen von rechts und links eine Abfuhr erteilte. Wolters gab dann dem Wunsch des Landtags auf eine baldige Rückführung der Kriegsgefangenen in die Heimat Ausdruck, die noch zu Hunderttausenden in Rußland schmachteten und sagte, der Friedenswillen des deutschen Volkes sei so eindeutig, daß es einer Volksbefragung nicht mehr bedürfe. Er schloß mit einem Gruß an die Bevölkerung in den Ostgebieten und mit dem Wunsch auf die Einigung Deutschlands.

Das Haus, das übrigens vollständig versammelt war, wählte dann als Beisitzer von der Christlich-Demokratischen Union Fräulein Hillesheim sowie die Ab-

Mit dem Richtfest im Landtagsbau, das gestern nachmittag gefeiert wurde, ist nicht nur ein entscheidender Abschnitt für Mainz als Landeshauptstadt erreicht, sondern ein Ereignis begangen worden, das für unsere Stadt von großer Bedeutung ist. So war denn auch der Kreis der Gäste, die sich um 15.30 Uhr vor dem ehemaligen Deutschhaus, dem späteren Großherzoglichen Schloß und dem kommenden Landtagsgebäude versammelten, recht stattlich. Ministerpräsident Altmeier mit mehreren Kabinettsmitgliedern, Landtagspräsident Wolters mit zahlreichen Abgeordneten, Regierungspräsident Dr. Rückert, aber auch Bezirkskommissar Gouverneur Chauchoy, der amerikanische und der englische Beobachter beim Landeskommisariat und nicht zuletzt die an dem Bau tätigen Arbeiter, Unternehmer und die Bauleitung, an ihrer Spitze Regierungspräsident Delp vom Staatlichen Hochbauamt, nahmen zunächst an der schlichten Trauerfeier teil, die dem Andenken des ganz kurz vor dem Abschluß der Montagearbeiten verunglückten Arbeiters, Vinzenz Wavero von der Wiesbadener Maschinenfabrik, galt. Während die Teilnehmer an der Feier einige Minuten schweigend verharren, wurde hoch oben an der Unfallstelle ein Kranz niedergelegt. Dann erst ging der Richtkranz auf dem Dachfirst hoch und erklang der Richtspruch, der von dem Sinn und Zweck dieses Hauses, das dem Wohl des Volkes dienen möge, sprach.

Im neuen Saal des Kurfürstlichen Schlosses fand dann das eigentliche Richtfest statt. Als Bauleiter sprach Regierungspräsident Delp von der Gemeinschaft der Planenden und der Arbeitenden, von dem Werk der Bauschaffenden, das ihr eigenes Leben überdauern solle. Er schloß mit Versen aus der „Hymne an Deutschland“ von Rudolf Alexander Schröder und überreichte dem Landtagspräsidenten zur Erinnerung an die Feierstunde eine Plakette.

Der Landtagspräsident selbst dankte dann allen am Werk Beteiligten und gedachte auch der finanziellen Unterstützung, die der Landeskommisar dem Landtagsbau zuteil werden ließ. Er gab unter

dem allgemeinen Beifall der Gäste bekannt, daß der Ministerpräsident soeben Herrn Delp zum Oberregierungsbaurat ernannt habe. Das neue Haus, das nun bald beendet sei, solle der Verwirklichung der Demokratie in Deutschland dienen und ein Haus des Volkes sein. Viel Kritik werde heute an den Parlamenten geübt, manches davon sei bewußt übertrieben. Allzusehr werde vergessen, daß man mitten im Aufbau des demokratischen Deutschlands stehe. Der Landtagspräsident schloß mit dem Wunsch, daß in diesem Sinne hoffentlich bald ein „Richtfest“ für den Bau des deutschen Vaterlandes gefeiert werden könne. Gouverneur Chauchoy gab seiner Freude über die Entstehung des Landtagsgebäudes in Mainz Ausdruck, das für die Freiheit und Würde des Menschen ein Symbol sei. Er dankte die Abgeordneten und dem Volke von Rheinland-Pfalz, daß sie dieses Sinnbild echter Menschenwürde errichtetet und stellte als das gemeinsame Ziel hin, daß die beiden Völker Deutschland und Frankreich in immer engere Verbindung zu einander kämen.

Der Präsident der Handwerkskammer, Josef Strieder, sprach gleichzeitig als einer der am Bau beteiligten Unternehmer. Mainz habe als Landeshauptstadt jetzt schon einen spürbaren Auftrieb erfahren. Die Abgeordneten würden sich sicher ebenso schnell in Mainz einleben und wohlfühlen, wenn das Haus termingerecht fertig sei.

Als Vertreter der Stadt sprach dann Beigeordneter Dr. Schwahn, der um Viertert vor fünf als Vertreter des Oberbürgermeisters erschienen war. Auch arme Länder hätten ihre Existenzberechtigung und die Stadt freue sich, daß nun auch der Landtag bald nach Mainz käme. Als letzter Redner würdigte ein Sprecher der Gewerkschaft Bau - Steine - Erden die Arbeit der Bauleute und bat, auch für den sozialen Wohnungsbau zu sorgen.

Als Anschluß daran erfreute ein buntes Programm, angesagt von Edith Rath aus Wiesbaden, beschlossen von den Mainzer Hofsängern, die Festversammlung. Na

**mung**  
en die im Grundbuch von  
eichneten Grundstücken  
schmittags 15.00 Uhr,  
g-Straße Nr. 3, Zimmer 314,

**Bl. 2492**  
D, Hof- und Gebäudefläche  
Einh.-Wert 26 600,— DM,

**Bl. 1590**  
1 (Obstb.), Lange Straßen-  
Höchstgebot 2300,—  
terland (Obstb.), dasselbst,  
gebot 1150,—  
nd (Obstb.), Geiersköpfel,  
ebot 775,—

Gebäudefläche, Bahnhof-  
t 18 000,—, Höchstgebot  
und Gebäudefläche, Bahn-  
t 15,—, Höchstgebot mit

enland im Eichen, 5,58 a,  
, dasselbst, 1,15 a, Einh.-  
ender Nr. 9 17500,—

d Gebäudefläche, dasselbst,  
istgebot mit vorstehender  
d, Geiersköpfel, 25,41 a,  
—

offreite, An der Prall 3, 5,  
-Wert 58 600,—, Höchst-

Am Mühlpfad, 10,22 a,  
, dasselbst, 8,68 a, Einh.-  
erland, dasselbst, 6,49 a,  
erland, dasselbst, 5,76 a,  
—

nd Gebäudefläche, Kirch-  
nachst. Nr. 4  
, dasselbst, 57 qm, Einh.-  
Höchstgebot 3500,—  
8

(Obstb.), Halber Mond,  
bot 590,—  
/29. 9. 50 in das Grund-

osefine Franziska, geb.  
na Luise Eva — gerufen

1. u. 2. Genannten als  
e u. Bl. 2408 die zu 1.

gte ist berechtigt, gegen  
einer Frist von 2 Wochen  
sichtlich des in Gonsen-  
rn Oberbürgermeister —  
mtlicher übrigen Grund-  
es Mainz in Oppenheim  
en Grundstücke ist zum  
Termin Bietgenehmigung

**100 Fahrräder**  
in eine Großstadt über 400 000 Einwohner  
**je 50 Fahrräder**  
in vier Städte von 100 000 bis 400 000 Einwohner  
**je 25 Fahrräder**

in acht Städte oder Gemeinden unter 100 000 Einwohner  
Gehen aus einem dieser Orte mehr Antworten ein, als Räder dafür ausgesetzt sind, so fallen diese an diejenigen Mitwirkenden, die nach notarieller Feststellung mit ihrer Schätzung der Zahl der tatsächlichen Eingänge von Antwort-Kupons aus ihrem Wohnort am nächsten kommen.  
Diese Entscheidung schließt den Rechtsweg aus.  
Diese Kupon-Anzeige erscheint in allen größeren Tageszeitungen und Illustrierten und ist kostenlos zu haben überall, wo es **VIVIL** gibt, und beim Hersteller.

**VIVIL**

Der Werbespruch war mir noch nicht bekannt  
war bekannt durch  
**frohgestimmt**  
**mit**  
**VIVIL**

Ich bin über 10   15   25   45 Jahre alt	Der Werbespruch war mir noch nicht bekannt
mannl. weibl. Nichtraucher Raucher	war bekannt durch
Berufstätig als:	<b>frohgestimmt</b>
Ich bevorzuge Pfefferminz	Anzeige Plakat
Marke:	Laden Kino
Frühmorgens bei der Arbeit	Radio Eisenbahn
als Zuhörer und Zuschauer	
In der Pause	
auf Fahrt, Wanderung, Reise	
bei Sport und Spiel	
nach dem Rauchen	
zur Erfrischung des Mundes	
zur Magenstärkung	
bei Erkältung	
bei Erfrischungsbedürfnis	
zur Anregung der Tiefatmung	
Zutreffende Kästchen ankreuzen oder ausfüllen! Absender u. Anschrift deutlich auf Postkarte schreiben!	

Kupon mit Kenn-Nr. bis 30. April 1951 absenden an  
**DIE WERBE GmbH, Arbeitsgruppe Marktforschung, ESSEN**

STAMZ NL Oppenheim L 20.2.10  
**Das Großherzogliche Schloss**

Mainz, 5. Oktober. (Eigener Bericht.)  
Der Aeltestenrat des Landtages von Rheinland-Pfalz hat sich auf seiner Sitzung am Donnerstag in Mainz neben der Tagesordnung der kommenden Landtagssitzung auch mit dem Problem des Aufbaues des Großherzoglichen Schlosses für die Zwecke des Landtages befaßt.

Parlamentarische Kreise der Landeshauptstadt weisen jedoch darauf hin, daß eine Uebernahme von Kosten für den Wiederaufbau des Schlosses durch die Landesregierung nicht in Frage kommen werde. Von den für den Bau nach Berechnung des Landtagspräsidenten notwendigen 1,7 Millionen Mark hatte sich das französische Landeskommisariat bereit erklärt, rund 1,2 Millionen DM zu übernehmen, während 500 000 DM durch das Land aufzubringen seien, sofern nicht wesentliche Änderungen in der Bauplanung vorgenommen werden.

A.Z. 6/10/50

Die Deutsch-Französische Gesellschaft gab im Gästehaus der Stadt Wiesbaden einen Empfang, bei dem M. André Karquel über die Bereitwilligkeit seiner Landsleute sprach, den Geist der Verständigung zu fördern.

Ein Totenkopf, der größte deutsche Abendschmetterling, wurde mitten in der Stadt Wiesbaden gefangen. Auf dunklem Grund leuchtet gespenstisch in Größe eines Daumennagels die Zeichnung, die dem Tier den Namen gab.

Bei einem Wettbewerb der Bundesbahn und der „Deutschen Reisezeitung“, in dem gefragt wurde „Wo würden Sie hinreisen, wenn Sie keine Rücksicht auf Geld und Zeit nehmen müßten?“ landete Bingen als Wunschreise vieler Einsender in der Spitzengruppe. Bingen steht damit noch vor dem Schwarzwald, dem Harz und einigen Nordseebädern. Norderney wurde an erster Stelle genannt.

# „Mainz muß eine große Hauptstadt.“

A.Z. 25.8.50. Der Empfang des Landeskommisars Boislambert im Schloss Oppenheim / 202 - 11

Mainz, 24. August. Auf dem großen Empfang, den Landeskommisar Hettier de Boislambert am Donnerstagnachmittag auf Schloß Waldthausen bei Mainz gab, und der über 1200 prominente Persönlichkeiten aus Rheinland-Pfalz in den wunderbaren Räumen vereinte, sprachen vor Oberkommissar François Poncet, dessen Rede wir auf Seite 1 unseres Blattes wiedergegeben haben, der Landeskommisar und der Ministerpräsident von Rheinland-Pfalz, Peter Altmeier. Ihre Ausführungen umfaßten im wesentlichen die folgenden Gedankengänge:

„Zum ersten Male finden wir uns heute in Mainz offiziell zusammen, das jetzt nicht nur gesetzliche, sondern tatsächliche Hauptstadt des Landes Rheinland-Pfalz ist.“

Mit diesen Worten gab Generalgouverneur Hettier de Boislambert dem Empfang in Schloß Waldthausen seine besondere Note, der zum erstenmal eine große Anzahl deutscher Gäste in diesem Hause vereinte.

## Dank an Altmeier

Der Landeskommisar dankte zunächst dem Ministerpräsidenten dafür, daß er in enger Zusammenarbeit mit ihm selber so zahlreiche Probleme zum Wohle des Landes gelöst habe. Er könne sich kaum eines Falles entsinnen, bei dem sie nicht beide — der Generalgouverneur und der Kabinettschef —, trotz mancher Schwierigkeiten auseinandergegangen seien, ohne miteinander zufrieden zu sein. Gerade die Verlegung der Hauptstadt von Koblenz nach Mainz habe die Regierung und ihre Mitarbeiter vor eine schwierige Aufgabe gestellt. Jetzt, da man Koblenz verlasse, müsse er dem Oberbürgermeister von Koblenz und den Vertretern der Koblenzer Bevölkerung erklären, daß er gute Erinnerungen von dem Aufenthalt in der alten Hauptstadt mit nach Mainz nehme.

Immer sei es das Bestreben des Landeskommisariats gewesen, dem gesunden Menschenverstand und dem Gesetz entsprechend, endgültig nach Mainz überzusiedeln. Das bekannte „LA-Programm“ habe in der neuen Hauptstadt zur Investition erheblicher Mittel geführt, die der Wiederinstandsetzung von Verwaltungsgebäuden und zahlreichen Wohnungen dienten, in deren vollen Besitz die deutschen Stellen eines Tages gelangten. Jetzt gehe es darum, auf die Vorteile bedacht zu sein, die dem gesamten Lande und allen seinen großen Städten aus dem Umzug der obersten Verwaltungsbehörden erwachsen.

## Gute Arbeitsmöglichkeiten

Mit Genugtuung, so erklärte der Generalgouverneur, sehe er, daß sich die Unterbringung in Mainz nicht nur harmonisch, sondern auch in einer Art abwickle, die der allgemeinen Auffassung über die Unterbringung in einer großen Hauptstadt entspreche. Die Arbeitsmöglichkeiten würden ausgezeichnet sein. Er sei davon überzeugt, daß in Kürze auch der Anspruchsvollste zufrieden sein werde.

„Mainz muß eine große Hauptstadt werden“, sagte der Landeskommisar. Es habe seinen Dom und sein Bistum; seine Universität habe einen guten Namen in der Welt erlangt, und es erfülle ihn mit Freude, daß seine Behörde mitgeholfen habe, sie zu neuem Leben zu erwecken. Viele neue große Pläne könnten sicherlich noch ausgeführt werden. Es sei ihm ein Bedürfnis, den Mainzern zu erklären, daß die steten Anstrengungen des Landeskommisariats darauf gerichtet seien, alles zu unterstützen, was der Stadt zu

Schönheit und Gedeihen verhelfen könne. Mainz als große Hauptstadt Westdeutschlands werde einen bedeutenden Einfluß auf die Schaffung eines neuen friedlichen Europas haben, es solle, über seine Stellung im Lande hinaus, ein großes Austauschzentrum werden.

## Gemeinschaftsarbeit

Der Generalgouverneur betonte dann, daß sich die Besatzung seit langem als Ziel gesetzt habe, Gemeinschaftsarbeit zu leisten und konstruktive Verständigungsbereitschaft zu zeigen. Gerade die Gefahren, die zur Zeit die Welt bedrohten, müßten die beiden Völker zusammenführen, nicht in aggressiver Absicht, sondern zu einer sehr starken, friedlichen Abwehrstellung.

## Die Rede des Ministerpräsidenten

Ministerpräsident Altmeier erwiderte auf die Ansprache des Generalgouverneurs mit der Feststellung, daß auch er mit großer Befriedigung betonen könne, wie gut und erfolgreich die Zusammenarbeit zwischen den deutschen Regierungsstellen und der Besatzungsmacht bisher gewesen sei.

Hätten auch oft außerordentliche, beinahe unlösbare Aufgaben vorgelegen, so wären doch die Meinungsverschiedenheiten in männlicher Offenheit und Bestimmtheit ausgetragen worden. Dabei habe immer der gesunde Menschenverstand und nicht etwa starres Festhalten an irgendwelchen Bestimmungen im Vordergrund gestanden.

Danken müsse er aber auch dem Botschafter François Poncet, der mit außerordentlichem Interesse sich bemüht habe, alle wesentlichen Einrichtungen und Persönlichkeiten von Rheinland-Pfalz kennenzulernen.

## Große Aufbauarbeit

In seiner Rückschau auf die vergangenen fünf Jahre habe der Generalgouverneur erklärt, daß gewaltige Aufbauarbeiten zustandegekommen seien. Gerade in einem Lande wie Rheinland-Pfalz, das unter den Verheerungen des Krieges und seinen Folgen besonders zu leiden habe, sei das sehr hoch anzuschlagen.

Die Entscheidung der Landesregierung und des Landtags über die Hauptstadtfrage sei allein von dem Bestreben getragen gewesen, den Gesamtinteressen des Landes zu dienen. Auch er als Koblenzer habe sich über die anerkennenden und freundlichen Worte des Generalgouverneurs über die Bevölkerung der Stadt Koblenz gefreut.

## Das goldene Mainz

Das „Goldene Mainz“ sei gerade in seinem Wiederaufbau der Regierung teuer in jedem Sinne des Wortes. Aber er müsse auch eine dritte Stadt erwähnen, für die noch vieles zu tun sei, nämlich die größte und wirtschaftlich wichtigste Stadt des Landes: Ludwigshafen.

# “Stadt werden“ es Saatgutgesetz

it für Saaten vorgesehen

loß Waldthausen

Mrs. Hettier de Boislambert erwähnte dann die Aktion der Studenten an der deutsch-französischen Grenze, bei der sie die Grenzpfähle umgeworfen haben. Obwohl ihm eine rein platonische Geste lieber gewesen sei, müsse er doch sagen, daß ihm der Wunsch junger unternahmungslustiger Menschen, künstliche und überholte Grenzen niederzureißen, Freude gemacht habe. Nachdem die Völker Europas und vor allem Frankreich lange unter dem Eindruck der Gefahren einer verwerflichen Staatsform gestanden hätten, werde es jetzt mit jedem Tage notwendiger, eine Atmosphäre echten Vertrauens zu schaffen.

“Wir werden uns bemühen“, so schloß der Gouverneur seine Rede, „die fruchtbringenden Zusammenkünfte, die hier in Mainz so zahlreich stattfinden, noch zu vermehren. Kurz gesagt, wir werden versuchen, Ihrer Stadt und Ihrem Land zu vollem Wert und Bedeutung zu verhelfen. Vielleicht werden Sie und wir eines Tages glücklich sein, mit Mainz und dem Bestehen eines Landes Rheinland-Pfalz in Deutschland rechnen zu können.“

## Ministerpräsidenten

Besonders begrüßte der Ministerpräsident die Worte des Generalgouverneurs, in denen er davon gesprochen hatte, daß Deutschland, dessen Zerrissenheit niemand weiter wünsche, wieder seinen Platz unter den Nationen einnehmen solle. Und wenn der Generalgouverneur als Vertreter Frankreichs feststellte habe, daß, wenn wir allein auf Erden wären, es sich nur noch darum handeln könnte, gemeinsam für das Wohl der beiden Völker zu arbeiten, so dürfe er als der Ministerpräsident von Rheinland-Pfalz versichern, daß auch dies sein heißester Wunsch sei.

## Straßburg

Ministerpräsident Altmeier erinnerte dann an die Tagungen in Straßburg und an sein stetiges Bestreben, einen bescheidenen Beitrag zur endgültigen Bereinigung des Verhältnisses zwischen Frankreich und Deutschland zu leisten.

Dass könne zwar nicht so stürmisch vorschließen, wie es begeisterte Jugend an den Grenzen bei St. Germanshof und Weißenberg getan habe, aber ein erstes Abkommen zwischen Frankreich und Deutschland, wie es Außenminister Schuman zuwege gebracht habe, sei eine Hoffnung für die Zukunft. Auch er wolle, ebenso wie der Generalgouverneur, die Jugend nicht kritisieren, sondern mit ihm hoffen, daß diese Jugend überall die Hemmungen einer unglücklichen Vergangenheit, die durch nationalistische Enge und bürokratische Kleinlichkeit sich auf dem Wege zum neuen Europa aufgetürmt hätten, überschreite bis zu dem gemeinsamen Ziel, nämlich eine Welt der Freiheit, der Gleichberechtigung und der brüderlichen Zusammenarbeit, also eine Welt des Friedens.

Der Bismarck-Denkmal in den frühen Morgenstunden des Donnerstag nach schwerer Krankheit im Alter von 63 Jahren auf seinem Schweizer Wohnsitz in Uerikon am See gestorben.

Ernst Wiechert stammt aus einem ostpreußischen Forsthaus. Die Einsamkeit der masurischen Wälder, das einfache Leben unter Jägern, Fischern und Hirten ist als Kontakt zu

waren immer größere Einfuhren an Saaten notwendig. Die Monopolstellung des Saatenamtes durch die Schaffung einer Einfuhrschleuse würde dazu führen, daß ein freier Wettbewerb zwischen den deutschen Züchtern und dem Auslande künstlich behindert wird.

Die „Interessengemeinschaft des Groß- und Importhandels in Gemüsesämereien“ hat bereits die Abgeordneten im Bundestag auf die Folgen einer solchen Entwicklung hingewiesen und um Abänderung des Gesetzentwurfes gebeten. Die Gemeinschaft tritt durchaus für einen verstärkten Verbraucherschutz besonders bei Importwaren ein. Sie wünscht daher, daß nur anerkannte ausländische Sorten zur Einfuhr zugelassen werden. Darüber hinaus könnte eine laufende Kontrolle das Importsaatgut erfassen. Die Monopolstellung des Sortenamtes aber müßte fallen, gerade weil die deutsche Landwirtschaft im Interesse einer gesteigerten Erzeugung nur das beste Saatgut verwenden sollte, das aber nicht immer in der Bundesrepublik selbst zu finden ist.

## Ministerpräsidenten auf Vorjahrshöhe

vorsichtiger Schätzung kann der Gesamtgenommen werden. Auch qualitativ ist eine Steigerung gegenüber dem Vorjahr festzustellen.

Eine Prognose über die Preisgestaltung ist schwierig. Genannte Preise bis zu 800 DM je Zentner werden auch in maßgeblichen Erzeugerkreisen als eine unerwünschte Entwicklung bezeichnet.

## Tagung des Zentralbankrates

Nach längerer Ferienzeit hat sich der Zentralbankrat auf seiner turnusmäßigen Sitzung am Mittwoch und am Donnerstag wieder ausführlich mit der währungspolitischen Lage beschäftigt. Erwartungsgemäß sind Beschlüsse von weittragender Bedeutung nicht gefaßt worden. Wie aus gut unterrichteten Kreisen verlautet, kam der Zentralbankrat zu dem Schluß, daß zur Zeit irgendwelche kreditpolitischen Maßnahmen nicht erforderlich sind.

**Bz Mainzer Textiletagé GmbH, Mainz.** Mit 140 000 DM Stammkapital ausgestattet, betreibt die Firma ein Handelsgeschäft mit Textilien und verwandten Artikeln. Als alleiniger Geschäftsführer zeichnet Kaufmann Friedrich Kreß in Reihen bei Heidelberg.

**fe. Chemische Fabrik Flörsheim AG, Flörsheim am Main.** Das früher unter dem gleichen Namen mit dem Zusatz vorm. Dr. A. Noerdlinger firmierende Unternehmen hat das Grundkapital von 0,16 Millionen RM im Verhältnis 1:1 auf 0,16 Millionen DM umgestellt.

Außerdem hat das Informationsamt die Überprüfung des aus der Bundesrepublik eingeführten Austauschfilmes „Kautschuk“ angeordnet. Es wird behauptet, die „Werktautigen“ hätten an diesem Film eine angebliche Verherrlichung Englands bemängelt.

**Gustaf Gründgens** wandte sich in Hamburg gegen die beim Theater heute so häufig geübte „Originalität um jeden Preis“. Gründgens erklärte, ein Stück

# A.Z. Der Landtagsbau geht flott voran

STAMZ, NL Oppenheim / 20,2 - 12

Die Ausschreibungen für den Bau des Funkhauses im Sautanz beginnen bald

„Kommen Sie morgen“, sagte Architekt Lehr vom Staatlichen Hochbauamt, als wir uns nach dem Stand der Dinge am Landtagsbau telefonisch erkundigten. „Kommen Sie morgen, der Mast steht zwar schon, aber dann haben wir auch die Fahne dran“. „Fahne, wieso Fahne? Dreifarbig oder vierfarbig, politisch oder narrhallesisch?“ „Nein, eine ganz andere Fahne. Sie würden das Ding vielleicht Ausleger nennen, jenen schwenkbaren Gitterarm, an dem wir die Stahleinzelteile des Dachgerüstes hinaufwinden, um sie oben zu montieren“.

Dieses Gespräch liegt eine gute Woche zurück. Nicht wir kamen zum Schloß, sondern die Grippe kam zu uns. Und dann ging die Kollegin mit der Kamera zum Bau, und jetzt muß der Text zu dem hier veröffentlichten Foto geschrieben werden.

Mit dem Richtfest ist also nun bald zu rechnen. Denn da man bei der MAN in Gustavsburg den stählernen Dachstuhl montagefertig hatte, der heute schon, ein Drittel davon, auf dem früheren Großherzoglichen Schloß steht und jeden Tag ein neuer „Binder“ aufgesetzt wird, geht die Arbeit laufend voran. Hinter den Monteuren folgt aber schon der Zimmermann und ihm wieder der Dachdecker. Einer arbeitet dem anderen in die Hand.

Auch die Maurer sind tüchtig vorangekommen. Anfangs hatten sie im Verbogenen arbeiten müssen, so daß manche in Mainz den Beginn der Arbeiten damals im November anzweifelten. Dabei wurde tatsächlich gearbeitet. Sogar sehr schwer, aber im Keller, wo es niemand sah. Jetzt sind die Maurer schon dabei, die Treppen zu betonieren, und das Mauerwerk im Hauptgebäude ist fast fertig.

Wir sprechen absichtlich vom Hauptgebäude. Es beginnt nämlich schon ein Nebenbau, der auch im übertragenen Sinne, nämlich im Etat, neben dem Hauptbau steht, weil er auf besondere Art finanziert wird. Dieser Tage wurden die ersten Arbeiten für das Landtagsrestaurant begonnen. Es wird kein Luxuslokal werden und kein Prachtbau. Es wird weder eine Bar noch eine Tanzdièle enthalten, sondern im Untergeschoß Küche und Kühlraum und im Erdgeschoß einen großen und einen kleineren Restaurationsaal. Wenn wir recht unterrichtet sind, wird dann vielleicht auch im Sommer das flache Dach dieses dem Gesamtrahmen sich bescheiden anfügenden Anbaues als Terrasse benutzt werden können.

Am 9. Mai wurde die Idee, das Großherzogliche Schloß als Landtag auszubauen, zum ersten Male von uns bekannt gegeben. Damals schon war das Motto: „Wer soll das bezahlen?“ Am 11. Juni begann dann die Enttrümmerung, und Ende des gleichen Monats war sie termingerecht beendet. Und dann war zwar entschieden, wer das bezahlen sollte, aber nicht, wie es geschehen sollte. Und so begann man erst am 6. November 1950 mit dem eigentlichen Wiederaufbau.

Seitdem sind keine zwölf Wochen vergangen, und in diesen Wochen waren diverse Feiertage, dazu eine Woche mit schärfstem Frost und ein paar Tage mit jenem Schneeeisregen, die ein Arbeiten im Freien,

dazu noch auf hoher Mauer, unmöglich machten. Den Männern vom Bau also kann man nur nachsagen, daß sie „auf Draht“ waren und eingeholt haben, was nur irgend an Zeit einzuholen möglich war. Regierungsbaurat Delp aber, der die oberste Bauleitung hat, meinte, diese an sich so ärgerliche Verzögerung habe sogar ihr Gutes.



Denn so werde jetzt, wo sonst nur wenig gebaut werde, der Arbeitsmarkt immerhin ein wenig entlastet.

Er selbst konnte uns noch eine weitere erfreuliche Mitteilung, oder besser gesagt, Bestätigung geben. Die Ausschreibungen für den Bau des Funkhauses im Sautanz werden demnächst herausgehen. Zunächst allerdings müssen die ziemlich komplizierten rechnerischen Vorarbeiten abgeschlossen sein. Es ist damit zu rechnen, daß die Arbeiten bis Ende Februar vergeben sein werden.

Ausbau wird das Hufeisen des Sautanz-Gebäudes im Kellergeschoß vollständig. Gerade diese schweren, meterdicken Mauern haben sich bei den Messungen als ein entscheidendes Argument für den Sautanz erwiesen, so daß man sich entschloß, hier das Funkhaus aufzubauen und nicht einen Neubau zu errichten. Diese Mauern sind so schalldicht nach allen Seiten hin und so erstaunlich gut erhalten, daß sie den akustisch-technischen Anforderungen, wie sie ein Funkhaus nun einmal stellt, aufs Beste entsprechen. Oben soll zunächst nur der Mitteltrakt ausgebaut werden, und zwar für Redaktionen und Verwaltungsräume. Die beiden Flügel können dann immer noch für Erweiterungszwecke später verwendet werden.

Dr. Na.

4 Punkte. Nach der errungenen Punktzahl richtet sich jeweils die Zuteilung der Totomittel.

### Termine, Tagungen, Lehrgänge

Rege Tätigkeit herrscht zur Zeit in den Sportbundverwaltungsstellen und den verschiedenen Fachgruppen der Leibesübungen. Planende und beratende Sitzungen stehen im Vordergrund. Daneben läuft die Lehrgangsarbeit, denen sich von Mitte Februar bis April die Skilager im Hochgebirge anschließen werden. Zu Anfang Februar laufen auch die Kreislehrgänge des Rheinhessischen Turnerbundes an. Von den wichtigsten Terminen der nächsten Zeit erwähnen wir:

Jeweils um 8.30 Uhr beginnen am 11. Februar ein Kreislehrgang für Turner des Rheinhess. Turnerbundes in der Mainz-Gonsenheimer Turnhalle; am 18. 2. für Frauen in Königenheim; für Männer und Jugend auf der Landskrone in Oppenheim. Am 25. 2. schließen die Turner in der Mainz-Weisenauer Schule ihre männlichen und weiblichen Kampfrichter.

Die überfachlichen Ski- und Erholungslehrgänge des Sportbundes Rheinhessen finden für die einzelnen Gruppen in der Zeit vom 15. Februar bis 1. April d. Js. auf der 1420 Meter hoch gelegenen Kührointschutzhütte im Gebiet des Watzmanns bei Berchtesgaden statt. Die Aufschlüsselung der Zahl der Teilnehmer ermöglichte eine Meldung nur durch die einzelnen Fachverbände selbst. Die Lehrgänge sind wieder eingeteilt für Verbandsjugendleiter, für Sportjugend und Schüler. Die skitechnische Betreuung geschieht durch den Landesskiverband Bayern.

in Walldorf ihre Chance und brachte einen Punkt mit nach Hause. Die diesmal sichere Hintermannschaft der Gäste verstand es, dem Ansturm der Platzherren zu widerstehen und das Treffen torlos zu halten. — Ginsheim erreichte auch wieder seine Form der Vorrunde und erzielte, sicherer als es das Ergebnis besagt, einen 3:1-Sieg über seine Gäste aus Biebesheim. — Der Tabellenführer Gernsheim hatte es in Klein-Gerau sehr schwer und konnte am Schluss froh sein, einen knappen 2:1-Sieg erreicht zu haben. — Büttelborn bewies mit einem klaren 5:1 über Raunheim, daß der Seitensprung in Dornheim ein Scherz war und behielt Anschluß an die Spitzengruppe.

Der Stand der Tabelle: 1. Gernsheim 29:3, 2. Ginsheim 24:10, 3. Büttelborn 22:10, 4. Klein-Gerau 17:17, 5. Stockstadt 16:16, 6. Biebesheim 15:19, 7. Walldorf 15:19, 8. Astheim 14:16, 9. Gustavsburg 13:21, 10. Wolfskehlen 13:21, 11. Raunheim 12:20, 12. Dornheim 6:26 Punkte. Am Sonntag, 4. Februar, bleibt die A-Klasse spielfrei. (-wa)

### Mainzer Fußball-Kreisklassen

Die zweite Kreisklasse Mainz meldet vom Sonntag folgende Resultate: Undenheim gegen Mommenheim 1:3, Selzen — Ludwigshöhe 4:3, Hahnheim—Weinsheim 3:1, Eimsheim gegen Dalheim 3:0, Uelversheim — Hillesheim 2:4.

### Kurz — aber interessant

„Rhein-Ruhr-Tip“ nennt sich die neue Zusatzwette des West-Totos, die vom 10./11. Februar ab als Siebener-Wette mit Gewinnmöglichkeit in einem Rang (gleitende Skala) gespielt wird und nur Paarungen aus der 1. und 2. Liga West berücksichtigt.

Der Westdeutsche Fußball-Verband hat als Austragungsort des zum 18. März vereinbarten Auswahlspiels West-Süd das Niederrhein-Stadion Oberhausen bestimmt.

Der 1. FC Nürnberg wird im Mai einer Einladung nach Portugal zu zwei Gastspielen folgen, wenn seine Mannschaft nicht in der Endrunde der „Deutschen“ stehen wird.

Der FC Schalke 04 bestreitet am Vorlage des Länderkampfes Schweiz—Deutschland (4. April in Zürich) ein Freundschaftsspiel bei den Grasshoppers (Zürich).

und 26. März; 8. (Preis des Zuchtfonds), 15., 29. April (Preis der Automobil-Ausstellung); 3. (Messe-Preis), 14. (88 Jahre Renn-Klub), 27. 5. (Hessischer Züchterpreis); 10., 24. 6. (Arthur-v.-Weinberg-Rennen); 8., 22. 7. (Wäldechens-Rennen); 5. Landgrafen-Rennen, 12. 8. (Internationaler Tag); 9., 16., 30. 9. (Omnium der Steher); 14. (Großer Preis von Frankfurt), 28. 10.; 4. 11. (Carl-v.-Weinberg-Pokal). Erstmals nach dem Kriege wird in diesem Jahre wieder die Internationale Rennwoche in Baden-Baden mit Badener Jagdrennen, Zukunftsrennen und Großer Preis von Baden (40000 DM) als Hauptprüfungen des dreitägigen Meetings am 19., 24. und 26. August durchgeführt.

### Trainer-Abzeichen des DRV

Nach einem Beschuß des Ausschusses des Deutschen Ruderverbandes, wird den drei vereinigten Vereinslehrkräften Franz Nöllemeyer (RV Bochum), Dr. Clemens Peters (Ludwigshafener RV) und Alfred Trimpert (RV Kassel) die Verbandsauszeichnung für erfolgreiche Amateurtrainer verliehen.

Die 1921 geschaffene Verbandsauszeichnung wurde insgesamt sechsmal nach Groß-Mainz vergeben, viermal an den Mainzer RV (Oskar Cordes, Werner Furthmann, Louis und Georg Wensky) und zweimal an die Kasteler RG (Willy Collrep und Jean Rach). Erster Träger der Nadel überhaupt war der berühmte Mainzer Amateurtrainer Georg Wensky. Nach Worms wurde die Auszeichnung zweimal (Philipp Eberhard und Eugen Altenkirch), nach Ludwigshafen bereits einmal (Otto Fickeisen) verliehen.

\*  
Die beste Leistung bei einer Hallenveranstaltung in Landau erzielte der hoffnungsvolle Pforzheimer Schneider mit 3,80 m im Stabhochsprung vor Biffard, Neustadt (3,30 m) und dem westdeutschen Meister Landschulze, Krefeld (3,20 m).

### Schiffahrtsbericht

Remagen haben passiert

am 31. Januar von 6.00 bis 18.00 Uhr:

7.45: Campolung: 8.00: MS Griesalp; 8.15: MS Hans; 8.30: MS Carolus; 8.45: TM Rheintank 3; 9.15: Ursula. 1 Kahn: Rose Anni; 9.30: MS Rijn. 1 Kahn: Neptun 3; 9.30: Ingrid. 1 Kahn: Spessard; 9.45: Mannheim. 5 Kähne: Wildhorn, Baden 341, Rheinfahrt 326. Mannheim 189, Rheinfahrt 137.

10.30: Le Havre. 5 Kähne: CFR 505, De Gruyter 33, Harpen 61, Schürmann 10, Madonna 2; 10.30: Ali. 1 Kahn: Hendrika; 12.00: MS Jungfrau; 12.45: MS Fizino; 13.00: MS Mina; 13.00: Alex Horn; 13.00: MS Akermans 3; 13.15: Harpen 7. 5 Kähne: Harpen 5 Kalis, Harpen 52, Harpen 37, Stad Wertheim; 13.30: MS Loetschentai; 13.30: MS Marie.

14.00: TM Bassum; 14.30: MS Helfried; 14.30: MS Niedersachsen 2; 14.30: TM Rheinpreußen 2;

14.30: MS Johanna; 14.30: MS Neptun; 15.15:

MS Maria Judith 2; 15.15: MS Express 26; 15.15:

Koralle. 4 Kähne: Teutonia, Karl Ludwig

Anni, Else; 15.30: TM Valeriana; 15.30: TM

Arenaria; 15.45: MS Luctor et Emergo I.

16.00: MS Bataver; 16.00: MS Gneisenau; 16.15:

MS Johann Stallbaum; 16.30: MS Ostmark;

16.30: MS Albert Bühling; 16.45: Sacrapur.

1 Kahn: Widar; 17.15: TM Artenaria; 17.15:

TM Fanto 14; 17.30: TM Nitag 3; 17.45: TM Tri-

mula; 17.45: MS Balzac; 18.00: Hanielkurier 21

mit Hanielkurier 23.

### Wasserstände vom 31. Januar

Rhein: Konstanz 3.06, Straßburg 2.57, Maxau 4.50, Mannheim 3.55, Mainz 3.57, Bingen 2.67, Kaub 3.00, Koblenz 3.29, Andernach 3.97.

Main: Viereth 1.91, Schweinfurt 1.66, Würzburg 1.59, Steinbach 2.06, Frankfurt 2.63.

Neckar: Plochingen 1.64.

# Der Landeshauptstadt

## Im Landtag wird schon gearbeitet . . .

Vorerst nur mit Kompressoren und Tiefstrahlern / Flottes Arbeitstempo



Ein bestickendes Bild bietet sich in den Abend- und Nachtstunden am Großherzoglichen Schloß, wo ununterbrochen die Arbeiter am Werke sind, um alles herzurichten, damit hier der Landtag von Rheinland-Pfalz recht bald einziehen und mit seinen Sitzungen beginnen kann. Zahlreiche Tiefstrahler hüllen die Baustelle in beinahe taghelles Licht.

Foto: Karin Eckert

Rund um jeden Gewölbe pfeiler sind je vier schwere Betonblöcke gesetzt worden, die den Oberbau in seiner ganzen Schwere abfangen können. Der ganze Keller ist durch Trennwände unterteilt worden. Hier ist, den Blicken der Außenwelt allerdings völlig entrückt, wirklich sehr viel geschafft worden. In entsprechendem Tempo, ja, sicher sogar noch schneller, hat man nun mehr im Erdgeschoss angefangen. Bedenkt man dabei noch, daß das Dach als Stahlrohrsystem vorgesehen ist und in den Montagehallen der betreffenden Firma schon vorbereitet wird, so besteht begründete Hoffnung, daß der neue Landtag seine erste Sitzung tatsächlich im neuen Landtagsgebäude abhalten kann.

Dr. Na.

Seit einigen Tagen bietet das große Vier- eck des Großherzoglichen Schlosses am Rhein allabendlich ein faszinierendes Bild. Helles Licht strahlt aus den Fensterhöhlen hinaus auf die Brückenrampe und den Rhein. Über dem Haus schim-

met der abendliche Nebel weithin. Kommt man näher heran, so hört man die Kompressoren rattern, und klettert man über Bretter, Sandhaufen und Moniereisen in den Torso hinein, so glaubt man sich in eine unwirkliche Welt versetzt: Hoch oben schwanken an starken Drähten achtzehn starke elektrische Tiefstrahler und tauchen den riesigen Raum in taghelles Licht.

Es wird nämlich ernsthaft gearbeitet im künftigen Landtag! Nicht erst seit ein paar Tagen, sondern schon seit Wochen. Seit dem vergangenen Montag aber in zwei Schichten. Tagsüber sind 90 Arbeiter am Werk, nachts 48. Und die Bauunternehmer sind zuversichtlich. Nachdem die Arbeit im Keller, wo der Raum mit seiner Enge den gleichzeitigen Einsatz größerer Arbeitermengen unmöglich machte, beendet ist, naht bald das Richtfest.

Aber es könnte doch noch Frost geben. Darum verzichten wir lieber auf Terminangaben. Ein Blick in das Kellergeschoss läßt aber wirklich das Beste erwarten.

Die „Rhein-Zeitung“, die sich mit aller Kraft gegen die Verlegung der Landesregierung von Koblenz nach Mainz gewehrt hat, glaubt in der nachstehend zitierten Glosse erhebliche Mängel bei der Unterbringung der Koblenzer Beamten in Mainz feststellen zu können:

„Gelegentlich des Ringens der beiden Städte Koblenz und Mainz um die Würde der Landeshauptstadt haben wir mehrfach von der Stellungnahme des Betriebsrates der Landesregierung berichtet, der sich aus sozialen Gründen gegen die Verlegung der Ministerien ausgesprochen hatte. Wie recht der Betriebsrat mit seinen Einwänden hatte, beweist heute schlagartig die Feststellung, daß Wohnungen für die Beamten, Angestellten und Arbeiter der Landesregierung in Mainz nur unter schwierigen Umständen zu erhalten sind und die Erlangung eines möblierten Zimmers für Arbeitnehmer, die keine Wohnung erhalten können, mit den größten Schwierigkeiten verbunden ist. Es war von vornherein bekannt, daß die Wohnraumlage in Mainz, das sehr stark unter den Zerstörungen des Krieges zu leiden hat, äußerst schlecht ist. Es ist daher nicht erstaunlich, daß man in der Stadt selbst kaum eine Wohnung finden kann. Die wenigen möblierten Zimmer, die angeboten werden, sind entweder für die Beamten der Landesregierung unbrauchbar oder zu teuer. Selbstverständlich wird hierbei die Konjunktur ausgenutzt. In einem Falle passierte es, daß der Vermieter den Mietpreis für ein möbliertes Zimmer sofort höher setzte, als er hörte, daß ein Angehöriger der Landesregierung daran interessiert sei. In den Mainzer Vororten werden natürlich mehr Zimmer angeboten. Jedoch müssen die Beamten dann die zusätzlichen Kosten für die nicht unbedeutliche Straßenbahnfahrt ausgeben. In einigen Fällen sollen Angehörige der Landesregierung sogar ins „feindliche Ausland“, nämlich nach Wiesbaden, geflüchtet sein und dort Wohnung gesucht haben. In anderen Fällen mußte Beamten und Angestellten gestattet werden, auf ihrem Büro in den Ministerien zu übernachten, weil sie keine Bleibe finden konnten. Dem Vernehmen nach soll sogar ein Minister von dieser Möglichkeit Gebrauch gemacht haben. Das wäre in Koblenz wahrhaftig nicht nötig gewesen. Ob es manchem jetzt schon leid tut, Koblenz den Rücken gekehrt zu haben.“

## Der rote Hahn

B.G. — „Franz hat es gesehen“ und der Zeitung berichtet: daß sich am jüngsten Wochenende auf dem Dach des Stadttheaters ein Hahn gedreht habe. Kein Wetterhahn, wie der vom nahen Domturm, sondern ein Theaterhahn nur, aus dem Bühnenfundus entwichen. Regen und Wind der trüben Novembertage haben ihm nicht behagt, „Franz“ berichtete jedenfalls weiter, der Hahn sei von seinem luftigen Platz verschwunden.

Gestern haben wir ihn wieder entdeckt. Dicht unter dem Richtbaum. Es kann allerdings nicht mit Sicherheit gesagt werden, ob es noch der gleiche Hahn oder ein anderer Genosse seiner Art war, denn dieser Hahn stellte sich im leuchtenden Rot vor. Ein roter Hahn auf dem Theaterdach? Laßt uns nicht abergläubig werden...!

Roter Hahn — das bedeutet Brand.

einen wertvollen Kreis um sich, mit dem sie ein besonders aktives Element in der Schar der Musikfreunde bilden. Außerdem geben sie dem Nachwuchs für die Berufsorchester zwanglose, aber sehr erspielbare Gelegenheit zur Übung.

Auch der unter Leitung von Kapellmeister Horst Körner stehende Mainzer Orchester-Verein pflegt das Orchesterspiel, und zwar in klassischen wie in modernen Werken und in der Unterhaltungsmusik. Die Proben finden donnerstags um 19.30 Uhr in dem eigens hergerichteten Proberaum der Schreinerei C. Berdellé, Frauenlobstraße 28 (am Gartenfeldplatz) statt. Musikfreunde (Sirene und Bläser) sind zur Mitwirkung eingeladen.

## Fünfzig Schweizer Franken

Wie uns das Mainzer Reisebüro mitteilt, vergütet der Schweizer Hotelier-Verein jedem Fériengast, der vom Ausland in die Schweiz einreist und 14 Tage oder länger in einem Wintersport-Hotel verweilt, 50 Schweizer Franken. Wegen der Auswahl des Hotels und der näheren Bedingungen gibt das Mainzer Reisebüro bei Vergütung des Rückportos Auskunft.

## Die Wunder der Bergwelt

Auch der dritte Lichtbildervortrag des Alpenvereins Mainz bewies, daß der Verein bestrebt ist, seinen Mitgliedern und Gästen nur das Beste vorzusetzen. Der Vortrag „Berge und Blumen“ von Universitätsprofessor Dr. Hans Weber (Mainz) führte die Zuhörer durch alle Vegetationsstufen der Bergwelt. Er schickte zwar voraus, daß es weniger auf die Namen der Blumen, als auf das, was dahintersteht, ankommt, doch wird wohl mancher Zuhörer bedauert haben, daß das menschliche Gedächtnis nicht ausreicht, in so kurzer Zeit das alles zu behalten, was den Bergsteiger draußen an Wundern in der Blumenwelt überrascht. Der Weg von der Laubwaldzone bis zur obersten Vegetationsstufe zeigte uns in wundervollen Farblichtbildern manche bekannte und viele leider selten gewordene Blumenschönheit und wie selbst in der vor unten vegetationslos erscheinenden Felsenzone noch Zwergpflanzen mit Wachstumszeiten von über hundert Jahren langsam heranwachsen und im ewigen Schnee noch einzellige Algen den roten Schnee bilden. — Ganz selbstverständlich erging der Ruf des Redners an alle Bergfreunde, sich für den Naturschutz einzusetzen, wenn man hörte, daß ein achtlos gebrochener Zweig oft zwanzig bis dreißig Jahre braucht, um nachzuwachsen.

Der Verband angestellter Drogisten zu Mainz versammelt sich am Montagabend um 19.30 Uhr im „Neubrunnenhof“, Große Bleiche

## Beschwe

hal. — Es ist eine Premiere. Und das freut uns. Zum ersten Male hat sich eine Behörde mit Sorgen an unser Beschwerdebuch gewendet. Es sind die Stadtwerke, und was sie vorzubringen haben, ist genau so berechtigt, wie gut fundiert.

Wir haben in den vorangegangenen Blättern

## Allgemeine Zeitung

### Der Wald kommt

#### Dreißigtausend Weihnachtsbäume

hal. — Und so wären wir wieder einmal so weit. Im Weihnachtswald ist man schon feste bei der Arbeit, und bald werden Lastautos und Güterwagen, vollbeladen mit frischen Weihnachtsbäumen, wieder in der Stadt anrollen. An Ecken und Plätzen werden die Bäume dann auf ihre Käufer warten.

25 000 bis 30 000 solcher Rotfichten werden auch in diesem Jahre in Mainz und seinen Vororten verkauft werden müssen, um in jede Familie den echten Glanz der Weihnacht zu bringen, rund 25 000 Käufer werden im Laufe der nächsten Wochen suchend zwischen den grünen Baumbergen ihre Geldbörse zücken.

Die Weihnachtsbaum-Grossisten haben ihre ersten Ladungen schon an den Mann gebracht, doch vorläufig sind es nur Geschäfte, an welche die Fichten zu Dekorationszwecken abgegeben wurden. Der übliche Straßenverkauf der Kleinhändler setzt erst am 10. Dezember ein.

Wie es denn diesmal mit der Qualität der Weihnachtsbäume aussiehe und mit dem Preis, wollten wir wissen. Die Blumenbinderrin, die wir fragten und die schon seit über zwanzig Jahren neben ihrem Blumenverkauf auch dieses Saionsgeschäft mitmachte, wiegte etwas bedenklich den Kopf. Die Bäume würden voraussichtlich in diesem Jahr etwas teurer werden, meinte sie, denn der Bestand des Weihnachtswaldes ist nicht mehr so üppig. Auch hier fehlt es an Nachwuchs, an kleinen Bäumen also, die der sogenannte „kleine Mann“ sucht. Große Bäume werden genug da sein. Ende des Krieges und in der Nachkriegszeit ist nämlich nicht mehr genügend aufgefertigt worden, und wenn man erfährt, daß eine Fichte, um einen Meter hoch zu werden, sieben Jahre braucht, so kann man sich an den Fingern abzählen, daß es heute mit den kleinen Bäumen noch nicht soweit ist. Aus dem Taunus können d' halb nur große Bäume geholt werden, und die kleinen sind nur die Kronen von großen Fichten, die ausgehauen werden müssen. Sie sind dann natürlich sehr li-

CHEFREDAKTEUR: ERICH DOM  
Verlag: Mainz, Große Bleiche 35-37. Fernspr. San  
Redaktion u. Druckerei: Mainz, Große Bleiche 6  
Sammel-Nr. 4371 / Postverlagsort für alle Besatzung  
ERSCHEINT SECHSMAL WÖCHENTLICH

Nummer 271

# Deutschland

## Alliierte Erklärung

Frankfurt am Main, 22. November  
des Westens gegen eine eventuelle  
weit östlich vorgeschoben werden.  
Westeuropa und Deutschland ges  
allierter Seite am Mittwoch erklä

„Je größer die Unterstützung ist, die  
die Vereinigten Staaten erfahren, um so  
weiter östlich kann Westeuropa verte-  
digkt werden“, wurde gesagt.

Wenn auch keine Aeußerung darüber  
fiel, so ist man doch in unterrichteten  
allierten Kreisen der Ansicht, daß das  
Hauptgewicht der westlichen Verteidi-  
gung westlich des Rheines liegen wird,  
wenn Deutschland sich nicht beteiligt.

„Wir, die Alliierten, würden einen  
großen Fehler machen, wenn wir versu-  
chen würden, mit den Deutschen zu han-  
deln“, wurde von dieser Seite mitgeteilt.

„Wenn die Idee der europäischen Vertei-  
digung nicht mit ganzem Herzen unter-  
stützt wird, ist sie wertlos. In jedem vom  
Westen geschaffenen vereinten Verteidi-  
gungssystem werden die Deutschen eine  
völlig gleichberechtigte Stellung haben.“

Es wurde hervorgehoben, daß die Frage  
einer deutschen Wiederbewaffnung vom  
deutschen Volk „ohne Druck oder  
Beeinflussung durch die Alliierten“ erör-  
tert werden müsse. Dabei müßten sich  
die Deutschen jedoch über die Weltlage  
im klaren sein und ihr Urteil „im Lichte

### Das Mainzer Angebot 19.11.50.

A.Z. Mainz, 17. November. Oberbürger-  
meister Stein (Mainz), legt besonderen  
Wert darauf, festzustellen, daß sein  
Fernschreiben in der Frage der Bereit-  
stellung von Unterbringungsmöglichkei-  
ten für den Landtag in Mainz von ihm  
rechtzeitig an den Landtagspräsidenten  
mit der Bitte um Weiterleitung an die  
vier Fraktionsführer der Landtagsfrak-  
tionen abgesandt worden ist.

### Die vertriebenen Beamten

Freitag, 17. November 1950

Allgemeine Zeitung

A-Z-17-11-50

## Die Überraschung in Koblenz

Das neue Angebot von Mainz war dem Landtag bei seiner Abstimmung noch nicht bekannt

**bb.** Koblenz, 16. November. (Eigener Drahtbericht.) Mit dem Beschuß des Landtags, den sozialdemokratischen Ur- antrag auf Verlegung der Sitzungen nach Mainz dem Aeltestenrat als Material zu überweisen, wird nach Ansicht parlamentarischer Kreise dieser Antrag als erledigt angesehen.

Die Christlich-Demokratische Union hatte die Absicht gehabt, gegen die Aufnahme des Antrags auf die Tagesordnung zu stimmen, als ihr Fraktionsvorsitzender Dr. Z i m m e r überraschend an die SPD die Frage stellte, ob sie denn überhaupt wüßte, wie sich die CDU verhalten werde. Sie werde sich, verriet er, der Stimme enthalten und so der SPD-Fraktion die Mehrheit geben. Dadurch war es überhaupt möglich, den Urantrag zur Verhandlung zu stellen.

Während der Debatte gab es eine weitere Überraschung durch den Vorschlag der CDU, den Urantrag dem Aeltestenrat zur Prüfung zu überweisen. Wäre dieser in der Hauptsache aus parteitaktischen Gründen gestellte Antrag nicht gekommen, hätten die CDU und die FDP den Urantrag abgelehnt.

Dem Ministerpräsidenten, der gegen die verfrühte Verlegung des Landtags sprach, war das neue Angebot aus Mainz noch nicht bekannt. Daß die SPD das Fernschreiben aus Mainz nicht sofort dem Landtag vorlegte, war ein weiterer Fehler. Vielleicht geschah es, weil die Haltung der CDU inzwischen eindeutig geworden war.

Wahrscheinlich wird der Landtag höchstens noch zweimal, im Dezember und Januar, in Koblenz tagen, dann aber seine Auflösung beschließen, um sich für die

Wahl Ende Februar oder Anfang März vorzubereiten. Ernste Widerstände gegen eine Vorverlegung des Wahltermins werden sich kaum ergeben. Es ist anzunehmen, daß der neu gewählte Landtag offiziell am 1. April in Mainz seine Sitzungen beginnen wird.

Die nächste Sitzung wird am 12. und 13. Dezember stattfinden.

### Das Mainzer Angebot

**Na.** Mainz, 16. November. Zu dem gestrigen Artikel „Ein neues Angebot an den Landtag“, ist noch nachzutragen, daß Oberbürgermeister Stein für die Unterbringung der Landtagsverwaltung in nächster Nähe des Schlosses sieben nebeneinander liegende Räume in dem Gebäude

der Stadtkasse in der Ernst-Ludwig-Straße angeboten hat.

Freitag, 17. November 1950

## Erhöhte Zuschläge im Nahverkehr

**Die Binnenschifffahrt zur vorgeschlagenen Tariferhöhung der Bundesbahn**  
KH Ein abschließendes Bild über die Auswirkungen der von der Bundesbahn beantragten Maßnahmen zur Steigerung der Güterverkehrseinnahmen auf die

kehr zu bedienen. Es muß deshalb — das ist der Standpunkt der Schifffahrt — ein Weg gefunden werden, die Einnahmerhöhung in einer Form durchzuführen, die von niemandem zu verantwortende verheerende Auswirkungen auf die Schifffahrt verhindert.

Um strukturelle Verschiebungen zu vermeiden, dürfen daher nach Meinung der Schifffahrt auch keinerlei Ausnahmetarife oder Ausnahmetarifgruppen von dieser Erhöhung ausgenommen werden. Wenn aber Ausnahmen doch gewährt werden sollen, dann muß die Binnenschifffahrt fordern, daß der gebrochene Verkehr im Zu- und Ablauf zu den Binnenumschlagplätzen auch von der Erhöhung ausgenommen wird. Nur dann könnte verhindert werden, daß sich aus dem Ausnahmeantrag ungewollte Ver-

änderungen im Wettbewerbsverhältnis ergeben.

## Langsam im Sinken

Na. Das Sozialministerium Rheinland-Pfalz berichtete über die Arbeitsmarktlage Ende Oktober und erklärt, daß die Zahl der Arbeitslosen von 51 670 Ende September auf 50 544 Ende Oktober gesunken ist. Im Vergleich zu anderen Ländern stehe der Arbeitsmarkt in Rheinland-Pfalz dennoch ungünstig dar. Die Arbeitslosigkeit sei heute im Lande noch so stark, wie etwa Mitte Dezember 1949. Endgültige Hilfe könnte nur eine echte Arbeitsbeschaffung mit Hilfe des Bundes bringen.

## Handwerks-Versicherungen lockern

Hi. Die Fraktionen der Regierungskoalition haben einen Antrag auf Änderung des Gesetzes über die Altersversicherung für das deutsche Handwerk eingebracht. Die Bundesregierung soll bis Ende des Jahres einen Gesetzentwurf zur weitgehenden Auflockerung der Versicherungspflicht vorlegen.

## Gegen Aufhebung des Dollar-Bonus

vwd Die Nachricht, daß die Bank deutscher Länder die Aufhebung des Dollarbonus gefordert hat, löst große Besorgnis aus. Die Aufhebung des Devisenbonus würde einen schweren Schlag gegen die Exportfreudigkeit darstellen. Es sei auch ein Trugschluß zu glauben, daß durch den Wegfall eine Devisensparnis erzielt werde.

## Gegenseitigkeitsgeschäft abgestoppt

vwd Die schwierige Devisenlage des Bundesgebietes hat auch dazu geführt, daß keine Gegenseitigkeitsgeschäfte mehr genehmigt werden. Wie verlautet, hat die Bank deutscher Länder starke Einwendungen gegen die Durchführung von Kompensationsgeschäften nach den bisher gültigen Richtlinien erhoben.

## Ein neues Angebot an den Landtag

SIAMZ, NL Oppenheim / 20.2 - 17

Für die Verlegung nach Mainz stehen genügend Räume bereit

Na, Mainz, 15. November. (Eigener Bericht) Die gestrige Sitzung im Landtag hat sich ziemlich überraschend wieder mit der Frage befaßt, ob die kommenden Landtagssitzungen nicht doch in Mainz stattfinden können, obwohl das Großherzogliche Schloß erst im Frühjahr als endgültiges Landtagsgebäude bereitstehen kann. Die Motive dafür liegen auf der Hand, denn wer auch nur einen flüchtigen Einblick in die Regierungsarbeit in Mainz tun kann, der weiß, daß an den Tagen, wo das Landesparlament tagt, die meisten Minister und Staatssekretäre sich in Koblenz aufhalten müssen.

Nun hat am gestrigen Mittag Oberbürgermeister Stein dem Landtagsdirektorium und dem Landtag ein ausführliches Angebot gemacht, mit dem sich nun der Aeltestenrat zu befassen hat. Bekannt ist, daß im Kurfürstlichen Schloß außer dem großen Sitzungssaal drei geräumige Säle für Fraktions- und Ausschuß-Sitzungen jederzeit zur Verfügung stehen und zwar der unmittelbar an den großen Saal anschließende sogenannte Galeriesaal und ferner — unmittelbar an das Restaurant anschließend — der gelbe und der grüne Saal. Darüber hinaus aber sind für derartige Ausschuß- und Fraktionssitzungen noch weitere Räume jederzeit greifbar und zwar im Stadthaus am Pulverturm der große Sitzungssaal, den normalerweise der Stadtrat für seine Sitzungen gebraucht und zwei kleine Säle.

Ein wesentlicher Umstand, der den sofortigen Umzug des Landtages in das Kurfürstliche Schloß bisher verhinderte, war, daß man für die Landtagsdirektion und Verwaltung noch keine Unterkunft hatte. Auch dafür hat nun die Stadt Mainz Vorschläge gemacht, die unseres Erachtens durchaus befriedigend sein müssten und zwar für die Landtagsdirektion fünf ineinandergehende Räume im Stadthaus am Pulverturm. Noch günsti-

ger ist das Angebot, das für die Landtagsverwaltung gemacht wurde, die natürlich in nächster Nähe des Plenarsaales — also in diesem Falle des Kurfürstlichen Schlosses — untergebracht werden muß.

Es bliebe noch die Sorge, ob die Landtagsabgeordneten in den Mainzer Hotels für die Dauer der Landtagssitzungen und der Ausschußsitzungen Unterkommen finden könnten. Zu diesem Punkt hat Oberbürgermeister Stein nach Koblenz berichtet, daß der Bezirksgouverneur Chauchoy ihm erklärt habe, im Zentral-Hotel am Bahnhof ständen im Bedarfsfalle nicht weniger als fünfzig Zimmer für diesen Zweck zur Verfügung. Unter diesen Umständen sollte man eigentlich annehmen, daß der Aeltestenrat, den der Landtag gestern mit einer Prüfung dieses Angebotes betraut hat, zu einer Lösung kommen könnte, wenn nicht sogar müsse, die eine Vereinigung von Landtag und Landesregierung in Mainz wenigstens für die übernächste Sitzung durchaus möglich macht.

## Ueberschwemmungen

Schönenberg (Westpfalz), 15. November. (dpa) Die ununterbrochenen Niederschläge der letzten Tage haben in den Tälern des Glans, des Ohmbachs und des Kohlbachs zu Ueberschwemmungen geführt. Allein das Kohlbachtal steht an verschiedenen Stellen auf einer Breite bis zu Kilometer unter Wasser. Das stürmische Regenwetter am vergangenen Montag an verschiedenen Stellen des pfälzischen Grenzgebietes verursacht.

## Leichter Schaden

Eigener Bericht

Aussichten  
dem Aufklären  
Donnerstag ver-  
frost erneute

von 35 Millionen Kronen auszustellen, die importiert werden sollten. Betroffen werden u. a. Kraftfahrzeuge, Textilien, Eisen- und Stahlwaren, Porzellan, Wein, Fotoapparate, Büromaschinen, Kacheln und Nähmaschinen.

### 1,5 Milliarden Investitionen

Die Investitionen in der Landwirtschaft im Jahre 1949/50 werden vom Bundesernährungsministerium mit 1,5 Milliarden DM angegeben. Davon wurden etwa eine Milliarde DM durch Selbstfinanzierung und rund 0,5 Milliarden DM durch Fremdfinanzierung aufgebracht.

Die Eisenwerke Gelsenkirchen AG (früher Deutsche Eisenwerke AG, 1948 aus dem Konzern der Vereinigten Stahlwerke ausgegliedert), weist in ihrer ausgeglichenen Ertragsrechnung einen Rohüberschuß von 36,93 Millionen DM aus. Nach Abzug der Aufwendungen ergibt sich ein Überschuß von 9,05 Millionen DM, der den Abrechnungsposten auf Grund des Betriebsbenutzungsvertrages mit der Vereinigten Stahlwerke AG zugeführt wird. Der Treuhandsaldo zum 30. 9. 1949 hat sich gegenüber der DM-Eröffnungsbilanz auf 8,45 (9,84) Millionen DM ermäßigt.

Die Hochtief AG vorm. Gebr. Helfmann, Essen, schlägt der HV am 14. Dezember eine Umstellung des AK im Verhältnis 1:1 auf 7,75 Millionen DM vor. Der DM-Abschluß zum 31. 12. 1949 weist einen Verlust aus, der vorgetragen werden soll.

## Unsere Autoindustrie ist wieder da

Egenwart und Zukunft im Blick des Verbandes der Autoindustrie

Deutsche Automobilindustrie ist stellte Dipl.-Ing. W. R. Vorwig ssekonferenz des Verbandes Industrie (VDA) fest. Im n Raum, der im Begriffe eit zusammenzuwachsen, tsaussichten der deut- ustrie von dem Ab- nnisse ab. aftverkehrs werde Deutschland dem Nachbarstaaten ehrfeindliche

zu hoch bezeichnet, was die Erhöhung des Kohlepreises um 18 Prozent anbelangt (sechs Mark je Tonne), so sind auch dies lediglich Vorschläge der Kohleindustrie, denen das Bundeswirtschaftsministerium kaum in vollem Umfange Folge leisten dürfte.

### Geringere Kohlenexportquote?

Hi. Auf Grund der angespannten Kohlenlage hat der Bundeswirtschaftsminister bei der ECE (European Corporation Economic) und bei der Ruhrbehörde beantragt, die gegenwärtige Exportquote von vierteljährlich 6,8 Millionen Tonnen für das erste Quartal 1951 auf 5,1 Millionen Tonnen zu senken.

### Neuer Bauspar-Tarif

A. Z. Die Badenia-Bausparkasse hat einen Teilfinanzierungstarif (Schnelltarif) geschaffen. Dadurch soll bei Einzahlung von 40 Prozent der Bausparsumme innerhalb 4 Wochen der Rechtsanspruch auf unkündbares Baugeld zu 4½ Prozent Zinsen bestehen. für den internationalen Kraftwagenverkehr besonders bedeutsam sind, die technische Ausgestaltung einheitlich festgelegt werden.

### Coca Cola-Steuer?

In unserer Ausgabe vom 23. Oktober 1950 unter der Ueberschrift „Coca-Cola-Steuer“ veröffentlichten wir eine kurze Betrachtung, die sich mit der Mög-

ein Kraftwagen kommt (LKW: Frankreich 55, England 60, Deutschland 134), könne eine stetige Weiterentwicklung erwartet werden. Es sei jedoch eine Lebensfrage für die deutschen Werke, ob sie sich im Kampf um die Märkte auf gleicher Ebene mit den Industrien Frankreichs, Englands und Italiens messen könnten. Von den auf Automobilausstellungen in Paris und London gezeigten Modellen verdienten die von der britischen Industrie angebotenen, teilweise neu entwickelten, die größte Beachtung.

Donnerstag, 16. November 1950

Allgemeine Zeitung

# Sofortige Verlegung nach Mainz abgelehnt

12. 11. 1950

Sozialdemokratischer Antrag fand im Landtag keine Mehrheit

bb. Koblenz, 15. November. (Eigener Drahtbericht.) In der 89. Landtagssitzung vom Mittwoch gab es eine Überraschung durch den Urantrag der sozialdemokratischen Fraktion, daß fortan alle Landtags-sitzungen in Mainz stattfinden sollen.

In der Begründung heißt es, die Stadt Mainz stelle die Räumlichkeiten des Kurfürstlichen Schlosses dem Landtag bis zur Fertigstellung des eigenen Gebäudes unentgeltlich zur Verfügung. Der derzeitige Zustand, daß der Landtag nicht mehr am Sitze der Regierung tage, habe sich aus vielerlei Gründen als unhaltbar erwiesen.

Der Abgeordnete Völker (SPD) wies besonders darauf hin, daß es möglich sei, in Mainz Fraktionszimmer einzurichten, unter anderem im Pulverturm, und den Abgeordneten so Arbeitsmöglichkeiten zu geben. Außerdem könnte erwirkt werden, daß mindestens fünfzig Betten in Hotels während der Landtagssitzungen den Abgeordneten zur Verfügung stünden.

Völker betonte, daß dadurch erhebliche Kosten eingespart werden könnten.

Der Landtagspräsident erwiderete, daß der Landtag vertraglich bis zum 31. März 1951 verpflichtet sei, die Räume zu benutzen und daß selbst dann, wenn der Landtag früher nach Mainz verlegt werden würde, die Miete bezahlt werden müsse, also Kosteneinsparungen nach dieser Richtung nicht möglich seien.

reits verwirklicht werde. Abgeordneter Steger (Demokrat) wies darauf hin, seine Fraktion auch heut nicht interessant vorstand

Donnerstag, 16. November 1950

# Zusammenarbeit auf innerbetrieblicher Ebene

**Geistiger Damm gegen den Osten / Die Grundsätze der Arbeitgeberverbände**

Drei Grundsätze für die Arbeit der Vereinigung der Arbeitgeberverbände, der sozialpolitischen Spitzenorganisation der Unternehmerverwaltung der Wirtschaftszweige der

„Grundsätze für den Aufbau einer Bundesanstalt für Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung“ hätten auf der These der paritätisch aufgebauten Selbstverwaltung der Sozialpartner beruht. Während der DGB dies noch im Oktober für die künftige Arbeitslosenversicherung und Arbeitsvermittlung anerkannt habe, ist gleichzeitig Vertreter des DGB

„gegnerischen Kampf gegen diesen“ der Behandlung des „Gesetzes zur Herstellung der Selbstverwaltung der Sozialversicherung“

Nominalerhöhungen der Löhne und Gehälter schwächen die Wettbewerbsfähigkeit im Export und müssten zwangsläufig über Preiserhöhungen inflationistische oder über Bewirtschaftung und Rationierung planwirtschaftliche Folgen haben. Der Schiedsspruch in Remagen über die Bauarbeiterlöhne habe eine vorsichtige Lohnpolitik erschwert.

In der internationalen Sozialpolitik habe die Vereinigung der Arbeitgeberverbände die unmittelbaren Beziehungen zum Internationalen Arbeitsamt in Genf wieder hergestellt. Der Wiederanschluß an die Internationale Arbeitgeberorganisation in Brüssel sei ein Wunsch maßgebender Kreise dieser Organisation. Bei der Auswahl der Sozial-Attachés für deutsche Auslandsvertretungen stehe das Recht der Benennung der Arbeitgeberorganisation ebenso wie dem DGB zu.

Vor dem Hintergrund weltpolitischer Ereignisse könne die Zuspitzung der sozialpolitischen Lage nur mit ernster Sorge angesehen werden. Der Aufbau unserer Sozialordnung müsse von dem politischen Ziel getragen sein, einen geistigen Damm gegen den Osten zu errichten. Dies könne nur mit der Ideologie unserer westlichen Kultur- und Sittenordnung geschehen. Die Vereinigung der Arbeitgeberverbände sei zur Zusammenarbeit mit allen Stellen und Organisationen bereit.

A.I. 16.6.50-

## Das Großherzogliche Schloß

Zu unserem gestrigen Artikel „Großherzogliches Schloß wird schuttfrei“ teilt uns die Pressestelle der Stadtverwaltung noch folgendes mit:

Die in dem Artikel genannten Zahlen sind auf Grund einer nicht erschöpfenden Auskunft nur bedingt zutreffend. Richtig ist vielmehr, daß es sich bei den genannten Veranstaltungen um bereits festgelegte Termine für Großveranstaltungen offizieller Art handelt, während eine Anzahl weiterer geselliger und ähnlicher Veranstaltungen in diesem Zahlenmaterial nicht berücksichtigt ist. Daraüber hinaus werden zur Zeit seitens der Stadtverwaltung noch Verhandlungen mit den verschiedensten Stellen geführt, so daß auch für die kommenden Monate eine ausreichende Benutzung der Räume des Kurfürstlichen Schlosses gewährleistet ist. Zu berücksichtigen ist dabei, daß im Hinblick auf die noch ungeklärte Frage der künftigen Benutzung der einzelnen Räumlichkeiten durch die Landesregierung die zur Zeit noch schwelenden Verhandlungen teilweise absichtlich hinausgezögert worden sind. Fest steht jedenfalls, daß die für den Landtag in Frage kommenden Räume des Kurfürstlichen Schlosses auch durch die dort stattfindenden Veranstaltungen in keiner Weise in ihrer Benutzung beeinträchtigt werden.

Donnerstag, 31. August 1950

## A.Z. Repräsentation wie in Bonn?

31.8.50.

Warum soll der neue Landtag 1,7 Millionen Mark kosten?

Na. Mainz, 30. August. (Eigener Bericht.) Generalgouverneur Hettier de Boislambert hat am Dienstag in der Frage des Ausbaus des Großherzoglichen Schlosses als Landtagsgebäude dem Landtagspräsidenten Wolters einen Brief geschrieben, in dem er seinem Erstaunen darüber Ausdruck gibt, daß die ursprünglich von den Landesbehörden für ausreichend gehaltene und von dem französischen Landeskommisariat zur Verfügung gestellte eine Million Mark nun auf einmal nicht ausreiche.

Unsere am Dienstag an dieser Stelle gestellte Frage, warum im Mainzer Großherzoglichen Schloß der Aufbau immer noch nicht begonnen habe, erfährt durch diesen Brief des Generalgouverneurs Hettier de Boislambert eine peinliche leider aber nicht vollständige Antwort. Der Landeskommisar antwortet darin auf ein Schreiben des Landtagspräsidenten vom 23. August, in dem dieser ihm mitteilte, daß eine Million Mark für den Aufbau des kommenden Landtagshauses nicht ausreiche, sondern 700 000,- Mark mehr benötigt würden.

Herr Hettier de Boislambert sagt wörtlich, daß er sehr erstaunt darüber sei, denn es sei doch immer nur von einer Million gesprochen worden. Er verweist darauf, daß am 3. April dieses Jahres der Aeltestenrat die Kosten für den Ausbau auf 750 000,- bis eine Million geschätzt, daß im Landtag am Tage darauf und am 10. Mai eine runde Million angenommen worden sei und daß die Landespressestelle am 12. Mai diese Summe ausdrücklich bestätigt habe. Wenn jetzt die Landesregierung beziehungsweise der Landtagspräsident plötzlich mehr als das Doppelte zu Anfang geschätzten Summe ansetze, so müsse sich das Landeskommisariat eine genaue Prüfung der Pläne und Zahlen vorbehalten. Gesetzlich sei es außerordentlich schwierig, die im

Haushaltsplan der französischen Kontrollbehörde vorgesehene eine Million in dem gewünschten Umfange zu erhöhen.

Wir müssen unsererseits jetzt erst recht die Frage stellen, welche Umstände zu einer solchen Erhöhung der Kosten geführt haben. Wir erinnern uns, daß bei der ersten Besichtigung durch Generalgouverneur Hettier de Boislambert deutsche und französische Sachverständige die Ausbaukosten auf nur eine Million geschätzt haben. Sollte etwa bei der Landesregierung an eine Wiederholung der allbekannten Sünden bei der Ausgestaltung der Bundesstadt Bonn gedacht worden sein? Aber es ergibt sich noch eine weitere Frage: Warum hat man nicht wenigstens die Arbeiten am Mainzer Landtagsgebäude so weit vorwärtsgetrieben, daß man das Haus unter Dach und Fach brachte?

Wir würden uns freuen, wenn wir auf diese Fragen eine eindeutige und unsere Befürchtungen zerstreuende Antwort erhalten könnten. Denn jetzt — wir müssen es, so schwer es uns auch fällt, sagen — sieht die Angelegenheit des Mainzer Großherzoglichen Schlosses beinahe so aus, als ob sich eine deutsche Landesregierung von der Besatzungsmacht den Vorwurf gefallen lassen müsse, daß sie die Repräsentation zu weit treibe.

CITOL  
UNNENSTR. 9, Ruf 4950

Inge der deutschen  
den Sie vereint in  
genden Filmlust-  
verirrungen und  
uationen:

ENDER  
nbekannt



mit  
HENNY PORTEN  
AUL KEMP

, Cornel Borchers,  
er, Volker v. Col-  
DUDOLF PLATTE

00 — 18.00 — 20.00

Spätvorstellung



# Kaisertor

der andere von der Rheinallee aus zu den Türen der übrigen Wohnungen führt. Stabile Steinstufen, die mit einer roten Steinholzschicht den Schall der Schritte im Treppenhaus dämpfen, führen in jedem der beiden Treppenaufgänge bis unters Dach.

So ist am Kaisertor wieder ein neues repräsentatives Gebäude fertiggestellt worden. Achtzehn Wohnungen sind geschaffen worden, die zum Teil zwar von den Beamten der Landesregierung bezogen werden, die aber trotzdem eine Entlastung für den sozialen Wohnungsbau bedeuten. Den Verhältnissen der Zeit entsprechend, ist das Haus Rheinallee 2 und 4 wieder aufgebaut worden. Aus ehemals 7 Wohnungen sind unter Beachtung des Grundrisses und unter bestmöglichster Schonung des Bestandes 18

Wohnungen geworden. Die Räume sind trotzdem groß und zweckmäßig.

Aus dem Vorhandenen das architektonisch Beste herausgeholt zu haben, ist das Verdienst der Architekten, von denen der Regierungsbaumeister a. D. Rudolf Schreiner im Mainz und der weiten Umgebung seit Jahrzehnten einen guten Namen hat. Auch sein Sohn, Dipl.-Ing. Peter Schreiner hat bereits Beachtliches geleistet. Das Lob gebührt aber vor allem der Mainzer Aktien-Bierbrauerei, denn sie hat den Bau überhaupt ermöglicht, sie hat für Angehörige ihres Betriebes neue Wohnungen geschaffen und sie hat der Stadt Mainz wieder eine Gaststätte mehr aufgebaut, in der Küche und Keller gepflegt sind und in der das Beste aus den tiefen „Katakomben“ der großen Mainzer Brauerei, von der das Mainzer Rad weit in die Welt hinaus rollt, ausgeschenkt wird.

## Fleißige Hände, fleißige Firmen

Fast ausschließlich Mainzer Firmen und Handwerker waren am Bau des Hauses der MAB in Rheinallee 2 bis 4 beteiligt. Es waren:

Johann Appel II, Holzbearbeitung, Heidesheim a. Rh. — Hermann Bänsler, Schreinermeister, Mainz, Boppstraße 9. — Gebr. Becker, Elektr. Gesellsch., Mainz,

Zentralheizung, Mainz, Obere Austr. 1. — Heinrich Klug, Schlossermeister, Mainz, Gaustr. 18. — Johann Koch, Schreinermeister, Mainz-Mombach, Diezestr. 43. — Adam König Nachf., Maler u. Tüncher, Mainz, Uferstraße 51. — Anton Kronauer, Schlossermeister, Mainz, Bilhildisstr. 5. — Heinrich Kehrmann, Bildhauerei, Mainz. Untere Zahlbacher

## Der Aufbau des Landtages

4.7.  
2.9.50.

Erklärung von Landtagspräsident Wolters

hh. Koblenz, 1. September. (Eigener Bericht.) Der Präsident des Landtages von Rheinland-Pfalz, Wolters, hat in Koblenz in einer Presse-Konferenz erklärt, daß jeder unnötige Aufwand beim Aufbau des Großherzoglichen Schlosses in Mainz für die Unterbringung des Landtages vermieden würde. Man würde ausschließlich danach trachten, das Schloß im Einvernehmen mit dem Landeskonservator wieder so herzustellen, daß eine ordnungsgemäße Arbeit des Landtages gewährleiset sei.

Präsident Wolters erinnerte an die vom französischen Landeskommisar am 10. Mai gemachte Zusage, wonach kein deutscher Etat durch den Wiederaufbau des Großherzoglichen Schlosses zum Zwecke der Unterbringung des Landtages belastet werden würde. Die Landesregierung könne in der Tat hierfür nicht einen Pfennig frei machen.

Die Summe von 1,7 Millionen Mark für den Aufbau des Schlosses habe sich aus einem summarischen Kostenvoranschlag ergeben, den das Staatliche Hochbauamt Mainz auf Grund der beim Bau des Basenheimer- und Osteiner Hofes gemachten Erfahrungen aufgestellt habe. Darin seien die Kosten für den Kubikmeter umgebauten Raum mit 50 Mark angegeben. Präsident Wolters lehnte es ab, über diesen Kostenvoranschlag ein endgültiges Urteil abzugeben, obwohl ihm als Laien auf dem Gebiet des Bauwesens die Summe ziemlich hochgegriffen erscheine. Der französische Landeskommisar hätte ihm, anlässlich des Empfanges auf Schloß Waldhausen, zu verstehen gegeben, daß er auf keinen Fall 1,7 Millionen Mark für das Schloß zur Verfügung stellen werde.

Der Landtagspräsident erklärte weiter, daß die aus je drei deutschen und französischen Vertretern bestehende Kommission, der die Planung des Schloßaufbaues überantwortet worden sei, lediglich beratenden Charakter besitze. Eigentlicher Bauherr sei der Landeskommisar, der auch über die Ausschreibung der Aufträge entscheide. Es würde deutscherseits als

nachteilig angesehen, daß die Franzosen darauf bestünden, keine Einzelausschreibung vorzunehmen, ehe nicht der Gesamtplan vorliege. Dies werde wahrscheinlich am kommenden Dienstag der Fall sein. Der endgültige Wiederaufbau solle im wesentlichen nach dem Entwurf des Leiters des Staatlichen Hochbauamtes, Baurat Delp, erfolgen. Die augenblickliche Arbeitsruhe am Schloß sei lediglich darauf zurückzuführen, daß die französische Unterschrift für eine Auftragerteilung fehle.

Den Vorschlag des Mainzer Oberbürgermeisters, der Landtag möge in der Zwischenzeit im Kurfürstlichen Schloß tagen, hat Präsident Wolters abgelehnt, da er die Kosten für dieses Provisorium, er bezifferte sie auf dreißig- bis vierzigtausend Mark, nicht glaube verantworten zu können. Das Plenum werde daher noch einige Male in Koblenz zusammentreten. Die Ausschüsse dagegen, die auf eine enge Zusammenarbeit mit den Regierungstellen angewiesen seien, könnten ihre Arbeit in Mainz aufnehmen.

Wie Ministerpräsident Altmeier der Redaktion der „Allgemeinen Zeitung“ mitteilte, ist die ganze finanzielle Angelegenheit des Wiederaufbaus des Großherzoglichen Schlosses in Mainz bisher weder an ihn noch an das Kabinett offiziell herangetragen worden. Es habe sich daher noch gar nicht damit beschäftigen können.

Samstag/Sonntag, 2./3. September 1950



**Stadtstaffel zwischen Trümmern** / Staffellauf — das klingt nach Aschenbahn, grünem Rasen, Wälderweiten und viel Sonne. Der Mainzer Stadtstaffellauf am ersten Sonntag des Weinmarktes sah eine andere Umgebung, führte durch Ruinen. Unser Bild sagt genug. Aber ist nicht die frische Sportjugend, die inmitten der Ruinen zum Start für den Lauf der Schüler austritt, sind nicht die vielen Interessenten aus allen Altersklassen, die den Lauf verfolgten, ein Sinnbild dafür, daß es auch aus den Ruinen einen Aufstieg geben wird! Wir glauben daran. So wie sich hier zwischen den Trümmern wieder junges Leben kraftvoll regt, so regt sichs überall in deutschen Landen zu neuem, gesunden Wiederaufbau.

Nähe oder eine ganze Stunde Weges von Stätten kirchlicher Veranstaltungen entfernt taffindet. Sie unterbindet praktisch den gesamten Sportbetrieb an den Sonntagvormittagen, wie auch generell an allen „hohen Feiertagen“. Damit ist die gerade an den sogenannten „ersten Feiertagen“ besonders rege sportliche Betätigung über den örtlichen Rahmen hinaus grundsätzlich abgeschnitten. Eine Durchführung großer Meisterschaftsveranstaltungen in Rheinland-Pfalz ist überhaupt unmöglich geworden. Man könnte nun ein Verbot zum Beispiel für Tage wie Karfreitag, Allerseelen, Totensonntag und Heiliger Abend noch verstehen. Sofern es unsere Großvereine (und hierbei hauptsächlich den Fußball) angeht, werden diese sich wahrscheinlich durch Samstags-

Vormittagen betätigen, da die Plätze nachmittags meist von den Aktiven belegt sind. Werktag haben sie keine Zeit, am Nachmittag fehlt es aber an den Plätzen. Da man ihnen den Sonntagvormittag nimmt — wann sollen sie dann noch ihren Sport ausüben. Man muß daran denken, daß sehr viele Vereine über fünf bis sechs Alters- und Jugendmannschaften (neben dem Fußball auch noch Handball usw.), besitzen. Wie diese sich innerhalb eines Nachmittags bei den bestehenden Platznoten behelfen sollen, ist wirklich eine Frage, deren Lösung man den für die Verordnung Verantwortlichen zuschanzen sollte. Nennt man das „Fürsorge für die körperliche Erziehung der Jugend?“ Es wäre gut, wenn unsere großen Sportverbände hier rechtzeitig

## Allgemeine Zeitung

### Großherzogliches Schloß vor dem Verfall bewahrt

A.Z.  
24.9.50  
Ein Blick in die Pläne, Vorbereitungen und die Kostenfrage des Wiederaufbaus für den Landtag

B. G. — Vom Block der historischen Bauten am Rheinufer, der einst ein einzigartiger Besitz und Anziehungspunkt der Mainzer war, soll jetzt der zweite Bau gerettet werden. Die Entscheidung, daß nach dem Kurfürstlichen nun auch das Großherzogliche Schloß wiederaufgebaut werden kann, ist gefallen. So bleibt nur noch die Frage nach dem Schicksal des nicht minder wertvollen Zeughauses. Auch dieser Bau darf nicht endgültig verloren sein, und es besteht auch die Hoffnung, daß er noch rechtzeitig davor bewahrt werden kann.

#### Verzögerung bringt Gewinn

Die Verhandlungen über die Finanzierung der Arbeiten am Großherzoglichen Schloß haben sich unerwartet in die Länge gezogen. Die Verzögerung bringt jedoch den volkswirtschaftlichen Vorteil, daß die Bauarbeiten zum größten Teil außerhalb der Bau-Hochsaison erfolgen können. Sobald diese Hochsaison ausläuft, wird es wieder Arbeitslose geben. Neue, umfangreiche Arbeitsmöglichkeiten aber bringt der Wiederaufbau des Schlosses.

Die vorgesehene Bausumme von 1,7 Millionen, an der sich — wie wir bereits gemeldet haben — der französische Oberkommissar mit 1,2 Millionen DM beteiligt, hat allen Einwänden und Prüfungen standgehalten. Der Kostenvoranschlag richtet sich streng nach dem Erfahrungssatz für den Kubikmeter umbauten Raumes. Die Beträge für alle Sondereinrichtungen sind gemeinsam mit Sachverständigen von Spezialfirmen errechnet worden. Das Schloß soll den Landtag von Rheinland-Pfalz aufnehmen. Gerade Landesregierung und Landtag haben ausdrücklich gewünscht, daß jeder übertriebene Aufwand bei Bau und Einrichtung vermieden werden sollte.

#### Baubeginn im Oktober

Alle Vorbereitungen für den Wiederaufbau sind abgeschlossen. Die statischen Berechnungen und die Konstruktionszeichnungen liegen fertig in den Schreibtischen. Die gleichfalls schon vorbereiteten Ausschreibungen werden noch in dieser Woche in den Zeitungen erscheinen. Die Vergabe der Arbeiten dürfte demnach in etwa vier Wochen erfolgen können, so daß der Baubeginn noch in den Monat Oktober fallen wird.

Die Bauleitung liegt beim Staatlichen Hochbauamt in Mainz. Von seinem Leiter, dem Regierungsbaudirektor Delp, dem Mainz die stützende Bewahrung mancher historischen Bauten, unter anderem des Osteiner Hofes (Gouvernement) zu danken hat, haben wir uns über die Aufbaupläne unterrichten lassen.

Delp bezeichnet den Zustand des erhaltenen Mauerwerks als befriedigend. Das Schloß ist so schnell ausgebrannt, daß die Steine keiner allzu langanhaltenden Hitze ausgesetzt waren. Die Brand- und Verwitterungsschäden an den Steinmetzarbeiten halten sich in tragbaren Grenzen. Die Fundamente werden nach dem Wiederaufbau nicht mehr als vorher zu tragen haben, es soll keine statische Unruhe in das Bauwerk gebracht werden.

#### Die neue Aufteilung des Baues

Wir haben in die Pläne geblickt und die folgende, zweckbestimmte Neuauftteilung des Baues gefunden: Im Erdgeschoß des Hauptbaues liegen das große Vestibul, die Treppenanlage, ein Aufzug für Gehbehinderte, ein Aufgang für das Publikum, Sitzungszimmer der Fraktionen und Garderoben. Das erste Obergeschoß nimmt den großen Plenarsaal (mit der Achse Rheinufer-Garten), die Wandelhalle, die Räume für den Landtagspräsidenten und weitere Sitzungszimmer auf. Abermals Sitzungszimmer für Fraktionen und Ausschüsse, die Galerie für das Publikum, sowie Räume für die Presse und die Parlamentsstenographen sind im zweiten Obergeschoß vorgesehen. Der ausgebauten Mansardenstock ist für die Verwaltung, für Akten- und Archivräume, sowie Beratungsräume bestimmt.

Im Keller des Anbaues sollen die Küche mit Nebenräumen untergebracht werden, während die Keller des Hauptbaues für die Heizung, die Klimaanlage und andere Zwecke gedacht ist. Über den Kellern des Anbaues werden die Restaurationsräume liegen.

In den sogenannten „Kavaliersbauten“ (an der Gartenfront) wird man die Biblio-

der Wiederaufbau des Polizeipräsidiums (es soll hier in Etappen weitergebaut werden), sowie der Ausbau der Universität zu. Streng genommen sind in der Universität bisher nur die Kollegiärum brauchbar, während sich die Laboratorien, die Kliniken und andere Einrichtungen noch im Zustand eines hinderlichen Provisoriums befinden. Sobald die Mittel bereit liegen, muß auch hier weitergebaut werden.

Eines möchte Delp wohl auch gerne bauen: Eine anständige Unterkunft für sein eigenes Amt. Zur Zeit ist dieses Amt noch in einer sehr alten, morschen Baracke zwischen Ruinen und Unkraut des Schönborner Hofes untergebracht. Aber der Gedanke an neue Räume schien bei unserem Gespräch selbst dem Regierungsbaudirektor nur ein frommer Wunsch zu sein. Die eigenen Wünsche werden hinter allen anderen zurückgestellt. Dennoch möchte man dem für den Wiederaufbau von Mainz keineswegs unwichtigen Amt Räume wünschen, die wenigstens um einige Grade repräsentativer und der Arbeit dienlicher wären.

## Allgemeine Zeitung



Dies ist der Wanderpokal für das zur Zeit beste Spezial-Flugmodell Deutschlands. Ihm gewann wie bereits herichtet. Franz

nizschule. — Grundzüge betrieblicher Kalkulation und Preispolitik, 18.30 Uhr, Leibnizschule. — Französisch für Anfänger mit Vorkenntnissen (Rektor Buschendorf), 18.45 Uhr, Eisenbahndirektion, — „Arbeit und Leben“: Gutes Deutsch, 18.30 Uhr, Karmeliterschule.

**Samstag:** Botanische Einführung im Lehrgarten der Universität (Professor Dr. Weber), 15.30 Uhr, Botanisches Institut der Universität.

### Kulturelle Vorstan

**THEATER.** Dienstag, 20 Uhr (Neue Schaubühne), „Die respektvolle Dirne — Geschlossene Gesellschaft“; Mittwoch, 20 Uhr (B), „Der Tod des Handlungstreisenden“; Donnerstag, 20 Uhr (C), „Zwei Dutzend Rosen“; Freitag, 20 Uhr (Neue Schaubühne), „Die respektvolle Dirne — Geschlossene Gesellschaft“.

**FILME.** Filmpalast: „Das gibt es nur in Texas“; Regina: „Schwarzwaldmädel“; Capitol: „Der Bettelstudent“; Bären (Weisenau): „Sieben Jahre Pech“; Odeon (Gonsenheim): „Arabische Nächte“; Filmhöhne (Gonsenheim): „Mit Büchse und Lasso“; Zentral (Kastel): „Der Meineidbauer“.

### Hessisches Staatstheater Wiesbaden

**OPER.** Dienstag, 18.30 Uhr (B/1), „Tannhäuser“; Mittwoch, 18.30 Uhr (D/1), „Boris Godunow“; Donnerstag, 19.30 Uhr (C/2),

„Ball in Savoy“; Freitag, 19.30 Uhr (E/1), „Die Macht des Schicksals“.

**SCHAUSPIEL.** Mittwoch, 19.30 Uhr (Freilicht-Aufführung im Kurpark), „Ein Sommernachtstraum“.

### Wiesbadener Notizen

Es scheint sehr schwer zu sein, für Wiesbaden einen geeigneten Bürgermeister als Nachfolger für Herrn von Nathusius zu finden, der vor vielen Monaten nach Bonn berufen wurde. Die Schwierigkeiten bestehen u. a. darin, daß Männer von besonderen Qualitäten nicht allzu zahlreich sind, daß die Höhe eines Bürgermeister-Gehaltes nicht so sehr lockt, und daß die Parteien sich bisher auf einen Kandidaten nicht einigen konnten.

Um dem zunehmenden Straßenbettler-Unwesen Einhalt zu gebieten, unternahmen der Verband der Körperbeschädigten (VdK), Beamte der Kriminalpolizei und ein Offizier der amerikanischen Polizei einen Rundgang durch die Hauptgeschäftsstraßen der Stadt Wiesbaden. Der VdK steht auf dem Standpunkt, daß die Straßenbettler, von denen der größte Teil schwer kriegsversehrt ist, das Mitleid der Bevölkerung zu Unrecht ausnutzen. Jeder im Krieg Verwundete erhält eine Rente oder Unterstützung und kann durch den Verband in einer seinem Beruf entsprechende Arbeit eingewiesen werden.

## Fünfzig Kerzen brannten um die goldene „50“

Der Kasteler Jahrgang 1900 feierte Geburtstag

Für die Fünfzigjährigen in Kastel war am Sonntag ein hoher Feiertag. Er begann mit einem gemeinschaftlichen Gottesdienst beider Konfessionen. Diesem folgte sich auf dem Kasteler Friedhof

übergab den Geburtstagkindern ein Geschenk von zehn Flaschen edlen Weines. Nach weiteren Ansprachen des Jahrgangsangehörigen Alois Marx und des einzigen Lehrers der ehemaligen Schulkasse, Frenz, beglückwünschte auch der Kasteler Ortsvorsteher Franz Both die Geburtstagskinder. Gesang und begeisterte Musik der Clubkapelle untermauerte diesen ersten Teil des Programms.

Nach anschließendem gemeinsamen Nachessen rollte das dem Atlanta-Club übertragene Programm ab, das meisterhaft und mit einer reichen Fülle an Humor serviert wurde. Der Club hat mit der Zusammenstellung dieses Programms einen guten Griff in sein reiches Repertoire getan, was auch von der Jahrgangsgemeinschaft mit entsprechendem Beifall akzeptiert wurde. Zwischen durch wurde öfter das Tanzbein geschwungen und man stellte fest, daß auch die Fünfzigjährigen zum Samba- und Raspatanz noch lange nicht zu alt sind.

Noch lange nach Mitternacht war man in fröhlicher Runde zusammen, wobei manche netten Erinnerungen aus der gemeinsamen Jugendzeit ins Gedächtnis zurückgerufen wurden. Das Jahrgangsmitglied Hans Resch war der nimmermüde „Motor“ des Jahrgangs, der den überwiegenden Anteil an der Vorbereitung und Planung hatte.

Front. Nach der Pause versuchte der Gastgeber mit großem Einsatz dem Spielgeschehen eine andere Wendung zu geben, doch die gefährlichsten Torwürfe machte Werner im Tor unschädlich. Erst beim Stand von 8:6 legten die Kostheimer drei weitere Tore vor und ließen sich den Vorsprung nicht mehr nehmen. Am Schluß hätte der sonst gute Schiedsrichter Schubert (1817 Mainz) gegen die überharte Abwehr von Bauschheim schärfer eingreifen müssen. Die Torschützen von Kostheim: Ferdinand (5), Euter (3), Egelhoff (2) und Michel. -G

## Kostheim büßte d

Fußball auf dem

Recht knappe Ergebnisse und einige Überraschungen gab es in der Wiesbadener Bezirksklasse. Ein Spiel endete Unentschieden, drei mit je einem, und zwei mit je zwei Toren Unterschied. Der SV Kostheim, der vor Jahresfrist auf dem schmalen Eisenbacher Platz 0:3 verlor, büßte mit 2:2 den ersten Punkt ein und Schierstein 08 beim FV Biebrich 02 gar beide, indem es mit 1:3 die erste Niederlage erlitt. Mit 2:0 kam Germania Wiesbaden beim TuS Dotzheim zum ersten Sieg, dagegen gewannen die beiden Gastgeber Eltville bezwang

Manz / Coburg

Wenn er allzu lang wird, verliert auch der beste Roman an Spannung, und der interessanteste Stoff wird trocken und langweilig, wenn er allzu oft ausgedroschen wird. Darum wollen wir beileibe nicht zum xten Male auseinandersetzen, warum die Stadt Mainz ein Anrecht darauf hat, endlich wirklich Landeshauptstadt zu werden. Wir haben gestern noch die Argumente mitgeteilt, die Generalgouverneur Hettier de Boislambert darüber vorgebracht hat. Wir wollen hoffen, daß der Konflikt vermieden wird, der sich aus den gegensätzlichen Meinungen des Oberkommissars und des Landeskommisssars auf der einen Seite und des Ministerpräsidenten auf der anderen Seite über die Rechtsgültigkeit der viel zitierten Ordonnance 57 ergeben könnte. Wir wollen es mit diesem kurzen Hinweis auf die Vorgeschichte und die Hintergründe heute bewenden lassen. Wir müssen uns aber mit einer Seite der Angelegenheit befassen, die für jeden Außenstehenden zwar erheiternd wirken muß.

Als am Sonntagnachmittag die deutschen und französischen Herren den Bassenheimer Hof besichtigen wollten, scheiterte dieses Unterfangen zunächst an einer ebenso primitiven wie ausschlaggebenden Tatsache: Die Schlüssel waren nicht da, weil der Hausmeister nicht da war. Das gleiche ergab sich am Hause Maack. Im Telehaus mußte sich der Ministerpräsident des Landes mit dem französischen Landeskommisssar von einem Parkplatzwächter über einen Hinterhof und eine Hintertreppe in das Innere geleiten lassen, weil der Hauseingang verschlossen und auch hier kein Schlüssel da war. Auch im Woolworth-Gebäude mußte man hintenherum hineingehen.

Dabei war der Besuch der Herren keineswegs überraschend gekommen. Wir, die Presse, bekamen schon am Samstagvormittag einen Hinweis darauf. Als wir diese Kette peinlicher Pannen miterlebten, glaubten wir zunächst an tückische Zufälle. Aber dann erzählte uns der Ministerpräsident persönlich, daß es im Herbst bei der Besichtigung durch eine parlamentarische Delegation ganz ähnlich gewesen sei. Damals habe man nicht einmal daran gedacht gehabt, daß diese Delegation auch irgendwo zu Mittag essen mußte, so daß man in einem Restaurant übermäßig Zeit vertrödeln und warten mußte, ehe man in der Besichtigung fortfahren konnte.

Es läge nahe, an die Bemühungen zu erinnern, die seinerzeit Frankfurt und Bonn gemacht haben, als es darum ging, welche von den beiden Städten Sitz der Bundesregierung werden sollte. Aber weder im Herbst noch am Sonntag war die Mainzer Stadtverwaltung an der Vorbereitung des Besuches beteiligt. Vorgestern warteten zwei Beigeordnete den ganzen Sonntagnachmittag über sozusagen sprungbereit darauf, zu der Besichtigung wenigstens zugelassen zu werden. Man hatte der Stadtverwaltung noch nicht einmal offiziell mitgeteilt, daß der Besuch aus Koblenz komme, geschweige denn, daß man den Herrn Oberbürgermeister oder einen seiner Vertreter dazu eingeladen hätte. Die Stadt kann also nichts dafür, daß der Hausmeister eines der für die Landesregierung bestimmten Gebäude friedlich in der Badewanne saß, als die Koblenzer Gäste draußen im Schnee vor der Tür standen und auf den Hausschlüssel warteten.

Und auch die Generalbaudirektion konnte durch ihren Beauftragten nur mit den Achseln zucken und ihr Entsetzen zum Ausdruck bringen lassen, denn ihr war nur bekannt, daß die Anordnungen von anderer Seite getroffen wurden. Auch die Post, die für das Telehaus verantwortlich zeichnet, — überhaupt keine einzige, theoretisch in Betracht kommende Dienststelle in Mainz, war an der Fehlorganisation dieses Mainzer Besuches beteiligt, bei dem es um eine Angelegenheit geht, die für uns in Mainz aus den verschiedensten, oft genug erörterten Gründen hochbedeutend ist.

Dem Außenstehenden mag das erheiternd und grotesk erscheinen. Für uns in Mainz ist es aber ganz und gar nicht grotesk und erheiternd.

Wir wüßten gar zu gern, wer für diese peinlichen Pannen „verantwortlich“ ist. Wir möchten, daß, wenn noch einmal eine für Mainz so außerordentlich bedeutsame Angelegenheit durch den Besuch einer auswärtigen Abordnung geprüft werden soll, eine Mainzer Behörde oder wenigstens eine Mainzer Dienststelle mit der Organisation beauftragt wird, die sich dieser Aufgabe dann mit Liebe und Hingabe annimmt, die bei dem „Organisator“ der beiden Koblenzer Besuche offenbar kaum vorhanden gewesen ist.

## Rheingaustimmen

### Hauptversammlung der Turner

ERBACH. Zu ihrer Hauptversammlung hatte die Turngesellschaft ihre Mitglieder zusammengerufen. Der Vorsitzende Chr. Blumensatt gab einleitend einen Bericht über das Geschäftsjahr 1948 und dankte allen Mitgliedern für die rege Tätigkeit des letzten Jahres. Die Kasse war in Ordnung, und dem gesamten Vorstand wurde Entlastung erteilt. Die Wahl brachte folgendes Ergebnis: Vorsitzender Chr. Blumensatt, Vorsitzender Richard Kremer, Kassierer A. Herke, Schriftführer Franz Bienenstadt, Turnwart Johann Schmitt und Heinz Eger. Bä.

### Einer der Ältesten

ERBACH. Dieser Tage feierte einer unserer ältesten Einwohner, der Eisenbahner Johann Bouffier, seinen 83. Geburtstag in geistiger und körperlicher Frische. Bä.

### Beim Spielen schwer verunglückt

ERBACH. Beim Spielen zog sich der Junge Hansi Haßner eine Gehirnerschütterung zu. Ein Kamerad fasste den Knaben bei den Füßen und kreiste mit ihm, wobei er ihm aus den Händen rutschte und so unglücklich auf den Boden aufschlug, daß er mit einer schweren Gehirnerschütterung in das Eltviller Krankenhaus eingeliefert werden mußte. Bä.

### Laienspiel-Lehrgang

WINKEL. Ein Laienspiel-Lehrgang, an dem etwa 50 bis 60 Angehörige der konfessionellen Jugendverbände und der Pfadfinder aus Geisenheim, Winkel, Oestrich und Hallgarten teilnahmen, fand im „Goldenen Anker“ seinen Abschluß. Mit recht aktivem Interesse hatten sich die Jugendlichen von dem Aktionsleiter für Laienspiel in der Diözese Limburg, Rektor Send aus Bad Soden, in den Grundzügen des Laienspiels unterrichten lassen. Zum Schluß wurden die Teilnehmer in Theorie und Praxis in Unterhaltungsmöglichkeiten der Scharade und des Schnatenspiels eingeführt, und mit der Aufführung des Rüpelspiels „Der Bauer und sein Knecht“ fand der Lehrgang sein Ende. br.

### Vortragsreihe am 1. März

MITTELHEIM. Im Gasthaus „Zur Bohne-Supp“ veranstaltet die Weinbauschule Eltvilie in Zusammenarbeit mit der „ Vereinigung der Ehemaligen“ am 1. März eine Tagung, in deren Verlauf landwirtschaftliche, Weinbau- und Finanzexperten über Förderungsmaßnahmen der Landwirtschaft, die Weinbergsumlegung im Rheingau sowie Rechts- und Steuerfragen referieren werden. br.

### Mit dem Hammer niedergeschlagen

JOHANNISBERG. Im Ortsteil Gründ entstand zwischen Hauseinwohnern ein Streit, in dessen Verlauf einem Mann ein Hammer auf den Kopf geschlagen wurde, so daß er blutüberströmt und bewußtlos zusammenbrach. Der Arzt mußte zur Hilfe herbeigeholt werden. Kr.

### Erhöhte Verkehrssicherheit

JOHANNISBERG. Auf der Hauptverkehrsstraße durch Johannisberg im Kuhweg haben sich in den letzten Jahren infolge der schlechten Uebersicht an den Kurven wiederholt Unfälle ereignet. So ist jetzt wieder an der Hauptkurve ein Radfahrer, als er heimkehrenden Schulkindern ausweichen mußte, gestürzt und hat sich erhebliche Kopf- und Armverletzungen zugezogen, so daß er ärztliche Hilfe in Anspruch nehmen mußte. Durch Verbreiterung der Kurve, die die Gemeinde in Zusammenarbeit mit der Straßenverwaltung durchführt, wird nun in Kürze ein wichtiger Beitrag zur Verkehrssicherheit geleistet. Kr.

A. Z. 28.2.50. Nicht ernst zu nehmen

STAMZ, NL Oppenheim / 20,2 - 25

### Ein Koblenzer Angriff auf den Mainzer Oberbürgermeister

B. G. - Aus dem „Kurheim der Heimkehrer“ in Waldkatzenbach schreibt uns der Heimkehrer Heinz Ebersold:

„Vorerst im Namen unseres gesamten Kurheimes herzlichen Dank für die tägliche Zusendung der „Allgemeinen Zeitung“. Danach eine andere Angelegenheit. Ich übersende Ihnen hierbei einen Ausschnitt aus der Stadtausgabe einer Koblenzer Zeitung. Der Artikel heißt „Koalition Koblenz-Wiesbaden contra Mainz“. Das ist doch etwas zu starker Tabak. Ich konnte nicht umhin, darauf zu antworten, und ich glaube, daß es sehr angebracht sein wird, wenn sie diesen Artikel und eine Antwort darauf in einer Ihrer nächsten Ausgabe veröffentlichen werden.“

Nicht unserem eigenen Trieb folgend (der Koblenzer Artikel ist zu fragwürdig), als daß man gerne darauf eingehen möchte), sondern dem Wunsch der Heimkehrer entsprechend, machen wir zunächst einmal unsere Leser mit dem Koblenzer „Contra“ vertraut.

Neben einem Bild, das den Mainzer Oberbürgermeister Franz Stein in ruhiger Haltung in der Bütt zeigt, steht folgender Text: „Der Feind steht links (gemeint ist, wie man später sehen wird: linksrheinisch). Die Redaktion der A. Z., die Narrenkappe tarnt ihn nur unzulänglich. Auch als Brauereikutscher hätten wir ihn erkannt. Herr Oberbürgermeister Stein von Mainz sieht rot, wenn nur der Name „Koblenz“ fällt. Man weiß ja, warum. Von wegen Landeshauptstadt. Er soll sich nicht täuschen, Koblenz gestern, Koblenz heute und Koblenz morgen auch noch! Mit besonderer Betonung des Wörterhens „noch“.

Es wird Ihnen nicht gelingen, Herr Stein, im Trüben zu fischen. Auf die Fischerei verstehten sich die Koblenzer auch.

Koblenz wird sich stark machen. Ganz stark sogar. Es geht mit den Alliierten auf Sicherheit. Außerdem durch eine Koalition mit Wiesbaden. Auch dort heißt die Parole: „Achtung! Feind steht links.“ Linksrheinisch! Dort zwar nicht wegen der Landeshauptstadt, aber wegen der Vororte. Objektiv gehören ja die Vororte zu Mainz, aber subjektiv ist Wiesbaden dagegen. Und Koblenz auch, weil es keine Stärkung der gegnerischen Front befürworten kann. Diplomatie kennt keine Hemmungen und keine Grenzen, aber Mainz hat die seinen in den Festungswällen, die es nicht überschreiten soll.

Koblenz ist im übrigen bereit, mit Mainz einen diplomatischen Handel auszutragen. Wenn Mainz nicht mehr auf die Uebersiedlung der Landeshauptstadt plädiert, verzichtet Koblenz auf die Heranziehung des Mainzer Generalbaudirektors beim Wiederaufbau des Schlosses. Was meinen Sie dazu, Herr Stein . . . ?“ \*

Die Heimkehrer haben an diesen Artikel einige Verse gehängt, von denen wir den letzten hierbei setzen:

„Der Feind steht links — und er steht nicht rechts — in alter und heutiger Zeit. —

Der größte Feind — hier sei es gesagt — ist die Mißgunst, der Haß, und der Neid.“ \*

Die Freunde im Heimkehrerlager mögen es uns nicht übelnehmen, wenn wir ihnen sagen, daß sie den Koblenzer Erguß zu ernst nehmen. Er kann nicht ernst gemeint sein, zumal, wenn man bedenkt, wie beleidigend hier ein Mann angesprochen wird, bei dem man aus jedem seiner Worte und jeder Handlung spürt, wie sehr er — bei korrektester Haltung — um das Wohl einer Stadt bemüht ist, die ihn zu ihren treuesten Söhnen zählt; ein Mann, der sich in einem knappen Jahr auch die Wertschätzung der Bürger erworben hat, die nicht in seinem politischen Lager stehen.

Der Artikel kann auch nicht ernst genommen werden angesichts der Tatsache, daß umgekehrt bei uns dem Koblenzer Oberbürgermeister bescheinigt worden ist, wie sehr man hier versteht, daß er um die — auch bei uns gewürdigten — Koblenzer Interessen kämpft. Dabei sind hier nachdrücklich die guten menschlichen Eigenschaften des Koblenzer Oberbürgermeisters hervorgehoben worden.

Der Artikel des Koblenzer Blattes muß eine Fastnachts-Angelegenheit sein, obwohl das schwer zu erkennen ist, weil er inmitten von nüchternen Nachrichten und Betrachtungen aus dem Alltag steht. Es kann nicht anders sein. Allerdings erkennt man dann auch, wie grundverschieden doch die Auffassungen von Fastnacht und Humor in Mainz und Koblenz sind. In Mainz kennt man jedenfalls auch in der Fasnet keinen Neid und keine Verunglimpfungen einer Person, die min in einer Sache oder im politischen Leben zum Gegner hat. Man denke im übrigen daran, mit welchem Humor die Frage „Koblenz oder Mainz“ im Mainzer Rosenmontagszug behandelt worden ist („Tauen-ziehen-Straße“ und „Einzug der Minister“). Hier konnte selbst ein Koblenzer Betrachter herzlich mitlachen.

Einen Gruß den Heimkehrern in Waldkatzenbach!

## Neue Tel

### Folgende Firmen,

I n e n b e h	 <b>URBACH, Josef</b> Seilerei, Garn- u. Bindfaden-Großhandlung. Seilergasse 8/10 7-754
	<b>Carl Utz</b> Kraftfahrzeugverkauf 

Rot-Weiß Walldorf	16	30:14	24: 8
Oberroden	14	34:17	19: 9
Dieburg	15	33:25	19:11
Wixhausen	15	33:32	18:12
Vikt. Überbach	15	27:16	17:13
Erbach	16	27:44	15:17
Egelsbach	15	25:24	14:16
KSV Überbach	14	25:28	13:15
Bischofsheim	16	28:32	12:20
Münster	14	27:36	11:17
Mörfelden	14	21:37	9:19
Trebur	12	16:31	5:19

In der Bezirksklasse Darmstadt II konnten am Sonntag vier Spiele regulär durchgeführt werden. Dabei überrascht der klare 4:1-Sieg des Tabellenführers Walldorf in Mörfelden. Wixhausen wurde in Münster mit 6:1 überfahren. Wer aber die Rivalitätsverhältnisse zwischen den Mannschaften des Rodgaues und der Darmstädter Ecke kennt, wird das nicht einmal als Überraschung ansehen. Wixhausen ist damit aus der Meisterschaft ausgeschaltet, auf die aber noch Oberroden (das in Engelbach beim Spielabbruch mit 0:1 in Rück-

er aurgenoßt worden. Das Treffen Viktoria Urberach-Trebur fiel aus.

In der Gruppe I spielten: Bensheim-Lampertheim 3:4, Pfungstadt-Lorsch 2:2, Oberramstadt-Roßdorf 3:0. Lampertheim hat durch seinen Sieg und den Lorscher Punktverlust wieder Vorsprung erhalten.

### Brutscher siegte in Bischofshofen

Sepp Weiler stürzte

**Bischofshofen.** (dpa) Mit einem dreifachen deutschen Erfolg endete am Sonntag das internationale Skispringen in Bischofshofen (Salzburg). Sieger wurde Toni Brutscher mit Sprüngen von 90 und 93 Metern von Dengg mit 84 und 94 Metern und Altmeister Rudi Gehring mit 89 und 83 Metern. An vierter Stelle kam als erster Oesterreicher Exweltmeister Sepp Bradl mit 87 und 85 Metern. Der deutsche Meister Sepp Weiler war vom Pech verfolgt. Der Oberstdorfer stürzte beim ersten Durchgang bei 88 Metern, das „Fliegen“ gewann Sepp Bradl mit 100 Metern.

# in Stadt und Land

1., 30. Januar, 3., 10., 15. und 18. Februar

## den neuen Anschlüssen zu erreichen:

Theodor  
serei  
Neckarstraße 14  
**7-836**

Württembergische Metallwarenfabrik  
Niederlage Mainz  
Gutenbergplatz 1 / (Ecke Ludwigstraße)  
**7-813**

z-Anstrich  
**Karl**  
eister  
aße 11  
**7-119**

**Z**  
**MÖBEL-ZAHN**  
MAINZ  
Taknheimerstraße 6 Am Graben

**GAAB, Anton**  
Mechanikermeister - Büromaschinen  
u. Reparaturwerkstätte Uhlandstr. 7  
**7-301**

**HARTMANN, Hans**  
Spezialgeschäft für Isolierungen  
Kälte-, Wärme-, Schallschutz  
Mainz, GFZ-Kaserne

**7-474**

**HETZEL - WOLF**  
AUTO-VERMIETUNG  
Mainz Feldbergstraße 6  
**7-540**

**Hochhaus, Peter**  
Fahrschule - Omnibusbetrieb  
MAINZ Schulstraße 9  
(Schillerschule)

**7-130**

**JACOBY, Rudolf**  
Rechtsanwalt  
MAINZ Hafenstraße 15  
**7-271**

A u f h e b e n

A u s

Dienstag, 28. Februar 1950

## Der Umzug vor dem Ministerrat

Erneute Befragung des Ältestenrates **N.Z. 25.2.50.**

Wohnzwecke vorgesehenen Räume ausreichend seien, demnach nicht gefäßt worden.

Wie nachträglich dazu bekannt wird, hat der französische Landeskommisar Hettier de Boislambert anlässlich einer Pressebesprechung in Mainz erklärt, das alliierte militärische Sicherheitsamt werde wahrscheinlich am 1. Juli in Koblenz einziehen. Er glaubt, daß die Landesregierung bis zu diesem Zeitpunkt nach Mainz umgezogen sein werde.

Der Ministerrat hat sich weiterhin mit einer jetzt eingetroffenen Verordnung der Bundesregierung beschäftigt, nach der auf Grund des Artikels 132 des Grundgesetzes alle nicht geeigneten Beamte und Angestellte des öffentlichen Dienstes zu entlassen seien, wobei ihnen die entsprechende Verfügung bis zum 7. März 1950 zugestellt werden müsse (siehe „Allgemeine Zeitung“ vom Montag). Die Landesregierung werde, so teilte Ministerpräsident Altmeier mit, die Möglichkeiten der Anwendung prüfen. Es bestehe allerdings kein Zweifel darüber, daß der Termin zu kurz sei, vor allem, weil der Ministerrat es als selbstverständlich erachte, daß jeder von dieser Maßnahme betroffene Beamte oder Angestellte zuerst einmal persönlich gehört werden müsse.

Weiterhin sind Finanzierungsfragen im Rahmen des Landesstocks für den Wiederaufbau von innerhalb der „Roten Zone“ zerstörten Eisenbahnlinien in der Eifel erörtert worden.

**bb. Koblenz**, 27. Februar. (Eigener Drahtbericht.) Der Ministerrat von Rheinland-Pfalz hat sich am Montag unter anderem mit der Frage des Umzugs der Landesregierung von Koblenz nach Mainz beschäftigt. Wie Ministerpräsident Altmeier in einer Pressebesprechung mitteilte, müsse diese Angelegenheit von einem technischen und einem politischen Gesichtspunkt gesehen werden. Ministerpräsident Altmeier wies darauf hin, daß hinsichtlich der politischen Seite die Auffassungen des Generaldelegierten Hettier de Boislambert und seine eigenen, wie unter anderem auch in der „Allgemeinen Zeitung“ vom Montag angedeutet worden sei, auseinandergegangen. Der Ministerrat sei schließlich zur Auffassung gekommen, die Frage des Umganges erneut am Mittwoch dem Ältestenrat des Landtages zu unterbreiten. Der Ältestenrat könne dann nach Anhören der Landesregierung einen Beschuß fassen, ob die Angelegenheit schon jetzt wieder vor den Landtag gebracht werden solle oder nicht.

Die Staatskanzlei hatte bereits am Montagvormittag eine Erklärung veröffentlicht, nach der sich unter anderem schon bei der Besichtigung der Unterbringungsmöglichkeiten in Mainz am Sonntag ergeben habe, daß im bundesposteigenen Telehaus „bei weitem nicht die Räume zur Verfügung ständen, die vorgesehen gewesen seien“. Auch die derzeitigen Barackenbüroräume der Generalbaudirektion Mainz könnten nur für eine vorübergehende, nicht aber für eine dauernde Aufnahme eines Ministeriums ins Auge gefaßt werden. Die Mitteilung über 392 Büroräume in Mainz könne nur dann verwirklicht werden, wenn zum Beispiel im Bassenheimer Hof größere Zimmer durch bauliche Veränderungen aufgeteilt würden.

Die wohnlichen Voraussetzungen seien bei der Besichtigung am Sonntag nicht geprüft und Beschlüsse über die Frage, ob die für

Dienstag, 28. Februar 1950

## Unwirtschaftliches Gesetz?

b Der Arbeitsausschuß der Bauwirtschaft, der sämtliche Spitzenorganisationen der Bauindustrie, des Bauhandwerks, des Bau- und Baugewerbes, der Baustoff-Industrie und des Baustoffhandels umfaßt, hat auf einer Tagung in Königstein im Taunus erhebliche Bedenken gegen den Entwurf des ersten Wohnungsbau-Gesetzes angemeldet und zahlreiche Verbesserungsvorschläge an die Bundesregierung geleitet. Vor allem wurde bemängelt, daß bis Ende Februar die Verabschiedung des Gesetzes noch nicht vorgenommen worden ist, so daß befürchtet werden muß, daß die Bautätigkeit gänzlich zum Erliegen kommt. Es müßte daher sicher gestellt werden, daß bis zum Inkrafttreten des neuen Gesetzes nach den alten Vorschriften weitergebaut werden kann. Vor allem müßten die vorhandenen Länderräume solange hinübergezogen werden.

Die Bauwirtschaft glaubt, daß in dem Regierungsentwurf die Notwendigkeit einheitlicher Maßnahmen zur echten Senkung der Baukosten nicht genügend stark zum Ausdruck gekommen ist. Der Bundesrat hat

## Landtechnik - ein geistiges Problem

Die Wintertagung der deutschen Landwirtschaftsgesellschaft, die vom 28. Februar bis 3. März in Wiesbaden stattfindet, stellt Fragen der Erzeugungssteigerung und der Rationalisierung der Landwirtschaft in den Vordergrund. Unter solchen Gesichtspunkten dürfte der folgende Artikel besonderes Interesse beanspruchen.

JK. Zu den großen entscheidenden

Rechtsvorschriften der Bundesregierung auf diesem Gebiet abgelehnt und diese den Ländern vorbehalten. Nach Ansicht der Bauwirtschaft ist es aber notwendig, für die ganze Bundesrepublik nach einheitlichen Richtlinien zu bauen. Es ist nach Ansicht der Bauwirtschaft fragwürdig, die Baukosten je Kubikmeter umbauten Raumes als einzigen Preismaßstab zu betrachten. Die örtlichen Bahn- und Frachtverhältnisse, die Art, Form und Größe des Gebäudes, die Art der Einrichtung und Ausstattung und die Baustoffe und Bauarten sind so unterschiedlich, daß ein festgesetzter Kubikmeter-Preis statt zu einer Verbilligung, eher zu einer Versteuerung des Bauens führen könnte. Der Maßstab des Kubikmeterpreises zwingt geradezu nach Ansicht der Bauwirtschaft zu unwirtschaftlichen Geschosshöhen und Wohnungsrößen. Die Bauwirtschaft schlägt ferner die unverzügliche Bildung eines Forschungsbeirates beim Bundesministerium für den Wohnungsbau vor. Dieser soll die Bauforschung lenken und Fragen der wirtschaftlichen und technischen Verbesserung von Baumentoden, Bauelementen und Bauarten überprüfen. In dem Beirat sollten 15 namhafte Fachleute vertreten sein.

strukturen; wir ringen nicht um Höchsterträge je Arbeitskraft, sondern um hohe Durchschnittsleistungen je Flächeneinheit. Während in den Vereinigten Staaten der Schwerpunkt der Produktionskraft auf den Betrieben über 40 und besonders über 60 ha ruht, fallen im Gebiet der Bundesrepublik 88,3 v. H. aller Betriebe auf die Größenklassen unter 50 ha, davon allein 63,2 v. H. auf die Größenklassen unter 20 ha. Verkleinerte Lösungen bei der Konstruktion von Landmaschinen führen nicht zu dem erstrebenswerten Ziel. Den Bauernbetrieben fehlt die Weiträumigkeit, die den Farmen eigen ist. Die Boden- und Klimaverhältnisse, die Betriebsgestaltung sowie die Siedlungs- und Bauformen sind anders. Ein großer Teil des Landes liegt in hügeligem Gelände. Das alles spielt bei der Maschinenkonstruktion eine Rolle.

Freitag, 3. März 1950

## Der Aeltestenrat zu Mainz

A.Z. 3.3.50. Besondere Wünsche für die Übersiedlung

bb. Koblenz, 2. März. (Eigener Drahtbericht.) Der Aeltestenrat des Landtages hat in der Nacht zum Donnerstag einen Bericht des Ministerpräsidenten Altmeier über die Frage der Landeshauptstadt entgegengenommen und dabei den Antrag der Landesregierung auf Aufhebung der Ordonnance 57, der die deutsche Entscheidungsfreiheit sicherstellen soll, gebilligt.

Der Aeltestenrat vertrat den Standpunkt, daß die Frage der Ordonnance 57 an sich nicht von entscheidender Bedeutung sei. Eine zwangsweise Ueberführung der Landesregierung von Koblenz nach Mainz werde wohl auch von der Besatzungsmacht im Jahre 1950 ernsthaft nicht mehr erwogen werden.

Der Aeltestenrat des Landtags habe, so wird in einem Communiqué mitgeteilt, das Problem der Landeshauptstadt ohne Rücksicht auf die Frage der Zuständigkeit nach rein sachlichen Gesichtspunkten geprüft. Die Errichtung des alliierten Sicherheitsamtes in Koblenz habe eine neue Lage geschaffen. Diese Veränderung der Verhältnisse bringe die Frage einer etwaigen Verlegung des Regierungssitzes von Koblenz nach Mainz in ein akutes Stadium.

Die Landesregierung werde daher beauftragt, die technischen Voraussetzungen für die Uebersiedlung der Regierung und des Parlaments nach Mainz abschließend klarzustellen. Sie solle insbesondere mit der

Stadt Mainz eine Vereinbarung treffen, daß für den Fall der Uebersiedlung das Kurfürstliche Schloß dem Lande Rheinland-Pfalz für die Unterbringung des Parlamentes und sonstiger Dienststellen als Eigentum übereignet werde. Ferner wurde die Landesregierung beauftragt, mit dem französischen Landeskommisariat feste Vereinbarungen zu treffen, durch die in genügendem Umfang Wohn- und Büroräume, darunter auch das frühere Gebäude der Mainzer Industrie- und Handelskammer, für deutsche Zwecke sichergestellt werden.

Sobald diese Vorfragen geklärt seien, werde der Aeltestenrat sich erneut mit der Angelegenheit befassen.

\*

Mainz, 2. März. (Eigener Bericht.) Wie wir von unterrichteter Seite erfahren, hat die Stadtratsfraktion der Christlich-Demokratischen Union eine außerordentliche Stadtratsitzung für Montag, den 6. März, wegen der Frage der Umsiedlung der Landesregierung nach Mainz beantragt.

## ALLGEMEINE ZEITUNG

## Volle Rentenumstellung

HR Der vor dem Landgericht Köln verhandelte Klageantrag eines bei einer Firmen-Pensionskasse zwangsversicherten Redakteurs ist zugunsten des Klägers entschieden worden. Zum ersten Male hat hier ein Gericht zur Frage der Umstellung bei obligatorisch Versicherten Stellung genommen. Insofern hat das Urteil grundsätzliche Bedeutung. Das Gericht ist davon ausgegangen, daß infolge des Zwanges, dem alle Angestellten der Kasse unterlagen, ein Sozialversicherungsverhältnis begründet war, unbekümmert um die Rechtsform der Versorgungseinrichtung. Demgemäß hat das Gericht zugunsten einer Rentenumstellung im Verhältnis 1:1 entschieden.

Das Gericht kommt zu dem Schluß, daß der in der Versicherungspflicht und der anteilmäßigen Beitragszahlung durch Arbeitgeber und Arbeitnehmer zum Ausdruck kommende Zwang kennzeichnend sei für das im öffentlichen Interesse begründete Sozialversicherungsverhältnis. Für die unter Zwang angeschlossenen Kassenmitglieder erfüllte die beklagte Versorgungskasse die gleichen Aufgaben wie die Sozialversicherung. Dem Kläger gegenüber hat sie obendrein durch Vertrag die Aufgaben der Versorgungsanstalt der deutschen Presse, bei der der Kläger andernfalls versicherungspflichtig gewe-

sen wäre, übernommen. Somit kommt das Vorliegen eines durch freien Willensentschluß beider Vertragsteile zustandegebrachten Versicherungsverhältnisses nicht in Betracht. Der Zwang aber stempelt es zu einem Rechtsverhältnis öffentlich-rechtlicher, sozialer Art. Dabei sei die Rechtsform der Beklagten für die rechtliche Beurteilung des zwischen den Parteien streitigen Versicherungsverhältnisses ohne entscheidenden Einfluß. Daß die Versorgungsanstalt der deutschen Presse ihre Leistungen auf ein Zehntel umstelle, sei für die Beurteilung unerheblich. Angesichts der noch unklaren Rechtslage sei ihre Handlungsweise zwar verständlich, aber nicht gerechtfertigt. Es könne auch nicht geltend gemacht werden, daß das Vermögen der Beklagten durch die Währungsreform zusammengeschmolzen sei. Hiervom waren auch, woran die Entscheidung erinnert, die eigentlichen Träger der Sozialversicherung nicht ausgenommen.

Wenn es schon eine große soziale Härte bedeute, private Rentenversicherungen, soweit sie Versorgungscharakter haben, nur 10:1 umzustellen, so könne diese Abwertung nicht in den Fällen in Betracht gezogen werden, in denen der „Versicherungsnehmer“ zum Beitritt gezwungen war. Nach alledem habe die Beklagte als Ersatzträgerin der Sozialversicherung zu gelten, die Rente somit gemäß § 23 des Umstellungsgesetzes im Verhältnis 1:1 umzustellen.

Donnerstag, 2. März 1950

## Um die Ordonnance 57

A.Z.  
2.3.50

## Keinerlei Vorentscheidung gegen Mainz?

bb. Koblenz, 1. März. (Eigener Drahtbericht.) Die Landesregierung hat am Mittwochabend beim französischen Landeskommisar den Antrag gestellt, den Artikel 2, Absatz 1 der Verordnung Nr. 57 wodurch Mainz zur Landeshauptstadt erklärt worden ist, aufzuheben. Dieser Aufhebungsantrag stützt sich auf Ziffer 7c des Besatzungsstatutes und wurde wie folgt begründet:

„Angesichts der Fortentwicklung des Verhältnisses zwischen Besetzungsbehörden und deutschen Behörden dürfte die Frage der Bestimmung der Landeshauptstadt nunmehr als eine deutsche Angelegenheit zu betrachten sein. Diesem Standpunkt haben die alliierten Oberkommissare auch bei der Wahl der Bundeshauptstadt Rechnung getragen, indem sie die Entscheidung vollkommen den zuständigen deutschen Stellen überlassen haben. Es wäre zweifellos für die deutschen Stellen erwünscht, wenn sie ebenso hinsichtlich der Bestimmung der endgültigen Landeshauptstadt von Rheinland-Pfalz durch Aufhebung des Artikels 2, Absatz 1 der Verordnung Nr. 57 freie Hand erhielten.“

Die Landesregierung betont, daß mit der Stellung dieses Antrages keinerlei Vorentscheidungen gegen Mainz getroffen würden, sondern lediglich die freie Entscheidung auf der deutschen Ebene gewährleistet werden solle.

Zur Frage Koblenz—Mainz erfährt der Vertreter der Allgemeinen Zeitung, daß die meisten der Abgeordneten des Landtages geneigt seien, das Problem — kurz gesagt — unter dem Motto zu sehen: „Wer kann, das bezahlen, wer hat das bestellt?“ Mit dieser zwar karnevalistischen Formulierung komme doch treffend zum Ausdruck, daß man eben Herr im eigenen Haus bei voller Entscheidungsfreiheit sein wolle.

## ALLGEMEINE ZEITUNG

**Neo-Schachtismus?**

J. E. Wenn der Kieler Professor Baade bei einer öffentlichen Veranstaltung spricht, kann man immer sicher sein, daß man wieder ein paar neue Gedanken zu hören bekommt. Auch die Zuhörer Baades bei der Eröffnung der Wintertagung der Deutschen Landwirtschafts-Gesellschaft wurden nicht enttäuscht. Das gilt besonders von seinen ebenso scharfen wie scharfsinnigen Bemerkungen über die alliierte Kritik an der deutschen Wirtschaftspolitik. Baade sagte, was uns jetzt von alliierter Seite empfohlen werde, sei das Gegenteil von dem, was man uns noch vor kurzem zu tun nahegelegt hatte. Kein anderes Land habe sich so bemüht, die Empfehlungen des Marshallplan-Administrators Paul Hoffman zu verwirklichen. Angesichts der voraussehbaren Importwelle werfe man uns nun Verschwendug vor. Es sei ohnehin schon eine schwere Hypothek für den Welthandel, daß England eine „geplante Bedürfnislosigkeit“ treibe; es sei grundfalsch, uns das gleiche zu empfehlen. Die alliierten Kritiker, so sagte Baade, verkennen völlig die traditionelle Form des europäischen Handels. Wer europäischen Han-

das gleiche, als wenn man im Juni sage: „Mein Gott ist das heiß, wie heiß wird es erst zu Weihnachten sein!“ Das Wachstum des Außenhandels sei immer in Wellenbewegungen vor sich gegangen. Unserer Importwelle werde Exportwelle folgen. Die Unterscheidung von „Essentials“ und „Non-Essentials“ bedeute das Ende des Europahandels. Was uns jetzt von alliierter Seite empfohlen werde, sei nichts anderes als eine geplante Dürftigkeit, die man nur als „Neo-Schachtismus“ bezeichnen kann. Es sei aber eine höchst bedenkliche Empfehlung, zumal wenn man berücksichtige, daß wir — wie bereits bewiesen — durchaus mit einem solchen System fertig werden würden, wenngleich es heute von uns nicht gewünscht werde. Der Weg zu einer europäischen Wirtschaft sei die weitaus bessere Lösung.

In der anschließenden Diskussion griff ein Sprecher der Besatzungsmacht das Wort vom „Neo-Schachtismus“ auf und betonte, man wende sich nur gegen die Einfuhr von — wie er so nett in gebrochenem Deutsch sagte — „Truthahn-Brüsten“ und ähnlichem. Man hatte aus dieser Aeußerung wieder den Eindruck, daß die Bewertung und Auslegung der alli-

Mittwoch, 1. März 1950

**Der Landtag soll entscheiden**

**Bedenken wegen des Umzuges der Landesregierung nach Mainz**

Koblenz, 28. Februar. (dpa) Im Zusammenhang mit den Erklärungen des französischen Landeskommisars Hettier de Boislambert vom 26. Februar über den Umzug der rheinisch-pfälzischen Landesregierung nach Mainz wird der Deutschen Presseagentur von maßgebender Stelle erklärt, die bisher sehr gründlichen Ermittlungen seitens der Landesregierung hätten ergeben, daß die in Mainz erstellten und von der französischen Besatzung freigegebenen Wohnungen nach Art und Mietpreis für den Umzug der Beamten und Angestellten der Landesregierung nicht geeignet seien. Es stünden außer einem einzigen landeseigenen Gebäude, das nur die Staatskanzlei und die mit ihr zusammenhängenden Büros aufzunehmen vermöge, landeseigene Gebäude nicht zur Verfügung, es sei denn, daß Ministerien einstweilen in Baracken untergebracht werden. Man könne nicht annehmen, daß die Landesregierung eine dertartige Brückierung ohne Verlust ihres Ansehens in der Bevölkerung hinnehmen könnte.

Was den Raumbedarf des militärischen Sicherheitsamtes in Koblenz betreffe, so sei dieser bekannt und werde durch ein bereits im Anlaufen befindliches Bauprogramm aufgefangen werden. Verlasse die Landesregierung Koblenz, so würden darüber hinaus die Truppen, deren Unterbringung laut Erklärung des französischen Landeskommisars vom 26. Februar andernfalls für Mainz vorgesehen sei, zusätzlich in Koblenz untergebracht werden müssen. Es würden dann schwerste Belastungen für Koblenz eintreten, ohne daß die bisher aus der Anwesenheit der Landesregierung resultierenden Ausgleichsvorteile noch zur Verfügung ständen.

Ein besonderes Problem sei die Kostenfrage. Irgendwelche Mittel für den Umzug der Landesregierung nach Mainz seien bisher vom Landtag nicht bewilligt worden, auch nicht für die Errichtung von Dienst- und Wohngebäuden für die Landesregierung in Mainz.

Der in Mainz vorhandene Wohnraum bestehe, soweit es sich nicht um räumlich und wegen der Höhe ihres Mietpreises ungeeignete Holzhäuser handle, die in großem Umfange auf Drängen der Besatzungsmacht errichtet werden mußten, aus Wohnungen, die von der Besatzungsmacht beschlagnahmt worden seien. Es sei mehr als zweifelhaft, ob diese Wohnungen ohne gesetzliche Grundlage etwa von deutschen Beamten in Anspruch genommen werden könnten. Es müßte auch ungünstige politische Auswirkungen haben, wenn die Wohnungsbeschaffung für deutsche Regierungsangehörige letzten Endes durch Beschlagsnahme der Besatzungsmacht zum Nachteil der übrigen Bevölkerung erfolge.

Es werde Sache des Landtages sein, zu dieser Lage klar und abschließend Stellung

zu nehmen. Ein Ausweichen vor dieser Entscheidung müßte bei einer kommenden Neuwahl die jetzt im Landtag vertretenen Parteien der Gefahr schwerer Rückschläge aussetzen.

Abschließend wurde in der Stellungnahme betont, es sei wirklich die Frage, ob das Land Rheinland-Pfalz ein Gebilde rein nach französischem Wunsch und Willen darstelle oder ob in ihm die Interessen der eigenen Bevölkerung sich ungehindert Geltung verschaffen könnten.

Lager, um die störsamen Abforderungen der Bauindustrie, die im Frühjahr einzusetzen werden, befriedigen zu können. Die Freigabe von 600 Millionen DM Investitionskrediten aus dem Gegenwertfonds und die beabsichtigte Freistellung weiterer 1150 Millionen DM bis in den Sommer hinein, allgemein stabile Preise, die es wieder risikofreier machen, vorzudiskutieren — alles das steht dahinter.

Der hier aufgezeigte Optimismus aber hat eine Kehrseite. Wir erzeugen monat-

ist durch die Tatsachen widerlegt worden.

Es stehen aber den deutschen Anstrengungen, einmal durch Investitionen Arbeitsplätze zu beschaffen und zum zweiten durch Stahlexport die Dollars zu verdienen, die zur Bezahlung der Importe notwendig sind und das alliierte Sicherheitsbedürfnis gegenüber, die Stahlproduktion so niedrig wie möglich zu halten. Nicht nur Deutsche, auch neutrale Ausländer fragen sich, wie man mit einer schematisch festgelegten Stahlerzeugungsgrenze Sicherheit erhält. Man weiß, daß Deutschland 1928, also unter rein friedensmäßigen Bedingungen weit über 15 Millionen Tonnen Stahl erzeugt hat, zu einer Zeit also, da es keinen Nachholbedarf an kriegszerstörten Wohnungen oder demontierten Fabriken gab. Zudem gibt es eine Ruhrbehörde und ein alliertes Sicherheitsamt, die beide keine andere Aufgabe haben, als zu kontrollieren, daß nicht der deutsche Stahl in Kanäle fließt, die irgendwie etwas mit Rüstungsproduktion zu tun haben könnten.

Hinzu kommt noch, daß das Memorandum der Oberkommissare der westdeutschen Regierung vorwirft, die ERP-Dollars wanderten nur durch den Magen, und die Deutschen verständen nicht zu arbeiten. Was soll man nun auf diesen Vorwurf noch antworten? Können doch nur gut ernährte Menschen eine gute Arbeit leisten. Daß man in Deutschland arbeiten will, beweist die Stahlproduktionsziffer. Ob wir weiter arbeiten dürfen, müssen die Verhandlungen um die Revision der zugestandenen Stahlkapazität ergeben.

## Steuerstreik

Erg Strickrodt, Hannover

Führung durch eine Streikleitung und die strikte Streikdisziplin, da erst massenhaftes Handeln zur Lahmlegung des Gegners führen kann. Herr Professor Giese meint, daß diese Streikmaßnahmen nicht strafbar und also erlaubt seien. Wie weit er dabei den äußersten, jedoch

A.Z. 33.50.

**E.D.** Vom Landtagsabgeordneten Herrn Josef Schlick erhalten wir zu der Auseinandersetzung über die Frage der Landeshauptstadt von Rheinland-Pfalz eine längere Zuschrift, aus der wir die zwei wichtigsten Punkte herausgreifen und beantworten wollen, da sie ein allgemeines Interesse beanspruchen.

1. Warum hat die Landesregierung erst jetzt einen Antrag auf Aufhebung der Ordonnanz 57 des Generals Koenig, die Mainz zur Landeshauptstadt erklärt, beim französischen Oberkommissar gestellt? Sie hat drei Jahre dazu Zeit gehabt. Sie hat es nicht getan. Der letzte Moment wäre gegeben gewesen, ehe das Besatzungsstatut im vergangenen Jahr in Kraft trat. Auch den hat sie verpaßt. Wenn der Antrag jetzt gestellt wird, dann hat der französische Oberkommissar allein darüber gar nicht mehr zu entscheiden. Heute sind die drei Oberkommissare Frankreichs, Englands und Amerikas dafür zuständig und müssen darüber in einem einmütigen Beschuß entscheiden. Eine einhellige Zustimmung zu der Aufhebung dieser Ordonnanz ist aber mehr als unwahrscheinlich, weil diese Ordonnanz, das heißt die bevorstehende Übersiedlung der Landesregierung von Koblenz nach Mainz, die Voraussetzung für ihren Beschuß war, das militärische Sicherheitsamt der Alliierten nach Koblenz zu verlegen.

2. Der Abgeordnete Schlick meint, daß der böse Wille kaum bei den Koblenzern gelegen haben könne, wenn man auf die Ankündigung des Besuches der Herren Hettier de Boislambert, Altmeyer und Haberer in Mainz so schwach reagiert habe. Vielfach sei daher die Meinung aufgetreten, daß man in Mainz die Regierung gar nicht wolle. Wie liegen die Dinge? Am Freitag vergangener Woche erschien der Chef der Staatskanzlei, Staatsminister Haberer beim Regierungspräsidenten in Mainz, um ihm im Laufe eines Gespräches nebenbei mitzuteilen, daß am kommenden Sonnagnachmittag, drei Uhr, die Herren nach Mainz kommen würden. Von einer beabsichtigten Besichtigung der für die Landesregierung in Frage kommenden Räume wurde nicht gesprochen. Die Frage des Regierungspräsidenten, ob er den bevorstehenden Besuch auch dem Oberbürgermeister der Stadt Mainz mitteilen solle, wurde bejahend beantwortet. Infolgedessen hielt sowohl das Regierungspräsidium wie auch die Stadtverwaltung leitende Persönlichkeiten als Fachreferenten während des Sonntags in Bereitschaft. Sie wurden jedoch nicht in Anspruch genommen. Die Stadtverwaltung wurde auch nicht, vor und während des Besuches, zu einer Teilnahme daran aufgefordert.

Für den gesunden Menschenverstand bleiben angesichts dieser Tatsachen nur zwei Möglichkeiten offen: Entweder handelte es sich bei der Vorbereitung dieses Besuches um einen Schildbürgerstreich, um eine völlige organisatorische Verständnislosigkeit, denn schließlich wäre ja wohl die erste Voraussetzung für ein wichtiges sachliches Ergebnis des Besuches gewesen, daß die Vertreter der Stadt, die über alle Verhältnisse orientiert waren,

StAMZ, NL Oppenheim / 20,2 - 30 den Besuchern alle vorhandenen Raummöglichkeiten gezeigt und entsprechende Aufklärungen darüber gegeben hätten. Oder man wollte in Koblenz gar nicht sachlich und einwandfrei aufgeklärt werden, man wollte sich, ohne jede Führung, ein bloßes Zufallsbild schaffen, um dann nachher sagen zu können: das, was wir in Mainz gesehen haben, ist völlig unzureichend für die Unterbringung der Landesregierung und ihrer Beamten.

Wir sind so höflich, den Koblenzer Herren a) diesen Schildbürgerstreich nicht zuzutun zu wollen. Wir haben b) eine zu hohe Meinung von ihrem Charakter als Menschen und Politiker, um ihnen die andere Alternative zu unterstellen.

Was aber dann? Im allgemeinen pflegen die Leser, wenn sie in einer Sache nicht ein noch aus wissen, sich an die Zeitung als Ratgeber zu wenden. Wir müssen es umgekehrt machen. Wir fragen den Leser: Was denkst du darüber?

Der Aeltestenausschuß des Landtages von Rheinland-Pfalz hat drei Bedingungen an die Übersiedlung von Koblenz nach Mainz geknüpft. Drei Bedingungen, von denen mindestens zwei die Tür zu knallen. Die erste ist die Aufhebung der Ordonnanz 57. Die Antwort ist oben gegeben worden. Die zweite ist: Die Räumung des Mainzer Gebäudes der Indu-

stricke und Handelskammer von der französischen Sicherheitspolizei. Wir möchten wünschen und hoffen, daß dieser Voraussetzung von den Franzosen Rechnung getragen werden wird. Die dritte ist das Verlangen, daß die Stadt Mainz das Kurfürstliche Schloß dem Staat für seine Zwecke schenkt. Wenn man weiß, daß der Landtag seit Jahr und Tag in einem privaten Vereinshause in Koblenz tagt, ohne daran bisher auch nur im geringsten Anstoß genommen zu haben, so muß es überraschen, daß er sich jetzt noch nicht einmal damit begnügen will, ein Grundstück, das im Besitz der Stadt, also einer öffentlichen Verwaltung ist, zu beziehen. Er will es geschenkt haben von einer Gemeinde, die unter allen Gemeinden des Landes Rheinland-Pfalz am schwersten unter dem Kriege gelitten, die außerordentliche Gelder unter den größten Selbstopfern in den Wiederaufbau des Schlosses gesteckt hat, und die nicht weiß, wie sie weiter die Gelder für die dringendsten kommunalpolitischen Erfordernisse aufbringen soll. Mit anderen Worten, auch aus diesem Beschuß des Aeltestenrates hört der andere immer nur das Nein. Aber die Herren mögen versichert sein, daß letztlich die Verhältnisse doch stärker sein werden als dieses nahezu unerträglich werdende Herumreden und Herum-Nichthandeln, das der Autorität des Ministeriums und des Landtages wahrlich nicht gerade dient.

## Nicht mehr geheim

\*\*\* Die Mißstimmung, die bei weiten Bevölkerungskreisen zum Ausdruck kam, als der Bundestag in geheimer Abstimmung sich für Bonn als Bundessitz entschied, hat doch ihre Wirkung gehabt. Mit überwältigender Mehrheit beschlossen die Volksvertreter am Mittwoch die Geheimabstimmung wieder abzuschaffen. Lediglich ein Zentrumsabgeordneter trat für ihre Beibehaltung ein, da durch die offene Abstimmung ein „Druck von Interessen“ ermöglicht werde. Die übrigen Sprecher waren sich jedoch darin einig, das Volk habe das Recht zu wissen, wie jeder Abgeordnete abstimmte, er dürfe sich daher nicht hinter der Wand der Anonymität verstecken.

Es ist müßig, nachträglich Betrachtungen darüber anzustellen, ob die Abstimmung über Frankfurt oder Bonn anders ausgefallen wäre, wenn man damals der heutigen Auffassung über Geheimabstimmung

## Kriminelle

Von Landgerichtsdirektor

Wie noch kein Krieg zuvor, hat der zweite Weltkrieg in Deutschland gerade die Kriminalität der Jugend ansteigen lassen. Diese Tatsache findet ihre Erklärung darin, daß die deutsche Jugend zum großen Teil fast ohne jede elterliche Aufsicht aufgewachsen ist, weil der totale Krieg beide Elternteile für den militärischen oder zivilen Kriegsdienst in Anspruch nahm. Es kommt hinzu, daß in vielen Familien, wo der Vater erst nach Jahren aus der Kriegsgefangenschaft heimkehrte, in der entscheidenden Zeit gerade die väterliche Autorität gefehlt hat, ganz abgesehen von den zahllosen Fällen, wo das Familienhaupt gar nicht zurückgekommen ist. Endlich begünstigen die räumlich beengten und wirtschaftlich bedrängten Verhältnisse vieler Familien ohne Zweifel ein kriminelles Abgleiten eines Teiles der Jugend. So zeigen die Statistiken der westdeutschen Länder — in Ostdeutschland wird es mindestens das gleiche sein — übereinstimmend, daß der Anteil der Jugend an der allgemeinen Kriminalität auch jetzt noch, nach der Währungsreform, erschreckend hoch ist. Nur eines blieb uns, von Einzelfällen abgesehen, erspart: die Erscheinung des russischen „besprisonik“, des völlig entzweiteten und herumtreuenden Jugend-

A.Z. 4.3.50.

## Stadtrats-Sondersitzung im Schloß

Bericht über die Bedingungen zur Übersiedlung der Landesregierung

Infolge einer aus wichtigem Anlaß im Kurfürstlichen Schloß einberufenen Sonder- sitzung des Mainzer Stadtrats am 2. März um 15 Uhr (Tagesordnung: Verlegung der Regierung von Koblenz nach Mainz und Bereitstellung des Kurfürstlichen Schlosses für die Zwecke der Landesregierung) kann die übliche Montagnachmittags-Sprech- stunde beim Oberbürgermeister nicht stattfinden. Die Termine werden verlegt auf Donnerstag nachmittag auf die gleiche Zeit.

\* zusammenhängenden Fragen vorbereiten soll.

Daß man für eine so wichtige Tagung des Stadtrats, die natürlich öffentlich ist, aus dem sonst üblichen Sitzungssaal im Stadthaus zum Schloß hinüberwechselt, ist begreiflich. Vermutlich wird sogar nicht einmal der große Saal des Schlosses geräumig genug sein, um alle Zuhörer zu fassen, die Zeuge dieser denkwürdigen Sitzung sein möchten. Denn am Montagnachmittag steht eine der brennendsten Fragen, ja, wohl das meist diskutierte und entscheidende Problem der Mainzer Kommunalpolitik auf der Tagesordnung. Es geht um ein elementares Interesse der gesamten Bevölkerung.

Noch immer gibt es zwar — trotz des Besichtigungsroundgangs prominenter Koblenzer Vertreter vor einigen Tagen durch Mainz — einige Zweifler und Pessimisten, die an eine Übersiedlung der Landesregierung nach Mainz nicht glauben wollen. Auch sie werden sich nunmehr davon überzeugen lassen müssen, daß diese Frage wirklich in ein akutes Stadium getreten ist und daß es ernst wird mit der ganzen Angelegenheit. Ueber das „Wie“ und die übrigen damit zusammenhängenden Fragen heute noch zu berichten (wir kennzeichnen in großen Zügen gestern bereits auf der politischen Seite die Wünsche des Aeltestenrats des Landtags), erübrigts sich angesichts der dicht bevorstehenden Sondersitzung. Die Mainzer Bürgerschaft wird am Montag Klarheit erhalten.

## Allgemeine Zeitung

### Kasteler Brücke

site gibt es Brückenkopfprobleme

ebnung des Kasteler Bahnhofsplatzes ihrer dringenden Erledigung. Die Vergangenheit erbrachte den Beweis, daß die Anfahrt zur Brücke in ihrer Schlängenlinienform in keiner Weise den neuzeitlichen Verkehrsbedingungen entspricht. Wieder einmal gehen die Meinungen des Wiesbadener und des Mainzer Baudezernenten auseinander. Nach Ansicht des Wiesbadener Stadtbaumes, der sich auch der Kasteler Ortsverwaltung anschließt, ist der vorhandene Raum für eine Begradiung der Anfahrt nicht breit genug. Demgemäß müßten die dem Bahnhof gegenüber liegenden Häuserrümmer um vierthalb Meter eingerückt werden, wodurch der Wiederaufbau der Häuser hinfällig geworden sein dürfte. Mainz dagegen ist der Auffassung, daß der Raum breit genug ist und die Häuser in ihrer alten Form aufzubauen sind.

Die Zeit schreitet aber immer weiter voran und nimmt auf die Meinungsverschiedenheiten von Mainz und Wiesbaden keinerlei Rücksicht. Zu begrüßen wäre es, endlich zwischen allen an der Modernisierung der Kasteler Brückeauftahrt interessierten Kreisen eine Uebereinstimmung herbeizuführen, damit die Neugestaltung der Brücke gleichzeitig mit der Brücke weite den fortschrittlichen Geist einer neuen Zeit kennzeichnet.

### le sterben nicht aus

Weisenauer „Hans Sachs“

wieder sagte Peter den gleichen Spruch. Bis man den späten Heimkehrer fragte, mit wem er eigentlich Streit habe, es sei doch

lege von dir.“ Worauf Peter freudig an den ihm zugewiesenen Tisch eilt und sich mit den Worten vorstellt: „Sie gestatten, Peter, Sie sind auch Schuster?“ Der Gast schaut etwas verwundert auf, lacht dann aus vollem Herzen und weist sich als Dr. med. G. aus. Es soll an diesem Abend noch recht lustig zugegangen sein. Der Peter brachte gar das Kunststück fertig, einen Schoppen Wein aus dem „Schlappen“ restlos zu vertrinken.

Auch der Weisenauer Zahnarzt Dr. K. kann ein Lied von der Schlagfertigkeit unseres Schusters singen. So saß man einst friedlich beisammen, als Peter plötzlich die Fertigkeiten des Zahnarztes bezweifelte und diesen mit der vagen Behauptung reizte, er sei nicht imstande, ihm die Zähne zu ziehen. „Dir reiße ich sechs auf einmal aus, du Schwätzer“, reagierte der Doktor. Behauptung stand wider Behauptung und die Gäste waren auf den Ausgang des Duells gespannt. Der Schuster siegte, denn als er den Mund aufmachte, erschrak der Doktor arg: zwei kümmerliche Stumpen grüßten nur noch den an Kummer gewöhnten Zahnarzt. „Ein unverbesserlicher Kerl“, murmelte der Mediziner und bestellte einen neuen Halben. Fridolin.

### Film der Woche

#### „Begegnung mit Werther“

Diese Verfilmung der Goetheschen Dichtung „Die Leiden des jungen Werther“ war Fachkreisen Anlaß zu teilweise heftigen Diskussionen. Dabei ist diese romantische Schöpfung so tief empfunden, daß sie zur schönsten Ehrung für den großen Dichter wird. Die unsterbliche Liebesgeschichte des jungen Werther erfuhr durch die befähigte Hand des Regisseurs Karl Heinz Stroux ihre filmische Vollendung in einem Werk von erhabener Größe. Der Film läuft als Sondervorstellung zu ermäßigten Preisen am Sonntagvormittag, um 11 Uhr, im Regina-

Samstag/Sonntag, 4./5. März 1950

A.Z. 4.3.50

## Flüchtlingskredite erhöht

Ein Entschließungsantrag des Landtages / Die Sitzung vom Donnerstag

Koblenz, 3. März. (Eigener Bericht.) Der Landtag von Rheinland-Pfalz hat sich in seiner Sitzung am Donnerstag über die Beschlüsse des Altestenrates hinaus nicht weiter mit dem Umzug der Landesregierung nach Mainz befaßt. Da er sich bis zum 30. Mai vertagt hat, wird die Entscheidung wiederum auf zwei Monate hinausgeschoben, falls nicht inzwischen infolge neuer Momente eine außerordentliche Sitzung anberaumt werden sollte. Maßgebend könnten beispielsweise Entschlüsse sein, die die Stadtverordnetenversammlung in Mainz in einer außerordentlichen Sitzung am nächsten Montag möglicherweise faßt.

### Der Wildschaden

Eine längere Debatte entspann sich über die Frage der Wildschadenshädigung. Minister a. D. Junglas zählte die Jagdreservate auf, die noch jetzt der Besatzungsmacht in Rheinland-Pfalz vorbehalten seien. Die dauernden Saatgutschäden würden schließlich nur Landflucht und Arbeitslosigkeit verursachen. Es gebe Teile des Landes, besonders in den ärmsten Gebieten, denen bis zu ein Viertel an Ernteertrag im Jahre 1949 vernichtet worden sei. Junglas forderte über die vorgesehene Schadensersatzquote von fünfzig vom Hundert, die das Land Rheinland-Pfalz zu übernehmen bereit sei, hinauszugehen. Die Landesregierung solle den Betroffenen durch Niederschaltung der Umsatzsteuer oder Erlassung der Soforthilfe in großzügiger Weise entgegenkommen. Es sei ferner zweckmäßig, in der Ausgabe von Jagdgewehren großzügiger zu sein. Abgeordneter Hertel (Sozialdemokratische Partei) erklärte, die von Junglas geschilderten Zustände trafen auch auf den Pfälzer Wald zu, wo sich das Schwarzwild schon so ausgebreitet hätte, daß sie in den Dorfstraßen spazierengingen und von den Kindern als „stachlige Hunde“ bezeichnet würden.

### Winzerkredite

Bei der Beratung eines Antrages der Christlich-Demokratischen Union auf Bereitstellung von Winzerkrediten durch die Landesregierung, damit den Winzern die Betriebsfortführung und insbesondere die Durchführung der Frühjahrsarbeit ermöglicht werde, erklärte der Abgeordnete Horch (Sozialdemokratische Partei), daß Kredite an Winzer nicht allgemein, sondern nur dann zu gewähren seien, wo ein tatsächlicher Notstand (zum Beispiel durch Wein-Ernteschäden) vorliege. Es sei festgestellt worden, daß Winzerkredite auch zu Urlaubstreisen benutzt würden. Abgeordneter Kuhn (Sozialdemokratische Partei) wandte sich gegen eine zu weitherzig angewandte Liberalisierung im Warenverkehr, die den Winzer „überfahren könne“. Der Antrag wurde dem agrarpolitischen und dem Haushalts- und Finanzausschuß überwiesen.

### Gewerbesteuer und Schwerbeschädigte

In einem Landesgesetz über die Festsetzung und Erhebung der Gewerbesteuervorauszahlungen ist festgelegt worden, daß die entsprechenden Zahlungen am 10. Februar, 10. Mai, 10. August und 10. November zu leisten sind. Jede Vorauszahlung beträgt ein

wiesen auf den Widerspruch der alliierten Erklärungen hin, der darin liege, daß heutige Deutsche nicht zu Deutschen gelangen könnten. Abgeordneter Finckeisen als Berichterstatter des Ausschusses erwähnte, daß infolge der kuriosen Grenzziehung an der Saar von der Bevölkerung Umwege bis zu 46 Kilometer gemacht werden müßten. Ministerpräsident Altmeier sagte zu, entsprechende Schritte zur Regelung der Angelegenheit bei der Bundesregierung zu unternehmen.

Ein Antrag des sozialpolitischen Ausschusses beim Bundesrat zu erwirken, daß die in Rheinland-Pfalz wohnenden Rentner der „Saarknappschaft“ und der „Hüttenknappschaften Pensionsversicherung Saar“ den deutschen Rentnern gleichgestellt werden, ist einstimmig angenommen worden.

### Eine Erklärung Altmeiers

Koblenz, 3. März. (Eigener Drahtbericht.) Ministerpräsident Altmeier hat eine Erklärung abgegeben, in der zum Ausdruck gebracht wird, daß von keiner maßgebenden Stelle der Landesregierung oder des Landtags Verlautbarungen im Sinne einer am Mittwoch veröffentlichten Meldung der Deutschen Presse-Agentur zur Frage Koblenz—Mainz ausgegeben worden seien. Die in dieser Meldung ausgesprochenen Kombinationen könnten demnach nicht als „authentisch“ angesehen werden.

Es handelt sich um die dpa-Meldung, die wie in den verschiedensten Zeitungen auch in der Mittwoch-Ausgabe der „Allgemeinen Zeitung“ auf der dritten Seite unter der Überschrift „Der Landtag soll entscheiden“ veröffentlicht wurde. Darin war davon die Rede, die Landesregierung empfinde es als Brüskierung, wenn Ministerien einstweilen in Baracken untergebracht würden. Ferner befand sich darin die Wendung, „es sei wirklich die Frage, ob das Land Rheinland-Pfalz ein Gebilde rein nach französischem Wunsch und Willen darstelle, oder ob in ihm die Interessen der eigenen Bevölkerung sich ungehindert Geltung verschaffen könnten“.

## Allgemeine Zeitung

# Allgemeine Zeitung

Seite 6

Süd) wird am 12. März ausgetragen. Die Auslosung ergab folgende Paarungen: Staffel Nord: SC 07 Bad Neuenahr—SG Oberlahnstein, Freilos; Spfr. Herdorf; Staffel Süd: SV Wittlich—TuS Konz, Freilos; SV Trier/West. Das Entscheidungsspiel um den Pokalsieg der Staffel Nord steigt am 10. April in Montabaur. Für das Endspiel der Staffel Süd, das am gleichen Termin stattfinden wird, ist der Ort noch nicht festgelegt.

## Ein Handball-Großkampf

### Pfalz gegen Rheinland in Kreuznach

Der Handball in Südwest beginnt die Reihe seiner diesjährigen Repräsentativspiele am Sonntag mit einem Vergleichskampf Pfalz gegen Rheinland in Bad Kreuznach. Die Pfalz-Vertretung tritt in folgen-

der Aufstellung an: Weller (Haßloch), Meyer (Haßloch), Monath (Friesenheim), Spöry (Haßloch), Reis (Oggersheim), Häfele, Kirchner (beide Friesenheim), Bodenseh (Nußdorf), Stahler, Hahn und Marnet (alle Haßloch).

Der Verband Rheinland hat sechzehn Spieler nach Bad Kreuznach einberufen. Die Aufstellung der Rheinlandelf erfolgt erst nach dem Abschlußtraining am Sonnabend. Voraussichtlich tritt folgende Rheinland-Elf an: Schmitz (VfL Trier), Koch (Mühlheimer SV), Gruber (Grün-Weiß Obermendig), Hahn, Dähler (beide Mühlheimer SV), Brühl (Pfalzel), Franzmann (Hettenthal), F. Schlich, A. Schlich (beide Obermendig), Weiland (Andernach), sowie Reichert (Pfalzel) oder Luckenheimer (Andernach). Vorher spielen die Auswahlmannschaften der Kreise Kreuznach und Bingen.

## Auch zweite und dritte Plätze begeht

### Der erste März-Sonntag in den Fußball-Oberligen

Die Erhöhung der Zahl der an den DFB-Endspielen teilnahmeberechtigten Vereine hat dem Meisterschaftskampf in den Fußball-Oberligen neuen Auftrieb gegeben. Nicht nur der erste Platz, auch Platz Nr. 2 und 3 sind wertvoll. Das erhöht die Spannung und den Reiz der Kämpfe. Auch am Sonntag wird man dies an den Resultaten merken. Das ist das Programm dieses Tages:

#### Vorsp. Oberliga Süd

- (0:2) Spvgg Fürth—FSV Frankfurt
- (3:2) VfR Mannheim—Kickers Stuttgart
- (0:1) VfB Stuttgart—Schwaben Augsburg
- (1:4) 1860 München—Kickers Offenbach
- (0:0) VfB Mühlburg—SV Waldhof
- (1:0) Schweinfurt 05—1. FC Nürnberg
- (3:1) Eintr. Frankfurt—Bayern München
- (1:5) BC Augsburg—Jahn Regensburg

#### Oberliga West

- (4:0) Borussia Dortmund—Alem. Bielefeld
- (0:4) STV Horst—1. FC Köln
- (1:2) Preuß. Dellbrück—Rot-W. Essen
- (0:2) Duisburg 08—Schalke 04
- (1:1) Rhenania Würselen—Alem. Aachen
- (1:1) Rot-Weiß Oberh.—Erkenschwick
- (0:4) Vohwinkel 80—Duisburger SV
- (1:1) Preuß. Münster—Hamborn 07

sen worden ist und 15 Minuspunkte hat. Verluste werden Hamburgs „Asse“ bestimmt noch einstecken, doch mit solchen Dingen müssen sich die nachdrängenden Mannschaften ebenfalls befassen. Vorerst bleibt lediglich das Rennen zwischen HSV und St. Pauli und der Kampf um den dritten Platz interessant.

#### Dortmunds Vorsprung zu groß

Es ist gar nicht ausgeschlossen, daß Borussia Dortmund am Sonntagabend sechs Punkte Vorsprung hat und damit so gut wie sicher Meister ist. Schließlich steht der TSV Horst gegen den 1. FC Köln vor einer Aufgabe, die genau so schwer ist wie die gegen Erkenschwick. Der 1. FC Köln hat in der zweiten Serie von sechs Spielen fünf gewonnen! Borussia selbst wird gegen Arminia Bielefeld sicher gewinnen. Wichtig ist auch die Kölner Begegnung zwischen Preußen Dellbrück und Rot-Weiß Essen. Die letzten Leistungen beider Vereine lassen durchaus in Unentschieden zu. Preußen Münster und Hamborn 07 möchten aus der Abstiegszone heraus. Der Ausgang ist offen. Der Abstieg ist überhaupt die große Frage im Westen. Rot-Weiß Oberhausen kämpft verzweifelt um eine verbesserte Position, und auch Rhenania Würselen und Alem. Aachen haben nichts mehr zu verschenken.



Mein Herr, bewahren Sie „Distance“,  
Bei mir gibts keine Mammuth-„Schance“.  
(Zeichnung: van Seedam)

### Tage der Schwerathleten

In Mainz (4. März) und Bingen (5. März) treffen am Wochenende die beiden punktgleichen Spitzenreiter der rheinhessischen Ringerliga Mainz 88 und ASV Bingen im Entscheidungskampf (Vor- und Rückkampf) um die Verbandsmeisterschaft Rheinhessen aufeinander.

Die Ringerstaffeln des VfL 49 Bad Kreuznach und des SV Rübenach bestreiten in Koblenz den Entscheidungskampf um die Meisterschaft im Schwerathletikverband Rheinland.

In Mainz-Weisenau stehen sich der AC Weisenau und der KSV Worms im Kampf um die rheinhessische Gewichtheber-Meisterschaft im Vierkampf (einarmiges Reiben, beidarmiges Reiben, drücken und stoßen) gegenüber. Der Sieger dieser Begegnung ist an den Endkämpfen um die Südwestdeutsche Gewichtheber-Meisterschaft teilnahmeberechtigt.

Im Vorrundenspiel um die deutsche Hochschul-Handballmeisterschaft schlug die Universität Hamburg die Elf der Freien Universität Berlin überlegen mit 22:5. Der Zweitemann Giese erzielte allein acht Treffer.

## Volkswagen soll Rekorde fahren

### Neuer deutscher Aufnahmeantrag bei der FIM

Die Oberste Motorradsport-Kommission hat auf ihrer Wiesbadener Tagung beschlossen, einen deutschen Aufnahmeantrag bei der FIM in Paris einzureichen. Dieser erfolgt in Auswirkung des damaligen Besuchs der FIM-Kommission in Deutschland, wobei die zwischen ADAC und DMV zustandekommene Einigung über die gemeinsame Arbeit das „Prüfungsergebnis“ der internationalen Sportkommission in gutem Sinne beeinflußte. Wenn auch nach außen hin die Einheit gewahrt erscheint, so zeigt ein Blick hinter die Kulissen, daß der innere Machtkampf noch keineswegs abgeschlossen ist. Anders ist es nicht zu verstehen, wenn der so dringend erwartete endgültige Terminkalender erst nach einer weiteren OMK-Sitzung am 12. März in Offenbach bekanntgegeben werden kann. Einer der Haupttreitpunkte war die

durch Trätsch-BMW und Germer-NSU in sporttechnischen Dingen der OMK manchen wertvollen Fingerzeig gab.

#### Wieder „Internationale Salons“

Nachdem die deutsche Automobil-Industrie wieder darangehen kann, sich den internationalen Markt zu erschließen, ist eine Aufnahme in den Internationalen Verband der Automobilindustrie unerlässlich. Ein entsprechender Antrag des Verbandes deutscher Automobil-Industrie wurde an das „Bureau Permanent International des Constructeurs d'Automobile“ in Paris gerichtet. Beim nächsten Kongreß am 9. Mai in Turin werden die großen Internationalen Automobil-Salons festgelegt und die deutsche Industrie hofft, ebenfalls mit einer Internationalen Automobilschau zum Zug zu

## AZ 63.50 Altmeier und Mainz

Mainz, 5. März. Ministerpräsident Altmeier übermittelte uns eine Abschrift des folgenden Schreibens, das er unterm 2. März an die Deutsche Presse-Agentur (dpa) in Koblenz gerichtet hat und das wir aus Gründen der Loyalität nachstehend veröffentlichen.

Am 28. Februar haben Sie unter der Überschrift:

„Bedenken wegen eines etwaigen Umzuges der Landesregierung nach Mainz“ eine längere Verlautbarung verbreitet, die von einem großen Teil der Presse ganz oder auszugsweise am 1. 3. 50 aufgenommen wurde.

Es heißt in dieser Verlautbarung:

„Über den Umzug der rheinisch-pfälzischen Landesregierung nach Mainz wird DPA von maßgebender Stelle erklärt, die bisher sehr gründlichen Ermittlungen seitens der Landesregierung hätten ergeben, daß die in Mainz erstellten und von der französischen Besatzung freigegebenen Wohnungen nach Art und Mietpreis für den Umzug der Beamten und Angestellten der Landesregierung nicht geeignet sind.“

Weiterhin werden Einzelheiten wegen der landeseigenen Gebäude, der Unterbringung der Staatskanzlei, des Raumbedarfs des alliierten Sicherheitsamtes, der Beurteilung der Situation für die Stadt Koblenz, der Kosten für den Umzug der Landesregierung usw. erörtert, die diese Ihre Meldung für jeden unbefangenen Leser als eine Erklärung der Landesregierung kennzeichnen. Den besten Beweis dafür liefert die „Allgemeine Zeitung“ Nr. 51 vom 1. 3., die unter ausdrücklicher Bezugnahme auf diese „maßgebliche Meldung“ eine sehr scharfe Kritik an der Landesregierung übt und dabei

die in Ihrer Meldung enthaltenen Erklärungen als die Erklärungen der Landesregierung unterstellt. Es heißt innerhalb dieses Artikels z. B.:

„Die Stimmung der Koblenzer Herren ist nun einmal nicht für Mainz, wie der Deutschen Presse-Agentur von maßgeblicher Stelle erklärt worden ist.“

Die in den Schlusssätzen Ihrer Meldung enthaltenen politische Bemerkung veranlaßte die „Allgemeine Zeitung“ — von der Auffassung ausgehend —, daß diese Erklärungen als Erklärungen maßgeblicher Stellen der Landesregierung zu werten seien, zu bedauerlichen Ausfällen gegen die Landesregierung.

Ich stelle hierdurch ausdrücklich fest, daß Ihre DPA-Meldung vom 28. 2. somit eine Irreführung der Öffentlichkeit darstellt, daß diese Meldung frei erfunden ist, weil keine maßgebliche Stelle der Landesregierung eine Erklärung des von Ihnen verbreiteten Inhalts abgegeben hat.

Ich muß meinem außerordentlichen Bedauern darüber hiermit Ausdruck verleihen und wäre Ihnen dankbar, wenn Sie mir mitteilen wollten, wieso Sie diese Erklärungen als von maßgeblicher Stelle der Landesregierung verbreiten könnten.

gez. Altmeier.

Die Deutsche Presseagentur (dpa) erklärt dazu auf unsere Anfrage uns, die betreffende Meldung sei auf Grund von schriftlichen Unterlagen einer maßgeblichen Persönlichkeit der Landesregierung verfaßt worden. Dpa sei daher durchaus berechtigt gewesen, die Meldung mit der Einleitung zu versehen. Sie stamme von „maßgeblicher Stelle“.

heben der Mensch. „Herrsche über sie!“, so hieß das Gottesgebot an die ersten Menschen. Mit der ihm geschenkten Herrschaft bekam der Mensch Selbstbewußtsein, Willen und Verantwortlichkeitsgefühl. Herrschen bedeutet innerlich überlegen sein, durch Güte und Gerechtigkeit gewinnen. Die Mittel des Menschen heißen Vernunft, Wille und Gemüt. Aus dem Fortpflanzungstrieb wird ein sinnvoller Fortpflanzungswille, mit der hohen sittlichen Würde des Ja-Sagens und des Nein-Sagens. Das sittlich und religiös bestimmte „Ich“ herrscht über das „Es“, ohne es zu vernichten. Die Lyrik und Epopäe des pflanzlichen Trieblebens, Drama und Tragödie der tierischen Entfesselung, alles das erfüllt ins Menschliche übersetzt auch seinen Fortpflanzungswillen und steigert sich im Besitz des vollwertigen Menschen zu Spannung und Drang im Sinne des platonischen Eros. Richtet sich diese Spannung des Vollmenschen auf ein polar verwandtes Wesen in seiner Ganzheit von Seele und Leib, sucht sie bei diesen Wesen die eigene Vollendung in restlosem Nehmen und Geben, dann und nur dann wird der Trieb zur Liebe. Ein solcher Mensch erhöht sich in seinem Liebespartner, er fesselt ihn, voll Güte, für immer an sich, er

Liebe hinein. Aus der Freundschaft wächst man immer heraus. Das ist ihre Tragik: „Wo sind sie die Lieben nur alle geblieben? Gestorben, verdorben in Lust und in Leid . . .“

Die Bedeutung des Sexualtriebes ist schlechthin universal. Es gibt keinen seelischen Wert, der nicht irgend wie in der Tiefe berührt wäre von seiner Allgewalt. Faust, der Vollmensch, der hindurchwandern muß durch alle leibliche und seelische Lust und Qual, die der Trieb im Menschen zu erzeugen vermag, ist der eine Pol in jener ungeheuren, Physis und Metaphysis, umfassenden Spannung, deren anderer Pol genannt ist in dem Lied des Chorus Mysticus:

Alles Vergängliche ist nur ein Gleichtum.  
Das Unzulängliche hier wird's Ereignen.  
Das Unbeschreibliche hier ist's getan,  
Das Ewigweibliche zieht uns hinan.

Der Trieb hält fest in der Ebene quantitativer Werte. Allein die Liebe zieht empor in die Würde der Vollendung und bildet, wieder mit Goethes Worten: „Zu göttlichem Entzücken ein köstlich drei.“ Das Symbol der allein dem Menschen gegebenen leib-geistigen Gemeinschaft ist der Wille zu dem Kind, von dem Nietzsche fordert, daß „es mehr ist, als die es schufen.“

Dr. Minor.

## Eugen Klöpfer

Der Schauspieler Eugen Klöpfer ist am Freitag in Wiesbaden (wie in einem Teil unserer Samstag-Ausgabe schon kurz berichtet) kurz vor Vollendung seines 64. Lebensjahres an den Folgen einer Lungentzündung gestorben. Klöpfer sollte in dieser Woche im Hessischen Staatstheater

Mit Eugen Klöpfer ist wieder einer der großen des deutschen Theaters aus dem Kreise der vor ihm abberufenen Wegener, George und Jannings von der Bühne abgetreten.

Eugen Klöpfer wurde am 10. März 1888 in Talheim in Württemberg geboren, besuchte das Gymnasium und kam dann als Lehrling in das Holzgeschäft seines Bruders. Er brannte aber eines Tages durch, und

StAMZ, NL Oppenheim / 20,2 - 34

### A.Z. Zwei Anträge 6.3.50 für die heutige Stadtratssitzung im Schloß

Für die heutige Sondersitzung des Mainzer Stadtrates um 15 Uhr, die bekanntlich nicht, wie üblich, im Stadthaus, sondern als öffentliche Sitzung im großen Saal des Kurfürstlichen Schlosses stattfindet, liegen zwei Anträge der Parteien vor.

Die Stadtratsfraktion der Christlich-Demokratischen Union (CDU) beantragt, der Stadtrat möge beschließen:

„Die Stadt Mainz übereignet das Kurfürstliche Schloß dem Lande Rheinland-Pfalz zum Zweck der Unterbringung des Landtages und der Landesregierung. Der Stadtrat gibt der Erwartung Ausdruck, daß das Land der Stadt Mainz für dieses großzügige Entgegenkommen besondere Hilfe zuteil werden läßt bei der Ersatzbeschaffung für das übereignete Gebäude.“

Die Stadtratsfraktion der Freien Demokratischen Partei (FDP) hat folgenden Antrag eingebbracht:

„Um die sofortige Verlegung der Landesregierung und des Landtages für Rheinland-Pfalz nach der Hauptstadt Mainz zu ermöglichen, erklärt sich die Stadt Mainz bereit, die Räume des ausgebauten, geräumigen, ehrwürdigen Kurfürstlichen Schlosses für die Bedürfnisse des Landtages und der Landesregierung ab sofort kostenlos zur Verfügung zu stellen, bis das als endgültiger Wohnsitz von Landtag und Landesregierung vorgesehene Großherzogliche Schloß, dessen Umbaupläne von der Landesregierung völlig genehmigt wurden, ausgebaut ist.“

**3:1 für Italien**

**Bologna.** (AP.) In einem fesselnden Fußball-Länderkampf konnte am Sonntag Italien vor 70 000 Zuschauern im Stadion von Bologna einen vielbejubelten 3:1-Sieg über Belgien erringen. Bei schönstem sonnigem Wetter gab es bald nach Beginn eine Überraschung durch das erste Tor für Belgien, das der Läufer F. Chaves aus 30 Meter Entfernung erzielen konnte. Gleich darauf wurde ein weiteres Tor des gleichen Spielers nicht gegeben, dafür konnte der Italiener Muccinelli ein Tor aufholen. Acht Minuten nach der Pause erhöhte abermals Muccinelli auf 2:1, dann konnte der Mitteltürmer Amadei für Italien zum 3:1 einschießen.

**Unter Ausschluß der Presse**

**Stuttgart.** (A.Z.) Mit der Schaffung einer zweiten Division und dem zukünftigen Spiel-System befaßte sich am Samstag der erwählte Vorstand des Süddeutschen Fußballverbandes in Stuttgart. Den Vorsitz führte Hans Huber (München). Die Presse war nicht eingeladen worden.

**Auch Baden zieht nicht recht**

**Karlsruhe.** (dpa) Genau wie in Würtemberg konnten sich auch die nordbadischen Fußballvereine der Landesliga in Bruchsall nicht entschließen, der Einrichtung einer zweiten Division für Vertragsspieler zuzustimmen. Eine Klärung der undurchsichtigen Lage könne erst erfolgen, wenn die Stärke und die regionale Einteilung einer zweiten Division bekannt seien. Für eine zweite Division sprachen sich der VfL Neckarau, Phönix Karlsruhe, TSG Rohrbach, FV Schwetzingen und der VfR Pforzheim aus. Der 1. FC Pforzheim enthielt sich der Stimme.

In der ersten Runde des Internationalen

TUNING

Seite 5

**F.A. 6.3.51 Kampf um ein Schloß**

**B.G.** Die Landesregierung von Rheinland-Pfalz hat vor einigen Tagen an den französischen Oberkommissar das Ersuchen gerichtet, die Ordonnanz 57 aufzuheben. Diese, von General Koenig erlassene Ordonnanz, bestimmt Mainz zur endgültigen Landeshauptstadt von Rheinland-Pfalz, und auf sie gründet sich nun auch die Forderung der Besatzungsbehörden, endlich mit der Uebersiedlung der Landesregierung und des Landtages von Koblenz nach Mainz ernst zu machen. Die Regierung von Rheinland-Pfalz vertritt die Ansicht, daß nach dem Wirksamwerden des Besatzungsstatuts die Entscheidung über den Sitz der Landesregierung eine deutsche Angelegenheit sei, und sie verweist dabei auf den in mancher Hinsicht verwandten Fall der Wahl des Bündessitzes.

Der Umzug nach Mainz stößt in weiten Kreisen von Regierung und Landtag auf Widerstand. Aus diesen Kreisen wird nun auch gegen Mainz der Vorwurf erhoben, es führe seinen Kampf „auf den Spitzen der französischen Bajonette“. Mainz protestiert lebhaft. Es wendet ein, daß die Opposition gegen die Ordonnanz 57 sich weder bei ihrem Erlaß, noch unmittelbar nach Inkrafttreten des Besatzungsstatuts, sondern erst in jüngster Zeit geregt habe. Während der ganzen Jahre habe man also Mainz in dem guten Glauben gelassen, es werde eines Tages Landeshauptstadt, und nur darum habe Mainz unter Opfern und Verzichten auf andere Chancen seine besten Kräfte an die Vorbereitungen für die Aufnahme, von Landesregierung, deren umfangreichen Beamtenapparat und den Landtag verwandt.

Landesregierung und Landtag konnten einwenden, daß die Vorbereitungen völlig unzulänglich seien. Tatsächlich waren diese Vorbereitungen durch die Wegnahme von Verwaltungs- und Wohnräumen für andere Zwecke beeinträchtigt worden. So beanspruchte eines Tages eine französische Dienststelle das geräumige, unter erheblichen Kosten wiederhergestellte Gebäude der Industrie- und Handelskammer für sich, und auch der Osteiner Hof, ein großer, prächtiger Barockbau, ging seiner eigentlichen Bestimmung verloren.

Die Koblenzer Herren wurden einer Uebersiedlung erst wieder geneigter, als sie bei einer Besichtigungsfahrt auf das Kurfürstliche Schloß stießen. Die Stadt hatte diesen Renaissancebau am Rhein für gesellschaftliche Veranstaltungen, für

Tagungen und kulturelle Zwecke zum Teil wiederherstellen lassen, der andere Teil war noch unvollständig und sollte später für Museen verwandt werden. Dieses sehr. Hier können sowohl der Landtag, als auch der Ministerpräsident und wahrscheinlich noch ein anderes Ministerium untergebracht werden. Die Stadtverwaltung war ohne weiteres bereit, der Regierung das Schloß zu überlassen, und so wäre man wohl bald zu einer Einigung gekommen, hätten Regierung und Landtag nicht unversehens die Forderung erhoben, das Schloß müsse ohne jede Entschädigung dem Land übereignet werden. In einer Sondersitzung wird nun am heutigen Montag der Mainzer Stadtrat über die Antwort auf diese Forderung der Landesregierung zu entscheiden haben.

Interessant bleibt noch, wie unter der Hand — nicht etwa öffentlich — von einigen einflußreichen Persönlichkeiten des Landtages der Entschluß, das Kurfürstliche Schloß an das Land abzugeben, um seine Dornen gebracht werden soll. Man spricht über mögliche Entwicklungen. Man sagt, ein Südweststaat sei beispielsweise eine größere Utopie als die auf die Dauer nicht vermeidbare Zusammenlegung der Länder Hessen und Rheinland-Pfalz. (Die Sozialdemokratie zeigt sich an der Frage Mainz-Koblenz bis zu einem gewissen Grade uninteressiert, weil sie der Ansicht ist, daß zwangsläufig eines Tages zumindest Rheinhessen und das Nahegebiet, aber auch der Regierungsbezirk Montabaur, mit Hessen vereinigt werden müssen. Sollen sich nun aber auch in der CDU nennenswerte Kreise finden, die eine solche und womöglich noch weitergehende Entwicklung sympathisch gegenüberstehen?) Mainz und Wiesbaden, Städte, die ohnehin immer mehr zusammenwachsen, würden dann, so sagt man weiter, gemeinsam die Hauptstadt des neuen Landes bilden, und Mainz habe mit seinem unvergleichlichen Kurfürstlichen Schloß die großartige Chance, wenigstens Sitz des Ministerpräsidenten und des Landtages im neuen Staat zu bleiben.

So also lauten die Einfüsterungen. Zunächst aber hat heute der Mainzer Stadtrat darüber zu entscheiden, ob und unter welchen Bedingungen er das Kurfürstliche Schloß an das Land abtreten soll.

Victor Gollancz hat am Freitag mit Bundeskanzler Dr. Adenauer im Bonner Bundeshaus eine längere Unterhaltung geführt.

Montag, 6. März 1950

## Kaffeesteuer

b. In diesen Tagen hat die Zoll-Leitstelle des Bundesfinanzministeriums einen neuen Aufsehen erregenden Bericht über die Schmuggeltätigkeit an den westdeutschen Grenzen veröffentlicht. Danach beträgt der Ausfall an Steuern und Zolleinnahmen, der sich durch illegale Kaffeeimporte im Kalenderjahr 1949 ergeben hat, schätzungsweise 360 Millionen DM. Eine Summe also, die nachdrücklich stimmen sollte; daher sind die Steuerausfälle an Umsatz- und Einkommen-Steuer, die durch den Absatz von rund 30 Millionen Kilogramm „schwarzen Kaffee“ entstanden sind, nicht einmal mitgerechnet.

Der Bundesfinanzminister in Bonn, dem diese Tatsachen bekannt sind, schrekt trotzdem davor zurück, einer baldigen drastischen Steuersenkung zuzustimmen. Das Finanzministerium hat jetzt einen

Antrag der westdeutschen Kaffeehändler auf Steuersenkung mit der Begründung abgelehnt, daß zunächst die Herabsetzung der Bier- und Zigarren-Steuer die Priorität haben müßte. Man tröstete die Kaffeehändler mit der Versicherung, daß man im laufenden Jahr sowohl den Zollfahndungsdienst als auch den Grenzschutz verstärken werde. Eine „rasche und exemplarische Bestrafung der Schwarzhandler“ sei geplant. Erst wenn alle diese Mittel der Strafverfolgung sich als vergeblich erwiesen haben sollten, wolle man in Bonn die Kaffeesteuer senken.

Man braucht nicht Prophet zu sein, um voraussagen zu können, daß es trotz des angekündigten verstärkten „Einsatzes“ zur Bekämpfung des Schmuggelwesens auch weiterhin in Westdeutschland „schwarzen Kaffee“ geben wird. Nur eine Senkung der Kaffeesteuer kann hier eine Änderung bringen. Alle anderen Vorschläge sind wirkungslos.

## Die Höhe des DM-Kapitals

Von Dr. Ernst Hellmut Vits

Vorsitzender des Vorstandes der Vereinigten Glanzstoff-Fabriken A.-G.

Die in der letzten Zeit in der Wirtschaftspresse besprochenen ersten DM-Bilanz-Umstellungen einer Reihe von Unternehmungen sind im wesentlichen durch ein Umstellungsverhältnis von 1:1 des Grundkapitals gekennzeichnet. Es hat den Anschein, daß dieser Sachverhalt als eine im Zuge der Währungsumstellung entstandene Begünstigung der Besitzer von Geschäftsanteilen gegenüber den Darlehnsgewerben und Sparern hingestellt wird. Eine derartige Polemik könnte, wenn sie einmal breitere Formen annimmt, zu sozialen Spannungen führen und das an sich schon labile soziale Gefüge unserer Wirtschaft ernstlich erschüttern. Da nach meinen bisherigen Eindrücken damit zu rechnen ist, daß im Rahmen der Umstellung der Bilanzen auf DM eine große Zahl von Unternehmungen zu einer Kapitalumstellung im Verhältnis 1:1 gelangen wird, scheint es mir daher geboten, schon frühzeitig auf diese Entwicklung hinzuweisen und die wirtschaftlichen Motive, die für ein solches Umstellungsverhältnis bestimmend sind, frei von jeglicher Tendenz darzustellen. Ich will damit zur Vermeidung unnötiger Spannungen beitragen.

Bei den schwerwiegenden Überlegungen, denen sich die Unternehmen im Zuge der Umstellung ihrer Bilanzen auf DM gegenübersehen, und von denen letztlich ihre finanzielle Situation der nächsten

Geht man davon aus, daß das Anlagevermögen eines Unternehmens durch dessen Eigenkapital finanziert ist — was bei einer fundierten betrieblichen Vermögenslage wohl angenommen werden darf — und unterstellt man einmal, daß die Durchschnitts-Preisseiterung für Investitionsgüter gegenüber den Vorkriegsjahren etwa 100 Prozent beträgt, so ergibt sich, daß in einer Umstellung des Eigenkapitals im Verhältnis 1:1 materiell der Verlust der Hälfte des früheren RM-Eigenkapitals zum Ausdruck kommt. Dazu kommt, daß das in den Bilanzen ausgewiesene nominelle RM-Eigenkapital — um dieses handelt es sich ausschließlich, wenn man von einem Umstellungsverhältnis 1:1 spricht — im allgemeinen nicht das wirkliche Eigenkapital wider spiegelt, auch nicht unter Einbeziehung der offenen Rücklagen, daß vielmehr meistens angemessene stillen Reserven in den Wertansätzen der RM-Bilanzen enthalten gewesen sind. Im Zuge der Bilanzumstellungen auf DM werden diese Reserven weitgehend auch zur Auskehrung gelangen, schon deswegen, um auch auf diese Weise die Grundlage zukünftiger angemessener Abschreibungen zu schaffen. Wenn man dabei noch berücksichtigt, daß die Umstellung im Verhältnis 1:1 zum Teil unter Einbuße eines Teiles früherer offener Rücklagen durchgeführt wird, so ist es durchaus denkbar, daß

## Eine Preisfrage

# Wer schenkt wem was?

CDU-Antrag auf Verschenkung des Kurfürstlichen Schlosses abgelehnt

—jo— Die lange Kette der Mainzer Stadtratssitzungen mit dem weltbewegenden Thema „Landeshauptstadt“ ist um ein weiteres Glied bereichert worden. Nach der Sondersitzung im Kurfürstlichen Schloß am vergangenen Montag dürften, sollten oder müßten die letzten Hindernisse von seiten der Stadt Mainz für eine Verlegung der Landesregierung beseitigt sein. Wenn es, wie verschiedene Redner unmißverständlich zum Ausdruck brachten, der Regierung wirklich Ernst ist mit dem Umzug nach Mainz. Doch darüber wird wohl noch nicht das letzte Wort gesprochen sein und auch Staatssekretär Dr. Haberer, der der Mainzer Stadtratssitzung beiwohnte, konnte nur die viel- und nichtssagenden Versicherungen abgeben, er werde den Mainzer Standpunkt im Ministerrat entsprechend vertreten. Bei der Debatte fiel das harte Wort von dem „kindisch anmutenden Versteckspiel“. Im Interesse von Mainz, das nun wirklich lange genug am Gängelband herumgeführt wurde, wollen wir hoffen, daß in kürzester Frist eine klare Entscheidung fällt. Mainz wird sich jedoch nicht diese Entscheidung durch großartige Schenkungen erkaufen. Das kann sich die so schwer angeschlagene Stadt nicht leisten und andererseits könnte eine solche leichtsinnige Großzügigkeit kein Mensch vor der Einwohnerschaft verantworten. Was Mainz überhaupt tun konnte, ist geschehen. Das Wort hat die Landesregierung.

### Peinliche Rolle

Damit sind wir auch am Kernstück der Sondersitzung des Stadtrates. Von der CDU beantragt und mit einem Antrag der CDU auf der Tagesordnung, der nicht mehr und nicht weniger als die Überzeugung des Kurfürstlichen Schlosses an das Land forderte. Wenn es nicht schwarz auf weiß niedergelegt worden wäre, könnte man ein solches Ansinnen garnicht ernst nehmen. Wie unglücklich sich die CDU in diesem Fall als Verschenkungsanwalt vorkam, geht daraus hervor, daß sie kurz vor der Sitzung den Antrag umänderte und nur noch von „überlassen“ sprach. Der Sprecher der CDU, Stadtrat Gahr, dürfte aus der Reaktion der übrigen Stadtratsmitglieder und der Zuhörer gemerkt haben, wie verfehlt seine Argumentation war. Wenn er z.B. sagte, daß zur Verteidigung der Demokratie eine würdige Unterbringung von Regierung und Parlament notwendig wäre, so dürfte das eine recht verfehlte These sein. Regierung und Parlament sollen arbeiten können. Aber für eine würdige Unterbringung der Ausgebombten, der Flüchtlinge der Evakuierten und all der Bewohner von Elendswohnungen. Damit verteidigt man die Demokratie am besten. Von dem Vertreter der christlichen Partei müßte man annehmen, daß er solche Binsenwahrheiten kennt.

### Nichts zu verschenken

Dann folgte die Reihe der Diskussionsredner. Eröffnet von Stadtrat Christ (FDP), der zunächst einen Antrag der FDP auf zeitweise Übergabe des Schlosses für Zwecke der Landesregierung begründete. Er stellte die Frage, ob die Regierung ernstlich nach Mainz wolle und griff den Antrag der CDU heftig an, den er einen Verrat an den Interessen der Stadt Mainz nannte. Dabei fiel ein hartes Wort von „kleinen Geistern“.

Im Namen der sozialdemokratischen Fraktion sprach Stadtrat Herrmann mit heftigen Worten gegen das Ansinnen der CDU, einen wertvollen Besitz wie das Kurfürstliche Schloß zu verschenken. Die SPD habe keinen Antrag eingebracht, weil sie keine Lust habe, in den Koblenzer Streit hineinzustottern. Umso mehr habe sie der Antrag der CDU überrascht. Mainz habe in den letzten Jahren schon auf so vieles verzichten müssen, daß es keine neuen Geschenke zu machen brauche. Die SPD werde in keinem Fall sich hinstellen und rufen „Kommt Leute, ihr kriegt das Schloß geschenkt.“ In einer Erklärung faßte die Stadtratsfraktion der

StAMZ NL Oppenheim / 202-36 den Antrag der CDU, das Juwel, das wir besitzen, dem Land zu schenken, kommt garnicht in Frage.“ Die landsmäßige Zusammensetzung der Regierung und des Landtages bringe Maßnahmen hervor, die in weiten Teilen des Landes unverständlich sind. Ein gewisses Mißtrauen Koblenz gegenüber müsse aus dem Ablauf der Ereignisse schon aufkommen. Bei gutem Willen von Seiten der Landesregierung hätte in Mainz vielmehr aufgebaut sein können. So u. a. auch das Gebäude der AOK in der Hinteren Bleiche. Freitag schloß seine Worte „Wer schenkt wem was?“ Stadtrat Johann ter Waage (SPD) forderte im Namen des Mainzer Handwerks und der Geschäftswelt eine baldige Einlösung des Versprechens der Landesregierung. Nach Stadtrat Scheeller (FDP) und Stadtrat Bachmann (CDU) stellte Stadtrat Herrmann (SPD) den Antrag, die Sitzung zur Beratung zu unterbrechen. Sichtliches Aufatmen besonders bei der CDU.

### Nach der Pause

Nach der Pause stellte dann Stadtrat Herrmann den umgeänderten Antrag der Stadtverwaltung und der FDP zur Debatte. Von dem CDU-Antrag war keine Rede mehr. Mit allen Stimmen gegen eine Stimme der KP bei zwei Stimmenthalten wurde dann der von Stadtrat Herrmann eingebrachte Vorschlag angenommen. Danach stellt Mainz dem Land den rheinseitigen Teil des Kurfürstlichen Schlosses, sowie den im Greiffenklauteil über den Restaurationsräumen gelegenen Raum zum Ausbau und zur Benutzung zur Verfügung. Notfalls können auch die bereits ausgebauten Räume von der Regierung vorübergehend benutzt werden.

### Hauptstädter?

Oberbürgermeister Stein, der zur Einleitung eine Darstellung der augenblicklichen Situation gegeben hatte und den Mainzer Anspruch auf Verlegung der Landesregierung noch einmal klar herausstellte, konnte damit feststellen, daß technische Schwierigkeiten für die Übersiedlung der Landesregierung nach Mainz nicht mehr vorhanden seien. „Hoffentlich werden wir bald Hauptstädter ohne das Schloß zu verlieren.“ Allgemeiner und herzlicher Beifall.

Minister begeben sich ins Funkhaus oder sprechen aus ihrem Arbeitszimmer. Direkte Übertragungen aus dem Parlament können auch dazu führen, daß die Methode, die Demokratie als Institution, diskreditiert wird, zumal für die meisten Parlamentsleben und Demokratie identisch sind. Das akustische Bild des Plenums ist nicht die ganze, es ist knapp die halbe Wahrheit, zur ganzen gehört auch das Visuelle. Zu ihr gehört vor allem das Wissen, daß sich das Leben des Parlaments nicht nur im Plenum abspielt, sondern in den zahlreichen Ausschüssen, Fraktionen, Gruppen, in den Wandergängen, in Einzelgesprächen und hier wahrscheinlich seinen wichtigeren Niederschlag findet. Der Funkschnitt aus dem Plenum kann doch nur der Bruchteil eines Teiles des Parlamentslebens sein, nicht mehr.

Selbstverständlich soll die Öffentlichkeit unterrichtet werden. Es fragt sich, wie. Auch der Rundfunk soll und muß berichten. Er kann das durch eigene Rundfunkberichterstatter tun oder durch Gastredner. Schon im Beschreiben liegt ein Element der Objektivierung, verglichen mit der direkten Sendung. Eine zweite Möglichkeit wäre, Parlamentarier selbst im Rundfunk sprechen zu lassen, was nur zur Sachlichkeit erziehen kann, wenn auch über politische Gegner sachlich berichtet werden muß. Das schließt nicht aus, daß bei Regierungserklärungen oder bei Erklärungen der Opposition eine direkte Übertragung veranstaltet wird. Bei allen übrigen Gelegenheiten sollte man mit diesem Mittel sparsam verfahren. Im übrigen soll ein Parlament von der Öffentlichkeit kontrolliert, aber es darf nicht durch Massenstimmen in seinen souveränen Entschlüssen beeinflußt werden.

Der Ordnung halber sei noch hinzugefügt: Natürlich kommt es den Rundfunkgesellschaften und ihren Verantwortlichen nicht zu, Direktübertragungen abzulehnen. Ob direkte Übertragungen oder nicht, das ist eine politische Entscheidung, die den Parteien, dem Parlament und den dafür zuständigen Organen zusteht und ihnen allein. Aber ich glaube, daß sich die Bedenken der Rundfunkleute mit Bedenken von Parlamentariern begegnen. Das Thema ist wichtig genug, um gründlich durch-

# Frauenüberschuß

Bedenklicher Zustrom zu Angestelltenber

Die Stellung der Frauen in der westdeutschen Wirtschaft hat sich seit der Währungsreform grundlegend verändert. Gegenüber der Vorkriegszeit hat sich die Erwerbslage der Frau verschlechtert. Trotz Zunahme der Frauenbeschäftigung in einigen Wirtschaftszweigen besteht im allgemeinen das Bestreben, die Frauenarbeit einzuschränken. Bei einer Erhöhung des Frauenüberschusses von 0,6 auf 3 Millionen sank die Erwerbsquote der weiblichen Arbeitskräfte von 35,2 auf 28,6 Prozent. Bedenklich ist die Abwanderung aus den „Jugendberufen“ in der Landwirtschaft und in der Hauswirtschaft und der Zustrom nach den Angestelltenberufen. Das Wirtschaftswissenschaftliche Institut der Gewerkschaften nahm zu den gegenwärtigen Problemen des Frauenerwerbslebens Stellung.

Die sozialen Spannungen, die durch den Frauenüberschuß entstehen, können nur dadurch gelockert werden, daß ein größerer Teil der weiblichen Bevölkerung als früher für seinen Lebensunterhalt selbst sorgt. Die Gefahren der gegenwärtigen Entwicklung erblieb man einmal darin, daß die Nachkriegszeit Kräfte vorfindet, für die vorläufig kein zweckvoller Einsatz gefunden werden kann, andererseits versucht man die Frauenarbeit mit dem Schlagwort „Doppelverdienertum“ einzuziehen.

Da Frauen aus der Erwerbsarbeit frühzeitiger auszuscheiden pflegen als Männer, muß der Frauenüberschuß das Angebot weiblicher Kräfte am stärksten beeinflussen, wenn er auf Altersklassen entfällt, in denen die Mehrzahl der unverheirateten Frauen erwerbstätig ist. Das ist besonders bei den Altersklassen der 14- bis 40jährigen der Fall. Ein Vergleich der Volkszählungen-

ergebnisse von 1939 mit einer Schätzung des Statistischen Amtes für Mitte 1949 zeigt, daß sich der in der genannten Altersklasse im Jahre 1939 vorhanden gewesene geringe Überschuß von

70 000 Männern in einen Frauenüberschuß von 1,65 Millionen verwandelt hat. Die unter diesen Umständen zu erwartende Zunahme der erwerbstäglichen Frauen ist erstauflicherweise bis heute noch nicht eingetreten. Vielmehr hat sich die Erwerbsquote der Frauen (Anteil der Selbstständigen, mithelfender Familienangehörigen, Arbeitern, Angestellten und Beamten, einschließlich der Arbeitslosen) gemessen an der Gesamtzahl der Frauen gegenüber der Vorkriegszeit von 35,2 v. H. auf 28,6 v. H. vermindert. Statt planmäßig an einer Erweiterung der Erwerbsmöglichkeiten für Frauen zu gehen, wird neuerdings häufig gefordert, den weiblichen Arbeitsmarkt von den sogenannten „Doppelverdienern“ zu entlasten.

## Herabsetzung der Ar

Im Zeitalter der zweiten industriellen Revolution - Vor

Die Verfasserin war bis zum Jahre 1933 Mitglied des Deutschen Reichstages (SPD). Sie ist jetzt Bürgerin der Vereinigten Staaten und wurde von der Amerikanischen Gewerkschaftsföderation (American Federation of Labor) zu deren Vertreterin im Sozial- und Wirtschaftsrat der Vereinten Nationen ernannt. In dieser Eigenschaft nimmt Tony Sender aktiv an allen Beratungen und Arbeiten der „United Nations“ teil, an denen die Arbeiterschaft aus wirtschaftlichen, politischen Gründen interessiert ist.

Resultat des Fortschritts in der medizinischen und pharmazeutischen Wissenschaft, teils infolge der besserer Kenntnis über die beste Form der Ernährung. Zur gleichen Zeit zeigt die Statistik eine Tendenz zur Erhöhung der Geburten.

In diesem Dokument, das von der AFOL dem Rate unterbreitet wurde, wird auf den stürmischen technischen Fortschritt hingewiesen, an dessen Früchten der Arbeiter noch nicht entsprechend teilnimmt. Es ist richtig, daß der Standard der Lebenshaltung, besonders in den Vereinigten Staaten, ist gestiegen. Damit ist aber noch nicht das berechtigte Streben des Arbeiters nach Teilnahme an dem kulturellen Fortschritt erfüllt. Ein australisches Gericht hat über eine Herabsetzung der Arbeitszeit für Australien zu urteilen.

# Mainz hofft auf Sieg im kleinen „Hauptstadtstreit“

Kurfürstliches Schloß soll ausgebaut werden, sobald Termin für Regierungsumsiedlung bekannt

Mainz, 6. März (NZ). — Der Mainzer Stadtrat beschloß am Montagnachmittag in einer Sonderitzung gegen eine verneinende und zwei enthaltende Stimmen der Kommunisten, der Landesregierung und dem Landtag von Rheinland-Pfalz einen beträchtlichen Teil des kurfürstlichen Schlosses zum Ausbau nach eigenem Belieben und zur alleinigen Benutzung solange kostenlos zur Verfügung zu stellen, bis ein als endgültiger Amtssitz geeignetes Gebäude für den Landtag errichtet worden ist. Dieser Um- und Ausbau soll in Angriff genommen werden, sobald die Landesregierung den Termin für die Umsiedlung nach Mainz bestimmt habe.

### Scharfe Erklärungen der örtlichen Presse

Seitdem der französische Landeskommisar das geräumige und architektonisch schöne kurfürstliche Schloß der Stadt Mainz überlassen, seitdem der Neubau des großen Saals eine bitter empfundene Lücke im öffentlichen und gesellschaftlichen Leben der Stadt geschlossen hat,

steht das Gebäude im Mittelpunkt des öffentlichen Interesses. Die örtliche Presse wandte sich in scharfen Erklärungen gegen dieses Verlangen der Regierung und des Aeltestenrats. Die Stadtratsfraktionen und die Stadtverwaltung berieten in schleunigst einberufenen Sitzungen die neue Lage.

Weit mehr Verständnis bringt man in Mainz dem Wunsch der Landesregierung entgegen, daß eines der großen Bürohäuser dicht neben dem vorgesehenen Sitz des Ministerpräsidenten, das ursprünglich der Industrie- und Handelskammer gehörte und dann im Zuge der Bauarbeiten zu Gunsten der Regierung wieder aufgebaut wurde, ebenfalls dieser zur Verfügung gestellt und nicht, wie bisher, von der Sicherheitspolizei der Besatzungsmacht benutzt werde.

Im Zuge der Pressemitteilungen wurden auch Töne angeschlagen, die eine objektive Diskussion erschweren. Eine von dpa verbreitete Erklärung „von maßgebender Stelle“ erhob die Frage, „ob das Land Rheinland-Pfalz ein Gebilde rein nach französischem Wunsch und Willen sei.“ Schon am folgenden Tag erklärte Ministerpräsident Altmeier, ein solches Kommuniqué sei von keiner maßgebenden Stelle der Landesregierung oder des Landtages herausgegeben worden.

Wie dpa dazu betont, sei die betreffende Meldung auf Grund schriftlicher Unterlagen einer maßgeblichen Persönlichkeit der Landesregierung verfaßt worden.

Am Samstag hat sich die Vereinigung der Presseverbände in der französischen Zone mit diesem Kommuniqué befaßt, um an Hand dieses handgreiflichen Falles endlich einmal zu klären, ob nicht der Presse Vorwürfe gemacht werden, die nur dazu dienen sollen, peinliche Pannen in der Regierungspubistik zu verwischen.

### 700 Zuhörer bei Stadtratssitzung

Im Laufe der Sitzung, die im großen Saal des kurfürstlichen Schlosses vor etwa 700 Zuhörern in Anwesenheit des Staatssekretärs Dr. Haberer sowie anderer Regierungsmitglieder und Landtagsabgeordneten von Rheinland-Pfalz stattfand, war von den Sprechern sämtlicher Fraktionen zunächst heftige Kritik daran geübt worden, daß die Landesregierung mit ihrer Umsiedlung nach Mainz solange zögere, obwohl der Wiederaufbau der Stadt durch die Bevorzugung der Regierungsbauten seit 1946 ganz erheblich gehemmt worden sei.

### Gemeinsame Besichtigung erwartet

Oberbürgermeister Stein gab am Schluß der Sitzung dem Wunsch Ausdruck, daß nunmehr die Landesregierung noch im Laufe dieses Monats den Umzugstermin bekanntgebe und bei der vorgesehenen abermaligen Besichtigung der Regierungsbauten in den nächsten Tagen durch die Regierung und den Aeltestenrat des Landtags auch den Hauptausschuß des Stadtrats hinzuziehe.

### Die Entwicklung der Gegensätze

Seitdem sich am letzten Sonntag des Februar nicht nur in der juristischen Frage, ob die Ordonnance 57 gültig sei oder nicht, sondern auch in der Frage der technischen Möglichkeit eines Umzuges der Landesregierung von Koblenz nach Mainz ein erheblicher Gegensatz zwischen der Meinung des französischen Landeskommisariats und der der deutschen Landesregierung ergeben hatte, hat sich das Bild im Streit um Koblenz und Mainz erheblich verändert.

Zunächst stellte der Ministerrat von Rheinland-Pfalz an das französische Landeskommisariat den offiziellen Antrag, jenen Satz der Ordonnance aus dem Jahre 1942 aufzuheben, der die Stadt Mainz zur Landeshauptstadt erklärte. Es ginge lediglich darum, so wurde gleichzeitig erklärt, daß der deutschen Landesregierung freie Hand gegeben würde, selber und ohne äußeren Zwang zu entscheiden, wo sie residieren wolle.

Dann trat der Aeltestenrat zusammen und einigte sich auf eine Entschließung, die zunächst einmal diesen Schritt der Landesregierung billigte. Ernsthaft, so hieß es in dieser Erklärung, werde wohl auch von der Besatzungsmacht im Jahre 1950 eine zwangsweise Überführung der Landesregierung von Koblenz nach Mainz nicht mehr erwogen.

### Das kurfürstliche Schloß

Weiter erklärte der Aeltestenrat, durch die Errichtung des alliierten Sicherheitsamtes in Koblenz sei eine neue Lage geschaffen. Die Frage einer Umsiedlung nach Mainz rücke dann in ein akutes Stadium. Dieser Satz ließ schon erkennen, daß die frühere Haltung des Landtags und der Parteien, die im November für eine Verschiebung, wenn nicht für eine Ablehnung des Umzugs gesprochen hatten, aufgegeben worden ist. Es folgte dann jene Feststellung, die eine Stellungnahme des Mainzer Stadtrats notwendig machte: Die Landesregierung solle die technischen Voraussetzungen für eine

# Saargruben zwischen Gestern und Morgen

Absatzprobleme spitzen sich zu — Kohlevorräte gehen zur Neige / Von Heinz Bott

Saarbrücken, 6. März (NZ). — Die Kohlengruben des Saarlandes sind nun auf 50 Jahre an Frankreich verpachtet worden. Das bedeutet jedoch keine große Änderung des vorherigen Zustandes, da die „Saargruben AG“ nach der Besetzung beschlagnahm und in die französische „Régie des Mines de la Sarre“ umgewandelt worden war. Förderung und Absatz, Verwaltung und Materialbeschaffung, Kapitalverwendung und Gewinnverteilung liegen seit Jahren in Händen der Régie, die der Regierung lediglich summarische Angaben über Förderung und Absatz zukommen läßt.

Will man die Bedeutung der Kohlengruben für die saarländische Wirtschaft ermessen, muß man die Kohlenförderung pro Kopf der Bevölkerung in Deutschland und im Saarland miteinander vergleichen. Während Deutschland 1948 pro Kopf 1,87 Tonnen und 1949 rund 2,22 Tonnen Kohle förderte, kam der saarländische Bergbau in den gleichen Jahren auf 13,96 und 15,8 Tonnen. Diese Menge kann keinesfalls auch nur annähernd im Saarland verbraucht werden; sie ist der wichtigste Posten in der saarländischen Außenhandelsbilanz.

## Förderrekord 1949

1949 erreichte die Kohlenförderung mit 14,3 Mill. Tonnen einen neuen Nachkriegshöchststand. Allerdings wurde die Förderung von 1938 bisher erst zu 87,3 v. H. erreicht. Die Steigerung beruhte weniger auf einer echten Erhöhung der Schichtleistung als vielmehr in der Hauptsache auf der größeren Zahl von Untertagearbeitern. Durch Einstellung von 6100 neuen Arbeitskräften stieg die Zahl der insgesamt im Bergbau beschäftigten Personen auf 63 000. Die Schichtleistung lag im Durchschnitt des Jahres bei 1344 kg gegenüber 1570 kg in 1938. Sie ist damit immer noch ge-

einer vom Atlantik durch Koblenz bis in die Nähe der tschechoslowakischen Vorkommen verlaufenden Linie) erstrecken müssen. Die Régie rechnet damit, daß das Saarland künftig selbst 35 v. H., Frankreich 30 v. H. der Förderung aufnehmen kann, während in Südwürttemberg und Süddeutschland etwa 25 und die restlichen 10 v. H. im Südbelgien, Luxemburg, Westösterreich, Norditalien und der Schweiz abgesetzt werden müssen. Die angestrebte Fördermenge von 17 Mill. t in 1952 soll sich etwa wie folgt verteilen:

Selbstverbrauch und Kraftwerke	2,0 Mill. t
Deputatkohle	0,5 Mill. t
Industrie- und Hausbrand	3,5 Mill. t
Frankreich	6,5 Mill. t
Deutschland	3,5 Mill. t

allerdings erst in 20 Jahren auswirken dürften die Kohlevorräte gehen allmählich zur Neige. Allein im lothringischen Kohlenbecken liegen fünfmal so viel wie im Saarland. Der Kohlenreichtum des Saarbeckens ist, wie kürzlich von der „Régie des Mines“ festgestellt wurde, zwar nicht unbedeutend, doch sind die Reviere minderwertigen Flözen durchsetzt, deren Abbau sich unter den heutigen Verhältnissen nicht lohnt. Vorsichtige Schätzungen kommen zu dem Ergebnis, daß bis zu 1000 Meter Tiefe etwa 2, Mrd. Tonnen abbaufähige Kohle liegen. Bei der heutigen Förderhöhe bedeutet das einen Vorrat für etwa 150 Jahre.

Fest steht jedoch, daß die meisten der jetzt in Betrieb befindlichen Zechen ihre Abbaufelder bereits so weit ausgenutzt haben, daß ihre Vorräte in absehbarer Zeit erschöpft sind. Allein in den nächsten 20 Jahren werden vier Anlagen die Förderung einstellen müssen, da ihr Vorrat bis dahin aufgebraucht ist. In weiteren 30 Jahren werden nochmals sechs Gruben an eine Verlagerung denken müssen. Das bedeutet, daß die Förderergebnisse in fünfzig Jahren wesentlich zurückgehen werden, wenn nicht rechtzeitig neue Schächte abgeteuft und neue Schachtanlagen errichtet werden. Zwar sind noch genügend Felder vorhanden. Bei allen stößt aber der Absatz auf erhebliche Schwierigkeiten; teils auf Gründung der Mächtigkeit der Flöze, teils infolge ungünstiger Grundwasserverhältnisse, schließlich wegen zu schlechter Lage unterhalb größerer Ortschaften.

STAMZ, NL Oppenheim / 20.2. - 38

# Für die Uebersiedlung bereit

Eine Sondersitzung des Mainzer Stadtrates

Mainz, 6. März. (Eigener Bericht.) In Anwesenheit von Staatssekretär Dr. Haberer und zahlreichen anderen Vertretern der Landesregierung und des Landtags, befaßte sich der Mainzer Stadtrat am Montag in einer Sondersitzung noch einmal mit dem Problem der Uebersiedlung von Regierung und Landtag nach Mainz. Es wurde von allen Parteien auf das feierlich proklamierte Anrecht von Mainz als Landeshauptstadt sowie auf die vielen Opfer hingewiesen, die Mainz zumal in finanzieller Hinsicht auf Grund dieser Zusicherung in den vergangenen Jahren geleistet hat. In erfreulicher Einmütigkeit wurden vom Stadtrat nach einer lebhaften Diskussion die letzten technischen Schwierigkeiten zum Umzug der Regierung nach Mainz dadurch aus dem Wege geräumt, das die erforderlichen Räume im Kurfürstlichen Schloß zur Verfügung gestellt werden, während das Eigentumsrecht an diesem kostbaren, altehrwürdigen Bau der Stadt Mainz erhalten bleibt.

verband Rheinhessen rechnet mit einem guten Besuch dieser Arbeitstagung, zumal aktuelle Fragen zur Aussprache gestellt werden.

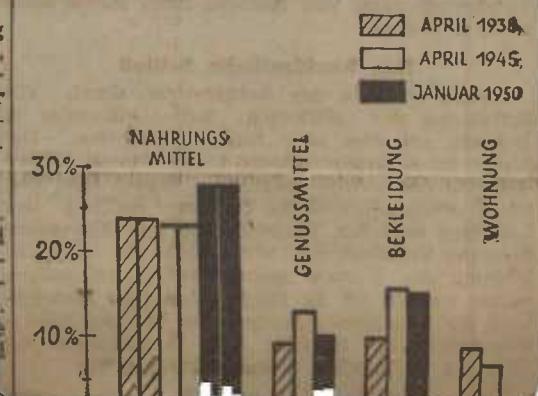
## Wofür das Geld Die Haushaltshaushalte ei

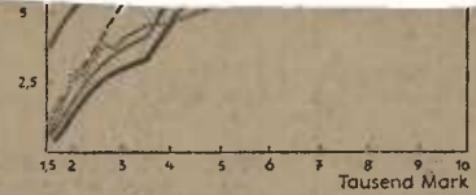
Wien, 6. März (NZ). — Ueber die Hälfte der Ausgaben einer durchschnittlichen österreichischen Arbeiterfamilie entfällt heute auf der Einkauf von Nahrungsmitteln und 2 v. H. der Gesamtaufwendungen werden für die Wohnungsmiete benötigt; für Genussmittel (10,2 v. H.) wird dreimal so viel Geld ausgegeben wie für Bildung und Unterricht.

Neben diesen Prozentsätzen veröffentlicht das Österreichische Institut für Wirtschaftsforschung in seinem letzten Bericht Ziffern über den Anteil der einzelnen Posten im Familienbudget. Auffallend ist, daß für Verkehrsmittel und deren Benutzung fast die gleiche Summe aufgewendet wird wie für Bildung und Unterricht, d. h. für Lesestoff aller Art, Theater- und Kinobesuche sowie Rundfunk und Fernsprecheinrichtungen zusammen.

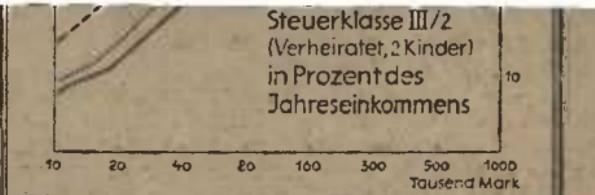
### Verschiebungen seit 1938

Aufschlußreich sind auch die Verschiebungen, die sich seit 1938 ergeben haben. Der Anteil der Nahrungsmittelausgaben am Gesamtaufwand stieg von 47,7 auf 55,5 v. H.; der der Auf-





F.A.Z.



F.A.Z.

## Industrie in der Pfalz

zubauenden Firma um die Herstellung von Hobelmaschinen, Langtisch-, Flach-Schleifmaschinen, Bohr- und Fräserwerkzeuge für die Metallbearbeitung und so weiter.

Die Adler-Werke selbst sind durch Kriegszerstörungen und Demontage außerordentlich schwer betroffen worden. Werk II ist heute noch von amerikanischen Truppen besetzt, Werk III noch an die amerikanische Autogen-Abteilung vermietet. Das für den Wiederaufbau freie Werk I konnte den Kraftfahrzeugbau noch nicht wieder aufnehmen.

Der Abschluß für 1947 fand die Zustimmung der HV. Der Jahresverlust 1947 von 0,95 Millionen Reichsmark steigert sich um den Verlustvortrag aus den vorausgegangenen Jahren auf 6,74 Millionen RM für neue Rechnung. Der bisherige Aufsichtsrat wurde

StAMZ NL Oppenheim 1202 39  
Betriebsrat gegen Mainz

Koblenz, 7. März. Der Gesamtbetriebsrat der Landesregierung hat sich erneut mit der Frage des Umzugs der Landesregierung befaßt sich mit der Erklärung des Aelfestenrats des Landtags von 1. März 1950 Stellung genommen. Der Betriebsrat fürchtet, daß mit dieser Erklärung bereits die endgültige Entscheidung gefallen ist und gibt seinem starken Befremden darüber Ausdruck, daß in der Erklärung mit keinem Wort der sozialen Belange der etwa 1000 Arbeitnehmer der Landesregierung gedacht worden ist.

Der Gesamtbetriebsrat habe den Eindruck, daß seine zahlreichen Eingaben sowohl bei der Landesregierung als auch beim Landtag offenbar bisher nicht gebührend berücksichtigt wurden. Er habe geglaubt, von der gewählten Volksvertretung des Landes erwarten zu dürfen, daß sie nicht nur die Wünsche der unmittelbar an der Landeshauptstadtfrage interessierten Gesprächspartner prüfe, sondern auch denjenigen Staatsbürgern Gehör schenke, die von der Frage der Landeshauptstadt am meisten betroffen würden. A.Z.8.3.50

man der amtlichen Statistik Glaubenschenken darf, sind die ha-Erträge bei Getreide um 22 Prozent gestiegen. Zum Vergleich: Vor dem Kriege wurden bei Weizen vom ha 8 dz weniger als in Deutschland geerntet. Immerhin sollte man der Leistungssteigerung der französischen Agrarproduktion die ihr zukommende Beachtung schenken. Die gegen Trockenheit besonders empfindlichen Hackfrüchte sind im Ertrag 1949 natürlich zurückgeblieben. Aber im Jahre 1948 wies die Kartoffelernte von ha eine 35-prozentige Steigerung auf, während die Zuckerrüben einen um 6 Prozent höheren Ertrag gegenüber dem Vorkriegsdurchschnitt zu verzeichnen hatten. Amtliche französische Quellen führen das vor allem auf eine Verbesserung des Saatgutes und der Anbaumethoden zurück.

Die starke Zunahme der Futterflächen läßt sich einmal durch eine ständig gestiegene Nachfrage nach Fleisch und Molkereiprodukten erklären, dann aber

# Die Regierung kann kommen - die Räume sind da!

Letzte Schwierigkeiten zur Uebersiedlung nach Mainz beseitigt / Einmütigkeit in der Sondersitzung des Stadtrats

A-Z  
7.3.50

F. J. Dem Einzug der Landesregierung und des Landtags von Rheinland-Pfalz steht nichts mehr im Wege! In einer zwar zunächst recht lebhaften Sondersitzung des Stadtrats, die aber nach dem Für und Wider der Meinungen in einer wohltuenden Atmosphäre von Einmütigkeit ausklang, wurden die letzten technischen Schwierigkeiten beseitigt, die der Regierung in Koblenz bisher zum Vorwand dienten, um ihre vielfach ablehnende Haltung zu begründen. Es liegt nunmehr einzig und allein am guten Willen der Landesregierung und des Landtags, Mainz als der schon vor Jahren proklamierten Landeshauptstadt endlich ihr feierlich verbrieftes Recht zukommen zu lassen. Die erforderlichen Räumlichkeiten hat der Stadtrat zur Verfügung gestellt. Wahr nicht das ganze Kurfürstliche Schloß, und auch nicht als Geschenk. Denn es verbleibt bis zu einer endgültigen Lösung für die Zwecke und Aufgaben der Regierung und des Landtags noch genug Raum in einigen Flügeln des Schlosses, ohne daß deshalb Mainz die Eigentumsrechte an seiner kostbaren Gut' Stubb aufzugeben braucht.

Die zahlreichen Zuschriften, die uns noch in letzter Minute auf den Tisch flatterten; die Stellungnahmen aus den Kreisen der Bevölkerung, aus Mainz selbst wie von drüben am anderen Ufer, vor allem aber auch aus den Reihen der evakuierten Mainzer; die Schreiben, die uns zwischen der Bekanntgabe der Zusammenkunft des Stadtrats und der Sondersitzung in aller Eile erreichten, teils ungeschminkt und frisch von der Leber weg geschrieben, teils in flüssige Reime gesetzt — in diesem außergewöhnlich lebhaften Echo des Publikums spiegelte sich bereits das große Interesse wider, das man allenfalls dem Mainzer Problem Nummer 1 entgegenbringt. So war auch vorauszusehen, daß die Öffentlichkeit von der Möglichkeit, an der in das Kurfürstliche Schloß gelegten Sondersitzung teilzunehmen, weitgehend Gebrauch machen würde. Die vielen Stuhlräume für die Zuhörer, die den größten Teil des Saales füllten, waren dicht besetzt. Aber auch die Landesregierung und der Landtag bekundeten durch die Anwesenheit verschiedener Vertreter, vor allem von Staatssekretär Dr. Haberer, welche Bedeutung man auch dort dem Ausgang der Sitzung beimaß.

Obwohl reichlich Spannungsmomente vorhanden waren und ab und an auch eine gewisse Schärfe in die Debatte einblendet, nahm die Sitzung erfreulicherweise einen sachlichen, würdigen Verlauf. Klar war man sich bei allen Fraktionen des Hauses, daß Mainz rechtlich und moralisch einen Anspruch darauf hat, wie zugesichert, Landeshauptstadt zu werden. Es wurden im Verlauf der Sitzung noch einmal alle die unermesslichen Opfer, nicht nur finanzieller Art, in Erinnerung gerufen, die Mainz nun schon im Laufe der Jahre im Vertrauen auf das einmal gegebene Wort gebracht hat. Und es kristallisierte sich deutlich heraus, was heute für unsere Vaterstadt auf dem Spiel steht. In dieser ernsten Situation sahen sich die Stadtväter einer schweren Verantwortung gegenüber. Sie hatten eine Entscheidung zu treffen, die das Schicksal und die Entwicklung von Mainz für lange Zeit bestimmen wird.

## Der Bericht des Oberbürgermeisters

Als Oberbürgermeister Stein in die Sondersitzung gegen 15.30 Uhr eröffnete, lag es nahe, angesichts der Masse der Hörer zunächst kurz darauf hinzuweisen, daß auf Grund der Hausordnung jegliche Beifalls- oder Mißfallensäußerungen des Publikums zu unterbleiben hätten. Daß die Beachtung solcher Richtlinien den Zuhörern nicht immer leicht gefallen ist, braucht nicht betont zu werden. Doch man bewahrte, so gut es ging, trotz des zeitweilig bewegten und erregten Wellenschlags im Haus Ruhe und Ordnung.

Mit lebhafter Anteilnahme wurde der Bericht des Oberbürgermeisters aufgenommen, der den Beschuß des Altestenrats des Landtags Rheinland-Pfalz zur Frage der Uebersiedlung von Landtag und Landesregierung nach Mainz skizzierte und zu den an diese Uebersiedlung geknüpften Bedingungen und damit verbundenen Verhandlungen Stellung nahm. Oberbürgermeister Stein umriß in diesem Zusammenhang in großen Zügen den Ablauf des Geschehens während der vergangenen Jahre, wobei die Ordonnanz Nr. 57 der Besatzungsmacht eine besondere Rolle spielt, und das der Öffentlichkeit, aus zahlreichen Berichten und Erörterungen in der „A. Z.“ bereits bekannt ist.

„Die Bürger der Stadt Mainz“, so führte Oberbürgermeister Stein u. a. aus, „haben dieses einseitige Festhalten am Prinzip, d. h. unter allen Umständen alle anfallenden Materialien und die vorhandenen Arbeitskräfte für den Wiederaufbau von Verwaltungsgebäuden einzusetzen und die Instandsetzung von Wohnungen für Staatsbedienste vorzunehmen, nicht ohne Mützen aufgenommen. Sie haben aber damit die Hoffnung verbunden, daß für die Stadt und die Einwohner später ein Ausgleich in der Richtung erfolgt, daß Mainz Landeshauptstadt wird. So kam es, daß erhebliche Mittel in den Wiederaufbau nach Mainz flossen, aber nicht verwendet wurden, um Wohnungen für die Bürger der Stadt zu schaffen.

oder heute noch genau so in ihrem Ruinenbestand vorhanden wie zuvor.

Ich darf Sie daran erinnern, daß gegen den entschiedensten Widerspruch der Stadt Mainz und der Landesregierung z. B. 133 Holzhäuser im Grüngürtel der Stadt Mainz oder in den Vororten errichtet werden mußten, die allein einen Aufwand von weit über 6 Millionen DM ausmachen. Alle diese Maßnahmen wurden zwar mit innerem Unwillen übernommen und durchgeführt, aber in der Erwartung getragen, daß die Landesregierung, getreu ihren wiederholten abgegebenen Versprechungen, zu gegebener Zeit in Mainz residieren würde.“

## Eine kategorische Forderung

Im weiteren Verlauf seiner Ausführungen erinnerte der Oberbürgermeister dann an die „verunglückte Besichtigung“ vor einer Woche und berichtete über die Unterredung, die er kürzlich mit dem Minister der Finanzen, Dr. Hoffmann, hatte und in deren Verlauf dieser kategorisch forderte, daß sich die Stadt Mainz binnen 8 Tagen zu entscheiden habe, ob sie dem Land das Kurfürstliche Schloß zu Eigentum übertrage. Der Eigentumsübergang solle schenkungsweise erfolgen. Das Kurfürstliche Schloß solle den Zwecken des Landtags dienen. „Der Landtag lehne es ab und halte es unter seiner Würde, in einem gemieteten Hause zu tagen. Es sei vielmehr so, daß der Landtag nunmehr lange genug in Koblenz im Hause der Katholischen Lese-Gesellschaft, dem Görres-Haus, zu Miete gewesen sei und sich jetzt darum bemühe, in ein eigenes Haus zu kommen. Der Finanzminister erklärte, daß das Land nicht abgeneigt sei, für die schenkungsweise Übertragung des Kurfürstlichen Schlosses im Austausch die Restbestände des Großherzoglichen Schlosses, d. h. des Deutschauses, der Stadt zu übertragen.“

## Mainz verschenkt sein Schloß nicht

„Ich für meine Person“, so betonte der Oberbürgermeister weiter, „habe ebenso wie der bei der Besprechung anwesende Regierungspräsident Dr. Rückert sofort erklärt, daß eine schenkungsweise Übereignung meiner Überzeugung nach nicht in Frage kommen könnte, weil das Kurfürstliche Schloß einen wesentlichen Aktivposten in den noch vorhandenen Vermögenswerten der Stadt Mainz darstellt. Nach der Wiederherstellung hat sich das Schloß, wie alle Mainzer wissen, in den letzten beiden Monaten außerordentlich bewährt und stellt auch nach der wirtschaftlichen Seite hin einen nicht unbedeutlichen Pluspunkt dar. Das Schloß mit seinen Räumen versetzte uns in die Lage, Mainz wieder zur Kongreßstadt werden zu lassen, und es ist Ihnen bekannt, daß es der Initiative der Stadtverwaltung gelungen ist, das Deutsche Sängerfest 1951 nach Mainz zu ziehen, weil die Räume des Kurfürstlichen Schlosses für die Benutzung angeboten werden konnten. Für die nächsten Monate, Wochen und Tage findet das Schloß vielseitige Verwendung, wie Sie aus dem Terminkalender der Stadtverwaltung entnehmen können.“

Selbstverständlich wurde von mir sofort erklärt, daß absolute Neigung besteht, der Landesregierung und dem Landtag den im Rohbau fertiggestellten rheinseitigen Flügel des Schlosses, der durchaus repräsentativen Charakter trägt, anzubieten.“

## Ein Antrag der Stadtverwaltung

Nachdem der Oberbürgermeister die Anträge der CDU- und der FDP-Fraktion vorgelesen hatte, die unseren Lesern schon aus der gestrigen Nummer der „A. Z.“ bekannt sind, fügte er folgenden Antrag der Stadtverwaltung hinzu:

„I. Bei Uebersiedlung der Landesregierung und des Landtags nach Mainz stellt die Stadt Mainz diesen den rheinseitigen Teil des Kurfürstlichen Schlosses sowie den im Greiffenklauteil über den Restaurationsräumen gelegenen Raum zwecks Ausbau und Einrichtung nach ihrem Belieben und zu ihrer alleinigen Benutzung solange zur Verfügung, als Landtag und Landesregierung nicht in anderen Gebäuden unterkommen. Wegen Unterbringung der Museen usw., die deswegen aus dem Kurfürstlichen Schloß herausgenommen werden müssen, ist eine besondere Vereinbarung zwischen Landesregierung und dem Oberbürgermeister der Stadt Mainz zu treffen.“

II. Die Stadt Mainz stellt den großen Saal des Kurfürstlichen Schlosses (Greiffenklauteil) nebst Nebensälen dem Land zur Mitbenutzung solange zur Verfügung, bis die unter I. genannten Räumlichkeiten vom Land erstellt und eingerichtet sind.

III. Der Oberbürgermeister wird beauftragt, dies der Landesregierung und dem Landtag zur Kenntnis zu bringen und mit

diesen Verhandlungen wegen der Festlegung der Einzelheiten durchzuführen.

IV. Der Stadtrat beschließt, daß an seiner Stelle der Altestenrat dem Oberbürgermeister bei diesen Verhandlungen, soweit als notwendig, zur Verfügung steht. Der Oberbürgermeister wird ermächtigt, nach Anhörung des Altestenrates die Verhandlungen mit der Landesregierung und dem Landtag zum Abschluß zu bringen und dem Stadtrat alsdann Mitteilung zu machen.“

## Das Tauziehen Koblenz—Mainz

Damit hatte der Oberbürgermeister nun mehr den Rahmen für die kommenden Erörterungen und Entschlüsse abgesteckt. Als Fraktionsvorsitzender der CDU nahm Stadtratsmitglied Gahr das Wort, um den Antrag der CDU zu begründen. Dieser ursprüngliche Antrag war übrigens durch eine neue Formulierung ersetzt worden, in der zusätzlich gefordert wurde, daß die näheren Bedingungen wegen der Übergabe des Schlosses in Verhandlungen des zu bildenden Ausschusses mit den in Frage kommenden Stellen festgelegt werden sollten. Stadtrat Gahr hob u. a. hervor, daß das Tauziehen zwischen Mainz und Koblenz noch nicht beendet sei.

Zum Antrag der FDP äußert sich Stadtrat Christ. Der Regierung in Koblenz macht er den Vorwurf, daß sie ernstlich nicht den Willen zur Uebersiedlung habe. „Die Regierung steckt den Kopf in den Sand, bekennt keine Farbe und zieht die Verhandlungen in die Länge.“ Besonders wandte sich Stadtrat Christ gegen die Art und Weise, in der Landesregierung und Altestenrat des Landtags sich in jüngster Zeit bemühen, die Uebersiedlung zu bremsen, „um nicht zu sagen, zu sabotieren“.

Bei Eröffnung der Diskussion äußerte sich zunächst Stadtrat Herrmann (SPD) zu den Anträgen. Seine Fraktion sei maßlos über den CDU-Antrag überrascht gewesen. Die SPD-Fraktion erwarte, daß die Landesregierung endlich ihr Versprechen einlöse, sei aber nicht gewillt, im Zusammenhang damit Konzessionen hinsichtlich des Schlosses zu machen oder dieses gar zu verschenken. Seine Fraktion lehne den Antrag der CDU ab.

Im ähnlichen Sinne äußerte sich auch der Sprecher der kommunistischen Fraktion, das Stadtratsmitglied Wittmann. Die KPD-Fraktion habe an dem Tauziehen Koblenz—Mainz überhaupt kein Interesse.

Stadtrat Zickwolff (CDU) nahm Stellung zu der Kritik an dem CDU-Antrag und betonte, es gehe der CDU-Fraktion darum, in Mainz einen neuen politischen, wirtschaftlichen und kulturellen Schwerpunkt zu bilden. Darum müsse erst einmal die fertige Tatsache geschaffen werden: Mainz als Landeshauptstadt. Angesichts des Ernstes der Lage und in Wahrung der vaterstädtischen Interessen habe die CDU ihren Antrag gestellt. Man wolle endlich das ganze Problem von den Fesseln der Bürokratie befreien und dafür sorgen, daß es offen und breit in der Stadtverwaltung wie in der Landesregierung diskutiert und auf einen gemeinsamen Nenner gebracht werde.

## Überfraktionelle Einigung

Nachdem sich noch verschiedene Vertreter der einzelnen Fraktionen geäußert hatten, wurde auf Wunsch der SPD und der CDU die Sitzung auf 20 Minuten unterbrochen. Nach Beendigung der Pause betonte Stadtrat Herrmann, daß diese Unterbrechung von Segen und Vorteil gewesen sei. Über die Fraktion hinweg habe man sich zusammengefunden und den ersten Absatz des Antrags der Verwaltung gut geheißen. Auch Oberbürgermeister Stein gab seiner Freude darüber Ausdruck, daß nunmehr alle Schwierigkeiten aus dem Wege geräumt wurden. Er hoffte, daß der anwesende Staatssekretär Dr. Haberer gleichfalls von diesem erfreulichen Ergebnis beeindruckt sei.

Bei der Abstimmung ergab sich, daß — bis auf eine Gegenstimme und zwei Stimmenthaltungen auf der Linken — sich das Haus geschlossen dazu bekannte, der Landesregierung und dem Landtag in Mainz die erforderlichen Räume im Schloß zur Verfügung zu stellen, ohne daß deshalb Mainz das Eigentumsrecht an seiner kostbaren „Gut Stubb“ verliert. Der Stadtrat und die Zuhörer nahmen diese Schlußklärung des Oberbürgermeisters mit starkem Beifall auf.

## Erstattung überzählig



**Föderalismus?**

heß sich der Bundeskanzler im Ernst gegen das Gerücht zur Wehr setzen muß, er habe zusammen mit dem früheren Kommandeur der Division „Großdeutschland“ und einigen nationalsozialistischen Gauleitern eine neue Wiederaufstüfung vorbereitet, will einem immer noch nicht in den Kopf. Wir weigern uns jedenfalls, an den Gesprächen über die Verbindungen zwischen Herrn Adenauer und Herrn von Manteuffel teilzunehmen und überlassen das phantasiebegabten Federn.

Was der Kanzler in Königswinter zur Frage der Sicherheitsgarantie für Deutschland sagte, wiederholte alte Forderungen. Neu ist aber seine Anklage gegen den Bundesrat. Es liegt eine tragische Ironie darin, daß sich Herr Adenauer, zum mindesten bis zum Herbst 1949 einer der entschlossenen Föderalisten Deutschlands, heute gegen eine Einrichtung wenden muß, die den Föderalisten als der sinnfälligste Ausdruck ihrer Staatsanschauung erschienen war. Zu seiner Unzufriedenheit mag beigetragen haben, daß er in seiner Arbeit mehr als einmal den Bundenrat als hemmend empfunden hat.

Aber zweifellos ruht er an ein tieferes Problem, wenn er darauf hinweist, daß die Mitglieder des Bundesrats oft nach den Wünschen ihrer Parteileitungen abstimmen, nicht aber einen geschlossenen Willen der heimatlichen Länder-Regierungen darstellen. Das widerspricht auf das entschiedenste der Grundauffassung vom Wesen des Föderalismus.

Die sprengende Ursache liegt darin, daß sich der Föderalismus heute weit stärker als in vergangenen Jahrzehnten und Jahrhunderten mit einer Macht auseinandersetzen muß, die ihm wesensfremd ist: mit den Parteien. Von ihnen denken zum mindesten einige in Deutschland betont zentralistisch. Als man nach 1945 für den deutschen Föderalismus wieder eine verfassungsrechtliche Form suchte, dachte man nicht daran, wieviel sich verändert hat, seitdem die Parteien das Erbe der Dynastien angetreten haben. Man wird noch häufiger sehen, daß von hier aus eine schlechende Krankheit in die Staatswelt des Föderalismus eingedrungen ist.

**Hans Böckler**

hd. Düsseldorf, im Februar.

Kaum ein anderer Angehöriger des politischen Lebens in Deutschland erfreut sich bei seinen politischen Freunden wie bei seinen sachlichen Gegnern einer solchen Wertschätzung wie Doktor Hans Böckler, der am Sonntag fünfundsiebenzig Jahre alt geworden ist. Daß der Erste Vorsitzende der Sozialdemokratischen Partei, Dr. Schumacher, in Köln zu den persönlichen Gratulanten gehört hat, ist selbstverständlich, denn Böckler ist selbst seit 1894 Mitglied der Sozialdemokratischen Partei. Aber auch der Bundeskanzler und Erste Vorsitzende der westdeutschen Christlich-Demokratischen Union und Christlich-Sozialen Union, Dr. Adenauer, politisch zwar oft mit Böckler nicht einverstanden, menschlich dem ungefähr Gleichaltrigen nicht nur durch die Abgeklärtheit des Alters, sondern offenbar auch durch ein gleich zähes, zielstrebiges Temperament verbunden, begrüßte persönlich den Jubilar.

Böckler, der im vergangenen Jahr auf dem Münchener Gründungskongreß zum Ersten Vorsitzenden des Deutschen Gewerkschaftsbundes für die gesamte Bundesrepublik gewählt wurde und der schon seit seinem neunzehnten Lebensjahr in der Gewerkschaftsbewegung tätig ist, versteht es, mit klugem Geschick die parteipolitischen Gegensätze aus der neuen deutschen Gewerkschaftsbewegung fernzuhalten und trotzdem mit unabsehbaren Konsequenzen seine gewerkschaftlichen Ziele zu verfechten.

Kein Wunder, daß ernsthafte und kluge Männer aus allen Parteien ihn schätzen, kein Wunder auch, daß die britische Oberkommission und chemals die britische Militärregierung besonders gern mit Böckler verhandeln. Kurzlich war er in England, und sein Wort hat Gewicht bei den Besatzungsbehörden, sie sehen in ihm vielleicht am ehesten etwas von der Eigenart eines Politikers nach britischem Maßstab und ritterlich, im Gegner immer den Menschen achzend, ohne blinde Leidenschaft und ohne politischen Haß.

Wenn die juristische Fakultät der Universität Köln den Mann, der sich um den Wiederaufbau der deutschen Gewerkschaftsbewegung nach dem Krieg besonders verdient gemacht hat, im vergangenen Jahr zum Ehrendoktor ernannt, dann ist damit die Anerkennung für den einfachen Fuhrmannssohn aus Mittelfranken weit hin sichtbar zum Ausdruck gekommen. Diese Anerkennung genügt er weit über die Grenzen des politischen und wirtschaftlichen Bereiches im gesamten öffentlichen Leben. Durch Fleiß und Idealismus hat sich der junge Silberschnied Böckler schon vor dem ersten Weltkrieg zu einem der ersten Männer der damals verpönten Gewerkschaftsbewegung emporgearbeitet, er hat mit dem gleichen Idealismus während des zweiten Weltkrieges die illegale Gewerkschaftsbewegung geführt, von den Machthabern des Dritten Reiches dafür verfolgt. Heute steht der Fünfundsiebzehnjährige, wie er meint, erst am Anfang der großen gewerkschaftlichen Aufgaben.

Ulrich, der stellvertretende Ministerpräsident der Deutschen Demokratischen Republik, hat sich zu einem Kuraufenthalt in die Sowjetunion begeben.

**Entscheidende Besichtigung in Mainz**

Die Voraussetzungen für den Umzug der Landesregierung sind erfüllt

Na Mainz, 26. Februar. (Eigener Bericht) Am Sonntagnachmittag gegen 15 Uhr traf Ministerpräsident Peter Altmeier in Bogleitung von Staatssekretär Dr. Haberer und Landeskommisar Hettier de Boislambert in Mainz ein, um die für die Überbringung der Landesregierung und des französischen Landeskommisariats errichteten und ausgebauten Räume eingehend zu besichtigen.

**Unliebsame Überraschungen**

Die Umstände, unter denen diese Besichtigung stattfand, standen teilweise in einem Mißverhältnis zu der für das ganze Land Rheinland-Pfalz bedeutsamen Frage, die hierbei zu klären war. Die französischen Herren waren einigermaßen überrascht, als sie erfuhren und sahen, daß zwei große Säle, die sich durch zwei Stockwerke erstrecken, bereits von der Post in Anspruch genommen worden waren, die dort ihre Apparate für den Ausbau der Fernsprechzentrale aufgestellt hatte. Der Landeskommisar erklärte, daß das ganze Gebäude beschlagnahm gewesen und nur für die Landesregierung freigegeben worden sei. Deutsche Vertreter mußten ihm antworten, daß die Post stillschweigend die leerstehenden Räume im Anspruch genommen habe, die sie allerdings früher für ihre Zwecke selbst erichtet habe.

Peinlich wurde die Situation dann im Woolworth-Gebäude. Hier war nicht nur die erste Etage durch Verkaufsraume belegt, sondern auch in der zweiten Etage waren Handwerker und Anstreicher fleißig bei der Sonntagsarbeit, um auch hier alle Vorkehrungen für Zwecke des Kaufhauses zu treffen.

**Der Amtssitz des Ministerpräsidenten**

Bei der anschließenden Besichtigung des Bassenheimer Hofes und des Hauses Maack zeigte sich, daß hier alles in bester Ordnung war. Ministerpräsident Altmeier deutete an, daß er selbst seinen Amtssitz in dem Bassenheimer Hof nehmen werde.

Die Besichtigungsfahrt fand ihren Abschluß in den Bürobaracken der Generalbaudirektion an der Wallstraße, die neuerdings ebenfalls zur Aufnahme der Landesverwaltung in Betracht gezogen werden. Es verlautete, daß hier, wo man mit den einfachsten Mitteln durchaus brauchbare Räume geschaffen hat, das Wiederaufbauministerium untergebracht werden soll.

**Nicht leichten Herzens**

Daß die Stimmung der Koblenzer Herren nicht gerade günstig war, war verständlich. Der Ministerpräsident gab das unserem Mitarbeiter in einer kurzen Besprechung zu. Auf die Frage, ob nun die Landesregierung durch die Errichtung des Alliierten Sicherheitsamtes in Koblenz in Verlegenheit komme, erhielt der Mitarbeiter zwar keine bejahende Antwort, Altmeier meinte jedoch, daß man doch schlecht Ministerien in einem Hause einquartieren könne, das im Erdgeschoss ein Warenhaus beherberge. Außerdem seien die Besitzverhältnisse an diesem Hause sehr kompliziert, da es ja ursprünglich jüdisches Eigentum gewesen, dann beschlagnahmt und nachher in das Wiederaufbauprogramm einbezogen worden wäre.

Auch die Tatsache, daß die Post die zwei Säle für ihre Telefonapparatur in Benutzung genommen habe, sei schwierig, denn eine Landesregierung benötigt ja schließlich auch ein gut ausgebautes Fernverbindungsnetz. Im übrigen könnte man wohl nach dem Eindruck, den diese Besichtigungen durch ihre organisatorischen Mängel gemacht haben, begreifen, daß die Regierung nicht leichtes Herzens ihre gut eingerichteten Gebäude in Koblenz aufgeben und nach Mainz ziehen wolle.

Von der Wallstraße fuhr man dann zur französischen Bezirksdelegation am Fischtorplatz, wo die deutschen und französischen Vertreter eine längere Konferenz abhielten. Wie man erfuhrt, wurde bei dieser Besprechung sowohl die materielle, wie die juristische Frage besprochen.

**Entscheidungsrecht des Landtages?**

Unser Mitarbeiter fragte den Ministerpräsidenten im Anschluß an die Konferenz nach der juristischen Seite der Angelegenheit. Bekanntlich wurde im Herbst 1946 durch eine Ordonnance von General König gleichzeitig in der Proklamation des Landes Rheinland-Pfalz verfügt, daß Mainz Landeshauptstadt sei, daß jedoch die Regierung erst dann in Mainz ihren Sitz nehmen solle,

**Stimmen der Leser**

Ohne Verantwortung der Redaktion

**Die Schulentlassung**

In einer Versammlung der gesamten Elternschaft der vor der Entlassung stehenden Schüler und Schülerinnen der 8. Klasse der Gemeinde N.-Saulheim wurde am 14. Februar durch einstimmigen Beschuß gegen die Schulenlassung der 8. Klasse am Osterfest 1951 Beschwerde eingereicht. Diese Enthüllung wurde von 42 Eltern der Gemeinde Nieder-Saulheim, die von dieser Maßnahme betroffen sind, unterschrieben und es wurde einstimmig gefordert, daß die Kinder zum Herbst 1950 aus der Volksschule entlassen werden. Als Begründung wurde angeführt:

Unsere Kinder sind durchweg körperlich sehr gut entwickelt und besitzen die nötige Reife, um im Herbst 1950 aus der Volksschule entlassen zu werden. Bei den Kindern handelt es sich überwiegend um Söhne und Töchter von kleinen Landwirten, deren Aufall um ein weiteres Jahr für die Eltern in der heutigen Zeit sehr hart auswirkt, zumal der Kräftebedarf an Landwirtschaftlichen Arbeitskräften bei weitem nichtdeckt werden kann. Durch die steuerlichen Belastungen ist es den Kleinlandwirten oft nicht möglich, betriebsstreuende Arbeitskräfte einzustellen. Sie sind größtenteils auf ihre Kinder angewiesen. Bei den übrigen Kindern handelt es sich um Söhne und Töchter von Arbeitern, die ebenfalls auf die Hilfe bzw. den späteren Verdienst ihrer Kinder angewiesen sind. Eine Zurückstellung um fast ein Jahr wirkt sich bei diesen in bezug auf ihr Lehrverhältnis sehr nachteilig aus und es ist verfehlt, einen jungen Menschen an seinem Fortkommen bzw. in seiner Existenz zu hemmen. Einige Kinder der

wenn die baulichen Voraussetzungen gegeben seien.

Man kann durchaus die Frage diskutieren, ob diese Ordonnance heute nach dem Inkrafttreten des Besetzungsstatutes noch ihre Gültigkeit habe, oder ob es im Ermessen der deutschen Hilfsstellen, nach allem aber des Landtages liege, von sich aus zu bestimmen, ob Koblenz zur endgültigen Hauptstadt erklärt werden solle, oder Mainz.

Der Ministerpräsident antwortete auf die Frage unseres Mitarbeiters, daß sein heutiger Besuch in Mainz damit nichts zu tun habe. Er sei lediglich die Folge des bekannten Landtagsbeschlusses vom 29. November, durch den die Übersiedlung nach Mainz verlängt wurde, weil die technischen Möglichkeiten damals noch nicht vorhanden gewesen seien. Er sei aber der Meinung, daß das Besetzungsstatut dem Landtag freie Hand für eine Entscheidung gebe, da die Ordonnance 57 nunmehr nicht mehr gültig sei. Wenn schon die drei Hochkommisare es dem Bundestag überlassen hätten, die Wahl zwischen Frankfurt und

Bonn als Bündessitz zu treffen, so müsse dem deutschen Landesparlament gegenüber einem einzigen Hochkommisar ja erst recht diese Möglichkeit gegeben sein. Allerdings kommt die Regierung durch die Errichtung des Alliierten Sicherheitsamtes in Koblenz in eine gewisse Verlegenheit.

**Die technischen Voraussetzungen erfüllt**

Von der Wallstraße fuhr man dann zur Bezirksdelegation am Fischtorplatz, wo die deutschen und französischen Vertreter etwa eine Stunde lang konferierten. Ein Sprecher des Bezirkskommisariates teilte der Presse mit, die beiden deutschen Herren hätten zugestanden, daß die technischen Voraussetzungen für die Übersiedlung der Landesregierung erfüllt seien. Staatssekretär Dr. Haberer habe seinerzeit den Bedarf an Bürosräumen auf vierhundert beziffert, 392 Räume stünden zur Verfügung. Beide Seiten hätten ihren Standpunkt zu der juristischen Frage klargestellt. Hierüber sei es bei der Unterstrichung der einander widersprechenden Ansichten geblieben.

**Erklärungen von Hettier de Boislambert**

Gegen 5.30 Uhr bat Landeskommisar Hettier de Boislambert die Presse zu einer Konferenz, in deren Verlauf er ausführlich seinen Standpunkt bekanntgab. Beide Behörden hätten gemeinsam diese Besichtigung beschlossen gehabt, da einmal das kommende Frühjahr den Umzug der Landesregierung möglich mache und die materiellen Voraussetzungen nun durch persönlichen Augenschein geprüft werden müßten. Außerdem sei die Errichtung der Alliierten Sicherheitsbehörde in Koblenz in Angriff genommen worden. Der Landesregierung ständen in Mainz der Bassenheimer Hof, das Haus Maack, das Woolworth-Gebäude und das Tele-Haus (die beiden letzteren zum größten Teil) sowie die drei Häuser zur Verfügung, in denen jetzt noch das Bezirkskommisariat am Fischtor untergebracht sei. Hinzu kämen die Bürosäume des Generaldirektors für den Wiederaufbau an der Wallstraße, so daß insgesamt 392 Zimmer für die Ministerien zur Verfügung ständen. Es sei festgestellt worden, daß diese Räume jederzeit bezogen werden könnten und auch so würdig ausgestattet seien, wie er selbst es für erforderlich halte. Hinzu kämen etwa 800 Wohnungen, die als erste Etappe für die Unterbringung der Beamten ausreichend seien. Davon seien völlig fertig und bezugsfertig, so daß der Bevölkerung der Stadt Mainz durch die Unterbringung der Beamten keinerlei Nachteile erwünschen. Er brauche wohl nicht ausführlich zu begründen, welche beträchtlichen Vorteile die Übersiedlung der Landesregierung für Mainz und seine gesamte Einwohnerschaft mit sich bringe.

**„Die beste Lösung“**

Aber auch Koblenz habe von der Verlegung der Landesregierung nur Vorteile zu erwarten. Die Errichtung des Alliierten Sicherheitsamtes in Koblenz sei eine geschlossene Sache. Das ganze Rheinland würde sich freuen, wenn im Zuge dieser Bauarbeiten das Koblenzer Schloß wieder aufgebaut werde. Da außerdem weitere Bauten für die Unterbringung der Beamten des Sicherheitsamtes erstellt würden, da die Landesregierung mit ihren Beamten Koblenz

verlässe, und außerdem das französische Landeskommisariat nach Mainz verlegt würde, so würden die Interessen der Koblenzer Bevölkerung durch das Sicherheitsamt keinesfalls beeinträchtigt. Er hoffe, daß das Gebäude, in dem jetzt das Landeskommisariat arbeite, für eine Bundesbehörde, vielleicht sogar für ein Ministerium, in Betracht komme, denn es werde von dem Sicherheitsamt nicht in Anspruch genommen. Es vereint sich also bei der Übersiedlung der Landesregierung von Koblenz nach Mainz auf glücklichste die Interessen beider Städte des Landes.

Es gäbe natürlich eine Anzahl von Leuten, die am liebsten alles beim alten lassen wollten. In diesem Falle würde nach Mainz weder eine deutsche noch eine französische noch eine andere alliierte Behörde kommen. Die leerstehenden Wohnungen in Mainz müsse es dann, so sehr er es auch bedauere, irgend jemand zur Verfügung stellen, vielleicht der französischen Truppe. In Koblenz aber ergebe sich dann die Notwendigkeit, neue Wohnungen zu beschaffen, denn das Sicherheitsamt, die Landesregierung und das Landeskommisariat benötigten zusammen genommen eine gewisse Menge weiteren Wohnraums. Er überlässe es dem Gutachten der Presse, ob sie diese Ausführungen der weiteren Öffentlichkeit unterbreiten wolle. Er sei jedoch überzeugt, daß die Landesregierung erkennen werde, daß die Übersiedlung nach Mainz die beste Lösung im allgemeinen öffentlichen Interesse darstelle.

In Beantwortung einiger Fragen der deutschen Journalisten stellte der Landeskommisar fest, daß im Telehaus 17 Bürosäume leerstünden und 14 weitere durch die Verlegung verschiedener französischer Dienststellen vielleicht in die Mangin-Kaserne oder andere französische Gebäude frei würden. Das Woolworth-Gebäude sei ausdrücklich für die Landesregierung von ihm freigegeben worden, mit alleiniger Ausnahme des Erdgeschosses. Es sei klar, daß die Notwendigkeit einer Unterbringung der Landesregierung nach Mainz gegenüber den privaten Interessen eines Geschäftsbetriebes überwiege.

**Ordonnance 57 in Kraft**

Eingehend erläuterte Monsieur Hettier de Boislambert die juristische Lage. Er habe am 21. Februar dieses Jahres dem Ministerpräsidenten Altmeier nach vorheriger mündlicher Rücksprache ein Schreiben zugesandt, in dem er feststellte, daß ein Antrag auf Aufhebung der Ordonnance 57 nicht gestellt worden sei. Vorher habe er mit Oberkommisar Botschafter François-Poncet Rücksprache gehalten, so daß dieser Brief auch dessen Meinung darstelle. Die Ordonnance 57 sei also nach wie vor in Kraft und sozusagen wiederholt worden. Der Umzug der rheinisch-pfälzischen Regierung habe also zu erfolgen. Aber nicht diese juristischen Argumente seien ausschlaggebend, sondern die unbeschreibbaren Vorteile, die dieser Umzug mit sich bringe. Lägen die Dinge anders, widersprüche also der Umzug von Koblenz

nach Mainz den Interessen des Landes und der beiden Städte, so wäre er der erste gewesen, der dem Landtag oder der Landesregierung einen Brief gegeben hätte, sie möchten die Aufhebung der Ordonnance beantragen.

Seine eigene Behörde des Landeskommisariates von Rheinland-Pfalz werde die 85 Zimmer des Osteiner Hofs beziehen, wo in einem kurz vor der Beendigung stehenden neuen Anbau auch die Bezirksdelegation untergebracht werde. Dadurch würden die bisher von der Bezirksdelegation beanspruchten drei Gebäude am Fischtorplatz und an der Uferstraße mit 81 Räumen für die Landesregierung frei.

Auf die Frage, ob der Landtag im Kurfürstlichen Schloß untergebracht werden könne, antwortete der Landeskommisar, dies sei Angelegenheit der Stadt Mainz, der ja seinerzeit die freie Verfügung über das Schloß überlassen habe. Zweifellos wäre es eine günstige Lösung, wenn der Landtag dort untergebracht würde, wo er genügend Räume für alle seine Zwecke findet.

Heute, am Montag, wird sich das Kabinett von Rheinland-Pfalz mit den Ergebnissen der Besichtigung und der Konferenz mit dem Landeskommisar befassen, am Dienstag der Landtag darüber verhandeln.

**Das Großherzogliche Schloß**

Mainz. (Eigene Meldung). Bei der gestrigen Besichtigung der für die Landesregierung geschaffenen Bürogebäude erklärte Ministerpräsident Altmeier unter anderem, die Regierung habe zwar nicht die Absicht, das Großherzogliche Schloß von sich aufzubauen. Dagegen habe die Mainzer „Akademie der Wissenschaften und der Literatur“ die Absicht, die Ruinen des Schlosses mit eigenen Mitteln wieder aufzubauen, falls die Regierung ihr das Grundstück und die Trümmer kostenlos überlässt. Seine persönliche Ansicht sei, sagt Herr Altmeier, daß man der Akademie wohl das Eigentum überlassen könne, da auf diese Weise die Stadt ein neues repräsentatives Gebäude, ohne eigene Mittel dafür aufwenden zu müssen, erhalten könne.

**Newyork friert**

Newyork, 26. Februar. (dpa) Der immer noch andauernde Bergarbeiterstreik in den Vereinigten Staaten hat in der Stadt Newyork eine so große Kohlenknappheit hervorgerufen, daß in der kommenden Woche wahrscheinlich ein großer Teil der Gebäude nicht mehr ausreichend geheizt werden kann.

**Stimmen der Anderen****Die britischen Wahlen**

Die Blätter der ganzen Welt beschäftigen sich mit dem Ausgang der britischen Wahlen. Nachstehend kann nur eine kleine Auswahl gegeben werden.

**Enttäuschungen**

Der „Daily Herald“ (Labour): „Die außerordentlich geringe Mehrheit ist eine Enttäuschung für uns. Um wieviel größer aber ist die Enttäuschung der Tories, die sich eingeredet hatten, daß sie gewinnen würden. Und zwar mit beträchtlichem Vorsprung. Die Labourregierung ist fast während ihrer gesamten Amtszeit einer Verleumdungskampagne ausgesetzt gewesen. Man hat alle Schwierigkeiten und aus dem Krieg herausgehende Einschränkungen ausgenutzt, in der Hoffnung, das Volk überzeugen zu können, daß die Regierung hierfür in erster Linie die Verantwortung trägt. Die Minister sind in einem Ausmaß lächerlich gemacht worden, das normalen Grenzen bei weitem übersteigt. Man hat alles unternommen, um die Aufmerksamkeit von den konstruktiven Le

# Allgemeine Zeitung

## Neuer Mainzer Anzeiger

HEUTE: Erweiterter  
Sportteil

CHÉFREDAKTEUR: ERICH DOMBROWSKI  
Verlag: Mainz, Große Bleiche 35-37. Fernspr. Sammel-Nr. 4371  
Redaktion u. Druckerei: Mainz, Große Bleiche 46-48. Fernspr.  
Sammel-Nr. 4371 / Postverlagsort für alle Besatzungszone Mainz  
ERSCHEINT SECHSMAL WÖCHENTLICH

Tel. 4410 D. 4412/Bad  
Tel. 2937/ Alzen, Salzstr. 21,  
Tel. 3, Tel. 2857/ Alzey, Fischmarkt 4,  
Aust. J. Tel. 2373/Simmern, Schloßstr. 14,  
Süden: AZ-Kiosk, Mauritiusplatz, Tel. 3683

Nummer 49

Montag, 27. Februar 1950

Preis 15 Pfennig

### „Zum Schutz verpflichtet“

Adenauer ersucht die Alliierten um eine Sicherheitsgarantie

Deutschland liege ohne seine Schuld im Mittelpunkt des westlichen Spannungsfeldes, dessen Spannungen sich voraussichtlich noch verschärfen werden, hat der Bundeskanzler erklärt. Aus diesem Grunde habe er die Oberkommissare um eine eindeutige Sicherheitsgarantie gebeten.

Bonn, 26. Februar. (dpa) Bundeskanzler Dr. Adenauer hat am Samstag vor den Frauenausschüssen seiner Partei in Königs-Winter erklärt, das Verhältnis der Bundesregierung zu den Regierungen der drei Westmächte und zu den Oberkommissaren sei nach wie vor gut. „Mit aller Entschiedenheit muß ich Presseäußerungen zurückweisen, die von Bestrebungen wissen wollen, daß insbesondere der amerikanische Oberkommissar McCloy beabsichtige, die Bundesregierung zu stürzen.“ McCloy habe ihm am

über die Oberkommissare um die Abgabe einer eindeutigen Sicherheitsgarantie zu bitten. Die Westmächte seien nicht zuletzt im Hinblick auf die Spannungen zwischen Ost und West verpflichtet, den Schutz des Bundesgebietes zu übernehmen. Alle Anzeichen sprächen dafür, daß die Lage zwischen der Sowjet-Union und den Westmächten sich zumindest in diesem Jahre noch nicht ändern werde. „Ich glaube vielmehr, daß die Spannungen sich noch verschärfen werden.“ Deutschland liege ohne seine Schuld im Mittelpunkt dieses Spannungsfeldes. Westdeutschland trage an diesen Spannungen genau so wenig Schuld wie die deutschen Brüder und Schwestern im Osten.

Ferner erklärte der Bundeskanzler: „Ich glaube nicht an die Gefahr eines Rechtsradikalismus in Westdeutschland.“ Alle Prosessemeldungen, die von einem rapiden Zunehmen rechtsradikaler Gruppen wissen wollen, seien völlig unwahr oder maßlos übertrieben. Es sei ein Skandal, wie sich jetzt maßgebende in- und ausländische Blätter in Sensationsmeldungen über die angebliche Untergrundbewegung „Bruderschaft“ ausließen. Das deutsche Ansehen im Ausland werde durch solche Berichte untergraben. In ähnlicher Weise sei der ehemalige Generalmajor Remer, den die meisten Deutschen schon vergessen haben, populär gemacht worden.

Die Bundesregierung sei entschlossen, Berlin als Vorposten nicht nur für Westdeutschland, sondern für ganz Europa mit aller Kraft wenigstens wirtschaftlich zu halten. Dr. Adenauer wies den Vorwurf einer mangelhaften Hilfe für Berlin zurück. Die Bundesregierung werde niemals auf den Osten Deutschlands verzichten.

### Überraschungen

Der Sonntag mit seinen Schneestürmen brachte nicht nur eine ganze Reihe von Spielausfällen im Fußball, sondern auch Überraschungen. Zu diesen sind auch die schlechten Schneeverhältnisse bei den Deutschen alpinen Skimeisterschaften in Rottach-Egern zu rechnen. Dabei schoben sich bei den Einzelwertungen des Spezial-Torlaufs und des Kombinations-Torlaufs bei den Männern und Frauen junge Nachwuchsläufer in Front, während die Alpine Kombination im gesamten den Garmischer Karl Maurer und bei den Frauen die Hildesuse Gärtner (Freiburg) als Sieger und Meister sah.

Im Fußball fielen im Süden einige Überligatreffen aus. Dafür gab es als Überraschungen eine 2:4-Niederlage von Bayern München gegen den BC Augsburg und einen 2:1-Sieg der Stuttgarter Kickers über den VfB Mühlburg. Das wichtige Treffen Waldhof-Fürth fiel aus. Norddeutschland meldet Siege der Favoriten HSV (3:1 über Eimsbüttel) und St. Pauli (4:0 über den Bremer SV). In Westdeutschland kam der Favorit Borussia Dortmund nur zu einem 1:0 über Alemannia Aachen, hatte dazu aber auch noch das Glück, daß sein ärgster Widersacher TSV Horst von Erkenschwick mit 1:0 geschlagen wurde, so daß Dortmund kaum noch einzuholen sein wird.

vergangenen Donnerstag die Unsinnigkeit licher Gerüchte versichert.

Über die Wirtschaftspolitik der Bundesregierung bestanden zwar Meinungsverschiedenheiten bei den einzelnen alliierten Wirtschaftsberatern, nicht aber zwischen den Oberkommissaren. Er hoffe, daß diese Meinungsverschiedenheiten bei der nächsten Aussprache auf dem Petersberg in der kommenden Woche bereinigt würden.

Zur Sicherheitsfrage sagte Dr. Adenauer: „Ich bin nach wie vor strikt gegen eine Re-militarisierung der Bundesrepublik.“ Die Westdeutschland fehlende Sicherheit habe ihn aber bewogen, die alliierten Regierungen



Am Wahltag hatten sich auf dem Piccadilly-Platz in London Tausende von Menschen eingefunden, um die durch Lautsprecher verkündeten Wahlergebnisse zu hören

### Von Koblenz nach Mainz

Der Umzug der Landesregierung ist vorbereitet

Na Mainz, 26. Februar. (Eigener Bericht.) Ministerpräsident Peter Altmeier und Staatssekretär Dr. Haberer stellten auf einer Unterredung mit dem Landeskommis-säer Hettier de Boislambert am Sonnabendmittag nach einer eingehenden Be-sichtigung der für die Landesregierung in Mainz geschaffenen Verwaltungsgebäude fest, daß die materiellen Vorbereidungen zu dem Umzug der Regierung von Koblenz nach Mainz nunmehr gegeben seien.

Der Landeskommis-säer erklärte auf einer

anschließenden Pressekonferenz unter andrem, daß die Ordonnance 57 aus dem Jahr 1946 nach wie vor gültig sei. Er habe am 21. Februar 1950 dem Ministerpräsidenten brieflich mitgeteilt, daß ein Antrag auf Aufhebung dieser Ordonnance vom Landtag nicht gestellt sei, daß in dieser Ordonnance zur Bedingung für die Uebersiedlung der Landesregierung nach Mainz mit erstaunlichem Freimut im Auslande behandelt. Während des englischen Wahlkampfes hatte Winston Churchill darauf hingewiesen, daß auch England einem plötzlichen Zuwachs von zehn Millionen Menschen keine Vollbeschäftigung geben könne. Jetzt mußte der amerikanische Außenminister Dean Acheson zugeben, zehn Millionen Vertriebene würden selbst in den Vereinigten Staaten trotz ihres ausgedehnten Gebietes ein sehr ernstes Problem darstellen. Für Deutschland bedeuteten sie jedoch ein ungeheures Problem, zumal, da die Bundesrepublik einen großen Teil der landwirtschaftlichen Gebiete an die Sowjetzone oder an Polen verloren habe.

Nach Ansicht Dean Achesons gibt es drei Möglichkeiten, sich mit dem Problem der Vertriebenen erfolgreich auseinanderzusetzen. Eine davon sei die Regelung der gegenwärtig noch unlösbar erscheinenden Frage der früheren deutschen Ostgebiete. Die zweite Lösung hänge mit der Beschäftigung der Arbeitslosen zusammen. Als dritte Lösung bleibe die Auswanderung der Vertriebenen im größtmöglichen Umfang. Ihr seien jedoch enge Grenzen gesetzt, da offensichtlich zehn Millionen Menschen nicht auswandern könnten. Wir möchten hinzufügen, daß auch Deutschland selbst diesen gewaltigen Kräfteverlust kaum ohne Erschütterungen ertragen könnte.

#### Auswanderung einer Million

Dean Acheson gibt nur eine Richtung an, in der die Lösung des Vertriebenenproblems angestrebt werden könnte. Darüber hinaus scheinen sich jedoch schon tatsächliche Möglichkeiten zu zeigen. Wie man sich erinnert, bereiste im vergangenen Sommer der Vorsitzende einer amerikanischen parlamentarischen Kommission, Walter, Deutschland, um an Ort und Stelle zu untersuchen, in wieweit die Gruppenauswanderung von Vertriebenen in die Wege geleitet werden könne. Er sah dabei vor, daß Familienangehörige, Gesinde und Fachkräfte, wie Geistliche, Lehrer und Handwerker im Rahmen des Truman-Plans zur Erschließung rückständiger Gebiete geschlossen ausgesiedelt werden sollten.

Wie nun das hessische Innenministerium bekanntgegeben hat, erwartet Walter die Uebersiedlung von einer Million Flüchtlingsbauern nach Übersee, vor allem nach Südamerika. Argentinien habe sich schon bereit erklärt, Dorfgemeinschaften aufzunehmen. Das Ganze sei jedoch erst ein Plan und es dürften Monate vergehen, bevor er in Angriff genommen werden könne.

In diesem Zusammenhang möge auch erwähnt werden, daß Neuseeland sich bereit erklärt hat, tausend ältere Flüchtlinge als Einwanderer aufzunehmen. Da dies jedoch durch die Internationale Flüchtlingsorganisation (IRO) bekanntgegeben wurde, wird es sich in diesem Falle wohl um verschleppte Personen handeln.

#### 150 000 Landwirte ohne Land?

Wenn sich für die Vertriebenen wirklich das Tor in die Welt öffnet, so wird nur ein kleiner Teil von ihnen diesen Weg gehen können. Voraussichtlich werden es

tikel 29 des Grundgesetzes berufen, wonach in Gebietsteilen, die bei der Neuordnung der Länder nach dem 8. Mai 1945 ohne Volksabstimmung ihre Landeszugehörigkeit geändert haben, innerhalb eines Jahres nach Inkrafttreten des Grundgesetzes durch Volksbegehren eine bestimmte Änderung der über die Landeszugehörigkeit getroffenen Entscheidung gefordert werden kann.

Der Versuch, die Zustimmung eines Zehntels der zu den Landtagen Wahlberechtigten für ein Volksbegehren zu erhalten, wäre jedoch ebenso zwecklos, wie die Stimmensammlung der Kommunisten für ein Volksbegehren gegen die Wohnraumsteuer. Ist ein solches nach der Landesgesetzgebung nicht zulässig, so bleibt der Weg eines Volksbegehrens über die Landeszugehörigkeit durch eine Note der Militärgouverneure vom 12. Mai 1949 vorläufig versperrt. Diese Note hat nämlich den Artikel 29 des Grundgesetzes ausdrücklich bis nach Friedensschluß aufgehoben. Dieser Tatsache, auf die ein badischer Vertreter im Bundesrat hinwies, konnte nicht widersprochen werden.

Das Land Rheinland-Pfalz wird also nochreichlich Zeit haben, seine Lebensfähigkeit zu erweisen. Selbst wenn der Artikel 29 nicht gesperrt wäre, würde so schnell keine Änderung eintreten können, denn auch er bietet nur geringe Möglichkeiten dazu.

### Tor in die Welt?

in erster Linie Landwirte sein, deren Lage am schlimmsten ist, solange es keine Rückkehr in die alte Heimat gibt. Nach den Angaben von Bundesflüchtlingsminister Lukaschek wird es für etwa 150 000 vertriebene Landwirte keine Möglichkeit geben, in der Bundesrepublik angesiedelt zu werden. Auch er hält aber ihre Auswanderung nur dann für ratsam, wenn sie dorfwiese vorgenommen werden kann. „Wir können diese Menschen nicht alleine in die Wüste schicken“, sagte er, „denn dort gingen sie unter.“

#### Gefahr des Nihilismus?

Den Vertriebenen, die in Deutschland bleiben müssen, sollte jedoch möglichst schnell die wirtschaftliche Selbständigkeit wiedergegeben werden. Bei einer Delegententagung in Alzey wies der Leiter des Flüchtlingsamtes der Christlich-Demokratischen Union in Hessen, Dr. Scharnagel, auf die ungeheuren Gefahren hin, die daran entstehen könnten, wenn man die Vertriebenen durch falsche Behandlung enttäusche. Die Gefahr, daß die Masse der Flüchtlinge in einen Nihilismus hineingetrieben werde, sei größer als die Gefahr, daß sie sich dem Kommunismus zuwenden könnten. Die Vertriebenen seien vielmehr das sicherste Bollwerk gegen den Bolschewismus, da zwischen ihnen und dem Bolschewismus mehr als zweieinhalb Millionen Hingerordete stünden.

Um die Gefahr des Nihilismus und des Radikalismus zu beseitigen, wird es, wie auf einer Arbeitstagung für Flüchtlingsfragen in der evangelischen Akademie in Bad Boll festgestellt wurde, staatlich politisch von besonderer Wichtigkeit sein, wie der „tödliche Zwiespalt“ zwischen Lehre und Leben, Recht und Gerechtigkeit, der den Kern aller Sorgen der Vertriebenen ausmacht, überwunden werden kann.

#### Raum gefährlich

##### Gespräche über die „Bruderschaft“

Frankfurt, 26. Februar. (dpa) Der amerikanische Oberkommissar McCloy und Bundeskanzler Dr. Konrad Adenauer haben am Donnerstag in Bonn die sogenannte „Bruderschaft“, eine angebliche Untergrundbewegung im Bundesgebiet, erörtert, die sich aus ehemaligen Generalstäben und führenden Nationalsozialisten zusammensetzen soll. Es heißt, Dr. Adenauer habe dabei versichert, daß er mit dieser „Bruderschaft“ – sollte sie wirklich bestehen – nichts zu tun habe und grundsätzlich nichts zu tun habe.

Ein Beamter des amerikanischen Oberkommissariats erklärte in Frankfurt, daß die „Bruderschaft“ nach den gegenwärtig vorliegenden Informationen heute kaum gefährlich sei.

#### Verstümmt aufgefunden

##### Ein amerikanischer Marinattache

Wien, 26. Februar. (dpa) Die verstummte Leiche des Marinattaches der amerikanischen Botschaft in Bukarest, Kapitänleutnant Karpe, ist am Wochenende in der Nähe von Salzburg in einem Eisenbahntunnel aufgefunden worden. Karpe befand sich auf der Fahrt von Bukarest nach Paris. Es wird ein Verbrechen vermutet. Karpe war ein enger Freund des amerikanischen Geschäftsmannes Vogeler, der kürzlich in Budapest wegen Spionage zu fünfzehn Jahren Gefängnis verurteilt wurde.

### Wieder Labour-Regierung

Ein Beschuß des Kabinetts Attlee

London, 26. Februar. (AP/dpa) Das Kabinett Attlee hat in einer Sondersitzung am Samstag beschlossen, eine neue Labourregierung zu bilden. Nach der Sitzung wurde eine Erklärung veröffentlicht, in der es heißt: „Das Kabinett trat am Samstagmorgen zusammen, um die sich aus den Wahlen ergebende Lage zu erörtern. Nach Beratungen mit seinen Kollegen hat der Ministerpräsident entschieden, daß es, da das Unterhaus eine Labourmenheit haben wird, die Pflicht der gegenwärtigen Regierung ist, im Amt zu bleiben, denn die Regierung des Königs muß weitergeführt werden. Der Ministerpräsident hofft, daß nunmehr, nachdem die Wahlen vorüber sind, alle ihr Bestes geben werden, um die für die Nation notwendigen Arbeiten vorzubringen.“

Alle Minister boten in der Kabinettsitzung traditionsgemäß ihren Rücktritt an. In einigen Fällen werden die Rücktrittsangebote wahrscheinlich angenommen werden. Ministerpräsident Attlee wird die neue Zusammensetzung seines Kabinetts voraussichtlich Mitte dieser Woche bekanntgeben.

Die Mehrheit der Labour Party im neuen britischen Unterhaus erhöhte sich am Samstag um einen weiteren Sitz, da die Partei den Sitz für die westlichen Inseln Schottlands gewonnen hat. Die schottischen Inseln haben insgesamt vier Sitze zu vergeben. Mit dem dorthin Ergebnis war erst für Montag gerechnet worden. Die Zahl der Gesamtsitze der Labour Party beträgt somit jetzt 315.

Von den insgesamt 635 Parlamentssitzen steht nun noch bei vier Sitzen die Entscheidung aus. Bei dreien wird das Ergebnis am Montag bekannt werden, während der vierte erst durch eine Sonderwahl in Manchester am 9. März besetzt wird. Der konservative Kandidat in Moss Side, Manchester, ist vor kurzem gestorben, und die dortige Abstimmung wurde deshalb aufgeschoben.

### Schutzmaßnahmen

zum Aufmarsch in Berlin

Berlin, 26. Februar. (AP) Amerikanische Kreise in Berlin haben am Sonntag erklärt, die Schutzmaßnahmen der Westmächte gegen den geplanten kommunistischen „Marsch auf Berlin“ würden auf höchster Regierungsebene beschlossen werden. Die drei alliierten Kommandanten von Berlin, die sich der Gefahr eines Blutvergießens bewußt seien, wenn die fünfhunderttausend kommunistischen Mitglieder der freien Deutschen Jugend die Drohung, West-Berlin zu Pfingsten zu besetzen, verwirklichten, arbeiteten gegenwärtig ihre Empfehlungen aus. Die direkten Befehle an die 10 000 West-Berliner Polizisten und 7500 in Berlin stationierten alliierten Soldaten würden jedoch von Washington, Paris und London herausgegeben werden.

### Die Beschwörungskosten

Besprechungen mit der Oberkommission

FAZ, Frankfurt, 26. Februar. Die Alliierte Oberkommission hat ihre Zustimmung zu einem Plan der Bundesregierung gegeben, wonach zwischen alliierten und deutschen Finanzachverständigen technische Fragen der Haushalte und der Besatzungskosten besprochen werden sollen.

Da vom 1. April an die Bundesregierung für die Zahlung der Besatzungskosten verantwortlich ist, wird eine solche Zusammenkunft von deutscher Seite für notwendig erachtet. Die Einzelheiten der Besprechungen, der Ort und die Zeit der Zusammenkunft stehen noch nicht fest.

Seite 2

## Föderalismus?

Heißt sich der Bundeskanzler im Ernst gegen das Gerücht zur Wehr setzen muß, er habe zusammen mit dem früheren Kommandeur der Division „Großdeutschland“ und einigen nationalsozialistischen Gauleitern eine neue Wiederaufrüstung vorbereitet, will einem immer noch nicht in den Kopf. Wir weigern uns jedenfalls, an den Gesprächen über die Verbindungen zwischen Herrn Adenauer und Herrn von Manteuffel teilzunehmen und überlassen das phantasiebegabteren Federn.

Was der Kanzler in Königswinter zur Frage der Sicherheitsgarantie für Deutschland sagte, wiederholte alte Forderungen. Neu ist aber seine Anklage gegen den Bundesrat. Es liegt eine tragische Ironie darin, daß sich Herr Adenauer, zum mindesten bis zum Herbst 1949 einer der entschlossensten Föderalisten Deutschlands, heute gegen eine Einrichtung wenden muß, die den Föderalisten als der sinnfälligste Ausdruck ihrer Staatsanschauung erschienen war. Zu seiner Unzufriedenheit mag beigetragen haben, daß er in seiner Arbeit mehr als einmal den Bundesrat als hemmend empfunden hat.

Aber zweifellos röhrt er an ein tieferes Problem, wenn er darauf hinweist, daß die Mitglieder des Bundesrats oft nach den Wünschen ihrer Parteileitungen abstimmen, nicht aber einen geschlossenen Willen der heimatlichen Länder-Regierungen darstellen. Das widerspricht auf das entschiedenste der Grundauffassung vom Wesen des Föderalismus.

Die sprengende Ursache liegt darin, daß sich der Föderalismus heute weit stärker als in vergangenen Jahrzehnten und Jahrhunderten mit einer Macht auseinandersetzen muß, die ihm wesensfremd ist: mit den Parteien. Von ihnen denken zum mindesten einige in Deutschland betont zentralistisch. Als man nach 1945 für den deutschen Föderalismus wieder eine verfassungsrechtliche Form suchte, dachte man nicht daran, wieviel sich verändert hat, seitdem die Parteien das Erbe der Dynastien angetreten haben. Man wird noch häufiger sehen, daß von hier aus eine schleichende Krankheit in die Staatswelt des Föderalismus eingedrungen ist.

## Hans Böckler

hd. Düsseldorf, im Februar.

Kaum ein anderer Angehöriger des politischen Lebens in Deutschland erfreut

Allgemeine

## Entscheidende Begegnung

### Die Voraussetzungen für den Umzug

Na Mainz, 26. Februar. (Eigener Bericht.) Am Sonntagnachmittag gegen 15 Uhr traf Ministerpräsident Peter Altmeier in Begleitung von Staatssekretär Dr. Haberer und Landeskommisar Hettier de Boislambert in Mainz ein, um die für die Unterbringung der Landesregierung und des französischen Landeskommisariats errichteten und ausgebauten Räume eingehend zu besichtigen.

#### Unliebsame Überraschungen

Die Umstände, unter denen diese Besichtigung stattfand, standen teilweise in einem Mißverhältnis zu der für das ganze Land Rheinland-Pfalz bedeutsamen Frage, die hierbei zu klären war. Die französischen Herren waren einigermaßen überrascht, als sie erfuhren und sahen, daß zwei große Säle, die sich durch zwei Stockwerke erstrecken, bereits von der Post in Anspruch genommen worden waren, die dort ihre Apparate für den Ausbau der Fernsprechzentrale aufgestellt hatte. Der Landeskommisar erklärte, daß das ganze Gebäude beschlagnahmt gewesen und nur für die Landesregierung freigegeben worden sei. Deutsche Vertreter mußten ihm antworten, daß die Post stillschweigend die leerstehenden Räume in Anspruch genommen habe, die sie allerdings früher für ihre Zwecke selbst errichtet habe.

Peinlich wurde die Situation dann im Woolworth-Gebäude. Hier war nicht nur die erste Etage durch Verkaufsräume belegt, sondern auch in der zweiten Etage waren Handwerker und Anstreicher fleißig bei der Sonntagsarbeit, um auch hier alle Vorkehrungen für Zwecke des Kaufhofs zu treffen.

#### Der Amtssitz des Ministerpräsidenten

Bei der anschließenden Besichtigung des Bassenheimer Hofes und des Hauses Maack zeigte sich, daß hier alles in bester Ordnung war. Ministerpräsident Altmeier deutete an, daß er selbst seinen Amtssitz in dem Bassenheimer Hof nehmen werde.

Die Besichtigungsfahrt fand ihren Abschluß in den Büroarabatten der Generalbaudirektion an der Wallstraße, die neuerdings ebenfalls zur Aufnahme der Landesverwaltung in Betracht gezogen werden. Es verlautete, daß hier, wo man mit den einfachsten Mitteln durchaus brauchbare Räume geschaffen hat, das Wiederaufbauamt untergebracht werden soll.

#### „Nicht leichten Herzens“

Daß die Stimmung der Koblenzer Herren nicht gerade günstig war, war verständlich. Der Ministerpräsident gab das unserem Mitarbeiter in einer kurzen Besprechung zu. Auf die Frage, ob nun die Landesregierung durch die Errichtung des Alliierten Sicherheitsamtes in Koblenz in Verlegenheit komme, erhielt der Mitarbeiter zwar keine bejahende Antwort, Altmeier meinte jedoch, daß man doch schlecht Ministerien in einem Hause einquartieren könne, das im Erdgeschoß ein Warenhaus beherberge. Außerdem seien die Besitzverhältnisse an diesem

wenn die baulichen  
ben seien.

Man kann durchaus  
ob diese Ordonnanz  
krafttreten des Be  
ihre Gültigkeit hab  
messen der deut  
allein aber des Lan  
aus zu bestimm  
gütigen Hauptstadt  
oder Mainz.

Der Ministerpräsident  
Frage unseres Mit  
tiger Besuch in Mai  
habe. Er sei ledig  
kannen Landtagsbe  
vember, durch den  
Mainz verlegt wurd  
Möglichkeiten da  
den gewesen seien.  
nung, daß das Be  
tag freie Hand für  
da die Ordonnanz  
gültig sei. Wenn  
kommissare es dem  
hätten, die Wahl zu

## Erklärt

Gegen 5.30 Uhr  
Hettier de Boislambert  
Konferenz, in deren  
seinen Standpunkt be  
den hätten gemeinsam  
beschlossen gehabt,  
mende Frühjahr der  
regierung möglich m  
len Voraussetzung  
Augenschein geprüft  
reise sei die Er  
Sicherheitsbehörde  
genommen worden.  
ständen in Mainz der  
Haus Maack, das W  
das Tele-Haus (die  
größten Teil) sowie  
Verfügung, in denen  
kommisariat am Fl  
Hinzu kämen die B  
direktors für den Wi  
straße, so daß insges  
Ministerien zur Ver  
festgestellt worden,  
zeit bezogen werden  
würdig ausgestattet  
für erforderlich ha  
800 Wohnungen, die  
Unterbringung der  
davon seien völlig  
so daß der Bevölker  
durch die Unterbrin  
nerlei Nachteile erw  
nicht ausführlich zu  
trächtlichen Vorteilen  
Landesregierung für  
samte Einwohnerzahl

„Die beste Lösung“

- museums (1852) gest.
14. 1939: Prof. Dr. Heinrich Schröhe (geb. 28.4.1864) Mainzer Geschichtsfor  
scher und Ehrenbürger, gest.
  15. 1836: Prof. Dr. Friedrich Lehne, (geb. 8.9.1771) Altertumsforscher und  
Stadtbibliothekar, schuf den Grundstock für das Altertums-Museum,
  16. 1845: Domdekan Franz Werner (geb. 21.10.1770), Erhalter des Domes u. sei  
ner Denkmäler, Mainzer Geschichtsforscher, gest.
  17. 1348: Privileg Karls IV. für einen ewigen Jahrmarkt in Mainz.
  23. 1011: Erzbischof Willigis (975-1001) des Reiches, Vormund Ottos III.,  
Erbauer des Mainzer Domes, gest.
  23. 1736: Georg Christian Joannis (geb. 4.11.1658) Geschichtsforscher, gest.
  27. 1945: Schwerster Fliegerangriff auf Mainz, der die Zerstörung der Stadt  
(vgl. Aug. 1942) vollendete, Elektr.-u. Wasserwerk mussten die Er  
zeugung einstellen.

22x 1945 Einrahmung des Landesmuseums durch die Luftangriffe auf Mainz

## Mainzer Gedenktafel

- Januar 3. 1354: Fürstentag König Karls IV (1346-78) mit Erzbischof Gerlach von Mainz und and. Fürsten des Reiches. Beendigung des Schismas im Erzstift Mainz. Einigung zw. Gerlach und Kuno von Falkenstein. (1346-54).
6. 1114: Hochzeit Kaiser Heinrichs V. (1106-1125) mit Mathilde von England.
11. 1673: Der Philosoph Gottfr. Wilh. Leibniz verlässt den Kurmainzer Dienst (Oberrevisionsgerichtsrat)/ seit 1668) zu einer diplomatischen Reise nach England.
19. 1842: Der Mainzer Komponist Heinrich Anton Hoffmann (geb. 24.6.1770 in Mainz) gest.
27. 1905: Der Erfinder des lenkbaren Luftschiffs Paul Haenlein (geb. 17.10.1835 in Mainz) gest.
30. Februar 2.u. ff. Tage 1441: Der letzte in Mainz abgehaltene Reichstag unter König (seit 1452: Kaiser) Friedrich III. (1440-93).
3. 1468: Der Erfinder der Buchdruckerkunst Johannes Gensfleisch gen. Gutenberg, gest.
4. 856 Erzbisch Rabanus Maurus (847-56), gen. "Praeceptor Germaniae" gest.
5. 1862: Richard Wagner (geb. 22.5.1813) gest. 13.2.1883) liest bei Musikverleger Schott die "Meistersinger" vor.
12. 1673: Erzbischof-Kurfürst Johann Philipp von Schönborn (1647-73) gest.

# Beifung

Geschäftsstellen: Worms, Martinsgasse 1, Tel. 4410 u. 4412 / Bad Kreuznach, Mannheimer Str. 148, Tel. 2937 / Bingen, Salzstr. 21, Tel. 238 / Ingelheim, Bahnhofstr. 3, Tel. 286 / Alzey, Fischmarkt 4, Tel. 147 / Idar-Oberstein, Austr. 3, Tel. 2378 / Simmern, Schloßstr. 14, Tel. 472 / Wiesbaden: AZ-Kiosk, Mauritiusplatz, Tel. 26684

Preis 15 Pfg.

## Sieg der Vernunft

hl. Wie unser Bonner Korrespondent berichtet, scheint sich eine Aussöhnung zwischen dem Bundeskanzler Dr. Adenauer und dem Oppositionsführer Dr. Schumacher anzubahn. Wenn diese Nachricht sich bestätigt, wird sie von allen aufrichtig und mit warmem Herzen begrüßt werden, denen an einer Entgiftung der politischen Atmosphäre gelegen ist.

Der Zwischenfall im Bundestag, der die beiden führenden Männer des deutschen politischen Lebens in eine gefährliche persönliche Feindschaft zu verstricken schien, hat in der Öffentlichkeit Entsetzen hervorgerufen. Sie fühlte, daß in diesem ungewöhnlich scharfen Zusammenstoß nicht nur sachliche Beweggründe eine Rolle gespielt haben. Der Streit drohte, da keine der beiden Persönlichkeiten zu einem Ausgleich bereit zu sein schien, ins Uferlose zu führen.

Um so begrüßenswerter ist es, daß eine Aussprache zwischen ihnen, wider alle Befürchtungen, zustandegekommen ist, die zu der Hoffnung berechtigt, daß dieses unselige Kapitel der politischen Nachkriegsgeschichte durch eine vernünftige Regelung beendet wird.

Die Gesetze des parlamentarischen Kampfes nicht zu verletzen, mag besonders schwierig sein, wenn zwei so ehrwürdige Persönlichkeiten wie es der Kanzler und der Führer der Sozialdemokratischen Partei ist, nach lang dauernden und heftigen sachlichen Auseinandersetzungen aufeinanderprallen. Das Geschehene ist nicht rückgängig zu machen. Es kommt nun darauf an, eine Form und eine Formel zu finden, die es Regierung und Opposition ermöglichen, das Vergessene zu vergessen und auf der Bühne des Parlaments den politischen Kampf mit aller Entschiedenheit weiter zu kämpfen, unter der selbstverständlichen Achtung der persönlichen Integrität des Gegners.

## Mainz redtens Landeshauptstadt

Von Ministerial-Direktor Dr. Bierothe (Mainz-Gonsenheim) 2.12.49.

Ich kann mir lebhaft vorstellen, und sehr zahlreiche Rückfragen bei mir beweisen mir das, daß der vorgestrig Bechuß des Landtages, der auf Antrag der Christlich-Demokratischen Union die Entscheidung über den Sitz der Landesregierung zunächst ausgesetzt hat, bei den mehr oder weniger Beteiligten Verwunderung oder Resignation, bei anderen aber Verärgerung ausgelöst hat, und dies vornehmlich innerhalb unserer Vaterstadt.

Deshalb halte ich mich als Mainzer Abgeordneter für verpflichtet, die im Thema gestellte Frage auf Grund meiner Sachkenntnis um das Problem und der Vorgänge der letzten Tage öffentlich zu beantworten. Ich tue dies ruhig, nüchtern und leidenschaftslos, und zwar gerade deswegen, weil eben der Antrag der

Partei in der Plenarsitzung des Landtages am 29. November deutlich zu erkennen gegeben, daß sie deswegen gegen die Verlegung der Regierung nach Mainz sind, weil sie sich für die Auflösung des Landes Rheinland-Pfalz auf Grund des Art. 29 des Grundgesetzes für die Bundesrepublik Deutschland einsetzen. Die Christlich-Demokratische Union tritt dagegen nach wie vor mindestens für die Erhaltung des Landes ein, weil das Land Rheinland-Pfalz eine hohe politische Aufgabe zu erfüllen hat, und zwar in erster Linie im Hinblick auf die Saar! Die Saar kann nicht an ein zerrissenes Rheinland angeschlossen werden, und kein anderes deutsches Land kann heute oder morgen die Saar wieder in sein Gebiet aufnehmen. Daß die Ausstrahlungen der Saar aber

# Zeitung Zeiger

Geschäftsstellen: Worms, Martinsgasse 1, Tel. 4410 u. 4412 / Bad Kreuznach, Mannheimer Str. 148, Tel. 2937 / Bingen, Salzstr. 21, Tel. 238 / Ingelheim, Bahnhofstr. 3, Tel. 286 / Alzey, Fischmarkt 4, Tel. 147 / Idar-Oberstein, Austr. 3, Tel. 2378 / Simmern, Schloßstr. 14, Tel. 472 / Wiesbaden: AZ-Kiosk, Mauritiusplatz, Tel. 26664

Preis 15 Pfg.

## Sieg der Vernunft

hl. Wie unser Bonner Korrespondent berichtet, scheint sich eine Aussöhnung zwischen dem Bundeskanzler Dr. Adenauer und dem Oppositionsführer Dr. Schumacher anzubauen. Wenn diese Nachricht sich bestätigt, wird sie von allen aufrichtig und mit warmem Herzen begrüßt werden, denen an einer Entgiftung der politischen Atmosphäre gelegen ist.

Der Zwischenfall im Bundestag, der die beiden führenden Männer des deutschen politischen Lebens in eine gefährliche persönliche Feindschaft zu verstricken schien, hat in der Öffentlichkeit Entsetzen hervorgerufen. Sie fühlte, daß in diesem ungewöhnlich scharfen Zusammenstoß nicht nur sachliche Beweggründe eine Rolle gespielt haben. Der Streit drohte, da keine der beiden Persönlichkeiten zu einem Ausgleich bereit zu sein schien, ins Uferlose zu führen.

Um so begrüßenswerter ist es, daß eine

Aussprache zwischen ihnen, wider alle Befürchtungen, zustandegekommen ist, die zu der Hoffnung berechtigt, daß dieses unselige Kapitel der politischen Nachkriegsgeschichte durch eine vernünftige Regelung beendet wird.

Die Gesetze des parlamentarischen Kampfes nicht zu verletzen, mag besonders schwierig sein, wenn zwei so eigenwillige Persönlichkeiten wie es der Kanzler und der Führer der Sozialdemokratischen Partei ist, nach lang dauernden und heftigen sachlichen Auseinandersetzungen aufeinanderprallen. Das Geschehene ist nicht rückgängig zu machen. Es kommt nun darauf an, eine Form und eine Formel zu finden, die es Regierung und Opposition ermöglichen, das Vorgefallene zu vergessen und auf der Bühne des Parlaments den politischen Kampf mit aller Entschiedenheit weiter zu kämpfen, unter der selbstverständlichen Achtung der persönlichen Integrität des Gegners.

## Mainz redtens Landeshauptstadt

Von Ministerial-Direktor Dr. Bierothe (Mainz-Gonsenheim) 2.12.49.

Ich kann mir lebhaft vorstellen, und sehr zahlreiche Rückfragen bei mir bezeigen mir das, daß der vorgestrigene Beschuß des Landtages, der auf Antrag der Christlich-Demokratischen Union die Entscheidung über den Sitz der Landesregierung zunächst ausgesetzt hat, bei den mehr oder weniger Beteiligten Verwunderung oder Resignation, bei anderen aber Verärgerung ausgelöst hat, und dies vornehmlich innerhalb unserer Vaterstadt.

Deshalb halte ich mich als Mainzer Abgeordneter für verpflichtet, die im Thema gestellte Frage auf Grund meiner Sachkenntnis um das Problem und der Vorgänge der letzten Tage öffentlich zu beantworten. Ich tue dies ruhig, nüchtern und leidenschaftslos, und zwar gerade deswegen, weil eben der Antrag der Christlich-Demokratischen Union die Entscheidung noch verzögert, und weil die verständliche Kritik „also bleiben Wohnungen und Bürosäume noch weiter leer stehen und muß für diese leerstehenden Räume aus Steuergeldern noch weiter Miete gezahlt werden“ begreiflicherweise weiter zu hören ist.

Ich gebe die Antwort auch, obwohl ich weiß, daß das eine oder andere, was ich sagen werde, manchem Leser unangenehm sein wird.

Um meinen persönlichen Standpunkt vorweg zu nehmen: Ich bin für Mainz, aber keineswegs in erster Linie, weil ich Mainzer bin, sondern aus den gleichen Gründen, aus denen sich führende, in Koblenz ansässige Politiker für Mainz entscheiden.

Eines muß deutlich herausgestellt werden: Es handelt sich hier in keinem Fall um eine kommunalpolitische, die beiden Städte Mainz und Koblenz angehende Frage. Es handelt sich keinesfalls darum, zwischen zwei rivalisierenden Städten zugunsten einer dieser Städte zu entscheiden; beide Städte haben sich bislang, und das muß gesagt werden, würdig verhalten, wenn ich auch der Meinung bin, daß die „notwendige Feststellung“ vom 28. November des Oberbürgermeisters von Koblenz nicht nötig war.

Es handelt sich um eine ausgesprochene staatspolitische Frage, die nicht gefühlsmäßig, sondern nur auf Grund sachlicher Erwägungen entschieden werden darf.

Rechtlich ist Mainz, und das kann von keiner Partei bestritten werden, Landeshauptstadt von Rheinland-Pfalz. Ich verweise auf das veröffentlichte Rechts-gutachten des Justizministers. Auf Grund der dieser Tatsache zu Grunde liegenden Verordnung des Oberbefehlshabers der französischen Besatzungszone hat das Land selbst, wenn auch ohne Einfluß und nur auf Anordnungen der Militärregierung hin durch Bereitstellung der Mittel seit drei Jahren alle Vorbereitungen getroffen, um die erwähnte Verordnung zu verwirklichen. Es wurden die Generalbaudirektion und der Zweckverband zwischen Ministerpräsident, Regierungspräsident und der Stadt geschaffen, einzig und allein mit der Aufgabe, die Uebersiedlung nach Mainz zu beschleunigen. Es darf niemand bestreiten, daß dies der Bevölkerung und der Wirtschaft von Mainz einen gewaltigen Verzicht bedeutete, Verzicht auf Zurverfügungstellung von Baumaterialien für den Wohnungsbau, Verzicht auf den Bau von Schulhäusern, Verzicht auf Ansiedlung von auswärtigen Industrien u. a. m. Es wurden etwa 8000 Arbeiter eingesetzt und etwa 450 Unternehmen flottgemacht, einzig und allein, um Mainz für den Sitz der Landesregierung vorzubereiten.

Aus diesen und ähnlichen Erwägungen hat auch das Kabinett noch am 17. September dieses Jahres einstimmig, also auch mit den Stimmen der sozialdemokratischen Minister, beschlossen, der Verlegung Fortgang zu verleihen.

Nun hat sowohl die Sozialdemokratische Partei als auch die Freie Demokratische

Partei in der Plenarsitzung des Landtages am 29. November deutlich zu erkennen geben, daß sie deswegen gegen die Verlegung der Regierung nach Mainz sind, weil sie sich für die Auflösung des Landes Rheinland-Pfalz auf Grund des Art. 29 des Grundgesetzes für die Bundesrepublik Deutschland einsetzen. Die Christlich-Demokratische Union tritt dagegen nach wie vor mindestens für die Erhaltung des Landes ein, weil das Land Rheinland-Pfalz eine hohe politische Aufgabe zu erfüllen hat, und zwar in erster Linie im Hinblick auf die Saar! Die Saar kann nicht an ein zerrissenes Rheinland angeschlossen werden, und kein anderes deutsches Land kann heute oder morgen die Saar wieder in sein Gebiet aufnehmen. Daß die Ausstrahlungen der Saar aber stärker nach Mainz als nach Koblenz gehen, wird doch wohl nicht in Frage gestellt.

Welche Gründe führen die „Sprengmeister“ als Auflösungsgründe an? „Das Land ist durch die Alliierten geschaffen.“ Richtig. Trifft das aber nicht für alle anderen deutschen Länder in gleicher Weise zu? Ist nicht gerade deshalb im Artikel 29 des Grundgesetzes gesagt, daß die Neugliederung des Bundesgebietes unter Berücksichtigung landmannschaftlicher Verbundenheit, geschichtlicher und kultureller Zusammenhänge, wirtschaftlicher Zweckmäßigkeit und sozialen Gefüges B u n d e s a u f g a b e i s t?! Das Land Rheinland-Pfalz sitzt im Bundesrat zur Zeit mit vier Stimmen für seine rund 2,8 Millionen Einwohner, während das größte Land der Westzonen, Nordrhein-Westfalen, mit seinen rund 12,5 Millionen im gleichen Bundesrat nur mit fünf Stimmen und das Land Bayern mit seinen rund 9 Millionen mit ebenfalls fünf Stimmen im Bundesrat vertreten ist. Wie würde der nördliche Teil von Rheinland-Pfalz bei einer etwaigen Abtrennung im Bundesrat vertreten sein? Wie würde der südliche Teil von Rheinland-Pfalz bei einer etwaigen Abtrennung im Bundesrat vertreten sein?

„Das Land ist nicht lebensfähig!“ Streben nicht „Sprengmeister“ ausgerechnet nach anderen nicht lebensfähigen Ländern hin? Es geht nicht an, daß das Land Rheinland-Pfalz einmal „nicht lebensfähig“ ist und das andere Mal das Land Deutschlands ist, welches die „vorbildliche sozialpolitische Gesetzgebung hat“.

Sollten also für die Sozialdemokratische Partei und die Freie Demokratische Partei nicht doch andere Gründe vorliegen und ausschlaggebend sein? Die Christlich-Demokratische Union hat jedenfalls in ihrer Entscheidung um die zur Abstimmung stehende Frage als die stärkste Partei die große politische Aufgabe vor sich gesehen und sie in geschlossener Einmütigkeit erspielbar gelöst.

Vor allem Koblenz möge einsehen, daß ihm mit der Auflösung des Landes überhaupt nicht gedient ist, während ihm bei der Verlegung der Landesregierung nach Mainz mindestens die Aussicht bleibt, eine Reihe von zentralen Landesbehörden in die leer werdenden Räume zu bekommen.

Und nun ein Wort zur rein technischen oder praktischen Frage. Der Ministerpräsident hat im Plenum des Landtages festgestellt, daß die französischen Behörden in Mainz zunächst nur vier öffentliche Gebäude und 360 Wohnungen zur Verfügung gestellt haben, während der Sprecher der Christlich-Demokratischen Union erklärte, daß bei der Besichtigung des Kabinetts und Aeltestenrates am Freitag, dem 25. November, keine erschöpfenden und konkreten Auskünfte über die Anzahl der sofort beziehbaren Bürosäume und über die Anzahl, Größe und Mieten der sofort beziehbaren Wohnungen erteilt werden konnten. Dies stellt übrigens auch der Bericht des Aeltestenrates über die Besichtigung vom Freitag einwandfrei fest.

Gerade auch die rein technische Seite

war für die einmütige Entscheidung und den einmütigen Antrag der Christlich-Demokratischen Union ausschlaggebend, denn es ist darin ganz deutlich gesagt:

Erstens daß die Landesregierung keine Klarstellung der französischen Behörden herbeiführen könnte, was mit den durch die Umsiedlung nach Mainz in Koblenz freiwerdenden Gebäuden und Wohnungen geschieht, und zweitens ist festgestellt, daß insbesondere auf Grund des Ergebnisses der oben mehrfach erwähnten Be- sichtigung die technischen Voraussetzungen für eine Verlegung nach Mainz zur Zeit nicht gegeben sind.

Eine von manchen Seiten angeregte teilweise Uebersiedlung der Landesregierung nach Mainz aber lehnt die Christlich-Demokratische Union ab, denn das würde die Regierung arbeitsunfähig machen und würde dauernde zahlreiche und kostspielige Dienstreisen zwischen Koblenz

und Mainz bedeuten. Es bleibt die Frage ernstlich zu prüfen, ob in Mainz bestimmte Räume bestimmten Zwecken zugeführt werden können, ohne den Umzug der Landesregierung zu verbauen. Kein Pfennig ist jedenfalls weder in Mainz noch in Koblenz durch die inzwischen erstellten Gebäude „verpulvert“, alle sind sowohl durch Behörden als auch durch die Wirtschaft verwendbar, und bei allen Gebäuden wurden Arbeiter beschäftigt und die Wirtschaft belebt, in Koblenz sowohl als auch in Mainz!

Und schließlich spielt in die endgültige Uebersiedlung auch die Verwaltungsreform hinein, denn es ist ja auch zu berücksichtigen, wie groß die nach Mainz umzusiedelnde Regierung ist. Sind aber nicht hie und da die gleichen Kräfte gegen die Auflösung eines Regierungsbezirkes, die auf der anderen Seite nach „Verwaltungsreform“ schreien?

## „Sozial untragbar“

### Eine Stellungnahme der Gewerkschaften zur Wohnungsbau-Abgabe

Als im Herbst 1948 die französische Militärregierung Baden-Baden den drei Landesregierungen ihrer Besatzungszone ein ganzes Bukett an Vorschlägen für neue Steuern überreichte, befand sich darunter auch der Gedanke einer Mietsteuer. Die Gewerkschaften haben sofort sowohl der Militärregierung wie dem Finanzministerium in Koblenz vorsorglich erklärt, jede derartige Mietsteuer würde ihren stärksten Widerstand auslösen müssen, denn jede Mietsteuer sei ebenso unsocial wie eine Steuer auf Brot oder Kartoffeln. Gleichzeitig wurden der Militärregierung in Baden-Baden eigene Vorschläge der Gewerkschaftsleitung für die Wohnraumsteuer unterbreitet. Diese Vorschläge gehen von dem Grundsatz aus, daß jedem Menschen ein Wohnraum-Minimum steuerfrei zur Verfügung stehen muß. (10 qm je Person und für jede Familie die Küche, ohne Rücksicht auf die Größe.) Besteuert werden darf nur überdurchschnittlich großer Wohnraum. Dieser soll dann allerdings mit progressiv steigenden Sätzen besteuert werden. Die Gewerkschaften haben diese Auffassung auch schon damals öffentlich in der Presse vertreten. Es ist außerordentlich bedauerlich, daß weder die Gewerkschaften noch die Hauptwirtschaftskammer, als das verfassungsmäßige Zentralorgan der Wirtschaft von Rheinland-Pfalz, zu dem dann später dem Landtag vorgelegten Gesetzentwurf gehört worden sind.

Die Gewerkschaften halten auch nach den jetzigen Erleichterungen das Gesetz über die Wohnungsbau-Abgabe selbst heute noch für sozial untragbar und undurchführbar. Die Durchführungsbestimmungen dieses Gesetzes sind von einer geradezu erschreckenden Kompliziertheit. Ganz abgesehen von den schweren sozialen Mängeln, fehlt dem Gesetz auch seine volkswirtschaftliche Rechtfertigung. Im heutigen

Stadium der Entwicklung, das heißt angesichts von bald 1½ Millionen Arbeitslosen in Westdeutschland, ist der Versuch einer Belebung des Baumarktes durch Besteuerung der breiten Massen ein denkbar ungeeignetes Mittel im Sinne einer aktiven Konjunkturpolitik. Indem aus Steuermitteln arbeitslose Bauarbeiter beschäftigt werden, macht man an anderer Stelle Arbeitskräfte brotlos. Der Bevölkerung wird durch die Steuer Kaufkraft entzogen und ihre Nachfrage insbesondere nach Kleidung, Schuhwerk, Hausrat usw. herabgedrückt. Die Produzenten werden damit zu weiteren Entlassungen gezwungen. Arbeitslosigkeit und Wohnungsnott dürfen nicht durch zusätzliche Besteuerung bekämpft werden, sondern nur durch Schaffung neuer Kaufkraft, also einer Kreditsausweitung, wie sie von den Gewerkschaften und der Hauptwirtschaftskammer seit langem gefordert wird. Die von den Gewerkschaften vorgeschlagene Wohnraumsteuer würde eine sehr erwünschte Wirkung haben. Sie würde nämlich vorhandenen Wohnraum frei machen. Für diesen Zweck haben die Gewerkschaften in ihren Vorschlägen Steuerfreiheit unabhängig von der Freigrenze auch für folgende Fälle vorgesehen: 1. Wenn eine Wohnung dem Wohnungsaamt zum Tausch angeboten wird. 2. Steuerfreiheit für alle Zimmer, die an Untermieter abgegeben werden.

Sobald überdurchschnittliche Wohnraumnutzung ein Luxus wird, der relativ viel Geld kostet, überlegen sich die Wohnungsinhaber sehr wohl, ob dieses Geld nicht für andere Zwecke besser verwendet werden kann. Eine solche Freimachung von Wohnraum hat den großen Vorteil, daß hier Wohnungen gewonnen werden, ohne Material und Arbeitskraft aufzuwenden. Dies ist ein entscheidender Vorzug gegenüber dem jetzigen Gesetz.

## „Parlament des Fremdenverkehrs“

### Alljährlich Tag des deutschen Fremdenverkehrs

München, 30. November. Die Mitgliederversammlung der „Deutschen Zentrale für Fremdenverkehr (ZFV)“ hat in Frankfurt am Main den Beirat neu gebildet und den Staatssekretär im Bayerischen Wirtschaftsministerium und Staatskommissar für Fremdenverkehr Hugo Geiger zum Präsidenten gewählt.

Unser Münchener dg-Mitarbeiter hatte Gelegenheit, in einer längeren Unterredung Stadtrat Dr. Lingnau über den gesamten Fragenkomplex zu befragen.

Auf die Frage nach dem Aufgabenbereich des Beirates erklärte Dr. Lingnau: „Man kann den neugebildeten Beirat der Deutschen Zentrale für Fremdenverkehr mit voller Berechtigung als das „Parlament des Deutschen Fremdenverkehrs“ bezeichnen. Er umfaßt etwa 50 Mitglieder. Selbstverständlich sind darin die drei für den Fremdenverkehr wichtigsten Bundesministerien — Verkehr, Wirtschaft und Finanzen — vertreten. Dann entsenden alle deutschen Länder ihre Abgeordneten, ferner die Spitzenorganisationen des Fremdenverkehrs.“

Der Beirat tritt jeweils zusammen, wenn es gilt, zu grundlegenden Fragen des Fremdenverkehrs Stellung zu nehmen und nicht zuletzt die großen Werbeprogramme durchzusprechen und aufzustellen, wozu heute ganz besonders die gestiegerte Auslandswerbung für den Reiseverkehr nach Deutschland gehört. Die notwendige Verstärkung der Auslandsbewerbung, vor allem durch Einrichtung deutscher Auskunftsstellen in den wichtigsten Reiseländern, darf nicht unterschätzt werden, da es darum geht, den bedeutenden Vorsprung der konkurrierenden Länder wenigstens einigermaßen aufzuholen. Während der Beirat die Verbindung zwischen der Deutschen Zentrale für Fremdenverkehr und allen am Fremdenverkehr interessierten Stellen und Organisationen darstellt, werden außerdem in kürzeren Zeiträumen die Ländervertreter in Frankfurt am Main zu Besprechungen über die jeweils aktuellen Fragen aller Zweige des Fremdenverkehrs zusammenkommen. Dort werden sie unterrichtet und dort geben sie gleichzeitig ihre Anregungen, Ideen und Planungen bekannt. Die erste Besprechung dieser Art hat bereits stattgefunden und war ein voller Erfolg. Der Kontakt ist hergestellt und wird sich auf diese Weise immer mehr vertiefen.“

Stadtrat Dr. Lingnau gab dann bekannt, daß fortan alljährlich im größten Rahmen der „Tag des Deutschen Fremdenverkehrs“ mit etwa 1500 Teilnehmern aus allen Ländern am Sitz der Bundesregierung in Bonn abgehalten wird, und zwar erstmals frühzeitig im kommenden Jahr. Dieser Kongress aller deutschen Fremdenverkehrs- und Verkehrsträger und der gesamten Fremdenverkehrswirtschaft soll im Plenarsaal des Bundestages stattfinden und jeweils den Auftakt für das neue Reisejahr bilden.

Mit dieser erfreulichen Entwicklung scheint die Gewähr gegeben, daß alle

Kräfte an der Hebung der gesamten Fremdenverkehrswirtschaft im Dienste des innerdeutschen und des ausländischen Reiseverkehrs zusammengefaßt werden. Der bevorstehende „Tag des Deutschen Fremdenverkehrs“ in Bonn soll in der repräsentativsten Form vor der ganzen Bevölkerung die Bedeutung des Fremdenverkehrs für Kultur, Wirtschaft und Völkerverständigung darstellen und man ist der berechtigten Zuversicht, daß Bundespräsident Professor Dr. Heuß auf diesem Kongress die richtungweisenden Gedanken verkünden wird.

Die saarländische Strafrechtsordnung soll an das französische Strafrecht angeglichen werden.

## Abbau der Mi

### Eine Stellungnahme der Ind

Eine Vollversammlung der Industrie- und Handelskammer für Rheinhessen beschäftigte sich mit der Frage der Auflösung des Regierungspräsidiums für Rheinhessen.

Hauptgeschäftsführer Dr. Charissé führte aus, daß man bei dem jetzigen Stand der politischen Entwicklung in Westdeutschland eine Aufhebung der Mittelinstanzen allgemein nicht befürworten könne. Die Dichte der Bevölkerung, die Bedeutung von Industrie und Handel sowie auch die Geschlossenheit Rheinhessens als Weinbaubereich rechtfertigten das Vorhandensein einer gesunden Mittelinstanz für dieses Gebiet.

Dr. Charissé betonte jedoch, daß die Aufhebung des Regierungspräsidiums für Rheinhessen aus Gründen der Verwaltungsvereinfachung erfolgen solle, daß das Präsidium selbst unter Beschränkung auf die einem Regierungspräsidenten gestellten reinen Verwaltungsaufgaben in seinem Umfang und seinem Aufgabenkreis weitgehend vereinfacht und verkleinert werden könne. Dies zeigte deutlich ein Vergleich mit dem Umfang des Verwaltungsapparates der früheren Provinzialdirektion für Rheinhessen, mit der räumlich sowohl als auch zum Teil personell die Verwaltung des Landkreises Mainz verbunden gewesen sei, während heute das Landratsamt für den Kreis Mainz eine gesonderte Verwaltung in Oppenheim aufgebaut habe. Insbesondere, so betonte Dr. Charissé bei dieser Gelegenheit, gehöre es nicht zu den Aufgaben eines Regierungspräsidiums, Erhebungen über wirtschaftliche Fragen anzustellen, so wie dies jetzt erst wieder durch das Regierungspräsidium für Rheinhessen erfolgt sei. Die Regierung möge sich lediglich auf ihre Verwaltungsaufgaben beschränken und statistische Erhebungen den Stellen überlassen, die hierfür eingerichtet seien. Es könne deshalb eine Übergabe des von dem Regierungspräsidium geforderten mo-

Die Überseidlung der Landesregierung hat begonnen

# Stateschule im Evangelischen

scheidung noch verzögert, und weil die verständliche Kritik „also bleiben Wohnungen und Büroräume noch weiter leer stehen und muß für diese leerstehenden Räume aus Steuergeldern noch weitere Miete gezahlt werden“ begreiflicherweise weiter zu hören ist.

Ich gebe die Antwort auch, obwohl ich weiß, daß das eine oder andere, was ich sagen werde, manchem Leser unangenehm sein wird.

Um meinen persönlichen Standpunkt vorweg zu nehmen: Ich bin für Mainz, aber keineswegs in erster Linie, weil ich Mainzer bin, sondern aus den gleichen Gründen, aus denen sich führende, in Koblenz ansässige Politiker für Mainz entscheiden.

Eines muß deutlich herausgestellt werden: Es handelt sich hier in keinem Falle um eine kommunalpolitische, die beiden Städte Mainz und Koblenz angehörende Frage. Es handelt sich keinesfalls darum zwischen zwei rivalisierenden Städten zugunsten einer dieser Städte zu entscheiden; beide Städte haben sich bislang, und das muß gesagt werden, würdig verhalten, wenn ich auch der Meinung bin, daß die „notwendige Feststellung“ vom 28. November des Oberbürgermeisters von Koblenz nicht nötig war.

Es handelt sich um eine ausgesprochen staatspolitische Frage, die nicht gefühlsmäßig, sondern nur auf Grundsachlicher Erwägungen entschieden werden darf.

R e c h t l i c h ist Mainz, und das kann von keiner Partei bestritten werden, Landeshauptstadt von Rheinland-Pfalz. Ich verweise auf das veröffentlichte Rechtsgutachten des Justizministers. Auf Grund der dieser Tatsache zu Grunde liegenden Verordnung des Oberbefehlshabers der französischen Besatzungszone hat das Land selbst, wenn auch ohne Einfluß und nur auf Anordnungen der Militärregierung hin durch Bereitstellung der Mittel seit drei Jahren alle Vorbereitungen getroffen, um die erwähnte Verordnung zu verwirklichen. Es wurden die Generalbaudirektion und der Zweckverband zwischen Ministerpräsident, Regierungspräsident und der Stadt geschaffen, einzig und allein mit der Aufgabe, die Uebersiedlung nach Mainz zu beschleunigen. Es darf niemand bestreiten, daß dies der Bevölkerung und der Wirtschaft von Mainz einer gewaltigen Verzicht bedeutete, Verzicht auf Zurverfügungstellung von Baumaterialien für den Wohnungsbau, Verzicht auf den Bau von Schulhäusern, Verzicht auf Ansiedlung von auswärtigen Industriem u. a. m. Es wurden etwa 8000 Arbeiter eingesetzt und etwa 450 Unternehmen flottgemacht, einzig und allein, um Mainz für den Sitz der Landesregierung vorzubereiten.

Aus diesen und ähnlichen Erwägungen hat auch das Kabinett noch am 17. September dieses Jahres einstimmig, also auch mit den Stimmen der sozialdemokratischen Minister, beschlossen, der Verlegung Fortgang zu verleihen.

Nun hat sowohl die Sozialdemokratische Partei als auch die Freie Demokratische

gehen, wird doch wohl nicht in Frage gestellt.

Welche Gründe führen die „Sprengmeister“ als Auflösungsgründe an? „Das Land ist durch die Alliierten geschaffen.“ Richtig. Trifft das aber nicht für alle anderen deutschen Länder in gleicher Weise zu? Ist nicht gerade deshalb im Artikel 29 des Grundgesetzes gesagt, daß die Neugliederung des Bundesgebietes unter Berücksichtigung landwirtschaftlicher Verbundenheit, geschichtlicher und kultureller Zusammenhänge, wirtschaftlicher Zweckmäßigkeit und sozialen Gefüges B u n d e s a u f g a b e i s t ? ! Das Land Rheinland-Pfalz sitzt im Bundesrat zur Zeit mit vier Stimmen für seine rund 2,8 Millionen Einwohner, während das größte Land der Westzonen, Nordrhein-Westfalen, mit seinen rund 12,5 Millionen im gleichen Bundesrat nur mit fünf Stimmen und das Land Bayern mit seinen rund 9 Millionen mit ebenfalls fünf Stimmen im Bundesrat vertreten ist. Wie würde der nördliche Teil von Rheinland-Pfalz bei einer etwaigen Abtrennung im Bundesrat vertreten sein? Wie würde der südliche Teil von Rheinland-Pfalz bei einer etwaigen Abtrennung im Bundesrat vertreten sein?

„Das Land ist nicht lebensfähig!“ Streben nicht „Sprengmeister“ ausgerechnet nach anderen nicht lebensfähigen Ländern hin? Es geht nicht an, daß das Land Rheinland-Pfalz einmal „nicht lebensfähig“ ist und das andere Mal das Land Deutschlands ist, welches die „vorbildlichste sozialpolitische Gesetzgebung hat“.

Sollten also für die Sozialdemokratische Partei und die Freie Demokratische Partei nicht doch an der e Gründe vorliegen und ausschlaggebend sein? Die Christlich-Demokratische Union hat jedenfalls in ihrer Entscheidung um die zur Abstimmung stehende Frage als die stärkste Partei die große politische Aufgabe vor sich gesehen und sie in geschlossener Einmütigkeit erspißlich gelöst.

Vor allem Koblenz möge einsehen, daß ihm mit der Auflösung des Landes überhaupt nicht gedient ist, während ihm bei der Verlegung der Landesregierung nach Mainz mindestens die Aussicht bleibt, eine Reihe von zentralen Landesbehörden in die leer werdenden Räume zu bekommen.

die leer werdenenden Räume zu bekommen.  
Und nun ein Wort zur rein technischen oder praktischen Frage. Der Ministerpräsident hat im Plenum des Landtages festgestellt, daß die französischen Behörden in Mainz zunächst nur vier öffentliche Gebäude und 360 Wohnungen zur Verfügung gestellt haben, während der Sprecher der Christlich-Demokratischen Union erklärte, daß bei der Besichtigung des Kabinetts und Aeltestenrates am Freitag, dem 25. November, keine erschöpfenden und konkreten Auskünfte über die Anzahl der sofort beziehbaren Büroräume und über die Anzahl, Größe und Mieten der sofort beziehbaren Wohnungen erteilt werden konnten. Dies stellt übrigens auch der Bericht des Aeltestenrates über die Besichtigung vom Freitag einwandfrei fest.

Gerade auch die rein technischen Seiten

## Zementexport steigt

Sp. Die H.V. der Dyckerhoff Portland-Zementwerke A.G., Wiesbaden-Amöneburg, bei der 22,59 Millionen RM des Aktienkapitals vertreten waren, genehmigte am 25. 7. 50 einstimmig die Kapitalumstellung im Verhältnis 1:1,1 von 24 Millionen RM auf 26,4 Millionen DM (vergleiche A.Z. vom 21. 7. 1950) und die Ausschüttung einer Dividende von 3 Prozent für das DM-Rumpfgeschäftsjahr 1948. Der Vorsitzende des Aufsichtsrates, Konsul Ludwig-Gustav Wilkening, wies darauf hin, daß das Grundkapital der Gesellschaft von 27 Millionen RM im Jahre 1932 zu scharf auf 20 Millionen RM herabgesetzt wurde. Die nunmehr — nach der 1942 durchgeführten Erhöhung auf 24 Millionen RM — beschlossene Kapitalerhöhung auf 26,4 Millionen DM sei bescheiden, gemessen an der Kapazität der Werke und im Vergleich mit der Aktienkapital-Ausstattung gleich großer ausländischer Unternehmungen. Noch in diesem Jahr werde einer Hauptversammlung der Abschluß des Geschäftsjahres 1949 vorgelegt werden, der mit Optimismus erwartet werden könne.

Wie bereits kurz berichtet, hielt auch im Jahre 1949 die günstige Umsatzentwicklung an, und die Gesellschaft erreichte einen

## Preisunterbietung

### Betrachtungen zum S

**HKO** Der Sommerschlußverkauf steht vor der Tür. Die Kauflust des Verbrauchers ist groß, die Geldknappheit ebenfalls. Sie verspürt auch der Kaufmann. Deshalb ist dieser zur straffen Kalkulation gezwungen. Es mag in diesem Zusammenhange interessant sein, die Frage der Preisunterbietung und der Preischleuderei einmal zu erörtern.

Die freie Marktwirtschaft bindet keinen Gewerbetreibenden an einen üblichen oder Durchschnittspreis. Einige wenige, von Staats wegen festgelegte Höchst- und Festpreise spielen keine Rolle. Wer billiger und besser einkauft oder produziert, muß auch das Recht haben, billiger als die Mithbewerber zu verkaufen. Dabei können nicht einmal die eigenen Gestaltungskosten als der nicht mehr unterbietbare Mindestpreis aufgestellt werden. Trotz dieses in einer Reichsgerichtsent-

## 4.2.5.50 Der Plan für das Landtagsgebäude

### Die Beurteilungs-Kommission über den Ausbau des Schlosses

Na. Mainz, 4. Juni. (Eigener Berich.) Am Montagvormittag hat die Beurteilungskommission die verschiedenen für den Ausbau des Großherzoglichen Schlosses in Mainz eingereichten Vorschläge geprüft und sich für das Projekt ausgesprochen, das Regierungsbaurat Delp vom Staatlichen Hochbauamt in Mainz eingereicht hatte. Beifall fand auch der vom Regierungsbaumeister a. D. Petzold vorgelegte Plan.

Die Kommission, die sich zusammensetzte aus dem Landtagspräsidenten Wolters, Professor Offenberg vom Wiederaufbauministerium, Architekt Schütz, Mainz, als Präsidenten des Beirats für Baukultur- und Bauwesen und den Abgeordneten Diel und Hertel vom Altestenrat, hat darüber hinaus kleine Änderungsvorschläge gemacht, so daß zur Zeit für den neuen Landtagssitz in Mainz, folgendes Bild gegeben ist.

Betritt man das Haus vom Innenhof am Deutschhausplatz her, so gelangt man in ein großes Vestibül, das im Hintergrund durch drei hohe Fenster den Blick auf den Rhein frei gibt. Linkerhand, also rheinabwärts, liegt nach der Uferseite hin eine geräumige Garderobe, die den Abgeordneten und Besuchern sowohl vor dem Betreten des Restaurants als auch des im ersten Obergeschoß liegenden Plenarsaals zur Verfügung steht. Gegenüber der Garderobe führt eine geräumige Treppe für das Publikum in die oberen Stockwerke. Für das Restaurant ist ein Anbau vorgesehen, der die bereits bestehende Mauer nach der Rheinstraße hin benutzt, so daß die Fassade des ganzen Gebäudes, vom Rhein her gesehen, gewahrt bleibt.

Rechts vom Vestibül sind die Fraktionsräume für die beiden großen Parteien, Toiletten und die Treppe für die Abgeordneten zum Plenarsaal hin vorgesehen. Der Plenarsaal selbst nimmt die Mitte des ganzen Hauses ein und erstreckt sich beiderseits über das Vestibül hinaus. Er reicht bis in das zweite Obergeschoß hinein. Die Plätze der Abgeordneten werden quer zur Längsrichtung des Gebäudes angebracht und das Präsidium wird ihnen gegenüber so Platz haben, daß es ebenso wie die Regierung unmittelbar in den ihnen zur Verfügung stehenden rheinaufwärts liegenden Teil des Oberstocks gelangen kann. Hier hat der Landtagspräsident sein Büro und sind weitere Sitzungszimmer eingerichtet.

Der gegenüberliegende Flügel des ersten Obergeschoßes enthält die geräumige Wandhalle und im Anschluß daran eine Ter-

rasse, die sich über dem Restaurationssaal hinzieht. Das zweite Obergeschoß birgt weitere Büros, unter anderem auch für die Presse, und die in den Plenarsaal hineinreichende Tribüne für Publikum und Journalisten. Das dritte Obergeschoß innerhalb des Mansardendaches wird die weiterhin notwendigen Büro- und Verwaltungszimmer aufnehmen.

Die beiden Pavillons, die rechts und links den Innenhof am Deutschhausplatz flankieren, werden die Landtagsbibliothek, Lesezimmer, Sitzungsräume für die kleineren Fraktionen, die Hausmeisterwohnung und Übernachtungszimmer für die Abgeordneten umfassen. Gärtnerische Anlagen werden das neue Landtagsgebäude umrahmen. Ein Garten vor dem Restaurant soll den Gästen zur Verfügung stehen ein anderer, nach dem Zeughaus hin, den Abgeordneten zur Erholung dienen.

Es ist zu hoffen, daß nun bald dieser Entwurf auch vom Landtag selbst, der selbstverständlich volle Entschlußfreiheit darüber hat, gutgeheißen und die detaillierten Baupläne dementsprechend aufgestellt werden können. Wie wir schon gestern berichteten, hofft man, daß im Laufe des November das Haus bezugsfertig ist. Da die nächsten Landtagssitzungen noch in Koblenz stattfinden, und die Bauarbeiten in Mainz mit besonderem Nachdruck betrieben werden, stehen unseres Erachtens auch einer kleinen Überschreitung dieser Bauzeit nicht allzuviel Bedenken im Wege.

Mittwoch, 5. Juli 1950

## Die Bundesanleihe

F.A.Z. In Regierungskreisen und bei den Banken wird es als sicher angesehen, daß die künftige erste Bundesanleihe der Bundesrepublik Deutschland mit einem Zinsfuß von 5 Prozent ausgestattet werden wird, obwohl weder der Zentralbankrat noch die Bundesregierung selbst bisher offiziell dazu Stellung genommen hat. In Frankfurt ist lediglich zu erfahren, daß auf der letzten Zentralbankrats-Sitzung keine Einigung über die Erhöhung des Zinsfußes von 5 auf etwa 7 bis 8 Prozent erzielt werden konnte.

## Doch Brotpreiserhöhung?

dpa Die im Getreidewirtschaftlichen Arbeitsring zusammengeschlossenen Spitzenverbände der Getreidewirtschaft wiesen in Bonn darauf hin, daß fühlbare Preiserhöhungen für Mehl, Brot, Kleingebäck und Nährmittel unvermeidlich seien. Durch den starken Abbau der Getreidesubventionen erhöhten sich die Roggenvolkspreise um 17 und die Weizenpreise um 23 Prozent. Diese Rohstoffpreiserhöhungen könnten von den beteiligten Gewerbezweigen in ihren Verarbeitungs- und Handelsspannen nicht aufgefangen werden.

## Markt- und Börsenberichte

F.A.Z. An der Frankfurter Börse herrschte am Dienstag an allen Märkten eine lustlose Gesamtstimmung. Noch mehr als an den letzten Tagen hielten Publikum und Kulisse mit Kauforders zurück. Allerdings lagen andererseits auch wiederum nur geringe Verkaufsaufträge vor, so daß es im allgemeinen nicht zu allzu großen Kursrückgängen kam.

## Devisenhandel

Frankfurt. (Eigenbericht.) Im Frankfurter

## Südkorea - der

### Erzvorkommen und Sch

Af. Die Kampfhandlungen zwischen Nord- und Südkorea haben selbstverständlich in erster Linie politische Ursachen, aber auch der wirtschaftliche Hintergrund dürfte nicht ohne Bedeutung sein. Die Trennungslinie am 38. Breitengrad hat das Land nicht nur politisch, sondern auch wirtschaftlich in zwei Teile zerrissen. Während der Norden zwar reiche Mineralvorkommen, aber eine sehr schmale landwirtschaftliche Basis besitzt, hat Südkorea eher den Charakter eines Agrarlandes, obwohl auch es über eine Reihe von Industriezweigen verfügt.

Der außergewöhnliche mineralische und landwirtschaftliche Reichtum des Landes wurde vor allem von Japan intensiviert. Nach seiner Kapitulation fielen die großen Vorkommen an Eisenerzen, Wolfram-, Kupfer-, Molybdän-, Blei- und anderen Erzen sowie die reichen Kohlenlager in den nördlichen Provinzen in die sowjetische Sphäre. Nordkorea war für die Sowjetunion ein wichtiges Versorgungsgebiet für Erze und Metalle geworden. In diesem Gebiet wurden 1936 (letzte verfügbare Zahlen) 79 000 t Gold- und Silbererze, 2590 t Kupfererz, 3637 t Kupfer, 629 000 t Eisenerz, 27 387 t Bleierz, 1700 t Wolframerz, 80 t Molybdän erz und 2,28 Mill. Tonnen Steinkohle, Anthrazit und Braunkohle gewonnen. Seither ist die Erzeugung gewaltig gestiegen und dürfte besonders durch die weitgehende Förderung von Seiten der Sowjets teilweise das Doppelte, in vielen Fällen sogar das Dreifache des Jahres 1936 erreicht haben.

## Um die deutsche

w Ueber das Schicksal deutscher Handelsmarken im Ausland ist immer noch keine endgültige Entscheidung gefallen. Wird man nicht eines Tages im Ausland doch zu der einzigen richtigen Konsequenz gelangen, daß die deutschen Handelsmarken, die durch die Verletzung des Völkerrechts an Fremde weitergegeben worden sind, wieder freigegeben werden müssen? Daß diese Beschlagnahmungen ein Unrecht waren, bestätigt auch die britische Trade Mark Protection Society, London, in einem an den Deutschen Markenverband gerichteten Schreiben. Die einzige richtige Schlüssefolgerung, die deutschen Auslandsmarken den Eigentümern zurückzugeben, zieht die britische Gesellschaft indessen nicht. Sie macht aber einen überraschenden, um nicht zu sagen befremdlichen Vorschlag zur Lö-

## Ende August abgeschlossen

A.Z.  
12.6.50

### Der Umzug nach Mainz

Koblenz, 16. Juni. (SWF.) Der Chef der Staatskanzlei von Rheinland-Pfalz, Minister a. D. Dr. Haberer, erklärte, daß Ende August der Umzug der einzelnen Ministerien von Koblenz nach Mainz abgeschlossen sei. Entgegen anderslautenden Behauptungen benötigte man zum Ausbau des Telefonnetzes in Mainz rund 120 000 Mark. Ministerialdirigent Dr. Dahlgrün vom Finanzministerium von Rheinland-Pfalz hatte erst vor kurzem von 500 000 Mark gesprochen.

Minister Haberer betonte, daß die Landesregierung begründete Aussichten habe, die durch den Landtag bewilligten Umzugskosten von einer Million Mark zu unterbieten. Gleichzeitig teilte Minister Haberer mit, daß mit dem Umzug des Landeskommisariats nach Mainz Ende Juli zu rechnen sei.

\*

Na. Wie wir dazu erfahren, werden in Mainz alle Vorkehrungen getroffen, um die für die Regierung bestimmten Gebäude, die jetzt noch von den Besatzungstruppen in Anspruch genommen sind, zu räumen. Die Bezirksdelegation, die zur Zeit noch am Fischtorplatz untergebracht ist, wird zunächst im zweiten und dritten Stockwerk des Kaufhofs einziehen. Die dort vorhandenen vierzig Büros müssen Ende des Monats noch vom Kaufhof freigemacht werden. Es ist dies jedoch nur ein Provisorium. Die Bezirksdelegation baut das Haus Kaiserstraße 13 ihren Wünschen entsprechend aus und wird wahrscheinlich in vier Monaten dort ihren Sitz haben. Dadurch sind die Räume, die ursprünglich für die Bezirksdelegation im Osteiner Hof bestimmt waren, für das Landeskommisariat noch zusätzlich freigeworden. Dieses benötigt aber außerdem noch die obersten Stockwerke des Woolworth-Gebäudes und wird, wenn die Bezirksdelegation ihren vorläufigen Sitz dort wieder aufgegeben haben wird,

wahrscheinlich auch den zweiten und dritten Stock dieses Hauses in Anspruch nehmen. Der Kaufhof plant ja überhaupt, bereits im November seinen Neubau in der Schusterstraße zu beenden, so daß dann alle Stockwerke des Woolworth-Hauses für Bürozwecke freiwerden.

Auch für die Sûreté die zur Zeit noch am Schillerplatz das Gebäude der Industrie- und Handelskammer benutzt, sind andere Räume in Aussicht genommen. Wahrscheinlich kann diese Behörde Anfang Juli in die Kaserne an der Goldgrube umziehen, wo zur Zeit noch französische Truppen in Quartier liegen.

### Die Rentennachzahlung

bb. Koblenz, 16. Juni. (Eigener Drahtbericht.) Staatssekretär a. D. Dr. Würmeling (Christlich-Demokratische Union) hat eine „Kleine Anfrage“ wegen des benötigten Betrags von einer Million Mark zur Bereitstellung von Rentennachzahlungen aus dem Jahre 1945 an den Landtag gerichtet und die Frage gestellt, warum Rheinland-Pfalz nicht, wie die Länder Hessen, Bayern und Württemberg-Baden, die gleiche Anordnung zur Erfüllung der berechtigten Ansprüche der Rentenberechtigten getroffen habe. Dr. Würmeling fragt dabei gleichzeitig, ob die Landesregierung bereit sei, eine Vorlage auf den Verzicht des Umzugs von Koblenz nach Mainz zu vertreten, um die erforderliche eine Million Mark für die Rentenberechtigten sicherzustellen.

### Tschakos für die Polizei

bb. Koblenz, 16. Juni. (Eigener Drahtbericht.) Der Haushalt- und Finanzausgeschuß des Landtags hat der Abteilung Polizei im Innenministerium die Anschaffung von rund dreitausend Tschakos im Betrag von 54 000 Mark für die Polizisten des Landes Rheinland-Pfalz genehmigt.



r, die Prinzessin von Réthy, sind in Rom aus  
dienz empfangen worden. Dem König, der mit  
inte, sind vom Vatikan Ehrungen zugekommen,  
ürsten vorbehalten sind.

Foto: dpa

## Ich nicht gesund

### Plan-Delegation verzögert sich

Gesetzentwurf über die Festsetzung der Brotpreise zu, der die Regierung ermächtigt, im Bedarfsfalle Höchstpreise für Brot und Feingebäck festzusetzen.

Das Kabinett beschäftigte sich auch mit den Abänderungsvorschlägen des Bundesrats zum Versammlungs-Gesetz. Es entschied sich, dem Antrag des Bundesrats nicht stattzugeben, in das Gesetz Paragraphen aufzunehmen, welche das Zeigen nationalsozialistischer Abzeichen oder der Farben und Fahnen des alten Deutschen Reiches in Versammlungen verbieten. Das Tragen nationalsozialistischer Abzeichen, das augenblicklich durch ein alliertes Gesetz verboten ist, wird durch die kommende Strafrechtsnovelle verboten werden. Ein Verbot aber der Farben Schwarz-Weiß-Rot in Versammlungen ist nach der Auffassung des Kabinetts nicht richtig. Ebenso lehnte das Kabinett den Vorschlag des Bundesrats ab, bei dem Verbot des Tragens von Uniformen in Versammlungen eine Ausnahme zugunsten von Jugendorganisationen zuzulassen. Entgegen der Ansicht des Bundesrats blieb das Kabinett auch bei der Auffassung, daß Personen, die im amtlichen Auftrag an Versammlungen teilnehmen, das Tragen von Waffen gegebenfalls gestattet werden kann.

### Bonn blickt nach Düsseldorf

### Immerstaaten

reits zahlreiche Baugründe — und kommt dabei zu falsche Schlüssen. Vor allem der schon fast verzweifelnde Wohnungssuchende: Der Ausgebombte. Der Evakuierter. Der Heimatvertriebene. Das, was man heute an Bautätigkeit sieht, ist mehr privater Natur. Auch die Länder haben im vergangenen Jahr von sich aus über zweihunderttausend Wohnungs-Bauvorhaben in die Tat umgesetzt, ein baulicher Prozeß, der sich jetzt erst noch ausläuft. Auf alle Fälle hat das mit dem Bauprogramm des Bundes nicht das geringste zu tun. Denn das hat praktisch noch gar nicht begonnen. Im Bundesetat für 1950/51 sind 350 Millionen dafür ausgeworfen und bewilligt worden. Man hätte annehmen müssen, daß nun alles Weitere sich in schneller Folge entwickeln werde. Weit gefehlt. Denn zunächst hatten sich erst einmal die obersten Instanzen der Regierung damit auseinanderzusetzen, als da sind: Der Bundesminister für Wohnungsbau. Das Hauptamt für Soforthilfe. Die Kommission für die Marshall-Hilfe. Der Bundesminister denkt zu allererst daran, nun auch die Bauten so rasch wie möglich in Gang zu setzen. Das Hauptamt für Soforthilfe klemmt sich dazwischen und möchte möglichst alles für die Flüchtlinge bereitgestellt sehen. Die Abteilung der Europa-Hilfe, in der die Amerikaner das Wort führen, will für die Angleichung der Baupläne an die gesamte Wirtschaft sorgen. So setzt, ehe man noch eigentlich beginnt, der Instanzenkrieg Nummer 1 ein. Der Streit um die Frage, ob man geschlossene Flüchtlingsblöcke herstellensoll, ist noch nicht gelöst. Selbst der Einwand, ob man Flüchtlinge nicht zu einem Teil, in gesunder Mischung, auch in Altbau-Wohnungen oder in wiederherzustellenden Häusern unterbringen soll, ist noch nicht beantwortet. Bei alledem spielt die wirtschaftliche Lage der Flüchtlinge, ihre Vermengung mit der ortsansässigen Bevölkerung und nicht zuletzt die zusätzliche Kreditbeschaffung auf einigermaßen sicherer Grundlage eine nicht geringe Rolle. Immerhin . . .

\*

Immerhin hat der Bundesminister für Wohnungsbau nach Hochrechnungen

## Allgemeine Zeitung

A-Z. 4.7.50

### Der Aufbau des Schlosses

Nach einem Wettbewerb der Architekten

bb. Koblenz, 3. Juli. (Eigener Drahtbericht.) Wie Landtagspräsident Wolters dem Vertreter der „Allgemeinen Zeitung“ mitteilte, hat der Landtag einen Ideen-Wettbewerb über die Raumaufteilung und Ausgestaltung des Großherzoglichen Schlosses veranstaltet, zu dem vier Architekten eingeladen worden waren und an dem sich zwei weitere Architekten außer Konkurrenz beteiligt hatten. Im Augenblick würden die Entwürfe geprüft und die Entscheidung, welche Ideen dem Aufbau des Schlosses zugrundegelegt werden, sei voraussichtlich noch im Laufe des Montags zu erwarten.

Eine gemischte Kommission von je drei französischen und deutschen Persönlichkeiten werde die Bauausführung überprüfen. Von deutscher Seite gehören der Kommission an: der Landtagspräsident, weiterhin Baurat Wilke (Mainz) und Architekt Schütz (Mainz) als Vertreter der freien Architekten. Die Ausführung der Arbeiten liegt in deutschen Händen.

Wie Präsident Wolters weiter bekanntgab, werde der Wiederaufbau des Schlosses so beschleunigt werden, daß der Landtag im November mit seinen Tagungen beginnen könne. Der Landtag habe nicht die Absicht, vorübergehend in Mainz oder anderswo sich in ein vielleicht noch mit Kosten verbundenes Provisorium einzulassen. Nach der kominenden Fünf-Tage-Sitzung des Parlamentes vom 10. bis 14. Juli werde der Landtag voraussichtlich auf sechs Wochen in Urlaub gehen. Die im September und Oktober fälligen Sitzungen würden wahrscheinlich noch in Koblenz stattfinden. Wolters erklärt auf eine Frage, daß technisch nichts im Wege stehe, Ausschuß- und ähnliche Sitzungen nach dem Umzug der Landesregierung in Mainz abzuhalten, auch wenn sich der Landtag noch in Koblenz befindet.

# Wirtschaftsblatt

## Verkehr gegründet

### gegen Einschränkungen

auch die Angliederung an die Bundesstelle zur Überwachung des gewerblichen Güterfernverkehrs verstanden wird, als Störung des Produktionsablaufes und Verteilungsprozesses empfunden wird. Die Bestrebungen des gewerblichen Straßenverkehrs auf Einengung des Werkverkehrs sind abzulehnen, da ein von den Betrieben als notwendig angesehener Werkverkehrspark der Wirtschaftsentwicklung im allgemeinen nurförderlich ist.

Die gewerblichen und landwirtschaftlichen Verlader als beste Auftraggeber des Verkehrsgewerbes erwarten aus diesen Gründen, daß das Verkehrsgewerbe von seinen Forderungen Abstand nimmt. Das soll nicht bedeuten, so wurde in der Sitzung betont, daß sich der Werkfernverkehr Kontrollmaßnahmen auf der Straße zwecks Unterbindung des unechten Werkverkehrs und im Interesse der Schaffung einer Ordnung im Güterfernverkehr entziehen will.

Der gemeinschaftliche „Arbeitskreis Verkehr“ nahm überdies zu Bestrebungen Stellung, Fragen des Werkverkehrs in einer gesonderten Arbeitsgemeinschaft Werkverkehr zu bearbeiten. Diese Tendenzen finden keine Unterstützung der Spitzenverbände der Wirtschaft und Landwirtschaft. Es wurde vielmehr erklärt, daß Bearbeitung und Stellungnahme zu diesen Fragen weiterhin Kammern und Verbänden obliegen müssen.

## en Tonnen Stahl

bar. Die Kreditbewirtschaftung drohe sich zu einem öffentlichen Wirrwarr zu entwickeln. Sollte es so kommen, falle es schwer, von den

Mittwoch, 7. Juni 1950

A.Z.

7.6.50

## Planmäßiger Umzug

### Die Uebersiedlung der Landesregierung nicht vor Ende August

bb. Koblenz, 6. Juni. (Eigener Drahtbericht.) Die Bemühungen gewisser Kreise in Koblenz, den Landtag noch einmal mit der Frage Koblenz—Mainz zu beschäftigen, sind gescheitert, nachdem nun auch die Freie Demokratische Partei es ablehnte, in dieser Angelegenheit neues Material zu beschaffen und dem Landtag zuzuleiten. Die Vorbereitungen für den Umzug sind in der Regierung im vollen Gange.

Na. Der Umzug der Landesregierung nach Mainz wird keineswegs überstürzt, sondern planmäßig vorbereitet, um jede Überschreitung der vom Landtag bewilligten einen Million nach Möglichkeit zu verhindern und eine reibungslose Fortsetzung der Tätigkeit der einzelnen Ministerien sofort nach der eigentlichen Übersiedlung zu sichern. Der mit der finanziellen Überwachung betraute Leiter des Landesamtes für kontrollierte Vermögen, Oberregierungsrat Dr. Brenner hat entsprechende Vorbereiungen getroffen, darunter vor allem die Bestimmung, daß nur solche über den eigentlichen Umzug hinausgehenden Vorbereiungen der einzelnen Behörden genehmigt werden, die von ihm gezeichnet sind.

Diese sorgsame Planung sieht vor, daß zunächst einmal die Telephonzentralen eingericthet werden müssen, ehe der erste Möbelwagen nach Mainz abgeht. Noch steht nicht fest, ob man eine einzige Zentrale für sämtliche Regierungsstellen einrichten wird, oder mehrere für die mit einander benachbarten Ministerien. Obwohl die eigentlichen Leitungen fast überall schon verlegt sind, rechnet man für den Bau dieser einen oder mehreren Zentralen auf mindestens zwei Monate, so daß vor Ende August der Umzug selbst nicht beginnen dürfte. Dabei könnte nur das Wiederaufbauministerium eine Ausnahme machen, das in den Bürobaracken der Ende Juni aufzulösenden Generalbaudirektion untergebracht und dort schon eine eigene Fernsprechzentrale vorfinden wird.

Im einzelnen sollen die Ministerien — so weit das bisher bekannt ist — folgendermaßen untergebracht werden: Ministerpräsidium und Staatskanzlei im Bassengeimer Hof, Finanzministerium in der Volksbank, Wirtschafts- und Sozialministerium am Fischtorplatz in den heute von der französischen Bezirksdelegation benutzten Häusern, Justizministerium im Justizpalast. Die übrigen Ministerien kommen, wie wir hören, in das Telehaus, das Haus der Industrie- und Handelskammer und das Haus Maack.

Das Woolworth-Gebäude scheint nach den neuesten Ermittlungen für die Zwecke der Landesregierung nicht mehr in Betracht zu kommen; da die „Sûreté“ das Haus der Industrie- und Handelskammer in absehbarer Zeit freigeben wird, scheint sicher zu sein.

Im Haus des Land- und Amtsgerichts, dem sogenannten „Justizpalast“, wird zur Zeit der zum Rhein hin gelegene Flügel wieder ausgebaut. Das Justizministerium will hier für seine eigenen Zwecke 50 Räume einrichten. Es steht zu hoffen, daß auch die Räumung der Reste des großherzoglichen Schlosses von Schutt und Trümmern bald beginnt, damit der geplante Wiederaufbau für den Landtag bei Eintritt des Winters wenigstens unter Dach und Fach kommt.

Diese oben umrissenen sorgfältigen Vorbereitungen verzögern nur scheinbar den Umzug selbst. Sie sind im Gegenteil geeignet, den Kritikern, die sich ab und zu noch vor allem in Koblenz zu Wort melden, den Wind aus den Segeln zu nehmen. Erst wenn die Kosten für die Telephonzentralen, die nach einer Meldung unseres Koblenzer Korrespondenten unter Verwendung der in Koblenz benutzten Zentrale 50 000 Mark nicht überschreiten sollten, und die Kosten für den Umzug selbst feststehen, wird der mit der finanziellen Aufsicht betraute Kommissar im Rahmen des von dem Landtag bewilligten Betrags von einer Million kleine bauliche Veränderungen genehmigen. Es ist also Vorsorge getroffen, daß dieser Betrag auf keinen Fall überschritten wird.

So scheint es sich auch einstweilen zu erübrigen, jetzt schon einen Beaufragten der Landesregierung in Mainz einzusetzen, der die Raumverteilung vornimmt. Der ursprünglich dafür vorgesehene höhere Beamte soll, wie wir zuverlässig erfahren, gar nicht geneigt sein, diesen Auftrag zu übernehmen und zur Zeit lediglich die Verhandlungen mit dem französischen Landeskommisariat für die Überlassung der von ihm noch zur Zeit benutzten Gebäude — Fischtorplatz und Sûreté — zu führen.

Es erübrigt sich wohl der Hinweis darauf, daß keinesfalls das gesamte Personal der Landesregierung von Koblenz nach Mainz übernommen wird. Wie groß die Zahl der qualifizierten Kräfte ist, die mit nach Mainz kommen, steht noch nicht fest. Damit sind auch alle Berechnungen über die Höhe der Trennungentschädigungen, die nach der Übersiedlung bezahlt werden müssen, völlig gegenstandslos. Einen Sinn kann eine solche Aufstellung auch nur dann haben, wenn man feststellt, wie groß der Unterschied zwischen der Summe dieser Trennungentschädigung für Koblenz und für Mainz ist.

Mittwoch, 7. Juni 1950

# Bilanz der Bank deutscher Länder

Zentralbankrat genehmigte Jahresabschluß für 1948 und 1949

F. A. Z. Der Arbeitsbeginn der Bank Deutscher Länder fällt mit der Währungsreform vom 20. Juni 1948 zusammen, denn erst die Währungsreform hatte wieder die Grundlage für eine wirksame Zentralbankpolitik geschaffen. Der Bank Deutscher Länder wurden gemäß alliierter Gesetze die Aufgaben und Befugnisse einer Währungs- und Notenbank für das Gebiet der Bundesrepublik übertragen. Sie ist das Spitzeninstitut eines zweistufigen Zentralbanksystems, das heißt die Bank der in den elf Bundesländern bestehenden Zentralbanken. Als solche unterhält sie grundsätzlich keinen unmittelbaren Geschäftsverkehr mit Kreditinstituten. Sie ist eine Körperschaft des öffentlichen Rechts. Ihr Grundkapital befindet sich ausschließlich im Besitz der angeschlossenen Landeszentralkassen.

Die gesamten beim Zentralbanksystem befindlichen Noten und Münzen bilden den Kassenbestand der Bank Deutscher Länder und sind daher im Notenumlauf nicht erfaßt. Die Landeszentralkassen können zu Lasten ihres Giroguthabens bei der BDL über die bei ihnen befindlichen Bargeldbestände verfügen. Der Notenumlauf ist von 1,8 Milliarden DM in den ersten Tagen nach der Währungsreform auf 7,7 Milliarden am 31. Dezember 1949 gestiegen. Die Höhe des Zahlungsmittelumlaufs hält sich innerhalb der durch das Emissionsgesetz gezogenen Grenze.

## Die Verwendung der Gewinne

Die Jahresabschlüsse sind vom Zentralbankrat in seiner Sitzung vom 16. und 17. Mai 1950 geprüft und einstimmig genehmigt worden. Von dem Gewinn für die Zeit vom 21. 6. bis 31. 12. 1949 von 33,06 Millionen DM wurden 20,0 Millionen (20 Prozent des Grundkapitals) der gesetzlichen Rücklage und weitere 10 Millionen in sonstigen Rücklagen zugeführt worden. Der darüber hinaus verbleibende Reingewinn von 3,01 Millionen DM wurde an die Anteilseigner der Bank in Form einer dreiprozentigen Dividende ausgeschüttet. Von dem Gewinn des

## 115 000 Arbeitslose weniger

dpa Die Zahl der Arbeitslosen in der Bundesrepublik ist im Mai um 115 520 auf 1 668 318 zurückgegangen. Der Rückgang in der zweiten Mai-Hälfte allein betrug 64 596. Seit März dieses Jahres hat sich damit die Zahl der Arbeitslosen um 314 000 verringert. Die winterliche Zunahme von Anfang November bis Ende Februar betrug 665 300. Erstmals ist in diesem Monat auch eine nennenswerte Entlastung auf dem Arbeitsmarkt für Frauen eingetreten. Hier betrug der Rückgang rund 16 500.

Den größten Rückgang an Arbeitslosen hatte wiederum mit 44 540 Bayern zu verzeichnen. Es folgten Niedersachsen mit 21 686, Schleswig-Holstein mit 12 128, Nordrhein-Westfalen mit 11 640, Hessen mit 10 568, Württemberg-Baden mit 5 671, Rheinland-Pfalz mit 3 070.

Geschäftsjahrs 1949 (einschließlich Gewinnvortrag 46,47 Millionen DM) wurde geschlossen, wiederum 20,0 Millionen der gesetzlichen Rücklage und den sonstigen Rücklagen ebenfalls 20,0 Millionen DM zuzuführen und an die Anteilseigner (Landeszentralkassen) eine Dividende von 6 Prozent auszuschütten und den überschüssigen Betrag von 0,47 Millionen DM auf neue Rechnung vorzutragen.

## Abschlußzahlen der BdL

DM-Eröffnungsbilanz (in Millionen DM)		
Aktiva		
Geschäftsausstattung		0,15
Vorläufige Ausgleichsforderungen	5 428,94	
Sonstige Vermögenswerte	0,54	
<b>Passiva</b>		
Grundkapital	100,—	
Zahlungsmittelumlauf (1. Rate d. Kopfbeträge)	1 853,41	
Täglich fällige Einlagen der Landeszentralkassen, Eisenbahn- und Postverwaltungen		
und Besatzungsmächte	3 476,12	

## Jahresbilanzen 1948 und 1949 (in Millionen DM)

Aktiva	1948	1949
Guthaben in ausl. Währung	13. 12.	31. 12.
Ausländische Zahlungsmittel	983	936
Forderungen aus Auslandsgeschäft	1 135	183
Wechsel	1 106	2 798
Lombardforderungen	862	1 432
Schatzwechsel und kurzfristige Schatzanweisungen		30
Kassenvorschüsse	42	61
Kurzfr. Kredite an Bundesverwaltungen		423
Postcheckguthaben	106	31
Sonstige Forderungen	244	51
Grundstücke und Gebäude		2
Vorläufige Ausgleichsforderungen	5 228	5 236
Schuldverschreibungen (Berlin)		638
<b>Passiva</b>		
Grundkapital	100	100
Rücklagen		30
Rückstellungen	52	153
Zahlungsmittelumlauf	6 319	7 737
Einlagen des Bundes		1 160
Täglich fällige Einlagen	1 235	745
Verbindlichkeiten aus Auslands-		
geschäft	1 988	1 886
Reingewinn	33	46
Bilanzsumme	9 710	11 862

vierten Gesetz nach dem Zuckersteuer-, dem Fleisch- und dem Getreidegesetz in der Reihe der Maßnahmen zur Regelung der landwirtschaftlichen Marktordnung. Ein Regierungssprecher hob hervor, daß das Kabinett dabei auf die Wiedereinführung der ehemaligen Fettsteuer auf Margarine verzichtet habe und die Einfuhrschleusen und Preisregelungen nur noch bei Butter und Schmalz bestehen blieben, bei den Rohstoffen jedoch für die Margarineindustrie aufgehoben würden. Da der inländische Margarinepreis ab Fabrik für den Doppelzentner 183 DM, der Weltmarktpreis aber nur 133 DM beträgt, ist mit einer erheblichen Senkung des Margarinepreises zu rechnen.

Dienstag, 16. Mai 1950

# Initiativ-Antrag für Mainz

A. 2.  
16.5.50 Vor einer neuen Abstimmung in der Hauptstadtfrage

bb. Koblenz, 15. Mai. (Eigener Drahtbericht.) Es ist damit zu rechnen, daß im Landtag von Rheinland-Pfalz spätestens am Dienstag ein von sechzehn Abgeordneten der Christlich-Demokratischen Union unterschriebener „Initiativ-Antrag“ zur Frage Koblenz—Mainz behandelt wird.

Der Antrag, dem sich sechs Abgeordnete der Sozialdemokratischen Partei angeschlossen haben, hat den folgenden Wortlaut:

„Der Landtag wolle beschließen — unter der Voraussetzung daß

a) der für Zwecke des Landtags vorgesehene Neuausbau des in Landesbesitz befindlichen Großherzoglichen Schlosses den Etat des Landes weder direkt noch indirekt belastet,

b) die für diesen Zweck einzusetzenden Mittel früheren Eigenleistungen unseres Landes entstammen und von der Militärregierung lediglich zur Ausführung von Bauvorhaben angesammelt wurden, und

c) die Ausführung der Bauvorhaben gemäß a) und b) sichergestellt ist —

1. Den Sitz der Landesregierung und des Landtages von Koblenz nach Mainz zu verlegen.

2. Mit dem Umzug der Landesregierung im Rahmen der verfügbaren Räumlichkeiten und Wohnungen sofort zu beginnen.

3. Den Umzug des Landtages unmittelbar nach Fertigstellung der Neuausbauten des Großherzoglichen Schlosses erfolgen zu lassen.

4. Die in Koblenz freiwerdenden regierungseigenen Gebäude zur Unterbringung zentraler deutscher Behörden, wie das Statistische Landesamt oder dergleichen, zu verwenden.

5. Die durch die Verlegung der Dienststellen der Landesregierung und des Landtages entstehenden Kosten, einschließlich der Aufwendungen für die Versetzung der Dienstkräfte und der Herrichtung der notwendigen Geschäftsräume der Landesregierung sind im Haushalt bis zu einer Million Mark bereitzustellen.“

Die Namen der sechzehn Abgeordneten der Christlich-Demokratischen Union, die den Antrag unterzeichnet haben, sind: Diel (Mainz), Matthes (Mainz), Dr. Ritterspacher (Pfalz), Dr. Bieroth (Mainz), Schlick (Mainz), Jahn (Pfalz), Dr. Haberer (Pfalz), Demmerle (Pfalz), Franke (Pfalz), Dr. Habighorst (Koblenz), Töniges (Montabaur), Lorth (Trier), Gotthardt (Trier), Kalinowski (Montabaur) und Dr. Boden (Koblenz).

Folgende Abgeordnete der Sozialdemokratischen Partei unterzeichneten den Antrag: Calujek (Mainz), Flittler (Pfalz), Völker (Mainz), Roth (Pfalz), Hertel (Pfalz), Cronenbold (Mainz).

Der Landtag hat in erster bis dritter Lesung ein Landesgesetz über den Abschluß

eines Staatsvertrages zwischen der Landesregierung von Rheinland-Pfalz und der Großherzoglich-Luxemburgischen Regierung über die Errichtung einer Wasserkraftsanlage an der Sauer bei Rosport-Ralingen (Bezirk Trier) genehmigt.

Staatssekretär Dr. Steinlein, der das Gesetz begründete, führte unter anderem aus, daß durch falsche Propaganda Unruhe in die Bevölkerung an der Sauer gebracht worden sei. Es treffe nicht zu, daß die von deutscher Seite zur Verfügung gestellten drei Hektar Land enteignet würden und daß Überschwemmungen die Folge der Talsperre sein würden. Vielmehr werde jede Hergabe von Boden voll in bar ersehen. Darüber hinaus werde von Luxemburg Land in gleicher Größe zur Bebauung zur Verfügung gestellt.

Die spätere Debatte konzentrierte sich vor allem auf den Paragraphen 16 des Vertrages, der vorsieht, daß die Energiemenge — etwa 15 Millionen Kilowatt jährlich — ganz an Luxemburg geliefert wird. Steinlein wies darauf hin, daß ein Ausgleich über andere Kraftwerke, die bestehen und die noch gebaut würden, in Aussicht genommen sei. Der Vertrag werde weiteren Verhandlungen, unter anderem mit Belgien, als Grundlage dienen. Die Aufbauarbeiten seien einer deutschen Firma übertragen worden, wodurch dreihundert bis tausend Arbeiter beschäftigt werden könnten.

Der Kommunist Schieder bezeichnete den Vertrag als Fortsetzung des Ausverkaufs Westdeutschlands.

Das Gesetz ist gegen vier Stimmen der Kommunistischen Partei angenommen worden.

\*

Vor Beginn der Landtagssitzung stellten die Fraktionen der Christlich-Demokratischen Union, der Sozialdemokraten und der Freien Demokraten in einer gemeinsamen Erklärung fest, das deutsche Volk sei über die Ungeheuerlichkeit der Versetzung des Moskauer Rundfunks, wonach die Rückkehr der deutschen Kriegsgefangenen aus der Sowjetunion als abgeschlossen gelten könnte, tief bestürzt. Im Namen der Menschlichkeit müsse verlangt werden, daß die Sowjetunion die Namen der Kriegsgefangenen bekanntgibt, die in Rußland gestorben sind sowie derjenigen, die dort verurteilt wurden und warum sie bestraft worden sind.

## Korrektur der Irrungen

Cs. Auch amerikanische Geschäftsleute sind von der erzwungenen Zersplitterung des deutschen Bankwesens unangenehm berührt. Bereits bei der Abwicklung des Marshall-Planes sind diese Mängel sichtbar geworden. Die D-Mark soll auch nach amerikanischem Willen in nicht zu ferner Zeit wieder zu einer Devise werden. Der Zahlungsverkehr mit dem Ausland soll sich möglichst rationell, flott und reibungslos abwickeln. Kann das deutsche Geld- und Kreditwesen solchen Anforderungen entsprechen, nachdem an die Stelle großer Banken mit international bekannten Namen eine Vielzahl kleiner Regionalbanken getreten ist, deren Firmennamen international wenig oder nichts bedeuten?

Die Repräsentanten der amerikanischen Wirtschaft und der amerikanischen Politik haben in den letzten Jahren Gelegenheit gehabt, diese Fragen wiederholt zu prüfen. Auch bei den Erörterungen über eine ausländische Kapitalhilfe an die deutsche Wirtschaft spielen solche Fragen eine Rolle. Die Möglichkeiten einer Aufnahme von Auslandskapital werden auch gegenwärtig wieder erörtert. Läßt sich aber eine solche Kapitalhilfe mit Banken durchführen, deren internationaler Ruf und deren internationale Kreditwürdigkeit durch den Stanzapparat eines mißverstandenen Federalismus zerstochen worden sind?

Solche Erwägungen haben auch bei den Alliierten die Einsicht gefördert, daß

die Atomisierung der Großbanken ein Irrtum war, der der Korrektur bedarf. Sie haben auch das Bundesfinanzministerium beschäftigt und Verhandlungen des Bundesfinanzministers mit den Vertretern der Oberkommissare ausgelöst. Neuerdings sind auch die Großbanken aus ihrer bisher gezeigten Reserve herausgetreten. Die Großbanken haben die Wandlungen insbesondere der amerikanischen Ansichten über die Entflechtungen im deutschen Bankwesen naturgemäß genau verfolgt. Sie kennen, das darf man annehmen, die Atmosphäre sehr genau, in der die Einsicht gereift ist, wie unerträglich das heutige System der 30 Nachfolgebanken für den Wiederaufbau in der deutschen Wirtschaft ist, die nach alliertem Befehl an die Stelle der Deutschen Bank, der Dresdner Bank und der Commerzbank getreten sind. Die Vorschläge der deutschen Stellen dürften deshalb unter Beachtung der politischen und wirtschaftlichen Möglichkeiten entstanden sein.

Ob zwei, drei oder gar vier westdeutsche Bezirke entstehen, in denen die Filialen der drei alten Großbanken jeweils zu einer neuen Regionalbank zusammengeschlossen werden, steht noch dahin. Die Lösung muß unter Beachtung der wirtschaftlichen und finanzpolitischen Notwendigkeit erfolgen. Insbesondere muß sie auch den Forderungen auf Rationalisierung des Bankapparates und der Geldversorgung Rechnung tragen. Und nicht zuletzt muß die Neuregelung bald erfolgen. Das ist wichtig.

## Aufgebot einer Vernunftsehe

H.O.W. Auch wenn der französische Außenminister Schuman nicht mit seinem Vorschlag einer deutsch-französischen Montanunion hervorgetreten wäre, so hätte man sich hier im Revier dennoch kaum ein anderes Gesprächsthema ausgesucht als Stahlprobleme. Die Wirtschafts-Vereinigung Eisen und Stahl hielt ihre Tagung ab; wie immer bei solchen Gelegenheiten wird nicht nur das eigentliche Stück auf der Bühne gegeben, sondern es fehlt auch nicht an den Kulissengesprächen.

Es ist in hohem Grade bezeichnend, daß man trotz des mittlerweile veröffentlichten Sicherheitsgesetzes, das doch mindestens für ein gutes Jahr endgültige Entscheidungen getroffen zu haben scheint, über eine Erhöhung der deutschen Stahlquote nicht allzuvielen Worte verliert. Ueber was sollte man auch streiten? Daß die zugelassene Stahlproduktion angesichts des wachsenden Bedarfs nicht ausreichen wird, gilt als eine

zenden Beitrag zur Stabilisierung der Wirtschaft geleistet hätten.

So etwas läßt sich um so leichter behaupten, als man ja keine Erfahrungen mit einem durch freien Wettbewerb gesteuerten Markt hat sammeln können. Und wer wollte es den Unternehmern eines dermaßen kapitalintensiven Wirtschaftszweiges übelnehmen, wenn sie unter dem schützenden Dach nationaler und internationaler Kartelle von jenen aufregenden Risiken erlöst würden, die der freie Wettbewerb auf so freigiebige Weise liefert? Im übrigen wäre es falsch, zu übersehen, daß die Bildung eines internationalen Kartells notwendigerweise die Kartellierung der nationalen Märkte zur Voraussetzung hat, wenn davon auch aus naheliegenden Gründen nicht mit der gleichen Wärme gesprochen wird wie von einem europäischen Stahlkartell.

### Der dritte Mann

Selbstverständlich sind Frankreich und

STAMZ NL Oppenheim / 202 - 50  
kehrt nun in Mainz die Wohnungen leerstehen, weil die Stadt und auch die Landesbehörden keine Verfügungsgewalt darüber haben.

Eines aber muß bei allem Mitgefühl mit den von den jetzigen und den kommenden Wohnungsbeschlägnahmen Betroffenen doch gesagt werden: In Koblenz hätte man wissen müssen, daß diese Maßnahmen zu erwarten waren. Lange bevor sich der Ministerrat für Mainz entschieden und der Landtag anders beschlossen hatte, stand es in unserer „Allgemeinen Zeitung“ schwarz auf weiß zu lesen. Landeskommisar Hettier de Boislambert hat es am Sonntag, dem 26. Februar, nach der denkwürdigen Besichtigung der Mainzer Regierungsbau eindeutig angekündigt und unsere Leser erfuhren es am 27. Februar, daß sich — falls Koblenz Landeshauptstadt würde — die Notwendigkeit ergebe, dort „neue Wohnungen zu beschlägnahmen, denn das Sicherheitsamt, die Landesregierung und das Landeskommisariat benötigten zusammen genommen eine gewisse Menge weiteren Wohnraums“. Leider scheint eine entsprechende Meldung der „Deutschen Depeschen-Agentur“ (DPA) von den Koblenzer Zeitungen unberücksichtigt geblieben zu sein, sonst hätte man sich vielleicht weniger gewundert, als die neuen Anforderungen kamen.

Und es werden leider nicht die letzten Anforderungen sein. Für höhere Offiziere des Sicherheitsamtes werden in absehbarer Zeit 12 größere und kleinere Villen benötigt, sobald die Sûreté wieder nach Koblenz zurückgeht, müssen weitere 45 Wohnungen und ein Gebäude mit sechzig Bürosräumen in Koblenz beschafft werden, das sind insgesamt 84 Wohnungen.

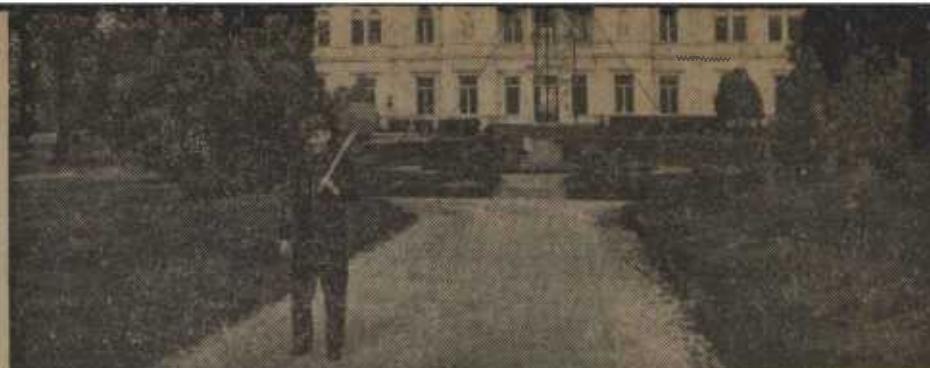
Welche Opfer das für die Koblenzer Bevölkerung bedeutet, kann man sich leicht ausmalen. Wahrscheinlich wird dann die Koblenzer Presse, die vor der Landtagsentscheidung nicht laut genug ein Verbleiben der Landesregierung fordern und befürworten konnte, weitere Forderungen stellen. Jetzt schon verlangt die

Rheinzeitung von der Landesregierung und dem Bund, daß sie 300 000 DM zur Verfügung stellen, die den Ausbau von 23 Wohnungen ermöglichen und eine Unterbringung der zur Räumung ihrer Wohnungen gezwungenen Koblenzer in Hotelzimmern ersparen sollen. Aber auch dann — wenn man die Hotelunterkünfte für sie braucht — müßten Land und Bund die Miete dafür tragen, stellt die „Rheinzeitung“ fest.

Ob sie ihren Lesern schon die oben angeführten weiteren Wohnungsbeschlägnahmen angekündigt hat, wissen wir nicht. Wir wissen auch nicht, ob die Koblenzer Bevölkerung darüber unterrichtet ist, daß ihr bei einer Verlegung der Landesregierung nicht nur keine Wohnungen beschlägt, sondern im Gegen teil noch mindestens 85 bisher in Anspruch genommene Wohnungen zur Verfügung gestellt worden wären, denn mit der Regierung wäre ja das Landeskommisariat mit nach Mainz gegangen und die „Sûreté“ wäre nicht nach Koblenz verlegt worden.

Wie es dann erst werden wird, wenn sich die äußerst knapp bemessenen Termine für die Bauten des Sicherheitsamtes nicht einhalten lassen, mögen die Götter und jene Koblenzer Behörden wissen, die sich so sehr für das Verbleiben der Landesregierung an der Moselmündung eingesetzt haben. Wir sehen äußerst schwarz und können uns dabei auf die Meinung berufener Bausachverständiger stützen.

Mit dieser Erklärung betrachten wir die Angelegenheit für uns als erledigt. Wir möchten nur noch die Hoffnung aussprechen, daß künftig auch im Amtsblatt des Kultusministeriums, wie in einer verantwortungsbewußten Tageszeitung, nur solche Kritiker mit Buchbesprechungen beauftragt werden, auf deren sachliches Urteil man sich verlassen kann.



Die Villa Hammerschmidt in Bonn, die bisher dem belgischen General Piron als Quartier diente, wird nach Beendigung der Umbauarbeiten im Oktober der künftige Sitz des Bundespräsidenten Heuss werden. (dpa-Bild)

## Wie üblich: Ein „Geständnis“

Der ehemalige Arbeitsminister Herwegen bekennt sich schuldig

Dessau, 25. April. (dpa/AP) Der Hauptangeklagte im großen Schauprozess der Sowjetzone im Dessauer Theater, der ehemalige christlich-soziale Arbeitsminister Dr. Herwegen, hat nach fünfstündiger Vernehmung ein Schuldbekenntnis abgelegt, nachdem er zu Beginn des Prozesses sich als nichtschuldig erklärt hatte. Die Frage der Richterin, ob er sich noch zu der Formulierung im Vernehmungsprotokoll bekenne, daß er den Interessen des Volkes entgegengearbeitet habe, beantwortete er mit einem kaum vernehmbaren „Ja“.

Nach Herwegen wurde der angeklagte ehemalige stellvertretende Wirtschaftsminister von Sachsen-Anhalt, Professor Brundert, vernommen. Brunderts Vernehmung wurde in schärferer Form als die Herwegens geführt. Offensichtlich erschien den Richtern die Haltung Brunderts, der früher in der sozialistischen Jugendbewegung tätig gewesen ist und später Sozialdemokrat und Mitglied der Sozialistischen Einheitspartei

war, schwererwiegend. Wenngleich der Angeklagte zugab, als Kriegsgefangener an den Lehrgängen der englischen Wilton-Park-Schule teilgenommen zu haben, so erklärte er doch, er sei nicht durch koloniale oder imperialistische Anschauung „verdorben“ worden.

Brundert, der jüngste der Angeklagten stand während der Vernehmung stundenlang in aufrechter disziplinierter Haltung im Zeugenstand. Der Staatsanwalt forderte ihn warnend auf, aufzuhören, die Fragen wie ein Schullehrer zu beantworten, während die Gerichtsvorsitzende Frau Hilde Benjamin ihn rügte, „sich hinter Aeußerlichkeiten zu verbergen“.

Die Angeklagten waren in zwei sechssitzigen Limousinen, bei denen man die Scheiben der Rücksitze durch weißen Anstrich undurchsichtig gemacht hatte, zum Verhandlungsort gebracht worden. Die Fahrzeuge wurden von bewaffneten Volkspolizisten auf Krafträder begleitet. Die Durchfahrtsstraßen zum Theater waren durch Volkspolizisten mit Gewehr im Anschlag abgesperrt.

Seit Montagabend ist den Korrespondenten aus West-Berlin und Westdeutschland, die über den Prozeß berichten, die telefonische Durchgabe ihrer Berichte nach West-Berlin verboten worden.

### Legen die Russen Minen?

Deutsche Ostseefischer berichten

Lübeck, 25. April. (AP) Die deutsche Wasserschutzpolizei hat in der letzten Zeit verschiedentlich von deutschen Fischern Meldungen erhalten, wonach die Russen in der Ostsee angeblich Minen legen. Die Fischer haben von einer Minenkette berichtet. Ihre Netze verfingen sich häufig in die Verankerung von Minen. Einer der Fischer sagte der Polizei, daß er kürzlich ein Drahtseil in seinem Netz gefunden habe, als er es durchschnitten habe, sei plötzlich neben dem Boot eine Mine aufgetaucht, worauf er so rasch wie möglich davongefahren sei.

### Von den Sowjets gejagt

Ein schwedischer Fischdampfer flüchtet

Stockholm, 25. April. (AP) Der schwedische Fischdampfer „Larex“ aus Soelvaborg, der im Februar bereits von einem sowjetischen Patrouillenboot in der Ostsee aufgebracht worden war, ist am Sonntag erneut in der Ostsee von einem sowjetischen Minenräumboot gejagt worden. Der Schweden gelang es unter Zurücklassung ihrer Netze — das Boot befand sich 24 Meilen vor der polnischen Küste beim Lachsfang — vor dem verfolgenden sowjetischen Minenräumer in schwedische Hoheitsgewässer bei Gotland zu entkommen.

## Le in Westeuropa

au meldet 30 Grad Wärme

Jahre erlebt. In Teilen der Sowjetunion und in den skandinavischen Ländern werden bei Sonnenwetter Temperaturen von dreißig Grad gemeldet.

### Täglich 750 Flüchtlinge

Erhöhung der Umsiedlungsquote

Ke. Frankfurt, 25. April. Die von der Bundesregierung und vom Bundesrat auf Grund des Artikels 119 des Grundgesetzes festgelegte Umsiedlungsquote von dreihunderttausend Personen, die bis zum 31. Dezember 1950 aus den überbelegten Flüchtlingsländern nach Rheinland-Pfalz, Südwürttemberg/Hohenzollern, Südbaden, Hessen, Württemberg-Baden, Nordrhein-Westfalen, Hamburg und Bremen umgesiedelt werden sollen, wird auf sechshunderttausend Personen erhöht werden.

Nach den Plänen werden bei sechshunderttausend umzusiedelnden Flüchtlingen dreihunderttausend in der französischen Zone, 150.000 in Nordrhein-Westfalen und jeweils 75.000 in Hessen und Württemberg-Baden aufgenommen werden müssen. Die hessische Flüchtlingsverwaltung hat die Aufnahme von weiteren Flüchtlingen abgelehnt.

Die Umsiedlungsaktion wird durch den gegenwärtig starken Zuwachs von Flüchtlingen aus der sowjetischen Besatzungszone außerordentlich beeinträchtigt. Zur Zeit strömen etwa siebenhundertfünfzig Menschen täglich aus der Sowjetzone nach Westdeutschland ein.

Donnerstag, 16. März 1950

## 4.L. Noch nicht aufgehoben 16.3.50

Die Ordonnance 57 über die Landeshauptstadt von Rheinland-Pfalz

bb. Koblenz, 15. März. (Eigener Drahtbericht.) Wie von gut unterrichteter Seite mitgeteilt wird, hat sich die von uns gestern verzeichnete Meldung der Associated Press über die Aufhebung der „Ordonnance 57“ nur insoweit bestätigt, als von der französischen Besatzungsmacht vorläufig nicht mehr auf diese Verordnung zurückgegriffen werde. Weiterhin sei eine juristische Formulierung in Arbeit, durch die eine offizielle Aufhebung vorbereitet werde.

Unter anderem sei zum Beispiel nicht vorgesehen, den Absatz zwei der Verordnung (Hauptstadtfrage) allein außer Kraft zu setzen.

Die Deutsche Presse-Agentur meldet, der Landeskommisar von Rheinland-Pfalz, Hettie de Boislambert, habe lediglich den Antrag der Landesregierung auf Aufhebung des Absatzes zwei der Verordnung 57, in dem Mainz als Landeshauptstadt bestimmt wird, befürwortend an den französischen Oberkommissar weitergegeben, damit die Landesregierung freie Hand in der Hauptstadtfrage erhalte. Die Entscheidung hierüber liege jedoch bei den drei alliierten Oberkommissaren und dürfe noch einige Zeit auf sich warten lassen.

Von anderer Seite wird gerügtweise mitgeteilt, das französische Landeskommisariat in Koblenz werde die Frage ihres eigenen Umzugs nach Mainz nicht mehr von der Bedingung abhängig machen, daß auch die Landesregierung von Rheinland-Pfalz umziehe, doch war eine Bestätigung zu diesem Gerücht bisher nicht zu erhalten.

Inzwischen ist eine vom Wiederaufbau-Ministerium in der vergangenen Woche nach Mainz entsandte Kommission nach Feststel-

lung des tatsächlich vorhandenen Wohnraums am Mittwoch nach Koblenz zurückgekehrt und hat eine Aufstellung mitgebracht, die wahrscheinlich auch dem seit dem Nachmittag tagenden Ministerrat vorgelegt werden wird. Nach dieser Aufstellung soll 39,5 vom Hundert des in Mainz für die Übersiedlung der Regierungsbeamten vorgesehenen Wohnraums verfügbar sein.

Wie aus dem Finanzministerium verlautet, sei die ursprünglich angegebene Summe von 29 Millionen Mark, die der Umzug von Koblenz nach Mainz, einschließlich der neu zu errichtenden Bauten kosten soll, als bei weitem zu hoch angesetzt. Nach den neuesten Berechnungen würden die Umgangskosten (einschließlich der Zuschüsse für die umziehenden Beamten und Angestellten) eine bis eineinhalb Millionen Mark, die Kosten zur Herrichtung der bis jetzt vorhandenen Ministerialbüros 300- bis 500.000 Mark und die Summe für zu errichtende Neubauten rund drei Millionen Mark ausmachen. Allerdings müsse noch geprüft werden, was an Wohnungen zu bauen und wie die Frage der zu zahlenden Trennungsentzündungsgelder zu behandeln sei.

## ALLGEMEINE ZEITUNG

### An die Eigentümer zurück

Die Oberkommission hat eine Entscheidung getroffen, die für die deutsche Handelsflotte erfreulich ist. Ein wesentlicher Teil der sogenannten X-Schiffe ist wieder seinen früheren deutschen Besitzern zu vollem Eigentum übergeben worden. Bei den sogenannten X-Schiffen handelt es sich um Schiffe, die bei der Beschlagnahme der deutschen Flotte nicht zurückgegeben wurden und über deren Schicksal bis vor wenigen Tagen noch Ungewißheit herrschte. Zunächst blieben diese Schiffe noch lange Zeit nach dem Zusammenbruch angebunden. Als aber der Schiffsräummandat sich in Deutschland stärker bemerkbar machte, hatten sich die Alliierten damit einverstanden erklärt, daß die deutschen Schiffseigner diese, ihre früheren Fahrzeuge wieder benutzen können. Sie waren ihnen aber nicht als ihr ureigenes Eigentum, sondern lediglich zur vorübergehenden Nutzung überlassen, so daß noch immer mit der Ablieferung dieser Schiffe gerechnet werden mußte. Und die Folgen? Die früheren deutschen Eigentümer dieser Schiffe nahmen natürlich nur die notwendigsten Reparaturen an diesen Fahrzeugen vor, weil sie ja gar nicht wußten, ob sie eines Tages wieder Eigentümer dieser Schiffe werden würden.

Nun ist diese Frage endgültig geklärt worden. Von 995 dieser X-Schiffe, die fast ganz deutsche Küstenschiffe und überwiegend Küstенmotorsegler darstellen, sind 849 Schiffe mit einer Tonnage von rund

120 000 BRT zurückgegeben worden. Die restlichen 155 Schiffe, die eine Tonnage von rund 33 000 BRT umfassen und bei denen es sich vorwiegend um Spezialfahrzeuge handelt, die in deutscher Nutzung sind, verharren dagegen in einem Schwebezustand. Man darf aber wohl die Hoffnung hegen, daß die Oberkommission auch diese Schiffe recht bald freigeben wird.

Die Besitzer dieser Fahrzeuge sind überwiegend kleinere oder mittlere Schiffseigner. Die Uebergabe dieser Schiffe an die früheren Vorkriegseigentümer bedeutet nicht nur persönlich für die Schiffseigentümer viel, sie macht es möglich, daß nun großzügiger als bisher Reparaturen an diesen Schiffen vorgenommen werden können. Auch die hypothekarische Beleihung dieser Schiffe ist jetzt wieder gegeben.

Nur vor einem Irrtum muß man sich bei dieser erfreulichen Nachricht hüten: Die deutsche Handelsflotte wird durch sie nicht vergrößert werden, denn die Fahrzeuge waren ja auch bisher schon in deutscher Nutzung, lagen also verkehrswirtschaftlich nicht brach. Beschäftigt waren diese Schiffe zum größten Teil in der deutschen Küstenschifffahrt, und je nach den geschäftlichen Möglichkeiten auch im Küstenverkehr mit Nachbarländern. Das Bundesverkehrsministerium hat eine Mitteilung an die Schiffseigner dieser Fahrzeuge herausgegeben, wonach diese nunmehr wieder das uneingeschränkte Eigentum über ihre Schiffe zugewiesen erhalten haben.

### Geheime Sitzung in Mainz

12.  
22.3.50 Die Regierung besichtigte die Räume für den Landtag

Na. Mainz, 22. März. (Eigener Bericht.) Das Landeskabinett von Rheinland-Pfalz hielt am Dienstagvormittag eine Sitzung im Kurfürstlichen Schloß in Mainz ab, die von etwa zehn bis dreizehn Uhr dauerte.

StAMZ, NL Oppenheim / 20.2 - 52

Trier, Neuwied, Worms, Koblenz, Bad Kreuznach und Mainz sollen für den Aufbau und Ausbau der Straßenbahnen insgesamt 860 000 DM erhalten. Die Stadt Trier, die 250 000 DM erhält, beabsichtigt, ihre Straßenbahnen allmählich aus dem engen Stadtkern herauszuziehen und durch Obusse und Omnibusse zu ersetzen.

Für den Ausbau verschiedener Kleinbahnen, unter anderen der Nassauischen Kleinbahn-AG und der Kleinbahn-AG Selters-Hachenburg sind 340 000 DM vorgesehen. Zur Instandsetzung des Koblenzer Hafens wurden 300 000 DM bewilligt. Mit der Wiederherstellung der durch Kriegsschäden und mangelnde Unterhaltung stark mitgenommenen Hafenmauern soll im April begonnen werden.

Im Hafen von Worms ist der Bau einer zweiten großen Lagerhalle mit einem Kostenaufwand von einer Million DM geplant. Ueber die Verwendung des Restbetrages von 1,7 Millionen DM ist eine endgültige Entscheidung noch nicht getroffen worden.

### Gerstenpreise in Rheinland-Pfalz

pbz. Rheinhessen und die Rheinpfalz, seit eher als Erzeugungsgebiet für hochwertige

mäßig wieder „Friedensbier“ mit 12 bis 14 Prozent Stammwürzgehalt eingebraut

## Rubel gegen Dollar?

CRB. Der scharfe Rückgang der Notierungen am Pariser Goldmarkt ist eines der interessantesten wirtschaftlichen Phänomene seit Kriegsende. Der Preis für ein Kilogramm Barren-Gold, welcher im ersten Teil des Jahres 1949 die Rekordhöhe von 900 000 fFr. erreicht hatte, war bis zum September 1949 auf 670 000 Franken gefallen. Anfang Februar belief sich die Notierung auf 573 000. Seitdem erfolgte ein weiterer Rückgang. Die Notierung bewegt sich gegenwärtig um etwa 480 000 Franken.

Die Kurse für die ausländischen Devisen folgten der Bewegung des Goldpreises und sind ebenfalls rückläufig.

Wie kann die jetzige Entwicklung erklärt werden? Mit ausländischen Frankenkaufen zur Vorbereitung des jetzt einsetzenden starken internationalen Touristen-Verkehrs allein nicht. Vielmehr dürften sich die Auswirkungen der illegalen Goldeinfuhr nach Frankreich in stärkerem Maße denn je bemerkbar machen. Während der vom Internationalen Währungsfonds offiziell festgesetzte Goldpreis von 35 Dollar je Unze (31.1 g) keine Veränderung erfahren hat, liegt

die entsprechende Parität auf den Weltmärkten bei etwa 39 Dollar. In Paris entspricht die Goldparität etwa 42 Dollar für die Unze.

Damit ist die Frage noch nicht geklärt, aus welchem Grunde gerade jetzt dieses verstärkte Angebot von Gold an den Weltmärkten erfolgt. Manche Beobachter wollen ein verstärktes Angebot aus Südafrika sehen. Andere Beobachter bewerten das verstärkte Goldangebot als Auswirkungen der politischen Ereignisse in China, und schließlich wird sogar die Vermutung ausgesprochen, daß Russland die Hand im Spiel haben könnte, indem es große Mengen Gold aus seinen asiatischen Vorkommen zur Verfügung auf den Markt geworfen habe. Man spricht von einem Krieg des Rubels gegen den Dollar.

Es fragt sich allerdings, ob man solche Vermutungen ernst nehmen kann. Die französischen Wirtschaftskreise auf jeden Fall in der jetzigen Entwicklung ein Anzeichen dafür, daß der französische Franken endgültig in den Kreis der starken und harten Währungen einzutreten ich anschick. Sie erheben schon jetzt die Forderung, die Devisenkontrolle aufzuheben.

## Landwirt als Maschinenhalter

Freitag, 24. März 1950

# Nicht der Aeltestenrat

A.Z. 24.3.50. Der Landtag wird über den Umzug entscheiden

bb. Koblenz, 23. März. (Eigener Drahtbericht.) Der Südwestfunk (Studio Koblenz) hat am Donnerstag in seinem Heim-Nachrichtendienst die Meldung verbreitet, ein Mitglied des Aeltestenrates im Landtag von Rheinland-Pfalz habe erklärt, es bestehe keine Veranlassung, das Plenum des Landtages mit der Entscheidung Koblenz oder Mainz zu befassen. Es genüge, wenn sich der Aeltestenrat auf eine einheitliche Linie einige und das Landtagsplenum „lediglich die notwendigen Gelder für einen etwaigen Umzug bewillige und damit entscheide, welche Ministerien in Koblenz verbleiben und welche nach Mainz verlegt werden sollen.“

Wie dem Vertreter der „Allgemeinen Zeitung“ aus dem Staatsministerium dazu mitgeteilt wird, könne diese Meldung nicht als „kompetent“ angesehen werden. Die Landesregierung habe nicht die Absicht, den Landtag auszuschalten, beziehungsweise ihm das letzte Wort in der Entscheidung vorzuenthalten.

Vom Landtagsbüro verlautet, daß der Aeltestenrat nicht vor dem kommenden Mittwoch zusammenentreten wird, um sich mit der Frage des Umzugs zu befassen. Die nächste Landtagssitzung beginnt am 4. April.

Von anderer Seite wird noch mitgeteilt, daß im Falle eines Umzugs nach Mainz vom Lande Rheinland-Pfalz nicht auf das Kurfürstliche Schloß zurückgegriffen wird. Vielmehr werde erwogen, das Großherzogliche Schloß beschleunigt für den Landtag aufzubauen und die Landtagssitzungen bis zur Fertigstellung gegebenenfalls in einem größeren Mainzer Saal stattfinden zu lassen.

Der Ausbau des Großherzoglichen Schlosses werde dann so gelegt werden, daß nach den Sommerferien des Landtags das Gebäude bezugsfertig sei.

Im Zusammenhang mit der Frage, ob der Aeltestenrat allein die Frage Koblenz oder Mainz entscheiden könne, erklärte Finanzminister Dr. Hoffmann am Donnerstagabend der „Allgemeinen Zeitung“, daß der Landtag mit dieser Angelegenheit befaßt werden müsse, wenn „Geld“ erforderlich sei. Die Frage sei auch nicht über irgend einen „Dispositionsfonds“ zu lösen, da es einen solchen praktisch nicht gebe, weil jedes Ministerium nur 5000 Mark für besondere Zwecke jährlich zur Verfügung habe. Nicht zuletzt müsse noch folgender Gesichtspunkt berücksichtigt werden: der Landtag sei auch in der Hinsicht souverän, daß ihm die Entscheidung obliege, in welches Gebäude er ziehen wolle. Auch dies sei eine Kostenfrage.

## ALLGEMEINE ZEITUNG

## Nur zum Dienstgebrauch

-s. Eine prüfende Kontrolle über die Verwendung der Steuergelder ist das gute Recht der Steuerzahler. Solche Prüfungsmöglichkeiten sind erzieherisch. Sie schärfen auch den Blick des Staatsbürgers für die Aufgaben des Staates. Sie bereiten damit den Weg zu einer wirklichen Demokratie. Nachprüfungen dieser Art sollen aber auch die Bürokräfte zu erhöhtem Verantwortungsbewußtsein erziehen. Der prüfende Blick von Männern, die nicht von der Rücksichtnahme auf Parteikoalitionen oder Wählermeinungen beeinflußt werden können, sollte besonders wertvoll sein gegenüber einer Staatsverwaltung, die sich immer wieder der Mahnung zu verstärkter Sparsamkeit ausgesetzt sieht.

Solche Gesichtspunkte haben den Plan entstehen lassen, den Haushaltspolitik des Landes Rheinland-Pfalz nachzuprüfen. Der Eindruck eines übergroßen Apparates der Ministerialbürokratie in Koblenz drängt zum Handeln. Er verstärkt sich unter den Feststellungen der Hauptwirtschaftskammer des Landes, wonach es notwendig ist, die Existenzberechtigung einer ganzen Reihe von Amtsstellen nachzuprüfen. Der Bund der Steuerzahler Rheinland-Pfalz hatte diese Anregungen aufgegriffen. Mit Hilfe des Wirtschaftswissenschaftlichen Instituts der Universität Mainz wollte er den Haushaltspolitik des Landes Rheinland-Pfalz von Sach-

deshalb den Finanzminister um Ueberlassung eines Exemplars des Haushaltspolitik für das Rechnungsjahr 1949/50 gebeten.

Der Bund war der Auffassung, daß die Beschaffung eines solchen Haushaltspolitik ohne weiteres möglich ist. Der Finanzminister in Koblenz ist ganz anderer Ansicht. Haushaltspolitik, das ist offenbar die Auffassung des Finanzministers von Rheinland-Pfalz, sind nicht dazu da, damit irgendwelche Staatsbürger in diesen Zahlenaufstellungen herumschnüffeln. Haushaltspolitik, so erklärte das Staatsministerium, dienen lediglich den dienstlichen Zwecken. In Koblenz existiert ein Parlament, das fast zu 50 Prozent aus Beamten besteht. Ein derart zusammengesetztes Parlament erscheint dem Finanzminister offenbar ausreichend, um den Haushaltspolitik und die Verwaltungsausgaben zu überprüfen und festzusetzen. Wird sich ein solches Parlament jemals zu einem radikalen Abbau der Bürokratie aufraffen? Hat sich der Finanzminister wirklich niemals solche Fragen prüfend vorgelegt? In Großbritannien, dem klassischen Land der Demokratie, kann jeder Staatsbürger sich einen Haushaltspolitik an den meisten Zeitungsständen billig kaufen, um sein demokratisches Grundrecht, die Nachprüfung der von ihm aufgebrachten Steuergelder, wahrnehmen zu können.

Der sozialdemokratische Finanzminister von Rheinland-Pfalz erkennt solche

# Die Zeitung der Anzeiger

5. April 1950

Preis 15 Pfennig

Geschäftsstellen: Worms, Martinsgasse 1, Tel. 4410 u. 4412 / Bad Kreuznach, Mannheimer Str. 148, Tel. 2937 / Bingen, Salzstr. 21, Tel. 238 / Ingelheim, Bahnhofstr. 3, Tel. 286 / Alzey, Fischmarkt 4, Tel. 147 / Idar-Oberstein, Austr. 3, Tel. 2378 / Simmern, Schloßstr. 14, Tel. 472 / Wiesbaden: AZ-Kiosk, Maurittusplatz, Tel. 26684

im

ten auf dem Petersberg Besprechungen zusammen. Kreisen wird anderer Bundeskanzler auch des Gesetzes Nr. 75 (Montan-Industrie) als Hauptpunkt auf der Rottweil am Donnerstag steht. Die Mission möchte dieses Gebeut noch vor Ostern so daß es in kürzester Zeit

redung mit dem Oberamt am 22. März abgehalten war insbesondere die „Stahl“ besprochen der Bundeskanzler am wurde.

Pfälz-Ausschusses werden am 22. April men, um verschiedene Neustadt und Ludwig-



Hattenheim

Die Gewerkschaften lassen erklären (wie heute bei uns im Wirtschaftsteil zu lesen ist), daß sie die Verhandlungen in Hattenheim über das Mitbestimmungsrecht als gescheitert betrachten. Die katholischen Arbeitervereine freilich möchten den Fortgang der Verhandlungen. Aber man sieht nicht, wie die tiefe Kluft, die in Hattenheim die Auffassungen getrennt hat, überbrückt werden sollte. Als wir vor einigen Wochen den Inhalt der gewerkschaftlichen Forderungen im einzelnen veröffentlichten, war dem Leser wohl schon klar, daß aus den Hattenheimer Besprechungen eine Einigung kaum noch erwachsen konnte. Die Annahme der gewerkschaftlichen Forderungen hätte eine der entscheidendsten Umwälzungen seit Menschengedenken bedeutet. Es war nicht zu erwarten, daß der Gesprächspartner dazu seine Zustimmung gebe.

Damit rückt — wenn sich nicht doch

die Hoffnungen der katholischen Arbeitervereine auf einen Fortgang der Verhandlungen erfüllen — die Frage des Mitbestimmungsrechts unmittelbar in den politisch-parlamentarischen Bereich. Sie wird zunächst im Schoße der Regierung, dann aber auch in der Regierungskoalition besprochen und behandelt werden müssen. Es ist kein Geheimnis, daß hier die Gegensätze in den Auffassungen sehr groß sind. Sie zu überbrücken, wird von dem Kanzler und den Parteiführern noch eines größeren Geschicks als bisher bedürfen. Man sagt kaum zuviel, wenn man es ausspricht, daß bei keiner Frage die Meinungen innerhalb der Koalition so weit auseinandergeklafft haben wie bei dieser. Zwischen dem linken Flügel der Christlich-Demokratischen Union und den Freien Demokraten ist dabei der Unterschied der Meinungen größer als zwischen diesem linken Flügel und der Sozialdemokratie. Allein das beweist zur Genüge die Schwere der Aufgabe, die vor dem Minister Storch, aber auch vor dem Kanzler steht.

## „Einheit“ ohne Redjt und Freiheit

Bo. Vor dem Kriege gab es in Leipzig etwa 600 zugelassene Anwälte; heute sind es noch 114. Allen „Nazis“ wurde die Zulassung entzogen. Von den 114 sind fünf, vielleicht sechs eingetragene Mitglieder der SED. Ein Teil der Anwälte ist, wegen des Mangels an Richtern, „Richter im Ehrendienst“. Die fehlenden Richter werden unter anderem in Bad Schandau her-

nur im Angriff, nur im Sieg sieht. Die Größe des russischen Sieges bei Stalingrad kommt hinreichend zum Ausdruck, nicht aber die fast übermenschliche Anstrengung und die große soldatische Leistung, mit der dieser Sieg errungen wurde. Hitler wird zweimal, in miserabler Maske, gezeigt. Das eine Mal spricht er sogar; jeder Bütteneredner im Karne-

# Allgemeine Zeitung

## Neuer Mainzer Anzeiger

CHEFREDAKTEUR: ERICH DOMBROWSKI  
Verlag: Mainz, Große Bleiche 35-37. Fernspr. Sammel-Nr. 4371  
Redaktion u. Druckerei: Mainz, Große Bleiche 46-48. Fernspr.  
Sammel-Nr. 4371 / Postverlagsort für alle Besatzungszonen Mainz  
ERSCHEINT SECHSMAL WÖCHENTLICH

Geschäftsstellen: Worms, Martinsgasse 1, Tel. 4410 u. 4412 / Bad Kreuznach, Mannheimer Str. 148, Tel. 2937 / Bingen, Salzstr. 21, Tel. 238 / Ingelheim, Bahnhofstr. 3, Tel. 265 / Alzey, Fischmarkt 4, Tel. 147 / Idar-Oberstein, Austr. 3, Tel. 2378 / Simmern, Schloßstr. 14, Tel. 472 / Wiesbaden: AZ-Kiosk, Mauritiusplatz, Tel. 2658

Nummer 81

Mittwoch, 5. April 1950

Preis 15 Pfennig

### Entscheidung gegen Mainz

Der Bestand von Rheinland-Pfalz gefährdet

bb. Koblenz, 4. April. (Eigener Drahtbericht.) Nach mehr als zweistündiger heftiger Debatte ist ein gemeinsamer Antrag der Regierung und des Altestenrates des Landtages von Rheinland-Pfalz, daß der Landtag „die Verlegung des Sitzes der Landesregierung nach Mainz mit einem Kostenaufwand von zwei Millionen Mark“ beschließen solle, „durch Stimmengleichheit“ abgelehnt worden. Von 92 Abgeordneten haben sich 43 für und 43 gegen den Umzug ausgesprochen. Sechs Abgeordnete hatten sich der Stimme enthalten. Nach den Bestimmungen gilt ein Antrag bei Stimmengleichheit als abgelehnt. Die Abstimmung erfolgte namentlich.

\*\*\* Die Abstimmung des Landtags darüber, ob Mainz oder Koblenz die Landeshauptstadt von Rheinland-Pfalz werden soll, ist nur durch die Aufhebung der Ordonnanz 57 ermöglicht worden, in der Mainz von Anfang an zur Landeshauptstadt bestimmt war. Die Abstimmung selbst hatte ein ebenso unerwartetes Ergebnis wie seinerzeit im Streit um die Bundeshauptstadt. Nur eine zufällige Gleichheit der Stimmen, keine Mehrheit, entschied gegen Mainz, nachdem sich sowohl der Altestenrat des Landtages wie auch die Regierung selbst für den Umzug ausgesprochen hatten.

Es soll hier nicht nochmals darauf hingewiesen werden, welches Unrecht damit an der Stadt Mainz geschieht, die sich auf die Zusicherung hin, sie werde Landeshauptstadt, manche Möglichkeit entgehen lassen müsse, zukunftsversprechende Industrien und auch wichtige Buchverlagsunternehmen heranzuziehen. Die Volksvertreter in Koblenz werden sich aber bald genug darüber klar werden, daß sie mit ihrer Entscheidung weder Koblenz noch dem Lande Rheinland-Pfalz einen Dienst erwiesen haben.

Nach den Mitteilungen des Landeskommisariats bedingt die Einrichtung des Alliierten Sicherheitsamtes auch die Verlegung französischer Truppeneinheiten in den Raum von Koblenz, und in diesem Zusammenhang wurde bereits darauf hingewiesen, wenn die Regierung nicht umsiedelt, müßten in der Stadt zwischen Rhein und Mosel weitere Wohnungen beschlagnahmt werden (während Mainz wenigstens die Hoffnung hat, daß nunmehr beschlagnahme Wohnungen der Bevölkerung zugute kommen).

Das Land Rheinland-Pfalz erhält jetzt nicht die Klammer für seine auseinanderstrebenenden Teile, als die sich Mainz zweifellos erwiesen hätten. Der Oberbürgermeister der Stadt Mainz hat mit Recht darauf hingewiesen, die bestehenden zentralisierten Bestrebungen würden durch den Beschuß des Landtages noch mehr als bisher befürchtet werden, und nicht nur in Rheinhessen, wo man vielfach eine Wiedervereinigung mit Hessen anstrebt, sondern vor allem in der Pfalz, in der jetzt auch die nicht-bayerischen Kreise keinen Grund mehr sehen, einem Lande weiter anzugehören, dessen Schwerpunkt weitab im Norden liegt. So ist der Bestand von Rheinland-Pfalz nie so gefährdet gewesen wie jetzt.

Vielleicht wird man sehr bald schon im Landtag bedauern, den gestrigen Beschuß nicht mit genügendem Weitblick gefaßt, sondern sich von Lokal- und Kirchturns-Interessen bestimmt haben zu lassen. Es ist durchaus möglich, daß man heute schon in Koblenz die Verfassung



Am Sonntag ist Léon Blum feierlich beigesetzt worden. In dem Trauergescheit befand sich auch ein Vertreter der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands. Staatspräsident Auriol hielt die Gedenkrede. Unser Bild zeigt einen Blick auf die Place de la Concorde während der Trauerfeier

Foto: dpa

### Sabotage der westdeutschen Wirtschaft

Amerikanische Beamte sprechen von sowjetisch-kontrolliertem Schmuggel

Frankfurt, 4. April. (AP.) Alliierte Beamte in Frankfurt haben am Montag erklärt, sowjetisch kontrollierte internationale Schmugglerbanden überfluteten das Bundesgebiet mit Schwarzmarktgütern, um dadurch die westdeutsche Wirtschaft zu unterführen. Die schwerbewaffneten Banden operierten von den kommunistischen Satellitenstaaten Osteuropas aus nach den Weisungen von russischen Beamten. Große Mengen an Zigaretten und Kaffee wurden von ihnen nach Westdeutschland geschmuggelt. Durch diese Transaktionen wird die Bundesregierung um die Einnahme aus Zöllen und Verbrauchssteuern betrogen. Der Erlös dieser Schwarzmarktverkäufe wird zum Einkauf

von Materialien verwendet, die Rußland und seine Satellitenstaaten zum Ausbau ihrer Industrien benötigen.“

Die Operationen der Banden seien ein Bestandteil des russischen wirtschaftspolitischen Drucks auf Westdeutschland. Die Sowjets hofften, daß die Wirtschaftskrise die Bundesregierung zu Fall bringen und den Weg für den Kommunismus ebnen werde.

Der Schmuggel von Westdeutschland in das Ausland erreichte einen Wert von 1,5 Milliarden Mark jährlich. Die hauptsächlichsten Schmuggelwaren seien Kugellager, optische Instrumente, feinmechanische Maschinen und Stahlrohren. Rund 500 Millionen Stück Zigaretten würden monatlich nach Westdeutschland geschmuggelt; sie kosteten die Bundesregierung dreißig Millionen Mark an Steuerausfällen. Die Schwarzmarktzigaretten untergruben die deutsche Tabakindustrie vollständig.

Der Kaffeeschmuggel nach Westdeutschland wurde von diesen Stellen auf jährlich dreißig Millionen Kilo geschätzt und der dadurch verursachte Steuerausfall auf 360 Millionen Mark.

Jährlich gingen ungefähr zwei Milliarden Mark an Schwarzhandelsgütern über die Ost- und Westgrenzen in das Bundesgebiet. Dieser illegale Warenverkehr kostet der Bundesregierung jährlich einen Ausfall an Zoll- und Verbrauchssteuereinnahmen von rund einer Milliarde Mark.

### Verurteilte heimgesucht

Aus der Sowjetunion

X. Frankfurt, 4. April. (Eigener Bericht.) In dem hessischen Heimkehrerlager Waldschänke bei Bad Hersfeld ist am Dienstag nach längerer Pause wieder ein größerer Transport Rußlandheimkehrer eingetroffen. Unter den fünfzig ehemaligen Kriegsgefangenen, die aus mehreren sowjetischen Lagern kommen, sind auch Offiziere und Stabsoffiziere. Die meisten der Heimkehrer waren vor einiger Zeit zu fünfundzwanzig Jahren Zwangsarbeit verurteilt worden, weil man ihnen Kollektivschuld an den Zerstörungen in der Sowjetunion vorgeworfen hatte. Die Verurteilten sind nun entlassen worden, ohne daß ihnen die Gründe hierfür mitgeteilt worden sind.

Die britische Regierung hat den Bau einer neuen Atomenergie-Anlage in der Nähe von Reading (Berkshire) bekanntgegeben.

### Hattenheim

Die Gewerkschaften lassen erklären (wie heute bei uns im Wirtschaftsteil zu lesen ist), daß sie die Verhandlungen in Hattenheim über das Mitbestimmungsrecht als gescheitert betrachten. Die katholischen Arbeitervereine freilich möchten den Fortgang der Verhandlungen. Aber man sieht nicht, wie die tiefe Kluft, die in Hattenheim die Auffassungen getrennt hat, überbrückt werden sollte. Als wir vor einigen Wochen den Inhalt der gewerkschaftlichen Forderungen im einzelnen veröffentlichten, war dem Leser wohl schon klar, daß aus den Hattenheimer Besprechungen eine Einigung kaum noch erwachsen konnte. Die Annahme der gewerkschaftlichen Forderungen hätte eine der entscheidendsten Umwälzungen seit Menschenreden bedeutet. Es war nicht zu erwarten, daß der Gesprächspartner dazu seine Zustimmung gebe.

Damit rückt — wenn sich nicht doch

die Hoffnungen der katholischen Arbeitervereine auf einen Fortgang der Verhandlungen erfüllen — die Frage des Mitbestimmungsrechts unmittelbar in den politisch-parlamentarischen Bereich. Sie wird zunächst im Schoße der Regierung, dann aber auch in der Regierungskoalition besprochen und behandelt werden müssen. Es ist kein Geheimnis, daß hier die Gegensätze in den Auffassungen sehr groß sind. Sie zu überbrücken, wird von dem Kanzler und den Parteiführern noch eines größeren Geschicks als bisher bedürfen. Man sagt kaum zuviel, wenn man es ausspricht, daß bei keiner Frage die Meinungen innerhalb der Koalition so weit auseinandergeklafft haben wie bei dieser. Zwischen dem linken Flügel der Christlich-Demokratischen Union und den Freien Demokraten ist dabei der Unterschied der Meinungen größer als zwischen diesem linken Flügel und der Sozialdemokratie. Allein das beweist zur Genüge die Schwere der Aufgabe, die vor dem Minister Storch, aber auch vor dem Kanzler steht.

### „Einheit“ ohne Recht und Freiheit

Bo. Vor dem Kriege gab es in Leipzig etwa 600 zugelassene Anwälte; heute sind es noch 114. Allen „Nazis“ wurde die Zulassung entzogen. Von den 114 sind fünf, vielleicht sechs eingetragene Mitglieder der SED. Ein Teil der Anwälte ist, wegen des Mangels an Richtern, „Richter im Ehrendienst“. Die fehlenden Richter werden unter anderem in Bad Schandau hergestellt, wo in einer „Volksrichter-Schule“ Kurse von einem Viertel- oder einem halben Jahr abgehalten werden; die Lehrgangsdauer soll neuerdings auf zwei Jahre verlängert werden. Der zahlenmäßige Anteil der Volksrichter ist in Leipzig noch gering. Beispielsweise gibt es beim Landgericht für die Zivilsachen fünfzehn Richter; einer von ihnen ist Volksrichter. In einer der fünf Ehe-Abteilungen beim Amtsgericht gibt es eine Volksrichterin, die den Lehrgang in Bad Schandau zweimal nicht bestanden hat; wegen ihrer Linientreue wurde sie dennoch Richterin. Der Prozentsatz der Volks-Staatsanwälte ist vergleichsweise beträchtlich höher als der der Volksrichter unter den Richtern.

Wenn auch die äußeren Rechtsformen geblieben sind, so hat sich innerlich vieles geändert. Strafsachen sind bei den Anwälten wenig beliebt; die Gefahr, „Volksfeind“ zu werden, ist groß. Welcher Anwalt läßt sich schon gern (wie geschehen) auf einer Polizeiwache von Polizeibeamten sagen: „Na, Ihr Lumpen, Ihr seid gerade die richtigen.“ Wenn auch äußerlich noch Recht gesprochen werden kann, so haben doch bestimmte Verwaltungssstellen die Möglichkeit, Urteile praktisch zurück zu machen. Wenn beispielsweise gegen einen polizeiweisen Betrieb ein Urteil erstritten worden ist, so muß von der Vollstreckung erst das „Amt zum Schutz des Volkseigentums“ seine Genehmigung erteilen. Und das „Volks-eigentum“ ist heilig. Haussuchungen werden nach wie vor willkürlich abgehalten. Ein richtlicher Befehl ist dazu nicht erforderlich.

Das Reichsgerichtsgebäude, früher das Symbol der deutschen Rechtsprechung, ist zum größten Teil ausgebrannt. Rechts und links vom Eingang stehen die überlebensgroßen Figuren Kaiser Wilhelms II. und des Königs Friedrich August von Sachsen. Vor einem halben Jahr hat der FDGB ihnen die Köpfe abschlagen lassen.

### „Lehrer der Menschheit“

Der russische Stalingrad-Film (zweiter Teil) wird von den Zeitungen der sowjetischen Zone überschwenglich gepriesen. Eine der Leipziger Zeitungen bekam sogar das Kunststück fertig, in die Besprechung, die Sprengung in Watenstedt-Salzgitter einzubauen. Der Film zeigt die beiden Gegenspieler, Stalin und Feldmarschall Paulus, in ausgezeichneter äußerer Masse. Paulus sehr starr, sehr kalt, von den Ereignissen überwältigt, entschlußlos, gebannt wie das berühmte Kaninchen unter dem Blick der Schlange. Der Generalissimus Stalin, im weißen Rock, ist die Güte, die Weisheit, der souveräne Entschluß, die Herzlichkeit selber, durch und durch ein nobler Mann, der viel zu gut für diese harte Welt ist. Seinen weißen Telefondrähte legt er mit einer Behutsamkeit auf die Gabel, als sei er aus dünnstem Glas, und seine lange russische Zigarette handhabt er mit einer Vorsicht, als sei sie ein Faschingsherz und könnte jeden Augenblick losgehen.

Das Telefon spielt in diesem Film überhaupt die Hauptrolle; Stalin entnimmt ihm pausenlos Siegesmeldungen und versieht seine Marschälle und Generale mit milden, väterlichen Ratschlägen, während Paulus vergeblich auf Entscheidungen aus dem Führerhauptquartier und auf Reserven wartet. Der deutsche Soldat tritt ganz in den Hintergrund; um so heller leuchtet der Ruhm des Rotarmisten, den man

nur im Angriff, nur im Sieg sieht. Die Größe des russischen Sieges bei Stalingrad kommt hinreichend zum Ausdruck, nicht aber die fast übermenschliche Anstrengung und die große soldatische Leistung, mit der dieser Sieg errungen wurde. Hitler wird zweimal, in miserabler Maske, gezeigt. Das eine Mal spricht er sogar, jeder Büttenredner im Karneval könnte das besser. Das andere Mal wirkt er noch lächerlicher; er hat sich, zusammen mit Göring, in der Reichskanzlei hoffnungslos in einen Wust von Fernschreib-Streifen verheddert, die er fernschriftlich schnell durchliest; Göring sorgt dafür, daß, wie der Seemann sagt, „Los beikommt“, daß also trotz des schnellen Lesens der Streifen nicht abgelesen wird. Das Kino war — am ersten Tag des Programms — nur halb gefüllt; die Zuschauer tuschelten über Stalin und lachten über Hitler.

### Wie die Jugend werden soll

Aus der Rede, die der Stellvertretende Ministerpräsident Walter Ulbricht zur Begründung des „Jugendgesetzes“ vor der Provisorischen Volkskammer gehalten hat: „Jeder Jugendliche muß die Quellen der Kriegsprovokationen kennen, von tieferem Haß erfüllt sein gegen den Imperialismus, gegen jene Deutschen, die zu Werkzeugen der imperialistischen Unterdrückung und Kriegspolitik in Westdeutschland geworden sind ... Unsere Jugend soll gründlich die Erfahrungen des sozialistischen Aufbaues in der Sowjetunion und die Ergebnisse der Sowjet-Wissenschaft studieren ... Sie sollen die großen Werke unserer Klassiker kennenlernen und das Leben und den Kampf der großen Deutschen von Thomas Müntzer bis Thälmann. Sie sollen auch mit den Aktivisten in Industrie und Landwirtschaft bekannt gemacht werden, damit sie die Menschen kennenlernen, die die Träger des Neuaufbaues sind ...“

Wir denken, es ist auch notwendig, den Kindern und Jugendlichen die Wahrheit über die Zustände im westdeutschen Protektorat zu sagen. Sie sollen erzogen werden, zur Teilnahme an der Sorge um die arbeitenden Menschen, die unter der Knechtschaft des amerikanischen Imperialismus leiden ... Manche Dozenten denken, sogar bewußt die Geschichte oder scheuen sich nicht, reaktionäre Auffassungen Ausdruck zu geben. Es verlaufen zum Beispiel aus der Landwirtschaftlichen Fachschule Schulpförtchen in Sachsen-Anhalt, daß die dortige Schulleiterin den Aufsatz eines Schülers, der die revolutionäre Rolle Thomas Müntzers behandelt, ungefähr folgendermaßen korrigierte: „Münzer hat die Bauern zum Rauben und Morden aufgefordert ... Wie soll sich die Jugend in Westdeutschland entwickeln können, solange die amerikanischen Konzernherren auf dem Petersberg und die Konzernherren Hitlers die Wirtschaft beherrschen, solange mit Unterstützung der Bonner Verwaltung die Jugend durch amerikanische Gangsterfilme und barbare Welt-Tänze demoralisierend beeinflußt wird? Die amerikanischen Imperialisten betreiben bewußt die wirtschaftliche und geistige Verelendung der Jugend, um sie leichter in ihre Fremdenlegion pressen zu können.“

### Noch Tausende in den Lagern

Die Konzentrationslager sind, neben den Reparationen, das heikelste Thema in der sowjetischen Zone. Es genügt zu lesen, was die Ost-Berliner Zeitung „Neue Zeit“, das Blatt von Herrn Nuschke, am 11. März 1950 auf der ersten Seite schreibt: „Daß in den Lagern Tbc und andere Krankheiten stärker grassieren, ist jedem bekannt. Ebenso, wie die Sterblichkeit in/Lagern größer ist als in der Freiheit. Auch daß die Sterblichkeit

### Für Wiederbewaffnung Deutschlands

Ein Memorandum der holländischen Abgeordnetenkammer

Den Haag, 4. April. (AP.) In einem Memorandum über die deutsche Frage tritt die Mehrheit der holländischen Abgeordnetenkammer für die Remilitarisierung Deutschlands ein. Die Parlamentsangestellten sind der Ansicht, daß die gegenwärtige Deutschlandpolitik der Alliierten falsch und diskriminierend für Deutschland sei.

Das Memorandum spiegelt die Ansichten der Parlamentsmitglieder über eine Regierungsnote zur Deutschlandfrage wider, die gegenwärtig dem Parlament vorliegt. Nach Auffassung der Abgeordneten planen die Alliierten einerseits, Deutschland in die westeuropäische Gemeinschaft einzubeziehen, während andererseits Deutschland eine unterschiedliche Behandlung im Vergleich zu anderen Nationen widerfahre.

Das Memorandum, das nach dem Deutschlandsbesuch einer holländischen Parlamentsabordnung entstanden ist, hebt in übrigens hervor, daß die Note der Regierung zur Deutschlandfrage überholt sei. Während eine Umerziehung der Deutschen im demokratischen Sinne auf lange Sicht als nicht möglich erscheine, erweise sich eine kurzfristige Aufnahme Deutschlands in die Gemeinschaft der Völker als notwendig, so stellt das Memorandum weiter fest.

### Mit beiden Partnern

Storch über die Mitbestimmung

Bonn, 4. April. (AP) Arbeitsminister Storch hat am Dienstag auf einer Pressekonferenz erklärt, das Bundeskabinett werde sich in



# Allgemeine Neuer Mainz

CHEFREDAKTEUR: ERICH DOMBROWSKI  
Verlag: Mainz, Große Bleiche 35-37, Fernspr. Sammel-Nr. 4371  
Redaktion u. Druckerei: Mainz, Große Bleiche 46-48, Fernspr.  
Sammel-Nr. 4371 / Postverlagsort für alle Besatzungszonen Mainz  
ERSCHEINT SECHSMAL WÖCHENTLICH

Nummer 81

Mittwoch

## Gutscheidung gegen Mainz

Der Bestand von Rheinland-Pfalz gefährdet

bb. Koblenz, 4. April. (Eigener Drahtbericht.) Nach mehr als zweistündiger heftiger Debatte ist ein gemeinsamer Antrag der Regierung und des Aeltestenrates des Landtages von Rheinland-Pfalz, daß der Landtag „die Verlegung des Sitzes der Landesregierung nach Mainz mit einem Kostenaufwand von zwei Millionen Mark“ beschließen solle, „durch Stimmengleichheit“ abgelehnt worden. Von 92 Abgeordneten haben sich 43 für und 43 gegen den Umzug ausgesprochen. Sechs Abgeordnete hatten sich der Stimme enthalten. Nach den Bestimmungen gilt ein Antrag bei Stimmengleichheit als abgelehnt. Die Abstimmung erfolgte namentlich.

\*\*\* Die Abstimmung des Landtags darüber, ob Mainz oder Koblenz die Landeshauptstadt von Rheinland-Pfalz werden soll, ist nur durch die Aufhebung der Ordonnance 57 ermöglicht worden, in der Mainz von Anfang an zur Landeshauptstadt bestimmt war. Die Abstimmung selbst hatte ein ebenso unerwartetes Ergebnis wie seinerzeit im Streit um die Bundeshauptstadt. Nur eine zufällige Gleichheit der Stimmen, keine Mehrheit, entschied gegen Mainz, nachdem sich sowohl der Aeltestenrat des Landtags wie auch die Regierung selbst für den Umzug ausgesprochen hatten.

Es soll hier nicht nochmals darauf hingewiesen werden, welches Unrecht damit an der Stadt Mainz geschieht, die sich auf die Zusicherung hin, sie werde Landeshauptstadt, manche Möglichkeit entgehen lassen mußte, zukunftsversprechende Industrien und auch wichtige Buchverlags-Unternehmen heranzuziehen. Die Volksvertreter in Koblenz werden sich aber bald genug darüber klar werden, daß sie mit ihrer Entscheidung weder Koblenz noch dem Lande Rheinland-Pfalz einen Dienst erwiesen haben.

Nach den Mitteilungen des Landeskommisariats bedingt die Einrichtung des Alliierten Sicherheitsamtes auch die Ver-

daraufhin nachprüft, wie und unter welchen Voraussetzungen der gestrige Beschuß wieder rückgängig gemacht werden könnte. (Siehe auch Seite 3.)

### Adenauer auf dem Petersberg Besprechung der Entflechtung

Bonn, 4. April. (dpa). Bundeskanzler Dr. Adenauer wird am Mittwochnachmittag mit

den Oberkommissaren bei Bonn zu neuemtreffen. In algenommen, daß über die Neufass (Entflechtung) definiert wird, daß Tagesordnung der kommissare am alliierte Oberkommissar nach Möglichkeit fertigstellen, verkündet werden

Die letzte Unterkommissaren waren. Damals Definition des Be worden, über die Sonntag unterrich

Mitglieder des Bayerischen Landtages in die Pfalz kommen, vor allem Kaiserslautern, zu besuchen



A.Z.  
24.5.50. Der Umzug nach Mainz

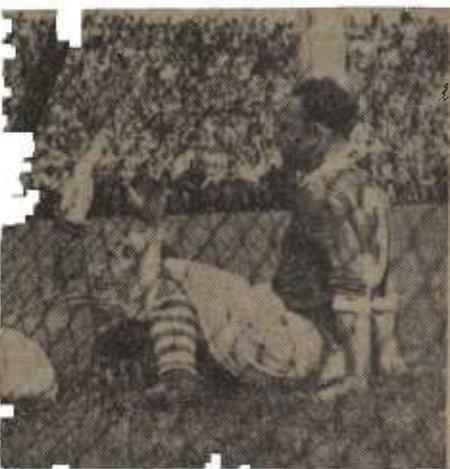
Altmeier: Der Betrag von einer Million DM wird nicht überschritten  
STAMZ, NL Oppenheim 1/20.2 - 55

Trinkbranntwein, Mineralwasser, Kakao, Kaffee und Tee zu erheben, soweit diese Getränke in Gast- und Schankwirtschaften und in sonstigen ähnlichen Stätten zum Verzehr an Ort und Stelle entgeltlich verabreicht werden. Eine Ausdehnung auf andere Getränke, ausgenommen Bier, sowie eine Freilassung einzelner Getränke ist zulässig. Auf Wein, der im Selbstausschank von Winzern (Straußwirtschaften) verabreicht wird, wird eine Steuer nicht erhoben. Der Höchstbetrag der Steuer darf höchstens 10 Prozent des Kleinhandelspreises betragen.

Die Landesregierung habe in Mainz eine Abwicklungsstelle vorbereitet, die für den Umzug die erforderlichen Maßnahmen einleiten werde. Mit Sicherheit könne damit gerechnet werden, daß der vom Landtag für die Uebersiedlung bewilligte Betrag von einer Million Mark nicht überschritten, sondern eher noch unterschritten werde.

Der Ministerpräsident erklärte weiterhin, daß die in Koblenz frei werdenden Büros durch die Staatskanzlei zentral verteilt würden. Ministerpräsident Altmeier teilte dem Vertreter der „Allgemeinen Zeitung“ darüber hinaus noch mit, daß die Landesregierung schriftliche Zusagen von der Besatzungsmacht in der Frage der von französischer Seite frei zu gebenden Räume erhalten habe.

Der Ministerrat von Rheinland-Pfalz habe, wie Ministerpräsident Altmeier im Verlauf der Pressebesprechung weiterhin mitteilte, sich mit dem Eintritt des Bundes in den Europarat einverstanden erklärt, ohne damit der Entscheidung des Bundestages selbst vore greifen zu wollen.



gastierte am Sonntag der A-Klassen-Verein des Main-Taunus-Kreises Flörsheim, welcher den Gastgeber das Siegen nicht leicht mache. Zwar brachten die Gäste eine etwas zu harte Note ins Spiel, die Bischofsheim an der vollen Entfaltung seines Könnens hinderte. Nach einem 3:3-Halbzeitstand gelang es den Platzherren in der zweiten Spielhälfte doch noch den verdienten Siegestreffer zu erzielen.

#### Trebur vor Gustavsburg

Unerwartet gut schlug sich die Elf von Germania Gustavsburg beim Turnier in Astheim. Nachdem im ersten Spiel Raunheim mit 3:1 Toren besiegt wurde, mußte die Elf (ohne Pause) gleich gegen Astheim antreten. Das Ergebnis lautete trotz Verlängerung 0:0, und das Los entschied für Gustavsburg. — Trebur kam durch ein Freilos eine Runde weiter und bestritt mit Gustavsburg das Endspiel, wobei letzteres der Bezirksklassenmannschaft einen ebenbürtigen Kampf lieferte. Erst kurz vor Spielschluß mußte Gustavsburg mit einem Tor sich geschlagen geben. — Die Spielergebnisse: Trebur—Dornheim 6:0, Astheim—Geinsheim 0:0 (Los für A.), Gustavsburg—Raunheim 3:1. Trebur (Freilos), Gustavsburg—Astheim 0:0 (Los für G.). Geinsheim—Raunheim 0:1. Dornheim—Raunheim 5:0, Gustavsburg—Trebur 0:1. Turniersieger: Trebur vor Gustavsburg. Den dritten Platz erkämpfte sich Astheim vor Dornheim, Raunheim und Geinsheim.

#### Jugendturnier in Gustavsburg

Die A-Jugend von Gustavsburg konnte bei Punktgleichheit mit Ginsheim das Entscheidungsspiel mit 1:0-Toren gewinnen und wurde damit Turniersieger

#### Mainz 05 Rheinhessenmeister

##### Meisterschaften im Tischtennis

Die Tischtennis-Spitzenvereine Rheinhessens hatten sich in der Mainzer Universität zur Ermittlung des rheinhessischen Mannschaftsmasters eingefunden. Teilnehmer waren neben Blau-Weiß Worms und

# Koblenz-Mainz – weiter „heißes Eisen“

STAMZ, NL Oppenheim / 20,2 - 56

## Entscheidung über Regierungssitz „gefährdet nicht Existenz des Landes“

N.Z. 8.4.50.

Von unserem Korrespondenten in Koblenz Dr. Hans Stubbemann

Koblenz, 7. April (NZ). — Ministerpräsident Peter Altmeier hat am Gründonnerstag eine Erklärung herausgegeben, in der festgestellt wird, daß die Existenz des Landes Rheinland-Pfalz wegen der am Dienstag getroffenen Entscheidung des Landtags in der Frage des Regierungssitzes, die „mit Stimmengleichheit“ gegen Mainz und zugunsten von Koblenz ausfallen war, nicht gefährdet sei. In der Ländergrenzenfrage sei allein der bisher noch blockierte Artikel 29 des Grundgesetzes maßgebend.

Diese Erklärung, die Altmeier an die Adresse des Vorsitzenden des Bayern-Pfalz-Ausschusses in München, Dr. Wilhelm Höglner, gerichtet hatte, richtet sich indirekt auch gegen den Oberbürgermeister der im Hauptstadtkreis bisher unterlegenen Stadt Mainz, Franz Stein, der nach Bekanntwerden der Landtagsabstimmung erklärt hatte, Mainz werde sich „dem rhein-mainischen Wirtschaftsgebiet und damit dem Land Hessen“ zuwenden.

Wörtlich hatte, wie der Mainzer NZ-Korrespondent meldet, der Mainzer Oberbürgermeister gesagt: „Wir werden uns nun entschlossen dorthin wenden, wo unsere echten wirtschaftlichen Interessen liegen, nämlich zum rhein-mainischen Wirtschaftsgebiet und damit zum Land Hessen“. In diesem Zusammenhang hatte sich auch der Oberbürgermeister gegen die Errichtung von Mittelbehörden in Mainz gewandt.

#### Nächtlicher Andrang vor dem Wohnungsamt

Das französische Landeskommisariat in Rheinland-Pfalz (Sitz in Koblenz) hat sich bisher jeder Stellungnahme zum Abstimmungsergebnis enthalten, wenn nicht als Stellungnahme gewertet werden soll, daß nach Auskunft des Staatsministeriums von Rheinland-Pfalz der Regierungspräsident von Mainz eine Mitteilung erhalten habe, nach der die für den geplanten Umzug der Landesregierung von der Besatzungsmacht in Mainz freigegebenen Wohnungen und Büroräume wieder mit Beschlag belegt worden seien. Damit sind die Hoffnungen der Mainzer Bürger auf Freigabe oder Zuteilung von Wohnraum wieder geschwunden. Bereits einige Stunden nach dem Bekanntwerden der Entscheidung hatten sich Hunderte von Mainzern bis in die späten Nachtstunden vor dem Wohnungsamt versammelt, um ihre Ansprüche anzumelden. Um „illegalen Beschlagnahmen“ zu verhindern, war ein verstärkter Polizeistreifendienst eingesetzt worden.

Zur gleichen Zeit habe der Koblenzer Oberbürgermeister, Josef Schnorbach, eine Anforderung auf 70 Wohnungen erhalten, da die bereits im vergangenen Jahr nach Mainz übergewanderte „Sûreté“ wieder nach Koblenz zurückverlegt werden solle.

Jeder Politiker, der in Koblenz auf das Abstimmungsergebnis angesprochen wird, schüttelt den Kopf und sagt abwehrend: „Heißes Eisen!“. Nicht nur für die Regierungskreise, die aus ihrem Erstaunen noch nicht herausgekommen sind, sondern auch für die meisten der an der Abstimmung beteiligten 92 Abgeordneten war das Ergebnis (43 für, 43 gegen den Umzug, bei 6 Stimmenthaltungen), wie an ihren Gesichtern abgelesen werden konnte, verblüffend.

#### Analyse des Abstimmungsergebnisses

Dabei war das „Arrangement“ von der Landesregierung und vom Altestenrat des Landtags so getroffen worden, daß Mainz „todsicher“ gewählt werden mußte. Nach Ansicht einiger maß-

gebender Parlamentarier sind aber zumindest von der SPD-Fraktion verschiedene Imponderabilien, durch die jede Vorentscheidung fraglich werden konnte, übersehen worden. Eine Analyse des Abstimmungsergebnisses ergibt ein mehr als bemerkenswertes Bild:

Obwohl der CDU-Abgeordnete Hubert Hermans im Plenum in beredten Worten darauf hingewiesen hatte, daß auch nach der Aufhebung der am 30. August 1946 von General Pierre Koenig erlassenen „Ordonnance 57“ (die Mainz als Hauptstadt des neu gebildeten Landes Rheinland-Pfalz bestimmte) die Bevölkerung des Landes den Eindruck gewinnen müsse, daß „nicht ganz freiwillig“ nach Mainz gegangen werde, und daß infolge des zu erwartenden Bundesdefizits von 3,6 Milliarden DM Rheinland-Pfalz einen Ausfall von 60 Mill. DM haben werde, der keine 2-Millionen-Ausgabe für einen „Umzug“ gestatte, hatten sich 31 CDU-Abgeordnete auch viele Abgeordnete aus Koblenz, Trier und Montabaur „aus staatspolitischen Gründen“ für Mainz entschieden. Nur 13 hatten für Koblenz gestimmt, und ein aus dem Moselgebiet stammender Abgeordneter hatte sich der Stimme enthalten, wie die NZ vom Leiter des Landtagsbüros, Wilhelm Froitzheim, erfuhr.

Bei der SPD lagen die taktischen Verhältnisse genau umgekehrt: Obwohl eine vorherige „Probeabstimmung“ in der Fraktion eine überwiegende Mehrheit für Mainz ergeben hatte und zwei Sprecher im Landtag für die gleiche Entscheidung plädiert hatten (auch aus dem Grund, „um eines guten Tags in einen engeren Kontakt mit der hessischen Regierung zu kommen“), stimmten 13 für Koblenz, 10 für Mainz; 5, darunter 4 Pfälzer, hatten sich der Stimme enthalten und 6 Abgeordnete, davon 2 aus dem Mainzer Bezirk, waren zur Landtagssitzung überhaupt nicht und teilweise ohne Entschuldigung erschienen. Von der FDP stimmten 9 gegen und 2 für Mainz, während die 7 Kommunisten, darunter auch eine

in der Stadtverwaltung von Mainz beschäftigte Abgeordnete, sich geschlossen für Koblenz aussprachen. Ein fraktionsloser Einzelgänger war ebenfalls für die Beibehaltung des status quo in Koblenz.

Da bisher vom Landtag nur der „Sitz der Landesregierung von Rheinland-Pfalz“, nicht aber die jetzt von der französischen Besatzungsmacht zur Entscheidung freigegebene „Landeshauptstadt“ bestimmt worden ist, kann nach der Rechtslage theoretisch jede Stadt in Rheinland-Pfalz bei entsprechender Unterstützung durch den Landtag Landeshauptstadt werden. Nach Ansicht maßgebender politischer Kreise ist nicht damit zu rechnen, daß Mainz sich mit dem vorläufigen Ergebnis zufriedengibt. Wie es heißt, soll die Frage der bereits im März durch den Mainzer Stadtrat verneinten Ueberzeugung des Kurfürstlichen Schlosses an das Land Rheinland-Pfalz gegebenenfalls noch einmal aufgeworfen werden. Der Drohung, daß ein politisches Aktionskomitee zur Vereinigung von Rheinhessen und Hessen in Mainz gebildet werden solle, wird in Koblenz keine große Bedeutung beigemessen.

Es gibt aber auch politische Kreise, die sagen, daß nach der vom Landtag getroffenen Entscheidung es die demokratische Disziplin erfordere, „sich an die Spielregeln zu halten“ und wenn auch unangenehm, Beschuß anzuerkennen. Demnach müsse jetzt so rasch wie möglich mit der Übersiedlung der bisher Koblenz im Falle eines Regierungsumzugs zugeachten Verwaltungsbehörden nach Mainz begonnen werden. Das Landesfinanzamt, das Landesverwaltungsgericht, der Verfassungsgerichtshof und das Statistische Landesamt Rheinland-Pfalz könnten ebenso wie in Koblenz oder in Bad Ems auch in Mainz arbeiten. Es sei vielmehr aus vielerlei Gründen nicht einmal zweckmäßig, wenn die Verwaltungsbehörden in einer einzigen Stadt vereinigt seien.

deutschlands, startete man mit einem Lebensstandard, der von nachdenklichen Leuten nicht selten als zu hoch bezeichnet wird. Sie meinen, daß Einschränkungen, die nach Ende des ERP gegebenenfalls erforderlich werden, nun um so nachhaltiger wirken und unliebsame psychologische Folgen zeitigen. Dieses Argument ist gewiß nicht abwegig. Andererseits mußte damals aber die Periode des Hungers, der Unterernährung, der Beschränkung in jeder Hinsicht so rasch wie möglich beendet werden. Die junge

## em der Gegenwart forderlich / Von Horst Heffele

Arbeiter noch unter dem Vorkriegsstand. Weitsichtige Unternehmer sind schon längst wieder bemüht, den fachlichen Nachwuchs zu fördern.

### Mehr Initiative

Wenn die Betriebe heute die Ausbildungssprobleme nicht aus eigener Kraft zu lösen vermögen, müssen Spitzen-Institutionen der Wirtschaft die Initiative ergreifen, um den Ruf des deutschen Facharbeiters nicht zu gefährden. Die Spitzenverbände der Industrie, des Handwerks und des Handels müssen sich mit den Wirtschafts- und Arbeitsministerien ins Benehmen setzen und die Nachwuchsfrage in betrieblicher und volkswirtschaftlicher Hinsicht schnellstens klären. Eigenbrötler sollte man steuerlich entsprechend einstufen. Die Theorie, „laß nur andere die Mühe mit der Lehrlingsausbildung haben, wir können nur ausgebildete Kräfte gebrauchen“, muß bei Betrieben von einer bestimmten Größe ab durch entsprechende Gegenmittel ad absurdum geführt werden.

Es ist in diesem Zusammenhang wichtig darauf hinzuweisen, daß bei fortschreitender Wirtschaftsentwicklung der Nachwuchs an Ingenieuren bei weitem nicht ausreichen wird. Auch hier muß überlegt werden, mit welchen Mitteln man geeignete Fachkräfte in größerer Zahl heranbilden kann. Vielen Ingenieuren fehlt heute Auslandserfahrung. Die Ausbildung in den verflossenen Jahren war durch die möglichst rasche Eingliederung in die Betriebe geprägt.

lassen sich Produkte nicht los. Wo kommt das zu allzu sonnigem Optimismus hinsichtlich der wirtschaftlichen Situation, da hilft nur Handeln. Konsequentes, zielsicheres Handeln nach ernsthaftesten Ueberlegungen über den zu wählenden Weg.

Diese Ernsthaftigkeit meint man manchmal in den Bonner Fachressorts zu vermissen. Alle Prognosen, die in bezug auf die Entwicklung am Arbeitsmarkt, auf Konjunktur, Steuern, Kapitalmarkt, Lastenausgleich und ähnliche Themen dort getroffen werden, sind für die auf fundierte Maßnahmen der Regierungsstellen wartende Öffentlichkeit einer Offenbarung gleich. Sie werden auf die Goldwaage gelegt. Denn die Wirtschaft — hier absichtlich personifiziert — richtet sich mit ihren Dispositionen danach. Sie möchte es zumindest können. Ob das wohl immer bedacht wird?

### Im Zwischenstadium

Nicht zu leugnen ist, daß in den letzten Jahren Hoffnung an die Stelle der vorherigen Hoffnungslosigkeit, eine bemerkenswerte private Initiative an die der Niedergeschlagenheit getreten ist. Wenn man von gewissen Branchen einmal absieht, wird man nicht sagen können, die Wirtschaft arbeite zwischen Hängen und Würgen. So schlimm ist es wirklich nicht. Das beweist unter anderem schon das Steueraufkommen. Sie lebt vielmehr zwischen Hoffen und Bangen. Also auch in einem Zwischenstadium.

Man wird nur eine Tatsache registrieren, wenn man sagt, daß die in Wirtschaftskreisen verbreitete Empfindung, in einem solchen Zwischenstadium zu lavieren, einen ungünstigen Einfluß auf das Wirtschaftsleben ausübt, nämlich langfristige Vorhaben behindert und damit einem schnelleren Tempo des Fortschrittes im Wege steht. Falsche Vorstellungen über die Bereitwilligkeit ausländischer Kapitalgeber, Geld in

## Handelsvertrag des Bundes mit Frankreich erweitert

Frankfurt, 7. April (AP). — Verhandlungen einer deutsch-französischen Wirtschaftskommission haben zu einer Vereinfachung und Erweiterung des beiderseitigen Warenverkehrs geführt, verlautet aus Kreisen deutscher Verhandlungsteilnehmer. Durch die Erweiterung des Vertrags

erinnern; daran auch, wie er etwa in den Friedensjahren zwischen den beiden Kriegen gelebt hat.

Ein Beispiel zum Schluß: kam da kürzlich ein schlichter Bürger in ein Geschäft und verlangte eine große Tafel schwedischer Schokolade. Der Inhaber bedauerte, nur mit zwei kleinen Tafeln der gewünschten Sorte dienen zu können, die zusammen dem Gewicht und dem Preise einer großen entsprechen. „Nein, die will ich nicht“. Oder ob es dann vielleicht eine andere, eine deutsche Marke sein dürfte? Mehr als ein Dutzend wurde offeriert und — abgelehnt. „Die deutsche Schokolade taugt doch nichts. Nein, danke!“ Sprach's und ging. Das war sein gutes Recht. Aber ob er wohl daran dachte, wie er sich vor drei Jahren, drei kurzen Jahren verhalten hätte? Sind nicht die Perspektiven ein wenig zu sehr verschoben?

Dieses Exempel ist durchaus keine Ausnahme. Und das sollte ernsthaft zu denken geben. Jedem sei die Freude am Besser-Leben-Können gegönnt. Schließlich ist bekannt, warum und wieso dem so ist. Dennoch ist etwas mehr Einsicht am Platze. Noch ist Deutschland nicht endgültig über den Berg. Noch lebt es in hohem Maße von fremder Hilfe. Noch ist die Liste der zu bewältigenden Aufgaben sehr lang. Noch lebt man zwischen Hoffen und Bangen um die Existenz. Erst wenn die Basis, auf der echter Wohlstand sich bilden kann, breiter ist als derzeitig, darf man zutiefst aufatmen. Selbst dann aber — und bis dahin erst recht — sollte man manchmal zurückdenken. Das hilft, den rechten Maßstab für die Gegenwart zu finden.

## Zahlungsmittelumlauf erhöht

Frankfurt, 7. April (NZ). — Ende März stieg der Zahlungsmittelumlauf im Bundesgebiet um 711 Mill. auf 7,8 Mrd. DM, wie aus dem Wochenausweis der BdL vom 31. März hervorgeht; er lag damit um 138 Mill. DM über der Summe vom Ultimo Februar.

Die Guthaben der Landeszentralbanken verringerten sich um 232 auf 309 Mill. DM, während die ihnen gewährten Kredite um 396 Mill. auf 4,6 Mrd. DM zunahmen. Kassenvorschüsse an die öffentliche Hand erhöhten sich um 2 auf 24, und die Schatzwechselbestände der Bundesverwaltungen um 9 auf 19 Mill. DM. Der Passivposten „Sonstige Konten zur Abwicklung des Auslandsgeschäfts“ verminderte sich um 134 Mill. auf 2,5 Mrd. DM. Guthaben bei ausländischen Banken erhöhten sich um 8 auf 658 Mill. DM.

## Spartätigkeit läßt nach

Bonn, 7. April (dpa). — In den letzten drei bis vier Wochen haben die Sparkassen im Bundesgebiet nach Mitteilung des Bundesfinanzministers einen plötzlichen Rückgang der Spartätigkeit festgestellt, der im Gegensatz zu der bisher stetig steigenden Tendenz steht. Von den Sparkassen wird die Ansicht vertreten, daß dieser Rückgang mit Gerüchten über einen Einspruch der Alliierten gegen das neue Steuergesetz in Verbindung gebracht werden muß.

## Freiverkehrskurse für Zuteilung übermittelt durch Rhein-Main-Bank

vom 5. 4. 1950	Geld ca %	Brief ca %	vom 5. 4. 1950	Geld ca %
Accumulat.-Fbr. .	40	14	Dt. Waffen . . .	13
Adlerw. Kleyer .	22	25	Didierwerke . . .	47
AEG . . . .	18	20	Christ. Dierig . .	54
Andreae N. Zahn .	135	—	Dortm. Union . .	53
Aschaff. Zeilst. .	38	12	Dyckerh. Zement .	84
VAN . . . .	56	60	Dynamit Nobel .	21
BMW . . . .	16	18	Eisb. Verkehrsm. .	46
Bemberg . . . .	52	56	El. Licht u. Kraft .	21
Julius Berger .	32	35	Feldmünle . . .	62
Berl. Kr. u. Licht .	14	17	Felt. & Guill. . .	55
Berl. M. Schwitzk. .	22	25	Friedrichshafen .	59

Na. Der Streit um die Hauptstadt unseres Landes ist aus und entschieden. Den Ausschlag gaben, wie Staatssekretär Otto Schmidt kurz und treffend erklärte, höhere Gesichtspunkte. Dem ist nichts mehr hinzuzufügen. Was nach dem entscheidenden Wort des Landtages in den Zeitungen gesagt wurde, ist in zwei Beispielen von uns bereits wieder gegeben worden. Wir veröffentlichten außer unserer eigenen Stellungnahme die Epilog der Koblenzer „Rheinzeitung“ und der „Rheinpfalz“, womit wir unsere Leser objektiv über alle Äußerungen unterrichteten.

Am vergangenen Samstag versuchte auch das Koblenzer Studio des Südwestfunks eine solche Bilanz zu geben. In einer Presseschau wurden vier Zeitungen zitiert. Man begann mit einem Auszug aus unserer eigenen Schlussbetrachtung. Dann zitierte man den Trierer „Volksfreund“, der die Entscheidung für Mainz begrüßte, aber eine bessere Berücksichtigung der westlichen Landesteile forderte. Es folgten die Klagen der „Rheinzeitung“ mit dem sonderbaren Wunsch nach einer abermaligen — also dritten! — Abstimmung. Den Beschuß machte die „Freiheit“. Aber nicht etwa die zwar zurückhaltenden, aber doch das Zweckmäßige des Beschlusses anerkennenden Worte, die den Landtagsbericht am Mittwoch einleiteten, oder die am gleichen Tage im Mainzer Teil des sozialdemokratischen Parteiblattes veröffentlichte Glosse, die von den neuen Mainzer Hoffnungen spricht, sondern eine Stellungnahme der Koblenzer Lokalredaktion, in der von dem Bedauern der in Koblenz wohnenden Bediensteten der Landesregierung weitläufig die Rede ist. (Ein Bedauern, das zwar berechtigt und begreiflich ist, für eine landespolitische Entscheidung aber unmöglich ausschlaggebend sein kann.)

Man muß zu dieser „Bilanz der Woche“ einiges sagen. Man könnte noch zugestehen, daß sie im Sinne bestimmter Koblenzer Kreise abschloß. (Dass die Koblenzer Bürger, die um ihre Wohnungen bangten, und nun dieser Sorge aufatmend enthoben sind, aus lokalpatriotischen Gründen schweigen, ist javerständlich.) Aber diese Bilanz der Woche kam zwar aus Koblenz, sie ging aber über den Rheinsender und damit in jeden Lautsprecher von ganz Rheinland-Pfalz. Sie sollte also die Meinung des ganzen Landes wiedergeben. Das wäre gewahrt worden, hätte man dieser Presseschau noch eine weitere Stimme, etwa den Kommentar der „Rheinpfalz“, hinzugefügt.

So aber wirkte diese Zusammenstellung von Pressestimmen verstimmend. Nicht, daß wir nun eine politische Staatsaktion machen oder von standortgebundener „Verstimmung“ sprechen wollten. Wir fühlen uns nur verpflichtet, darauf hinzuweisen. Und wir meinen, jetzt sollte der Streit aufgelöst werden, der Apfel Mainz als endlich und endgültig gepflückt angesehen werden — wie der Abgeordnete Hertel es so schön formuliert hat. Wobei wir gerne den Anfang machen und einige „zerstörerische Falschmeldungen“ von nun gerne vergessen wollen. Denn der Streit um die Hauptstadt unseres Landes ist aus und entschieden.

# Schwung enttäuscht

der Bank Deutscher Länder

rückerstattungen sicher zu erwarten wird deshalb aller Voraussicht nach in weiten Bereichen rasch entlastend wirken. Im übrigen hängen die Absatzstockungen offensichtlich auch mit gewissen Umschichtungen in der Nachfrage zusammen.

Die Entwicklung der Agrarmärkte war in den letzten Wochen weiter durch ein wachsendes Angebot gekennzeichnet, das bei den gegebenen Einkommensverhältnissen teilweise nur bei sinkenden Preisen Absatz fand. Eine Ausnahme bildeten dabei allerdings Getreide und Kartoffeln, bei denen die Ablieferungen aus der inländischen Erzeugung in letzter Zeit stark zurückgegangen sind. Diese Entwicklung entspricht bis zu einem gewissen Grade dem üblichen Saisonrhythmus. Das Angebot an Fleisch übersteigt neuerdings wieder eindeutig die Nachfrage. Auch der Milchanfall wies in den letzten Wochen bereits eine starke Steigerung auf. Man nimmt an, daß die Jahreserzeugung an Butter etwa 270 000 Tonnen betragen wird, wozu noch eine Einfuhr von etwa 18 000 Tonnen kommen dürfte. Der Bedarf stellt sich beim bisherigen Stande von Preisen und Einkommen aber auf höchstens 260 000 Tonnen. Um wenigstens das saisonmäßige Überangebot zu mildern, ist — abgesehen von saisonmäßigen Preisabschlägen — beabsichtigt, ab Mai größere Mengen Butter einzulagern und die Einfuhren so zu lenken, daß sie nicht gerade mit der inländischen Erzeugungsspitze zusammenfallen.

Das Preisniveau ist auch in den letzten Wochen noch gesunken, doch hat sich der Bereich der Rückgänge anscheinend weiter verengt, ebenso wie auf der anderen Seite Preissteigerungen etwas zahlreicher wurden. Von einer allgemeinen Tendenz im Sinne einer verhältnismäßig breiten Abwärtsbewegung kann also noch weniger als in den vorangegangenen Monaten die Rede sein. Sondereinflüsse auf einzelnen Märkten setzen sich vielmehr in wachsendem Maße durch.

## forderungen?

stoffbedarf und damit zu einer stärkeren Devisenbelastung führt. Die Wirtschaftsabteilung der amerikanischen Oberkommission teilt nun mit, daß die Treibstoffwirtschaftung wenigstens noch bis zum 30. September in Kraft bleiben werde.

### Korkengroßhandel tagte

AZ. Angesichts der lebhaften und alten Beziehungen, die den deutschen Korkengroßhandel mit dem deutschen Weinbaugebiet verbindet, hielt der Korkenfachverband Bremen seine diesjährige Mitgliederversammlung in Bingen ab. Die Versammlung mit erstklassigen Importkorken

## Landeshauptstadt Mainz 9.5.50

Zu dem Landtagsbeschuß, die Regierung von Rheinland-Pfalz von Koblenz nach Mainz zu verlegen, schreibt die „Rheinpfalz“, Neustadt a. d. H. unter der Überschrift „Notwendige Korrektur“:

„Unsere Leser werden sich erinnern, daß wir uns über die sogenannte Hauptstadtfrage in Rheinland-Pfalz nie sonderlich aufgeregt haben. Die Pfälzer waren dieser Auseinandersetzung von Anfang an nur mit geteilter Aufmerksamkeit gefolgt. Sie hatten nicht unbedingt den Eindruck, daß die Frage Koblenz oder Mainz einen Streit lohne; denn es gehörte keine Sehergabe dazu, der Stadt Mainz allein aus verkehrstechnischen und aus Gründen des Gleichgewichts früher oder später doch die Würde der Hauptstadt vorauszusagen. Das hartnäckige Festhalten an Koblenz war kaum mehr als Verzögerungstaktik und das Kleben an lieben Gewohnheiten. Selbst als es der Landtag vor fünf Wochen fertigbrachte, mit einem Entscheiden noch einmal der unvermeidlichen Auseinandersetzung auszuweichen, konnte dies nicht ernst genommen werden, weil man die Frage schließlich nicht ewig in der Schwebе lassen konnte.“

Inzwischen sind mancherlei Verhandlungen gepflogen worden. Der Wiederaufbau des Kurfürstlichen Schlosses in Mainz, das die Stadt Mainz nicht herschenken wollte, ist sichergestellt, und so konnte der Landtag am Dienstagnachmittag leichteren Herzens für Mainz stimmen und damit den etwas komischen Spruch von Anfang April der notwendigen Korrektur unterziehen.

Koblenz wird darüber nicht böse sein; denn zusammen mit dem Alliierten Sicherheitsamt wäre die Belastung doch zu groß geworden. Mainz hingegen weiß nun bestimmt, daß es schon bald Landeshauptstadt sein wird. Mainz wird im Schatten des größeren Frankfurt an Bedeutung gewinnen und die Fäden des Landes besser ordnen und zusammenhalten können, als es bei der schlechten Gleichgewichtslage der Stadt Koblenz möglich war. Auch wenn die Regierung von Rheinland-Pfalz ihren Lieblingsplan mit dem Saargebiet weiter verfolgt, steht dem die Wahl der neuen Landeshauptstadt nicht entgegen.“

SIAMZ NL Oppenheim / 20,2 - 58  
Unter der Überschrift „Neue Situation“ schreibt die „Rhein-Zeitung“, Koblenz:

„Der Landtag hat einen nach allen Regeln der Kunst durchdebattierten und abgelehnten Antrag ein zweites Mal behandelt und angenommen. Er hat mit diesem Verfahren seiner Vertrauenswürdigkeit und damit der Demokratie einen außerordentlich schlechten Dienst erwiesen. Er hat dem Volke vorexerziert, daß ein heute gefasster Beschuß morgen umgeworfen werden kann. Die Begründung, es habe sich eine völlig neue Situation ergeben, hat nicht einmal alle geordneten überzeugt. Das Volk hat für eine solche Begründung überhaupt kein Verständnis.“

Da mehrere Abgeordnete innerhalb von sechs Wochen ihre Auffassung in der Hauptstadtfrage auf den Kopf gestellt hatten, wurde Mainz Regierungssitz. Man kann mit Fug und Recht fragen: wie lange? Wer stellt den nächsten Antrag? Denn zunächst ist ja nur ein Beschuß gefasst. Zwischen Beschuß und Ausführung kann aber, das haben die letzten Wochen gezeigt, sehr viel geschehen.“

Zu dem Beschuß, sofort umzuziehen, schreibt die „Rhein-Zeitung“ weiter:

„Von einem sofortigen Umzug des Landtags kann keine Rede sein. Wie der Landtagspräsident bereits erklärte, komme es gar nicht in Frage, daß der Landtag von dem Angebot einer kostenlosen provisorischen Unterkunft in Mainz Gebrauch macht. Die Zeit aber, die benötigt wird, um den Landtag im Großherzoglichen Schloß in Mainz eine auf die Dauer berechnete Unterkunft zu schaffen, wird auf mindestens ein halbes Jahr berechnet. In einem Jahr fließt viel Wasser den Rhein hinunter — in Mainz und in Koblenz.“

CHEFREDAKTEUR: ERICH DOM  
Verlag: Mainz, Große Bleiche 35-37, Fernspr. Sa.  
Redaktion u. Druckerei: Mainz, Große Bleiche  
Sammel-Nr. 43717 Postverlagsort für alle Besatzen  
ERSCHEINT SECHSMAL WÖCHTIG

Nummer 114

# Nur b

**Das alliierte Veto zum Beamtengesetz**

R. Bonn, 18. Mai. Die in unskündigte Zurückziehung des voramtengesetz durch die Oberkommission gehender Zusicherungen von dem einem Kommuniqué vom Peters.

Die Alliierten haben sich im Endstadium der Verhandlungen dem deutschen Hinweis nicht mehr verschlossen, daß es sich nur um ein vorläufiges Beamten gesetz handle, so daß die alliierten Wünsche im endgültigen berücksichtigt werden könnten, und auch die ebenfalls von deutscher Seite angeregte Möglichkeit, in den Durchführungsverordnungen dem Standpunkt der anderen Seite Rechnung zu tragen, ist jetzt aufgegriffen worden. Es wird auch betont, daß das vorläufige Veto eingelegt worden sei, um Zeit zu Besprechungen darüber zu gewinnen, ob das deutsche Gesetz den von der Oberkommission der Regierung mitgeteilten Grundlinien entspreche. Die Bundesregierung war dieser Meinung. Die Oberkommissare hatten aber Bedenken, und diese Bedenken sind, wie sich aus dem Kommuniqué ergibt, nur durch Erklärungen und Zusagen der Bundesregierung entkräftet worden, welche die Vorbedingung der Aufhebung des Einspruchs geworden sind.

#### Abkehr von der „Ochsentour“

Die Bundesregierung hat sich verpflichtet, daß freie Stellen ausgeschrieben werden, und die Anwendung dieses Systems auch bei Beförderungen bedeutet die grundsätzliche Abkehr von der „Ochsentour“, der automatischen Beförderung nach dem Dienstalter. Es wird auch nochmals ausdrücklich festgelegt, daß juristische Vorbildung nur bei Stellen verlangt werden kann, die juristische Kenntnisse erfordern.

Zu dem umstrittenen Punkt des Personalamtes verpflichtet sich die Bundesregierung, diese Einrichtung in ihren Entwurf eines endgültigen Beamten gesetzes aufzunehmen und bis dahin einen Personalausschuß einzusetzen, der die Ausschreibungen und die Stellenbesetzung kontrolliert, und in dieser Hinsicht Funktionen des Finanz- und des Innenministers übertragen bekommt.

#### Politische Tätigkeit

Diese Verpflichtung auf das endgültige Gesetz findet sich auch bei der von den Alliierten gewünschten und in ihrem Beamtengesetz vorgeschriebenen Scheidung *Streitdienst und politischer Tätigkeit*.

Samstag/Sonntag, 20./21. Mai 1950

# Das Mainz rechts des Rheins

A-Z.  
20/21.5.50  
Eine voreilige Meldung des Südwestfunks

Kaiserslautern, 19. Mai. Der Südwestfunk, Studio Kaiserslautern, verbreitete die folgende Meldung: Der Oberbürgermeister Franz Stein wurde von dem hessischen Innenminister Zinnkann eingeladen, in den nächsten Tagen Besprechungen mit der hessischen Regierung aufzunehmen, welche die Rückführung der sechs rechtsrheinischen Vororte von Mainz in die Verwaltung der Stadt zum Ziele haben.

Na. Gerade nach der Entscheidung über die Landeshauptstadt Mainz ist diese Meldung des Südwestfunks geeignet, einiges Aufsehen zu erregen. Aber hier trägt der Schein. In Wirklichkeit ist die Stadtverwaltung seit Jahr und Tag darum bemüht, die Frage der rechtsrheinischen Stadtteile zu lösen. Es ist auch selbstverständlich, daß in dieser Frage endlich einmal persönliche Unterhaltungen zwischen dem Mainzer Oberbürgermeister und dem hessischen Innenminister stattfinden. Das können aber keinesfalls amtliche oder auch nur halbamtlche „Besprechungen“ sein, da sich die Landes-

regierung dies zweifellos vorbehält. Tatsächlich hat Herr Zinnkann seinen alten Bekannten Franz Stein davon unterrichtet, daß er bereit sei, einmal unverbindlich das Problem Kastel, Kostheim usw. mit ihm durchzusprechen, das ist keine Staatsaktion, aber natürlich erfreulich.

Im übrigen hören wir, daß die Landesregierung von Rheinland-Pfalz jetzt, nachdem der Hauptstadtstreit endlich entschieden ist, auch an die Frage der Mainzer rechtsrheinischen Stadtteile herangehen will. Daß man dazu dann auch den Mainzer Oberbürgermeister heranzieht, versteht sich.

Samstag/Sonntag, 20./21. Mai 1950

## Holländische Drohung

**B.G.** - Bei den Beratungen des Internationalen Olympischen Comites (IOC) in Kopenhagen hat ein holländischer Delegierter, ein Oberst, den harten Satz gesprochen, Holland wolle den Olympischen Spielen im Jahre 1952 fernbleiben, sofern man den Deutschen die Teilnahme gestatten werde. An diesem Satz bleiben die Gedanken der Deutschen länger hängen als an der Tatsache, daß die holländische Drohung auf die Versammlung keinen entscheidenden Einfluß gewonnen hat. Das Nationale Deutsche Olympische Komitee ist bereits "provisorisch" wieder aufgenommen worden, und im Sommer soll über die endgültige Rückkehr der Deutschen in den Ring der Völker, die sich zur olympischen Idee bekennen, beraten werden. Diese olympische Idee ist in der Neuzeit aus dem Wunsch nach Frieden unter den Völkern wiedererweckt worden.

Die nächsten Olympischen Spiele werden 1952 also in zwei Jahren abgehalten. In

setzung schwer gelitten hat. Manches ist geschehen, um diesen Schaden wieder gut zu machen, und die weitaus meisten Deutschen wollen aus innerer Ueberzeugung nicht, daß sich Ereignisse jener Art wiederholen möchten. Inzwischen ist auch die Entwicklung nicht stehen geblieben, die Lebensbedürfnisse der beiden benachbarten Völker machen sich geltend. Der deutsche Bauer sieht nicht gerne, daß aus den Niederlanden Obst und Gemüse in großen Mengen nach Deutschland kommen und in den Orten am Rhein erleben die deutschen Schiffahrtsgesellschaften ebenso wenig erfreut, wie die niederländische Konkurrenz im Fracht- und Personenverkehr wächst. Man ist nicht erfreut, aber man beugt sich der Erkenntnis, daß man im Ganzen aufeinander angewiesen ist.

Der holländische Delegierte, der sein Land in Kopenhagen derart festgelegt hat, ist ein Oberst. Ihn mögen die Ereignisse des Jahres 1940 besonders schwer getroffen

### Aus höheren Gesichtspunkten

bb. Koblenz, 19. Mai. (Eigener Drahtbericht.) Zur Frage des Umzugs der Landesregierung von Koblenz nach Mainz hat Staatssekretär Otto Schmidt dem Vertreter der „Allgemeinen Zeitung“ erklärt, der Umzug sei zweifellos von höheren Gesichtspunkten zugunsten von Mainz entschieden worden. Mainz, das vorerst auf seine Vororte rechts des Rheines verzichten müsse, das weiterhin durch die Kriegsschäden zumindest erheblich in seiner Wirkungsfähigkeit beeinträchtigt sei, habe nicht einseitig durch Belegung mit Besatzungsbehörden belastet werden dürfen, wie es der Fall gewesen wäre, wenn die Regierung in Koblenz geblieben wäre. Koblenz werde den Verlust der Landesregierung durch die Uebernahme von Bundesbehörden mit Sicherheit wieder wettmachen. Der Staatssekretär sprach sich weiterhin gegen die Auffassung aus, daß Mainz jetzt im Rahmen des Wohnungsbauprogramms nach der Uebernahme der Landesregierung besonders gefördert werden müsse. Mainz werde nicht mehr erhalten, als jede andere Stadt in Rheinland-Pfalz im Rahmen der ihr zustehenden Mittel.

# Allgemeine Zeitung

## Schwerer Aufstiegskampf

Gruppe 1: VFL Neckarau — Bayern Hof, Ulm 46 — Viktoria Aschaffenburg.

Gruppe 2: Union Böckingen — SV 98 Darmstadt, 1. FC Pforzheim — FC Bamberg.

In der Gruppe 1 dürfte sich der ungeschlagene VFL Neckarau an der Spitze behaupten. Ulm 46 sollte durch einen Sieg über Aschaffenburg näher aufschließen und damit Aschaffenburg bereits endgültig aller Hoffnungen berauben. Böckingen wird der Prüfstein für den Tabellenführer der Gruppe 2 werden. Es ist denkbar, daß Darmstadt dort scheitert. Das 4:1 der zu Hause bisher ungeschlagenen Böckinger über Bamberg läßt aufhorchen. Setzt sich auch Pforzheim (das selbst zu Hause gegen Böckingen gewonnen hatte) gegen Bamberg durch, dann wäre der Kampf in dieser Gruppe wieder offen.

## Einmal Südwest-Oberliga

Im einzigen Punktspiel der Südwest-Oberliga erwartet der FK Pirmasens Trier-Kürenz. Pirmasens ist Favorit.

Freunde guten englischen Fußballs werden in Wiesbaden auf ihre Kosten kommen, wo der SV Wiesbaden um 16 Uhr an der Frankfurter Straße die englische Profielf von Burnley empfängt.

## ntracht Kreuznach?

# A.Z. Geschah es „unter Druck“?

20/21.5.50. Von Landtagsabgeordneten Dr. Bierothe

So, das wäre meines Erachtens die letzte Frage, zu der noch etwas eingehender Stellung genommen werden muß, nachdem der Landtag nunmehr den Umzug der Landesregierung nach Mainz beschlossen hat. Der Herr Ministerpräsident hat ja bereits im Plenum des Landtags die Behauptung, der Beschuß sei unter „Erpressung“ erfolgt, mit Entschiedenheit zurückgewiesen.

Es kann keinen Mainzer geben, der über den 16. Mai nicht erfreut sei, denn die Auswirkungen dieses Beschlusses stellen tatsächlich den Beginn einer neuen Entwicklungsperiode für unsere Vaterstadt dar.

Wir, die wir uns von Anfang an mit nachdrücklicher Entschiedenheit und trotz aller Widerstände für die jetzt zustandegekommene Lösung eingesetzt haben, hatten erfreulicher- und dankenswerterweise gerade in den Spalten dieser Zeitung immer die Möglichkeit, die Begründungen für unseren Standpunkt der Öffentlichkeit zu unterbreiten, von den „Koblenzern“ wurden sie sehr verkannt. So ist es denn auch begreiflich, daß jetzt, nachdem die wirklich endgültige Entscheidung gegen Koblenz gefallen ist, uns noch einmal sehr scharfe Vorwürfe gemacht werden. Sie treffen uns weiter nicht, wir kannten sie, und ich denke auch nicht daran, darauf noch einmal einzugehen.

Ein Vorwurf aber bedrückt uns, weil er unschön ist und weil er mit den Tatsachen nicht im Einklang steht. Dies ist der: Wir seien einem Druck der französischen Behörden gewichen. Das stimmt nicht. Ich will diese Antwort mit einigen wenigen Punkten ganz nüchtern und sachlich begründen:

1. Nach jener oft angeführten Ordonnance des Generals Koenig war Mainz Landeshauptstadt. Wäre die Regierung auf Grund dieser Ordonnance nach Mainz gegangen, dann hätten wir der Ordonnance Folge geleistet. Dies jedoch haben sowohl die Regierung als auch der Landtag abgelehnt und deshalb ist der Ministerpräsident nachhaltig für die Abänderung dieser Ordonnance eingetreten. Er hat dies auch erreicht. Damit war der Landtag und somit das rheinland-pfälzische Volk frei in seiner Entscheidung. Die Franzosen hätten ja auch darauf bestehen können, daß die Ordonnance ihres Oberstkommandierenden zur Ausführung gelangte, hätten den Antrag auf Änderung ablehnen können.

2. Sofort nach dem Landtagsbeschuß vom 4. April hatte die Besatzungsmacht alle Räume in Mainz wieder beschlagnahmt, das stimmt. Aber, geschah dies, um uns unter Druck zu setzen? Die folgende kurze Überlegung begründet die klare Verneinung dieser Frage: Die Wohnungen und Büroräume, die auf Veranlassung der Militärregierung in Mainz gebaut wurden, wurden von Anfang an für Dienststellen errichtet, die aus Baden-Baden bzw. Frankfurt nach Mainz übersiedeln sollten. Einzig und allein weil danach das Problem des Umzugs der Landes-

regierung akut wurde, konnte erreicht werden, daß in Mainz Räume für die Landesregierung zur Verfügung gestellt und dann auch weiter gebaut wurden. Nachdem nun am 4. April eine Entscheidung gegen Mainz gefallen war, war es doch ganz selbstverständlich, daß die Dienststellen aus Baden-Baden und Frankfurt wieder ihren alten Anspruch geltend machten. Wäre die Landesregierung also nicht nach Mainz gegangen, dann wären zweifellos in Mainz nur ganz wenige Räumlichkeiten für den zivilen Sektor freigeworden, vielleicht auch gar keine.

3. Die Dienststelle der Sureté ist vor mehreren Monaten von Koblenz nach Mainz umgezogen und hat in Mainz die Räumlichkeiten der Industrie- und Handelskammer beansprucht, doch nur in der Annahme, daß die Landesregierung nach Mainz ginge, denn die deutsche Landesregierung und die französische Landesdelegation müssen ja doch an einem Platze regieren. Wäre der Umzug nicht erfolgt, dann hätte die Sureté zwangsläufig wieder nach Koblenz zurück gemußt. Für diesen Fall glaube ich nicht, daß der Handelskammer ihre Räume wieder zurückgegeben worden wären, sie hätte sich vielmehr nach meiner festen Überzeugung gerade im Hinblick auf meine Ausführung in Punkt 2 oben vorerst nach anderen Räumen umsehen müssen.

4. Es wird gesagt, die Beschlagnahme bzw. Anforderung von etwa 200 Wohnungen in Koblenz sei erfolgt, um unter diesen Umständen die Regierung aus Koblenz zu vertreiben. Auch diese Behauptung ist einfach zu widerlegen. Daß das Sicherheitsamt nach Koblenz kommt, war schon vor dem 4. April eine feststehende Tatsache. Von weiteren Dienststellen, die gegebenenfalls nach Koblenz kommen sollen, will ich gar nicht sprechen. Die Koblenzer Stadtverwaltung mußte aber wissen und wußte auch vorher, daß in Koblenz für Sicherheitsamt und Landesregierung unmöglich ausreichend Raum zur Verfügung gestellt werden konnte. Die Beanspruchung von Räumen nach dem 4. April war also eine ganz normale Folge jenes Landtagbeschlusses.

Ich habe wirklich kein Interesse, die Besatzungsmacht irgendwie im Zusammenhang mit dem Umzug der Landesregierung nach Mainz in Schutz zu nehmen. Es ist gerade ja auch von mir bekannt, daß ich in der ein oder anderen Frage einen anderen Standpunkt der Besatzungsmacht einnahm und es ist immer verstanden worden, wenn ich einen solchen auch in der Öffentlichkeit vertrat. Ich wehre mich aber dagegen, daß wir 49, die für Mainz stimmten, dies unter irgendeinem Drucke der Besatzungsmacht getan hätten, wir hatten rein sachliche Gründe.

Ich glaube, daß diese Ausführungen gerade auch im Sinne meiner 49 Kollegen sind, und daß sie der Sache selbst zuliebe notwendig waren.

diesen zwei Jahren kann viel geschehen. Schon jetzt ist der Gedanke, daß eine europäische Gemeinschaft ohne die Deutschen nicht möglich ist, sehr stark geworden. Führende Politiker der ehemaligen Feindstaaten bemühen sich, unter die Vergangenheit einen Strich zu ziehen. Was mag in einer solchen Situation die holländische Politik, was mag das Volk selbst zu den unversöhnlichen Worten seines Delegierten im IOC sagen?

Auch die Deutschen wissen, daß den Holländern im Kriege Unrecht geschehen ist, daß ihr Land unter der deutschen Be-

#### Rheinland/Pfalz-Toto meldet

##### Spieldauerspiele beim 40. Wettbewerb

Durch die kurfristige Ansetzung der Vorrundenspiele um die Deutsche Meisterschaft fallen folgende fünf Begegnungen, die auf dem Wertschein der Sport-Toto G. m. b. H. Rheinland-Pfalz verzeichnet sind, aus:

1. FC Nürnberg—FC Portsmouth

Kickers Offenbach—Burnley

Rot-Weiß Essen—1. FC Saarbrücken

TSV Goslar—Hannover 96

VfR Mannheim—Eintracht Braunschweig

In diesem Wettbewerb erhalten also auch alle Ersatzspiele erhöhte Bedeutung. Die Gewinnausschüttung erfolgt beim 40. Wettbewerb ausnahmsweise nur in zwei Rängen (9 und 8 richtige Tips).

Weil der Umsatz in der letzten Woche um fast eine halbe Million DM zurückging, entschloß sich der württembergisch-badische Sporttoto, vom 41. Wettbewerb an bis zum Ende der diesjährigen Wettsaison vom Zwölfer wieder auf den Zehner tip überzugehen.

#### Schatten über Hockenheim

Harnheim. (dpa) Beim Hockenheim-Rennen hat es nach den bisher vorliegenden Meldungen insgesamt fünf Tote und 20 Verletzte gegeben. Bei dem Unfall Georg Meiers in der Ostkurve wurden zwei Personen so schwer verletzt, daß sie inzwischen im Krankenhaus gestorben sind. Zwei weitere Tote gab es in der Nacht zum

Landes sagen, wenn Deutschland nun doch 1952 nach Helsinki und Oslo geht und für sie selbst durch das Wort des Obersten die Tür zum olympischen Boden verschlossen sein wird? Es ist nicht unsere Sache, über diesen Zwiespalt zu entscheiden, aber es will uns scheinen, als habe der unversöhnliche Oberst seinem Land keinen guten Dienst erwiesen. Hollands Jugend will von den Olympischen Spielen nicht ausgeschlossen bleiben, und darüber hinaus braucht ihr Land auch Nachbarn, die in ihrem Willen zum friedlichen Miteinanderleben nicht immer wieder enttäuscht werden.

#### Rheinland/Pfalz-Toto meldet

##### Spieldauerspiele beim 40. Wettbewerb

Durch die kurfristige Ansetzung der Vorrundenspiele um die Deutsche Meisterschaft fallen folgende fünf Begegnungen, die auf dem Wertschein der Sport-Toto G. m. b. H. Rheinland-Pfalz verzeichnet sind, aus:

1. FC Nürnberg—FC Portsmouth

Kickers Offenbach—Burnley

Rot-Weiß Essen—1. FC Saarbrücken

TSV Goslar—Hannover 96

VfR Mannheim—Eintracht Braunschweig

In diesem Wettbewerb erhalten also auch alle Ersatzspiele erhöhte Bedeutung. Die Gewinnausschüttung erfolgt beim 40. Wettbewerb ausnahmsweise nur in zwei Rängen (9 und 8 richtige Tips).

Weil der Umsatz in der letzten Woche um fast eine halbe Million DM zurückging, entschloß sich der württembergisch-badische Sporttoto, vom 41. Wettbewerb an bis zum Ende der diesjährigen Wettsaison vom Zwölfer wieder auf den Zehner tip überzugehen.

#### Schatten über Hockenheim

Harnheim. (dpa) Beim Hockenheim-Rennen hat es nach den bisher vorliegenden Meldungen insgesamt fünf Tote und 20 Verletzte gegeben. Bei dem Unfall Georg Meiers in der Ostkurve wurden zwei Personen so schwer verletzt, daß sie inzwischen im Krankenhaus gestorben sind. Zwei weitere Tote gab es in der Nacht zum

Sonntag auf der Rennstrecke in Hockenheim bei einem Zusammenstoß zwischen einem Radfahrer und einem Motorradfahrer. Auf dem Weg zum Hockenheim-Ring ist am Sonntag noch ein Motorradfahrer bei Eppingen tödlich verunglückt. Sein Beifahrer ist mit schweren Verletzungen in ein Krankenhaus gebracht worden.

#### Kurz — aber interessant

Frankfurt. (dpa) Die SG Dietzenbach wird trotz der Anerkennung des Einspruches des SV Harleshausen gegen das vom Hessischen Handballverband für ungültig erklärt Endspiel der Hessischen Handballmeisterschaft an den Endspielen um die Deutsche Handballmeisterschaft teilnehmen.

Nach den Sportfreunden Katernberg sicherte sich am Sonntag auch Borussia (München-Gladbach) durch einen 7:1-Erfolg über Spvgg Röhlinghausen den Aufstieg in die Fußballoberliga West. Die beiden anderen Aufsteiger werden wahrscheinlich SV Rheydt und Fortuna Düsseldorf sein.

Süddeutschlands neuer Fußballmeister, SpVgg Fürth, trägt am Pfingstsonntag in Gelsenkirchen gegen Schalke 04 ein Privatpiel aus.

#### Deutscher Turntag im Rundfunk

Der Hessische Rundfunk überträgt am Pfingstsonntag in der Zeit von 11 bis 12 Uhr die Gründungsfeier des Deutschen Turnerbundes in der Frankfurter Paulskirche.

## Hohe Besatzungslasten

### Die Sonderleistungen in der französischen Zone

Der vorläufige Voranschlag der Besatzungslasten, der von den Oberkommissaren kürzlich aufgestellt worden ist und sich in der Größenordnung von 4 bis 4,5 Milliarden DM bewegt, sieht für die französisch besetzte Zone 800 Millionen DM vor, also rund 151 DM je Kopf der Bevölkerung. Damit entfallen auf dieses Gebiet, in dem 11,3 v. H. der Bevölkerung des Bundes wohnen, 18 bis 20 v. H. der gesamten Besatzungslasten. Diese ungleichartige Verteilung der Besatzungslasten ist vor allem die Folge einer wenig beachteten Sonderbelastung, die dieser Zone auferlegt ist. Es handelt sich dabei um laufende Kontributionen, die nach der Währungsreform zunächst auf 360, dann auf 324 Millionen DM jährlich, also auf 27 Millionen DM monatlich, festgesetzt worden sind. Diese Pauschalbeträge

mit vier Kindern verfügt also monatlich über einen Betrag zwischen 900 und 1000 DM außer den Bezügen des Familienoberhauptes in Franken. Schätzt man die Zahl der in die Zone mitgebrachten oder dort geborenen Kinder von Besatzungsangehörigen auf nur 30 000, dann ergeben allein diese Kinderzuschüsse schon eine Summe von 6 Millionen DM monatlich. Dazu kommen noch die DM-Bezüge der Erwachsenen und die anderen Aufwendungen, zum Beispiel für Erholungsheime, Ferienlager, Schulen usw. Alle diese Maßnahmen gehören in den Rahmen jenes großzügigen und erfolgreichen Programmes zur Hebung der Geburtenziffer, welches Frankreich seit 1945 durchführt und dessen Ergebnisse recht bedeutsam sind.

## Allgemeine Zeitung

### A.Z. 19.5.50 „Ein großer Gewinn für Mainz“

#### Oberbürgermeister Franz Stein zur Entscheidung des Landtages in der Hauptstadtfrage

B. G. — Nach sorgenvollen Wochen kann Oberbürgermeister Franz Stein zum ersten Male wieder heitere Mienen zeigen. Er sagt mir, wie sehr auch ihn der Beschuß des Landtages erfreut habe.

„Die endgültige Wahl von Mainz als Sitz für Regierung und Landtag war eine reife Frucht. Die Vernunft hat sich für eine Stadt entschieden, die schon durch die Lage und ihre Geschichte die berufene Hauptstadt des Landes ist. Ich freue mich auch darüber, daß mit einer Ausnahme alle rheinhessischen Landtagsabgeordneten für Mainz gestimmt haben. Die eine Ausnahme ist die kommunistische Abgeordnete Frau Hallein, ausge rechnet eine städtische Angestellte, die sich noch vor wenigen Tagen damit gebrüstet hat, daß sie die ‚teuerste‘ Angestellte der Stadt Mainz sei. . . .“

#### Impulse für Mainz

Von der Uebersiedlung der Regierung nach Mainz erwartet der Oberbürgermeister für seine Stadtmacherlei Gewinn. Mit Regierung und Landtag werden auch große Wirtschaftsverbände ihren Sitz nach Mainz verlegen müssen, es wird zusätzlich gebaut werden und damit für Handwerk, Industrie und Handel eine Belebung geben.

Der Oberbürgermeister hofft aber auch, daß sich Regierung und Landtag jetzt stärker für den alten Besitzstand der Stadt auf dem rechten Rheinufer einsetzen werden.

Die Zahl der Tagungen und Kongresse auf Mainz Boden wird wachsen, neben diesen und den schon genannten Vorteilen sehe ich indes auch einen psychologischen Gewinn: Mainz wird nicht mehr die „Trümmervorstadt von Wiesbaden“ sein. Dicht gegenüber der Landeshauptstadt von Hessen liegt jetzt die von Rheinland-Pfalz.

#### Wiesbaden und Mainz

„Immerfort wird von der Notwendigkeit eines engeren Zusammengehens der Nachbarstädte Mainz und Wiesbaden gesprochen. Ich bin ein überzeugter Anhänger des Gedankens eines Zweckverbandes der beiden Städte, doch ist das, was man von der anderen Seite erfährt, nicht immer ermutigend. Jetzt erst wieder hat es in der Frage der Zusammenarbeit der Theater eine neue Enttäuschung gegeben. Schon glaubten wir, uns in dem Sinne einig zu sein, daß Wiesbaden die Oper und Mainz das Schauspiel stellen sollte, aber da hat Wiesbaden noch einmal einen größeren Zuschuß aus Mitteln der Stadt gewährt, um sein Schauspiel zu halten und damit den Plan eines Zusammengehens zunichte gemacht.“

Vielelleicht wird man nun, nachdem Mainz gleichfalls Landeshauptstadt geworden ist, in Wiesbaden mehr Einsicht in die Notwendigkeit eines gemeinsamen Handelns auf

großen Saal tagen, der im 2. Stock des Kurfürstlichen Schlosses über den neuen Restaurationsräumen liegt. Der Festsaal im ersten Stock dürfte nur bei besonderen Gelegenheiten benutzt werden, im übrigen ebenso wie das Restaurant und die anderen Nebenräume, nach wie vor der Mainzer Bürgerschaft zur Verfügung stehen.

Der im Rohbau bereits fertiggestellte rheinseitige Flügel des Kurfürstlichen Schlosses wird beschleunigt für Verwaltungszwecke von Landtag und Regierung hergerichtet.

Ministerpräsident und Staatskanzlei werden den Bassheimer Hof, das Innenministerium das Haus Mack und das Finanzministerium die Räume in der neuen Volksbank beziehen. Für das Wirtschaftsministerium steht das Haus der Industrie- und Handelskammer am Schillerplatz zur Verfügung, das Wiederaufbauministerium kann auf dem Gelände an der Wallstraße unterkommen, wo bisher der Generalbaudirektor untergebracht war, und für das Kultusministerium dürften die Räume am Fischtor freiemach werden. Auch die anderen Organe der Landesregierung können mit einer zweckentsprechenden Unterbringung rechnen,

**Renz-Truppe löst sich auf?**

Die Renz-Truppe, die im Winter in Mainz Quartier bezogen, und bei der Brückeneinweihung die Rheinüberquerung durchgeführt hatte, wird voraussichtlich ihr Unternehmen auflösen. Bei ihrer Turnee durch Rheinhessen war es zwischen Direktion und Artisten in Gau-Odernheim zu einer Zwistigkeit gekommen, so daß Direktor Renz mit seinem Wagenpark den Ort verlassen hat und nun das Unternehmen in Mainz auflösen will. Die Mootz-Truppe, bei der vor kurzem die junge Gerda Mootz bei ihrem Zahnakten am Hochseil abgestürzt ist und sich eine Gehirnerschütterung sowie einige Prellungen zugezogen hatte, wird voraussichtlich die Arbeit in eigener Regie weiterführen.

**Kath. Siedlungswerk wirbt**

In diesen Tagen beginnt in Mainz eine Werbeaktion der Diözese für den katholischen Siedlungsbau. In Verbindung mit einer Zündholzfabrik werden den Mainzer Geschäftsleuten Zündholzkärtchen angeboten, deren Vorderseite für den Werbeaufdruck der betreffenden Firma vorbehalten wird, während die Rückseite für das Siedlungswerk wirbt. Diese Aktion, die bisher ~~sehon~~ in verschiedenen Großstädten mit Erfolg beendet wurde, dient also sowohl dem Geschäftsmann zur Werbung in seinem Kundenkreis, sei es durch Beigabe zu den gekauften Waren oder, besonders in Cafés und Gaststätten, auch als Verkaufsware selbst. J.B.

**Der Kampf gegen den nassen Tod**

Wenn man auf dem Rhein stromabwärts mit dem Boot fährt, so erblickt man auf

**Treffpunkt europäischer Wanderfreunde**

Oppenheims Jugendherberge am Rhein erwartet wieder tausende Gäste

Dreiundhundert Personen übernachteten schon im vergangenen Monat in der Oppenheimer Jugendherberge am Rhein, auf die jetzt durch neue Wegweiser an den Zufahrtsstraßen von Oppenheim hingewiesen wird. Wenn nun an den immer näher rückenden Pfingsttagen und dann den ganzen Sommer über die Ausflügler und Ferienwanderer kommen, dann wird es wieder Situationen geben, an denen die rührige Herbergsmutter kaum alle ihre munteren Gäste unterzubringen weiß.

40 Betten und 30 Notlager stehen zur Verfügung. Jugendherbergsverband und Kreis wollten das Gebäude erweitern, aber noch reichen die Mittel nicht aus, um die Baukosten zu decken. Darum will man das vorhandene Geld zur Anschaffung neuer Betten verwenden; denn die Herberge und ihre Einrichtungsgegenstände haben in den Nachriegstagen stark gelitten.

**Der Landkreis meldet****Jubiläumsfahrt der Schulkinder**

EBERSHEIM. Bei der Jubiläumsfahrt der Omnibuslinie Zornheim—Ebersheim—Mainz fuhren 110 Schulkinder mit dem Lehrerpersonal in zwei Omnibussen „Goldenes Mainz“ nach Heidelberg.

**Sprengstoff in der Kohle**

EBERSHEIM. Als eine hiesige Ehefrau

Es sind nicht nur Deutsche aus allen Teilen unseres Landes, die hier Aufnahme finden. Auch viele Ausländer nahmen die Gelegenheit wahr, um die Gastfreundschaft der Oppenheimer Herbergseitern zu erproben. Und wenn man sich auch oft nicht mit Worten versteht, so hilft doch die Zeichensprache über die Klippen der Verständigung hinweg. Meist kommt dann zu guter Letzt noch ein deutscher Student, der sich und seine fremdsprachlichen Kenntnisse gern zur Verfügung stellt.

Über zehntausend Eintragungen weist das Gästebuch des Jahres 1949 auf. Auch im laufenden Jahr dürften es wieder Tausende sein, die in dieser Gaststätte der europäischen Jugend, der einzigen Jugendherberge an der rheinischen Wanderstraße zwischen Mainz und Mannheim, eine bequeme Unterkunft finden werden.

dem Rohrgraben erreicht werden. Um eine starke Staubentwicklung zu vermeiden, soll die Straßendecke, die in den letzten Tagen mit festgewalztem Kalkschutt notdürftig ausgebessert wurde, mit einem staubbindenden Mittel gespritzt werden. — Das Telegrafenbauamt wird die Zeit der Freigabe dieser Straße nutzen, um in der Wormser Straße dringend notwendige Reparaturen am Telefonnetz durchzuführen.

**Verkehrsunfall vor Gericht**

OPPENHEIM. Vor dem Strafrichter hatte sich der Verkaufsleiter B. aus Frankfurt am Main zu verantworten, der Anfang dieses Jahres einen schweren Verkehrsunfall an der Biegung der Reichsstraße 9 beim Guntrumschen Weingut in Nierstein verursacht hatte. Das Urteil lautete in der gleichen Höhe wie der gegen B. verhängte Strafbefehl von 300 DM, wozu jetzt noch die nicht unerheblichen Kosten des Strafverfahrens treten. F.

**Auch in diesem Sommer****Erfolgreiche Arbeit im Sta**

Der Vollversammlung des Rüsselsheimer Stadtjugendringes, der neben dem Beigeordneten Schmidt auch Kreisjugendpfleger Malfeld und der Vorsitzende des Groß-Gerauer Stadtjugendringes, Sturmowski, bewohnten, stellte Vorsitzender Jakob Marx einen Bericht über die Vermißtenmeldungen voran. Danach werden in Rüsselsheim noch insgesamt 401 männliche und 14 weibliche Kriegsgefangene vermisst. Unter den Vermissten befinden sich zehn Personen, von denen bereits briefliche Nachrichten vorlagen. Der Rüsselsheimer Stadtjugendring schloß sich anderen Jugendringen an und richtet eine Resolution an die Bundesregierung, Bundesrat und Alliierte Oberkommission, worin gegen die Zurückhaltung deutscher Kriegsgefangener auf das Schärfste protestiert wird.

Vorsitzender Marx verlas ein Antwort-

A.Z. „Eine Fehlrechnung“ 19.5.  
Schnorbach zur Wahl von Mainz 50.

Koblenz, 18. Mai. (dpa) Der Oberbürgermeister von Koblenz, Joseph Schnorbach, erklärte anlässlich der Wahl der Stadt Mainz als Landeshauptstadt:

StAMZ NL Oppenheim / 20.2 - 63

„Wenn ich mich veranlaßt fühle, nochmals Stellung zu nehmen, so nur deshalb, weil ich aus den Reden einzelner Abgeordneter und aus einem Teil der Presse entnehmen muß, daß die Wahl von Mainz nur deswegen erfolgt sein soll, um Koblenz zu helfen. Demgegenüber muß ich klar und eindeutig feststellen: weder ich als Oberbürgermeister der Stadt Koblenz noch der Stadtrat als Vertretung der Bürgerschaft sind an die Landesregierung herangetreten, um eine Änderung des Abstimmungsergebnisses vom 4. April aus irgendwelchen Gründen herbeizuführen.“

Meine Unterlagen beweisen mir, daß hier eine Rechnung aufgemacht wurde, die niemals aufgehen wird, dafür wird auch in Zukunft weder die Stadt Koblenz noch die Stadt Mainz die Verantwortung zu tragen haben, sondern der Landtag, der am 18. Mai diese Entscheidung getroffen hat.“

während Union Oberschneidweide mit einem 4:1-Sieg über den Berliner SV 92 an sein Ziel gekommen ist.

#### Die Vorrunde am 21. Mai

Nach den letzten Entscheidungen treffen in der Vorrunde zur Deutschen Fußball-Meisterschaft am 21. Mai zusammen:

In Worms: Fürth—Horst-Emscher,  
In Karlsruhe: Kaiserslautern—RW Essen,

### Ein Tor entschied

Aber Wormalia hätte eben

f. kr. Ludwigshafen, (Eigener Bericht.) Kleinigkeiten sind oft entscheidend. In der vierten Minute dieses Treffens lenkte der Wormser Mittelläufer Selbert den Ball, anstatt ihn gleich abzuschlagen, zu einem NebenSpieler. Der Boden war vom Regen naß, und der Ball kam nicht ganz zum Ziel. Ahlbach spritzte dazwischen, feuerte von 25 Metern flach aufs Wormser Tor, und der Ball landete im äußersten linken Eck. Das sollte bereits die Entscheidung sein. Bis zum Ende ging es aber noch recht aufregend zu. Anfangs dominierte Neuendorf durch kluges Zusammenspiel. Aber Worms kam

Mittwoch, 3. Mai 1950

Allgemeine Zeitung

# Mainz hat das Wort

A. Z.  
3.5.50

Großzügiger Wohnungsbau, aber Verpachtung des Kurfürstlichen Schlosses

Zu unserer Stellungnahme vom 29. April über das Problem Koblenz—Mainz, die sich unter der Ueberschrift „Irrige Auffassung“ mit einer Meinungsäußerung des Justizministeriums befaßte, wird uns aus parlamentarischen Kreisen geschrieben:

„Der Gedanke, das Parlament könnte über die gleiche Frage unter den gleichen Voraussetzungen ein zweites Mal abstimmen, ist nicht zu verwirklichen. Eine Neuauflösung des Problems kann erfolgen und sie muß erfolgen. Das bedingt aber, daß die Voraussetzungen vollkommen verändert sind.“

Die Regierung wollte und will nach Mainz. Sie hat die politischen Gesichtspunkte den finanziellen Belastungen übergeordnet. Anders der Landtag. Er hat abgelehnt, weil der Zwang, die Lösung über den Neuausbau des Großherzoglichen Schlosses nehmen zu müssen, eine erhebliche Erhöhung der Kosten bedingte. Will man den Landtag zu einer neuen Stellungnahme und zur Zustimmung veranlassen, dann muß der Einwand erheblicher Mehrkosten belobigen werden. Das ist mit ein wenig gutem Willen von hüben und drüben durchaus möglich.

Beschreitet die Stadt den aufgezeigten Weg, dann kann das Problem Koblenz—Mainz in kurzer Zeit ebenso erledigt werden, wie das Problem Krankenhaus—Universität erledigt wurde. Die Stadt Mainz hat das Wort.“

zz. Der Landtag von Rheinland-Pfalz sowie die beiden Städte Koblenz und Mainz sind durch das unerwartete und, wie man bestimmt weiß, auch unbeabsichtigte Ergebnis der Abstimmung vom 4. April in eine schwierige Lage geraten. In Mainz werden keine beschlagnahmten Wohnungen frei, während die Stadt Koblenz die Ankündigung erhalten hat, daß 203 Wohnungen neu beschlagnahmt werden müssen, wenn Regierung und Landtag nicht durch einen Umzug nach Mainz anderen Behörden Platz machen. Man kann schon sagen, der Karren ist heftig verfahren, und es fällt nicht leicht, ihn wieder ins Geleise zu bringen.

Eine Reihe von Abgeordneten wird es gewiß als eine Zumutung empfinden, nochmals über eine Frage abzustimmen, die sie bereits entschieden glaubten. Es sind dies vor allen Dingen diejenigen, die sich aus kirchturmpolitischen Gründen für Koblenz entschieden hatten. Die weitsichtigeren suchen ehrlich nach einem Weg, wie man doch noch Mainz zur Landeshauptstadt machen könnte, und es zeigt sich dabei, daß Mainz im Grunde genommen mehr echte Freunde hat, als es selbst weiß. Aus ihren Reihen hört man, es sei nicht richtig, nunmehr statt über einen Antrag über ein Gesetz abzustimmen. Richtiger sei es vielmehr, eine völlig neue Lage zu schaffen, die eine nochmalige Abstimmung rechtfertige.

#### Die beiden Schlösser

Wie man weiß, war von der Regierung erwartet worden, die Stadt Mainz werde ihr, beziehungsweise dem Landtage, das Kurfürstliche Schloß zur Verfügung stellen. Der Mainzer Stadtrat hatte das abgelehnt. Man hatte dafür das noch auszubauende Großherzogliche Schloß angeboten, das die Regierung für den vorgesehenen Zweck als zu klein ansieht. Würde die Stadt Mainz in der Frage des Kurfürstlichen Schlosses ihre Haltung ändern, so wäre damit, wie wir erfahren,

die neue Lage gegeben, durch die eine neue Abstimmung gerechtfertigt würde.

#### Verstärkter Wohnungsbau

Es haben nun in der letzten Zeit eine Reihe von Unterhaltungen stattgefunden, auch mit der Militärregierung. Diese möchte der Stadt Mainz nach Möglichkeit einen Entschluß erleichtern, der, wie es jetzt aussieht, allein geeignet wäre, aus der verfahrenen Lage wieder herauszu finden. Es wird von einem erleichterten und beachtlich verstärkten Wohnungsbau gesprochen, den die Militärregierung in Aussicht stellt. Das ist ein ernstes Wort, das die Stadtväter zu ernstlichem Nachdenken verpflichten muß. Wenn es richtig ist, daß auf diesem Wege eine starke Förderung des Mainzer Wohnungsbauwerks ermöglicht werden kann, dann darf diese Aussicht nicht unbeachtet bleiben, auch wenn die Stadt Mainz es sich dabei etwas kosten lassen muß.

#### Gegenleistung: Schloßverpachtung

Was die Stadt in die Waagschale werfen müßte, wäre das Kurfürstliche Schloß. Wie wir hören, ist die Forderung des Landtages nach diesem Schloß nicht so aufzufassen, daß „Herr im Hause sein“ notwendigerweise eine grundbuchamtliche Übertragung bedeute. Eine neunundneunzigjährige Pacht könnte den gleichen Zweck erfüllen. Man will sogar mit sich darüber reden lassen, daß eine Klausel eingebaut würde, nach welcher die Pacht erlischt, wenn etwa das Kurfürstliche Schloß nicht mehr als Sitz des Parlamentes oder der gegebenen Landesregierung benutzt wird. Zweifellos wird sich ferner, wie das in Koblenz im Lesevereins-Haus (der jetzigen Unterkunft des Landtages) der Fall war, eine Vereinbarung finden lassen, daß auch in dem übereigneten Kurfürstlichen Schloß gesellschaftliche Veranstaltungen stattfinden können. Mindestens solange, bis die Stadt mit Hilfe anderer Stellen ihre „Gut Stubb“, die

Stadthalle, in moderner Weise wieder aufgebaut hat.

#### Was sagen die Stadtväter?

Die Mainzer Stadtväter haben nochmals ein entscheidendes Wort mitzureden, und sie werden es sich wohlweislich zu überlegen haben. Wie versichert wird, ist der Landtag bereit, über alles mit sich reden zu lassen. Nur auf eines will er nicht verzichten, im Kurfürstlichen Schloß der „Herr im Hause“ zu sein. Werde ihm das nicht gestattet, dann müsse, wie das in den letzten Verlautbarungen des Landtages bereits zum Ausdruck kam, auf das Kurfürstliche Schloß ganz verzichtet werden. Das hätte zur Folge, daß im allerbesten Falle die Regierung zwar bald, der Landtag aber erst zu dem Zeitpunkt übersiedeln könnte, in dem das Großherzogliche Schloß völlig aufgebaut und schlüsselfertig wäre.

Da eine halbe Lösung für alle Beteiligten, für die Regierung, das Parlament und auch die Militärregierung höchst unerwünscht sei, so ergäbe sich aus einer solchen halben Lösung neben den finanziellen Hemmungen ein sehr beachtliches Hindernis für einen im Sinne von Mainz angestrebten positiven Entschluß.

#### Auf „sicher gehen“

Man kann es wohl verstehen, wenn parlamentarische Kreise, die unbedingt für Mainz eingestellt sind, ein neues Experiment vermeiden und auf „sicher gehen“ möchten. Sie wollen wissen, ob die Stadt Mainz bereit ist, in der Form eines neuen Beschlusses dem Landtag eine Brücke zu bauen, über die der Landtag zu gehen gewillt ist.

Mainz hat das Wort. Wir sind überzeugt, der Stadtrat wird erneut mit allem gebotenen Ernst prüfen, ob er dem Landtag entgegenkommen kann, indem er den Besitz des Kurfürstlichen Schlosses nicht mehr als „Prestigefrage“ für die Stadt Mainz betrachtet und erwägt, ob er sich mit einer Verpachtung abfinden kann.

# Feuilleton

Mittwoch, 3. Mai 1950

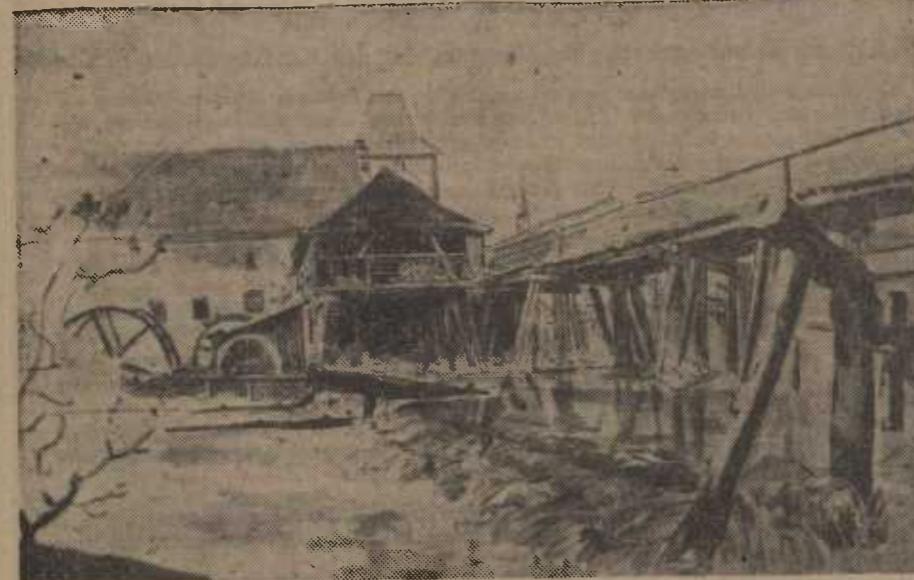
Staatstheater gesungen, mit der gleichen leichten Inbrunst und naturhaften Unbekümmertheit, der gleichen Zartheit und Lust am Schmettern. Und wie die Vögel sofort den deutschen Wald herbeizauberten, durch ihren Gesang, so wurde bei den Italienern ihr Land spürbar mit einer so greifbaren Deutlichkeit, einer solchen Atemnähe, daß die Tonskalen, die Gedanken der Erinnerung von einem Hügel bei Portofino hinabführten in den süßesten Hafen der Welt, wo man bei einer Tasse Kaffee vor dem Ristorante keinen Präsidenten, keinen Millionär, keinen Verliebten auch nur um einen Deut beneidet, sondern sich selbst die allerbeste und verliebteste Gesellschaft ist. Wenn man ein Vogel wäre, würde man da auch still für sich zu singen beginnen und in dem Lied wäre ein Lob des Landes, des Kaffees, der Zigarette, des blauen Himmels und des grünlich schäumenden Meeres, des dicken Wirtes im Jägerhemd und der spielenden Kinder und Katzen. Was kann man zum Lob der Italiener Besseres sagen, als daß sie solche Erinnerungen weckten? Eine Dame meinte in der Pause bei der Erörterung der so trefflichen Gaben, selber von ihnen geradezu begeistert, ob die schönen Stimmen der Italiener nicht daherkämen, weil sie im Frühjahr und Herbst so viele gebratene Singvögel seit Generationen gegessen hätten. Auch dieser nette Einfall kam aus der guten Heiterkeit, welche die Sänger mit ihrer Kunst verbreiteten.

M. G.

## nd Bruckner

IN MAINZ UNTER ZWISSLER

hielten und deshalb vereinfachten, müssen unbedingt erhalten bleiben. Dieses ganze Bestreben, Bruckners Musik schmiegamer und übergänglicher zu machen und sie ihrer



JOH. CHR. REINHART: WASSERMÜHLE MIT SCHLEUSE  
Pergamon-Archiv

## Eine Maikäfergeschichte

Der Wonnemond war wieder ins Land gezogen mit Blumenduft und Vogelschall und — diesmal mit einem mächtigen Heere jener Krabbeltierchen, die nach ihm benannt wurden sind. Es waren ihrer so viele, daß des Abends, wenn sie schwärmt, ein Geckimmel und Gewimmel und ein Schnurren und Brausen in der Luft war, daß einem Hören und Sehen verging. Schüttelte man die Bäume bei Tage, so fielen sie wie die Fliegen im Herbst, und es dauerte kein Vaterunser lang, dann hatte man eine Mulde voll von ihnen — so man wollte.

Und Jürgen Klokebrand, ein Bäuerlein am Harz, wollte! Hatte er doch in der Magdeburger Zeitung gelesen, ein hoher Magistrat habe dort bekanntgegeben, daß er für den Berliner Scheffel Maikäfer zehn Silbergroschen bezahle, wenn sie auf dem Markt beim Rathause abgeliefert würden. Und Jürgen Klokebrand hatte doch nach Magdeburg zu fahren, um ein Fuder Roggen zu holen. Was konnte er da Besseres tun, als ~~sogar~~ vierundzwanzig Scheffel echter, guter Harzer Maikäfer mitzunehmen? Zwei Pfosten auf einen Schlag! Die acht Taler waren leicht verdient! Also machten Jürgen und seine Leute sich also bald daran, die Bäume zu schütteln, und füllten die zwölf Säcke, die sie sonst leer mitgenommen hatten — mit Maikäfern! Des andern Morgens zog Jürgen Klokebrand in aller Herrgottsfürche mit seiner wertvollen Last los. Da er nach Magdeburg kam, hielt er an der Stadtwaage und sagte:

„Hier habe ich eine Fracht Maikäfer; die wollte ich gern bald los sein.“ „Woher sind es denn?“ fragten die Herren.

### Aber Herr Oberstaatsanwalt!

Herr Oberstaatsanwalt Dr. Kramer hat im Harlan-Prozeß die Künstler als „Lügner von Beruf“ bezeichnet.

Er ist Doktor juris, also Gelehrter und Rechtskundiger.

Ein Gelehrter müßte gelernt haben, daß Kunst und Kultur zusammengehören, daß es Kultur ohne Kunst nicht gibt. Und daß das Volk, dem er angehört und entsprossen ist, sich nicht Kulturvolk nennen könnte, wenn die Kunst nicht bei ihm daheim wäre.

Ein Rechtskundiger müßte soviel Rechtsempfinden haben, daß er sich nicht nur das Recht anmaßt, über andere zu Gericht zu sitzen, sondern daß er auch die Grenzen kennt, die ihm vor dem Recht der anderen gezogen sind.

Künstler sein kann nur der Berufene. Bei den Vertretern der Rechtspflege müßte es genau so sein; denn hier geht es um das

Seite 10

## FRANKFURTER ALLGEMEINE Z.

### F.A. 19.5.50 · Flaggen über Mainz

Nach der Entscheidung über den Sitz von Landesregierung und Landtag von Rheinland-Pfalz

B. G. - Wir kamen von Frankfurt, standen auf der neuen Rheinbrücke, die vom rechten Stromufer zum alten Mainzer hinüberführt und blickten mit leichtem Staunen auf Fahnen, viele Fahnen, auf Bundesflaggen und das rote Tuch mit dem historischen weißen Mainzer Doppelrad. Der Kalender zeigte den 16. Mai an, es war also kein Tag, für den der Staat, die Stadt oder die Kirche die Flaggen auf den Türmen oder an den Häusern zu sehen wünschen. Wir wußten auch nichts von einem unvorhergesehenen hohen Besuch. „Spontane Flaggen“ war in der Vergangenheit nur in kriegerischen Zeiten möglich. Verneintlich völlig unsinnig fragten wir einen Mainzer: „Hat irgend jemand eine Schlacht gewonnen?“ Wir erhielten die verblüffende Antwort: „Ja, wir! Die Stadt Mainz.“

Mainz hatte am Vormittag dieses Tages bei einer Abstimmung im Landtag von Rheinland-Pfalz den Kampf um die Landeshauptstadt mit 49:32 Stimmen gewonnen. Grund genug für die alte Stadt, die Fahnen aus den Schränken und Kisten zu holen. Noch sechs Wochen zuvor hatte der gleiche Landtag bei Stimmengleichheit einen Antrag, Landesregierung und Landtag möchten — wie seit Jahren vorgesehen — nach Mainz übersiedeln, abgelehnt. Offensichtlich war damals die Stimmung gegen Mainz gewesen, weil man

sich vermeintlich unter dem Druck fremder Einflüsse für sie entscheiden sollte. Inzwischen hatten aber, wie gesagt wurde — und was auch wohl richtig ist — „Zweckmäßigkeitsgründe“ die Stimmung umschlagen lassen. Mainz hatte für Regierung und Landtag genug Verwaltungsräum, aber auch Wohnungen zu bieten, während in Koblenz die Forderungen des Alliierten Sicherheitsamtes den Raum so schmal werden ließen, daß für die Verwaltungsgänge des Landes kein Platz mehr blieb. Es gab aber auch viele andere Gründe, die für die Stadt am Zusammenfluß von Rhein und Main sprachen. Der französische Oberkommissar Francois-Poncet faßte sie am Tage der Brückenweihe in den Satz zusammen: „Lage, Geschichte und Erwägungen der Vernunft lassen Mainz als Landeshauptstadt präsentiert erscheinen.“

Der Mainzer Oberbürgermeister Franz Stein zeigt nach sorgenvollen Wochen wieder einmal ein Lächeln. Die Entscheidung des Landtages ist für seine Stadt von erheblicher Tragweite. Mit der Regierung werden auch große Wirtschaftsverbände nach Mainz kommen, es muß gebaut werden, Handel und Fremdenverkehr haben starke Impulse zu erwarten, nicht zu unterschätzen ist aber auch — so sagt der Oberbürgermeister — die psychologische Wirkung. „Mainz wird nicht

nur mehr die Trümmervorstadt von Wiesbaden sein.“ Unmittelbar gegenüber der Landeshauptstadt von Hessen liegt nun die von Rheinland-Pfalz.

Das Abstimmungsergebnis hat den Oberbürgermeister sehr befriedigt. Von einer Ausnahme abgesehen, haben alle rheinhessischen Landtagsabgeordneten für Mainz gestimmt. Die eine Ausnahme war die kommunistische Abgeordnete Frau Hallein, ausgerechnet eine städtische Angestellte. „Diese Frau, die gegen die Interessen ihrer Vaterstadt gestimmt hat, ist zweifellos meine teuerste Angestellte“, sagt Franz Stein.

Der Oberbürgermeister und die Bewohner der Stadt, von der aus einst in langen kurfürstlichen Jahrhunderten weit Strecken deutschen Gebiets regiert worden sind, vergessen in dieser Stunde Koblenz nicht. In ihren Gedanken ist nichts von Triumph oder Schadenfreude. Man weiß, daß Koblenz als ehemalige Hauptstadt der großen preußischen Rheinprovinz in langen Zeiten den Charakter einer Beamten- und Behördenstadt angenommen hat und nur in jeder Hinsicht Schaden erleiden muß, wenn es diesen Charakter verliert und als Sitz eines großen militärischen Apparats, des Sicherheitsamtes, manches hinnehmen muß, was einer deutschen Stadt eben nicht lieb sein kann. Die Landesregierung von Rheinland-Pfalz will einen gewissen Ausgleich schaffen, indem sie einige größere Behörden in Koblenz beläßt oder neu dorthin verlegt.

Freitag, 19. Mai 1950

## Der Frankfurter Schulspor zu kostspielig?

Ein hoher Prozentsatz der Schulkinder hat Haltungsschäden

In der „Stadt des Sports“, wie Oberbürgermeister Dr. Kolb kürzlich Frankfurt bezeichnete, stehen im Augenblick 75 Schulen zum Unterricht zur Verfügung. Von diesen 75 Lehranstalten besitzen nur 17 brauchbare Turnräume. Soweit es entfernungsmäßig günstig ist, hat man sich in die vorhandenen Hallen geteilt. Da die Schüler jedoch erst kilometerweite Strecken mit der Straßenbahn fahren müssen, ehe sie eine überdachte Halle erreichen, hat man für sie auf das Geräteturnen verzichtet und im Schulhof bei Wind und Wetter sogenannte Wärmeübungen vorgeschrieben. Zwischen Pflastersteinen und aufgewühlten Erdlöchern boten diese Großstadtkinder, im Mantel und Handschuhe gehüllt, oft traurige Bilder. Leider hat es die Stadt aus finanziellen Gründen ablehnen müssen, in näherer Zukunft Gelder für den Wiederaufbau von Turnhallen zur Verfügung zu stellen.

Im Sommerhalbjahr sieht diese an sich deprimierende Situation etwas rosiger aus, da dem Schulamt einige Sportplätze, die dem Sportamt unterstellt sind, gegen eine Mietpauschale zur Benutzung freigegeben sind. Das Gelände am Marbachweg, die Brühl-Wiesen in Eschersheim, die an der Seckbacher Landstraße, am Bornheimer Hang, in Sossenheim, die Buchenroder Wiesen in Niederrad, die Mainvasen am Schlachthof, der Hütspark und der wieder benutzbare Ostpark im Alzenhöfchen

berichtete. Über die Wiedereinführung der früher nachmittäglichen Turnspiele sind im Augenblick noch Verhandlungen im Gange. Um nun dem Sportbedürfnis der Schulkinder entgegenzukommen und wenigstens den Prozentsatz der Kinder nicht höher werden zu lassen, die bereits Haltungsschäden infolge der Unterernährung, der furchtbaren Wohnverhältnisse und vernachlässigten Turnstunden aufweisen, hat man auf Initiative des Frankfurter Stadturners seit 1948 freiwillige Trainingsgemeinschaften eingeführt, an denen sich kostenlos beliebig viele Schüler beteiligen können. Im vergangenen Winter hatten die Schüler die Wahl zwischen: Leichtathletik, Geräteturnen, Gymnastik, Volkstanz, Schlagball, Handball, Fußball, Basket-Ball und Hockey.

### Kurse für haltungsschwache Kinder

Haltungsschwache Schulkinder können in sechs Schulen an dreizehn Gymnastiklehrgängen teilnehmen, die von Lehrkräften gehalten werden, die eine orthopädische Prüfung abgelegt haben. Die Kinder werden von Lehrern für diese orthopädischen Lehrgänge vorgeschlagen und nach einer Untersuchung in der orthopädischen Fürsorgestelle der Stadt in die einzelnen Kurse verwiesen. Der Andrang zu diesen Sonderlehrgängen ist groß. Leider machen auch hier die schulischen Raumnoten

nisse oft einen dicken Strich durch die Rechnung des guten Willens.

Frankfurt war früher eine Stadt, die nicht um ihren sportlichen Ehrgeiz im Rekord und Massenveranstaltungen sah, sondern großen Wert auf die Leibeserziehung in der Schule legte, da gerade das Turnen in Kinder- und Jugendjahren wesentlich mehr zur Gesunderhaltung beiträgt, als es in späteren Jahren der Fall sein kann. Die Stadt hat darum immer einen gewissen Etat für den Schulspor zur Verfügung gestellt, beispielsweise für die Anschaffung notwendigster Geräte, für Fortbildungskurse der Sportlehrer. Trotzdem kann an der Tatsache nicht vorbeigesehen werden, daß etwa 85 Prozent der 52 000 Frankfurter Schulkinder dringend mehr Gelegenheit zum Turnen gegeben werden müßte, wenn diese Kinder nicht als erwachsene Menschen ernsthafte Gesundheitsschäden davontragen sollen. „Mehr Sport spart das Krankenhaus“, sagt Stadturnrat Karger.

Überblickt man in Frankfurt die Anzahl der sportlichen Veranstaltungen, so begreift man zunächst schwer, warum und wieso hier ein „noch mehr“ getan werden soll. Trotzdem vergißt man, daß fast alle Veranstaltungen von Vereinen und Verbänden durchgeführt werden und Leistungen bringen, an denen der nicht verbandsmäßig gebundene Sportler und vor allen Dingen die Schulkinder keinen Teil haben.

## Bleibt es jetzt bei Mainz?

NZAMZ NL Oppenheim / 20,2 - 66

Neuer Landtagsbeschuß wird mit Skepsis aufgenommen

**Koblenz, 18. Mai (NZ).** — Flaggen in den Bundes-, Landes- und Stadtfarben sind am Dienstag und Mittwoch auf den öffentlichen Gebäuden in Mainz gesetzt worden, nachdem der am 16. Mai in Koblenz gefaßte Landtagsbeschuß, den Sitz der Landesregierung von Rheinland-Pfalz nach Mainz zu verlegen, bekanntgeworden war. Noch vor sechs Wochen hatte der gleiche Landtag beschlossen, es bei dem Sitz in Koblenz zu belassen.

Maßgebende Parlamentarier des Landes sind allerdings der Auffassung, es sehe nicht so aus, als ob es auch bei diesem zweiten Beschuß bliebe, obwohl er im Gegensatz zum ersten nicht mit Stimmengleichheit, sondern mit 49 Ja- und 32 Neinstimmen gefaßt wurde. 15 Abgeordnete hatten entschuldigt gefehlt, drei sich der Stimme enthalten, zwei sich ostentativ geweigert, an der

Abstimmung, die keine „neue Lage“ gebracht habe, überhaupt teilzunehmen, und der Abgeordnete Hubert Hermans (CDU), einer der schärfsten Gegner der Uebersiedlung, hatte in der Debatte die Forderung aufgestellt, die Abgeordneten, die bereits nach sechs Wochen ihre Meinung geändert hätten, möchten dem Haus die Gründe für diese Änderung bekanntgeben. Diese Anfrage wurde nicht beantwortet und von dem SPD-Fraktionsvorsitzenden Eugen Hertel mit der Bemerkung „Sturheit!“ quittiert.

### „Initiativantrag“ der CDU

Bekanntlich war die Uebersiedlung am 4. April wegen der Kostenhöhe von 2 Millionen DM, darunter 1 Million DM an „verlorenen Kosten“, abgelehnt worden. Nachdem die französische Besatzungsmacht in der Zwischenzeit erklärt hatte, die erforderliche 1 Million DM für den von ihr schon immer vorgesehenen Aufbau des Großherzoglichen Schlosses in Mainz, das dem Land gehört, sei schon vor der Uebernahme der Besatzungslasten durch den Bund vom Land mit den Besatzungskosten abgedeckt worden, hatten 16 Abgeordnete der CDU einen „Initiativantrag“ gestellt, den der Aeltestenrat einige Stunden vor Beginn der Landtagssitzung auf die Tagesordnung setzte. In dem kurz darauf beschlossenen Antrag, der über das Antragsminimum von 16 Abgeordneten hinaus von 26 CDU- und 16 SPD-Abgeordneten unterzeichnet war, wurde die „sofortige Uebersiedlung nach Mainz“ festgelegt, zumal der Oberbürgermeister von Mainz, Franz Stein, übergangsweise die unentgeltliche und zeitlich unbegrenzte Benutzung des stadteigenen Kurfürstlichen Schlosses angeboten habe. Zur Bestreitung der sonstigen Kosten sollen im Landeshaus 1 Million DM bereitgestellt werden.

### „Schutz gegen Wohnungsbeschläagnahmungen“

Der Oberbürgermeister von Koblenz, Josef Schnorbach, hat aber bereits am Mittwoch die Gültigkeit eines in der Landtagsdebatte vorgebrachten Hauptarguments der Mainz-Anhänger bestritten. Dieses behauptete, daß die Uebersiedlung erfolgen müsse, um die Koblenzer vor den von der französischen Besatzungsmacht angedrohten und teilweise schon angelaufenen Wohnungsbeschläagnahmungen zu schützen, die nach dem Beschuß vom 4. April notwendig geworden seien. Auch der Stadtrat, so führte Schnorbach in einer Denkschrift aus, habe bei jeder sich bietenden Gelegenheit der Landesregierung und anderen Stellen erklärt, daß ein Verbleiben der Regierung für die alte Fremdenverkehrs- und Behördenstadt, die keine Industrie habe, eine Existenzfrage darstelle.

Nach einer Aufstellung, die der Betriebsrat der bei der Landesregierung beschäftigten Angestellten und Arbeiter den Abgeordneten überreichte, betragen die unmittelbaren und mittelbaren Kosten der Uebersiedlung rund 5,5 Millionen DM. Koblenz, so wird weiterhin mitgeteilt, habe rund 400 mietfreie Büroräume in landeseigenen Gebäuden, während Mainz nur über 50 der gleichen Kategorie verfüge.

### 50 Mill. DM Fehlbetrag im Etat

Als eines der wichtigsten Argumente, warum die Umszugsfrage noch einmal aufgegriffen werden müsse, wird von den Experten die Frage der mit 1 Million DM bezifferten Kosten angesehen. Wie der CDU-Abgeordnete Staatssekretär Dr. Franz-Josef Würmeling der NZ mitteilte, wurde seine an den Finanzminister Dr. Hans Hoffmann (SPD) gestellte präzise Frage, ob es auch wirklich bei der einen Million bleibe, unbefriedigend beantwortet. Hoffmann hatte vor dem Landtag lediglich erklärt, der Finanzminister könne selbstverständlich nicht mehr ausgeben, als ihm vom Landtag bewilligt worden sei. Wenn aber, so argumentieren die Koblenz-Anhänger, der Landtag die wirkliche Kostenhöhe nicht berücksichtige, müsse eine Revision der Entscheidung die zwangsläufige Folge sein, zumal nach den eigenen Angaben des Finanzministers der Etat des Landes Rheinland-Pfalz einen Jahresfehlbetrag von 50 Millionen DM aufweise.

Hans Stubbemann

6. JAHRGANG 19. Mai 1950 NUMMER 117

Redaktion und Vertrieb: Frankfurt am Main, Zeil 100  
Telefon: 344 47 336 57 346 47. Verlag: Publishing Operations Branch Information Services Division, Office of the United States High Commissioner for Germany.  
Herausgeber: Hans Wallenberg Chefredakteur: Robert H. Lochner. Chef vom Dienst: Alfred Jacobson. Nachrichtenredakteur: Joseph M. Frankenstein. Geschäftsführer: John H. DeForest.

"DIE NEUE ZEITUNG" ist die amerikanische Zeitung in Deutschland. Artikel, die mit dem Namen des Verfassers oder seinen Initialen gezeichnet sind, stellen die Meinung des Autors, aber nicht unbedingt die der Redaktion dar. Nicht verlangte Manuskripte werden nicht zurückgesandt. Bei Briefen an die Redaktion wird das Einverständnis zur vollen oder auszugsweisen Veröffentlichung vorausgesetzt, wenn nicht der Einsender anderweitige Wünsche äußert.

Anzeigenverwaltung Frankfurt/M., Zeil 100, Gült. Anz.-Preis. Nr. 1. Unser Abonnementspreis: Monatl. DM 2,50. Zustellgeb.: Durch Träger DM 0,45, durch Post DM 0,54.

## Erfolgreiche Arbeit

Am 18. Mai ernannte Präsident Truman den damaligen Leiter der Weltbank, John J. McCloy, zum amerikanischen Hochkommissar für Deutschland. Einen Tag später trat General Lucius D. Clay, der bis dahin das Amt des US-Militärgouverneurs für Deutschland bekleidet hatte, die Rückreise nach Washington an. Er konnte es in dem Bewußtsein tun, daß es ihm in seiner mehrjährigen Amtszeit gelungen war, seinem Nachfolger die Grundlagen zu errichten, von denen aus dieser das Endziel der amerikanischen Politik gegenüber Deutschland erreichen konnte: die Sicherung seiner demokratischen Entwicklung und seine Wiedereingliederung als gleichberechtigtes Glied in die Gemeinschaft der freien Völker.

Die Errichtung einer Zivilverwaltung in Deutschland durch die Vereinigten Staaten war von der Absicht bestimmt, das Tempo dieser Entwicklung entscheidend zu beschleunigen. Die amerikanische Initiative blieb nicht ohne Auswirkungen auf die übrigen Alliierten, die ebenfalls ihre Militärbefehlshaber durch zivile Hochkommissare ersetzten. Es kann kein Zweifel darüber bestehen, daß die politischen Voraussetzungen für diese Maßnahme wesentlich auch durch die Bevölkerung Berlins geschaffen wurden, die durch ihren Kampf für Freiheit und Demokratie, mit dem sich Clays Name untrennbar verbindet, bewiesen hatte, daß die Welt Vertrauen zu den demokratischen Kräften in Deutschland haben konnte.

Nach den Übergangsschwierigkeiten, wie sie bei einer so grundlegenden Neuorganisation unvermeidlich sein mußten, hat die Bundesrepublik, in einem selbst für ihre verantwortlichen Männer überraschenden Tempo, eigene politische Initiative entfalten können und ist jetzt, besonders nach den Ergebnissen der letzten Londoner Konferenz, im Begriff, noch mehr Souveränität und Handlungsfreiheit zu gewinnen. Der Anteil McCloys an dieser Entwicklung ist in Deutschland gut bekannt und macht nicht zuletzt seine überraschend schnell errungene Popularität aus. Besonders klar wird das bei der Betrachtung der gerade in diesen Tagen von der alliierten Hochkommission veröffentlichten Neufassung des Gesetzes 75, durch das die Zuständigkeit in der Regelung der Eigentumsfrage der Montanindustrie gegen manche anfänglich Widerstände auf die Bundesrepublik übertragen wurde.

General Clay hat wiederum durch seine Teilnahme an einer Unterstützungsaktion für Westberlin bewiesen, daß er in seiner Amtszeit ein

## Der W Sieben Etap

Von unserem

Im ERP-Ministerium erwartet man in den nächsten Tagen aus Washington die grundsätzliche Genehmigung für die von deutscher Seite gemachten Vorschläge über die Aufteilung der 1150 Millionen DM betragenden zweiten Tranche der Marshallplangelder auf die einzelnen Gruppen der Industrie, der Landwirtschaft, des Wohnungsbaus usw. Man rechnet in Bonn damit, daß etwa ab Juni dieses Jahres monatlich 175 bis 200 Millionen DM zügig von den Gegenwertfonds freigegeben werden und an die deutschen Antragsteller fließen können.

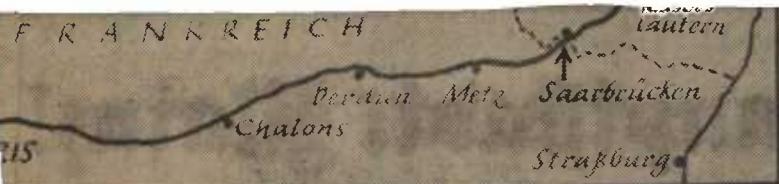
Die Anträge, die von den Werken, den Betrieben und Firmen gestellt werden, haben viele Etappen zu durchlaufen, und der Weg der ECA-

A.Z. 17.5.50 **Landeshauptstadt: Mainz!**  
Der Landtag von Rheinland-Pfalz hat seine endgültige Entscheidung getroffen

bb. Koblenz, 16. Mai. (Eigener Drahtbericht.) Landtagspräsident Wolters hat am Dienstagvormittag das Ergebnis der Abstimmung über einen noch am gleichen Morgen eingebrachten, von 26 Abgeordneten der Christlich-Demokratischen Union und sechzehn Abgeordneten der Sozialdemokratischen Partei unterzeichneten neuen Initiativ-Antrag zur Frage Koblenz—Mainz bekanntgegeben, dem in namentlicher Abstimmung 49 Abgeordnete zugestimmt haben; 32 waren dagegen und drei Abgeordnete haben sich der Stimme enthalten. Durch die Annahme dieses Antrages ist vom Landtag folgendes beschlossen worden:

- 1.) „Zum Sitz der Landesregierung wird Mainz bestimmt.“
- 2.) Die Umsiedlung der Landesregierung und des Landtages erfolgt sofort.
- 3.) Die Unterbringung des Landtages erfolgt vorübergehend in den dem Landtag unentgeltlich und zeitlich unbegrenzt zur Verfügung gestellten Räumen.
- 4.) Zur Bestreitung der Kosten werden im Landeshaus eine Million Mark bereitgestellt.“

(Den Bericht über die Debatte zur Hauptstadtfrage finden unsere Leser auf Seite 3)



Mainz—Paris erneut verschüttet werden unter dem Schutt der Fehlbehandlungen und Mißverständnisse, des Argwohns und leidtragender Gefühle. Wir wollen aber eine Hoffnung nicht aufgeben, daß in nahbarer Zeit die Pariser und die Mainzer in schnellen Omnibussen sich im Wochenende besuchen werden, denn wahrlieb es ist doch nur ein Katzenkopf zueinander — auf der Straße der Versöhnung, der echten Verbindung Europa, der Kaiserstraße.

führt werden könnte. Im Laufe des Gesprächs wurde von sudetendeutscher Seite die Frage aufgeworfen, welche Wiedergutmachung die Tschechen für die Ermordung von 580 000 Sudetendeutschen nach dem Zusammenbruch zu leisten bereit wären. Der Korrespondent des genannten Schweizer Blattes, der es anfangs nicht glauben wollte, daß die ungeheuerliche Zahl wirklich stimme, mußte nun aus einem tschechischen Munde eine Bestätigung für die Richtigkeit dieser furchtbaren Tatsache hören. Er schreibt darüber:

„Was mich als neutralen Zuhörer wie ein Keulenschlag traf, war das offene Zugeständnis, daß jene 580 000 Sudetendeutschen tatsächlich ermordet wurden. Einer der beiden Tschechen bezeichnete dies allerdings als eine Schande seiner Nation, die sie tief bedauerte. Auf die Frage, ob denn dieser Massenmord von offizieller tschechischer Seite verurteilt werde, gab er die Antwort: „Leider nicht, aber es wird unsere Pflicht sein, es zu tun, denn diese Morde wurden tatsächlich begangen“. Wie aus den Wolken gefallen saßen wir aber da, als der Ältere der beiden Tschechen, der, wie er erzählte, als Partisan gegen die Deutschen gekämpft hatte, erklärte, er selbst habe nach der Befreiung seiner Heimat mit eigenen Händen acht Deutsche ermordet!“

Wird es auch einen Gerichtshof geben, der die Verbrechen der tschechischen „Sieger“ auf die Tagesordnung setzt? Ob ja oder nein, die Saat dieses Verbrechens wird eine schwere Belastung des europäischen Friedens bleiben.“

### Der Boden als Gärtner

Nr. 114 / 15. Mai 1950

## Hauptstadtstreit in neuer Phase

### Vorstoß des Mainzer Oberbürgermeisters in Koblenz

Mainz, 14. Mai (NZ). — Der Oberbürgermeister von Mainz hat dem Ministerpräsidenten, dem Landtagspräsidenten und den Landtagsfraktionen von Rheinland-Pfalz am Sonntag einen neuen und genau umrisseinen Vorschlag zur Unterbringung des Landtags im Mainzer Kurfürstlichen Schloß unterbreitet, der die Kosten einer Uebersiedlung der Landesregierung und des Landesparlaments von Koblenz nach Mainz gegenüber den bisherigen Voranschlägen erheblich verringert. Der Landtag, der am Montag und Dienstag wieder zusammentritt, wird dadurch in die Lage versetzt, die Landeshauptstadtfrage erneut unter wesentlich veränderten Bedingungen zu behandeln.

Zu seinem neuen Vorstoß erklärte Oberbürgermeister Franz Stein, daß sich schon vor einigen Tagen die sozialdemokratischen Abgeordneten aus Rheinhessen verpflichtet hätten, bei einer erneuten Abstimmung für Mainz zu stimmen, nachdem am 4. April zwei von ihnen der Abstimmung ferngeblieben waren, wodurch sich dann eine Ablehnung bei Stimmengleichheit ergab. Ferner habe ein Briefwechsel zwischen dem Ministerpräsidenten und dem französischen Landeskommisar ergeben, nachdem der Wiederaufbau des dem Lande gehörenden Großherzoglichen Schlosses in Mainz aus Mitteln der Bevölkerung erfolgen werde.

#### Landtagsbeschuß soll nicht endgültig sein

Die Umzugskosten, die bei der Ablehnung durch den Landtag eine entscheidende Rolle gespielt hätten, sollten nun, wenn das Großherzogliche Schloß als zukünftiger Landtagssitz bestimmt werde, um eine Million DM, wenn das

Kurfürstliche Schloß gewählt werde, um eine halbe Million DM geringer sein. Damit sei eine in jeder Beziehung neue Lage geschaffen. Auch formaljuristisch sei eine neue Entscheidung möglich, weil es sich bei der Abstimmung vom 4. April lediglich um eine Entschließung gehandelt habe, aber nicht um eine Gesetzesvorlage, die aller Voraussicht nach bei der jetzigen Landtagssitzung in aller Form behandelt werden dürfe.

Nach dem Vorschlag des Oberbürgermeisters Stein könnte ein Teil des Kurfürstlichen Schlosses für Sitzungssäle, Fraktionszimmer, Übernachtungsräume und Restauration kostenlos überlassen werden, bis die endgültige Unterbringung im landeseigenen Großherzoglichen Schloß stattfindet, die erst in etwa neun Monaten möglich ist. Die Uebersiedlung der Landesregierung von Koblenz nach Mainz könnte aber sofort erfolgen.

DIE NEUE ZEITUNG

# SPO

## Hockenheim Maipokalrennen br.

300 000 sahen H. P. Müller zweimal siegen — aber gege

**Hockenheim, 14. Mai (NZ).** — Das Maipokal-Rennen mit dem zweiten Motorrad-Meisterschaftslauf und der diesjährigen Premiere der Wagenfahrer am 13. und 14. Mai auf dem 7,7 km langen Hockenheimring wurde zu einem regelrechten Volksfest. Zehntausende von Personenwagen und Omnibussen kamen bereits am Samstag aus Baden, Württemberg, Hessen und der Pfalz in der kleinen Tabakstadt an der Rheintalstraße bei Schweizingen an. Dutzende von Sonderzügen brachten am Sonntagmorgen schon von fünf Uhr ab weitere Besucher nach Hockenheim. Insgesamt schätzt man die Besucherzahl auf über 300 000. Die Rundstrecke vor den Toren Hockenheims war schon in der Nacht vor dem eigentlichen Renntag von ungezählten Zelten dicht belegt, so daß die Polizei am Morgen die größtenteils erst neuangelegten Absperrungen wieder aufrichten mußte.

Pünktlich um 9,30 Uhr wurde das Rennprogramm mit einer Ansprache des württemberg-badischen Wirtschaftsministers Veit über die 100 an der Strecke aufgestellten Lautsprecher begonnen. Veit

der mit Rundenabstand folgte. Die schnellste Runde, das heißt neuen absoluten Rundenrekord, hatte Georg Meier-München auf BMW mit 183,3 gefahren. In der Meisterschaftswertung führt nun Kraus-München mit neun Punkten vor Fleischmann-Amberg; Hans Meier-München und von Löw-Fischbeck mit je sechs Punkten.

### Kettenbruch brachte Winkler um den Sieg

Zum Wettbewerb der Vierzylindermaschinen hatte es vorher einen selten dramatischen Kampf gegeben. Walfried Winkler (Chemnitz) auf seiner schnellen IFA-DKW, der im Training mit 154,3 km/st den seit 1938 bestehenden Streckenrekord von Petruschke ausgelöscht hatte, führte bis zur zehnten Runde unangefochten mit über zwei Minuten Vorsprung, mußte dann jedoch wegen eines Getriebekettenbruchs das Rennen aufstecken. Dadurch kam der Bielefelder H. P. Müller zu seinem zweiten Erfolg. Er gewann mit einem Durchschnitt von 180,8 km/st vor dem ersten der Saugmotorenklasse, Hermann Gablenz-Karlsruhe auf DKW. In der Wertung steht jetzt Müller mit 12 Punkten vor Thorne-Prikker-Godesberg mit 10 Punkten.

Die Frage nach dem Sieg der 350-ccm-Klasse ließ sich von vornherein zugunsten Heiner Fleischmanns klar beantworten. Seiner technisch hoch entwickelten Kompressormaschine war auch in Hockenheim kein Kraut gewachsen. Schon nach der 14. Runde hatte er das gesamte Feld mindestens einmal überrundet. Unangefochten holte sich der Neckarsulmer den Sieg mit neuer Klassenrekordzeit von 165,1 km/st vor H. P. Müller, der damit sein drittes Rennen gefahren hat, sowie Siegfried Remsche und den kompressorlosen Knest (AJS), Schnelle (auf Parilla), Böhner (Velocett) und Sauer (AJS), der leider beim Bremsen hinter dem Zielstreifen stürzte und leichte Verletzungen erlitt. In der Meisterschaftswertung liegen Fleischmann und Knees-Braunschweig mit je 12 Punkten

Mittwoch, 17. Mai 1950

# A-Z 12-5 50

## Die Debatte um Mainz

Die Entscheidung erfolgte aus reinen Zweckmäßigkeitsgründen

**bb. Koblenz, 16. Mai.** (Eigener Drahtbericht.) Die der Abstimmung über die Landeshauptstadt vorangehende Debatte war von dem Kommunisten Schieder eröffnet worden, der unter anderem die Behauptung aufstellte, nur durch „Erpressungspolitik“ der Besatzungsmacht gegenüber den deutschen Stellen sei die „angeblich neue Lage“ in der Frage der Landeshauptstadt entstanden.

Diese Bemerkung veranlaßte Ministerpräsident Altmeier festzustellen, daß die Anschuldigungen Schieders unwahr seien. Die Situation sei vielmehr so gewesen, daß sofort nach dem Beschuß des Landtages vom 4. April auf seine Initiative hin ein Abbiegen der vorgesehenen Wohnungsbeschläagnahmen in Koblenz erreicht worden sei. Altmeier fügte hinzu, daß die Aufhebung der Ordonnanz 57/2 ebenfalls auf deutsche Initiative erfolgt sei.

Staatssekretär Otto Schmidt (Sozialdemokratische Partei) verwies auf die schwierigen Wohnungsverhältnisse in Koblenz, durch die praktisch keinerlei zusätzliche Ansprüche an Wohnraum befriedigt werden könnten. Mainz, Ludwigshafen und andere zerstörte Städte des Landes würden es nicht verstehen, wenn in Koblenz weiterhin Aufwendungen gemacht würden. In Mainz müßten zur Zeit jährlich rund 316 000 Mark an Miete für leerstehende Wohnungen ausgegeben werden. Bei dem Baukostenaufwand von 28 000 Mark je Besatzungswohnung würde ein Wohnungsbauprogramm für die Ansprüche der Besatzungsmacht in Koblenz rund sechs Millionen Mark erfordern. Zu der vom Gesamtbetriebsrat der Landesregierung den Abgeordneten des Landtages zugeleiteten Aufstellung von 4,5 Millionen Mark an direkten und indirekten Umzugskosten erklärte Schmidt, es müßten von den kommenden Trennungsentzündungs-Empfängern in Mainz die 200 Empfänger in Koblenz abgezogen werden. Der Betrag von einer Million Mark werde genügen, um den Umzug voll zu bewerkstelligen.

Als später Abgeordneter Dr. Würmeling (Christlich-Demokratische Union) die präzise Auskunft von Finanzminister Dr. Hoffmann verlangte, ob er garantieren könne, daß alle mittelbaren und unmittelbaren Kosten mit dem Betrag von einer Million

Mark gedeckt werden könnten, erklärte Hoffmann, daß sich diese Summe selbstverständlich nicht auf die Bereitstellung von weiteren Büros beziehen könne. Das Finanzministerium werde sich jedenfalls nicht erlauben, mehr als den vom Landtag zu genehmigenden Betrag von einer Million Mark auszugeben.

Von der Freien Demokratischen Partei hatte sich Abgeordneter Steeger (Mainz) für den Antrag der 42 Abgeordneten der Christlich-Demokratischen Union und Sozialdemokratischen Partei ausgesprochen. Der aus Simmern stammende Abgeordnete Claus (Freie Demokratische Partei) führte dagegen aus, es könne nicht verantwortet werden, bei einem Landesetat mit einem monatlichen Defizit von vier Millionen Mark auch nur eine Mark für einen Umzug auszugeben. Der Landtag möge an seine Verantwortung vor dem Volk und vor der Geschichte denken.

Der Fraktionsvorsitzende der Sozialdemokratischen Partei, Hertel, der dem Abgeordneten Hermans (Christlich-Demokratische Union) wegen seines Verblebens auf seinem ablehnenden Standpunkt „Sturheit“ vorwarf, brachte unter Lachen des Hauses zum Ausdruck, „der Apfel Mainz sei reif, um gepflückt zu werden“. Die Verlegung habe sich als eine reine Zweckmäßigkeitsfrage, die nicht „mit Druck“ erreicht worden sei, erwiesen.

Auch der Abgeordnete Schlick (Mainz) teilte mit, die Mehrheit der Christlich-Demokratischen Union sei der Auffassung, die Umsiedlung sei notwendig.

Abgeordneter Hermans zitierte zum Schluß einen Ausspruch des französischen Oberkommissars François-Poncet, der gesagt habe, es gebe Fehler, die nur dann Fehler würden, wenn man sie zu korrigieren versuche.

## A.Z. 13/4.5.50. Die neue Situation

Briefwechsel zwischen Altmeier und dem französischen Landeskommisar

Koblenz, 12. Mai. (dpa) In einem Schreiben an den französischen Landeskommisar Hettier de Boislambert vom 10. Mai hatte der Ministerpräsident von Rheinland-Pfalz, Peter Altmeier, seine Besorgnis darüber geäußert, die kürzliche Besichtigung des Großherzoglichen Schlosses in Mainz durch den französischen Landeskommisar, über die die „Allgemeine Zeitung“ ausführlich berichtet hatte, könne als Vorläufer zu einer beabsichtigten späteren Inanspruchnahme des Schlosses durch die Besatzungsmacht ausgelegt werden. Der Ministerpräsident betonte in seinem Schreiben das Eigentumsrecht des Landes an dem Schloß, über das die Regierung zum Zweck eines späteren Wiederaufbaus frei verfügen wolle.

Der französische Landeskommisar hat darauf geantwortet, die Wiederherstellung des im Besitz der Landesregierung befindlichen Schlosses habe schon immer auf dem Mainzer Wiederaufbauprogramm der Besatzungsmacht gestanden, mit der Maßgabe, das wiederhergestellte Schloß der Landesregierung zur Verfügung zu stellen. Der Zeitpunkt des Wiederaufbaus sollte von der endgültigen Zweckbestimmung des Schlosses abhängen.

Durch diese Antwort des französischen Landeskommisars ist nach einer Verlautbarung der Landespressestelle von Rhein-

land-Pfalz vom Freitag hinsichtlich der Kostenfrage einer etwaigen Regierungsverlegung von Koblenz nach Mainz eine neue Situation entstanden.

In dem Kostenvoranschlag für die Uebersiedlung in Höhe von zwei Millionen DM war allein eine Million DM als Wiederherstellungskosten für das Großherzogliche Schloß in Mainz vorgesehen. Im Zusammenhang mit dem zeitweiligen Plan über eine Verlegung des Sitzes der früheren französischen Militärregierung von Baden-Baden nach Mainz hatte Rheinland-Pfalz jedoch durch Anordnung der Besatzungsmacht für den Wiederaufbau von Mainz etwa vierzig Millionen DM aufzubringen gehabt. Wie sich nun aus der Antwort des Landeskommisars ergibt, waren im Kostenvoranschlag für den Umzug der Landesregierung die Wiederaufbaukosten für das Großherzogliche Schloß bereits enthalten.

Mit diesem zunächst überraschend wirkenden Briefwechsel bewahrheiten sich die von uns bereits leise angedeuteten Hoffnungen auf einen Ausbau des Großherzoglichen Schlosses, die wir aussprachen, als wir zum ersten Male von der Besichtigung des Großherzoglichen Schlosses durch den Landeskommisar berichteten. Wie erinnerlich, antwortete damals der Landeskommisar auf die Frage unseres Korrespondenten, wer das bezahlen sollte: „Das ist noch eine indiskrete Frage“.

## ALLGEMEINE ZEITUNG

## Und der IG-Aktionär?

WB. Die Frage der Entflechtung des IG-Konzernes wird anscheinend jetzt akut. Innerhalb der nächsten drei Monate wird die Oberkommission ein diesbezügliches Gesetz ausarbeiten. Auch der Fardip (deutscher Ausschuß für die IG-Entflechtung) hat seine Arbeit beendet und wird einen Gesamtplan für die Entflechtung in der nächsten Zeit überreichen.

Anfang August 1948 hatte das Bipartite Control Office den Vorschlag zur Errichtung der Fardip gemacht. Aber erst Anfang 1949 nahm dieser deutsche Ausschuß seine Arbeit auf. Für diese Arbeit wurde ihm damals von den Alliierten ein „Fahrplan“ übergeben. Die Arbeit des Fardip erfolgte unter Ausschluß der Öffentlichkeit. Nur gelegentlich konnte man an der Zunahme der Zahl der mit Fragebogen bedachten Werke den Fortschritt der Untersuchungen feststellen. Jetzt erfährt man einige Ergebnisse dieser Arbeit. Nach dem fertiggestellten Plan sollen 135 von den 390 Vermögenseinheiten der IG verkauft werden. Die restlichen Werke — dies sind die eigentlichen Chemiewerke — sollen zu 12 bis 15 selbständigen Unternehmen zusammenge schlossen werden.

Man will also anscheinend nicht mehr so weit gehen, daß der IG-Komplex atomisiert werden soll. Dies ist von verschiedenen Gesichtspunkten aus sehr zu begrüßen. Nicht jedes einzelne Werk der ehemaligen IG wird ohne den Rückhalt des Konzerns ein selbständiges Dasein führen können. Es hat keinen Sinn, daß man nur um der Entflechtung willen

Werke dem sicheren Ruin ausliefern. Man muß immer daran denken, daß Maßnahmen gegen die IG in der Hauptsache die 300 000 Aktionäre treffen, die also ohne Verschulden der leidende Teil dieser Maßnahmen werden.

Der IG-Aktionär wird sich kaum gegen die allgemeine politische und wirtschaftspolitische Tendenz, große Unternehmen in verschiedene kleine aufzuteilen, stemmen können. Aber er kann mit Recht verlangen, daß seine Interessen gewahrt werden. Die Entflechtung der IG muß nach volkswirtschaftlich vernünftigen Gesichtspunkten erfolgen. Fehlleitungen, die gar einen Substanzverlust zur Folge haben, müssen vermieden werden. Bei dem geplanten Verkauf von 135 Werken ist bei der derzeitigen Kapitallage ein solcher Substanzverlust aber schon zu befürchten. Kann man nicht auch dem ehemaligen IG-Aktionär die Möglichkeit bieten, in dem entflochtenen Unternehmen weiter beteiligt zu sein? Ob das durch einen Umtausch der alten Aktien in solche der neuen Unternehmen, oder auf eine andere Art erfolgt, ist nur eine technische Frage.

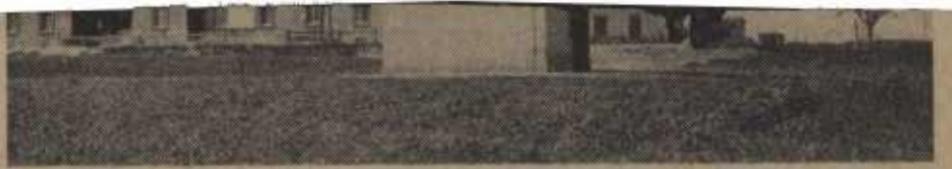
Bisher wartete der Aktionär vergeblich darauf, bei der Frage nach der Gestaltung der Zukunft seiner Gesellschaft gehört zu werden. Selbst der Schutzvereinigung für Wertpapierbesitz, die sich auch schon dieser Frage widmete, ist es nicht gelungen, Einfluß auf die Entflechtungsvorschläge der Fardip zu bekommen. Inwieweit die Interessen der Aktionäre bei den geplanten Entflechtungen beachtet werden, ist auch aus dem bisher bekanntgewordenen Material noch nicht zu erkennen.

## Bretton Woods

Von Ernst Samhaber

Westdeutschland wird nach Abschluß der laufenden Verhandlungen dem Internationalen Währungsfonds und damit den Abmachungen von Bretton Woods beitreten. Noch während des Krieges, im Jahre 1944, wurden die Beratungen über die Einrichtungen einer weltumspannenden Geld- und Währungsorganisation abgeschlossen, der zunächst die im Kriege

kanische, die am liebsten zum reinen Goldstandard alten Stiles zurückkehren wollte und in den zweiseitigen Devisen- und Handelsabkommen der dreißiger Jahre die Wurzel alles wirtschaftlichen Übels in der Weltwirtschaft sah, und die britische, die das Gold nur als Ware ansah, deren Wert sich den besonderen wirtschaftlichen Bedingungen anpassen



Der neue Rheinsender auf der Wasserscheide zwischen Nahe- und Selztal (258 Meter über Normal Null) bei Wolfshöhe ist am Freitag vom Südwestfunk mit einem Sendemast (70 Kilowatt) in Betrieb genommen worden. Foto: Ecker

## Das Programm des Bauerntages

Haupttagungen im Schloß / Begrüßungsabend in der Universität

gr. Mainz, 12. Mai. In einer vorbereitenden Besprechung trafen sich heute der Generalsekretär des Deutschen Bauernverbandes, Hummel, sowie der Präsident und der Geschäftsführer des rheinhessischen Bauernverbandes mit Oberbürgermeister Stein als Vertreter der Stadt Mainz und Herren des Städtischen Verkehrsvereines, um die äußeren Voraussetzungen zu dem vom 25. bis 27. August in Mainz stattfindenden Deutschen Bauerntag zu prüfen. Nach einer eingehenden Besichtigung der entsprechenden Baulichkeiten wurde beschlossen die Mehrzahl der Veranstaltungen im Kurfürstlichen Schloß abzuhalten.

Das Programm des Deutschen Bauerntages sieht im einzelnen vor, am Freitag, dem 25. August, die internen Tagungen des Gesamtvorstandes im Schloß und einen Begrüßungsabend in der Universität zu veranstalten. Am Samstag, dem 26. August, soll vormittags der eigentliche Deutsche Bauerntag stattfinden, d. h. eine öffentliche Versammlung der Delegierten aus allen Tei-

barten Ländern zugegen sein werden. Am Samstagnachmittag wird Gelegenheit gehabt, an der offiziellen Eröffnung des Mainzer Weinmarktes teilzunehmen. Abends ist für einen geladenen Kreis von Ehrengästen eine Weinprobe vorgesehen, die auch in den Räumen des Kurfürstlichen Schlosses stattfinden soll. Am Sonntagvormittag ist in dem großen Genossenschaftszelt auf dem Gelände des Weinmarktes am Rhein, die Tagung des Bundes der deutschen Landjugend geplant. Darüber hinaus werden in diesen Tagen auch noch eine Reihe von kleineren und fachlichen Besprechungen durchgeführt werden.

### Mariika Rökk im Bundeshaus

Unruhe im Plenarsaal

Bonn, 12. Mai. (dpa) Ein Schwarm von

# Neue Abstimmung für Mainz

12./14. 5. 50. Die finanziellen Bedenken gegenstandslos geworden

Koblenz, 12. Mai. (SWF.) Wie wir erfahren, hat die Beurteilung der Hauptstadtfrage Koblenz—Mainz durch Beratungen zwischen der Militärregierung und der Stadt Mainz eine grundlegende Änderung erfahren. Danach bereitet sich eine Lösung vor, die die finanziellen Bedenken, die auf der letzten Landtagssitzung ausschlaggebend waren, gegenstandslos macht. Es wird erwartet, daß es auf einer der nächsten Landtagssitzungen zu einer erneuten Abstimmung kommt.

Wie wir kurz vor Redaktionsschluß erfahren, hat im Laufe des Nachmittags im Hause der Stadtverwaltung von Mainz eine gemeinsame Besprechung aller rheinhessischen Landtagsabgeordneten sämtlicher Parteien, mit Ausnahme der Kommunistischen Partei, stattgefunden, über deren Ergebnis zur Zeit noch nicht mehr bekannt ist, als daß dadurch die Frage der Landeshauptstadt einer schnellen und für Mainz befriedigenden Lösung entgegengebracht werden soll.

Wie dpa dazu weiter meldet, nahmen an den Besprechungen der rheinhessischen Abgeordneten auch der Oberbürgermeister von Mainz, Franz Stein, teil. Die Abgeordneten vertraten im allgemeinen den Standpunkt, daß nunmehr mit der größten Beschleunigung eine für Mainz günstige Entscheidung der Hauptstadtfraage herbeigeführt werden soll. Eine Presseverlautbarung über das Ergebnis der Besprechun-

gen sollen am Samstagvormittag veröffentlicht werden.

### Für „Garantierte Ausweitung“

bb. Koblenz, 12. Mai. Auch bei härtesten Einsparungen, so erklärte der Ministerialdirektor im Bundesfinanzministerium, Dr. Oeftering u. a. vor der Industrie- und Handelskammer Koblenz, verbleibe im Bundesetat 1950/51 immer noch ein Defizit.

Eine „garantierte Ausweitung“ durch die Notenbank sei vertretbar. Durch die Gewährleistung der Unabhängigkeit der Notenbank werde eine Geldschöpfung in sicheren Grenzen gehalten.

Im Bundesfinanzministerium bestehe die Auffassung, daß weitere direkte und auch indirekte Steuern (wie Kaffee-, Zigaretten- usw.) gesenkt werden müßten. Zur Vereinfachung des öffentlichen Apparates, der jetzt 370 Millionen Mark gegenüber rund zwölf 370 Millionen Mark beansprucht, erklärte Oeftering, daß eine Einsparung von ein Viertel dieses Aufwandes nur mit besonderen Schwierigkeiten erkauft werden könne.

## BMW-Meier contra NSU-Fleischmann

### Rekordbesetzung beim Maipokalrennen in Hockenheim

Mit fast 250 Nennungen hat das DMV-Maipokal-Rennen in Hockenheim am Wochenende, für das der Ministerpräsident von Württemberg-Baden, Dr. Reinhold Meier, die Schirmherrschaft übernahm, eine Rekordbesetzung zu verzeichnen. Nach dem ersten Meisterschaftslauf der Räder in der Eilenriede in Hannover steht der Zweikampf Fleischmann-Meier in der Halbliterklasse im Mittelpunkt. Die Wagenfahrer geben ihr Jahresdebut. Nach Uilmens gutem Abschneiden in der Schweiz steht hier die Rennwagenklasse (Formel 2) im Vordergrund. Die Vielzahl neuer Konstruktionen macht das Rennen der 750 ccm vielleicht zum interessantesten des Tages.

Bei den Rädern sind die vier Soloklassen mit über 120 und die beiden Seitenwagen-Kategorien mit mehr als 65 Bewerbern besetzt. Die gesamte deutsche Spitzengruppe ist dabei vertreten. Der Münchener Kraus wird zum ersten Male in der schweren Seitenwagenklasse fahren.

### Mit drei USA-Boxern

Berlin. (AP) Nach vielen Jahren der Abgeschiedenheit vom internationalen Kampfsport startet Berlin am kommenden Sonntag einen internationalen Boxkampftag von Format. Die Waldbühnenpremiere mit ihren drei deutsch-amerikanischen Begegnungen und einer deutschen Meisterschaft bringt schon beinahe des guten zu viel zu Beginn der Saison. Es wird schwer halten, die Programme der nächsten Kampftage zu steigern.

Das 42 Runden umfassende Programm

Veritas erscheint in der Rennwagenklasse mit einem starken Aufgebot, in dem sich Ulmen, Kling, Martin, Roth und Bossong befinden. Auf AFN starten von Falkenhausen, Rieß und Heecks. Schaufele und der Berliner Niedermeyer fahren BMW. Bei den Kleinstrennwagen dürften den sieggewohnten Scampolofahrern Komossa, Schlüter und Rentrop in Lehder (LTE-Brillant), Pütz (Tarpon) und Vollmer (Atlas) ernsthafte Konkurrenten entstehen.

### Auch der Radsport anerkannt

Bonn. (dpa) Der Bund Deutscher Radfahrer wurde am Mittwoch in den Internationalen Radfahrerverband (UCI) als Mitglied aufgenommen. Letzte Formalitäten werden auf dem UCI-Kongreß am 3. und 4. Juni in Mailand erledigt, doch ist nach der Bonner Tagung bereits jetzt ein Start deutscher Fahrer im Ausland und ausländischer Fahrer in Deutschland möglich.

### Südwest-Handballmeisterschaft

SSV Reutlingen—Grün-Weiß Obermendig TuS Schutterwald—SG Haßloch Spannender als in den Vorjahren verläuft die Endrunde um die Südwestdeutsche Handballmeisterschaft, in der der Rheinlandmeister Grün-Weiß Obermendig mit zwei Punkten vor den punktgleichen Vereinen SG Haßloch, TuS Schutterwald und SSV Reutlingen führt. Grün-Weiß Obermendig steht beim Favoritenschreck vor einer harren Prüfung, die die Grün-Weißen nur bei äußerster Konzentration bestehen können.

## Wohnungen für die Landesregierung

Ist in Mainz genügend vorgesorgt? 4.2.17.3.50

bb. Koblenz, 16. März. (Eigener Drahtbericht.) Von zuständiger Seite wird mitgeteilt, daß je ein Inspektor der Staatskanzlei und des Wiederaufbauministeriums von Rheinland-Pfalz eine etwa zehn Tage währende Besichtigung der für den Umzug der Landesregierung in Mainz zur Verfügung stehenden Wohnungen vorgenommen habe. (Zu der nach unserer Information die städtischen Mainzer Stellen nicht zugezogen wurden.)

Danach sind im Augenblick in Mainz 306 Wohnungen vorhanden, von denen ein großer Teil Kleinstwohnungen und ein anderer Teil Wohnungen mit „recht hoch angesetzten Mietpreisen“ seien. Bis zum 1. Juli würden noch 53 Wohnungen hinzukommen, so daß bis zu diesem Zeitpunkt 359 Wohnungen vorhanden sein könnten.

Über diese 359 Wohnungen hinaus seien weitere 43 Wohnungen widerrechtlich belegt worden. 71 Wohnungsinhaber haben eine rechtmäßige Einweisung durch Dienststellen des Oberbürgermeisters von Mainz oder der französischen Besatzungsmacht erhalten.

Die Besatzungsmacht habe 115 Wohnungen in Nierstein, Oppenheim und Bodenheim zugesagt; da es sich aber dabei meistens um requirierte Wohnungen handele, deren Besitzer auf dem Dachboden oder im Keller wohnen müßten, seien diese Wohnungen für die Regierung nicht annehmbar. Das gleiche gelte für 31 Wohnungen in Mainz, die mit den Möbeln requiriert worden seien.

Von weiteren 155 Wohnungen, die von der Besatzungsmacht als verfügbar bezeichnet worden seien, müsse gesagt werden, daß sie zwar einmal im sogenannten LA-Programm aufgeführt gewesen, nachher aber wieder gestrichen worden seien, so daß keinerlei Ausbau habe vorgenommen werden können.

Weiterhin wird mitgeteilt, bei allen zuständigen Stellen herrsche die Auffassung vor, daß die Frage des Umzugs nach

Mainz im jetzigen Zeitpunkt und keinen Augenblick später entschieden werden müsse. Alle Kombinationen, nach denen sich die Waage wieder zugunsten von Koblenz gesenkt habe, werden als abwegig bezeichnet. Es treffe auch nicht zu, daß bereits festgelegt worden sei, nicht das Plenum des Landtags, sondern den Ältestenrat allein diese Frage entscheiden zu lassen. Vielmehr sei die Situation so, daß nach Klärung aller Probleme (Ordonnanz 57, Kurfürstliches Schloß, Industrie- und Handelskammer in Mainz) der Ältestenrat normalerweise entscheiden werde, ob und welcher Bericht dem Landtag zugleitet sowie ob und wie eine Abstimmung erfolgen werde.

dem der Ausweitung des bäuerlichen Wirtschaftsraums. Das Land Rheinland-Pfalz gehört zu den Gebieten der Bundesrepublik, in denen die Hauptwirtschaftskraft auf den Schultern der Landwirtschaft ruht; einer Landwirtschaft aber, die sich im wesentlichen aus kleinen und kleinsten Einzelbetrieben zusammensetzt. Wenn man an die kleinbäuerlichen Betriebe in den Höhengebieten der Eifel, des Hunsrücks und des Westerwaldes denkt, wenn man weiter in die weinbau- oder tabakbautreibenden Betriebe hineinschaut, dann kann man unschwer erkennen, daß die Familien von einem gesunden Wohlstand weit entfernt sind, daß vielmehr oft wirtschaftliche Not den Lebensstand bestimmen. Eine bäuerliche Wirtschaft mit 12 bis 15 Morgen Land, wie sie in den Höhengebieten fast die Regel sind, ernährt keine Familie; sie hält auch die jungen Menschen nicht fest, die in ihnen geboren werden. Diese Jugend wandert ab in die Stadt, so daß sich

in der praktischen Landwirtschaft eine neue Heimat zu finden. In einem Agrarland — so argumentiert man — wie in Rheinland-Pfalz, in dem von einer Gesamtfläche im Umfang von 1983 291 Hektar nicht weniger als 963 122 Hektar in landwirtschaftlicher Nutzung stehen, wo 736 263 Hektar Wald die Erde bedecken, wo noch 80 540 Hektar Oedland in Kultur genommen werden könnten, müßte es möglich sein, noch in größerem Umfange neue landwirtschaftliche Existenzen aufzubauen. Aber diese Schlußfolgerung ist irrig. Jahrhundertlange Realteilung hat zu einer Zersplitterung geführt, aus der sich „Objekte der staatlichen Fürsorge“ zwangsläufig ergeben müßten. Wo aber die Menschen, von der Not getrieben, sich von der Landarbeit abwenden, da wäre es frevelhaft, Heimatlose aus einer beruflich viel günstigeren Umgebung mit der Erwartung seßhaft zu machen, daß aus ihrer produktiven Arbeit auf die Dauer ein nennenswerter volkswirtschaftlicher Nutzen erwachsen würde. Das Bodenreformgesetz muß — im Gegensatz zu anderen Ländern — in Rheinland-Pfalz vornehmlich mit dem Ziel Anwendung finden, aus den leistungsschwachen Kleinbetrieben lebensfähige Bauernstellen zu machen. Allerdings wird dies nur in sehr begrenztem Umfange möglich sein.

Im Lande Rheinland-Pfalz gibt es nur zwei größere Siedlungsobjekte: Ahrbrück in der Hocheifel und Baumholder im Gebiet der oberen Nahe, das noch nicht freigegeben ist. Es handelt sich in beiden Fällen um früheres Militärsgelände. Die Wiederbesiedlung von Ahrbrück, einer Gesamtfläche von 10 000 Hektar, ist in Angriff genommen. Über 6000 Hektar dieses Landes stehen in Forstkultur. Über die Frage, ob der größte Teil der Restfläche land- oder forstwirtschaftlich genutzt werden soll, haben recht hitzige Debatten stattgefunden. Die Forstverwaltung möchte einen Teil der früher landwirtschaftlich genutzten Fläche in Forstkultur nehmen; die Kulturverwaltung strebt dagegen die Schaffung möglichst vieler Bauernstellen an. Da es sich dabei auch um die Frage der Unterbringung zahlreicher Flüchtlingsfamilien handelt, trägt diese Auseinandersetzung überregionalen Charakter.

Brot und die Schaffung von Arbeits-

## A.Z. 30.3.50 Wieder Koblenz und Mainz

### Erklärungen Altmeiers und des Koblenzer Oberbürgermeisters

Koblenz, 29. März. (Eigener Bericht.) Der Ministerpräsident von Rheinland-Pfalz, Altmeier, hat sich in einem Schreiben gegen den „beleidigenden Vorwurf“ gewandt, der gegen den Finanzminister des Landes erhoben worden sei, nach welchem Dr. Hoffmann pflichtwidrig und unter Verstoß gegen die bestehenden Gesetze monatlich 1,5 bis zwei Millionen D-Mark für Behördenebauten habe nach Mainz fließen lassen, ohne daß der Landtag hierzu überhaupt gehört worden sei. Weiterhin sei behauptet worden, der Finanzminister versuche, daß er diese Beträge als Besatzungskosten ausweise. Diese Behauptungen waren von dem ersten Beigeordneten der Stadt Koblenz, Dr. Alfred Schmitz, am Dienstag in einer Koblenzer Tageszeitung aufgestellt worden.

Der Ministerpräsident hat gegenüber diesen Behauptungen darauf hingewiesen, das Wiederaufbauprogramm in Mainz habe eine von der damaligen Militärregierung aufgelegte Besatzungsaufgabe dargestellt. Zahlungen für den Aufbau von Behördenebauten in Mainz seien lediglich im Rahmen dieser Auflage geleistet, und das Bauprogramm selbst sei von der Besatzungsmacht bestimmt worden. Diese Tatsachen seien auch dem Landtag bekannt.

Die Landesregierung habe sich im Ministrerrat am Mittwoch mit diesen Fragen beschäftigt und bestehe darauf, daß der Verfasser diese „unwahren und beleidigenden Behauptungen in der Öffentlichkeit mit dem Ausdruck des Bedauerns innerhalb von drei Tagen zurücknimmt“, andernfalls Strafantrag wegen Beleidigung gestellt werden müsse.

In einer Sitzung des Stadtrates am Mittwoch hat der Koblenzer Oberbürgermeister Schnorbach noch einmal die Gründe des Für und Wider eines Umzugs der Landesregierung von Koblenz nach Mainz aus dem Koblenzer Blickpunkt dargelegt. Schnorbach führte dabei unter anderem aus, daß genügend landeseigene Gebäulichkeiten in Koblenz für die Landesregierung vorhanden seien, während in Mainz bei weitem nicht ausreichende „alte Adelshöfe“ zur Verfü-

gung stünden. Das Bundesverwaltungsgericht werde nach einer Entscheidung der Bundesregierung nach Berlin, nicht aber nach Koblenz verlegt. Da für das Oberste Bundesgericht Universitätsnähe erforderlich sei, werde gegebenenfalls Mainz als Beherber auftreten können.

Das Alliierte Sicherheitsamt in Koblenz entziehe keinen zusätzlichen Dienst- oder Wohnraum. Allerdings sei angekündigt worden, daß bei einem Verbleiben der Landesregierung und der französischen Besatzungsmacht sowie nach der Errichtung des Alliierten Sicherheitsamtes in Koblenz Wohnungsbeschläagnahmen erforderlich würden. Auch werde, wenn die Besatzungsmacht ohne die Landesregierung nach Mainz gehe, die Zusage einer Freigabe des bisher besetzten Regierungsgebäudes am Rhein nicht volzogen.

Es treffe nicht zu, daß Mainz auf dem Bausektor große Opfer gebracht habe, da die meisten Bauten vor der Währungsreform zur Uebernahme der damaligen Militärregierung für Baden-Baden, nicht für die Landesregierung ausgeführt worden seien. Außerdem habe das Land Rheinland-Pfalz für den Wiederaufbau von Mainz 83 Prozent, die Stadt Mainz nur 17 Prozent getragen. Die Entrümmerungskosten sind sogar zu hundert vom Hundert vom Lande ersetzt worden. Nach Auffassung des Koblenzer Oberbürgermeisters könne der Landtag jetzt nicht noch weitere Beträge aus den Mitteln des Landshaushalts für die Erstellung von weiteren Diensträumen und Behördenebauten in Mainz bereitstellen.

Wie wir zuverlässig erfahren, ist der Aeltestenrat für den 31. März einberufen worden. Bei dieser Sitzung wird auch die Hauptstadtfrage zur Debatte stehen.

# Selbsterzeugtes Brot ist sicherer

**JK.** Nichts wäre für die Landwirtschaft und besonders für die deutsche Ernährungswirtschaft verhängnisvoller, als im Hinblick auf die erschweren Produktionsbedingungen, eine resignierende Stellung zu beziehen. Der Bauer weicht bei seiner Arbeit ja auch den Schwierigkeiten nicht aus, die sich ihm durch ungünstige Naturkräfte entgegenstellen. Die dem Bauer eigene unbeugsame Willenskraft wird sich auch bei der Ueberwindung jener Schwierigkeiten bewähren, die sich aus der Liberalisierung des Marktes ergeben haben. Das Tempo der Liberalisierung hat die Anpassungsfähigkeit der deutschen Landwirtschaft an die damit verbundenen Absatz- und Preisverhältnisse allerdings überflügelt und dadurch einzelne Erzeugungszweige in eine gefährliche Situation abgedrängt. Das gilt besonders für den Obst-, Gemüse- und Weinbau, deren Absatz- und Preisgestaltung schon heute weitgehend vom Ausmaß der Importe bestimmt wird. So bedrückend die Produktionsaussichten auf diesen Gebieten gegenwärtig auch empfunden werden, eine Abkehr von diesen Bodennutzungsarten oder eine Umstellung auf andere Erzeugungszweige ist dennoch vermeidbar, wenn ihre Träger von dem Willen beseelt sind, durch Qualitätserzeugung und Senkung der Gestehungskosten über den Weg der Arbeitsvereinfachung und Mechanisierung den Anforderungen des Marktes Rechnung zu tragen.

## chte (Bergfahrt)

heim 186, Vaterland, Neckartal, Konrad Helene  
 12.20: Rijn-Schelde, MS  
 13.00: Wacht am Rhein 5  
 13.00: Roland, 2 Kähne: Josefine, Fritz  
 Einigkeit, MS  
 13.15: Arbeit 1 Kahn: Juniper

Die deutsche Landwirtschaft steht auf diesem Gebiet vor einem Kernproblem. Sie muß Produkte erzeugen, die nach Qualität und Preis den Wettbewerb auch unter den veränderten Marktverhältnissen auszuhalten vermögen. Der Wert der Nahrungsgüter, die von der deutschen Landwirtschaft auf den Markt gebracht werden, wird nicht nur durch die Menge, sondern heute vor allem auch durch die Güte und die Absatzmöglichkeit bestimmt. Lange hindurch stand das Prinzip der Qualität nicht im Vordergrund der marktpolitischen Verhältnisse. Die Folgen dieser Entwicklung sind noch nicht restlos beseitigt. Erst die Möglichkeit des Vergleichs mit den importierten Nahrungsmitteln lenkte die Aufmerksamkeit der breiten Masse der Käufer wieder auf die Qualität.

An der Schwelle des neuen Erzeugungsabschnittes muß sich jeder Landwirt dieser Tatsache und der sich darauf ergebenden volks- und privatwirtschaftlichen Notwendigkeiten bewußt sein. Die Initiative zur Ueberwindung der Schwierigkeiten muß von der Landwirtschaft selbst ausgehen, sie muß nicht zuletzt auch die ländlichen Genossenschaften sinnvoll in die Organisation des Absatzes in engster Zusammenarbeit mit den Gruppen des Handels und der Ernährungsindustrie einschalten.

Viele Landwirte sind der irriegen Meinung, daß eine weitere Leistungssteigerung nur durch erhöhte materielle Aufwendungen erzielbar sei. Wir haben demgegenüber immer wieder darauf hingewiesen, daß in unzähligen Fällen bei gleichzeitiger Verbilligung der Gestehungskosten allein durch bessere Betriebsmethoden noch größere Leistungssteigerungen erreicht werden können. Man soll sich, trotz der Berechtigung mancher Forderung, bei der Ausgestaltung der Betriebe, sei es durch Technisierung, Mechanisierung oder verbesserte Wirtschaftsmethoden, nicht allzusehr auf die Hilfe und Unterstützung des Staates verlassen. Die Landwirtschaft muß selbstverständlich eine Wirtschaftspolitik anstreben, die nicht die Gefahr in sich birgt, daß eine Verminderung der agrarwirtschaftlichen Leistungskraft eintritt. Es wäre ein ver-

Dienstag, 4. April 1950

# Gute Aussichten für Mainz

A.Z. 4.4.50 Die Umzugskosten geringer als erwartet

bb. Koblenz, 3. April. (Eigener Drahtbericht.) Die einzelnen Fraktionen sind am Montag zur Beratung der für die Dienstagsitzung des Landtags gültigen Tagesordnung zusammengetreten. Der Aeltestenrat wird am gleichen Tage voraussichtlich nicht vor 20.30 Uhr zusammenentreten, um die wichtigste Entscheidung am Dienstag: die Frage Koblenz—Mainz, zu behandeln.

Wie Ministerpräsident Altmeier dem Vertreter der „Allgemeinen Zeitung“ mitteilte, ist den einzelnen Abgeordneten am Montag ein von der Staatskanzlei ausgearbeitetes, sechs Seiten starkes Schriftstück zur Frage Koblenz oder Mainz zugeleitet worden. Diese Ausarbeitung sollte ursprünglich erst am Dienstag im Plenum den Landtagsabgeordneten zur Kenntnis gebracht werden. Daß es bereits jetzt geschehen sei, sei aus Gründen der Arbeitsbeschleunigung erfolgt. Der Text werde am Dienstag der Presse übergeben werden.

Wie von anderer Seite mitgeteilt wird, sollen die reinen Umzugskosten rund sechshunderttausend Mark betragen. Es sei kaum noch zu erwarten, daß eine Entscheidung gegen Mainz ausgesprochen werden könnte.

## Die Zusatzrenten

ra. Mainz, 3. April. Das Landesversorgungsgesetz vom 18. Januar 1949 sieht neben festen Rentensätzen als Rechtsanspruch der Beschädigten auch die Gewährung von Zusatzrenten als Kannleistungen vor. Die Durchführung dieser Kannbestimmung war nach einem Beschuß des Ministerrates bisher ausgesetzt worden. Ab 1. April 1950 werden nach einem Erlass des Sozialministeriums vom 27. März 1950 zu den Mußrenten nun auch die Zusatzrenten gewährt.

Als Empfänger einer Zusatzrente kom-

men Schwerbeschädigte in Frage, deren Erwerbsfähigkeit um mindestens 50 Prozent gemindert ist sowie Bezieher von Witwen- und Waisenrenten, wenn ein Bedürfnis vorliegt. Ein Bedürfnis für die Gewährung einer Zusatzrente besteht, wenn das Einkommen einschließlich der Rente ohne Kinderzulage monatlich zweihundert DM brutto nicht übersteigt. Als regelmäßiges Einkommen gelten insbesondere Arbeitsverdienst, Zinsen, Pensionen, Angestellten-, Invaliden- und Unfallrenten, Krankengeld, Arbeitslosenunterstützung und sonstige Unterstützungen. Bei verheirateten Beschädigten wird das Einkommen der Ehegatten zugrunde gelegt.

Die Zusatzrente beträgt monatlich für einen Schwerbeschädigten bei einer Erwerbsminderung von 50 und 60 Prozent bis zu 20 DM monatlich, bei einer Erwerbsminderung von 70 und 80 Prozent bis zu 30 DM und bei einer Erwerbsminderung von 90 und 100 Prozent bis zu 40 DM. Ein Pflegezulage-Empfänger erhält eine Zusatzrente von 40 DM. Für Witwen können bis zu 25 DM, für Vollwaisen bis zu 12 DM und für Halbwaisen bis zu 8 DM monatlich als Zusatzrente bewilligt werden.

Die Gewährung einer Zusatzrente erfolgt nur auf besonderen begründeten Antrag, der bei der zuständigen Versorgungsdienststelle gestellt werden muß.

# Die Landtags-Entscheidung

A.Z. 5.4.50. Gegen Aeltestenrat und Landesregierung

Koblenz, 4. April. (Eigener Bericht.) Vor der Abstimmung über den Sitz der Landeshauptstadt war dem Landtag ein umfangreicher Bericht des Aeltestenrates und der Landesregierung verlesen worden, in dem die in Vollzug eines am 1. März gefassten Aeltestenratsbeschlusses von der Landesregierung angestellten Bemühungen und Ermittlungen zusammengefaßt waren. In diesem Bericht hatten der Aeltestenrat und die Landesregierung den Umzug nach Mainz als zweckmäßig bezeichnet.

Die Debatte wurde durch den Abgeordneten der Christlich-Demokratischen Union, Hermans, eröffnet, nachdem es zuerst den Anschein hatte, als ob keine Partei sich entschließen könnte, mit der Besprechung zu beginnen.

Hermans erklärte, nicht nur er, sondern auch eine Reihe seiner Fraktionskollegen und sicherlich auch Abgeordnete der anderen Parteien könnten dem Antrag auf Verlegung der Landesregierung nicht zustimmen. Der Finanzminister habe bereits in den Vormittagsstunden auf die schwierige finanzielle Situation des Landes hingewiesen. Darüber hinaus sei die Lage im Bund so, daß fünfzehn Milliarden an Ausgaben nur etwa 11,4 an Einnahmen, demnach also ein Defizit von rund 3,6 Milliarden gegenüberstünden. Das daraus resultierende Defizit für das Land Rheinland-Pfalz würde rund sechzig Millionen betragen, was sich nicht zuletzt auch auf den sozialen Wohnungsbau auswirken würde. Rheinland-Pfalz müsse aber auch an seine noch zerstörten Schulen und die Unterstützung von wichtigen kulturellen Einrichtungen denken. Das Land sei weiterhin mit der Sorge belastet, wie die Mittel für die Gemeinden aufgebracht werden sollten. Selbst nach der Aufhebung der Ordonnanz 57/2 müsse die Bevölkerung den Eindruck gewinnen, daß „nicht ganz freiwillig“ nach Mainz gegangen werde. Auch die Argumente, daß ein Umzug nach Mainz eine Verfestigung des Landes Rheinland-Pfalz zur Folge haben werde, seien zumindest problematisch. Er glaube nur, daß bei einem Umzug die bisher noch „landergebenen“ Kreise des Landtags entfremdet werden könnten. Besonders sei von pfälzischer Seite keine irgendwie geartete Verpflichtung eingegangen worden beim Land zu verbleiben, wenn Mainz Hauptstadt werde. Nebenbei müsse erwähnt werden, daß auch in Mainz für die Regierung und den Landtag nur ein „Provisorium“ zur Verfügung stehe, abgesehen von technischen und anderen Schwierigkeiten.

Staatssekretär Schmidt (Sozialdemokratische Partei) wies daraufhin, daß eine neue Situation in der Umzugfrage entstanden sei, nachdem die Besatzungsmacht darauf verzichtet habe, von Baden-Baden nach Mainz zu übersiedeln. Es sei auch noch nicht klar, was wirklich teurer sei, in Koblenz zu verbleiben oder nach Mainz zu ziehen, da auch in Koblenz zusätzliche Bauten notwendig würden. Mainz biete weiterhin den Vorteil, eines guten Tages in einen engeren Kontakt mit der hessischen Regierung zu kommen. Die Sozialdemokratische Partei habe

ihren Fraktionsmitgliedern die Abstimmung freigestellt.

Buschmann (Kommunistische Partei) wiederholte die bereits früher gemachten Äußerungen von der „Illegalität des Besatzungskindes Rheinland-Pfalz“, dessen Unterhaltung dem Bürger „unerhört teuer“ zu stehen komme.

Der Fraktionsvorsitzende der Sozialdemokratischen Partei Hertel erklärte, daß bis zur Stunde immer behauptet worden sei, in Koblenz sei nach der Unterbringung des alliierten Sicherheitsamtes kein Platz mehr vorhanden. Wenn Koblenz Landeshauptstadt bleibe, würden zu den bisherigen Bauvorstellen neue hinzukommen.

Abgeordneter Ziegler (Christlich-Demokratische Union) betonte, daß die Schwierigkeiten eines Umzuges nach Mainz für weite Bevölkerungskreise in Koblenz zwar nicht zu übersehen seien, dennoch müsse wegen der zentralen Lage für Mainz gestimmt werden. Der Abgeordnete der Freien Demokratischen Partei Neumayer sprach sich für Koblenz aus, wobei er unter anderem darauf hinwies, daß für die Pfalz vielleicht schon in absehbarer Zeit die Frage einer Abstimmung akut werde. Sein Fraktionskollege Steger sprach sich dagegen eindeutig für Mainz aus. Nachdem der Kommunist Feller auf „Schluß mit den Regierungssitz-

spielerien“ plädiert hatte, wies Abgeordneter Scheerer (Sozialdemokratische Partei) auf die Stimmung in der Bevölkerung hin, der es zwar gleichgültig sei, wo die Landesregierung ihrem Sitz habe, aber nicht, was den Steuergeldern geschehe.

Der Fraktionsvorsitzende der Freien Demokratischen Partei Dr. Nowak präzisierte seine Frage an die Abgeordneten, ob sie bereit seien, eine Million Mark an verlorenen Kosten und eine zweite Million für den Ausbau eines Schlosses zu bewilligen. Sein Antrag auf namentliche Abstimmung wurde mit Mehrheit angenommen.

Ministerpräsident Altmeier, der die staatspolitische Seite des Umzugs herausstellte, wies unter anderem darauf hin, daß das Großherzogliche Schloß in Mainz eines guten Tages wegen seines kunsthistorischen Wertes doch einmal aufgebaut werden müsse. Zur Länderegrenzenfrage, die mehrmals angeschnitten worden war, sagte Altmeier, daß Rheinland-Pfalz sich gegen jeden Eingriff von außen (Hessen oder Südweststaat) wehren werde. Allein der Artikel 29 des Grundgesetzes sei maßgebend.

Abgeordneter Dr. Würmeling (Christlich-Demokratische Union) bezweifelte, ob der gestellte Antrag auf Uebersiedlung geschäftsordnungsmäßig zulässig sei, da unter anderem der Betrag von zwei Millionen Mark der gesetzlichen Billigung bedarf. Außerdem müsse es als ausgemacht gelten, daß die Summe von zwei Millionen Mark nicht ausreichen werde. Abgeordneter Wolters (Christlich-Demokratische Union) und Justizminister Dr. Süsterhenn glaubten, daß die Frage des Sitzes der Landesregierung jetzt entschieden werden könne, während gegebenenfalls ein besonderer Haushaltsschlag das Erforderliche regeln könne.

Die anschließende Abstimmung erbrachte dann die Entscheidung gegen Mainz.

(Siehe auch Seite 1.)

## ALLGEMEINE ZEITUNG

### Höhere Mieten?

wb. Der Präsident des Zentralverbandes der Haus- und Grundbesitzer, Oberbürgermeister a. D. Dr. Handschumacher, erklärte auf einer Tagung, „daß die Wohnraumbewirtschaftung in Westdeutschland jährlich 250 Millionen DM koste. Es besteht aber kein Grund, das Wohnungswesen von der freien Marktwirtschaft auszunehmen. Die wirtschaftliche Vernunft gebietet eine angemessene Erhöhung des Mietpreises.“

Diese Forderung verdient eine Betrachtung. Wir erleben heute, daß die Fixierung der Mieten zu Marktstörungen führt. In Deutschland wird das knappste Wirtschaftsgut zum geringsten Preise angeboten. Jeder wird einsehen, daß dies — wie es Professor Carlo Schmid nannte — eine Anomalität ist. Man hält aber trotzdem an der Wohnraumbewirtschaftung fest, weil man die sonst zwangsläufig eintretenden Mieterhöhungen fürchtet.

Eine marktwirtschaftliche Ordnung der Wohnungsbewirtschaftung und des Wohnungsbauens fordert eine Mietpreisbildung, die der Knappheit des Gutes Rechnung trägt. Vom sozialen Gesichtspunkt kann man dieser Forderung nicht zustimmen. Die heutige Fixierung der Mieten schützt aber nicht nur Minderbemittelte, sondern auch kapitalkräftige Mieter, die auf Kosten der Vermieter billig wohnen. Ebenso ist es ungerecht, daß Hauptmietner ihre volle Miete durch Mieteinnahmen von Untermietern decken können.

Wohnungen sind fast beliebig vermehrbar. Nur die Unvermehrbarkeit der Grundstücke setzt eine gewisse Grenze. Da große Wohnungsneubauten sich aber immer über eine längere Zeit hinziehen, kann man nicht plötzlich die Mieten freigeben. Die Mieten würden bei der gro-

ßen Nachfrage zu stark steigen, ein großer Teil der Bevölkerung könnte sie nicht mehr zahlen. Diesem Teil nun will der soziale und der steuerbegünstigte Wohnungsbau mit der Erstellung von 1,8 Millionen Wohnungen in sechs Jahren, deren Mieten auf DM 1,— bzw. DM 1,50 pro qm festgesetzt bleiben, helfen. Die übrige Nachfrage wird sich auf den frei finanzierten Wohnungsbau konzentrieren und hier die Mieten wahrscheinlich in die Höhe treiben. Dadurch wird dem frei finanzierten Wohnungsbau eine Rentabilitätsgrundlage geboten. Dieser Gegensatz zwischen fixierten Mieten und freien Neubaumieten ist aber wirtschaftspolitisch sehr unbefriedigend. Kann man nicht durch eine gewisse Erhöhung der Altbaumieten, wodurch auch heute noch vorhandene Wohnungsreserven mobilisiert würden, einer zu starken Steigerung der Mieten bei Neubauten entgegensteuern? Wohl wäre die Entlastung von dieser Seite nicht sehr groß. Doch auch sie würde helfen, den heutigen Engpaß zu überwinden.

Grundsätzlich kann man also der Forderung Dr. Handschumachers zustimmen. Realisierbar ist sie zur Zeit, trotz der Vorteile der freien Marktwirtschaft auf diesem Gebiet und trotz der Einsparung von 250 Millionen DM jährlich, nicht. Der Anteil der Miete an den gesamten Haushaltsausgaben beträgt heute nur neun Prozent. Eine Erhöhung dieses Anteils ist noch zu vertreten. Man kann aber trotzdem bei einem Wohnungsbedarf von vier Millionen nicht die Mietpreisbildung freigeben, da dann dieser Anteil zu hoch werden würde. Erst nach der Durchführung des sozialen Wohnungsbau des Bundes wird man auch auf dem Gebiet der Wohnungswirtschaft die freie Marktwirtschaft in Etappen einführen können.

## Verhandlungen gescheitert

hd. Ein Sprecher des Deutschen Gewerkschaftsbundes teilte am Dienstag in Düsseldorf mit, daß die Hattenheimer Verhandlungen mit den Unternehmerorganisationen Ende voriger Woche als gescheitert anzusehen sind. Man habe keine Einigung über die Besetzung der Aufsichtsräte erzielen können. Die gewerkschaftlichen Forderungen gingen dahin, paritätisch in den Aufsichtsräten vertreten zu sein. Die Unternehmer seien jedoch nur bereit, ein Drittel der Aufsichtsratsstimmen den Gewerkschaften zuzugestehen. Zu weiteren Meinungsverschiedenheiten ist es bei der Frage gekommen, ob die gewerkschaftlichen Aufsichtsratsmitglieder Betriebsangehörige sein müssen oder von der Gewerkschaftszentrale ernannt werden dürfen. Die Gewerkschaften plädierten für die freie Besetzung der ihnen zugestandenen Aufsichtsratssitze, während die Unternehmer lediglich jeweils Betriebsangehörige zulassen wollten. Es sei nicht die Absicht des Bundesvorstandes, besoldete Gewerkschaftsfunktionäre in die Aufsichtsräte zu entsenden, sondern es sollten Fachkräfte aus Gewerkschaftskreisen mit dieser Aufgabe betraut werden. Die Auffassungen der beiden Partner ließen sich, wie der Sprecher der Gewerkschaften mitteilte, nicht auf einen Nenner bringen, so daß es von gewerkschaftlicher Seite für zwecklos gehalten wird, noch weitere grundsätzliche Besprechungen über das Mitbestimmungsrecht der Arbeitnehmerschaft mit den Vertretern der Unternehmer zu führen. Die Entscheidungen werden nun durch die Bundesregierung getroffen werden müssen.

## Markt- und Börsenberichte

F.A.Z. An der Frankfurter Börse kam es gegenüber dem Vortage nur zu geringen Kursveränderungen. Die Umsatztätigkeit blieb bei weiterhin abwartender Gesamthaltung und im Hinblick auf die viertägige Feiertagspause nur gering. Am

## Lastenausgleichsgesetz in Vorbereitung

### Erster Referentenentwurf Ende April zu erwarten

b. Das Bundesfinanzministerium hat in seiner bekannten Denkschrift über den Lastenausgleich die verschiedensten Vorschläge veröffentlicht, ohne selbst dazu Stellung zu nehmen. Nunmehr aber will der Finanzminister von Spezialisten aus dem Finanz-, Wirtschafts-, Wiederaufbau- und dem Flüchtlingsministerium zusammen mit Finanzsachverständigen und Wissenschaftlern einen ersten Referentenentwurf fertigstellen lassen. Die Veröffentlichung dürfte Ende April zu erwarten sein. Damit wird dann eine Diskussionsgrundlage vorhanden sein, auf der die weiteren Gespräche mit den Interessengruppen geführt werden können.

Dr. Schäffer hat mehr als einmal zu verstehen gegeben, daß die gegenwärtige Höhe der Soforthilfe-Belastung für die Wirtschaft auf die Dauer untragbar ist. Die künftige Belastung der Vermögen soll deshalb so gewählt werden, daß der Zinsen- und Amortisationsdienst ohne Gefährdung der Gesamtwirtschaft von den Schuldern bedient werden kann. Es werden Vermögensbelastungen von 20 bis 30 Prozent, Tilgungssätze von 2 Prozent sowie Zinsen von 3 Prozent genannt. Daneben bestehen Pläne durch eine generelle Erhöhung der Vermögenssteuer zusätzliche Mittel zu schöpfen, wobei auch die jetzige Freigrenze von 10 000 D-Mark einer Revision unterzogen werden könnte. Auf diese Weise hofft man jährlich mindestens 1,5 Milliarden DM zu gewinnen, die an die Geschädigten ausgezahlt werden sollen. Dazu kommen noch etwa

300 Millionen DM jährlich an Umstellungsgrundschulden, die ab 1. April 1951 dem Lastenausgleich direkt zufließen sollen. Bei einer voraussichtlichen Laufzeit des Lastenausgleichs von 20 Jahren würden rund 36 Milliarden DM aufgebracht werden, während die deutschen Kriegsschäden mit 53 Milliarden DM und die Währungsschäden mit 35 Milliarden DM beziffert werden, wenn man für diese den Stichtag vom 1. 1. 1940 zugrunde legt. Zusammengenommen ergäbe sich eine Gesamtschadenssumme von 88 Milliarden DM, so daß die Entschädigungsquote rund 30 Prozent betragen dürfte.

Diese ganz überschlägige Rechnung läßt jetzt noch keine Schlüsse auf die endgültige Gestaltung des Gesetzes zu. Es ist durchaus möglich, daß die Vermögensbelastung höher sein wird als 30 Prozent. Ebenso kann das Aufkommen aus Zinsen und Tilgungsbeträgen höher, aber auch niedriger sein, als jetzt errechnet. Es dürfte jedoch feststehen, daß die einzelnen Geschädigten nach der Konzeption dieses Entwurfs nicht annähernd den Teil ihrer früheren Vermögensquote zurück erhalten werden. Dem Gesetzgeber schwebt auch für den endgültigen Lastenausgleich vor, in erster Linie die ärmosten der Geschädigten zu unterstützen, also vor allem die Rentenzahlung an arbeitsfähige Personen fortzusetzen. Darüberhinaus sollen Mittel zur Hausratsbeschaffung verteilt und der Rest des Aufkommens für Flüchtlingswohnungsbau, Aufbau- und Ausbildungshilfen verwendet werden.

die Kontrolle des Verfahrens beschränken. Somit werden die einzelnen Geschäftsbeziehungen und die Lieferwege des deutschen Außenhandels nicht mehr alliierten Kontrollstellen bekannt werden.

### Weineinfuhr aus Oesterreich

vwd Lizenzen für die Einfuhr von Wein im Werte von 2,3 Millionen Dollar aus Oesterreich sind von den Außenhandelsbanken im Bundesgebiet innerhalb der Freilistenimporte erteilt worden. Da eine entsprechende Menge Wein vermutlich zu einem erheblichen Teil durch Transitware aus Jugoslawien ergänzt würde, wird in Kreisen des Bundesernährungsministeriums erwogen, die Weineinfuhr aus Oesterreich zu sperren.

### Neuanlage von Weinbergen

ldn Wie das Ministerium für Landwirtschaft, Weinbau und Forsten in Rheinland-Pfalz mitteilt, ist die Neuanlage von Weinbergen auf Gelände, das bisher nicht zum Anbau von Reben zugelassen ist, genehmigungspflichtig. Für Anpflanzungen, die ohne Genehmigung vorgenommen worden sind, können hohe Ordnungsstrafen verhängt werden. Außerdem kann ihre Vernichtung bestimmt werden.

A.Z.  
5.4.50

## Was ergibt sich für Mainz?

Oberbürgermeister Stein zur Abstimmung des Landtages

StAMZ, NL Oppenheim / 20,2 - 76

Stimmen gegen den Bestand des Landes. Eine Landeshauptstadt Mainz hätte eine Klammer für die auseinanderstrebenden Teile des Landes sein können. Die so schwer enttäuschte, jahrelang hingehaltene und dadurch um andere Möglichkeiten gebrachte Stadt Mainz wird sich nun entschlossen dahin wenden, wo ihre echten wirtschaftlichen Interessen liegen, nämlich zum rhein-mainischen Wirtschaftsgebiet und damit nach dem Land Hessen. Die Kreise, die schon seit längerer Zeit in diese Richtung streben, werden durch die Entscheidung des Landtages einen beträchtlichen Auftrieb und einen starken Zuwachs erhalten. Es ist wohl auch nicht daran zu zweifeln, daß sich weite Gebiete von Rheinhessen, vielleicht auch einige der benachbarten Kreise, dem Mainzer Vorgehen anschließen werden."

viele stehen noch aus  
em Ende der Punktkämpfe

#### Die Gruppe B

SV Drais—SG Nackenheim	4:2	(2:2)	
SV Marienborn—Sportfr. Dienheim	0:5		
SV Mommenheim—Moguntia Mainz	2:3		
Vier Vereine haben in dieser Gruppe ihre Meisterschaftsspiele bereits abgeschlossen.			
Dafür dabei der neue Meister, SG Nackenheim, seine zweite Niederlage erlitt, will nicht mehr bedeuten als einen Schönheitsfehler in seinem Tabellenstand. Auffallend ist, daß das zweite Nachholspiel zwischen Zornheim und Ebersheim ein zweites Mal nicht stattfinden konnte, weil, wie schon beim ersten Termin, wieder kein Schiedsrichter zur Stelle war. Die Tabelle:			
SG Nackenheim	18	83:27	32:4
SV Zornheim	17	60:24	27:7
Sportfreunde Dienheim	18	51:27	24:12
SV Ebersheim	16	43:23	23:9
SV Drais	16	32:37	18:14
Moguntia Mainz	18	46:50	17:19
SV Mommenheim	17	30:33	13:21
SV Undenheim	17	24:51	9:25
SV Marienborn	17	21:53	5:29

#### Nauheim ist Meister

Nauheim — Groß-Gerau 3:1, Stockstadt — Gustavsburg 4:1, Dornheim — Ginsheim 5:2, Büttelborn — Klein-Gerau 2:0, Gernsheim — Raunheim abgebrochen (0:0).

Sicherer als erwartet holte sich Nauheim mit einem 3:1 über den Tabellenweiten Groß-Gerau die Meisterschaft des Kreises. Während die Spiele der Spitzengruppe nun ihren Reiz verlieren, wird in den folgenden Kämpfen der Klassenerhalt in den Vordergrund treten.

Unglücklich verlor Gustavsburg auch diesmal wieder in Stockstadt. Dem Spielverlauf nach ist das 4:1 zu hoch, da die Gäste in der zweiten Halbzeit nach einem 3:0-Rückstand völlig das Spiel beherrschten, jedoch an der Unentschlossenheit ihres Sturmes scheiterten. Exel konnte den mehr als verdienten Ehrentreffer erzielen. Ginsheim hielt auf dem gefürchteten Dornheimer Gelände bis zur Halbzeit ein 1:1-Unentschieden, ehe es sich dem Kampfesfeuer der abstiegbedrohten Gastgeber beugen mußte. Mit 5:2 blieben zwei wertvolle Punkte in Dornheim. Auch Klein-Gerau gelang es nicht, in Büttelborn zum Erfolg zu kommen, wodurch die Gäste ihre Anwartschaft auf den 2. Platz verloren.



Preis 15 Pfennig

#### Baab

Der Streit um die Abschaffung der Todesstrafe ist so alt wie das moderne Kulturempfinden der Menschheit. Die humanitären Gründe, die gegen die Todesstrafe sprechen, haben im Laufe der Jahrzehnte immer mehr an Gewicht gewonnen. In Deutschland ist aus der Abneigung gegen die Todesstrafe bei vielen ein tiefer Abscheu geworden, seitdem der Scharfrichter unter dem Nationalsozialismus mit einer wahrhaft grauenerregenden Schnelligkeit und Häufigkeit seines Amtes walten mußte. So hat das Bonner Grundgesetz, anders als die Weimarer Verfassung, die Todesstrafe abgeschafft.

Es ist nicht unmöglich, daß zahlreiche Anhänger dieses Beschlusses einige Zweifel über seine Richtigkeit empfinden, wenn sie von dem Urteil gegen den Gestapo-Beamten Baab in Frankfurt erfahren. Er hat die heute höchstmögliche Strafe, nämlich lebenslänglich Zuchthaus, bekommen. Aber zwischen dem Umfang, der Kaltblütigkeit und der Grausamkeit seiner Mordtaten auf der einen Seite und dem Urteil besteht ein Mißverhältnis, das

sich nicht aufheben läßt. Es muß daran erinnert werden, daß in der Weimarer Zeit auch sozialdemokratische Minister, also überzeugte Gegner der Todesstrafe, in verschiedenen Fällen von dem Recht zur Begnadigung gegenüber zum Tode verurteilten Verbrechern keinen Gebrauch gemacht haben, weil sie sahen, daß es auch, und gerade für ein humanitäres Empfinden, Verbrechen gibt, die als Sühne nur noch die Todesstrafe denkbar erscheinen lassen.

Wir halten es auch für ganz ausgeschlossen, daß Baab, hätte er noch zum Tode verurteilt werden können, irgend eine Instanz in Bonn gefunden hätte, die ihm und dem beleidigten Rechtsempfunden die letzte Sühne erspart oder versagt hätte. Das Leben beweist leider immer wieder, daß man gerade um der beleidigten Menschlichkeit willen nicht um die letzte und schwerste Strafe herumkommt. Insofern scheint uns der „Fall Baab“ geeignet zu sein, eine spätere Diskussion über eine Abänderung der einschlägigen Bestimmung des Bonner Grundgesetzes neu zu entfachen.

#### Mainz an die Adresse von Koblenz

Wr.— Im Schatze der deutschen Sprache gibt es viele Bildbegriffe, mit deren Hilfe man sich deutlich zu machen sucht. Einer davon handelt von der Frau, die, betrübt, die Scherben ihres Milchtopfes gegeneinander hält und angesichts ihrer grüßt: „So war das mal!“ — Die Frau erschien dabei nicht sehr intelligent, und ihr Tun erschien auch nicht sinnvoll. Das Bild reizte deshalb zum Belächeln.

Aber warum will und will dieses Bild nicht vor unseren Augen weg? Weil wir unablässig an den Landtag von Rheinland-Pfalz und an seine Abstimmung vom 4. April dieses Jahres denken müssen. Bei dieser Abstimmung ist etwas in Scherben geschlagen worden, und es ist

Mainz-Gebiet, sind, wer weiß, wieviel Betriebe, für die — und für deren Beschäftigten — sehr viel darauf ankäme, daß man zusammen und nicht getrennt wäre — von dem allem, was es drüber, jenseits der Zonengrenzen, gibt.

Die Stadt Wiesbaden, das muß anerkannt werden, hat sich, ebenso wie die Stadt Mainz, in diesem Tumult der Interessen redlicher benommen als der Koblenzer Landtag bei seiner Abstimmung.

Oder, was geht vor?

#### Die Separation

Die Magistrate diesseits und jenseits der Ströme, die von Mainz wie die von Wiesbaden, wissen genau, was vor-

# Zeitung Zeiger

**HEUTE:**  
**Neuer Roman**

Tel. 4410 u. 4412 Bad  
Tel. 2937 / Bingen, Salzstr. 21,  
Tel. 286 / Alzey, Fischmarkt 4,  
Tel. 2378 / Simmern, Schloßstr. 14,  
Sieden: AZ-Kiosk, Mauritiusplatz, Tel. 2668

Preis 15 Pfennig

## Baab

he Der Streit um die Abschaffung der Todesstrafe ist so alt wie das moderne Kulturempfinden der Menschheit. Die humanitären Gründe, die gegen die Todesstrafe sprechen, haben im Laufe der Jahrzehnte immer mehr an Gewicht gewonnen. In Deutschland ist aus der Abneigung gegen die Todesstrafe bei vielen ein tiefer Abscheu geworden, seitdem der Scharfrichter unter dem Nationalsozialismus mit einer wahrhaft grauenerregenden Schnelligkeit und Häufigkeit seines Amtes walten mußte. So hat das Bonner Grundgesetz, anders als die Weimarer Verfassung, die Todesstrafe abgeschafft.

Es ist nicht unmöglich, daß zahlreiche Anhänger dieses Beschlusses einige Zweifel über seine Richtigkeit empfinden, wenn sie von dem Urteil gegen den Gestapo-Beamten Baab in Frankfurt erfahren. Er hat die heute höchstmögliche Strafe, nämlich lebenslänglich Zuchthaus, bekommen. Aber zwischen dem Umfang, der Kaltblütigkeit und der Grausamkeit seiner Mordtaten auf der einen Seite und dem Urteil besteht ein Mißverhältnis, das

sich nicht aufheben läßt. Es muß daran erinnert werden, daß in der Weimarer Zeit auch sozialdemokratische Minister, also überzeugte Gegner der Todesstrafe, in verschiedenen Fällen von dem Recht zur Begnadigung gegenüber zum Tode verurteilten Verbrechern keinen Gebrauch gemacht haben, weil sie sahen, daß es auch, und gerade für ein humanitäres Empfinden, Verbrechen gibt, die als Sühne nur noch die Todesstrafe denkbar erscheinen lassen.

Wir halten es auch für ganz ausgeschlossen, daß Baab, hätte er noch zum Tode verurteilt werden können, irgend eine Instanz in Bonn gefunden hätte, die ihm und dem beleidigten Rechtsempfinden die letzte Sühne erspart oder versagt hätte. Das Leben beweist leider immer wieder, daß man gerade um der beleidigten Menschlichkeit willen nicht um die letzte und schwerste Strafe herumkommt. Insofern scheint uns der „Fall Baab“ geeignet zu sein, eine spätere Diskussion über eine Abänderung der einschlägigen Bestimmung des Bonner Grundgesetzes neu zu entfachen.

## Mainz an die Adresse von Koblenz

Wr.— Im Schatze der deutschen Sprache

gibt es viele Bildbegiffe, mit deren Hilfe man sich deutlich zu machen sucht. Einer davon handelt von der Frau, die, betrübt, die Scherben ihres Milchtopfes gegeneinander hält und angesichts ihrer grüßt: „So war das mal!“ — Die Frau erschien dabei nicht sehr intelligent, und ihr Tun erschien auch nicht sinnvoll. Das Bild reizte deshalb zum Belächeln.

Aber warum will und will dieses Bild nicht vor unseren Augen weg? Weil wir unablässig an den Landtag von Rheinland-Pfalz und an seine Abstimmung vom 4. April dieses Jahres denken müssen. Bei dieser Abstimmung ist etwas in Scherben geschlagen worden, und es ist damit zu rechnen, daß keinerlei Kunstfertigkeit imstande sein wird, diese Scherben wieder zusammenzukitten. Es spricht im Gegenteil alle mathematische Wahrscheinlichkeit dafür, daß just die selben Dreiundvierzig mit ziemlich der gleichen Miene wie die genannte Waschfrau, diese von ihnen selber zerschlagenen Scherben gegeneinander halten und seufzen werden: „So war das mal.“

Denn, indem der Landtag von Rheinland-Pfalz den Beschuß vom 4. April dieses Jahres gefaßt hat, ist etwas in Scherben geschlagen worden, etwas, auf dem, rund heraus gesagt, der Landtag von Rheinland-Pfalz beruht. Denn Mainz, — diese Stadt, die so Unsägliches hat erleiden müssen und die dennoch in einer Weise, für die es wenig Vergleiche gibt, wieder emporstrebte, — diese Stadt wird über diesen Schicksalsschlag hinwegkommen, ebenso, wie Frankfurt darüber hinweggekommen ist, und nicht einmal, wie wahrzunehmen ist, ganz übel.

Aber die große, die politische und die Schicksalsfrage ist: Wird Rheinland-Pfalz und wird sein Landtag darüber hinwegkommen? Die Sache erscheint einigermaßen zweifelhaft.

### Die Wirtschaft

Die Landtags-Abgeordneten in Koblenz haben über einen Landstrich entschieden, über den sie nur ein geringes Maß von Zuständigkeit besitzen. Das meiste, was in diesem Landstrich — nennen wir ihn: Rheinhessen — vor sich geht, vollzieht sich völlig neben den Abgeordneten. Man nennt diesen Vorgang: „Das wirtschaftliche Leben“. Es besteht darin, daß viele Hunderte und aber Hunderte von Chefs sich um die Wirtschaftlichkeit ihrer Betriebe bemühen. Es besteht ebenso darin, daß die respektiven Betriebsräte, die Gewerkschaften und was alles zu ihnen gehört, sich redlich und getreu in derselben Richtung bemühen.

Wahrhaftig: Sie tun sich beiderseits nicht leicht. Sie schauen unablässig daran aus, wie „die Verhältnisse“, mit denen sie zu kämpfen haben, zu bessern wären.

Dabei sehen sie sich immer wieder vor dem Verhängnis der Zonengrenze. In Mainz sieht man dieses unselige Verhängnis und man leidet darunter — auf beiden Ufern der Ströme. Aber das ist nicht das einzige: Drüber auf dem anderen Ufer sieht man alles das ebenso. Es gibt im ganzen Bereich der Bundesrepublik nicht zwei andere Nachbarn, die dermaßen zu einander wollen und streben, wie die Rheinhessen links des Stromes und die Hessen auf der rechten Seite. Warum ist das?

Ach, Gott, aus den einfachsten Gründen der Welt: Man ist beiderseits in derselben Jammerlage. Man hat beiderseits mit denselben „Verhältnissen“ zu tun, mit den Preisen und Löhnen, mit allen Grundlagen der Kalkulation, mit allen Zukunftsaussichten.

Linksrheinisch, im Mainzer Rhein-

Main-Gebiet, sind, wer weiß, wieviel Betriebe, für die — und für deren Beschäftigten — sehr viel darauf ankäme, daß man zusammen und nicht getrennt wäre — von dem allem, was es drüber, jenseits der Zonengrenzen, gibt.

Die Stadt Wiesbaden, das muß anerkannt werden, hat sich, ebenso wie die Stadt Mainz, in diesem Tumult der Interessen redlicher benommen als der Koblenzer Landtag bei seiner Abstimmung.

Oder, was geht vor?

### Die Separation

Die Magistrate diesseits und jenseits der Ströme, die von Mainz wie die von Wiesbaden, wissen genau, was vorgeht. Es ist ihnen hoch anzurechnen (in patriotischer Hinsicht), daß sie bisher, stur und beharrlich, so getan haben, als würden sie von nichts. Keine von den beiden Städten wollte gegenüber dem Ministerpräsidenten von Rheinland-Pfalz ungetreu sein oder sich irgendwie in Verdacht bringen. In Wirklichkeit bedrängte es den Oberbürgermeister Stein, Mainz, wie den Oberbürgermeister Dr. Redhammer, Wiesbaden, in gleicher Weise, daß sie, angesichts der wirtschaftlichen Verhältnisse und Zustände in ihren beiderseitigen Industrien — und angesichts ihrer gemeinsamen Verantwortung vor den Werktagen, rechts und links — behindert und gehemmt waren.

Aber beide Oberbürgermeister — und ebenso die beiderseitigen städtischen Körperschaften wissen, was vorgeht. Separation geht vor. Gewisse Teile von Rheinhessen — die maßgebenden Teile — streben zusammen. Daß die Industriellen daran beteiligt sind, ist nur ein Teil des Sachverhalts. Die Gewerkschaften sind ebenso daran beteiligt.

Aber diese Gewerkschaften im Rhein-Main-Dreieck, die ja im Besitz von völlig kühlen, klaren und hellen Köpfen sind, erklären auch:

„Was die da oben in den Parlamenten machen — wir unten, an den Arbeitsstellen, wir haben das letzte Wort! Wir erklären, ob uns das, was sie oben beschließen, gefällt oder nicht. Sie mögen sich darüber nicht täuschen: Die Demokratie ist auch für uns! Demzufolge werden wir die Verhältnisse unseres Lebens so ordnen, wie wir es für erforderlich halten . . .“

Ob und inwieweit dabei der Staat, den wir „Rheinland-Pfalz“ nennen, bestehen bleibt oder nicht, das ist Nebensache.

Hauptsache ist für uns: Ein Staatswesen für das Volk am Mittelrhein und Main, das so beschaffen ist, daß es uns das bißchen Wohlfahrt, das wir nach allem, was wir hinter uns haben, noch erhoffen dürfen, gewährleistet.“

Falls dabei das Land „Rheinland-Pfalz“ zu Bruch geht — so erklären die Gewerkschaften: „Laß fahren dahin . . .“ Zwischen drüber und drüber, zwischen Rheinhessen und Hessen, sind enge Beziehungen vorhanden. Wir begünstigen sie nicht, aber ihnen Rechnung zu tragen erscheint uns als eine Notwendigkeit unserer Gegenwart.“

### Was der Landtag zu sehen hat

Das — und ganz allein das — ist die Tatsache, die der Landtag von Rheinland-Pfalz zu sehen hat. Vom Ministerpräsidenten und Innenminister Altmeier sind wir ohne weiteres überzeugt, daß er diesen Sachverhalt sieht. Nicht zuletzt durch ihn ist auch sein Kabinett veranlaßt worden, diesen Sachverhalt genau so zu sehen, wie er. Wir können uns vorstellen, daß er den Beschuß seines Landtags vom 4. April als ein Unglück betrachtet für das Land, für das er alle seine Kräfte einsetzt.

Falls über diesen Beschuß zu trauern ist, trauern wir mit ihm. Aber er weiß und

wir wissen: Nichts ist von ungefähr. Wir sehen Tage kommen, an denen das Volk von Rheinland-Pfalz Veranlassung haben wird, sich, zusammen mit ihm, Altmeier, zu freuen. Oder wie? „Ihr gedachtet es böse zu machen, der Herr aber hat es zum Guten gewendet . . .“

Der Mann in Rheinland-Pfalz, der am schwersten unter diesem Landtags-Beschluß zu tragen hat, soll nicht einsam sein: Hunderttausende stehen zu ihm und wollen mit ihm „frohe Ostern“ feiern.

### **Das Doppelmandat**

zz. Der Landtag von Rheinland-Pfalz hat in seiner Sitzung am Dienstag zwei von der Landesregierung vorgelegte Entwürfe eines Wahlgesetzes nach der ersten Lesung dem Haupthausschuß überwiesen. In diesen Entwürfen ist auch eine Bestimmung enthalten, in der die Weiterführung von Doppelmandaten nicht mehr zugelassen wird. Es soll also ein Volksvertreter nicht mehr gleichzeitig im Bundestag und im Landtag tätig sein können. Eine solche Bestimmung ist durchaus gerechtfertigt, denn die Ausübung von zwei Mandaten wird den Abgeordneten häufig vor die Frage stellen, bei welcher Sitzung seine Anwesenheit notwendiger ist, abgesehen davon, daß die Arbeitskraft eines wirklich tätigen Abgeordneten nicht ausreichen kann, sich mit den Fragen des Bundes und des Landes mit gleicher Aufmerksamkeit zu befassen.

Bisher hat nur die Sozialdemokratische Partei die Frage grundsätzlich gelöst und von sich aus veranlaßt, daß ihre Landtagsabgeordneten, sofern sie in den Bundestag gewählt wurden, ihre Landtagsmandate niederlegen. Für die übrigen Parteien wird die neue Bestimmung personelle Schwierigkeiten hervorrufen. Dr. Nowack, der Fraktionsführer der Freien Demokratischen Partei im Landtag, müßte ersetzt werden, falls er sich dafür entscheiden sollte, sein Landtagsmandat niederzulegen und lediglich dem Bundestag als Abgeordneter anzugehören. Auch die Christlich Demokratische Union wird einen erheblichen Verlust erleiden, falls Minister a. D. Junglas, der ebenfalls als Abgeordneter beiden Parlamenten angehört, die gleiche Entscheidung treffen sollte.

In dem Wahlgesetz ist ferner eine Bestimmung enthalten, wonach Bedienstete der Landesregierung nicht mehr Abgeordnete sein dürfen. Eine solche Bestimmung wird bereits seit langer Zeit gefordert. Auch sie wird die Zusammensetzung des Landtags erheblich ändern,

da sie eine Reihe rühriger Landtagsabgeordneter zwingen würde, ihr Landtagsmandat niederzulegen, wenn sie nicht als Staatsbeamte ausscheiden wollen, um weiterhin als Abgeordneter tätig sein zu können. Von der Sozialdemokratischen Partei werden von dieser Bestimmung betroffen Oberregierungsrat Scheerer, Ministerialdirigent Kuraner und Oberregierungspräsident a. D. Boegler, sofern er im Sozialministerium das Amt übernimmt, für das er vorgesehen ist. Stärker noch wird die Christlich Demokratische Union von dem neuen Gesetz betroffen werden. Von ihren Mitgliedern sehn sich vor die Wahl gestellt: Ministerialdirigent Dr. Bieroth, Dr. Mathilde Gantenberg vom Kultusministerium, der Chef der Staatskanzlei Dr. Haberer, Ministerialrat Hermanns, Regierungsrat Jahn, Staatssekretär Schmitt vom Wiederaufbau- und Innensenministerium sowie Staatssekretär Dr. Steinlein vom Wirtschaftsministerium.

Es ist also zu erwarten, daß der Landtag von Rheinland-Pfalz auch ohne Neuwahl in absehbarer Zeit eine zwar nicht parteimäßig, aber personell wesentlich andere Zusammensetzung erhält, und es erhebt sich die Frage, ob die Abstimmung über die Landeshauptstadt nicht ein anderes Ergebnis gehabt hätte, wenn die Frage der Doppel- und Beamtenmandate bereits früher geregelt worden wäre. Vermutlich dürfte nämlich ein Teil der in Koblenz ansässigen Beamten-Abgeordneten gegen Mainz gestimmt haben.

### **Mächtiger als**

Zum U

B.G. 38 000 Juden haben 1933 in Frankfurt gelebt; das waren etwa sieben Prozent der Gesamtbevölkerung dieser Stadt. Einigen tausend ist es in den folgenden Jahren gelungen, das rettende Ausland zu erreichen; die Masse aber ist von der großen Vernichtungswelle in die Konzentrationslager Auschwitz, Buchenwald und Theresienstadt und damit in einen grauvollen Tod getrieben worden. Viele hundert, die Greisen und Schwachen vornehmlich, sind schon auf dem Wege dahin oder in den Erfassungslagern der Heimat an Entkräftigung, Hunger oder der Verzweiflung verendet, weitere Hunderte in den Selbstmord geflüchtet, und nur ein kleines Häufchen hat die Jahre der unermesslichen Qual und Not überstanden.

Der Mann, der für viele tausend Juden und Mischlinge, aber auch für manchen Christen die Einweisung in die Konzentrationslager veranlaßt, der schon vorher den Mord unter die Hilflosen geworfen hat, der Leiter des Judendezernats in den entscheidenden Jahren, der heute 43jährige Gestapo-Sekretär Heinrich Baab, hat seit einigen Wochen vor dem Frankfurter Schwurgericht gestanden. Der Angeklagte, Oberstaatsanwalt Dr. Kösterlitz, hat in 56 Fällen auf Mord, in zwölf Fällen auf versuchten Mord, in zahlreichen anderen auf schwere Freiheitsberaubung im Amt, verbunden mit schwerer Körperverletzung, Aussageerpressung und Nötigung plädiert und eine Gesamtstrafe von 250 Jahren Zuchthaus beantragt. Der Pflichtverteidiger Baabs, der Frankfurter Anwalt Dr. Lengsfeld, hat erklären müssen, er könne für seinen Klienten weder Gnade noch Milde verlangen, sondern lediglich ein „gerechtes Urteil“ nach dem Gesetz beanspruchen.

Niemand, auch nicht der politische Freund des Angeklagten, kann Mitleid mit dem Mann empfinden, der nach den Worten des Oberstaatsanwalts „mächtiger als Heydrich und Kaltenbrunner“ gewesen ist, der bei der Verfolgung der Juden „mehr als seine Pflicht“ getan und weit über die nazistischen Gesetze und andere gesetzliche Bestimmungen einer barbarischen Zeit hinausgegangen sei und sich allein von seinem infernalischen Haß gegen das Judentum habe leiten lassen.

### **Worte zu schwach**

Zwei Wochen lang sind vor dem Schwurgericht in einer von Landgerichtsdirektor Dr. Wirtzfeld sachlich und leidenschaftslos geführten Verhandlung die Zeugen aufmarschiert, Juden, Mischlinge, Christen, ehemalige Gestapobeamte und Polizeibeamte, Opfer und Helfer des Angeklagten. Was dabei in durchweg noch verhaltener Art gesagt wurde, ist so grauenvoll und erschütternd gewesen, daß es weit über das Fassungsvermögen eines normalen Menschen hinausgeht. Wer nach einer Verhandlung wieder auf die Straße trat, hat geglaubt, einen Höllenspuk erlebt zu haben. Kein Tier kann so mörderisch und empfindungslos sein, wie es Baab gegenüber seinen Opfern gewesen ist. Baab ist auch in der Verhandlung gegen ihn noch völlig empfindungslos und ungerührt geblieben. Der Mord an Juden und Staatsfeinden ist ihm offensichtlich heute noch eine Selbstverständlichkeit und alles Reden darüber unerheblich. Er möchte seine gesamte, unermeßliche Schuld mit einer Handbewegung beiseite schieben.

### **Schlimmer als Haarmann . . .**

Welch ein Mensch ist dieser Baab! „Er hat schlimmer und bestialischer gewütet als die Massenmörder Haarmann und Denke!“ ruft der Staatsanwalt aus.

Aus „idealistischen Motiven“ sei er 1932 der NSDAP beigetreten, sagt Baab von sich. Der Staatsanwalt erwidert:

„Weil er Hitlers Macht kommen sah und selbst nach Macht über Menschen und ihr

# **Der Saal der verlorenen Schritte**

ROMAN VON PHILIPP HOLTZHAUSEN

Copyright by Presseagentur E. Picard, Zürich

I.

Der Regen knatterte gegen die hohen Fensterscheiben, die nur das Licht und nicht das Bild der Umgebung hereinließen; denn sie waren bunt mit ehrwürdigen Wappenbildern, allegorischen Figuren und Spruchbändern bemalt und nach alter Art in Blei gefaßt. Und selbst der Lichtschein verdüsterte sich von den Novemberwolken, die auf das Haus zustürmten. Das wütende Johlen des Sturmes ging in zischenden Hagel über. Die Menschen im Saal blickten besorgt auf, als könne jeden Augenblick eine Scheibe klirrend auseinanderbrechen und das Unwetter prasselnd gegen ihre Köpfe springen.

Die drei flämischen Messinglüster, die an Ketten von der Decke herunterhingen, flammt auf; sofort schien Wärme und Ruhe einzukehren. Man setzte sich zurück, schlug die Beine übereinander, das Geschwätz versickerte zu Geraume. Im Hintergrund ging eine schmale Tür auf, eine maßgefäßte Wand wurde sichtbar, auf der sich verborgene Lampen spiegelten.

Dort war der „Saal der verlorenen Schritte“.

Einen Augenblick lang blieb die Türe leer, dann zeichneten sich Schatten-gestalten ab. Mit schnellen, lautlosen

Schritten trat Gerichtspräsident Bosquet ein, das Barett auf dem Kopf, die rote Robe, die den schwarzen Anzug und die sauber geschlungene aber wie immer etwas verrutschte weiße Krawatte sehen ließ, hing faßig an dem kleinen, unscheinbaren Körper herab. Auch die beiden Beisitzer trugen Talar.

Alle Anwesenden erhoben sich. Es war nichts zu hören, als das schwache Schurren der Aktenmappe, die Bosquet auf den Tisch legte. Jede Bewegung der drei Richter wurde scharf beobachtet, als seien sie die Schauspieler eines Stücks, das sich nun in dramatischer Steigerung abrollen werde. Aber ihre Mienen blieben gefrorene Masken, die sich gegen alles verwahrten, was nicht ihre Aufgabe anging. Nur der Präsident warf einen fragenden Blick zur Seite, die Türe nach dem „Saal der verlorenen Schritte“ stand noch offen.

Ein letzter, besonders langer Schatten fiel draußen über die Wand, ein Kopf neigte sich, als wolle er verhüten, daß er gegen den Türrahmen stieße; ein Kinn mit schwarzem Knebelbart streckte sich vor. Wie von den übrigen gemieden, wandte sich der hagere Mann nach rechts einer erhöhten Kanzel zu: Staatsanwalt Signoret. „Der Satan“, flüsterte jemand im Parkett. Das war der Spitzname,

gent es ist ihnen noch anzurecomen (in patriotischer Hinsicht), daß sie bisher, stur und beharrlich, so getan haben, als wüßten sie von nichts. Keine von den beiden Städten wollte gegenüber dem Ministerpräsidenten von Rheinland-Pfalz ungetreu sein oder sich irgendwie in Verdacht bringen. In Wirklichkeit bedrängte es den Oberbürgermeister Stein, Mainz, wie den Oberbürgermeister Dr. Redhammer, Wiesbaden, in gleicher Weise, daß sie, angesichts der wirtschaftlichen Verhältnisse und Zustände in ihren beiderseitigen Industrien — und angesichts ihrer gemeinsamen Verantwortung vor den Werktagen, rechts und links — behindert und gehemmt waren.

Aber beide Oberbürgermeister — und ebenso die beiderseitigen städtischen Körperschaften wissen, was vorgeht. Separation geht vor. Gewisse Teile von Rheinhessen — die maßgebenden Teile — streben zusammen. Daß die Industriellen daran beteiligt sind, ist nur ein Teil des Sachverhalts. Die Gewerkschaften sind ebenso daran beteiligt

Aber diese Gewerkschaften im Rhein-Main-Dreieck, die ja im Besitze von völ- lig kühlen, klaren und hellen Köpfen sind, erklären auch:

„Was die da oben in den Parlamenten machen — wir unten, an den Arbeitsstellen, wir haben das letzte Wort! Wir erklären, ob uns das, was sie oben beschließen, gefällt oder nicht. Sie mögen sich darüber nicht täuschen: Die Demokratie ist auch für uns! Demzufolge werden wir die Verhältnisse unseres Lebens so ordnen, wie wir es für erforderlich halten . . .“

Ob und inwieweit dabei der Staat, den wir „Rheinland-Pfalz“ nennen, bestehen bleibt oder nicht, das ist Nebensache.

Hauptsache ist für uns: Ein Staatswesen für das Volk am Mittelrhein und Main, das so beschaffen ist, daß es uns das bißchen Wohlfahrt, das wir nach allem, was wir hinter uns haben, noch erhoffen dürfen, gewährleistet.“

Falls dabei das Land „Rheinland-Pfalz“ zu Bruch geht — so erklären die Gewerkschaften: „Laß fahren dahin . . .“ Zwischen drüben und hüben, zwischen Rheinhessen und Hessen, sind enge Beziehungen vorhanden. Wir begünstigen sie nicht, aber ihnen Rechnung zu tragen erscheint uns als eine Notwendigkeit unserer Gegenwart.“

Was der Landtag zu sehen hat  
Das — und ganz allein das — ist die Tatsache, die der Landtag von Rheinland-Pfalz zu sehen hat. Vom Ministerpräsidenten und Inneminister Altmeier sind wir ohne weiteres überzeugt, daß er diesen Sachverhalt sieht. Nicht zuletzt durch

er im Parlament sieht. Nicht zuletzt durch ihn ist auch sein Kabinett veranlaßt worden, diesen Sachverhalt genau so zu sehen, wie er. Wir können uns vorstellen, daß er den Beschuß seines Landtags vom 4. April als ein Unglück betrachtet für das Land, für das er alle seine Kräfte einsetzt.

Falls über diesen Beschuß zu trauern ist, trauern wir mit ihm. Aber er weiß und

erfüllen, um keinerlei Fertigkeit imstande sein wird, diese Scherben wieder zusammenzukitten. Es spricht im Gegenteil alle mathematische Wahrscheinlichkeit dafür, daß just dieselben Dreiundvierzig mit ziemlich derselben Miene wie die genannte Waschfrau, diese von ihnen selber zerschlagenen Scherben gegeneinander halten und seufzen werden: So war das mal.“

Zen werden: „So war das mal.“ Denn, indem der Landtag von Rheinland-Pfalz den Beschuß vom 4. April dieses Jahres gefaßt hat, ist etwas in Scherben geschlagen worden, etwas, auf dem, rund heraus gesagt, der Landtag von Rheinland-Pfalz beruht. Denn Mainz, diese Stadt, die so Unsägliches hat erleiden müssen und die dennoch in einer Weise, für die es wenig Vergleiche gibt, wieder emporstreb't —, diese Stadt wird über diesen Schicksalsschlag hinwegkommen, ebenso, wie Frankfurt darüber hinweggekommen ist, und nicht einmal, wie wahrzunehmen ist, ganz übel.

Aber die große, die politische und die Schicksalsfrage ist: Wird Rheinland-Pfalz und wird sein Landtag darüber hinwegkommen? Die Sache erscheint einigermaßen zweifelhaft.

Die Wirtschaft

Die Landtags-Abgeordneten in Koblenz haben über einen Landstrich entschieden, über den sie nur ein geringes Maß von Zuständigkeit besitzen. Das meiste, was in diesem Landstrich — nennen wir ihn: Rheinhessen — vor sich geht, vollzieht sich völlig neben den Abgeordneten. Man nennt diesen Vorgang: „Das wirtschaftliche Leben“. Es besteht darin, daß viele Hunderte und aber Hunderte von Chefs sich um die Wirtschaftlichkeit ihrer Betriebe bemühen. Es besteht ebenso darin, daß die respektiven Betriebsräte, die Gewerkschaften und was alles zu ihnen gehört, sich redlich und getreu in derselben Richtung bemühen.

Wahrhaftig: Sie tun sich beiderseits nicht leicht. Sie schauen unablässig dar- nach aus, wie „die Verhältnisse“, mit denen sie zu kämpfen haben, zu bessern wären.

Dabei sehen sie sich immer wieder vor dem Verhängnis der Zonengrenze. In Mainz sieht man dieses unseelige Verhängnis und man leidet darunter — auf beiden Ufern der Ströme. Aber das ist nicht das einzige: Drüber auf dem anderen Ufer sieht man alles das ebenso. Es gibt im ganzen Bereich der Bundesrepublik nicht zwei andere Nachbarn, die dermaßen zueinander wollen und streben, wie die Rheinhessen links des Stromes und die Hessen auf der rechten Seite. Warum ist das?

Ach, Gott, aus den einfachsten Gründen der Welt: Man ist beiderseits in derselben Jammerlage. Man hat beiderseits mit denselben „Verhältnissen“ zu tun, mit den Preisen und Löhnen, mit allen Grundlagen der Kalkulation, mit allen Zukunftsaussichten.

**Linksrheinisch, im Mainzer Rhein-**

# Sport der AZ

## 7. April - „Tag der Prüfung“

Oberliga Südwest vor Entscheidungen

f. kr. - Die Entwicklung der Meisterschaftskämpfe der Oberliga Südwest ist dieses Jahr recht eigenartig. Gerade an den Ostertagen, an denen in früheren Zeiten das Fußballprogramm mit interessanten Freundschaftstreffen gegen Mannschaften aus aller Welt besetzt war, sind dieses Jahr nicht nur Meisterschaftskämpfe, sondern sogar solche entscheidenden Charaktere des Kennzeichens des österlichen Fußballprogramms. Dem Besucher wird das an sich nichts ausmachen. Vielleicht begrüßt er die Zufälle sogar. Gerade die entscheidenden Punktkämpfe sind mit Spannung geladen und versprechen Kurzweil für die Feiertage.

### Am Karfreitag spielen

Phönix Ludwigshafen—Wormatia Worms  
FSV 05 Mainz—1. FC Kaiserslautern  
TuS Neuendorf—ASV Landau  
FK Pirmasens—Spvg Weisenau  
Eintracht Trier—VfL Neustadt  
Spvg Andernach—ASV Oppau  
VfR Kaiserslautern—VfR Kirn

Das Programm spricht für sich selbst. Man darf diesen Termin als „Tag der Prüfungen“ ansprechen. Dabei steht Wormatia Worms am Freitag bei Phönix Ludwigs-

Für den über den Dingen stehenden Leser wird ohnehin die reine Angabe der Terme genügen.

### Kreuznach, Bingen, Ingelheim

Interessante Fußballgäste werden aus Bad Kreuznach und Ingelheim gemeldet. Bereits am Karfreitag tritt der 1. FC Pforzheim in Bad Kreuznach an der Heidenmauer gegen die Kreuznacher Eintracht an. Die Badener liegen hinter dem VfL Neckar an zweiter Stelle der dortigen Landesliga und dürften der Eintracht

## Südwest-Oberliga

### Die Resttermine

A.Z. Kreuznach. (Eigener Bericht.) Die Oberliga Südwest Gruppe Nord traf sich am Mittwoch in Bad Kreuznach, um über die restlichen Termine der Saison 1949/50 zu beraten und kam dabei zu der nachfolgenden Einigung über diese Termine:

13. 4.: Neuendorf—Engers.

16. 4.: Neuendorf—Wormatia Worms, Landau—1. FC Kaiserslautern, Neustadt—Pirmasens, VfR Kaiserslautern.

# A.Z., „Mainz war schuld“

StAMZ NL Oppenheim / 20.2. 79

Aber das letzte Wort ist noch nicht gesprochen

\*\*\* Wie wir gestern schon vermuteten, hat es die längsten Gesichter über das unerwartete Abstimmungsergebnis gegen Mainz bei den Landtagsabgeordneten selbst gegeben. Selbstverständlich sucht man jetzt nach dem Schuldigen, und nach dem alten Satz, den Franz Werfel als Titel eines Romanes gewählt hat: Nicht der Mörder, sondern der Ermordete ist schuld, glaubt man jetzt feststellen zu müssen, die Stadt Mainz müsse sich selbst dafür verantwortlich machen, daß die Entscheidung gegen sie fiel. Näheres darüber, warum, ist der folgenden Zuschrift aus parlamentarischen Kreisen zu entnehmen. Diese Zuschrift schließt mit der Frage, ob es jetzt noch einen Weg gebe, den Fehler wieder gutzumachen. Ein solcher Weg kann tatsächlich gefunden werden. Der Landtag hat nämlich kein Gesetz beschlossen, sondern nur einen Antrag abgelehnt. Die Ablehnung wird darauf zurückgeführt, daß die Mainzer Stadtverordnetenversammlung in der Frage des Kurfürstlichen Schlosses kein genügendes Entgegenkommen gezeigt habe. Würde sie nunmehr einen neuen Vorschlag machen, so wäre ein neuer Tatbestand gegeben, der es dem Landtag ermöglichte, seinen Beschuß zunächst außer Kraft zu setzen und sodann über die Frage der Landeshauptstadt auf Grund eines neuen Sachverhaltes erneut zu beschließen. Mainz weilt in wenigen Tagen eine Brücke über den Rhein ein. Es sollte den Stadtvätern möglich sein, auch der Regierung und dem Landtag eine goldene Brücke zu bauen.

Aus parlamentarischen Kreisen wird uns geschrieben:

Der Landtag hat mit 43 gegen 43 Stimmen bei sechs Stimmenthaltungen den Antrag der Regierung und des Ältestenrates, den Sitz der Regierung nach Mainz zu verlegen, abgelehnt.

Dieses Ergebnis hat Anhänger wie Gegner maßlos verbüllt. Einstimmig hatte der Ältestenrat am 1. März für Mainz votiert. Die Regierung hat bis zur letzten Minute ihren ganzen Einfluß eingesetzt und dennoch — ging es daneben. Wie war das möglich?

Der Ältestenrat hatte am 1. März eine Voraussetzung gestellt. Sie hieß: Kurfürstliches Schloß. Der Landtag wollte es nicht geschenkt. Er wollte täuschen. Die Stadt sollte das Großherzogliche Schloß im Tausch bekommen und — es wollte der Landtag die Stadt von allen durch den Neuaufbau bedingten Investierungen entlasten. Der größte Teil dieser Mittel war sowieso vom Land gegeben.

Ein Teil der Stadträtsmitglieder war geneigt, zur Sicherstellung des Erfolges diesem Wunsch des Landtages zu entsprechen. Das Stadtoberhaupt aber und die Mehrheit des Stadtrates war hierzu nicht bereit. So kam es zu dem bekannten Beschuß des Stadtrates, der die Abgabe des Schlosses verweigerte.

Diesen Beschuß hat in Kreisen des Landtages ernstlich verstimmt. Selbstverständlich anerkannte man das Recht des Mainzer Stadtrates nach eigenem Ermessen zu entscheiden, aber es wurden durch diesen Beschuß schwerwiegende Probleme aufgeworfen. In vorderster Linie Finanzprobleme.

Die Regierung hielt trotz der entstandenen Schwierigkeiten zäh an ihrem Willen fest, nach Mainz zu gehen. Der Ältestenrat konnte den vorher bestehenden Schwung und die Einmütigkeit zwar nicht aufrecht erhalten aber — er hielt die Linie. Der Inhalt des Beschlusses ist bekannt.

In ihren Fraktionen vermochten sich die Mitglieder des Ältestenrates aber nur mit sehr unterschiedlichem Erfolg durchsetzen. Die durch die Notwendigkeit eines vorangegangenen Neuaufbaus des Großherzoglichen Schlosses verstärkt in den Vordergrund tretenden finanziellen Überlegungen verursachten in allen Fraktionen Absplitterungen,

die sich im Verlaufe der Landtagsdebatte trotz aller von der Regierung wie von Mitgliedern des Ältestenrates aufgewendeten Bemühungen eher vermehrten als verminderten.

Von der Christlich-Demokratischen Union stimmt für die Verlegung immer noch 31, von der Sozialdemokratischen Partei 10, wobei es auffiel, daß zwei in unmittelbarer Nachbarschaft wohnende Fraktionsmitglieder fehlten, und von der Demokratischen Partei die beiden bei Mainz wohnenden Abgeordneten.

Wenn man sich dieses Ergebnis vor Augen hält, dann muß man fragen, war das wirklich nötig? Waren die Stadtverordneten-Mehrheit und das Stadtoberhaupt von Mainz wirklich gut beraten, als sie durch ihre Stellungnahme den Erfolg in Frage stellten und — wie sich nunmehr bestätigte, de facto zerschlugen?

Offen ist die Frage, ob sich der gemachte Fehler noch heilen läßt. Besteht bei der Einkehr einer anderen Erkenntnis der Wille, dann findet sich vielleicht auch noch ein Weg.

\*

Wie die „Allgemeine Zeitung“ weiter erfährt, gehörten zu den nicht anwesenden Landtagsabgeordneten zwei Abgeordnete aus Rheinhessen und zwar Landwirt und Weinhandler Johann Beckenbach aus Framersheim, der ohne jede Entschuldigung fehlte, und der Stadt- und Kreisschulrat Kronbold aus Worms, der nach seinen Angaben wegen einer Schulrätekongress nicht anwesend sein konnte.

Die Kommunistische Fraktion hat geschlossen gegen die Verlegung der Regierung von Koblenz nach Mainz gestimmt. Bei ihrem Fraktionszwang verwundert es nicht, daß Frau Abgeordnete Halein, die den Stadtbezirk Mainz vertritt und Angehörige der Stadt Mainz ist, gegen ihre Vaterstadt ihr Veto einlegte und dieser damit schweren Schaden zufügte. Schon wenn sie sich der Stimme enthalten hätte, wäre die Entscheidung im günstigsten Sinne für Mainz ausgefallen.

Von der freien demokratischen Fraktion haben sich nur zwei Abgeordnete für Mainz entschieden, während neun Abgeordnete ihre Stimme für Koblenz abgaben.

## Befürzung in Koblenz

bb. Koblenz, 5. April. (Eigener Drahtbericht.) Die Koblenzer politischen Kreise sind aus dem Erstaunen über das Abstimmungsergebnis in der Landtagssitzung vom Dienstag zur Frage Koblenz und Mainz noch nicht herausgekommen, ein Ergebnis, das als völlig unerwartet angesehen wird. Der Ministerrat hat am Mittwoch bereits um 8.30 Uhr vormittags die Etatberatungen weitergeführt, die zur Stunde noch andauern. Es kann als sicher angesehen werden, daß auch das Abstimmungsergebnis des Vortages behandelt worden ist. Eine Stellungnahme, auch von der französischen Besatzungsmacht, war noch nicht zu erlangen.

Wie überraschend das Ergebnis gewirkt haben muß, geht aus der vom Landtagsbüro herausgegebenen Aufstellung über die Abstimmung innerhalb der einzelnen Fraktionen hervor. Anwesend waren von den insgesamt 101 Abgeordneten 92, wobei drei Abgeordnete der Christlich-Demokratischen Union und sechs der Sozialdemokratischen

hatten. Bei der Sozialdemokratie falle auf, daß sowohl sechs Abgeordnete, darunter auch einige aus dem Mainzer Bezirk, gefehlt hätten und daß fünf weitere sich der Stimme enthalten hätten. Weiter müsse verzeichnet werden, daß dreizehn sozialdemokratische Abgeordnete für Koblenz und nur zehn für Mainz gestimmt hätten, obwohl kurz vorher der Christlich-Demokratischen Union die Zusicherung gegeben worden sei, eine innerhalb der sozialdemokratischen Fraktion veranstaltete „Probeabstimmung“ habe ein überwiegendes Stimmenergebnis für Mainz gehabt. Diese Momente könnten nur bedeuten, so wird von der Persönlichkeit der Christlich-Demokratischen Union mitgeteilt, daß die Sozialdemokratie einsteils sicher gewesen sei, die Abstimmung werde sowieso ein auch im ihrem Interesse liegendes günstiges Ergebnis für Mainz bringen, während sie andererseits sich gegenüber den Wählern nicht mit dem „odium“ habe belasten wollen, sie habe für eine Ausgabe von zwei Millionen Mark gestimmt, die auch für andere Zwecke, wie den sozialen Wohnungsbau, verwendet werden könnten. Es könnte aber auch auf Spaltungstendenzen innerhalb der Sozialdemokratie hindeuten.

Von anderer Seite wird mitgeteilt, daß jetzt, nachdem die Entscheidung gefallen sei, so rasch wie möglich mit der Übersiedlung einiger Verwaltungsbehörden von Koblenz nach Mainz begonnen werden müsse. So könnte das Landesfinanzamt, das Landesverwaltungsgericht (Verfassungsgerichtshof) und das Statistische Landesamt ebenso gut wie in Koblenz oder Bad Ems auch in Mainz arbeiten.

ein willkommener Prüfstein für ihre Spielstärke sein. Am Ostermontag tritt der BC Augsburg an der Heidenmauer gegen die Eintracht an. Der süddeutsche Oberligist wird den Kreuznachern alles abverlangen.

Am Ostermontag gibt der BC Augsburg seine Karte in Ingelheim ab. Im Rahmen der offiziellen Platzeinweihung der Ingelheimer treten die Augsburger gegen die bekannte westdeutsche Oberliga-Mannschaft Vohwinkel 1880 zu einem Werbespiel an, das sicher in der näheren und weiteren Umgebung starken Widerhall finden wird.

In Bingen tritt am Oster-Sonntag der KSV Hessen, Vorjahrsmeister der hessischen Landesliga, zu einem Freundschaftsspiel an. Am Karfreitag spielt Hessen Kassel in Wiesbaden gegen den SVW.

### Bezirksklasse ohne Spiele

Die Bezirksklasse Mainz-Kreuznach trägt über Ostern keine Punktekämpfe aus, da eine Terminnot nicht besteht. Als einziges Freundschaftsspiel wurde uns eine Begegnung zwischen FSV Hechtsheim und Spvgg 07 Hochheim a. M. bekannt.

## auch am Mittwoch

### der Gruppe Nord

renz-Ludwigshafen, Landau-Mainz 05, Neuendorf-VfR Kaiserslautern, Engers gegen Weisenau, Oppau-Eintracht Trier.

13. 5.: Mainz 05-Kirn (18.00 Uhr), Engers gegen Ludwigshafen.

18. 5.: Andernach-Mainz 05, Trier-Kürenz-Neustadt.

21. 5.: Neustadt-Neuendorf, Pirmasens gegen ...

## Schweizer Gäste in Geisenheim

### Vielseitiges Karfreitag- und Osterprogramm rechtsrheinisch

Das Ereignis des Osterfestes im Rheingau ist die am Karfreitag zum Ausdruck kommende erste internationale Begegnung nach dem Kriege. Der rührige FV Geisenheim hat für 16 Uhr den in der 2. Division spielenden SV "Ceresio" Schaffhausen verpflichtet, der demnächst an den Aufstiegsspielen zur Schweizer 1. Division teilnimmt. Die Gäste, die Ostermontag in Bonn und am Ostermontag in Niedersachsen spielen, bringen fünf Spieler mit, die bereits international gespielt haben. Geisenheim wird in stärkster Aufstellung, evtl. mit neu hinzugekommenen Kräften spielen. Die Vorspiele: 11 Uhr: B-Jugend gegen Biebrich 02 (Kreismeister); 12.15 Uhr: A-Jugend-Biebrich 02; 13.30 Uhr AH gegen VFgg Kastel 06; 14.45 Uhr: C-Jugend (Kreismeister) gegen Biebrich 02.

Walluf empfängt am Karfreitag mit einer kombinierten Mannschaft, die zum Teil aus Junioren besteht, um 15 Uhr die Junioren-Elf von Mainz 05. Am gleichen Tage werden auch Punktspiele ausgetragen. Der SV Wiesbaden erwartet Hessen Kassel zum Rückspiel, gegen den er im ersten Spiel 0:5 unterlag. Kastel gastiert bei Biebrich 19 (Vorrundenspiel). Die Mannschaften stehen sich in dieser Saison also zum ersten Male gegenüber. Kastel ist Favorit. Biebrich 02 erwartet den SV Eschhofen. Das Vorspiel gewann „02“ 6:2.

Am Ostermontag gastieren im Rheingau einige auswärtige Gegner, doch keine Mannschaft von besonderer Klasse. Der Bezirksligist Eltvilie kommt um 15 Uhr einer Rückspielverpflichtung in Kiedrich nach. Das Vorspiel bestreiten die beiden B-Jugendmannschaften. Um 12.15 Uhr stehen sich die Reservemannschaften beider Vereine gegenüber. Hallgarten empfängt

### Handball an Ostern

#### Landesliga Rheinhessen

Wörstadt-Ober-Saulheim (7. 4.); Bretzenheim-Sprendlingen (7. 4.); Sprendlingen gegen Mainz 1817 (10. 4.).

Die noch mit drei Spielen im Rückstand liegenden Mannschaften von Sprendlingen und Ober-Saulheim werden auch an den Feiertagen beschäftigt. Dabei tritt Sprendlingen gleich zweimal an. In beiden Begegnungen darf man der Mannschaft nach ihren letzten Leistungen einige Aussichten zubilligen, insbesondere auf eigenem Gelände am Ostermontag gegen Mainz 1817. In Wörstadt wird sich Wörstadt bereits am Karfreitag gegen Ober-Saulheim die beiden Punkte holen, die Punktgleichheit mit Alzey herstellen.

#### Eintracht Mombach in Schierstein

Zu einem Turnier nach Hallenart fährt die Mannschaft von Eintracht Mombach nach Schierstein. Sie darf als Favorit in dem Achterfeld angesehen werden, in dem die TG Rüsselsheim ihren Hauptgegner stellen wird. Daneben sind beteiligt: TV Biebrich, SV Biebrich, SG Bad Schwalbach, TV Igstadt, TV Kloppenheim und der Veran-

stalter. Von Freundschaftsspielen Mainzer Mannschaften wurde nur bekannt, daß die SG Bretzenheim am 2. Feiertag in Bad Nauheim gastiert, während in Mainz selbst am Karfreitag die Mannschaft von SG 1896 auf Mainz 05 trifft.

#### Wieder Handball in Finthen

Nach einer längeren Unterbrechung hat nun auch in Finthen der Handballsport wieder eine Heimstätte gefunden. Am Sonntagvormittag startete die junge Elf des Turnvereins 1872 gegen die 1. Mannschaft von Mainz 05 ihr erstes Spiel. Obwohl es die Mainzer mit 4:2 (3:0) für sich entscheiden konnten, war die Finther Elf durchaus ebenbürtig und nur in der Ausnutzung der Torchancen noch etwas unbeholfen. In der Mannschaft, in der man noch mehrere Gesichter der früheren 1. Handballmannschaft des VfL Fontana erkannte, spielen zum Unterschied gegen früher nur einheimische Spieler. Schr.

#### Ein Hockeymeister in Mainz Uhlenhorst Mülheim beim MRV

Wie immer, bringen auch dieses Jahr die Osterstage die Jünger des Hockeysports auf die Beine. Zu dem traditionsreichen Turnier des Kreuznacher HC, das dieses Jahr wie schon seit langem nicht mehr, ein ganz erlesenes Programm bieten wird, kommt noch das erste Turnier des SSC Alzey hinzu, das ebenfalls genügend Anziehungskraft ausübt. Eine der führenden Mannschaften des deutschen Hockeysports, die bei der kommenden deutschen Meisterschaft heißer Favorit sein dürfte, der westdeutsche Hockeymeister Uhlenhorst-Mülheim, wird auf der Reise zu diesen Turnieren am Karfreitag mit dem Mainzer RV die Schläger kreuzen. Beide Mannschaften haben sich bereits im vergangenen Jahr schon einmal angespielt.

fängt um 15 Uhr den vor einigen Monaten gegründeten FC Nord-Wiesbaden. Johannisberg erwartet um 15 Uhr den Vertreter der Koblenzer Bezirksklasse „Starkenburgia Dahlheim“. Es bleibt abzuwarten, welche Spielstärke die Rheinländer aufweisen. Vorher spielen die zweiten und Jugendmannschaften. In Hattenheim gastiert Niederhöchstadt, der Zweite der B-Klasse Obertaunus (15 Uhr). Vorher zweite Mannschaften und Alte Herren. Der A-Klassen-Vertreter Winkel hat Eintracht Wiesbaden eingeladen. Das Spiel beginnt um 15 Uhr.

#### Pokalendspiel Rüsselsheim-Schierstein

Größte Bedeutung wird dem Pokalspiel Opel Rüsselsheim-Schierstein 08, das am zweiten Osterstag stattfindet, beigemessen. Opel hat die größeren Chancen. Die SpVgg Eltvilie erwartet um 15 Uhr den FC Germania Großwelzheim (Bezirksklasse Aschaffenburg). Da der Gegner unbekannt ist, hat die Begegnung ihren Reiz. Walluf erwartet um die gleiche Zeit Grün-Weiß Wiesbaden, das in letzter Zeit zu schönen Erfolgen kam. Der vorjährige Wiesbadener Bezirksklassemeister Hochheim gastiert um 15 Uhr beim Tabellendritten der Mainzer Bezirksklasse, FSV Hechtsheim.

#### Weitere Freundschaftsspiele:

Karfreitag: SV Erbenheim-FC Bierstadt, Igstadt gegen Wörsdorf (Untertaunus).

Schierstein 13-SV Wiesbaden (Res.)

Ostermontag: FC Bierstadt-Frankfurt-Ginheim, Biebrich 02-Nassau Wiesbaden, SV Erbenheim-TuS Niederrad

Ostermontag: SV Wiesbaden-FSV Frankfurt, Biebrich 19-SC Mannheim, Igstadt-TB Wiesbaden.

Ergebnis zu verbessern. Eine körperlich kräftige Verteidigung und ein einwandfreier Tormann des Gegners verhinderten dies und obendrein erwiesen sich die Pfosten mehrmals als Retter in der Not. Besonders hervorzuheben wäre die anständige Spielweise beider Mannschaften. Zum Schluß überreichte Sportlehrer Eberle dem Sieger den Wanderpreis der Sportredaktion der „Freiheit“ und beiden Mannschaften einen Ball, während die Diplome beiden Schulen in den nächsten Tagen zugehen. Der Verlauf der Schulfußballspiele und die große Anteilnahme, die sie Lehrer- und Schülerschaft gefunden haben, hat gezeigt, welche Berechtigung derartige Kampfspiele auch im Leben einer Schule haben.

#### Oster-Fußball auf der Mainspitze

Während am Karfreitag das Nachbarrivalentreffen in Bischofsheim zwischen dem SV und Germania Gustavsburg zum Ausdruck kommt, empfängt der VfB Ginsheim am 1. Feiertag den Sport-Verein Flörsheim zum Freundschaftsspiel.

Am 2. Feiertag gastiert Bischofsheim in Nieder-Olm und Ginsheim in Nackenheim. Gustavsburg erwartet zur gleichen Zeit Gäste aus Ober-Olm. -wa.

#### Keine Schülerspiele am Karfreitag

Der Leiter der Jugendklasse C (Schüler) teilt uns mit, daß die für Karfreitag angegesetzten Spiele dieser Klasse ausfallen. Neue Termine werden noch bekanntgegeben.

#### Am Ostermontag nach Worms

Zum Fußballspiel 1. FC Kaiserslautern gegen Wormatia Worms am Ostermontag läßt das Oberbayerische Reisebüro wieder Sonder-Omnibusse bis zum Wormatia-Stadion laufen. Abfahrt am Büro 13 Uhr. Eintrittskarten sind dort ebenfalls erhältlich.

#### Kampfabend beim AC Kostheim

Am Karfreitag, um 18.30 Uhr, empfängt die Ringerstaffel des AC Kostheim im „Kasino“ die erste Staffel des AC Waldöckelheim zu einem Freundschaftskampf. Waldöckelheim ist Bezirkssieger der Gruppe Nahe im Athletikverband Rheinland und stellt eine äußerst kampfkraftige Mannschaft, so daß spannende Kämpfe zu erwarten sind.

#### Rund um das „Hessen-Denkmal“

Der Radfahrerverein Finthen veranstaltet am Ostermontag auf der bekannten Rennstrecke Finthen-Königsborn-Lenneberg-Gonsenheim-Finthen ein großes Rundstreckenrennen, an dem sich ein beachtliches Aufgebot von Fahrern beteiligen wird, unter ihnen die bekannten Mainzer Fahrer Munk, Jost und Roth. Start und Ziel ist an der Kreuzung Bahnhofstraße-Steig. Für sämtliche Fahrer ist in dem nahegelegenen „Touristenheim“ Umkleidemöglichkeit. Dort werden auch die Rückennummern ausgegeben sowie die spätere Siegerehrung vorgenommen. Für die Sieger stehen wertvolle Preise zur Verfügung. Als Starter der einzelnen Rennen fungiert voraussichtlich der bekannte Fahrer Peter Gilsdorf. Das Programm sieht unter an-

## F.A. Mainz nach einer Enttäuschung

### Ohr. 50 Ausschau und Bemühung um neue Möglichkeiten

B.G. Frankfurt und Mainz sind Nachbarstädte, und sie stehen auch in einem Schicksal nebeneinander, nämlich als Verlierer im „Rennen um den Preis der Hauptstadt“. An den Folgen ihrer Niederlage haben die beiden Städte allerdings unterschiedlich zu tragen. Während sich Frankfurt nach der Abstimmung im Bundestag gelassen seinen größeren Aufgaben zuwenden konnte, sitzt das alte Mainz nun wirklich geschlagen da. Es ist seit vielen Jahrzehnten eine Stadt der verpaßten Möglichkeiten. Zu einer Zeit, in der Frankfurt und andere Städte sich als Finanz-, Handels- und Industriestandorte beträchtlich ausdehnen konnten, durfte Mainz sich nicht aus der Enge der Festungsstadt hinauswagen. Später mußte man mit dem zufrieden sein, was übriggeblieben war. Das Kriegsende hat mit dem grauen Maß der Zerstörung und der Amputation wichtiger Vororte (und ihrer Industrien) der Stadt einen lebensgefährlichen Schlag versetzt. Als andere Städte daran gingen, die aus dem Osten und Berlin abwandernden Industrien und großen Handelsfirmen an sich zu ziehen, war Mainz abermals an Händen und Füßen gefesselt. Es erwiesen sich nicht nur die Zonengrenzen in entscheidenden Jahren als unüberwindbare Hindernisse, Mainz wurde auch gezwungen, seine stärksten Kräfte für die Vorbereitungen zur Aufnahme der Regierung von Rheinland/Pfalz zu verwenden. Unter diesen Verhältnissen wurden abermals die Möglichkeiten anderer Entwicklungen verpaßt. Und nun werden die Versprechungen nicht einmal eingelöst ...

Der Mainzer Oberbürgermeister hat die Nachricht aus Koblenz mit der Bemerkung aufgenommen, Mainz habe seinen dritten Krieg verloren. Mutlos ist man in Mainz nicht, aber sehr enttäuscht. Man lehnt es ab, sich in der Rolle des Fuchses zu gefallen, dem die Trauben zu hoch hängen. Mainz als Sitz von Regierung und Landtag — das hätte eine kräftige Belebung des Mainzer Wirtschaftslebens bedeutet. Mit der Regierung wären ja auch die Landesorganisationen von Industrie, Handel und Gewerbe nach Mainz gekommen.

Es dürfte der Stadt sehr schwer fallen, sich der neuen Situation anzupassen. Das Land wird die politischen Folgen der Entscheidung seines Landtages wohl zu spüren bekommen, aber darin liegt für Mainz kein Trost und keine Erleichterung. Mainz will sich jetzt entschlossen dem rhein-mainischen Wirtschaftsgebiet, das auch sein Interessengebiet ist, und damit dem Land Hessen zuwenden, aber es wird bald einsehen müssen, daß die Schwierigkeiten, die zwischen diesem Wunsch und seiner Realisierung liegen, bergeweit sind.

Der Mainzer Oberbürgermeister will seine Versuche, neue Industrien und Handelsfirmen nach Mainz zu ziehen, verstärken. Plätze und Verwaltungsgebäude, ja selbst leerstehende Fabrikhallen sind nun ab sofort verfügbar. In einem Falle sieht die Stadt einen großen Erfolg bereits greifbar nahe, doch wird er allein nicht genügen. Mainz will auch verstärkt bauen. Die Kaufhof-AG beginnt Anfang Mai mit 700 Arbeitern den Wiederaufbau ihres großen Hauses in der Schusterstraße, andere Firmen folgen oder bauen bereits. Der französische Oberkommissar hat eine entscheidende finanzielle Hilfe für den Wiederaufbau von Stadttheater und Stadthalle zugesagt, und schließlich rechnet Mainz auch damit, am Wohnungsbauprogramm der Bundesregierung entsprechend dem Grad seiner Zerstörung und der hier übermäßig drückenden Wohnungsnot beteiligt zu werden. Die internationale Rosenschau 1950, der deutsche Bauerntag, die Gutenbergwoche, der Weinmarkt, das Sänger-Bundesfest 1951 und andere Veranstaltungen werden Fremde und neues Blut in die Stadt

WEIGLE, LINDEN, STUTTGART-DEGERLOCH  
Meistersingerstraße 14 Telefon 76409

## Leder sortierer gesucht

mit möglichst langjähriger Erfahrung für Dauerstellung. Zuschriften unt. ZV 2018 an die Frankf. Allgem. Zeitung, Ffm.

## Wirtschaftsprüfer (Nähe Kassel)

■ Eintritt:

■ Ibständige  
prüfung),  
■ Mitarbeiter  
rechte  
■ er Familie  
■ chr. u. ZR  
■ eitg., Ffm.

■ ut  
■ idem Wein-  
■ eingeführte  
■ enwesen.  
■ 80 an die  
■ Frankfurt

■ ihäusern  
■ werden  
■ ihlen  
■ Lichtbild  
■ Lebens-  
■ R 1814  
■ gemeine  
■ n Main,

■ E R  
■ Postleit-  
■ er Bekleid-  
■ und Einzel-  
■ linche gut  
■ eiden, die  
■ ich erfolg-  
■ Overmann  
■ 15a

■ mann  
■ ditur, eig.  
■ spredende  
■ m.  
■ n, Gurlitt-

■ er  
■ ag mit  
■ -  
■ rungen  
■ ag und  
■ ption  
■ 2002 an  
■ g, Ffm.,

■ ester  
■ 7jährigem  
■ stunden-  
■ rung, ge-  
■ Haushalt

Renom. Frankf.  
Wein- u. Spirituosen-Großdhlg.  
sucht branche kundigen  
**Stadtvertreter**

auf Provisionsbasis. Zuschr. unt. WH  
1990 an die Frankf. Allg. Zeitg., Ffm.

## Technische Zeitschrift sucht Generalvertreter

für Postleitgebiet 16 und 17a zur Anzeigen und Bezieherwerbung bei erstkl. Bedingungen. Nur versierte Vertreter wollen sich mit ausführlichen Unterlagen bewerben unter ZA 2021 an die Frankfurter Allgemeine Zeitung, Ffm.



## Jüngere Mitarbeiterin

mit guten englischen  
Sprachkenntnissen

### gesucht

NICOLAUS  
**NÖTZ**  
STEINWEGS

## Gutaussehende Junge Damen

als

## Bar- und Gesellschaftsdamen

mit guten Umgangsformen  
sofort gesucht  
Vorzustellen zw. 16—18 Uhr  
KÜNSTLER-KLAUSE  
Töpfengasse 4

## Diplom-Handelslehrer

für den hauptamtli. Unterricht an einer  
staatl. anerk. Privatschule im Ruhrgeb.  
gesucht.  
Bewerbungen unter 3597 an Anzeigendienst  
Wesselkamp, Mülheim (Ruhr),  
Schließfach 308

Angesehene Großhandels-Firma sucht  
zum baldigen Eintritt

**gew. Stenotypistin**  
mit guter Allgemeinbildung u. mögl.  
engl. Sprachkenntnissen. Bewerbungen  
mit d. übl. Unterl. unter Angabe von  
Gehaltsansprüchen und des frühesten  
Eintrittstermines unter Ja. 210 an  
Annoncenmayer, Frankfurt am Main,  
Gustav-Freytag-Straße 7

## Perfekte Stenotypistin

die flott und selbständig arbeitet,  
**für sofort gesucht.**  
Handgeschrieb. Bewerbungen mit Licht-  
bild erbeten an

Grimm-Verlag, Frankfurt-M.  
Inckusstraße 11

Erfahrener Kaufmann  
(ehem. Fabrikant der Ostzone), viels.  
Fachkenntn. und Behördenverb., über-  
nimmt noch nach Vereinbarungen Wirt-  
schaftsberatungen, Interessenvertretun-  
gen, Bearbeitungen von Besatzungs-  
kosten, Bereinigungen unangem. Dif-

Ostern 1950

A.Z. Okt. 50.

# Wohnraum wird nicht frei

In Mainz bleibt der Wohnraum beschlagnahmt / In Koblenz 70 Wohnungen  
erneut angefordert / Die Sureté soll nach Koblenz zurück

\*\*\* Immer deutlicher zeigt sich, in welche Sackgasse der Beschuß des Landtags geführt hat. Der neueste Beweis dafür ist die weiter unten wiedergegebene Mitteilung aus dem Staatsministerium. Danach bedeutet die Entscheidung gegen Mainz für beide Städte einen ganz erheblichen Nachteil, sofern der Landtag sich nicht entschließen sollte, seinen eigenen Beschuß auf einer neuen Grundlage zu revidieren.

Wir haben schon gestern darauf hingewiesen, daß dies durchaus möglich ist, denn dem Beschuß lag ja keine Gesetzesvorlage zugrunde. Auf Empfehlung des Altestenrates war von der Regierung lediglich ein Antrag auf Verlegung der Landeshauptstadt nach Mainz unterbreitet worden. Mit der Ablehnung dieses Antrags hat der Landtag zwar der Umsiedlung nicht zugestimmt, er hat aber nicht die Tatsache außer Kraft gesetzt, daß Koblenz auch weiterhin als „provisorische Landeshauptstadt“ anzusehen ist. Überlegte man am Mittwoch in den Koblenzer Regierungskreisen, ob nicht auf Grund neuer Vorschläge der Stadt Mainz in der Schloßfrage der Antrag abermals dem Landtag vorgelegt werden könnte, so neigt man, wie wir erfahren, jetzt eher dazu, einen anderen Weg zu beschreiten. Man erörtert, ob es nicht zweckmäßiger sei, die an sich fehlende gesetzmäßige Festlegung einer Landeshauptstadt durch einen Gesetzentwurf nachzuholen, der Mainz als Landeshauptstadt bestimmt. Ein solcher Gesetzentwurf gäbe die Möglichkeit zu einer neuen Abstimmung.

Wie unser Koblenzer bb.-Korrespondent aus dem Staatsministerium erfährt, ist die Freigabe der in Mainz zur Verfügung gestellten Wohnungen und Bürosäume von der französischen Besatzungsmacht zurückgezogen worden. Es handelt sich um rund 350 Wohnungen und 340 Bürosäume. Der Regierungspräsident von Mainz habe inzwischen entsprechende Mitteilung erhalten. Weiterhin wird mitgeteilt, daß der Oberbürgermeister von Koblenz eine Anforderung von siebzig Wohnungen erhalten habe, da die nach Mainz übersiedelte „Sureté“ wieder nach Koblenz zurückverlegt werden soll.

Weiter wird darauf hingewiesen: Nach der am Dienstag vorgenommenen Abstimmung bestehe das „Provisorium“ Koblenz als Sitz der Landesregierung weiter. Die Abstimmung habe in keiner Weise über die Frage der Landeshauptstadt selbst entschieden. Theoretisch bestehe jetzt die Möglichkeit, daß jede Stadt in Rheinland-Pfalz mit entsprechender Unterstützung durch den Landtag zur Hauptstadt des Landes Rheinland-Pfalz bestimmt werden könne.

### Wer war dagegen?

Bei der Abstimmung über die Bundeshauptstadt Bonn oder Frankfurt hatten sich die Volksvertreter in die Anonymität zurückgezogen und hatten geheim abgestimmt. Die Erregung über dieses Vorgehen war damals in der Öffentlichkeit sehr groß. In Koblenz war die Abstimmung über den Antrag, ob die Verlegung der Landesregierung nach Mainz nunmehr erfolgen solle, namentlich.

Die Öffentlichkeit hat nunmehr das größte Interesse daran, zu erfahren, welche Entscheidung die einzelnen Abgeordneten getroffen haben. Wir haben uns bemüht, durch unseren Koblenzer Korrespondenten die Abstimmungsliste zu erhalten. Er teilt uns soeben einen höchst sonderbaren Tatbestand mit, indem er uns folgendes durchsagt: „Die Namen der Abgeordneten, die für Mainz oder Koblenz bestimmt, sich der Stimme enthalten haben oder am Sitzungstag nicht anwesend waren, können erstaunlicherweise vom Landtagsbüro nicht vor der kommenden Woche mitgeteilt werden, weil der Direktor des Landtages in Urlaub gegangen ist und alle Unterlagen in seinem Schreibtisch verschlossen liegen hat. Wie mir Minister Haberer mitteilte, hat der Ministerpräsident selbst nur einmal kurz die Liste gesehen, ohne sich Notizen zu machen.“

Ich habe inzwischen die Namen wenigstens der sechs Abgeordneten erhalten, die sich der Stimme enthalten haben. Es sind dies: Dr. Dr. Christoffel (Christlich-Demokratische Union), Uerzig (Mosel) und folgende fünf sozialdemokratische Abgeordnete: Bögl (Speyer), Kuranner (Neustadt), Rüd (Kaiserslautern Land), Volkemer (Pirmasens) und Heep (Birkenfeld).“

Ostern 1950

Bor. Dortmund—Belenenses Lissabon  
Rot-Weiß Essen—US Casablanca  
Fortuna Düsseldorf—Vienna Wien  
Sportfr. Katernberg—FC St. Etienne  
VfL Witten—BC Linkooping

Montag, 10. April (2. Feiertag)

SV Waldhof—Real FC Valladolid  
1. FC Nürnberg—FC Zürich  
Schalke 04—Vienna Wien  
1. FC Köln—Spvgg Fürth  
Hamborn 07—US Casablanca  
Rot-Weiß Oberhausen—FC St. Etienne  
Turu Düsseldorf—BC Linkooping

Berliner Osterturnier

9.4. BSV 92—VfR Mannheim  
Alem. Berlin—Dresden-Friedrichstadt  
10.4. Alemannia Berlin—VfR Mannheim  
BSV 92—Dresden-Friedrichstadt

## Schrittmacher

Jugend-Fußballspieler / Gespräch mit Zimmermann

im Rathaus mit dem Lord-Mayor zusammen. Einmal waren sie beim Juniorchef einer bekannten Schokolade-Fabrik bei Birmingham zu Gast — ein Unternehmen, das über 43 Fußballplätze verfügt, ohne daß man das Wort Firmensport in England nennt — und dann begrüßte die deutsche Jugend wieder der Bürgermeister von Nottingham, der selbst einmal ein Profi-Fußballer war und heute Abgeordneter der Labour-Partei ist. Durch alle Ansprachen auf dieser Englandfahrt zog wie ein roter Faden der aufrichtige Wunsch nach dauernder Freundschaft der beiden Völker.

Für die Jugendenden im Daueraufschluß

## Leichtathletik-Auftakt



Der zerstreute Diskuswerfer

„Daß er jetzt sein Wurstbrot weggeworfen hat, können wir ihm ja durchgehen lassen, aber wenn er dann den Diskus frühstückt will, müssen wir eingreifen!“

den jungen Duisburger Mittelläufer Jungblut und den Altonaer Halbblinken Erb gleich dabeihalten wollten.

„Wir werden in Deutschland zu strengen Jugendbestimmungen kommen müssen“, erklärte Dr. Zimmermann in diesem Zusammenhang, „denn unsere Jugend darf noch nicht den großen Versuchungen ausgesetzt sein. Der Bund wird noch in diesem Jahre eine englische Jugend-Ländermannschaft einladen, und dann wollen wir“, so sagte Dr. Zimmermann zum Schlusse unserer Unterhaltung, „unseren englischen Freunden die schöne deutsche Heimat zeigen und versuchen, Englands große Freundschaft wieder einigermaßen wettzumachen.“ vo.

## offenen Aufgaben

### Saison in Rheinland-Pfalz

wieder Trainingskämpfe. Bereits am 13. und 14. Mai werden in Mainz unter Trainer Probst die Herren und in Kreuznach unter Trainer Meinicke die Damen der führenden Tennisclubs ihre Vertreter ermitteln, die in den Tagen vom 10. bis 11. Juni gegen Niedersachsen anzutreten haben. Als Ausstragungsort für die Medenspiele der Herren ist Neustadt/Haardt vorgesehen, während für die Poengenspiele der Damen die Wahl auf Bad Kreuznach oder Bad Neuenahr fallen wird.

Für die Vereins-Medenspiele wurde aus verkehrstechnischen Gründen eine Nord- und eine Südzone geschaffen. Die Mainzer Spieler werden am 18. Mai in der südlichen Zone mit bekannten spielstarken Clubs aus Ludwigshafen, Kaiserslautern und Worms zusammengeführt. Die Sieger aus den Vorrundenspielen treffen sich schon drei Tage später am 21. Mai im Kampf um den Eintritt in die Schlußrunde, die am 18. Juli in Mainz gegen den Sieger der nördlichen Zone ausgetragen werden soll. Nebenher werden die Medenspiele der B-Mannschaften durchgeführt, die mit den Schlußkämpfen in Bingen am 12./13. Juli ihr Ende finden.

Traditionsgemäß werden während der Pfingstfeiertage in Mainz das Bezirksturnier von Rheinhessen und zugleich die Stadtmeisterschaften von Mainz ausgetragen. Vom 21. bis 23. Juli finden ebenfalls in Mainz wieder die Studentenmeisterschaften statt, denen vom 18. bis 20. August als letzte Großveranstaltung des Jahres das Verbandsturnier von Rheinland-Pfalz folgt. Hierfür ist wiederum die Anlage des Mainzer Tennis- und Skiklubs als Ausstragungsort vorgesehen.

\* Auch die Mainzer Tennisspieler rüsten

## A-Z: Warum 43 für Mainz?

Op. 50. Von Landtagsabgeordneten Ministerial-Direktor Dr. Bieroth

Die kleine „Sensation“, daß bei dem Landtagsvotum vom 4. April 1950 43 Abgeordnete für Mainz bzw. gegen Koblenz und 43 Abgeordnete für Koblenz bzw. gegen Mainz ihre Stimme abgaben, ist letzten Endes dadurch bedingt, daß sechs Abgeordnete „sich enthielten“, man kann auch sagen: nicht in der Lage waren, sich zu einer eigenen Meinung durchzuringen oder nicht den Mut zu einer Entscheidung aufbrachten. Dies ist mir und vielen anderen bei einer an sich so klar liegenden Frage völlig unbegreiflich, denn niemand wird es einem Abgeordneten verübeln, wenn er seiner Entscheidung auch nur einen Grund gibt, nämlich den, daß er es „näher nach Koblenz“ oder „näher nach Mainz“ hat, wiewohl eigentlich jeder von einer solchen kirchurmspolitischen Begründung weit abrücken sollte.

Es haben die bedeutendsten „Koblenzer“ ihre Stimme für Mainz gegeben, und es haben bedeutende „Koblenzer“ recht unsachlich gegen Mainz argumentiert.

Ich glaube, ich vermag die Hauptgründe anzuführen, die uns 43 für Mainz eintreten ließen, ich tue es, weil die Mainzer Bevölkerung daran interessiert ist.

Daß Mainz rechtens Landeshauptstadt ist, braucht nur zum soundsovielen Male wiederholt zu werden.

Daß Stadtverwaltung und Bevölkerung von Mainz wegen dieser Rechtslage wirtschaftlich und moralisch Opfer größten Ausmaßes auf sich nahmen, um alle Vorbereitungen zum Umzug der Landesregierung zu treffen, muß in diesem Augenblick nochmals genau so klar herausgestellt werden wie der Umstand, daß Mainz unter den einmal gegebenen Verhältnissen auf Vorteile verzichtete und dadurch ausgesprochene Schäden erlitt.

Es drängt sich geradezu die Frage auf, ob sich für Mainz daraus nicht ein Schadensersatzanspruch herleiten läßt. Zwischen dem Verzicht auf wirtschaftliche Vorteile und den seitens der Stadtverwaltung wegen des Umzugs getroffenen Entscheidungen und Maßnahmen besteht ohne jeden Zweifel ein ursächlicher Zusammenhang!

Die gegen Mainz stimmten, haben es nun mehr auch zu verantworten, daß in Mainz Millionen Reichsmark und Millionen D-Mark verausgabt wurden zum Bau von „Verwaltungspalästen“ — denn diese wären keinesfalls jetzt schon gebaut worden —, und es hätte das dafür aufgebrachte Kapital ausschließlich dem Wohnungsbau zufüßen können. Sie haben es auch zu verantworten, wenn die Verärgerung über die seit Jahren leerstehenden Wohnungen nunmehr in Empörung ausartet. — Es klingt geradezu lächerlich, wenn von den Verteidigern von Koblenz die soziale Seite hinsichtlich der noch nötigen einen oder zwei Millionen herausgehängt wird, denn diese wären ja nur noch aufzuwenden gewesen, um die schon verausgabten vielen Millionen in ihrer von Anfang an festgelegten Zweckbestimmung zu sichern.

„In Mainz würde die Landesregierung in gemieteten Räumen arbeiten müssen!“ Zahlt sie jetzt in Koblenz für das Hochhaus und andere Gebäude keine Mieten?

„In Mainz sind die Mieten teurer!“ Ist es ehrlich, die Miete eines Einfamilien-Neubaus in Mainz zu vergleichen mit einer Einfamilienwohnung in Koblenz? Wenn alle am Umzug beteiligten Beamten und Angestellten in Mainz höhere Mieten hätten in Kauf nehmen müssen, dann hätte die Landesregierung nach meiner Überzeugung schon darin ein erhebliches Bedenken gegen den Umzug gesehen.

„Viele in Koblenz wohnende Beamte und Angestellte würden bei einem Umzug von ihren Familien getrennt werden!“ Wurde auch nur mit einem einzigen Wort der zahlreichen Pfälzer und Rheinhessen gedacht, die seit fünf Jahren im Interesse des Dienstes für das Land von ihren Familien getrennt leben, und dies zu einer Zeit, in der die Aussichten, auch für die Familie am Dienstort eine Wohnung zu finden, unvergleichlich schwerer waren, als sie es heute sind??

„Beim Umzug werden viele Angestellte nicht mitgehen können und auf diese Weise stellenlos!“ Man möchte hier geradezu von Demagogie sprechen. Die Landesregierung hat vorgesorgt, daß alle diese Angestellten den neuen in Koblenz anzusiedelnden Behörden zugeteilt werden. In bezug auf die Arbeitslosigkeit wäre genau das Gegenteil eingetreten, viele in Mainz ansässige stellen suchende Angestellte hätten Verdienst gefunden.

Wir, die wir für Mainz stimmten, haben auch klar erkannt, welche Folgerungen sich daraus ergeben, daß das französische Landeskommisariat sowieso nach Mainz umziehen und das Sicherheitsamt in Koblenz seinen Sitz nehmen wird bzw. daß französische Truppeneinheiten in den Raum von Koblenz gebracht werden. Die sich daraus unweigerlich ergebenden Mehrkosten übersehen und übergehen die Verteidiger von Koblenz.

„Das Land Rheinland-Pfalz ist ein Kind der Militärregierung, und insbesondere daher können wir für seinen Fortbestand nicht eintreten!“ Mit genau derselben Begründung kann gegen jedes andere deutsche Land Stellung genommen werden. Sie sind alle in ihrer jetzigen Form ohne Zukunft des deutschen Volkes entstanden. Wenn man also Rheinland-Pfalz „sprengen“ will, dann soll man den wahren Grund dazu angeben! Welches Land im Westen hat aber eine geschichtliche Aufgabe gleich der von Rheinland-Pfalz? Ich darf hierzu auf meine Ausführungen in Nr. 280 vom 2. Dezember 1949 dieser Zeitung verweisen. Während nach meiner festen Überzeugung durch die Schaffung der Verankerung durch Mainz die Pfälzer „landestreuen Kräfte“ sich eher an den Bestand gebunden gefühlt hätten, werden jetzt ohne jeglichen Zweifel auch in anderen Landesteilen gleichartig strebende Kräfte aktiv. Die Verfechter für Koblenz haben also dem Land und der Stadt Koblenz einen wahrlich schlechten Dienst geleistet. Ob die Verfassung von Rheinland-Pfalz den Entscheid des Landtages rechtfertigt? Wenn das Land Rheinland-Pfalz aufgehört hat zu bestehen, dann braucht es auch keine Landeshauptstadt; Koblenz mehr — und ich glaube, daß zu diesem Ergebnis die Befürworter von Koblenz am 4. April 1950 einen erheblichen Beitrag geleistet haben.

## Der rheinische Literaturpreis

bb. Koblenz, 6. April. (Eigener Drahtbericht.) Auf Antrag des Preisgerichts für den im August 1949 ausgeschriebenen Literaturwettbewerb des Landes Rheinland-Pfalz hat der Justiz- und Kultusminister die Bestimmungen über die Verleihung eines Literaturpreises abgeändert. Danach wird auf die Vergabe eines ersten Preises verzichtet. Der zweite Preis wird mit 2000 Mark dotiert und der dritte Preis mit je 1500 Mark doppelt vergeben. Für zwei Werke werden Auszeichnungen in Höhe von je fünfhundert Mark verliehen. Die Preise sind folgenden Autoren zuerkannt worden: 2000 Mark an Martha Saalfeld (Bergzabern) für ihre Erzählung „Der Wald“, 1500 Mark an den 25jährigen Leonhard Reinirkens (Unkel/Rh.) für die Erzählung „Der Gnom“, 1500 Mark an den 47jährigen Heinrich Krautwig (Wehr/Eifel) für die Prosaschrift „Die irdische Gerechtigkeit, ein himmlisches Aktenstück“, 500 Mark an Lina Staab (Kaiserslautern) für das Buch „Traum und Tröstung, Kindheitserinnerungen“, 500 Mark an den 34jährigen Oskar Denger (Kusel) für einen unveröffentlichten Gedichtzyklus. Das Preisgericht hatte rund zweihundert Manuskripte zu prüfen.

## Schönes Osterwetter

(Eigener Wetterbericht der AZ)

Übersicht: Über Westeuropa hat sich ein Hochdruckgebiet ausgebildet, das über die Osterfeiertage voraussichtlich unser Wetter beherrschen wird.

Vorhersage: Ab Freitag bis einschließlich der Osterfeiertage freundliches und trockenes Wetter mit zunehmenden ansteigenden Tagessemperaturen. Schwache Winde aus Ost bis Südost.

Chefredakteur: Erich Dombrowski  
Verantwortliche Redakteure: Stellvertretender Chefredakteur i. V.: Dr. Reinhold Zenz; Politik: Fritz Walter; Feuilleton: Max Geisenheyer, Willi Lindner; Wirtschaft: Dr. Fritz Claus; Lokales: Franz Jenrich. Vertreter: Hanns Halama; Sport: Franz Krawutschke; Heimat: Dr. Kurt Varges; „AZ am Sonntag“: Bernhard Gnezel; Frankfurter Redaktion: Dr. Alois Bilz; Chef vom Dienst: Hugo V. Seib.

Verlag: Mainzer Zeitungsverlags-G. m. b. H. Mainz. Druck: Mainzer Verlagsanstalt und Druckerei Will und Rothe KG., Mainz. Telefon-Sammel-Nummer 43 71.

ANZEIGENPREISE: Lt. Preisliste Nr. 8 vom 1.11.1949.  
BEZUGSPREISE je Monat: 2,90 DM durch Träger frei Haus; durch die Post 2,54 DM zuzüglich Zusatzgeld. Wöchentlich 6 Ausgaben. - Postscheck: Ludwigshafen Nr. 234 43, Frankfurt am Main Nr. 228 40.

# Gesetzesvorlage für Mainz

A.Z. 26.4.50 Neuer Antrag der Christlich-Demokraten im Landtag

bb. Koblenz, 25. April. (Eigener Drahtbericht.) Der Landtagsabgeordnete der Christlich-Demokratischen Union Dr. Bieroth (Rheinhessen) hat die Meldung bestätigt, daß beabsichtigt sei, dem Landtag von Rheinland-Pfalz eine Gesetzesvorlage zur Frage Koblenz-Mainz vorzulegen. Darin soll die Frage der Landeshauptstadt Mainz (die bekanntlich mit der am 4. April erfolgten Abstimmung im Landtag noch nicht erledigt worden ist) einer raschen Entscheidung zugeführt werden. Gleichzeitig ist dem Landtag vorgeschlagen worden, die für den Umzug erforderlichen Mittel zu bewilligen.

Wie Dr. Bieroth der „Allgemeinen Zeitung“ mitteilt, sei bereits eine Fühlungnahme erfolgt, um der Vorlage eine breitere Grundlage als nur die der Christlich-Demokratischen Union zu geben.

Zur Hauptstadtfrage hat Staatssekretär Otto Schmidt vom Finanz- und Wiederaufbauministerium dem Vertreter der „Allgemeinen Zeitung“ ein Interview gegeben. Schmidt erklärte einleitend, in den letzten Tagen sei wiederholt die Frage aufgeworfen worden, warum er für eine Verlegung der Landesregierung nach Mainz eingetreten sei, nachdem beim ersten Auftreten dieser Frage von ihm Bedenken wegen der Bauwesen geltend gemacht worden seien.

Zunächst, so betonte Schmidt, müsse vermerkt werden, daß es sich bei der Frage Koblenz-Mainz nicht um eine grundsätzliche, sondern um eine wirtschaftliche und taktische Frage handele. Wirtschaftlich sei zu prüfen gewesen, ob nach der am 4. April gegebenen Sachlage die Aufbringung der Kosten einer Verlegung zu verantworten sei oder nicht. Unter Mithilfe der Hauptabteilung Wiederaufbau im Finanzministerium sei der Kostenvoranschlag für die Verlegung auf zwei Millionen DM festgestellt worden, davon eine Million DM für Bauzwecke. Grundsätzlich seien Gelder für Bauzwecke nicht als verlorene Kosten zu werten, sofern für die zu errichtenden Bauten eine Dauerwendung gesichert sei. So gesehen, seien weder in Koblenz noch in Mainz „überflüssige“ Bauten errichtet worden, auch keine Behördenebauten, denn alles, was wieder unter Dach und Fach gebracht werden sei, werde von Regierung, Verwaltung und von den privaten Wirtschaftsorganen dringend benötigt. Der Wiederaufbau des Großherzoglichen Schlosses in Mainz müsse unter dem gleichen Gesichtspunkt beurteilt werden, da Mainz sicherlich nicht über zuviel an öffentlichen Räumen verfüge. Hinzu komme die Notwendigkeit, das Schloß unter Dach zu bringen, wenn nicht die Gefährdung hoher kultureller Werte in Kauf genommen werden wolle. Zu erwägen wäre demnach nur eine Million DM an Umzugsosten und auch hiervom nur etwa die Hälfte, da die andere Hälfte zur Wertverbesserung von bereits errichteten Gebäuden benötigt werde. Auch andere Dienststellen, die in die Mainzer Verwaltungsgebäude einziehen wollten, müßten gewisse Aufwendungen für die Nutzbarmachung machen.

Gegenüber dieser Kostenrechnung sei die Gegenrechnung zu prüfen gewesen, die sich aus der Verwendungsmöglichkeit der in Koblenz freiwerdenden Räume ergeben hätte.

## Die Bundesdienststelle in Koblenz

Nachdem der französische Landeskommisar bereit gewesen sei, die großen Verwaltungsgebäude am Rhein für deutsche Zwecke freizugeben, wären die Bemühungen um Unterbringung einer Bundesdienststelle in Koblenz sicher erfolgreich verlaufen. Diese Bundesdienststelle hätte, so sagte Schmidt, auch Mittel und Wege gefunden, um die in Koblenz eingesetzten Beamten und Angestellten mit Wohnraum zu versorgen, zumal der Bund sich eine beträchtliche Reserve flüssig gemachter Wohnungsgelder für diese Zwecke reserviert habe. Auch die Stadt Koblenz würde wirtschaftlich keinen Schaden erleiden, der Wohnungsbau in Koblenz wäre entlastet worden und das Land hätte die Möglichkeit gehabt, die vom Bund zur Verfügung gestellten Baugelder und das eigene Aufkommen in den anderen Landesbezirken, einschließlich Mainz, zu verwenden. Wer demnach die Wirtschaft des Landes habe stärken wollen, hätte sich für Mainz entscheiden müssen.

die Frage im einzelnen erörtert werden müssen. Der Hinweis der Verteidiger eines Verbleibens in Koblenz, daß im Fall einer Regierungsverlegung nach Mainz das Land auseinanderfallen werde, sei „unmöglich“. Die gleichen Kreise würden sicherlich erstaunt sein, wenn nun mehr Pfälzer und Mainzer auf gleicher Ebene „die sehr naheliegende Konsequenz“ zögern.

Schmidt erklärte zum Schluß, daß er einer Neugliederung der westdeutschen Bundesländer das Wort rede, die aber nur organisch, das heißt in Ausführung des Artikels 29 des Grundgesetzes vollzogen werden könne. Die Erörterung dieses Problems von den Umzugskosten in Höhe von einer Million DM abhängig zu machen, sei politisch sicherlich nicht sehr geschickt, zumal wenn man wisse, daß die Hauptkosten für die Verwaltung des Landes Rheinland-Pfalz am wenigsten in den Landesteilen aufgebracht würden, deren Vertreter der Verlegung nach Mainz widersprochen hätten.

# Sport der AZ

## Ostermontag bringt Entscheidungen

Südwest-Oberliga um Meisterschaft und Plätze

Wormatia Worms—1. FC Kaiserslaut. (2:1)  
TuS Neuendorf—Phönix Ludwigshaf. (2:3)  
FK Pirmasens—FSV Mainz 05 (0:2)  
Spvgg Andernach—VfL Neustadt (0:2)  
ASV Landau—FSV Kürenz (3:1)  
VfR Kaiserslautern—Eintracht Trier (0:1)  
ASV Oppau—FV Engers (0:4)  
Spvgg. Weisenau—VfR Kirn (1:4)

f. kr. Ist am Donnerstag an dieser Stelle der Karfreitag mit seinem Oberliga-Programm als „Tag der Prüfung“ bezeichnet worden, so darf man den Ostermontag für die Vereine der Oberliga Südwest als „Tag der Entscheidung“ bezeichnen. Diese fällt in der großen Auseinandersetzung zwischen



Worms in Erwartung

„Du Schorsch, ich glaub als, der will uns abnag.“

Wormatia Worms und dem 1. FC Kaiserslautern. Tips für dieses Spiel sind schwer. Nach ihren letzten Leistungen ist jeder der beiden Rivalen fähig, das Spiel zu gewinnen. Der Sieger dürfte auch der kommende

Meister sein, der Unterlegene bleibt Zweiter. Die (bei der Niederschrift dieser Zeilen noch nicht bekannten) Ergebnisse vom Freitag wirken sich auch nur für diese beiden Plätze aus. Interessanter noch ist der Kampf um den dritten Platz. Neuendorf und Pirmasens gelten auch am Ostermontag als Favoriten. Zwischen ihnen geht das Rennen weiter, bis im Spiel Neuendorf—Wormatia die Entscheidung fällt. An einen Punktverlust Neuendorfs im Fall Warth (gegen Oppau) glauben wir nicht, da ein klares Verschulden einer Verbandsinstanz vorliegt, auch wenn Neuendorf zumindest fahrlässig handelt. Eine Spielwiederholung scheint nahe liegend. Jedenfalls wird der dritte Platz am längsten umstritten sein. Im Mittelfeld wird das Treffen Andernach—Neustadt eine Klärung der Rangliste und am Tabellenende die Begegnung Weisenau—VfR Kirn die Frage nach dem Tabellenletzten wohl endgültig lösen.

### Osterfußball-Auftakt

Hannover. (dpa) Mit dem Spiel Hannover 96 gegen den Wiener SC wurde die Reihe der internationalen Osterfreundschaftsspiele im Fußball bereits am Mittwoch in Hannover eröffnet. In einem schnellen Spiel siegte Hannover mit 3:1 gegen die im Angriff enttäuschenden Wiener.

### Englische Schülerelf in Mainz

Frankfurt. (dpa) Bereits drei Wochen nach Rückkehr der westdeutschen Jugendfußballauswahl aus England wird eine englische Schülermannschaft einen Gegenbesuch in Deutschland abstatte. Eine Londoner Schülerelf wird am 23. April in Köln, am 26. in Frankfurt und am 30. April in Mainz spielen. Das Mainzer Spiel wird als Vorspiel zur Meisterschaftsstreit Mainz 05—TuS Neuendorf durchgeführt.

## Wiener in Oberstein - Ingelheim hat Platzwechsel

Freundschafts-Fußball an den Ostertagen

- 9. 4. Hassia Bingen — Hessen Kassel  
Eintracht Kreuznach — BC Augsburg  
Spvgg Ingelh. — Spvgg 07 Oberhausen
- 10. 4. 08 Oberstein — Blau-Weiß Wien  
SV Wiesbaden — FSV Frankfurt  
BC Augsburg — Vohwinkel 1880  
(In Ingelheim)

### Auf Reisen

- 9. 4. ASV Feudenheim — SG Gonsenheim
- 10. 4. Schwetzingen 98 — SG Gonsenheim

Das uns bekanntgewordene Oster-Programm unserer Landesliga und der Bezirks- und Kreisklassen ist nicht allzu groß. Dafür aber stehen einige Spielabschlüsse auf dem Programm, die nicht nur für den Wagemut der Vereine sprechen, sondern auch erfreulich sind. Daß sich hierbei die Kleinstädte in der Provinz mehr und mehr in den Vordergrund drängen, liegt ganz in der Entwicklung, die man als fast zwangsläufig ansprechen kann. Man sagt nicht zu viel, wenn man bei einer weiter fortschreitenden Tendenz des in den Hauptsachen um die Einnahm-Spielen unserer Oberliga in der Landesliga (und hier vor allem in den Ver- einen der Mittelstädte) und Bezirksklasse die Träger der hundertfach größeren Amateur-Fußballbewegung sieht, die sich ohne weiteres behaupten wird. Jedenfalls ist es erfreulich, von solch ungebrochener Lebenskraft unserer „Mittelklasse“ berichten zu können.

Einen interessanten Gast erwartet am Ostersontag Bingen: KSV Hessen Kassel (früher Kurhessen). Die Kasseler, die noch den Meistertitel vom Vorjahr tragen, dieses

Jahr aber nur an fünfter Stelle stehen, dürfen nicht unterschätzt werden. Die heimische Landesliga ist im großen ganzen stärker als unsere. Dieser Hinweis sollte gentigen. Am gleichen Tag gastiert in Ingelheim eine Elf vom Niederrhein, Spvgg 07 Oberhausen. In Ingelheim tritt am 2. Feiertag die der Wiener zweiten Division angehörende Elf des Wiener Sportclubs Blau-Weiß an.

Die Spvgg Ingelheim weiht offiziell ihre neue Sportplatzanlage ein. Man muß sich eigentlich wundern, daß es so lange gedauert hat, bis man in Ingelheim soweit war. Nun es aber so ist, soll man sich über das mit tatkräftiger Unterstützung der Stadtverwaltung Geschaffene freuen. Zum Weiterspiel haben sich die Ingelheimer den süddeutschen Oberligisten BC Augsburg verpflichtet, der mit seinem repräsentativen Torwart und dem ebenso bekannten rechten Flügel Schlump/Platzer, einer der interessantesten Mannschaften des Südens ist. Als Gegner tritt den Augsburgern die westdeutsche Oberliga-Elf Vohwinkel 1880 entgegen. Auch das ist eine interessante Elf, die man im Westen als „Mannschaft der Sportlehrer“ bezeichnet. Sicher werden beide Mannschaften ein gutes Spiel zeigen.

Von den reisenden Mannschaften hat sich der Tabellenführer Gonsenheim viel vorgenommen. Sein Gegner Feudenheim gehört zur Spitzengruppe der badischen Landesliga und wird ihm alles abverlangen. Die alten „98er“ aus Schwetzingen liegen einige Plätze hinter Feudenheim, sind aber zu Hause auch nur schwer zu schlagen.

## Platzordnung

Grundgesetz des Sportes ist Wahrung der sportlichen Disziplin und Ordnung innerhalb unserer Sportbewegung. Leider müssen wir heute des öfteren die Uebertretung dieses Gesetzes wahrnehmen und unliebsame Vorkommnisse nicht nur bei den größeren Vereinen, sondern auch Ausschreitungen auf den Sportplätzen der kleinsten Vereine beobachten. Mögen einzelne Spieler oder aber auch oftmals Schiedsrichter der Anlaß dazu sein, Grundübel ist und bleibt der übertriebene Fanatismus. Ordnung muß aber in erster Linie auf unseren Sportfeldern gewahrt bleiben.

Wenn auch in der Spielordnung des Fußballsportes die Frage der Stellung von Platzordnern nur in knapper Form behandelt

Derjenige, der das Amt eines Platzordners übernimmt, soll sich klar darüber sein, daß man ihn nicht ausgewählt hat, damit er die Vorgänge des Spieles aus nächster Nähe genießen kann, und zwar ohne Kosten, sondern daß man ihm ein sehr wichtiges Amt übertragen hat, von dessen richtiger Ausübung viel für das Ansehen des eigenen Vereins abhängt. Aus diesem Grunde ist es auch nicht angebracht, wie es leider mitunter geschieht, Jugendliche mit der Armbinde des Platzordners zu versehen. Entstehen Schwierigkeiten mit den Zuschauern, so werden junge Menschen kaum in der Lage sein, ordnend oder schlichtend einzutreten. Zu Beginn schon muß man sich darüber im klaren sein, das Amt des Ordners nur in die Hände von gereiften Menschen zu legen, die durch ihr Alter und ganz besonders ihr Äußeeres eine

# r der Bundesbahn

auf 9 Millionen DM geschätzt

13 Millionen DM und für 1950 auf Grund von Schätzungen mit 9 Millionen DM. So lange der Kraftwagenbetrieb der Bundesbahn straff kontingentiert ist, dürfte es ihr auf diesem Gebiete auch schwer fallen, rentabel zu arbeiten. Die Kontingentierung ist andererseits aber unerlässlich, da sonst die privaten Transportbetriebe in ihrer Existenz gefährdet werden.

So sprechen im ganzen betrachtet trotz mancherlei Bedenken nach dem bisherigen Stand der Diskussionen die hauptsächlichsten Argumente für ein in klaren Trennungsschnitt zwischen Güterfernverkehr auf der Straße und der Bundesbahn. Auf diesem Wege dürfte eine Klärung, die sich mit der Konzentration der Verkehrs-

## Vergessen?

W. B. Ein seltsames Ueberbleibsel hat sich aus dem Kriege noch bis heute erhalten, der Kriegszuschlag von 3 DM auf jede Flasche Sekt. Es dürfte sich herumgesprochen haben, daß der Krieg seit 5 Jahren vorüber ist, und wir nicht mehr „zur Deckung von Ausgaben für die Wehrkraft des Landes“ — wie es bei der Einführung dieses Kriegszuschlages hieß — eine Abgabe erheben müssen.

Aber nicht nur das Wort „Kriegszuschlag“ ist heute sinnlos, die weitere Belastung mit einem Zuschlag führt diese Sektindustrie immer mehr in eine Krise. 1938 — als der Sekt nicht mit einer Steuer belastet war — war der Ausstoß der Sektindustrie 24 Millionen Flaschen. Heute dagegen beträgt die Produktion nur noch sechs Millionen Flaschen, die Kapazität der Sektindustrie ist also nur noch zu 25 Prozent ausgenutzt. Auch mit der Senkung der Tabaksteuer wartete man so lange, bis einige Fabriken der Zigarrenindustrie Arbeiter entlassen mußten. Denkt man an die Aufhebung des Kriegszuschlages für Sekt auch erst dann, wenn auch dieser Industriezweig Arbeiter in größerem Maße freisetzen muß?

Schon verschiedentlich hat man in der Vergangenheit eine Sektsteuer erhoben. Immer zeigte es sich, wie auf all solchen Gebieten, daß dann der Konsum stark zurückging. Der Finanzminister konnte nie höhere Einnahmen buchen, denn auch hier hat das Swift'sche Steuereinmaleins seine Gültigkeit. Es ist mit Sicherheit anzunehmen, daß auch heute bei einer

Aufhebung des Zuschlages auf Sekt höchstens ein kurze Zeit die Einnahmen des Staates zurückgehen, dann aber durch den gestiegenen Konsum über der Einkommen- und Körperschaftssteuer eher noch höher werden. Daß der Finanzminister dies auch weiß, geht aus seiner Ablehnung des Luxussteuergesetzes hervor. Aber es scheint auch für ihn sehr schwer zu sein, die Abschaffung einer bestehenden Steuer zur Debatte zu stellen.

Aber noch ein anderer, sehr ernster Grund spricht für die Aufhebung des Kriegszuschlages. Der deutsche Weinbau befindet sich in einer ernsten Krise. Man berät Hilfsmaßnahmen und denkt nicht an eine sehr naheliegende. Fällt der Kriegszuschlag für Sekt, dann ist zu erwarten, daß trotz der Einführung von ausländischen Verarbeitungsweinen die deutsche Sektindustrie wieder als Käufer für deutsche Weine auftreten wird. Heute sieht man nur sehr wenige Vertreter von Sektellereien auf Weinversteigerungen, während früher die Sektindustrie mit umfangreichen Käufen auftrat.

Verschiedene Gründe sprechen also für die Abschaffung dieses Vermächtnisses aus dem Dritten Reich. Der Konsum könnte sich wieder die Freude einer Flasche Sekt gönnen, der Absatz des Weinbaues würde belebt, eine Krise der Sektindustrie würde vermieden und dem Bundesfinanzminister würde durch den gestiegenen Konsum über die Einkommen- und Körperschaftssteuer seinen „Anteil“ wachsen sehen. Verschiedenen Seiten wäre günstig.

## Frankreichs ungenutzte Kapazitäten

Von Ernst Samhaber

Der französische Kohlenbergbau klagt. Der Absatz geht zurück, die Halden wachsen an. Schon haben einzelne Gruben begonnen, die Arbeit einzuschränken oder stillzulegen. Es mehrt sich die Befürchtung, daß die Stahlindustrie in der nächsten Zeit sich ebenfalls vor einem Absatzmangel sehen wird, der zu Betriebs einschränkungen zwingen muß.

Damit ist ein Zustand erreicht, den einsichtige Beurteiler seit Jahren vorausgesehen haben. Als Frankreich nach Beendigung des letzten Krieges und nach Ueberwindung der schlimmsten Kriegsfolgen darangegangen war, die verlorenen

stellte sich der Irrtum dieser Rechnung heraus.

Nach dem ersten Weltkrieg beherrschte ein anderer Irrtum die Welt. Damals glaubten die Politiker, die Herrschaft über die Erde und das Wohlergehen der Völker hingen von der gesicherten Rohstoffdecke ab. Damals versuchte jeder Staat, sich möglichst große und weite Rohstoffüberschüßgebiete zu sichern. Der Versailler Vertrag trennte von Deutschland die Kohlegebiete der Saar und Oberschlesien, die landwirtschaftlichen Überschüßgebiete Nordschleswigs und des Ostens sowie die Kolonien ab. Die Besetzung des Ruhrgebietes löste vorübergehend die Kohlengruben aus der deutschen Wirtschaft. Aber was war das Ergebnis? Zehn Jahre später begann die große Weltwirtschaftskrise, die aus dem Überschuß der Rohstoffe entsprang. Das aller Rohstoffe entblößte Deutschland erhielt Rohstoffe weit unter Gestehungskosten angeboten. Es konnte seine Landwirtschaft noch am ersten durch Abriegelung der Einfuhr retten.

Im Jahre 1945 hieß das Schlagwort „Industrielle Kapazitäten“. Dieser Parole wurde die deutsche Industrie zum Opfer gebracht, indem sie abgebaut und auf einen niedrigen Stand zurückgeführt werden sollte. Die Russen entfernten, was nicht fest eingebaut war. Die Engländer zerstörten alles, was ihnen gefährlich erschien. Frankreich hoffte, durch eine Lähmung der Stahlwerke des Ruhrgebietes das Schwergewicht der industriellen Erzeugung Europas nach Lothringen zu verlagern. Das war der Grundgedanke des Monnet-Planes. Das ist auch der Hintergrund, aus dem die Ablösung des Saargebietes aus dem deutschen Wirtschaftskörper zu verstehen ist.

Der Irrtum mußte sich bald herausstellen. Frankreich konnte seine Stahlproduktion im Jahre 1929 auf über 9 Millionen Tonnen Stahl steigern. Warum blieb seine Erzeugung in den nächsten Jahren immer hinter dieser Zahl zurück, selbst in den letzten Jahren vor dem zweiten Weltkrieg, als das Rüstungsfieber schon alle Welt beherrschte? Aus Mangel an Kapazitäten? Oder weil der

Mittwoch, 10. Mai 1950

## Doch das Großherzogliche?

A.Z. 10.5.50  
Neue Möglichkeit für die Unterbringung des Landtages

Na, Mainz, 9. Mai. Ein überraschender Besuch des französischen Landeskommis-sars Hettier de Boislambert am gestrigen Vormittag ist geeignet, die Frage der Landeshauptstadt, die sich in den letzten Tagen scheinbar totgelaufen hatte, dadurch zu beleben, daß sich in dem früheren Großherzoglichen Schloß eine neue Aussicht zur Unterbringung des Landesparlaments auf eigenem Grund und Boden bietet.

Zur Besichtigung der Ruine des Großherzoglichen Schlosses hatten sich am Dienstagvormittag Monsieur Hettier de Boislambert, der Mainzer Bezirkskommissar Monsieur Chauchoy, ein Mitarbeiter des Landeskommis-sars, sowie von deutscher Seite Bürgermeister Dr. Dassen und Oberbaurat Jörg eingefunden. Der Landeskommis-sar ließ sich die Pläne zeigen, die allerdings noch einen Ausbau des Schlosses als Bürohaus vorsehen. Oberbaurat Jörg schätzt die Kosten des Ausbaus, allerdings ohne eine kostspielige Ausschmückung, auf eine runde Million. Er nimmt an, daß ein halbes Jahr genügt, um das Gebäude in seiner alten Schönheit wieder beziehbar zu machen. Dabei sind die beiden rechts und links des Innenhofes stehenden Pavillons mit eingerechnet. Er hält es für durchaus möglich, den repräsentativen, architektonisch wie historisch reizvollen Charakter des Gebäudes nach außen zu wahren, da die Umfassungsmauern noch durchaus brauchbar und standischer sind. Uebrigens sind auch die Keller unversehrt, und an den Innenwänden des Schlosses und der Pavillons lassen sich vielleicht sogar noch kleinere Reste der Stukkatur beibehalten.

Der Landeskommis-sar gab am Schluß der Besichtigung der Ansicht Ausdruck, daß sich hier ein durchaus repräsentatives und auch räumlich ausreichendes Gebäude für den Landtag böte.

Auf unsere Frage, ob er nicht doch die Absicht habe, das Großherzogliche Schloß für die Zwecke seiner eigenen Behörde zu verwenden, meinte der Landeskommis-sar, dafür sei es zu groß und außerdem stehe ihm ja der Osteiner Hof am Schillerplatz zur Verfügung. Wir stellten die naheliegende Frage, wer den Wiederaufbau des Großherzoglichen Schlosses bezahlen solle. Monsieur Hettier de Boislambert antwortete wörtlich: „Das ist noch eine indirekte Frage.“ Im übrigen habe auf Seiten der französischen Behörden schon lange die Absicht bestanden, dieses kulturhistorisch bedeutsame Haus, das gerade mit seiner Rheinansicht die Visitenkarte der Stadt Mainz mitbestimmt, wieder aufzubauen. Wir dürfen am Rande dazu bemerken, daß dieses Schloß auch für die französische Tradition seine besondere Bedeutung hat, da hier einmal Napoleon gewohnt und der Oberkommandierende der französischen Rheinarmee während der ersten Besatzung residiert hat.

Dieses neue Projekt muß natürlich von der Landesregierung noch gründlich durchberaten werden. Ohne große Mühe lassen sich im Großherzoglichen Schloß große Säle wie auch Restaurations- und Bürräume einbauen. Die vorgesehene Summe von einer Million würde dadurch nicht erhöht werden. Nach der Stadtseite zu bieten der große Hof und der Deutschhausplatz weiten Raum für anfahrende und parkende Kraftwagen.

Der Altestenrat des Landtages legte seinerzeit besonderen Wert darauf, daß der Landtag, wenn er in einer endgültigen Hauptstadt zusammenentrete, seiner Bedeutung als oberstes Organ des Landes entsprechend in einem eigenen Hause und nicht zur Miete wohne. Wir glauben, daß die gelegentlich erhobenen Einwände, als biete das Großherzogliche Schloß nicht genügend Raum für das Landesparlament, schon nach einer Einsicht in die von Oberbaurat Jörg entworfenen Pläne nicht mehr aufrechterhalten werden können. So bleibt eigentlich nur die, allerdings sehr bedeutsame Frage, nach den Kosten.

Die Frage der Uebersiedlung der Landesregierung muß jedenfalls jetzt wieder in Fluss kommen. Vielleicht findet auch der Mainzer Stadtrat in seiner heutigen Sitzung Gelegenheit, zu dieser neuen Wendung Stellung zu nehmen. Wir könnten uns denken, daß, falls die Kostenfrage für den Neubau des Großherzoglichen Schlosses gelöst wird, eine zeitweilige Unterbringung

des Landtages im Kurfürstlichen Schloß auch der Landesregierung und dem Landesparlament zusagt. Oberbürgermeister Stein hat diese Zwischenlösung bekanntlich schon in der historischen Stadtratssitzung im Schloß seinerzeit versprochen.

## Der Antrag für Mainz

Koblenz, 9. Mai. (SWF.) Wie aus Kreisen der sozialdemokratischen Landtagsfraktion verlautet, wird die Sozialdemokratische Partei den geplanten Antrag der Christlich-Demokratischen Union für den Umzug der Landesregierung nach Mainz erst dann unterstützen, wenn die Christlich-Demokratische Union die erforderlichen sechzehn Unterschriften aufweisen kann. Auf jeden Fall würde die Sozialdemokratische Partei nicht die Initiative ergreifen.

Wie gleichzeitig bekannt wird, sollen sich bisher acht Abgeordnete der Christlich-Demokratischen Union bereit erklärt haben, den Initiativantrag für den Umzug der Landesregierung nach Mainz zu unterzeichnen.

# Aufänge des Bundes-Wohnungsbauprogramms in Mainz

A.Z. 1.5.51 · Zunächst 300 Wohnungen in der Neustadt — Theaterpläne am Mittwoch vor dem Stadtrat

## ALLGEMEINE ZEITUNG

### Um den Stahl

tü. Vielleicht ist der Ausdruck erlaubt, daß die besten Europäer heute die Amerikaner sind. Sie haben kaum Verständnis dafür, daß sich die Völker Europas nach einigen selbstmörderischen Kriegen nun auch noch im Frieden nicht zusammenfinden können. Es ist nicht eben ruhreich für unseren Erdteil, daß wir an der Herstellung vernünftiger Zustände in unserem Erdteil verzweifeln müßten, wenn nicht der ständige Appell aus der Neuen Welt an unsere Vernunft herüberdrängt und wenn nicht gelegentlich auch ein sanfter Druck hinzuträte. Aber es ist Tatsache.

Daran wird man wieder erinnert, wenn man die amerikanische Denkschrift über die Zukunft der europäischen Stahlerzeugung liest. Ihre grundsätzliche Bedeutung geht weit über die einer Sonderbetrachtung hinaus. Allzu lange noch nach diesem Kriege haben sich die europäischen Völker den Luxus gestattet, eine Wirt-

schaftspolitik zu treiben, die teilweise von alten Abneigungen bestimmt war, teilweise aber auch einem ganz handfesten wirtschaftlichen Nationalismus dientbar war. Was die Amerikaner nun wollen, ist offenbar dies, daß in der Wirtschaft an die Stelle nationalpolitischer Selbstsucht der Gesichtspunkt einer allgemein-europäischen Zweckmäßigkeit und Wirtschaftlichkeit trete. Sie haben das für die Stahlerzeugung gefordert, aber im Grunde gehen ihre Vorschläge natürlich auf eine Neuregelung der Wirtschaftsbeziehungen Europas überhaupt.

Man wird gespannt sein dürfen, was die europäischen Länder auf diesen Appell antworten werden. Die Antwort wird viele Aufschlüsse erlauben. Soll die europäische Gesamtwirtschaft noch weiter aufgespalten bleiben, oder sollen die Kräfte frei werden, die zu einer besseren, reicherem und billigeren Erzeugung führen und damit den Lebensstandard der Massen erhöhen können?

### Preisauszeichnung oder nicht?

F „Wer als Einzelhändler oder auf an-

und vor seiner Wiedererrichtung die Arbeitsgemeinschaft der Industrie- und Handelskammern des Vereinigten Wirtschaftsgebietes hatten schon verschiedentlich den Versuch unternommen, die verantwortlichen Stellen von der Unzweckmäßigkeit der bestehenden Verordnung zu überzeugen. Es wurde angeregt, zum mindesten die Preisauszeichnungspflicht für Luxuswaren aufzuheben, wenn eine gänzliche Aufhebung nicht möglich sein sollte oder umgekehrt nur noch Waren des täglichen Bedarfs der Auszeichnungspflicht zu unterwerfen.

Diese Auffassung hat viele Anhänger. Wir glauben auch, daß insbesondere die Preisauszeichnung von Luxusgütern aus mancherlei hier nicht näher anzuführenden Gründen nachteilig ist. Insbesondere dürfte es jedoch angesichts der heutigen Marktverhältnisse und des großen Warenangebots überholt sein, die Auszeichnungspflicht auch für die innerhalb des Ladens ausgestellten Waren vorzuschreiben. Auch die nach geltender Praxis verlangte Auszeichnung von Dekorationsstücken, Schauverpackungen u. a. erscheint übertrieben. Interessiert es wirklich den Käufer eines Möbelstückes, der die Auslage eines Möbelgeschäftes betrachtet, welcher Preis für ein auf einem Lesetisch gezeigtes Buch oder die ebenfalls ausgestellte Leselampe zu zahlen ist? Selbst das Schild „verkauft“ befreit den Geschäftsinhaber nicht von der Pflicht der Preisauszeichnung. Eine so weitgehende Auslegung der Bestimmungen, wie wir sie in der Praxis kennengelernt haben, erscheint uns in der Tat reformbedürftig.

Soweit es sich um Gegenstände des täglichen Bedarfs handelt und nicht die soeben geschilderten überspitzten Anforderungen an den Handel gestellt werden, sind uns aus Kreisen des Handels aber auch viele Aeußerungen bekannt, die eine positive Einstellung zu diesem Fragenkomplex erkennen lassen. Ist es denn nicht so, so wird von den Vertretern dieser Richtung eingewandt, daß der Preis im Schaufenster einer der wichtigsten Absatzfaktoren ist? In einer Zeit der Geldknappheit, wie wir sie heute durchleben, sieht jeder Käufer in erster Linie auf den Preis, die Qualität und die Aufmachung der Ware. Psychologisch ist es daher wohl nicht ohne erhebliche Bedeutung, Rücksicht auf den Geldbeutel der Käufer zu nehmen.

Im Hinblick auf Luxuswaren oder sonstige teuere Artikel erscheint den Vertretern dieser Richtung die Preisaus-

B.G. — Im Kampf gegen die Arbeitslosigkeit hat, wie man weiß, der Bundestag ein Arbeitsbeschaffungs-Programm der Bundesregierung gebilligt. Sein Kernstück ist ein großzügiger Wohnungsbau, der im wesentlichen vom Bund und den Ländern finanziert werden soll. Die Befürchtungen, daß dieses Programm allzulange im Stadium der Planungen und der Finanzierungsberatungen stecken bleibt und darüber der halbe Sommer, also die beste Bauzeit vergehen könne, schienen eine Zeitlang angebracht, doch zeigen sich jetzt die ersten hoffnungsvollen Anfänge der Verwirklichung. Das vom Kriege so stark mitgenommene Mainz hat natürlich einen Anspruch, bei der Abwicklung des Programms gebührend berücksichtigt zu werden. Zur Zeit wird mit Mainz über die Finanzierung einer ersten Baurate verhandelt. Es besteht, wie man uns von unterrichteter Seite versichert, die begründete Hoffnung, daß schon in Kürze mit dem Bau von 300 Wohnungen begonnen werden kann. Weitere Abschnitte dürften folgen.

### Warum in der Neustadt?

Das Städtische Hochbauamt ist gegenwärtig in der Neustadt mit der Fertigstellung von 66 Wohnungen aus dem letztjährigen Programm beschäftigt, aber auch die 300 Wohnungen aus der ersten Bundesrate sollen in der Neustadt gebaut werden. Die Neustadt wird aus grundsätzlichen Erwägungen bevorzugt, es sollen nämlich zunächst einmal die in den bestehenden Stadtteilen noch vorhandenen Gebäudereste verwertet werden. Unterirdisch sind hier mit den Kellern, Fundamenten und Kanalisationssystemen doch erhebliche Werte erhalten geblieben. Die Neustadt empfiehlt sich aber auch wegen ihrer günstigen Lage zum Stadt- und Verwaltungszentrum, zu den großen Geschäftsstraßen und den Verkehrsmitteln eher als unerschlossene Randgebiete der Stadt.

### Vor dem Stadtrat

Die Pläne des Hochbauamtes für den Wiederaufbau des Stadttheaters haben den Bau- und Theaterausschüssen vorgelegen und sind dort auch grundsätzlich gebilligt worden. Am Mittwoch werden sie vom Stadtrat beraten und es darf wohl kaum bezweifelt werden, daß sich auch die Vertreter der Bürgerschaft zu den Plänen bekennen werden. Es könnte dann zunächst wenigstens mit dem Rohbau begonnen und dieser unter Dach gebracht werden. Soweit reichen die vorhandenen Mittel. Da weitere Gelder in Aussicht stehen — u. a. eine zweite Rate des französischen Oberkommissars Francois-Poncet — braucht nicht befürchtet zu werden, daß der Wiederaufbau im Rahmen stecken bleibt.

### Einzelheiten des Planes

Das bemerkenswerteste Moment am Theaterbauplan ist, daß er sich architektonisch wieder dem Mollerschen Bau

nähert, also der Form des Amphitheaters, die sich hier aus dem alten Hoftheater entwickelt hat, aber durch spätere Umbauten geändert worden ist.

Das Parkett soll in der alten Form wiedererstehen, an die Stelle der ehemaligen drei Ränge werden nun aber nur zwei gebaut. Die Gesamtzahl der Plätze wird sich dabei nicht verringern, sie soll bei 1260 bleiben.

Für den kleineren Spielbetrieb wird man den 2. Rang durch eine Vorhangwand abschalten können, so daß man praktisch über zwei Besucherräume, einen mit 1260 Plätzen (im wesentlichen für Oper und Operette) und einen für 700 Plätze (in erster Linie Schauspiel) verfügen kann. Vorgesehen ist eine größere Vorbühne, die dem Theater auch eine Verwendungsmöglichkeit für größere Veranstaltungen mit Chören usw. (gedacht wird dabei auch an das Sängerfest) geben wird.

Die Bühne soll zwei Verbesserungen bringen: einmal ist eine Seitenbühne als Ersatz für die in Mainz räumlich nicht mögliche Hinterbühne (die Straße hinter dem Theater läßt sie nicht zu) vorgesehen, so dass sollen die Seitentrakte neben dem Theaternurm erhöht werden, damit hier einwandfreie Schreiner- und Malerwerkstätten, sowie die notwendigen Proberäume gewonnen werden können.

Das Foyer und die darüber liegende Terrasse sollen zu einem Café und einer Theater-Gaststätte ausgebaut und auch unabhängig vom Spielbetrieb des Theaters geführt werden. Um das Theater möglichst vielseitig verwendbar zu machen, soll es auch eine Anlage für gelegentliche (nicht regelmäßige) Filmvorführungen erhalten.

### Was wird aus dem Schloß?

Die Befürchtungen, das Kurfürstliche Schloß könne bei einer Benutzung durch Landesregierung und Landtag der Mainzer Bevölkerung als repräsentative Stätte für kulturelle und gesellschaftliche Zwecke wieder verloren gehen, scheinen nicht gerechtfertigt zu sein. Der Flügel an der Diether-von-Isenburg-Straße soll den Mainzer Bürgern erhalten bleiben, für Landesregierung und Landtag kann, wenn sie nach Mainz kommen, der rheinseitige Flügel ausgebaut werden.

Das Schloß wird auch im Programm des Sängerfestes eine Rolle spielen. Man denkt dabei nicht nur an den Diether-von-Isenburg-Flügel, sondern auch an die Ausnutzung des Schloßhofes. Die vom Hochbauamt fertiggestellten Pläne liegen den zuständigen Ausschüssen bereits vor. Die Umgestaltung des Schloßhofes, bei der ja auch ein ständiges Restaurant im Freien für Fremden- und allgemeinen Sommerverkehr vorgesehen ist, bleibt nur noch eine Geldfrage, die allerdings im Zusammenhang mit dem Sängerfest zu lösen sein dürfte.

Das Schicksal des Großherzoglichen Schlosses liegt vorerst noch im Dunkeln.

Die Pläne für den Wiederaufbau der Stadthalle werden, wie uns der Leiter des Hochbauamtes, Oberbaurat Jörg, versichert, bearbeitet. Der Oberbaurat hofft, daß bis zum Sängerfest wenigstens ein erster Bauabschnitt fertiggestellt sein kann. Finanzierungsmöglichkeiten sollen, wie uns auch von anderer Seite bestätigt wird, vorhanden sein.

Abgeschlossen sind ferner auch die Pläne für die Wiedererrichtung des Stadtparkrestaurants. Es besteht kein Zweifel, daß dieses Restaurant nicht nur zum ständigen Gebrauch, sondern zunächst auch für die bevorstehende große Rosenschau dringend notwendig ist. Die Stadträte werden darüber beschließen müssen.

Der städtische Bau Gutenbergplatz Nr. 1, in dessen Parterrerräumen bereits die Firmen Falkenstein & Oswald und Württembergische Metallwarenfabrik untergebracht sind, schreitet rüstig vorwärts. Interessant für die oberen Stockwerke ist die internationale Pressekorrespondenz „Kosmos“.

### „Europahaus“ und private Bauten

In französischen Kreisen besteht die Absicht, gemeinsam mit deutschen Städten in Mainz ein „Europahaus“ als internationales Kulturzentrum zu errichten. Gegenwärtig wird die Frage beraten, in welchen städtischen Gebäuden ein solches geistiges Zentrum unterzubringen wäre. Die Stadt hat einen Wiederaufbau der Häuser „Römischer Kaiser“ und „König von England“ vorgeschlagen.

In Kürze dürfen in Mainz auch einige größere private Bauvorhaben zum Kampf gegen die immer noch drückende Arbeitslosigkeit beitragen. So wird u. a. noch vor Pfingsten der „Kaufhof“ mit seinem großen Bau in der Schusterstraße beginnen.

### Kulturelle Vorschau

**THEATER:** Dienstag, 19 Uhr, (A/4) „Das Konzert“. — Donnerstag, 19 Uhr, (C/5) „Mutter Courage und ihre Kinder“.

**FILME:** Capitol: „Unruhiges Blut“, ein englischer Großfarbfilm mit Stewart Granger, Valerie Hobson. — Film-Palast: „Der Weg nach Rio“ mit Bing Crosby, Bob Hope. — Regina: „Mädchen hinter Gittern“ mit Gabriele Heßmann, Ruth Hausmeister. — Bären-Lichtspiele Weisenau: „Mädchen hinter Gittern“. — Odeon (Gonsenheim): „Drei Männer aus Texas“, ein Wildwestfilm mit William Boyd. — Viktoria Mombach: „Goldgräber“. — Filmbühne Gonsenheim: „Abenteuer im Grand Hotel“ mit Carola Höhn, Maria Andergast.

### Hessisches Staatstheater Wiesbaden

**OPER:** Dienstag, 19.30 Uhr, (G/15) „Fidelio“. — Donnerstag, 20 Uhr, „Madame Butterfly“. — Freitag, 19.30 Uhr, (F/15) „Ball im Savoy“.

**SCHAUSPIEL:** Dienstag, 19.30 Uhr, „Die Ratten“. — Mittwoch, 20 Uhr, „Der Mann mit dem Zylinder“. — Donnerstag, 20 Uhr, (IV/17) „Der Mann mit dem Zylinder“. — Freitag, 19.30 Uhr, (V/18) „Die Ratten“.

# Das Buch ist der Freund des Menschen

## Eröffnung der Buchausstellung in der Gonsenheimer Schule

Am Montagmorgen öffnete die Buchausstellung in der Turnhalle der Gonsenheimer Schule ihre Pforten. Es kann nur begrüßt werden, daß sich auch eine Schule aus eigener Initiative ans Werk begeben hat, um durch eine werbende Buchausstellung für die Hebung des Wertes des deutschen Buches einzutreten. Im Rahmen der „Woche des Buches“ kann daher ein Besuch dieser Ausstellung mit nur guten Jugendbüchern und schulischem Anschauungsmaterial der Jugend wie den Eltern nicht nahe genug ans Herz gelegt werden.

Die stattliche Zahl von 1500 Bänden, von einschlägigen Mainzer Verlagen und Buchhandlungen zur Verfügung gestellt, stellt einen Querschnitt durch das zeitgenössische Schrifttum dar, in dem entsprechend dem eigentlichen Zweck, die Schulliteratur im Vordergrund steht. Bei dieser Gelegenheit darf auch der Schulfunk, den die Gonsenheimer Schule als einzige Schule links des Rheines während des Unterrichts abhört, wie uns gesagt wurde, nicht unerwähnt bleiben. So ist auch dem Schulfunk in der Ausstellung auf einem Tisch ein Platz eingeräumt worden.

Vertreter der städtischen Schulbehörde sowie die Lehrer mit ihren Schülern hatten sich in der Turnhalle zu einer Feierstunde versammelt, in der Rektor Buschendorf die Ausstellung der Öffentlichkeit freigab. In seiner Ansprache nannte der Rektor das Buch als den Freund des Menschen, einen Freund von Dauer. So wie es auch Freunde im Leben gäbe, die nur den Namen „Freund“ tragen würden, so müsse man sich auch vor falschen Büchern hüten, die den Menschen Seele vergiften. Diese Ausstellung aber zeige eine Auswahl jener Bücher, welche die Jugend und die Eltern ohne Vorbehalt hinnehmen könne.

Schulrat Goebel, Schulrat Marn und Ortsvorsteher Diefenbach legten den Schülern noch einmal in anschaulichen Worten den Wert des deutschen Buches nahe, aus dem sie etwas Wertbeständiges zu realisieren verstehen müsse. Der Schülerchor und das Flötenuartett unter Leitung von Lehrer Greb sowie Hölderlin- und Goethe-Rezitationen von Lehrer Krings und Lehrerin Wolf verliehen den schlchten Feierstunde ein wirkungsvolles Gepräge. R. B.

## Hilfe für die Flüchtlinge

### Der Gemeinderat von Finthen beschließt Sofortmaßnahmen

Im Mittelpunkt der letzten Gemeinderatssitzung stand das Flüchtlingsproblem. Alle Fraktionen waren sich darüber einig, daß man nicht erst warten solle, bis die ersten Flüchtlinge eintreffen, sondern daß umgehend die erforderlichen Maßnahmen in die Wege geleitet werden, die zur Überwindung der ersten Not erforderlich sind.

Der Vorschlag, ein größeres Wohnhaus für Flüchtlinge zu bauen, wurde allgemein gutgeheißen. Die erforderlichen Vorbereitungen sollen in Angriff genommen werden. Es ist beabsichtigt, dieses Haus an der Ecke Feldbergstraße, wo ein größeres Baugrundstück steht, zu errichten. Von dem Fraktionsführer der Sozialdemokratie, Heeb, wurde der Antrag gestellt, darüber hinaus zur Linderung der ersten Not beim Eintreffen der Flüchtlinge 10 000 Mark aus dem außerordentlichen Etat der Gemeinde bereit zu stellen. Der Antrag wurde einstimmig angenommen.

Gemeinderat Heeb wies darauf hin, es sei unmöglich, daß eine Flüchtlingsfrau mit ihrem Kind mit etwas über 50 DM im Monat leben könnte, wie dies zur Zeit in Finthen der Fall sei. Schließlich wurde von einem kommunistischen Sprecher noch die Forderung erhoben, daß der Flüchtlingsausschuß in Verbindung mit dem Wohnungsausschuß schon jetzt jeden noch verfügbaren Wohnraum für die eintreffenden Flüchtlinge ausmachen soll.

### Hohes Alter

Am 7. Mai vollendet der zweitälteste Bürger von Hechtsheim, Martin Kerz II., Winkelgasse 1, sein 89. Lebensjahr. Der Jubilar kann im Kreise seiner sechs Kinder, zehn Enkelkinder und drei Urenkelkinder diesen hohen Geburtstag feiern. Neben seinem Hauptberuf als Landwirt war er über fünfzig Jahre bis ins hohe Alter als Feldgeschworener der Gemeinde Hechtsheim tätig.

## Im Durchschnitt zehn Mark je Einwohner

### Die Verteilung der Landesbaudarlehen im Landkreis Groß-Gerau

Um den zahlreichen Ansprüchen der Gemeinden, der genossenschaftlichen und gewerblichen Wohnbaugenossenschaften sowie der privaten Bauinteressenten auf Landesbaudarlehen gerecht werden zu können, hat der Kreisausschuß des Landkreises Groß-Gerau in seiner letzten Sitzung einen Verteilungsschlüssel aufgestellt.

Dem Kreis Groß-Gerau stehen 1 275 000

# Sport

### Quoten wieder recht mäßig

Stuttgart. (dpa) Der Sportoto Württemberg/Baden zahlt bei einem Gesamtumsatz von 826 000 DM folgende Quoten: 1. Rang: 219 Gewinner je 560 D-Mark; 2. Rang: 438 Gewinner je 28 D-Mark; 3. Rang: 34 601 Gewinner je 3,50 D-Mark. In der Kurzwette erhielten im 1. Rang 1294 Gewinner je 17 D-Mark und im 2. Rang 10 710 Gewinner je 2 D-Mark.

\*

Hamburg. (AP) Der Nordoto zahlt für seine Gewinner im letzten Wettbewerb nur geringe Quoten. Erster Rang: 595 Gewinner je 521,50 D-Mark, zweiter Rang: 25 696 Gewinner je 12,00 D-Mark, dritter Rang: 33 892 Gewinner je 9,10 D-Mark.

### „Deutsche Sport-Union“

Frankfurt. (dpa) In einer zwanglosen Befreiung zwischen den deutschen Fachverbänden und dem Präsidium der Arbeitsgemeinschaft deutscher Sport (ADS) am Sonntag in Frankfurt kam nach ehrlichem Bemühen der Fachverbände und der Landessportbünde eine wesentliche Einigung über die Grundsätze der Satzungen für die beabsichtigte Bildung einer deutschen Sportunion zustande. Damit steht, wie es in dem offiziellen Kommuniqué heißt, das Gebäude der Dachorganisation des deutschen Sports in seinen Pfeilern. Der endgültige Bau wird in einer noch einzuverlebenden Gründungsversammlung vollendet. Durch ihre vermittelnde Haltung haben sich Prälat Wolker und Oberbürgermeister Dr. Walter Kolb (Frankfurt) besondere Verdienste erworben.

### Guter Auftakt für den HSV

4:1-Sieg über Neuyorker Auswahl

Die gestrige Meldung über eine 1:2-Niederlage des HSV in Philadelphia hat sich als ein Bluff erwiesen, der sicher als Auswirkung der kurz gemeldeten Vorfälle bei der Begrüßung des HSV in Neuyork zu betrachten und von interessanter Stelle gestartet wurde. Mittlerweile liegt folgende authentische Meldung vor:

Neuyork. (AP) Im ersten Spiel seiner Amerikareise gelang dem Hamburger Sportverein am Sonntag im Neuyorker Triborough-Stadion vor über 20 000 Zuschauern ein eindeutiger 4:1-Sieg über eine Neuyorker Auswahl des deutsch-amerikanischen Fußballverbandes. Die Veranstaltung verlief ohne jeden Zwischenfall. Ein Sonderaufgebot der Polizei war zur Stelle, um eine Wiederholung der Ereignisse bei der Begrüßung im Neuyorker Rathaus zu verhindern. Die Spieler des HSV hatten sich aber nur der Autogrammjäger zu erwehren.

### Eine logische Entwicklung

Baden-Baden. (Id.) Wie der Präsident des Freiburger FC, Adolf Heer, einem dpa-Vertreter erklärte, beabsichtigen einige Zonenligavereine der Südguppe, nicht mehr in der Zonenliga zu spielen, sondern sich den Landesligen Nordbaden-Nordwürttemberg oder der „2. Division“ anzuschließen. Anträge an die württembergisch-badischen Fußballverbände wollen, wie der Präsident des Freiburger FC weiter mitteilte, der Freiburger FC, Singen, Tübingen und Re-